

März

2004

Aspekte der Demokratiegefährdung in Berlin-Mitte und Möglichkeiten der demokratischen Intervention

Andre Becht, Dierk Borstel,
Claudia Dantschke, Nurdan Kütük,
Sascha Kindermann, Katrin Reimer,
Antje Sachs, Kerstin Sischka,
Gün Tank, Silke Volkhardt,
Jana Wimmer, Sylja Wandschneider

Schriftenreihe
Zentrum
Demokratische
Kultur



Aspekte der Demokratiegefährdung in Berlin-Mitte und Möglichkeiten der demokratischen Intervention

Eine Kommunalanalyse im Berliner Bezirk Mitte

Herausgegeben vom:

ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH
Projektbereich Zentrum Demokratische Kultur „Community Coaching“
Mühlenstr. 47
13187 Berlin

info@zentrum-demokratische-kultur.de

Leitung und

Öffentlichkeitsvertretung:

Dierk Borstel, Claudia Dantschke

Koordination und Organisation:

Claudia Dantschke, Frank Gutermuth, Katrin Reimer,
Antja Groeneveld

Autorinnen und Autoren:

Andre Becht, Dierk Borstel, Claudia Dantschke,
Nurdan Kütük, Sascha Kindermann, Katrin Reimer,
Antje Sachs, Kerstin Sischka, Gün Tank, Silke Volkhardt,
Jana Wimmer, Sylja Wandschneider

Berlin, März 2004

Impressum

ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH
Mühlenstr.47
13187 Berlin

Geschäftsführer: Diplom-Kriminalist Bernd Wagner

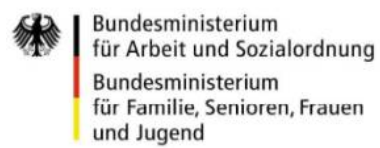
Telefon: 0174 3706792

Telefax: 03212 4517890

E-Mail: info@zentrum-demokratische-kultur.de | bernd.wagner@zentrum-demokratische-kultur.de

Der Projektbereich Zentrum Demokratische Kultur „Community Coaching“ wird gefördert und unterstützt von folgenden Partner:

Berlin, Februar 2003



Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	4
1.1. Was ist eine Kommunalanalyse?	4
1.2. Was ist Community Coaching?	5
1.3. Warum in Berlin Mitte / Tiergarten / Wedding diese Kommunalanalyse?.....	7
2. Definitionen	9
2.1. Rechtsextremismus.....	9
2.2. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.....	11
2.3. Rechtspopulismus in Europa.....	19
2.4. Exkurs	
2.4.1. Islamismus / Politischer Islam	31
2.4.2. Islamistischer Antisemitismus.....	33
3. Auswahl der Methoden der Sozialwissenschaft	40
3.1. Verhältnis Quantitative und Qualitative Sozialforschung.....	40
3.2. Unsere methodische Vorgehensweise	41
4. Der Großbezirk Mitte	46
4.1. Annäherung an den Bezirk.....	46
4.2. Bedeutung der sozialen Lage im Bezirk	47
4.3. Integrationsleitlinien des Bezirks	49
5. Rassismus	51
5.1. Wahrnehmungen rassistischer Diskriminierungen von MigrantInnen.....	52
5.1.1. Ethnisierung der Konkurrenz um Arbeitsplätze und Sozialleistungen	52
5.1.2. Ethnisierung von Nachbarschafts-Konflikten	54
5.1.3. Kulturalistischer Assimilationsdiskurs.....	55
5.2. Rassistisches Handeln einzelner Personen und Gruppen.....	59
5.3. Wahrnehmungen zu institutionellem Rassismus und struktureller	
Diskriminierung	60
5.3.1. Situation von Flüchtlingen in Berlin-Mitte.....	61
5.3.2. Politische und sozioökonomische Ausgrenzung.....	65
5.3.3. Verwaltung und Behörden.....	67
6. Antisemitismus in Mitte / Tiergarten / Wedding	71
6.1. Einführung	71
6.2. Antisemitische Vorfälle.....	72
6.3. Antisemitismus in Mitte - Stereotype / Bilder vom Juden	79
6.4. No go Areas für Juden?	82
6.5. Debatte um den Nahostkonflikt	84
7. Rechtsextremismus und Rechtsextreme Organisationen	87
7.1. Wahrnehmung / Nichtwahrnehmung Deutscher Rechtsextremismus	87
7.2. Organisierter Rechtsextremismus und sein Umfeld in Mitte	88
7.2.1. Kameradschaftsspektrum und Einzelpersonen	88
7.2.2. Parteien	90
7.2.2.1. Rechtsextreme Parteien.....	90
7.2.2.2. Rechtspopulismus.....	91
7.2.2.3. Sonstige Parteien.....	92
7.2.3. Sonstige Strukturzusammenhänge	93
7.2.3.1. Die Rockerszene der Bandidos MC Berlin Eastgate.....	93
7.2.3.2. Staatsbürgerliche Vereinigung „Deutsche Nationalversammlung“	93
7.3. Demonstrationen, Schmierereien, Übergriffe und Schändungen	
Jüdischer Mahnmale	94

7.4.	Die Grauen Wölfe.....	96
7.4.1.	Die Idealisten und ihr „Leitwolf“	96
7.4.2.	Die Grauen Wölfe in Mitte	101
8.	Islam und Islamismus im Bezirk Mitte	104
8.1.	Vereinsniederlassungen und überregional vernetzte Gruppen.....	104
8.1.1.	DITIB und die Diyanet, das Amt für religiöse Angelegenheiten der Türkei....	104
8.1.2.	Der „Türkische Kulturverein“ Nizam-i Alem.....	107
8.1.3.	VIKZ - Der Verband der Islamischen Kulturzentren	108
8.1.3.1.	Die Gemeinde des Süleyman Efendi	108
8.1.3.2.	Der VIKZ in Berlin und im Stadtbezirk Mitte	110
8.1.4.	Kalif und Gegenkalif	112
8.1.5.	Die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG).....	115
8.1.5.1.	Entwicklung der Organisation in Europa und Deutschland	116
8.1.5.2.	Ideologische Schwerpunkte.....	119
8.1.5.3.	Milli Görüs und die Islamische Föderation im Stadtbezirk Mitte	123
8.1.5.3.1.	Einfluss des Milli-Görüs-Milieus in Wedding und Tiergarten	123
8.1.5.3.2.	Einrichtungen des Milli-Görüs-Milieus in Berlin Mitte	126
8.1.5.3.3.	Der Religionsunterricht der Islamischen Föderation	136
8.1.6.	Die Schiiten der Imam Cafer Sadik Camii	139
8.1.7.	Das Pakistanische Kulturzentrum der Minhaj ul-Quran	141
8.1.8.	Die Gemeinden „Deutschsprachiger Muslim-Kreis“ und „Islami Tahrik“, und die Netzwerke „Muslimat Berlin“ und „Initiative Berliner Muslime“.....	142
8.1.8.1.	Deutschsprachiger Muslim-Kreis	142
8.1.8.2.	Muslimat-Berlin	143
8.1.8.3.	Die Initiativer Berliner Muslime	147
8.1.8.4.	Islami Tahrik und Maulana Maududi.....	148
8.1.8.5.	DMK und Islami Tahrik (Bilal-Moschee) im Soldiner Kiez	149
8.1.8.6.	Anhang: Muslimbruderschaft.....	151
8.1.9.	Die „Islamische Zeitung“.....	152
8.2.	Die Debatte um das Kopftuch	157
8.2.1.	Die Parteien	158
8.2.2.	Positionen religiöser Gremien und Vertreter.....	160
8.2.3.	Zivilgesellschaftliche Initiativen.....	167
8.2.4.	Feminismus und Frauenrechte.....	169
8.2.5.	Zusammenfassung.....	171
8.3.	Islam und Islamismus in Mitte.....	173
8.3.1.	Schwierige Annäherung an das Thema.....	173
8.3.2.	Was ist Islamismus?	177
8.3.3.	Abgrenzung und Aufwertung durch Feindbilder.....	179
8.3.4.	Gruppendruck und soziale Kontrolle	181
8.3.5.	Das Kopftuch	185
8.3.6.	Der 11. September	192
8.3.7.	Eine verschlossene Welt?	194
9.	Sexismus	196
9.1.	Das konservative Frauenbild junger Migranten	196
9.2.	Schutz durch das Kopftuch	198
9.3.	Sexismus und pubertierende Jugendliche	199
9.4.	„Problemfeld“ Schule	200
9.5.	Jugendeinrichtungen	201
9.6.	Frauendiskriminierung in Familien mit Migrationshintergrund	203

10. Homophobie	206
10.1. Nicht-Wahrnehmung und Tabuisierung	206
10.2. Ausgrenzung, Diskriminierung und Vorurteile	206
10.3. Verbale Anfeindungen und „schwul“ als Schimpfwort	208
10.4. Homosexuelle MigrantInnen und „migrantische Homophobie“	208
10.5. Überfälle und Gewalt	212
10.6. Akzeptanz	215
11. Antiziganismus im Großbezirk Mitte	217
11.1. Öffentlicher Raum	217
11.2. Verwaltung	218
11.3. Schulen	218
11.4. Jugendeinrichtungen	219
11.5. Zivilgesellschaftliche Institutionen	220
11.6. Holocaust-Mahnmal für Sinti und Roma	220
12. Handlungsempfehlungen	222
12.1. Kommunale Demokratieentwicklung	222
12.2. Was ist eine Zivilgesellschaft?	227
12.3. Anregungen für den Gesamtbezirk	232
12.3.1. Auseinandersetzung mit Antisemitismus	234
12.3.2. Maßnahmen in ausgesuchten Handlungsfeldern	234
12.3.3. Demokratie leben und lernen an Orten demokratischer Entfaltung	239
12.4. Community Coaching – Vom Diskurs zur Praxis	242
Nachwort zur Studie	245
Literatur	246

1. Einleitung

Im Jahr 2003 veröffentlichte das Zentrum Demokratische Kultur (ZDK) eine Kommunalanalyse mit dem Titel „Demokratiegefährdende Phänomene und Möglichkeiten der demokratischen Intervention in Berlin Friedrichshain-Kreuzberg“. Diese Studie behandelte eine Beschreibung rechtsextremer, rassistischer, antisemitischer und islamistischer Phänomene in dem neuen Ost-West-Bezirk. Die Studie wurde sowohl in der Öffentlichkeit als auch vom Fachpublikum mit viel Interesse aufgenommen und diskutiert. Aufbauend auf dieser und anderen Vorerfahrungen u.a. in Berlin-Hohenschönhausen hat sich die Senatsverwaltung entschieden, den Bereich der Kommunalanalyse im Rahmen des Arbeitsansatzes „Community Coaching“ zu fördern und 2003/4 in drei neuen Berliner Bezirken umzusetzen. Dazu wurden die Bezirke Mitte, Marzahn-Hellersdorf und Treptow-Köpenick ausgewählt.

1.1. Was ist eine Kommunalanalyse?

Eine Kommunalanalyse, wie sie der Projektbereich Community Coaching im Zentrum Demokratische Kultur begreift, versteht sich als Bestandteil einer längerfristigen Auseinandersetzung mit Demokratie und ihren Gefährdungen im Bezirk. Ein zentrales Anliegen der Kommunalanalyse ist neben der Beschreibung der Problemfelder Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Islamismus die Auseinandersetzung mit den Rahmenbedingungen für demokratiefördernde Aktivitäten.

Eine Kommunalanalyse ist damit ein Instrument praktischer Demokratieentwicklung. Ihr Anliegen besteht in der Stärkung einer demokratischen Kultur, zu der Minderheitenschutz, Pluralismus und Gleichwertigkeit als wesentliche Elemente der Menschenrechte gehören.

Im Zentrum der Kommunalanalyse steht:

Die Problemanalyse: die Analyse demokratiegefährdender Phänomene, insbesondere des Problemspektrums Rechtsextremismus, Rassismus und Minderheitenfeindlichkeit.

Der konstruktive Aspekt: die Beschreibung der bisherigen Praxis (Potenziale, Stärken und Ressourcen) in der demokratischen Auseinandersetzung mit diesen Phänomenen.

Die Untersuchung repräsentiert u.a. Möglichkeiten

zur Anregung einer Diskussion über rechtsextreme, rassistische, antisemitische und auch islamistische Probleme/Phänomene im Bezirk

zum Abgleich der unterschiedlichen Wahrnehmungen

zur klaren Betonung und Analyse von tatsächlichen Problemfeldern in der Kommune und zur Formulierung von realistischen Handlungsoptionen vor Ort

Ziel einer Kommunalanalyse ist die Entwicklung einer empirisch begründeten Theorie (grounded theory), die verlässliche Aussagen darüber zulässt, wie sich demokratiegefährdende Phänomene im Bezirk Mitte – Mitte, Tiergarten, Wedding – gestalten, wie damit bereits umgegangen wird und die Diskussionen anregt, wie zukünftig damit umgegangen werden könnte. Die Kommunalanalyse versteht sich als Bestandteil einer längerfristigen Auseinandersetzung mit Demokratie und ihren Gefährdungen.

Im Laufe der letzten Jahre hat sich empirisch gezeigt, dass Rechtsextremismus und antihumane Bestrebungen in manchen Städten im kulturellen und politischen Kontext erfolgreich sind, während sie in anderen auf Widerstand stoßen. Abhängig ist dies von einer Vielzahl von Faktoren: der lokalen und der allgemeinen politischen Kultur, dem Handeln von Bürgern und Bürgerinnen, dem Handeln kommunaler Repräsentanten, dem Vorhandensein von Netzwerkstrukturen sowie vielfältigen Rahmenbedingungen und politischer Unterstützung für demokratiebezogene Maßnahmen. Empirisch zeigt sich auch, dass Vorreiter wichtig sind, ebenso wie die Frage der Einbettung demokratischer Aktivitäten.

Zentrales Anliegen der Kommunalanalyse ist neben der Beschreibung des Problemspektrums und der bisherigen Praxis die Auseinandersetzung mit den Rahmenbedingungen demokratiefördernder Aktivitäten.

In der Kommunalanalyse verknüpfen sich wissenschaftlich-methodische Expertise und zivilgesellschaftlich-demokratische Orientierungen – sichtbar wird daran unser Selbstverständnis als Forschungsteam aus dem Projekt Community Coaching:

1.2. Was ist Community Coaching?

Der Projektbereich Community Coaching im Zentrum Demokratische Kultur (ZDK) versteht sich als ein Angebot an Kommunen mit all ihren AkteurInnen, Prozesse der Demokratisierung anzuregen, zu begleiten und zu verstärken. Die Besonderheit von Community Coaching gegenüber anderen Beratungsansätzen besteht in einer professionellen Analyse der kommunalen Situation, die mit einer Studie dokumentiert wird. Vorrangiges Prinzip von Community Coaching ist die Verbindung von wissenschaftlicher Analyse, zivilgesellschaftlicher Praxis und Politikberatung. Im Zentrum unseres Konzeptes stehen die Analyse von Demokratiegefährdungen mittels wissenschaftlicher Methoden und die daran anschließende Arbeit basierend auf den analytischen Erkenntnissen.

Wir verstehen uns als ein externer Partner der örtlich Engagierten; unsere Stärke ist unsere Expertise und unsere Rolle als fachkompetenter Partner von außen. Externe Unterstützung ist für uns kein kurzfristiger oder rein ergebnisorientierter Einschnitt, sondern ein gemeinsamer Prozess, bei dem die relevanten Schlüsselsituationen für die kommunale Demokratieentwicklung definiert und an ihnen nachhaltige Veränderungsperspektiven aufgezeigt werden. Durch Community Coaching werden Kommunen und die dort tätigen Initiativen und Institutionen dabei begleitet, selbst langfristige Handlungskonzepte zu entwickeln. Demokratiegefährdenden Bestrebungen soll so entgegengewirkt werden, um ein aktives demokratisches Gemeinwesen zu sichern und zu entwickeln. Unterstützung bei der Vernetzung, Fortbildung und Training sind ebenfalls Bestandteile von Community Coaching. Community Coaching existiert seit 1999.

Von den Analysen der lokalen Situation zur Existenz antidemokratischer bzw. demokratiegefährdender Phänomene und dem Aufzeigen von Möglichkeiten der demokratischen Intervention versprechen wir uns Folgendes:

Anregung einer Diskussion über demokratiegefährdende/antidemokratische Phänomene im Bezirk

Abgleich der unterschiedlichen Wahrnehmungen

Die Formulierung von realistischen Handlungsoptionen für die Engagierten/mit den Engagierten vor Ort

Die im Folgeschritt von Community Coaching begleitet und gecoacht werden (können)

Die wissenschaftliche Basis der eigenen Erkenntnisse ermöglicht ein hohes Maß an Seriosität in der Praxis von Diskursförderung, Beratung und modellhafter Projektbegleitung. Sie ist das wesentliche Kennzeichen, wie wir auf aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen reagieren bzw. in demokratierelevanten Konflikten intervenieren. Strategien bzw. Handlungsschritte, die sich aus den Erkenntnissen der Kommunalanalyse bzw. aus der darauf folgenden Diskussion ergeben, können in einem Empfehlungskatalog (für spezifische Handlungsfelder), lokalen Aktionsplänen oder einem kommunalen Handlungskonzept zusammenfließen.

Im Land Berlin ist Community Coaching seit 1999/2000 tätig. Folgende Projekte sind dabei gesondert zu erwähnen:

1999/2000 Berlin-Hohenschönhausen

Im Jahr 1999/2000 führte Community Coaching eine Kommunalanalyse „Rechtsextreme Erscheinungen und Erfordernisse demokratischen Handelns in Berlin-Hohenschönhausen“

im Auftrag des Bezirksamtes Berlin-Hohenschönhausen durch. Im Bezirk Berlin-Hohenschönhausen stellte diese Studie in den letzten Jahren einen der zentralen Impulse in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus dar.

2001, d.h. nach der Fusion der beiden Altbezirke Lichtenberg und Hohenschönhausen, verabschiedete die Bezirksverordnetenversammlung einen Beschluss, dass Community Coaching in Berlin Lichtenberg weitergeführt werden soll. Das mündete auch in die Entscheidung, Teile des „Aktionsplans für Demokratie und Toleranz – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ inhaltlich zu erarbeiten. Dies erfolgte in ZDK-interner Abstimmung mit der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR).

2002/2003 Friedrichshain-Kreuzberg

In diesem Zeitraum erstellte Community Coaching im Auftrag des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg die Kommunalanalyse „Demokratiegefährdende Phänomene in Friedrichshain-Kreuzberg und Möglichkeiten der demokratischen Intervention“.

Dieses Projekt kann als „Pilotstudie“ gelten, da das erste Mal der kommunalanalytische Focus auch auf Erscheinungen und Strukturen des politischen Islam gelegt wurde. Seit 2002 ist Community Coaching im Bereich des Transfers der Analyseerkenntnisse tätig und fördert in Kreuzberg die bezirkliche und zivilgesellschaftliche Auseinandersetzung mit Islamismus und damit zusammenhängenden Problemen.

Das Jahr 2003 – Community Coaching in Berlin

Erstellung des „Aktionsplans für Demokratie und Toleranz – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ für den Bezirk Lichtenberg

Im Jahr 2003 erweiterte sich der Handlungsschwerpunkt von Community Coaching in Berlin grundlegend. Community Coaching hat im August 2003 die Entwicklung eines Aktionsplans für Demokratie und Toleranz – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ in Lichtenberg im Auftrag der Landeskommision Berlin gegen Gewalt abgeschlossen. Es handelt sich dabei um ein Kooperationsprojekt mit der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR). Der Aktionsplan wurde von der MBR koordiniert, basiert methodisch und in inhaltlichen Teilen wesentlich auf den Erfahrungen von Community Coaching. Das Projektteam trug zur Erschließung bisher wenig bearbeiteter Handlungsfelder bei.¹

Kommunalanalysen in den Bezirken Marzahn-Hellersdorf, Treptow-Köpenick und Berlin Mitte

Hinzu kommt die Arbeit in anderen Bundesländern, so u.a. in:

Brandenburg

Mecklenburg-Vorpommern

Sachsen

Thüringen

Unsere Unabhängigkeit und die Rolle als externer Partner geben uns die Freiheit, Probleme auch dann zu benennen, wenn ihre Formulierung im Bezirk selbst nicht immer gerne gehört wird und sie verwahrt uns vor dem potenziellen Vorwurf, parteipolitisch abhängig zu sein.

Parteiisch sind wir bewusst nur in zwei Punkten:

- 1.) in der strikten Ablehnung rechtsextremer, Menschen verachtender oder anderer anti-humanistischer geistiger Strömungen und Erscheinungsformen
- 2.) in der Befürwortung demokratischer Wertvorstellungen

¹ Die Erstellung der Situationsanalysen für die Problemfelder Rassismus und Antisemitismus und die Entwicklung der Handlungsempfehlungen für die Bereiche „Schule“, „Wohnen und Nachbarschaft“, „Öffentlicher Raum und Sicherheit“ konnten die thematische Fokussierung der MBR auf die Bereiche der Rechtsextremismusanalyse und die Handlungsfelder „Jugendarbeit“, „Zivilgesellschaft“, „Kommunale Politik und Verwaltung“ sinnvoll ergänzen.

Die Demokratisierung der Kommune ist also die zentrale Zielvorstellung des Community Coaching. Zum einen sollen zivilgesellschaftliche AkteurInnen (demokratieorientierte AkteurInnen) an diesem Prozess beteiligt werden, die ihre Probleme formulieren, selbst Ideen und Initiativen entwickeln und sich vernetzen, was zur Belebung der gesamten Kommune beitragen kann. Vor allem soll aber ein demokratisches und wertorientiertes Umfeld und eine sichere Atmosphäre für alle entstehen, unabhängig von Herkunft, Hautfarbe und politischer Orientierung des Einzelnen.

Unser Ziel ist es, den normativen Charakter des Demokratiebegriffs herauszustellen: Demokratie ist nicht nur ein Handlungsverfahren zur Steuerung politischer Prozesse. Demokratie wird ihrem Ursprung nur gerecht und verdient nur dann den Namen, wenn der explizite Minderheitenschutz und die allgemein gültigen Menschenrechte garantiert sind.

Organisatorische Einbettung

Community Coaching ist ein Arbeitsansatz und gleichzeitig ein Projektbereich des „Zentrums Demokratische Kultur“ innerhalb der „Regionalen Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule“ (RAA). Er existiert seit 1999 und umfasst die oben genannten inhaltlichen Schwerpunkte und Arbeitsansätze. Bezüglich der Kommunalanalyse in Berlin Mitte wurde das Community Coaching–Team durch die „Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus“ (MBR) begleitet. Diese Begleitung erfolgte im Auftrag des Landes Berlin. So ergibt sich eine Aufgabenteilung:

- Community Coaching trägt die alleinige inhaltliche, wissenschaftliche und strategische Verantwortung für diese Kommunalanalyse.
- Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) sichert die Kommunikation von Zwischenergebnissen in der Phase der Erstellung dieser Analysen in den Bezirk hinein.

„Community Coaching“ und die MBR werden ab Mitte 2004 innerhalb neuer, selbständiger Trägerstrukturen – der „ZDK – Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH“ und dem „Verein für Demokratische Kultur – Initiative für urbane Demokratieentwicklung e.V. (VDK)“ in Kooperation mit der RAA Berlin als Partner agieren.

1.3. Warum in Berlin Mitte / Tiergarten / Wedding diese Kommunalanalyse?

Dem Zentrum Demokratische Kultur war daran gelegen, aufbauend auf den Erfahrungen in Berlin Friedrichshain-Kreuzberg einen potentiellen Vergleichsbezirk zu analysieren, der wiederum ehemalige Ost- und Westbezirke in sich vereinigt. Wir versprechen uns davon neben dem kommunalen auch einen allgemeinen Erkenntnisgewinn.

Der Bezirk selber ist bisher in der Öffentlichkeit nicht als Hochburg rechtsextremer, rassistischer oder antisemitischer Umtriebe besonders aufgefallen. Umso spannender erschien uns die Frage nach den Gefährdungen der demokratischen Alltagskultur an einem Ort, der nur wenig mit demokratiegefährdenden AkteurInnen und Phänomenen in Verbindung gebracht wird.

Unsere Forschungsfragen

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen gestalteten wir die Forschungsfragen angelehnt an die Erfahrungen und Auswertungen der Studie in Berlin Friedrichshain-Kreuzberg. So interessierte uns:

Welche AkteurInnen gibt es im Bezirk, die explizit rechtsextreme, antisemitische oder rassistische Ideologien vertreten? Wie treten sie auf? Welche Strategien verfolgen sie? Welche Wirkung erzielen sie?

Wie werden diese AkteurInnen im Bezirk wahrgenommen und bewertet? Gibt es Strategien der Auseinandersetzung? Gibt es Defizite?

Eine Frage erschien uns angesichts laufender Debatten besonders vorrangig?

Gibt es antisemitische Ideologien, Ansätze und Phänomene im Bezirk? Wenn ja, wie stellen sie sich dar, welche Gefahren gehen für wen davon aus? Wer sind Träger dieser Ideologien? Was sind die Hintergründe dieser Ideologien?

Wie wird Antisemitismus in seinen unterschiedlichen Facetten im Bezirk wahrgenommen?

Was diese Studie erreichen soll

Diese Studie dient allein zur Diskursanregung über das Problem demokratiegefährdender Phänomene im Bezirk. Sie soll einerseits Probleme und demokratiegefährdende Phänomene benennen. Andererseits soll sie erste Ideen liefern, wie Demokratie als Alltagskultur gefördert und ausgebaut werden kann. Sie liefert dabei bewusst keine endgültigen Weisheiten und allgemein gültige Antworten. Diese können wenn überhaupt nur im Diskurs im Bezirk mit allen Beteiligten entwickelt werden. Diese Studie will dazu beitragen, diesen Diskurs zu qualifizieren und für diesen breiter zu werben. Sie sieht sich in der Tradition der Demokratieforschung als „Forschung für die Demokratie“ (Bracher).

Als externe AkteurInnen halten wir uns dabei bewusst mit allgemeinen Kommentierungen, Fingerzeigverweisen und übergeordneten Einschätzungen zurück. Die Bewertung der Ergebnisse soll im bezirklichen Diskurs geschehen und nicht von außen vorgegeben werden.

Was diese Studie alles nicht leisten will und kann

Bereits während der Erhebungsphase wurde das Forschungsteam mit vielfältigen Fragen und besonders auch Erwartungen konfrontiert. Diese Studie wird nicht ansatzweise alle diese Erwartungen und Hoffnungen erfüllen können. Es scheint uns somit sinnvoll zu sein, eine Liste mit Themen zu präsentieren, die wir nicht behandeln können, obwohl sie teilweise sinnvoll und nötig wären. Dazu gehören:

Geschichte der Migrationspolitik im Bezirk

Allgemeine Fragen der Integrationspolitik und ihrer Probleme

Sozialstudie im Sinne von Armutsforschung, Arbeitsanalysen etc.

Geschichte der jüdischen Gemeinde in Berlin

Endgültige Analysen aktueller Kiezproblematiken und –diskussionen

Kriminalitätsforschung

Globalisierung- oder Kapitalismusanalyse am konkreten Beispiel

Forschung über soziale Ungleichheiten

Aufbau der Studie

Diese Studie besteht aus drei Teilbereichen.

Zu Beginn werden wesentliche Begriffe definiert, allgemeine gesellschaftliche Hintergründe skizziert und die Auswahl unserer Forschungsmethoden begründet

Der zweite Teil ist das Kernstück der Studie. Im empirischen Teil geben wir Hinweise auf die lokale Situation und beschreiben im Sinne unserer Forschungsfragen die örtliche Lage.

Der dritte Teil umfasst Anregungen zur Auseinandersetzung mit örtlichen Problemfeldern.

Zu Beginn ist es notwendig, wesentliche Begriffe dieser Studie zu definieren:

2. Definitionen

2.1. Rechtsextremismus

Die Rechtsextremismusforschung in Deutschland verfügt über keine kontinuierliche Geschichte und ist geprägt durch zeithistorisch bedingte konjunkturelle Phasen, in denen das Thema mal mehr, dann wieder weniger behandelt wurde.² Dabei ist es bisher weder zu einer einheitlichen Theoriebildung noch zu einer Klärung diverser Forschungsfragen gekommen.³ Dies gilt auch für den Grundbegriff „Rechtsextremismus“ selber. Jürgen R. Winkler stellt dazu fest:

„Der Rechtsextremismusbegriff gehört zu den amorphesten Begriffen der Sozialwissenschaften. Er wird für unterschiedliche Sachverhalte in Anspruch genommen; es besteht keine eindeutige Zuordnung zwischen dem Zeichen Rechtsextremismus und dem, wofür es steht. Die nicht hinreichend festgelegte Verwendung des Ausdrucks erschwert die Verständigung, fördert Missverständnisse und behindert in vielen Bereichen den Vergleich von Forschungsergebnissen.“⁴

Andere Autoren teilen diese Kritik. Stellvertretend sei Pfahl-Traugher zitiert:

„Die inflationäre Verwendung des Begriffs Rechtsextremismus bildet nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch in der Politikwissenschaft vielfach einen eigentümlichen Kontrast zu seiner mangelnden theoretischen Reflektiertheit. Allgemein herrscht eine Begriffskonfusion vor, die noch durch die Verwendung anderer Bezeichnungen erhöht wird.“⁵

Vor diesem Hintergrund ist es unerlässlich, zu Beginn der Arbeit die eigenen Begriffe konkret zu bestimmen und gegebenenfalls von anderen Begriffen oder Definitionsverständnissen abzugrenzen, um Klarheit in Bezug auf die Arbeitsgrundlagen zu gewinnen.

In Deutschland existieren mehrere Schulen der Rechtsextremismusforschung mit einem unterschiedlichen Verständnis ihres Forschungsgebietes. Eine wesentliche Richtung bezieht sich auf den „Rechtsextremismus als amtlicher Begriff“⁶, wie Stöss es nennt. Diese Richtung begreift den Rechtsextremismus als einen Unterbegriff des Oberbegriffes „Extremismus“, der parallel mit anderen Formen des „Extremismus“, nämlich „Linksextremismus“ und „Ausländerextremismus“ genannt wird. Als „extremistisch“ gelten nach diesem Verständnis alle Bestrebungen,

„... die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben.“⁷

Die wesentlichen Vertreter dieser Richtung, Uwe Backes und Eckhard Jesse, verstehen dabei politischen „Extremismus“

„... als Sammelbezeichnung für unterschiedliche politische Gesinnungen und Bestrebungen [] die sich in der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates und seiner fundamentalen Werte und Spielregeln einig wissen.“⁸

² Vgl. Butterwegge 1996: 31ff; Kühnl 1995.

³ Vgl. Butterwegge 1997; Stöss 1994a; Druwe 1996.

⁴ Winkler 2000: 39

⁵ Pfahl-Traugher 1993: 14

⁶ Stöss 2000: 13.

⁷ Ebenda, 16.

⁸ Backes / Jesse 1993:40.

Mittelpunkt dieses Verständnisses von Extremismus ist die Definition der freiheitlich demokratischen Grundordnung, die erstmals 1952 vom Bundesverfassungsgericht im Parteiverbotsverfahren gegen die Sozialistische Reichspartei Deutschland definiert wurde. Konkret heißt es dort:

„So lässt sich die freiheitlich demokratische Grundordnung als eine Ordnung bestimmen, die unter Ausschluss jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und der Gleichheit darstellt. Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung sind mindestens zu rechnen: die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.“⁹

Nach dem Verständnis von Jesse und Backes sind politische Bestrebungen dann als „extremistisch“ zu bezeichnen, wenn sie diese demokratische Grundordnung beseitigen wollen.

Es handelt sich somit um eine reine Negativdefinition, das heißt sie grenzt sich ab und bestimmt nicht die Wesensmerkmale der Bestrebungen, sondern heftet ihnen nur ein Kürzel „rechts“, „links“ oder gar „Ausländer“ an. Trotz einiger Versuche von Backes und Jesse, Gemeinsamkeiten „extremistischer“ Positionen zu definieren¹⁰, blieb dieser Definitionsansatz in der wissenschaftlichen Debatte nicht unwidersprochen. Beispielsweise beklagt Neugebauer

„... die Eindimensionalität des Konzepts und seine Ausrichtung an einem normativen Demokratiebegriff [] Damit wird es der Komplexität der Verhältnisse nicht gerecht.“¹¹

Als problematisch wird insbesondere die Gleichsetzung von „Rechten“, „Linken“ und weiteren Bestrebungen betrachtet, die Differenzierungen vermissen lassen. Man bedenke alleine die unzähligen Debatten, was eigentlich eine z. B. linke Bestrebung überhaupt sei, die Bibliotheken füllt.¹² Sinnvoll erscheint es deshalb, sich von einer Negativ- zu einer Positivdefinition vorzuwagen, die den unterschiedlichen Strömungen und Ausrichtungen der Realität gerecht wird.

Eine vielseitig beachtete Definition liefert dazu Jaschke. Er erklärt:

„Unter ‚Rechtsextremismus‘ verstehen wir die Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen, organisiert oder nicht, die von der rassistisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechts-Deklaration ablehnen, die den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson ausgehen und die den Wertepluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen. Unter ‚Rechtsextremismus‘ verstehen wir insbesondere Zielsetzungen, die den Individualismus aufheben wollen zugunsten einer völkischen, kollektivistischen, ethnisch homogenen Gemeinschaft in einem starken Nationalstaat und in Verbindung damit den Multikulturalismus ablehnen und entschieden bekämpfen.“¹³

⁹ Zitiert nach Stöss 2000:15.

¹⁰ Vgl. Backes 1989: 289ff.

¹¹ Neugebauer 2000: 31.

¹² Zur Einführung in diese Debatten eignen sich: Vgl. Bobbio 1994; Rotbuch Taschenbuchverlag (Hrsg.) 1993; Hobsbawm 1998; Markowitz / Gorski 1997.

¹³ Jaschke 1994: 31.

Nach diesem Verständnis reduziert sich das Phänomen Rechtsextremismus nicht auf Strukturen sondern umfasst u.a. folgende Phänomenwelten:

Rechtsextreme Einstellungen in der Erwachsenenwelt

Verbreitung von Teilideologien des Rechtsextremismus z. B. Rassismus oder Antisemitismus in allen Gesellschaftsschichten.

Ansätze rechtsextremer Jugendkulturen

Rechtsextrem motivierte Formen der Gewalt

Rechtsextreme Organisationswelten

Rechtsextrem motivierte Handlungsoptionen, z. B. Demonstrationen, Nationale Jugendarbeit etc.

Diese Studie bezieht sich dabei ausdrücklich auf den Begriff des Rechtsextremismus, wie ihn Jaschke beschrieben hat.

2.2. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Insbesondere bei der Einordnung von demokratiegefährdenden AkteurlInnen spielen deren politische Einstellungen eine besondere Rolle. Im Mittelpunkt unseres Interesses stehen dabei die Ideologie des Rassismus, Antisemitismus sowie des völkischen Nationalismus, die es deshalb zu Beginn ebenfalls zu definieren gilt:

In einer neueren Arbeit führt der Soziologe Wilhelm Heitmeyer einen neuen Begriff in die Debatte ein und spricht fortan von einer „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“, der den Begriff des Rechtsextremismus zumindest bei ihm zu verdrängen scheint.

In seinem Beitrag von 2002 präsentiert Heitmeyer unter dem Titel „Deutsche Zustände“ einen Vorschlag, über den Begriff des Rechtsextremismus mit all seinen definitorischen Schwierigkeiten hinauszugehen, indem er das Konzept der *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* vorstellt.¹⁴ Diese „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ (GMF)

„[...] meint kein individuelles Feindschaftsverhältnis zu einem anderen Menschen, sondern bezieht sich auf Gruppen: „Werden Personen aufgrund ihrer gewählten oder zugewiesenen Gruppenzugehörigkeit als ungleichwertig markiert und feindseligen Mentalitäten der Abwertung, Ausgrenzung etc. ausgesetzt, dann sprechen wir von GMF, so dass die Würde der betroffenen Menschen antastbar wird oder zerstört werden kann. Das besondere Kennzeichen dieses Begriffs ist seine Spannweite. Sie ergibt sich aus dem Phänomen selbst, denn nicht nur Personen fremder Herkunft sind mit Feindseligkeiten und Gewalt konfrontiert, wenn sie bestimmten Gruppen zugeordnet werden, sondern auch Menschen gleicher Herkunft, deren Verhaltensweisen oder Lebensstile als ‚abweichend‘ von der beruhigenden Normalität empfunden werden.“¹⁵

Auf gesellschaftlicher und individueller Ebenen lokalisiert er eine *prekäre Normalität*, welche von Verunsicherungen über die weitere individuelle und soziale Entwicklung gekennzeichnet ist. Diese Normalität der Unsicherheit basiere zum einen auf *Regulationskrisen*, welche die Sinnhaftigkeit des politischen und gesellschaftlichen Systems aufgrund von persönlich erlebten verletzten Gerechtigkeitsgefühlen (z.B. die durch Arbeitslosigkeit gemachte Erfahrung der eigenen Entbehrlichkeit, die als ungerecht empfunden wird) in Frage stellen. Des Weiteren etabliere sich, laut Heitmeyer, eine *Ideologie der Ungleichwertigkeit*, welche die Gesellschaft in verschiedene Gruppen einteile, wobei die Eigengruppe durch die Abwertung von definierten Fremdgruppen aufgewertet werde. Ausgrenzung von Menschengruppen und Gewaltanwendung erhalten so eine ideologieimmanente Legitimation. Zum anderen zeigen sich gesellschaftliche *Kohärenzkrise*n, welche sich in einer Labilisierung und/oder Auflösung eingelebter sozialer Beziehungen verdeutlichen.

¹⁴ Heitmeyer 2002, S. 15ff.

¹⁵ ebenda, S. 19

In der Beobachtung der so charakterisierten Gesellschaft erkennt Heitmeyer die *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*. Hierbei erleben nicht nur Menschen fremder Herkunft Feindseligkeiten, sondern auch solche mit „gleicher Herkunft, aber abweichend empfundenem oder deklariertem Verhalten.“¹⁶ Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit setzt sich aus sechs verschiedenen Elementen zusammen, die untereinander in kausalen Wechselwirkungen stehen und den gemeinsamen Kern einer angenommenen Ungleichwertigkeit von Menschen tragen. Als Elemente benennt Heitmeyer:

Rassismus
Fremdenfeindlichkeit
Antisemitismus
Heterophobie
Etabliertenvorrechte
Sexismus¹⁷

Seit dem Jahr 2002 werden bis 2010 jährliche Erhebungen der Einzelelemente der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ durchgeführt,¹⁸ wobei deren latente Ausprägung im Vordergrund steht.

Der Forschungsverbund unter Leitung des Bielefelder Soziologen Heitmeyer geht jedoch noch weiter: Es werden nicht nur die Einzelelemente erhoben, sondern auch Zusammenhänge zwischen ihnen und Erklärungskonzepten zu ihrer Entstehung geprüft. Der Zustand der Demokratie als solcher interessiert. Es geht um die problematischen Phänomene, ihre Erklärungen und die Veränderung über die Zeitachse hinweg.

„Da Ungleichwertigkeit den gemeinsamen Kern aller Elemente ausmacht, sprechen wir von einem Syndrom“¹⁹

Das Untersuchungskonzept zur Erklärung der GMF setzt sich aus mehreren Elementen zusammen. Objektive Kontextbedingungen (z.B. sozialstrukturelle Faktoren), Einstellungen und Erfahrungen von Individuen werden einbezogen, ebenso wie die Frage, ob sich moderierende Elemente, die zwischen den Faktoren vermitteln - Zusammenhänge verstärken oder abschwächen – auffinden lassen.

Im Jahr 2002 wurden einstellungs- und erfahrungsbezogene Ansätze, wie soziale Desintegration, relative Deprivation, Anomia, Autoritarismus etc. als Erklärungskonzepte herangezogen. Für 2003 sind Variationen konzipiert worden und es werden erklärende bzw. moderierende Konzepte wie objektive Kontextfaktoren, Wertorientierungen und die Frage von Akzeptanz bzw. Distanz gegenüber dem demokratischen System und seiner wahrgenommenen Qualität erhoben und geprüft.

Ob sich dieser Ansatz im wissenschaftlichen Diskurs durchsetzen und mehrheitsfähig werden kann, ist noch nicht abzusehen. Für diese Studie bietet jedoch das Syndrom „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ eine theoretisch gelungene Folie besonders in Hinblick auf den Aspekt der Demokratiegefährdung.

Die Elemente der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“

Rassismus

Rassismusbegriff im GMF-Survey:

„Rassismus umfasst jene Einstellungen und Verhaltensweisen, die die Abwertung von Gruppenangehörigen fremder Herkunft auf der Basis konstruierter „natürlicher“

¹⁶ Ebenda, S. 19.

¹⁷ Die folgende Erklärung der einzelnen Dimensionen ist komplett aus Heitmeyer 2002: 20f zitiert.

¹⁸ Untersucht werden vor allem die latenten Ausprägungen dieser Syndromelemente, insbesondere Einstellungen und Verhaltensbereitschaften und nicht das manifeste Verhalten. „Dieser Weg wurde gewählt, weil manifeste Menschenfeindlichkeit, die sich in zerstörerischem Handeln zeigt, vielfach mit latenter Menschenfeindlichkeit in Einstellungen und Verhaltensbereitschaften beginnt...“ Heitmeyer 2002, S. 21.

¹⁹ vgl. Heitmeyer 2002, 23

Höherwertigkeit der Eigengruppe vornehmen. Es ist der Versuch, eine Dominanz gegenüber Gruppen auszuüben, die u.a. auch an biologischen Unterschieden festgemacht werden.“ Abgefragt wurde hier u.a. das Item: „Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt.“²⁰

Der Rassismus basiert auf der Vorstellung der Ungleichwertigkeit der Menschen. Rassistisches Denken ist durch die künstliche Konstruktion von Menschengruppen gekennzeichnet, die wahlweise biologisch und/oder kulturell determiniert seien. Diesen Menschengruppen werden unabänderbare Verhaltens- und damit auch Wertigkeitsmuster zugeordnet, so dass ein Bild ungleichwertiger Gruppen entsteht. Menschen aufgrund ihres Aussehens und/oder ihrer Herkunft für höher- bzw. minderwertig zu halten, stellt somit eine Grundform rassistischen Denkens dar. Zunächst biologisch-phänomenologische Merkmale, wie z.B. Haut- oder Haarfarbe, werden in rassistischen Konstruktionen in Zusammenhang mit geistigen, sexuellen oder kriminellen Eigenschaften gebracht. Wird Menschen auf dieser Grundlage der Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen verweigert, so lässt sich mit R. Miles von „institutionellem Rassismus“ sprechen.²¹ Durch die Annahme „natürlicher“ Ungleichwertigkeit findet eine Legitimation gesellschaftlicher Ungleichheit statt. Das Staatsbürgerschaftsrecht – trotz seiner Änderungen – und die daraus resultierenden Ausländer- und Asylgesetze stellen eine strukturelle Dimension von Rassismus dar, da in diesen Gesetzen die Vorenthaltung einiger bürgerlicher Rechte, z. B. Wahlrecht und Versammlungsrecht, geregelt ist. In dieser gesellschaftlichen Praxis der Ausschließung von Menschen aufgrund ihrer Nationalität wird deren prinzipielle Ungleichheit begründet und legitimiert. Gesetzlich legitimierte Formen von Ungleichwertigkeit stellen, verbunden mit geschichtlich tradierten Rassismen, die Grundlage für individuelle rassistische Denk- und Handlungsweisen dar. Rassistische Denk- und Praxisformen weisen folglich vor dem Hintergrund der Zuweisung bzw. Vorenthaltung von Ressourcen gesellschaftliche und psychische Funktionalität auf. Rassistisches Verhalten ist nicht unabdingbar auf Mehrheitsgruppen gegenüber Minderheitsgruppen zu beschränken. Sehr wohl kann rassistisches Verhalten und Denken auch in Minderheitsgruppen vorhanden sein, entstehen und entwickelt werden. Dazu ein Beispiel aus der Praxis: *Ein schwarzer Mann wird in Berlin auf offener Straße von zwei Personen mit türkischem Migrationshintergrund mit der Begründung „Neger stinken“ zusammengeschlagen.* Beide Akteure entstammen Minderheitsgruppen. Das dahinter stehende Denken der Schläger ist jedoch eindeutig rassistisch, da es eine Menschengruppen konstruiert (hier von den Schlägern als „Neger“ bezeichnet), denen ein bestimmtes negatives Merkmal (Geruch) zugeordnet wird, so dass eine in diesem Denken unabänderbare Kluft und Differenz zwischen „Stinkern“ und „Nicht-Stinkern“ entsteht. Das Verhalten der Schläger ist ein Faktum des rassistischen Denkens UND Verhaltens. Unabdingbar ist jedoch die jeweilige, individuelle Suche nach möglichen Ursachenbündeln, ohne dieses damit zu entschuldigen.

Fremdenfeindlichkeit

Fremdenfeindlichkeit im GMF-Survey:

„Fremdenfeindlichkeit ist in diesem Konzept auf kulturelle und materielle Aspekte bezogen. Die Abwehr von Gruppenangehörigen fremder ethnischer Herkunft ist zum Einen auf (vermutete) Konkurrenz um (knappe) Ressourcen von Positionen, Plätzen etc. und zweitens auf die Etikettisierung von ‚kultureller‘ Rückständigkeit ausgerichtet.“ Gefragt wurde hier u.a. nach dem Item „Es leben zu viele Ausländer in Deutschland.“²²

Unter Fremdenfeindlichkeit verstehen wir im Folgenden eine moderne Variante des Rassismus als Kulturalismus oder Ethnopluralismus: Die prinzipielle Verschiedenheit von

²⁰ vgl. Heitmeyer 2002, 20f

²¹ Miles 1999.

²² Vgl. Heitmeyer 2002, S.20ff

Kulturen/Lebensweisen wird hervorgehoben, um zu begründen, warum Menschen unterschiedlicher kultureller und/ oder religiöser Traditionen nicht miteinander leben können. Letztlich ist hier das Biologische durch eine analog dem Biologischen konstruierte Kultur ersetzt worden, an die Stelle des Bluts tritt die Kultur. Dies äußert sich z. B. in der Wahlparole der Republikaner (REP) „Jedem Volk sein Land“.

Antisemitismus

Antisemitismus im GMF-Survey:

„Antisemitismus“ richtet sich auf die Abwertung von Menschen jüdischen Glaubens und Herkunft sowie ihrer kulturellen Symbole. Eine auf Stereotypen basierende Diskriminierungsbereitschaft und – als sekundärer Antisemitismus – der Vorwurf des Ausnutzens des Holocaust bilden die zentralen Elemente. Er thematisiert vor allem bedrohende ‚Verschwörungen‘ und ‚Ausbeutungen‘, die es abzuwehren gelte.“²³

Sowohl in der Wissenschaft als auch im Feuilleton der überregionalen Presse kreisen derzeit breite Debatten um das Phänomen des Antisemitismus, obwohl dieser Begriff historisch betrachtet nicht immer über große Trennschärfen zu alternativen Begriffsoptionen verfügte. Der Begriff an sich suggeriert die Ablehnung der „Semiten“ – also nicht nur der Juden (Hebräisch), sondern einer ganzen Sprachfamilie (Akkadisch, Kanaanäisch, Aramäisch, Arabisch, Südarabisch-Abessinisch). Trotzdem hat er sich allgemein eingebürgert und wird auch weltweit als explizit auf Juden und Jüdinnen bezogen verwandt.

Wir verstehen Antisemitismus nach Pfahl-Traughber „als Sammelbezeichnung für alle Einstellungen und Verhaltensweisen, die den als Juden geltenden Einzelpersonen oder Gruppen aufgrund dieser Zugehörigkeit in diffamierender und diskriminierender Weise negative Eigenschaften unterstellen, um damit eine Abwertung, Benachteiligung, Verfolgung oder gar Vernichtung ideologisch zu rechtfertigen. Derartige Praktiken können aus unterschiedlichen inhaltlichen Begründungen abgeleitet werden. Ihnen allen ist das pauschalisierende und stereotype Negativ-Bild von ‚dem Juden‘ oder ‚der Juden‘ zu eigen und handlungsleitend.“²⁴

Zahlreiche Abhandlungen beschreiben ausführlich die lange Geschichte des europäischen Antisemitismus. Sie soll hier nicht wiederholt werden; siehe dazu die zahlreiche Literatur.²⁵

Bedeutender an dieser Stelle ist die Unterscheidung in unterschiedliche Formen und Begründungszusammenhänge des Antisemitismus. So lassen sich u.a. unterscheiden: Religiöser Antisemitismus: Wesentlicher Bestandteil dieser Form ist die Absolutsetzung einer eigenen Religion, die mit der pauschalisierenden Herabsetzung und Nicht-Anerkennung anderer Religionen einhergeht. Hinzu kommen spezifische negative Hervorhebungen des jüdischen Glaubens.

Sozialer Antisemitismus: Hierbei stehen nicht allgemeine Konflikte sozialer Gruppen im Mittelpunkt. Stattdessen wird „ein besonderer tatsächlich vorhandener oder eingebildeter sozialer Status von Juden und Jüdinnen in der Gesellschaft als Motiv des Antisemitismus genannt. Durch die eingeschränkte Möglichkeit der Berufswahl im Mittelalter drängte man viele Juden und Jüdinnen von der beruflichen Sphäre der Produktion in die des Handels. Da sie als eine Schnittstelle für den An- und Verkauf von Waren dienten, erschien eine jüdische Präsenz bei denjenigen, die es so sehen wollten, als bedeutsam oder als dominant.“²⁶

Politischer Antisemitismus: Eng verknüpft mit dem sozialen Antisemitismus ist der politische Aspekt. Juden werden Verschwörungen zur Erringung von Machtpositionen im eigenen Land oder sogar weltweit unterstellt. Hinter politischen Umbrüchen wie Kriegen, Revolutionen oder Bürgerkriegen werden konspirative jüdische Machtzirkel vermutet, die die Lenkung der Prozesse inne hätten. (siehe auch: Exkurs zum islamistischen Antisemitismus)

Kultureller Antisemitismus: Juden wird an dieser Stelle dominanter und zerstörerischer Einfluss auf kulturelle Phänomene oder Bereiche wie Kunst, Kultur, Literatur oder Musik

²³ Vgl. Heitmeyer 2002, S.20ff

²⁴ Pfahl-Traughber 2002: 9.

²⁵ Vgl. z. B. Pfahl-Traughber 2002; Benz / Bergmann 1997; Poliakov 1988; Weiss 1997.

²⁶ Pfahl-Traughber 2002: 11.

unterstellt. Voraussetzung ist die Definition einer eigenen, nicht jüdischen Kultur, die von Seiten der Juden und Jüdinnen in Frage gestellt würde.

Rassistischer Antisemitismus: Juden werden hierbei als „menschliche Rasse“ mit unabänderbaren Wertigkeiten, Verhaltensformen oder anderen Merkmalen konstruiert, so dass eine Gesellschaft mit ungleichen und ungleichwertigen Gruppenkonstruktionen entsteht. Siehe hierzu auch das Kapitel „Rassismus“.

„Neuer“ Antisemitismus: „Diese von dem Antisemitismusforscher Herbert Strauss so bezeichnete Form knüpft an die öffentliche Auseinandersetzung über die Massenvernichtung der Juden während des Zweiten Weltkrieges an.²⁷ Sie unterstellt, die ständige Thematisierung dieser Ereignisse diene nur dem Angriff auf eine neu entwickelte nationale Identität der Deutschen und der Gewährung fortgesetzter Wiedergutmachungszahlungen an Israel. In diesem Kontext werden auch traditionelle Argumentationsmuster des Antisemitismus bemüht. Dazu gehört etwa die Auffassung von der (angeblichen) jüdischen Fixierung auf ‚Geld‘ einerseits und politische Macht andererseits.“²⁸

Antizionistischer Antisemitismus: Kern dieser Form ist die rigide, ideologisch fixierte Ablehnung der Innen- und Außenpolitik Israels, die über das Grundrecht der Kritik weit hinausgeht. Dabei wird häufig das Existenzrecht des Staates an sich in Frage gestellt und die jeweilige Kritik mit antisemitischen Stereotypen unterlegt.

Ähnlich dem Rassismus konstruieren Antisemiten eine Menschengruppe mit der Titulierung „Juden“, die von dem Verhalten oder Erscheinungsbild der tatsächlichen Juden und Jüdinnen unabhängig ist. Antisemitismus funktioniert auch ohne reale Juden und Jüdinnen. Hintergrund ist der „funktionale Charakter des Antisemitismus“²⁹. Antisemiten brauchen Feindbilder und Sündenböcke, um von den eigenen Ängsten, Trieben und Schwächen abzulenken.³⁰ Sartre formuliert dieses Phänomen sehr plastisch: „Nicht die Erfahrung schafft den Begriff des Juden, sondern das Vorurteil fälscht die Erfahrung. Wenn es keinen Juden gäbe, der Antisemit würde ihn erfinden.“³¹ In der antisemitischen Agitation kann somit sehr wohl auf das reale Verhalten einzelner Juden und Jüdinnen eingegangen werden, wenn dieses dem antisemitischen Vorurteil zufällig zu entsprechen scheint. Der Einzelne wird dann als Beispiel für das Kollektiv genannt und als Beleg der antisemitischen Verallgemeinerung bewertet.³² Generell gilt jedoch das Wort Sartres - und damit hat Antisemitismus nur sehr wenig bis nichts mit realen Juden zu tun.

Etabliertenvorrechte

Etabliertenvorrechte im GMF-Survey:

„Etabliertenvorrechte umfassen die von Alteingesessenen beanspruchte raum-zeitliche Vorrang- und Vormachtsstellung gegenüber ‚Neuen‘, ‚Zugezogenen‘ und solchen, die sich noch nicht angepasst haben. Heute sind Positionen sichtbar, die die Aufkündigung gleicher Rechte beinhalten, ganz gleich ob es sich um Aussiedler, neue oder zahlenmäßig kleine Minderheiten oder (anerkannte) Flüchtlinge handelt.“ Abgefragt wurde u.a. das Item: „Wer irgendwo neu ist, sollte sich erst mal mit weniger zufrieden geben.“³³

Der im Rahmen der Kommunalanalyse verwendete Begriff Etabliertenvorrechte meint das gesellschaftliche Machtverhältnis in Deutschland, in dem zwar Menschen unterschiedlicher Herkunft und/oder religiöser Orientierung leben, das sich jedoch durch die Dominanzkultur, also die Vorherrschaft und relative Privilegierung weißer, christlich sozialisierter Deutscher auszeichnet. Zwar kann man auch in der Bundesrepublik (bei guter Führung, sozialem Erfolg und Sprachnachweis) einen deutschen Pass erwerben, wird aber von der

²⁷ Parallel existiert auch der Begriff des „sekundären Antisemitismus“ aus dem Kreise der Frankfurter Schule.

²⁸ Pfahl-Traugher 2002: 13.

²⁹ Adorno 1995: 110.

³⁰ Ebenda: 110ff sowie: Adorno 1971.

³¹ Sartre 1971: 111.

³² Löwenthal 1990 und Löwenthal 1990a.

³³ Vgl. Heitmeyer 2002, S.20ff

Mehrheitsgesellschaft noch lange nicht als Deutsche/r anerkannt. Weiße Hautfarbe, christliche Sozialisation, deutsche Herkunftsfamilie werden nach wie vor als Voraussetzung angesehen, „richtig“ deutsch zu sein.

Der dazugehörige Wertekontext sogenannter deutscher Sekundärtugenden wie Fleiß, Ordentlichkeit, Pünktlichkeit bildet die Norm, an der Menschen mit Migrationshintergrund gemessen werden, und an die sie sich anpassen sollen. Diese Dominanzkultur bildet die Grundlage alltagssistischer Denk- und Handlungsweisen, d.h. „unsere ganze Lebensweise, unsere Selbstinterpretationen sowie die Bilder, die wir von uns und Anderen entwerfen, sind in Kategorien der Über- und Unterordnung gefasst“³⁴

So werden in Deutschland geborene Schwarze³⁵ und Menschen mit Migrationshintergrund im Alltag von vielen nicht nur nicht als Deutsche anerkannt, sondern sollen sich der „deutschen Norm“ anpassen. Die Abstraktheit dieser Norm spielt in diesem Zusammenhang keine Rolle, da der Konsens darin besteht, dass es sich bei den Anzupassenden eben um keine „richtigen“ Deutschen handelt. Der Konsens besteht vor dem Hintergrund einer weitgehenden Nicht-Wahrnehmung der – in die Dominanzkultur eingebetteten – rassistischen Strukturen. Denn dadurch, dass „Weiß“ als Norm gilt, sind weiße Deutsche mehrheitlich nicht gezwungen, die eigene privilegierte Position zu hinterfragen.³⁶

Die extreme Rechte ist mit diesen Vorstellungen allerdings nicht allein, sondern findet Anschluss an die Mehrheitsgesellschaft. Mit Überfremdungsszenarien wie „Sterben die Deutschen aus?“ (EXPRESS, Köln), Diskussionen um die „deutsche Leitkultur“, Parolen wie „Kinder statt Inder“ (Jürgen Rüttgers, CDU, in der Debatte um die Einführung der Green Card zur Anwerbung ausländischer IT-Fachkräfte) und bei der Unterschriftenaktion des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch (CDU) gegen die Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts werden die rechtsextremen Positionen von der gesellschaftlichen Mitte flankiert.³⁷

Heterophobie

Heterophobie im GMF-Survey:

„Heterophobie umfasst die auf Angst basierende Abwertung all jener, die Gruppen angehören, die von der ‚Norm‘ abweichen. Dazu zählen wir Homosexuelle, Behinderte und Obdachlose, die der eigenen Herkunftsgruppe angehören, oder Menschen, die – wie Muslime – andere religiös geprägte Lebensweisen präferieren und dadurch negative Gefühle erzeugen, die sich zu Abwehrhaltungen verdichten.“ Hier wurde u.a. das Item: „Es ist ekelhaft, wenn Homosexuelle sich in der Öffentlichkeit küssen.“ abgefragt.³⁸

Sexismus

Sexismus im GMF-Survey:

„Sexismus betont Unterschiede zwischen den Geschlechtern im Sinne einer Demonstration der Überlegenheit des Mannes und fixierten Rollenzuweisung an Frauen. Sexismus ist von den anderen Elementen des Konzeptes insofern zu unterscheiden, als es sich nicht um Abwertungs- und Abwehrhaltungen gegen eine Minderheit handelt. Insofern kommt Sexismus eine Sonderrolle zu. Er wurde aufgenommen, weil er ideologische Aspekte von Ungleichwertigkeit enthält.“³⁹

Es existiert in der Sozialwissenschaft kein Konsens über die Definition des Begriffs Sexismus. Historisch betrachtet wurde er erstmals in den 60er Jahren im Kontext der

³⁴ Rommelspacher 1995.

³⁵ Um der politischen Dimension des Rassismus in der Begrifflichkeit Rechnung zu tragen, verwenden wir hier durchgängig die Schreibweise „Schwarz“ und „Weiß“ als feststehender Begriff (groß) anstatt der adjektivischen Schreibweise „schwarz“ und „weiß“ (klein).

³⁶ Frankenberg 1996; Helms 1990.

³⁷ Vgl. Butterwegge u.a. 2002.

³⁸ Vgl. Heitmeyer 2002, S.20ff

³⁹ Vgl. Heitmeyer 2002, S.20ff

feministischen Frauenbewegung in den USA in Analogie zum Rassismusbegriff entwickelt, um auf ein spezifisches Unterdrückungsmerkmal insbesondere gegenüber Frauen erstmalig hinzuweisen. Im Diskurs wurde jedoch schnell der Begriff auf ein weiteres Spektrum, nämlich jenes der allgemeinen Geschlechter und deren Charakterisierungen, ausgeweitet.

Sexismus verbindet sich dabei besonders mit dem Heterosexismus, in dem Heterosexualität als „normale“ Sexualität naturalisiert wird, die sich von „unnormalen“ Formen der Sexualität, z. B. der Homosexualität, unterscheidet. Judith Butler spricht dabei von einer in unserer gesellschaftlichen Kultur verankerten „heterosexuellen Matrix“. Konkret meint sie:

„Der Begriff heterosexuelle Matrix steht [] für das Raster der kulturellen Intelligibilität, durch das die Körper, Geschlechtsidentitäten und Begehren naturalisiert werden. [] Es geht darum, ein hegemoniales diskursives/epistemisches Modell der Geschlechter-Intelligibilität zu charakterisieren, das folgendes unterstellt: Damit die Körper eine Einheit bilden und sinnvoll sind, muss es ein festes Geschlecht geben, das durch die zwanghafte Praxis der Heterosexualität gegensätzlich und hierarchisch definiert ist.“⁴⁰

Die Geschlechterkonstruktionen entbehren darin jeglicher Flexibilität und Vermischung. Vor dem geistigen Auge erscheint der weiße, bürgerliche, heterosexuelle Mittelschichtsmann und seine ebenfalls weiße, bürgerliche und heterosexuelle Mittelschichtsfrau als Norm.

Abweichungen von diesem Muster bekommen die Charakterisierung des „Unnormalen“.

Sexismus besteht für einige AutorInnen in der „Festlegung auf eine sozial definierte Geschlechterrolle“⁴¹, der gleichzeitigen Einengung auf diese Zuschreibungen und die Nichtanerkennung aller Geschlechterkonstruktionen, die dem formulierten Idealbild widersprechen.

Andere AutorInnen konzentrieren ihre Definitionsversuche auf den Bereich der „sexuellen Belästigungen“. Sie konzentrieren sich somit auf offensichtliche Verhaltensformen, die sich in der Ablehnung oder Unterdrückung eines Geschlechts äußern. KritikerInnen dieses Ansatzes kritisieren eine Verkürzung der Formen der Diskriminierungen auf jene offensichtlichen Bereiche der Handlungsebene. Der Ansatz vernachlässigt den „latenten“ Sexismus und damit jene Formen der Benachteiligung, die oftmals ohne Erklärungen auskommt; aber dennoch für die Betroffenen diskriminierende Folgen hat. Ein typisches Beispiel ist die Nichtanstellung junger Frauen in der Erwartung, sie könnten wegen einer Schwangerschaft in naher Zukunft „ausfallen“ oder die Abwertung alleinerziehender Männer vor dem Erwartungshintergrund, dass sie weniger Einsatz als gleichqualifizierte Männer ohne Kinder oder mit erziehender Partnerin brächten.⁴²

In unserem Ansatz beinhaltet Sexismus im Kern die Diskriminierung von Frauen und / oder Männern aufgrund ihres Geschlechts. Dennoch konzentrieren wir uns in unserem Ansatz auf die Diskriminierung von Frauen, verweisen aber auch ausdrücklich auf den Begriff der Heterophobie. Kernmoment dieses Weltbildes ist die Formulierung von spezifischen Merkmalen und einer bewertenden Hierarchie, die auf den äußeren Unterschieden der Geschlechter beruht. Diese Kategorisierungen beschränken sich im Sexismus nicht auf die Ungleichheit sondern formulieren sich in der Ungleichwertigkeit der Geschlechter und daraus resultierenden spezifischen Rollenzuweisungen.

In Anlehnung an Kirsten Endrikat⁴³ unterscheiden wir dabei zwischen einem „klassischen“ und dem „modernen“ Sexismus:

„Der klassische Sexismus fixiert die Frauen auf die Rolle der Ehefrau, Hausfrau, Mutter und Karrierehelferin. Aufgrund ihrer Gebärfähigkeit wird Frauen die Haushaltsführung und die Kindererziehung zugewiesen. [] Der moderne Sexismus hingegen leugnet jegliche Form der Diskriminierung.“ Für Endrikat bedeutet dieses ein zusätzliches Problemfeld: „Da Frauen jedoch bis heute faktisch in vielen gesellschaftlichen Bereichen den Männern (noch) nicht

⁴⁰ Butler 1991: 220.

⁴¹ Schenk 1979: 139.

⁴² Vgl. zu diesem Bereich Möller / Hornisch 2003.

⁴³ Vgl. Endrikat 2003.

gleichgestellt sind, ist moderner Sexismus eine indirekte und verschleierte Form von Diskriminierung.“⁴⁴

Beide Formen des Sexismus manifestieren den gesellschaftlichen Zustand, in dem Frauen der Zugang zu struktureller Verantwortung und Macht besonders in den Bereichen Wirtschaft, Politik und Wissenschaft noch immer erschwert wird. Noch einmal Endrikat: „Der klassische und moderne Sexismus führen somit dazu, dass patriarchale gesellschaftliche Macht- und Statusunterschiede zwischen den Geschlechtern bestehen bleiben.“⁴⁵

Die Relevanz der Elemente der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ im Alltag

Strukturelle und individuelle Aspekte der Elemente der GMF sind miteinander verwoben und nehmen auf vielfältige Art Einfluss auf das Alltagsleben. Nach Essed (1991) stellt beispielsweise alltäglicher Rassismus nicht eine bestimmte Erfahrung dar, sondern vielmehr die Gesamtheit kumulativer Praktiken:

„Bestimmte Vorfälle erlangen ihre Bedeutung nur im Verhältnis zur Gesamtsumme anderer Erfahrungen von Alltagsrassismus. Ein weiteres Hauptmerkmal alltäglichen Rassismus besteht darin, dass rassistische Praxen in das Alltagsleben eindringen und Teil dessen werden, was von der herrschenden Gruppe als ‚normal‘ angesehen wird. Analog zum Alltagsleben ist Alltagsrassismus in seinen Erscheinungsweisen äußerst heterogen, aber durch die Wiederholung ähnlicher Praxen gleichzeitig vereinheitlicht.“⁴⁶

Diese Feststellung gilt auch für die anderen Elemente der GMF. Die daraus folgenden Diskriminierungspraxen, die in der Situationsanalyse ausführlicher beschrieben werden, sind dermaßen in der Gesellschaft eingebettet, dass Angehörige der Dominanzkultur sie selten als solche wahrnehmen und somit auch (unbewusst) reproduzieren. Gestützt werden diese alltäglichen Erscheinungsformen der GMF von institutionellen Praxen, wie etwa bei der Arbeitsplatzvergabe, um nur ein Beispiel zu nennen, bei der zuerst Deutsche Staatsbürger berücksichtigt werden müssen, und die Arbeit erst dann EU-AusländerInnen, AusländerInnen mit Aufenthaltsgenehmigung und dann erst Flüchtlingen (in dieser Reihenfolge) angeboten werden darf. Diese institutionellen Rahmenbedingungen sind es, in denen die Wahrnehmung von Menschen als höher- oder minderwertig selbstverständlich werden kann.

Völkischer Nationalismus

Die Betonung des „Völkischen“ ist nicht nur ein wesentliches Kennzeichen des gegenwärtigen organisierten Rechtsextremismus sondern ein äußerst nachhaltiges Konzept der „Ungleichwertigkeit von Menschen“ in Deutschland.

Durch den „Völkischen Nationalismus“ werden einerseits biologistische Konstruktionen betont, die von den traditionellen deutsch-nationalistischen bis nationalsozialistischen Ideen der „Lebensart“ aus dem „Blut“ abgeleitet werden. Andererseits ist die Konstruktion des „Völkischen“ an die Hypothese einer essentialistischen, angeblich spezifisch deutschen Kultur, die sich historisch legitimiert, und eng an das Nationen-Konzept einer autochthonen, „organisch“ gewachsen kulturellen Gemeinschaft angeschlossen. In diesem Fall wird das Biologische einfach durch eine konstruierte homogene Kultur ausgetauscht, die den Einzelnen schicksalhaft determiniert wie ehemals das „Blut“, und die vor allem keinerlei interne Differenzen zu kennen scheint.

Auf der Basis dieser Ideologie in Verbindung mit einer absoluten Ausrichtung auf einen „Führer“ wird eine organische Verbindung von „Volk“ und Staat als gesellschaftliches Leitbild propagiert mit dem Ziel der Herstellung einer „Volksgemeinschaft“. Schwarze, Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma, Nichtdeutsche, Lesben und Schwule, sozial Schwache, so genannte

⁴⁴ Ebenda, 122f.

⁴⁵ Ebenda.

⁴⁶ Essed 1991, Understanding Everyday Racism – An Interdisciplinary Theory, übersetzt von Cornelia Pust

Behinderte und Andersdenkende haben in dieser Gemeinschaft keinen Platz, was sich in Gewalttaten gegen diese Personengruppen äußert. Diesem Umstand Rechnung zu tragen bedeutet, rechtsextrem motivierten Straf- und Gewalttaten nicht unbedingt nur durch die Charaktere Ausländerfeindlichkeit bzw. Fremdenfeindlichkeit zu begründen. Auch durch die Elemente der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ lassen sich unserer Ansicht nach nur ansatzweise die vielfältigen Facetten des „Völkischen Nationalismus“ beschreiben. Der „Völkische Nationalismus“ trägt zwar im Kern ebenso wie das Konzept der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ die Vorstellung einer Ungleichwertigkeit der Menschen, darin sind jedoch im Besonderen auch die spezifische historische Entwicklung sowie die zielgerichteten programmatischen und politischen Absichten seiner VerfechterInnen mitzudenken.

Gesellschaftliche Hintergründe

Fragen der Demokratiegefährdungen sind kein Berlin oder Deutschlandspezifisches Phänomen sondern im internationalen Vergleich zu betrachten. In Europa prägen die neu entstandenen rechtspopulistischen Parteien die wissenschaftliche Diskussion. Dieser Diskurs liefert interessante Hintergründe zu den Ursachen der Demokratiegefährdungen, die wir als gesellschaftliche Hintergrundfolie der Empirie voranstellen wollen:

2.3. Rechtspopulismus in Europa

Der Rechtspopulismus gehört zu den umstrittensten Begriffen in den aktuellen Debatten der Sozialwissenschaft. Mindestens zwei Richtungen stehen sich gegenüber: Für die Einen ist der Rechtspopulismus ein eigenständiger Begriff mit einer eigenen Ideologie und Phänomologie.⁴⁷ Andere bestehen auf der Verwendung eines allgemeinen „Populismus“ Konzeptes. So ist zum Beispiel für Herzinger der Populismus keine Ideologie, sondern lediglich eine in der Moderne begründete Stimmung, die sich rechts, links aber auch liberal äußern könne.⁴⁸

Begriff des Populismus

Wortgeschichtlich stammt der Begriff vom lateinischen „populus“ ab, eine Übersetzung des griechischen „demos“ = das Volk, aus dem heraus sich der Begriff der Demokratie entwickelte. Trotz dieser Bezugnahme auf die Basis der Demokratie ist der Begriff „populistisch“ heute eher ein Schimpfwort denn eine Definition eines Akteurs. In der Sozialgeschichte bezeichnete „populistische“ Bewegungen wurden dabei zunächst wertneutral betrachtet. So galten wesentliche soziale Bewegungen, wie die Maschinenstürmerbewegung aus der Entstehungsphase der deutschen Arbeiterbewegung, die sich im Übergang zum industriellen Zeitalter bildeten, als „populistisch“. Einige Jahrzehnte später bildeten sich ähnliche Bewegungen in den großen Städten Lateinamerikas infolge der Zuwanderung ländlicher MigrantInnen; ein gesellschaftliches Potential, auf welches später die Diktaturen Vargas und Peron ihre autoritären Herrschaftssysteme gründeten.⁴⁹ Seit dieser Zeit bezeichnet der Begriff „populistisch“ eine spezielle Herrschaftstechnik, die sich immer wieder auf das „Volk“ als Basis beruft. Populismus ist somit an sich, wie Pfahl-Traugher zurecht bemerkt, eine „Politikform“ und keine eigenständige Ideologie sondern ein Mittel zum Transport derselben.⁵⁰ Leo Löwenthal prägte für diese Form der Technik den Begriff der „psychoanalysis in reverse“ (umgekehrte Psychoanalyse). In seiner Analyse faschistischer Agitatoren führt er aus: „Der Agitator aktiviert also die primitivsten und bedrängendsten Reaktionen seiner Anhänger auf allgemeine Krisenentwicklungen der gegenwärtigen Gesellschaft. Nachdem er einmal ihr

⁴⁷ Vgl. Frank Decker (2004)

⁴⁸ Vgl. Herzinger (2002)

⁴⁹ Vgl. Helmut Dubiel (2002)

⁵⁰ Vgl. Armin Pfahl-Traugher 1994: S. 17ff

Bewusstsein für ihre erdrückende Situation erweckt hat, lenkt er sie jedoch vom wirklich bewussten Erfassen ihrer Probleme und von möglichen Lösungen [] ab.⁵¹ Dem Psychoanalytiker entgegengesetzt, nähert sich der populistische Verführer in gesellschaftlichen Krisenzeiten der Bevölkerung (seinen Analysanden) mit dem Anliegen, „die kognitiven Verunsicherungen und Regressionsneigungen“⁵² aufzugreifen und diese systematisch zu verstärken, mit dem Ziel, dass der Patient nicht mündig sondern hörig werde. Populistische Verführer können somit durchaus reale Krisensituationen bezeichnen und aufgreifen. Ihr Anliegen ist es jedoch nicht, diese im Sinne einer demokratischen Entfaltung der Bevölkerung anzugehen, sondern „Volkes Stimme“ wird konstruiert, um eigene Machtphantasien und Herrschaftsinteressen umzusetzen.

Der Begriff „Rechtspopulismus“ wurde in den 70er Jahren von neomarxistischen Sozialwissenschaftlern in England in bestehende Diskurse eingeführt.⁵³ Sie setzten sich zunehmend mit dem politischen Stil Margret Thatchers auseinander und verstanden unter „Rechtspopulismus“ Strategien der symbolischen Integration in einer Zeit, in der materielle Integrationsmuster des klassischen Sozial- und Wohlfahrtsstaates nicht mehr griffen. Darauf aufbauend wurde der Begriff in den achtziger Jahren in weiteren Teilen der Sozialwissenschaft zur Kategorisierung einer neuen „Parteienfamilie“ (Stöss) verwandt, der sich in vielen Ländern Europas ausbreitete⁵⁴ und eben jene Strategien der symbolischen Integration verwandte.⁵⁵ Zentrale Themen dieser Parteienfamilien waren insbesondere Probleme von Einwanderungsgesellschaften und die Auflösung nationalstaatlicher Politiken gekoppelt mit einer Kritik der vermeintlich „bürgerfernen“ Europäischen Union.⁵⁶ Lösche und Birzl⁵⁷ fassen wesentliche Geistesmomente der rechten Variante des Populismus wie folgt zusammen:

Ethnischer oder / und nationalistischer Kollektivismus, der sich gegen eine Vielzahl von Minderheiten richtet

Biologisch begründete antiemanzipatorische soziale Ordnungsvorstellungen

Obrigkeitsstaatliches und autoritäres Denken

Ablehnung von Parteiendemokratie und Pluralismusvorstellungen

Neigung zu verschwörungstheoretischen Deutungsmustern in Geschichte und Politik

Rechtspopulistische Parteien

Der neue Parteityp, der in der Regel in Abgrenzung zur „alten“ Rechten rechte politische Strömungen präsentierte, feierte in vielen Ländern überraschende Wahlerfolge, die z. T. sogar zu Regierungsbeteiligungen (so in Österreich, Schweiz, Italien, Niederlanden, Dänemark) reichten. Eine Übersicht vermag die Erfolge in Europa darzustellen:

⁵¹ Leo Löwenthal (1990): 150

⁵² Helmut Dubiel (1994): 198

⁵³ Parallel dazu führten eher konservative Sozialwissenschaftler den Begriff des „Linkspopulismus“ ein, der sich besonders auf die sozialen Bewegungen der 70er (Anti-Atombewegung, Frauen- Ökobewegung und andere) bezog. Vgl. dazu die Schriften von Daniel Bell, Edward Shils oder Nathan Glazer

⁵⁴ Übersichten bieten u.a.: Jozsef Bayer (2002); Hans Georg Betz (2002); Michael Minkenberg (2002); Armin Pfahl-Traughber (1994)

⁵⁵ Vgl. Frank Decker (2000)

⁵⁶ Vgl. Andreas Voss (2002)

⁵⁷ Vgl. Ursula Birsl / Peter Lösche 2001: S. 347

Statistik⁵⁸

Jahr	I	F	A	CH	DK	N	NL
	FI	FN	FPÖ	LT	DF	FP	LPF
1990			16,6		6,4		
1991				23,6		7,0 (3)	
1992		13,8(7)					
1993		12,7				6,3	
1994	21,0	10,5 (1)	27,5 (1)		6,5		
1995		15,3 (4)	22,5	18,6		12,0 (3)	
1996	20,6		21,9				
1997		15,0				15,3	
1998		15,0 (7)			7,4		
1999	25,2 (1)	5,7 (1)	26,9	17,7	5,8 (1)	13,5 (3)	
2000							
2001	29,5				12,0	14,7	
2002		16,9 (4)	10,0				17,0
2003				15,1 (13)			5,7

Parteinamen: FI = Forza Italia; FN = Front National; FPÖ = Freiheitliche Partei Österreichs; LT = Tessiner Liga; DF = Dänische Volkspartei; FP = Fortschrittspartei; LPF = Liste Pim Fortuyn

Wahltypen: (1) Europawahlen; (3) Kommunalwahlen; (4) Präsidentschaftswahl; (7) Regionalwahlen; (13) Kantonwahlen Tessin

Im europäischen Vergleich stechen in Hinblick auf ihre Organisation zwei Merkmale hervor: ihr Bewegungscharakter und der scheinbar dazu im Widerspruch stehende „Parteiführer“, der mit seiner Autorität die Bewegung zusammenhält und ideologische Widersprüche überwinden muss. Der Aufschwung in vielen Ländern wird dabei übereinstimmend mit der Schwerpunktsetzung dieser Parteien auf die Thematik der Einwanderung und Migration gelegt. So formuliert Angenendt: „Tatsächlich weisen diese Parteien bei aller Unterschiedlichkeit die Gemeinsamkeit auf, dieses Thema auf radikale Weise zu besetzen. Sie bieten für die vielfältigen und schwierigen Aufgaben, die mit der Einwanderung verbunden sind, eine vermeintlich einfache Lösung an: den weiteren Zuzug von Ausländern zu stoppen und die Zahl der im Land lebenden Ausländer zu verringern.“⁵⁹ In gewisser Weise eine Ausnahme im europäischen Vergleich stellt dabei der Erfolg der „Partei Rechtsstaatliche Offensive / Schill –Partei“ bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg 2001, wo diese Gruppe aus dem Stand 19,4% der Wählerstimmen erlangte. Zwar verzichtete der Parteiführer Schill nicht auf rassistisch interpretierbare Äußerungen⁶⁰, Wahlanalysen zeigen jedoch sehr deutlich, dass sein Zuspruch vor allem in der ihm vom Bürger zugeschriebenen Kompetenz im Bereich „Innere Sicherheit“ und dabei besonders der „Kriminalitätsbekämpfung“ begründet ist.⁶¹ während der Bereich der „Migration / Einwanderung“ bei der Wahl an sich schon nur eine untergeordnete Rolle spielte.⁶² Bezüglich der verwendeten populistischen Stilmittel bietet Decker eine Liste, die im europäischen Vergleich entwickelt wurde.⁶³ Wesentliche Merkmale dieser Parteien sind: *Die Vorliebe für Radikallösungen:* Es tauchen regelmäßig „Alles oder Nichts“-Argumentationen auf. Kompromisse werden missachtet

⁵⁸ zitiert aus Frank Decker (2004), S. 280

⁵⁹ Steffen Angenendt (2003), S. 3

⁶⁰ Vgl. Andreas Speit (2002)

⁶¹ Vgl. Markus Klein / Dieter Ohr (2002)

⁶² Vgl. ebenda, Seite 69-71

⁶³ Vgl. Frank Decker (2004); S.35ff

Die Gegenüberstellung von einfachem Volk und abgehobener Elite: Keine populistische Partei verzichtet darauf, sich als Anwalt der „kleinen“ Leute gegen des Establishment und das „System“ an sich zu deklarieren.

Verschwörungstheorien und Denken in Feindbildern gehört zur Grundausrüstung rechtspopulistischer Agitation. Es werden Freund-Feind-Kriterien gebildet.⁶⁴

Provokationen und Tabubrüche: Beliebt ist auch die Feststellung, es gebe Tabus, die es zu brechen gelte. Aktuelles deutsches Beispiel ist der Streit darüber, ob es möglich sei, Israels Staatspolitik zu kritisieren. Behauptet wird von rechtspopulistischer Seite, dass jeder Israelstaatskritik ein Antisemitismusvorwurf folge, was es zu beheben gelte. Aktuelle Beispiele dieser und ähnlicher Diskurse, die nicht selten in Identitätsdiskursen enden, bieten u.a. die „Walser“⁶⁵- und die „Möller“-Debatten.⁶⁶

Verwendung von biologistischen und Gewaltmetaphern: An dieser Stelle sind deutliche Anknüpfungspunkte zur „alten“ Rechten und ihr biologistisches Weltbild erkennbar.⁶⁷

Emotionalisierung und Angstmache: Nicht selten werden gesellschaftliche Untergangsszenarien entworfen.

Ursachen rechtspopulistischer Wahlerfolge

Umstritten sind die Ursachen und Hintergründe der Erfolge der rechtspopulistischen Parteien in der Vergangenheit und Gegenwart. Dubiel prägte dafür den Begriff des „populistischen Moments“⁶⁸, das heißt einer gesellschaftlichen Situation, in der das demokratisch und nicht ethnisch definierte Volk „populistische“ Bewegungen im Sinne der oben beschriebenen Herrschaftsmethodik stärkt. Doch was begründet solche populistischen Momente? Einigkeit besteht bei allen Sozialwissenschaftlern, dass es keiner eindimensionalen sondern multioptionalen Erklärungen bedarf.⁶⁹ Zu den wesentlichen Faktoren der Ursachen werden gezählt:

Gesellschaftliche Umbruchsituationen und die Reaktionen der Bevölkerung

Zustand der Demokratie im Zeitalter der Globalisierung

Versagen etablierter Parteien und fehlendes Vertrauen der Bevölkerung in bestehende demokratische AkteureInnen

Reale Gesellschaftliche Missstände vor Ort

Verhalten rechtspopulistischer Parteien

Faktor 1: Gesellschaftlicher Wandel

Das Phänomen des Rechtspopulismus wird immer wider mit allgemeinen Phänomenen des gesellschaftlichen Wandels der Moderne erklärt, die sich um den Begriff des „Modernisierungsverlierers“ ranken. Was zeichnet diese Modernisierung aus, wer verliert was, und was hat das mit Rechtspopulismus zu tun?

Generell sind zwei Ebenen zu unterscheiden:

Eine Makroebene untersucht den allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklungsrahmen.

Eine Mikroebene beschreibt die Auswirkungen der Makroebene auf Individuen.

Zur Makroebene:

In seinem Buch „Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne“⁷⁰ beschreibt der Soziologie Ulrich Beck Umbrüche und Widersprüche in der modernen Gesellschaft. Bei gleichbleibend konstanten Ungleichheitsstrukturen sei nach dem zweiten Weltkrieg in Westdeutschland der bisherige „Klassencharakter der Lebensbedingungen und

⁶⁴ Zum ideologischen Ursprung dieser Kategorie des Denkens vgl. Carl Schmitt (1963): besonders Seite 26ff

⁶⁵ Vgl. zur Übersicht Hajo Funke / Micha Brumlik / Lars Rensmann (2000)

⁶⁶ Vgl. zur Übersicht Michael Naumann (2002)

⁶⁷ Vgl. H. Joachim Schwagerl (1994): Seite 101ff

⁶⁸ Vgl. Helmut Dubiel (1994): 198ff

⁶⁹ Eine hervorragende Übersicht liefert Frank Decker (2004): S. 161-270

⁷⁰ Ulrich Beck (1986)

Lebensformen⁷¹ verlorengegangen. Durch ein kollektives Mehr u.a. an Einkommen, Mobilität und Bildung hätten sich die Lebensbedingungen der Bevölkerung radikal verändert. Für den Großteil der Bevölkerung hätte die durchschnittliche Form der materiellen Existenzsicherung im Rahmen der sozialstaatlichen Absicherung ein solches Ausmaß erreicht, dass der alltägliche Kampf gegen existentielle Lebensnot nicht mehr oberste Priorität genießen müsse. Damit verbunden sei ein Zerfall der Formen kollektiver Unterstützung⁷² und der Wegfall oder zumindest die drastische Veränderung ganzer sozialer Milieus. Als Beispiel möge dafür die Arbeiterbewegung genügen.⁷³ Die Freisetzung des Einzelnen aus früheren, festen Klassenstrukturen zwingt den Menschen, sich selber zum Zentrum der eigenen Lebensplanung zu machen. An die Stelle kollektiven Denkens trete die Notwendigkeit der individuellen Lebensplanung und der Eigengestaltung des sozialen Umfeldes.⁷⁴ Dabei spricht Beck von einem „Individualisierungsschub“⁷⁵ nach dem zweiten Weltkrieg. Was ist jedoch genau unter „Individualisierung“ zu verstehen? Hitzler und Honer schreiben: „Ein individualisiertes Leben zu führen, bedeutet existentiell verunsichert zu sein.“⁷⁶ Durch den Individualisierungsschub wurden die Individuen selbst Akteur ihrer Existenzsicherung und der eigenen Biographieplanung. An die Stelle standardisierter Normalbiographien, der Sohn eines Arbeiters in Bochum wurde um 1900 fast immer auch Arbeiter, tritt die Möglichkeit, wie auch der Zwang zur Wahlbiographie. Lebensläufe sind nicht mehr streng vorgegeben, sondern jeder muss Entscheidungen treffen und Initiative ergreifen, um seine eigene Biographie zu gestalten. „Die Normalbiographie wird damit zur Wahlbiographie...“⁷⁷ Dass dieser Prozess sich nicht auf Westdeutschland beschränkte, beweist eindrucksvoll die Sammlung „Ostdeutsche Biographien“⁷⁸ von Rainer Zoll, in der anhand exemplarischer Fallbeispiele die besondere Dynamik der Biographiefindung vieler Ostdeutscher besonders in den Wendejahren dargestellt wird.⁷⁹ Hinzu kommt die Dynamik der Globalisierung, die entsprechende Prozesse eher fördert denn verhindert⁸⁰ und durch die Entgrenzung nationaler Räume auch zunehmend internationalisiert⁸¹, so dass Dahrendorf sogar von der Existenz einer neuen kosmopolitischen Klasse spricht⁸², deren Auswirkungen und ökonomische Anspruchsansätze (Flexibilität, Beweglichkeit, Sprachkenntnisse etc.) in die Breite auf regionale Sozialstrukturen noch nicht absehbar seien. Mit den Veränderungen der Normalbiographien sind für den Einzelnen neue Handlungsspielräume mit neuen Risiken und Chancen verbunden. Auf der einen Seite ergeben sich für den Einzelnen bisher unbekannte Optionen, zwischen verschiedenen Angeboten in allen Lebensbereichen zu wählen. Auf der anderen Seite sind damit Verluste traditioneller Sicherheiten verbunden. Hinzu kommt: „Individualisierung [] ist eine gesellschaftliche Dynamik, die nicht auf einer freien Entscheidung der Individuen beruht.“⁸³ Das heißt, der Einzelne ist gezwungen, bereits im Alltag Entscheidungen zu fällen, deren Konsequenzen oft noch gar nicht absehbar sind. Im radikalisierten Sinne Sartres wird der Mensch dabei zum homo optionis. Hannah Arendt prägte hierfür den Begriff von der „Tyrannei der Möglichkeiten“. Das Leben verliert seine Selbstverständlichkeit.⁸⁴ Die Risiken einzelner Entscheidungen sind oft nicht absehbar und

⁷¹ ebenda, S. 122

⁷² Vgl. Heiner Keupp

⁷³ Vgl. Josef Mooser (1983)

⁷⁴ Vgl. Ulrich Beck 1986: 116-117

⁷⁵ ebenda, S. 116

⁷⁶ Ronald Hitzler / Anne Honer (1994)

⁷⁷ Ulrich Beck / Elisabeth Beck-Gernsheim (1994a)

⁷⁸ Vgl. Rainer Zoll 1999

⁷⁹ Dass diese Diskussionen nicht abnehmen, sondern heute wesentlich zur Neudefinition von Identitäten und Geschichtsverständnissen beitragen, zeigen die Debatten über autobiographische Werke junger ostdeutsch sozialisierter Frauen wie Jana Hensel oder Claudia Rusch. (Vg. Claudia Rusch 2003; Jana Hensel 2002 oder als Überblick: Vgl. Alexander Cammann 2003)

⁸⁰ Vgl. Anthony Giddens (2001): S. 33ff

⁸¹ Vgl. Ulrich Beck 1997

⁸² Vgl. Ralf Dahrendorf 2003: 19ff

⁸³ ebenda, Seite 14

⁸⁴ ebenda, Seite 10-18

müssen doch vom Einzelnen verarbeitet und getragen werden. Zwei Beispiele sollen dies verdeutlichen:

z. B. Familien

Die Bedeutung der Familie hat sich im letzten Jahrhundert radikal verändert. War die Familie in der vorindustriellen Zeit noch eine Art ökonomische Not- und Lebensgemeinschaft, so lösen sich diese Abhängigkeiten immer mehr auf. Die Folge ist eine Differenzierung verschiedener Lebensgemeinschaften in verschiedenen Lebensphasen.⁸⁵ So vermerkt z. B. Rainer Geißler eine „deutlich zu beobachtende Zunahme der nichtehelichen Lebensgemeinschaften.“⁸⁶ Einhergehend mit einem Wandel traditioneller Frauenbilder wie auch der Lebensplanungen junger Frauen⁸⁷ ist diesbezüglich ein deutliches Schemata erkennbar. Die Auflösung traditioneller Formen der Familien- wie Lebensplanung setzt neue Chancen der Selbstverwirklichung frei. Parallel dazu fällt aber die Selbstverständlichkeit früherer Familiengründungen weg, so dass alle selbst gefordert sind, den jeweils eigenen Weg zum Glück zu finden.

z. B. Wohnverhältnisse

In vielen Städten wurden traditionelle Wohnverhältnisse durch neue Formen urbaner Siedlungen ersetzt. Vorgegebene und gewachsene Nachbarschaften wurden dabei aufgelöst und neue Wohnumfelder geschaffen. Der Einzelne ist deshalb gezwungen, sich seine sozialen Netze selber zu spinnen. Er verfügt somit über die Chance, seine Kontakte selber auszuwählen, auszuweiten oder zu begrenzen. Er kann jedoch auch in einer sozialen Isolation enden, wenn es ihm nicht gelingt, ein solches soziales Netz zu spinnen.

Zur Mikroebene:

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach den konkreten Folgen und Umgangsweisen des Einzelnen mit diesen angedeuteten Modernisierungsprozessen:

Möglichkeiten der Risikobearbeitung

Ausgehend von der Theorie Becks versucht der Jugendforscher Heitmeyer, eine Verbindung zwischen dem Individualisierungstheorem und rechtsextremen Ideenwelten zu erklären.⁸⁸ Nach seiner Ansicht führen die Individualisierungsprozesse zu neuen Widersprüchen und Gegenläufigkeiten. Er stellt dabei folgende Argumentationskette auf: Die zunehmenden Optionsfreiheiten und Entscheidungsmöglichkeiten führen zu einer abnehmenden Gleichheit der Individuen in Bezug auf die Lebensart und –weisen. Diese abnehmende Gleichheit wiederum sorgt für einen zunehmenden Konkurrenzdruck, da sich jeder Einzelne selber durchsetzen müsse und deshalb weniger Rücksicht auf andere nehmen könne. Diese abnehmende Solidarität sorge für eine Vereinzelung des Menschen und eine Reduktion sozialer Einbindungen.⁸⁹ Dem Einzelnen kommen so neue Möglichkeiten und Chancen der Selbstverwirklichung zu. Andererseits bleibt immer das Risiko des Scheiterns. Der Tanz auf dem Drahtseil finde ohne Netz statt. Es kommt somit zu Orientierungsproblemen in den Zeiten der „Neuen Unübersichtlichkeit“.⁹⁰

Entscheidend ist deshalb die Frage der Umgangsformen mit dieser gesellschaftlichen Entwicklung. Tendenzielle Anknüpfungspunkte zum Rechtsextremismus ergeben sich dabei bei den möglichen Verarbeitungswegen folgender Probleme:

- a) Handlungsunsicherheiten
- b) Ohnmachtserfahrungen
- c) Vereinzelungserfahrungen.⁹¹

⁸⁵ Vgl. Elisabeth Beck-Gernsheim 1994: S. 115-138 bzw. Ulrich Beck (1986): S. 181-194 sowie eindrucksvoll Ulrich Beck / Ulf Erdmann (1997)

⁸⁶ Rainer Geißler (1992): S. 274

⁸⁷ Vgl. Birgit Geissler / Mechthild Oechsle 1994

⁸⁸ Vgl. Wilhelm Heitmeyer 1993

⁸⁹ Vgl. ebenda: Seite 5

⁹⁰ Vgl. Jürgen Habermas 1985

⁹¹ Vgl. Wilhelm Heitmeyer 1989: S. 101-111

a) Handlungsunsicherheiten:

Eine Möglichkeit, sich dem ständigen Entscheidungs- und Flexibilitätszwang zu stellen, ist die Orientierung an klaren, vereinfachenden Strukturen. Solche Strukturen können z. B. die Einordnung gesellschaftlicher Gruppen in hierarchisch gegliederten Formationen sein.

Außerdem lassen sich damit quasi für natürlich gehaltene Prinzipien zur Klärung von unübersichtlichen Situationen verbinden. Ein solches Prinzip kann beispielsweise die alltäglich erfahrene Situation sein, dass der Stärkere sich durchsetze.⁹²

Im politischen Bereichen können Menschen mit solchen Erklärungsmustern von Konzepten angesprochen werden, die besondere Stabilitäten und ein Zurück in angeblich bessere Zeiten versprechen. Nicht umsonst arbeiten beispielweise rechtspopulistische Parteien regelmäßig mit dem Bild der „vermeintlich besseren Zeiten“, die immer in der Vergangenheit angesiedelt werden, während Linkspopulisten ihre Heilversprechen mit Bildern einer „besseren“ Gesellschaft in der Zukunft transportieren. Anknüpfungspunkte zum Rechtspopulismus bieten dabei besonders Programme, die soziale Ängste zu mindern versprechen, indem sie Vorwürfe gegenüber Gruppen artikulieren, die angeblich für die akute Bedrohung des eigenen Status verantwortlich seien.⁹³

b) Ohnmachtserfahrungen:

Im Alltag ist der Einzelne ständig Konkurrenzsituationen ausgesetzt, denen viele hilflos und überfordert gegenüberstehen. Sie sehen sich der Erfahrung „Der Stärkere setzt sich durch“ ausgeliefert und suchen ein Mittel, sich gegen dieses Gefühl der Ohnmacht zu wehren. Ein solches Mittel kann Gewalt in jeglicher Variation sein; denn Gewalt scheint Eindeutigkeiten in weniger klaren und deutlichen Situationen zu verheißen. Außerdem verspricht Gewalt eine sonst unübliche Fremdwahrnehmung und nicht selten sogar Solidaritätsgefühle bei anderen Menschen.⁹⁴

Rechtsextreme Konzepte bieten hier wiederum Anknüpfungspunkte, indem sie das Postulat von der Ungleichwertigkeit der Menschen propagieren. Über die Erfahrung hinaus, dass sich der Stärkere durchsetze, wird die Forderung formuliert, der Stärkere solle sich durchsetzen und dies mit möglichst allen Mitteln. Es wird behauptet, dass es „Menschengruppen unterschiedlicher Qualität gebe: höherwertige und minderwertige, und dass die höherwertigen das Recht haben, sich durchzusetzen und die minderwertigen zu beherrschen.“⁹⁵ Der alltägliche Kampf mit Gewalt sei somit legitim.

Rechtspopulistische Akteure gehen in ihrer Propaganda nicht ganz so weit. Sie beschränken sich eher auf radikale Aussagen zur Beschränkung von Einwanderung oder den „Null-Toleranz-Konzepten“ verbunden mit der massiven Aufrüstung der Sicherheitsorgane, um über diesen Weg gesellschaftliche Stärke, die sich durchsetze, zu demonstrieren.

c) Vereinzelungserfahrungen:

Durch die beschriebene Auflösung sozialer Milieus und die zurückgehende, selbstverständliche Zugehörigkeit zu sozialen Gruppen fehlen vielen Menschen gerade in Krisenzeiten Stabilität verleihende Zugehörigkeiten. Es können gerade dann solche Gruppenkategorien an Bedeutung gewinnen, die quasi als naturgegeben und damit unverrückbar definiert werden. Entsprechende Angebote unterbreitet u.a. der Rassismus und Nationalismus. Solche Zugehörigkeiten zu den Kategorien wie „Nation“ oder „Rasse“ bleiben auch ohne leistungsmäßigen Bezug gültig und können niemanden im Konkurrenzprinzip genommen werden.⁹⁶ Im Denken eines klassischen Rassisten ist jede(r) Weiße per Definition und naturgegeben jedem/er Schwarzen überlegen. Für den Rechtspopulisten ist der Begriff der Nation oder des Volkes von zentraler Bedeutung. Er gibt scheinbar die gewünschte Zugehörigkeit zu einem Kollektiv, ohne dass Leistungserwartungen an den/die Einzelne(n) gestellt würden oder die Zugehörigkeit hinterfragt würde. So ergibt sich auch eine Trennung zu den „Anderen“, die „hier“ nicht hingehören oder zumindest nicht dazuzählen und eher

⁹² Vgl. ebenda: S. 112f

⁹³ Vgl. Joachim Schwagerl 1993: S. 44-51

⁹⁴ Vgl. Wilhelm Heitmeyer 1989: S. 113-114

⁹⁵ Reinhard Kühnl 1990: S. 18; Vgl. ausführlicher auch: Reinhard Kühnl 1998: Seite 30ff

⁹⁶ Vgl. Wilhelm Heitmeyer 1989: S. 111-112

bedrohlich auf das konstruierte Kollektiv, was die entsprechende Wärme gegen die vermeintlich soziale Kälte verspricht, wirken.

Einordnung dieser Wandlungsprozesse

Die Analyse dieses gesellschaftlichen Wandlungsprozesses blieb in der wissenschaftlichen Diskussion nicht unumstritten. Albert Scherr beispielsweise hält die angegebene Theorie zunächst für bloße „soziologische Spekulationen“⁹⁷, deren Realitätsgehalt noch zu beweisen sei. Dem steht u.a. eine Untersuchung Zürns⁹⁸ entgegen, der im europäischen Vergleich für die 90er Jahre zeigt, dass rechtsradikale Tendenzen dort zunahmen, wo infolge der Globalisierung hohe ökonomische Unsicherheiten noch mit dem Abbau wohlfahrtsstaatlicher Maßnahmen gekoppelt wurden und somit ein besonders Maß an Unsicherheit entstand. Nachvollziehbarer ist der Einwurf Jaschkes, „schon vor einhundert Jahren hat Emile Durkheim den Schwund verbindlicher übergreifender Normen und Werte“⁹⁹ beschrieben. Es handelt sich somit um einen schon langandauernden gesellschaftlichen Prozess, der alleine kaum zur Erklärung rechtspopulistischer Momente ausreichen dürfte. Die Theorie erklärt ebenfalls noch nicht, warum sich verunsicherte Personen gerade rechten hierarchischen Strukturen hinwenden sollen und nicht anderen politischen Angeboten, die möglicherweise ähnlich starre Strukturangebote unterbreiten. Es müssen somit noch andere gesellschaftliche Strukturen und Momente zusammengefügt werden, um zu einer adäquaten Theorie zu gelangen.

Faktor 2: Demokratie im Zeitalter der Globalisierung

Mit dem Zustand der demokratischen Verhältnisse steht und fällt auch die Option des populistischen Moments. In einer funktionierenden Demokratie ist ein solcher schlicht nicht nötig, da die Interessen der Bürger aufgegriffen und prägend in den allgemeinen Diskurs zur Formulierung des Gemeinwohls und seiner praktischen Umsetzung im kommunalen Zusammenhang eingebracht wird.

Nun wäre es jedoch vermessen, im Rahmen dieser theoretischen Einführung ein umfassendes und abschließendes Bild zu den Problemen der Demokratien im Zeitalter der Globalisierung geben zu wollen. Wir können somit nur einzelne Schlaglichter zur Diskussionsanregung liefern:

Schlaglicht: Gefährdung der Gemeinwohl-Definition

Keine Gesellschaft kann ohne eine Definition eines „Gemeinwohls“ auskommen. Das Gemeinwohl bestimmt die Zielvorstellungen einer Gesellschaft und seiner entsprechenden Organisation. Grob vereinfacht basiert es auf einem bestimmten Menschenbild und erklärt sich daraus. In der politischen Theorie wurden dazu mindestens drei Idealtypen (und eine Menge Zwischentypen) entworfen:

Auf der linken Seite des politischen Spektrums dominierte lange Zeit ein ökonomisch geprägtes Bild vom Menschen. Bezugspunkt war der klassische Marxismus und seine Vorstellung vom historischen Materialismus. Das neue kommunistische Gemeinwohl in der zu schaffenden Gesellschaftsform hing von der Entwicklung der proletarischen Bewegung und ihrer Forderung „nach tatsächlicher Anerkennung ihres Charakters als gesellschaftlicher Produktivkräfte“¹⁰⁰ ab. Für Marx / Engels gab es für den einzelnen Proletarier eine übergeordnete Vorstellung vom Gemeinwohl, nämlich seine Rolle als quasi revolutionäres Subjekt in der Geschichte der Klassenkämpfe. Sein „eigentliches“ Ziel war die Entwicklung des kommunistischen Glücks. Umso erstaunter war die marxistische Bewegung immer dann,

⁹⁷ Albert Scherr 1994: 175

⁹⁸ Vgl. Michael Zürn 2001

⁹⁹ Hans Gerd Jaschke 1990: 61

¹⁰⁰ Friedrich Engels 1966: 173

wenn das Proletariat in ökonomischen Krisensituationen, z. B. 1929/30 in Deutschland, nicht lehrbuchgerecht im Sinne der marxistischen Idee handelte.¹⁰¹

In der politischen „Rechten“ gibt es eine lange Tradition, Menschenbilder anhand der Vorgaben von Hobbes zu formulieren. Im Naturzustand sei der Mensch dem anderen Menschen ein „Wolf“; in der Analogie Hobbes ein getriebenes und radikales gefährliches Wesen ohne jede Kompromisskraft und voll animalischer Vernichtungskraft. Die Menschen sehnten sich deshalb nach (Eigen-)Schutz und übergeordneten Sinnzusammenhängen und Ordnungen, die ihm Würde verleihen, Sicherheit spenden, regulativ wirken und das „gebrechliche Individuum in größere Zusammenhänge“ (Mohler) stellen. Politische Denker wie Carl Schmitt formulierten deshalb Bilder vom „Starken“ Staat, der das Gemeinwohl zu definieren habe und dem die Bürger sich ihrer selbst Willen unterzuordnen hätten, um nicht in den Naturzustand der Barbarei zurückzufallen.¹⁰² Der Einzelne wird hier zum Untertan, der gehorcht und keine Eigeninteressen verfolgen soll, um das staatliche Monopol der Gemeinwohlformulierung nicht zu gefährden.

Die Diskussion in den westlichen Gesellschaften wird wesentlich dominiert durch die Neopluralismustheorien¹⁰³, in Deutschland wesentlich bestimmt von Ernst Fraenkel. Dessen Theorie erhebt den Anspruch, „sein Denken auszurichten am Menschen wie er ist. Empirisch ist er ein Wesen, das weitgehend von dem Bestreben motiviert ist, seine Bedürfnisse bestmöglich zu verwirklichen, das verstümmelt und ein seelischer Krüppel wäre, hätte es kein Eigeninteresse mehr und hörte es auf, an sich und seine Interessen zu denken. Denn gerade die Verfolgung von Eigeninteressen muss als ein essentieller Bestandteil der menschlichen Natur gesehen werden.“¹⁰⁴ Fraenkels Grundidee besteht darin, dass in einer lebendigen Demokratie die Eigeninteressen der Individuen in Akteursformen wie Verbänden oder Parteien gesammelt werden. Diese Akteure streiten sich in der politischen Arena um die Formulierung des Gemeinwohls, der somit immer ein Aushandlungsprozess aus den verschiedenen Interessen ist. Das Gemeinwohl ist somit nicht vorab oder von oben vorgegeben sondern befindet sich im ständigen Wandel und muss immer wieder neu definiert werden. Dieses setzt einige Grundlagen voraus. So schreibt Fraenkel: „Ein richtig verstandener Pluralismus schließt die Erkenntnis ein, dass auch in der heterogensten Gesellschaft stets neben dem kontroversen auch ein nicht-kontroverser Sektor des gesellschaftlichen Lebens besteht. Ein richtig verstandener Pluralismus ist sich der Tatsache bewusst, dass das Mit- und Nebeneinander der Gruppen nur dann zur Begründung eines a posteriori-Gemeinwohls zu führen vermag, wenn die Spielregeln des politischen Wettbewerbs mit Fairness gehandhabt werden, wenn die Rechtsnormen, die den politischen Willensbildungsprozess regeln, unverbrüchlich eingehalten werden, und wenn die Grundprinzipien gesitteten menschlichen Zusammenlebens uneingeschränkt respektiert werden, die als regulative Idee den Anspruch auf universale Geltung zu erheben vermögen.“¹⁰⁵ In Deutschland wird dieser nicht-kontroverse Bereich wesentlich durch das Grundgesetz bestimmt.

In der wissenschaftlichen Bewertung dieses Theoriestrangs wird einerseits die Betonung des stabilisierenden Charakters der Formulierung von Eigeninteressen genannt. Andererseits wird auf das Problem verwiesen, dass es zwischen den Interessenverbänden idealtypisch ein Gleichgewicht geben müsse, welches jedoch in der Realität, z. B. durch unterschiedliche ökonomische Ausgangsbedingungen, faktisch nicht gegeben sei, was den Wettbewerb der Ideen verzerre.¹⁰⁶

Der Rechtspopulismus greift auf ein übergeordnetes Gemeinwohl-Konzept zurück. Er sieht sich als Vollstrecker „des gesunden Menschenverstandes“ bzw. als „Partei der einfachen

¹⁰¹ Besonders das Verhalten vieler Arbeiter im Vorfeld des Nationalsozialismus wurde im marxistischen Diskurs breit diskutiert: Vgl. z. B. Georg Fülberth 1993: 75ff; Wolfgang Abendroth 1988: 231ff sowie Reinhard Kühnl 1985: 139ff

¹⁰² Vgl. z. B. Carl Schmitt 1989 sowie Carl Schmitt 1988

¹⁰³ Pluralismustheorien wurden zunächst in den USA begründet (Vgl. Arthur F. Benthly 1908) Fraenkel beruft sich auf diese und überträgt sie auf die deutschen Verhältnisse.

¹⁰⁴ Peter Massing 2003: S. 219

¹⁰⁵ Ernst Fraenkel 1991: 274

¹⁰⁶ Vgl. Manfred G. Schmidt 2000: 226ff

Leute“¹⁰⁷. Einzelinteressen und Verbände sind für ihn Synonyme für die „Quasseldemokratie“ (Schönhuber), die durch eine „Politik der starken Hand“, die im Interesse der Allgemeinheit autoritär lenke und entscheide, ersetzt werden sollte. Interessengruppen wie Gewerkschaften oder Arbeitgeberverbände sollen in ihrer Wirkungsmacht beschnitten werden.

Ursula Birsl und Peter Lösche stellen dabei die These auf, dass dem Rechtspopulismus das Feld durch andere Ideologieförmungen bestellt wird, die ebenfalls eine antipluralistische Ausrichtung haben.¹⁰⁸ Sie nennen explizit den sogenannten „Neoliberalismus“ und „modernen Konservatismus“ und belegen diese These mit den Inhaltsanalysen zweier Grundsatzschriften von Wolfgang Gerhardt, FDP, als Vertreter eines neoliberalen Ansatzes und Wolfgang Schäuble, CDU, als konservativen Denker.

An dieser Stelle kann nicht die Analyse wiederholt werden. Lediglich zwei Grundmomente sollen zur Unterstützung der genannten These betont werden:

Die neoliberale Ideologie betont die Bedeutung des Marktes. Dieser alleine sei in der Lage, ein Gemeinwohl inklusiver sozialer Sicherungen zu erschaffen. Aktuelle Problemlagen, wie die Massenarbeitslosigkeit, seien darin begründet, dass der Staat den Markt hemme. Deshalb müssten staatliche Aufgaben auf ein Minimum reduziert werden, um den Markt frei laufen zu lassen. Der Neoliberalismus plädiert somit im Sinne Fraenkels für eine Reduktion des „konsensualen“ Bereiches der Regeln und Abmachungen. Der Streit der Interessen findet nicht mehr auf solidarischer Grundlage sondern nach dem Prinzip, dass der Stärkere sich durchzusetzen habe, statt. Das Gemeinwohl wird damit zum Produkt der Starken, eine Annahme mit der auch Rechtspopulisten konform gehen. Ideengeschichtlich ist dieser Wandel interessant. Der Liberalismus setzte sich ursprünglich für die Freiheit der Menschen ein, der Neoliberalismus verkürzt diesen Ansatz auf die ökonomische Befreiung des Marktes.¹⁰⁹

Auch im modernen Konservatismus wird die Befreiung des ökonomischen Marktes verlangt. Im Gegensatz zum Neoliberalismus wird jedoch eine „starke Staatsidee“ (Schäuble) gefordert. Der Staat solle sich auf sein ursprüngliches Gründungsmoment, den Schutzgedanken, konzentrieren und Sicherheit spenden. Seine Mitglieder sollen sich dabei der „Staatsräson“ unterwerfen, um den Schutzgedanken in einer festen staatlichen Gemeinschaft, meist in Form der Nation, zu garantieren. Diese Staatsräson basiert dabei meist auf Überlieferungen, geschichtlichen Herleitungen oder Traditionen¹¹⁰, die wiederum Kollektivgedanken produzieren, in denen Einzelinteressen stören und sogar sicherheitsgefährdend wirken können. Der Rechtspopulismus greift diesen Gedanken auf und konzentriert sich z. B. in konkreten Handlungsfeldern auf die Betonung des Ausbaus der Organe der inneren Sicherheit.¹¹¹

Nach dieser Theorie bestehen somit Anschlussmöglichkeiten des Rechtspopulismus an Konzeptionen der demokratischen Mitte. Er radikalisiert dabei meist Vorstellungen des Antipluralismus sowie des „Starken Staates“ und ernennt sich dabei zum starken Original gegenüber den abgeschwächten, demokratischen Varianten.

Schlaglicht: Nationalstaat, Europäische Union und Globalisierung

Demokratie bedarf gewisser institutioneller Grundvoraussetzungen, um sich entfalten zu können. Habermas zählt zu dieser Basisausstattung das Vorhandensein eines politischen Raums oder „Apparates“, innerhalb dessen assoziierte Bürger ihr Zusammenleben demokratisch regeln können.¹¹² Nach Dahrendorf dürfe dieser Raum „weder zu groß noch zu klein sein“, und die demokratische Ordnung funktioniere besser, „wenn in diesem Raum gewisse kulturelle Gemeinsamkeiten bestehen.“¹¹³ Es überrascht daher nicht, dass in

¹⁰⁷ so die Republikaner in Deutschland, Vgl. Leggewie 1990

¹⁰⁸ Vgl. Ursula Birsl / Peter Lösche 2001

¹⁰⁹ Vgl. dazu u.a. Reinhard Kühnl 1999

¹¹⁰ Vgl. dazu das sehr anregende Buch Alexander Gauland 2002

¹¹¹ Der Verweis auf Herrn Schill drängt sich auf. Vgl. Frank Decker 2001

¹¹² Vgl. Jürgen Habermas (2001): 85ff

¹¹³ Ralf Dahrendorf 2003: 16

historischer Perspektive das Werden einer Demokratie häufig mit der Entwicklung der Nationalstaaten als politischer Handlungsraum in Verbindung stand, wie Winkler für den deutschen Weg überzeugend beweist¹¹⁴, der jedoch gleichzeitig belegt, dass Nationalstaaten nicht automatisch demokratische Strukturen garantieren.

Die Auswirkungen der Globalisierung verändern die nationalstaatlichen Handlungskonzeptionen in vielfacher Hinsicht und wirken sich somit auch auf das an das Nationalstaatskonzept gekoppelte Demokratieprinzip aus. Zu den wesentlichen Veränderungen gehören u.a. zwei Faktoren:

Durch die internationale Vernetzung des Kapitals, seine zunehmende Beweglichkeit und die fortgeschrittenen Optionen der grenzüberschreitenden Kooperation und Kommunikation verlieren die Nationalstaaten „einen Teil ihrer gewohnten wirtschaftlichen Macht.“¹¹⁵ Sie verlieren zunehmend Handlungsmöglichkeiten bezüglich der ökonomischen Sphäre und beklagen deshalb auch den Verlust, sozialstaatlicher Handlungsoptionen, da die Staaten untereinander zunehmend in Konkurrenz zueinander stehen und dieser Markt die (sozialstaatlichen) Preise senkt. Leggewie nennt diese Nationalstaaten deshalb leicht ironisch „Markenstaaten im Wettbewerb“.¹¹⁶

Zur Globalisierung gehört auch die zunehmende Bedeutung internationaler Organisationszusammenhänge und Netzwerke. Dahrendorf formuliert deutlich: „Beschlüsse von lebenswichtiger Bedeutung werden heute nicht mehr im Bundestag oder in Westminster und auch nicht im Kapitol getroffen, sondern anderswo. Die Zinssätze für die Länder, die den Euro übernommen haben, werden in Frankfurt festgelegt. Wenn zwei große Unternehmen fusionieren wollen, müssen sie die Genehmigung dafür in Brüssel einholen. Die Entscheidung, Belgrad zu bombardieren, wurde von der NATO getroffen. Ob Russland neue internationale Darlehen bekommt oder nicht, wird vom Weltwährungsfonds entschieden.“¹¹⁷

Politische Zusammenhänge wurden durch diese parallelen Prozesse im Rahmen der Globalisierung zunehmend unübersichtlicher und damit auch schwerer vermittelbar. Hinzu kommt die abnehmende Bedeutung des Nationalstaates durch seine reduzierten Handlungs- und damit auch Korrekturoptionen im ökonomischen Sektor. Die Demokratie droht ihren nötigen politischen Raum zu verlieren und wird geschwächt.

Politische Philosophen fordern vor diesem Hintergrund seit langem die Schaffung neuer „größerer“ politischer Räume zur Sicherung demokratischer Strukturen. Zwei Ebenen werden diskutiert:

Leicht utopisch anmutend ist die Idee von der „Weltgesellschaft“, in der es nur noch eine „Weltinnenpolitik“ gebe. Der neue politische Raum bestünde damit in der menschlichen Gesamtheit. Ein Problem von vielen benennt Guehenno: „Der Weltmarkt führt nicht von selbst zu einer Weltgemeinschaft.“¹¹⁸ Selbst optimistische Geister können noch kein tragfähiges Konzept skizzieren, wie diese Weltinnenpolitik in naher Zukunft (demokratisch) gestaltet werden könnte.¹¹⁹

Realistischer erscheint dagegen, trotz der geplatzten Verfassungsdebatte, die Umgestaltung und Entwicklung der Europäischen Union. Im derzeitigen Zustand bietet sie jedoch noch keine Alternative zur Nationalstaatsidee. So weist Habermas darauf hin, dass die Staatsbürgerrolle bisher noch nationalstaatlich institutionalisiert ist; damit „haben aber die Bürger keine aussichtsreichen Möglichkeiten, europäische Entscheidungen zu thematisieren und zu beeinflussen.“¹²⁰ Europa scheint somit für viele Menschen ein „fernes“ und „undurchschaubares“ Gebilde zu sein, welches andererseits zunehmend an Bedeutung im alltäglichen Leben gewinnt.

¹¹⁴ Vgl. Heinrich August Winkler 2000

¹¹⁵ Anthony Giddens 1999: 24

¹¹⁶ Claus Leggewie 2003: S. 27

¹¹⁷ Ralf Dahrendorf 2003: S. 17

¹¹⁸ Jean Marie Guehenno 2000: S. 67

¹¹⁹ Vgl. Ernst Otto Czempiel 2002; Ihm widerspricht beispielsweise: Werner Link 1998

¹²⁰ Jürgen Habermas 1998: S.646

Der Rechtspopulismus greift entsprechende Stimmungen, Sorgen und Ängste auf, wie sie in der Moderne begründet sind. Mit seiner Idee vom „Starken Staat“ und einem volksnahen „Führer“ verspricht er eine Auflösung der Globalisierungstendenzen, in dem der Nationalstaat wieder zur handlungsfähigen Struktur erklärt wird. Es verwundert deshalb auch nicht, dass die Agitation gegen die Europäische Union zum Standardrepertoire rechtspopulistischer Akteure gehört.

Vor demselben Hintergrund sind auch die restriktiven Forderungen der Rechtspopulisten in der Migrationspolitik zu verstehen. Internationale Migration und ihre kommunalen Auswirkungen in Form von Integrationsnotwendigkeiten sind ebenfalls Phänomene, die in der Moderne verstärkt wurden. Auch hier wünschen sich die Rechtspopulisten eine alte Übersichtlichkeit zurück und verkennen die politischen Notwendigkeiten im Heute ebenso wie die negativen sozialen, ökonomischen und kulturellen Folgen einer potentiellen (Wieder-) Abschottungspolitik.

Faktor 3: Zustand der demokratischen AkteurlInnen

In den Analysen zum Erfolg der Schill-Partei bei der Hamburger Bürgerschaftswahl wurde immer wieder auf den Zusammenhang zwischen einer Schwäche der klassischen demokratischen Parteien und den Chancen einer rechtspopulistischen Option hingewiesen. Die dahinter stehende These lautet: Wo BürgerInnen das Vertrauen in die Lösungskraft bzw. Glaubwürdigkeit demokratischer Parteien verlieren, entsteht ein Vakuum und WählerInnen gehen auf die Suche nach neuen Lösungswegen gesellschaftlicher Probleme. Eben diese Option verkündet die rechtspopulistische Seite in gewohnter Abgrenzung zum „Establishment“. Auch wenn der empirische Beweis für diese These noch aussteht, so lohnt sich zumindest ein Blick auf die Diskussionen über den Zustand der demokratischen Parteien, stellen sie doch potentielle Bollwerke zur Verteidigung der Demokratie dar.

In der Wissenschaft gibt es eine überaus breite Diskussion zum Zustand des „Parteienstaates“. Sie kann hier nicht in Breite wiedergegeben werden, sondern nur stichwortartig und problemzentriert angedeutet werden:

Bereits Anfang der 90er Jahre entsprang, ausgelöst durch den damaligen Bundespräsidenten von Weizsäcker, eine Debatte über die faktische Macht der Parteien, die weit über ihren grundgesetzlichen Auftrag, an der Willensbildung mitzuwirken, hinausgehe und diesen Staat faktisch beherrsche.¹²¹ Parteien würden so zu einer Bedrohung einer lebendigen Demokratie, da sie die Partizipation unparteilicher Personen zu stark einschränken.

Viele demokratische Parteien leiden unter dem Vertrauensverlust eines Teils der Bevölkerung, der besonders im Nachklang von Parteispendenaffären deutlich wird. Die innerparteiliche Demokratie der Parteien wird beklagt. Partizipationsmöglichkeiten seien zu sehr eingeschränkt oder massiv unattraktiv.

Die Parteien bemerken ihre abnehmenden Handlungsmöglichkeiten in einzelnen Politikbereichen im Rahmen der oben angedeuteten Globalisierungsprozesse. Durch den faktischen Fraktionszwang verlieren einzelne Abgeordnete an Bedeutung und Glaubwürdigkeit als freie und nur dem eigenen Gewissen verpflichtete Gestalter der Politik.

Vor diesen und weiteren Hintergründen fällt es neuen (und damit noch unbelasteten) Parteien nicht schwer, das „Versagen“ der demokratischen AkteurlInnen zu propagieren. Der Rechtspopulismus stellt sich als „saubere“ Alternative dar und scheitert häufig dann, wenn er selber in Parlamenten vertreten ist.¹²²

¹²¹ Vgl. Richard von Weizsäcker 1992

¹²² siehe DVU in Sachsen Anhalt oder Die Republikaner in Berlin und Baden Württemberg

Faktor 4: Reale Gesellschaftliche Missstände

Ein weiteres wesentliches Faktum zur Stärkung rechtspopulistischer Bestrebungen ist die Nicht-Anerkennung realer gesellschaftlicher Missstände durch die etablierten demokratischen AkteurInnen. Das Beispiel Hamburg hat auch hier Lehrbuchcharakter: Am Hauptbahnhof hatte sich über Jahre hinweg eine offene Drogenszene verbunden mit einem Kinderstrich entwickelt. Die Drogenhändler waren offensichtlich Personen mit Migrationshintergrund, was zwar zur Bewertung der Sache an sich nichts tut, für die Rechtspopulisten jedoch die Chance enthielt, Forderungen der Schaffung innerer Sicherheit mit dezent rassistischen Bildern zu koppeln und diese dann auch noch mit dem real erscheinenden Bild der Bahnhofssituation zu untermauern. Die regierende SPD hatte zu lange das Problem des Drogenhandels und ihre Wirkungen nicht nur im konkreten Umfeld unterschätzt. BürgerInnen fühlten sich alleine gelassen und suchten nach radikaleren Auswegen, die Schill ihnen scheinbar anbot.

Je plastischer solche Bilder gesellschaftlicher Missstände sind, desto einfacher hat es die rechtspopulistische Seite. Für DemokratInnen bedeutet dieses im Umkehrschluss, dass sie sich auch mit unangenehm erscheinenden, aber real existierenden Problemsituationen offensiv auseinandersetzen müssen. Nicht immer passen solche Probleme dabei in die eigenen Weltbilder und Vorstellungen davon, wie schön doch das Zusammenleben der Menschen sein könnte.

Faktor 5: Verhalten der rechtspopulistischen Akteure

Ob rechtspopulistische Parteien bestimmte gesellschaftliche Situationen gegebenenfalls für sich nutzen können, hängt nicht unwesentlich von ihrem eigenen Verhalten ab. Besonders benötigen sie eine charismatische und authentische Führerfigur, die rhetorisch so beschlagen ist, dass sie Emotionen auslösen kann und politisch über entsprechenden Sachverstand verfügt, gesellschaftliche Problemlagen so zu analysieren, dass sie für die eigene Propaganda aufgearbeitet werden können.

Im Verlauf der empirischen Analyse wird zu betrachten sein, welche dieser Faktoren auch für unseren Untersuchungsbezirk zutreffen und wo es Differenzen gibt.

2.4. Exkurs:

2.4.1. Islamismus / Politischer Islam

Seit den Anschlägen vom 11. September 2001 richtet die Öffentlichkeit ihre Aufmerksamkeit verstärkt auf die radikalste Spielart des „Islamismus“, den Terrorismus. Dabei kommt es auch in einigen Fällen zu einer Gleichsetzung von Islamismus und Terrorismus. Beispiele dieser unzulässigen Verkürzung sind Wasser auf islamistische Mühlen. So schreibt der deutsche Konvertit Murad Hofmann im September 2003 in der „Islamischen Zeitung“: „Seit dem 11. September 2001 ist der Islam weltweit verstärkt zum Feindbild geworden. Alle Muslime stehen seither unter Terrorismusverdacht. Je korrekter sie sich verhalten, um so mehr unterstellt man ihnen, ‚Schläfer‘ zu sein.“¹²³

Wer sich kritisch mit Organisationen, Funktionären und Entwicklungen des politischen Islam in Deutschland auseinandersetzt, wird denunziert, Muslime pauschal als Terroristen zu bezeichnen. Eine derartige Opferinszenierung zielt darauf ab, jede differenzierte Thematisierung im Keim zu ersticken und soll vom Kern des Begriffes „Islamismus“ ablenken: Ideologisierung (-ismus) einer Religion (Islam) als gesellschaftliche Alternative für das 21. Jahrhundert, ihre Instrumentalisierung für politische und wirtschaftliche Interessen.

¹²³ „Beste Aufklärungsarbeit“ - Dr. Murad Hofmann über ein auch für Muslime wichtiges Buch. 07.09.2003, ehemals unter: www.islamische-zeitung.de/kultur/index.html

Der Islamismus bzw. politische Islam ist eine Ideologie, also das Konzept einer Gesellschaftsordnung, deren politische, wirtschaftliche, soziale, juristische, religiöse und kulturelle Grundlage der Islam bildet. Diese Gesellschaftsideologie wird von ihren Anhängern als Gegenentwurf zu den beiden großen Weltideologien Kapitalismus/ Imperialismus/ westliche Demokratie einerseits und Sozialismus/ Kommunismus andererseits verstanden.

Die von der Mehrheit gläubiger Muslime geteilte Auffassung, dass der Islam, die im Koran offenbarte Heilige Schrift, das Maß ihres gesamten individuellen und gesellschaftlichen Handelns sein muss, nutzen die Islamisten als Basis ihrer Ideologie. Ihre Politik besteht darin, den Muslimen islamische Inseln zu bieten, in denen das gesamte Leben auf der Grundlage der Religion von den Muslimen und für sie gestaltet wird. Die überwiegende Mehrheit der Gruppen, die in Deutschland dem politischen Islam zugeordnet werden können, verfolgen dieses Ziel ohne Gewaltanwendung, auch wenn sie Gewalt nach innen als Disziplinierung in Form von psychischem Druck oder physischer Bestrafung nicht gänzlich ausschließen. Vor diesem Hintergrund lassen sich die „legalistischen Islamisten“ auch ohne Scheu ein auf Demokratie und Parteien-System, als Vehikel zur Erlangung ihres Endzieles.

Eine sich auch im internationalen Kontext in der absoluten Minderheit befindende Anzahl islamistischer Gruppen propagiert dagegen die Gewalt in Form des bewaffneten Kampfes. Diese extremistische Minderheit innerhalb des islamistischen Spektrums ist gleichwohl eine hoch motivierte und gut organisierte.

Die Charakteristika des Islamismus sind Idealisierung der eigenen Tradition, eine anti-individualistische Homogenisierung nach Innen bei gleichzeitiger Abgrenzung nach Außen auf der Basis einer kulturalistischen Freund-Feind Polarität, Absolutheits- und Überlegenheitsanspruch und dadurch Abwertung des Anderen, Intoleranz, Uniformität und Totalitarismus auf Grund der geschlossenen Gesellschafts- und Staatsentwürfe. Ihre autoritäre Führungsrolle begründen die Ideologen des politisierten Islam mit ihrem absoluten Wahrheitsanspruch. Zur Legitimation ziehen sie entsprechende Koraninterpretationen heran oder auch aus dem Kontext gelöste Teile von Koran und Sunna, und sichern sich somit „göttliche“ Unfehlbarkeit, die keine Kritik und vor allem keine rationale Auseinandersetzung zulässt.

In islamistischer Lesart wird die Zugehörigkeit zur Gemeinschaft aller Muslime (Umma) zum allein identitätsstiftenden und damit verbindenden Element in Abgrenzung und Aufwertung zu allem „Nicht-Islamischen“. Zur Aufwertung der „Umma“ wird im islamistischen Freund-Feind-Stereotype die Dekadenz, die Ungerechtigkeit und schließlich der Niedergang des „Westens“ begründet mit der Säkularisierung und der staatlichen Verfasstheit auf der Grundlage materialistischer (also von Menschen geschaffenen) Weltanschauungen. „Es sei an der Zeit, Säkularismus als Projekt ernsthaft zu hinterfragen“, erklärt der Autor des Buches „Der Islam als Alternative“, der ehemalige deutsche Diplomat und Konvertit Murad Hofman, auf einer Tagung der Islamischen Gemeinschaft in Deutschland (IGD) zum Thema „Scharia und Grundgesetz“ in Dortmund. Denn „schließlich wären der krasse westliche Materialismus und Konsumerismus ohne die Verbannung der Religion ins Private undenkbar. Dann hätten wir es gewiss auch nicht mit so viel moralischer Libertinage zu tun, also auch nicht mit so viel Alkoholismus, Drogenkonsum, Jugendkriminalität, Kinderpornographie, Abtreibung, Gewalt in der Schule, aggressiver Homosexualität und Internet-Autismus.“¹²⁴

Nach dem Niedergang des Sozialismus/Kommunismus ist nun das „islamische“ Gesellschaftsmodell die einzig verbliebene Alternative zum Weltimperialismus unter Führung der USA. Neben den USA und den Regimes in den Ländern mit mehrheitlich muslimischer

¹²⁴ Murad Wilfried Hofmann: „Religion als Privatsache? - Zur Rolle der Religion im Öffentlichen Raum“. Tagung der IGD „Scharia und Grundgesetz“, Dortmund, 24.09.2003.

Unter: www.i-g-d.com/Religion%20als%20Privatsache.htm abgelesen am 05. 01.2004

Bevölkerung, sind es insbesondere „die Juden“, die in nahezu allen islamistischen Strömungen als Feindbild erhalten müssen. Der Antisemitismus ist ein wesentlicher Bestandteil des Islamismus.

Im Interesse einer differenzierten Auseinandersetzung mit den Themen Islam und Islamismus sollte, auch wenn die Übergänge fließend sind, deshalb unterschieden werden:

- a) säkularisierte und/oder nichtorganisierte gläubige Muslime
- b) strenggläubige und/oder organisierte Muslime
- c) Islamisten, die mit Hilfe ihrer Organisationen oder Netzwerke in Teilbereichen der Gesellschaft auf legalem Weg eine Art Parallelgesellschaft auf komplett islamischer Grundlage errichten möchten („islamische Inseln“). Das demokratische Gesellschaftsmodell wird zwar als Aktionsrahmen akzeptiert, aber als Gegenpol zur islamischen Gesellschaftsordnung abgelehnt und als Feindbild ideologisiert.
- d) eine sehr marginale Erscheinungsform von gewaltbereiten bis hin zu terroristisch eingestellten Islamisten

2.4.2. Islamistischer Antisemitismus

Nach einer Polizei-Razzia im März 2003 wurde die Berliner Al-Nur - Moscheegemeinde auch bundesweit bekannt.¹²⁵ Sie lässt sich inhaltlich im breiten Spektrum der arabischen Muslimbruderschaft einem eher saudi-arabisch orientierten Zweig zuordnen. Die Frauengruppe dieser Gemeinde betrieb eine eigene Homepage (www.al-nur-moschee.de). Dort veröffentlichten die Frauen auch ihre Fragen an das religiöse Oberhaupt dieser Gemeinde, Scheich Salem. Eine dieser Fragen lautete: „Gibt es im Qur'an eine Stelle, an der steht, dass die Juden bis zum Jüngsten Tag verflucht sind?“ Die Antwort des Scheichs darauf: „An mehreren Stellen im Qur'an steht, dass die Juden verflucht sind.“ Der Scheich erklärt, dass Allah die Juden bis zum Ende dieser Erde bestrafen werde und zitiert aus einer Koran-Sure: *„Und (gedenke der Zeit,) da dein Herr verkündete, Er wolle gewiss gegen sie bis zum Tage der Auferstehung solche entsenden, die sie mit grimmiger Pein bedrängen würden...“*. „Und warum?“, fragten die Frauen nach, und der Scheich antwortete: „Weil sie auf der Erde Unheil stiften.“

An einer anderen Stelle dieser inzwischen gelöschten Homepage nahmen die Frauen in einer deutschsprachigen Islam-Interpretation Bezug auf den Propheten Muhammad. „Der Prophet sprach: Die Schlange ist die Umwandlungsform der Dschinn (Geister), genauso wie die Affen und Schweine die Umwandlungsform der Juden ist.“ Ob im Internet oder als Transparent auf den verschiedenen Demonstrationen für Palästina, gegen Israel, gegen den Besuch des US-Präsidenten George Bush in Berlin oder gegen den Irak-Krieg – immer wieder taucht eine bestimmte Karikatur auf: Ariel Sharon als großer Affe und in seinen Armen als kleiner Affe Georg Bush.

Europäische antisemitische Stereotype, wie die „jüdische Weltverschwörung“ oder der „Jude als die Inkarnation des Bösen“, vermischen sich mit einem auch im Islam zu findenden religiös begründeten Antisemitismus und finden in Israel, dem Zionismus und aktuell besonders in der Person des israelischen Ministerpräsidenten Ariel Sharon ihre propagandistische Projektionsfläche. Der Antisemitismus und aktuell auch der

¹²⁵ Am späten Abend des 20. März 2003 ließ Generalbundesanwalt Kay Nehm die Räume der Al-Nur-Moschee in der Neuköllner Haberstraße und fünf weitere Objekte in Berlin durchsuchen. Der Vorbeter der Moschee, der 42-jährige Libanese Dr. Salem El-Rafei (Scheich Salem), sowie weitere vier Islamisten wurden kurzzeitig festgenommen. Eine sechste Person, der damals 32 Jahre alte Tunesier Ihsan G., in dessen Berliner Wohnung eine geladene Pistole und scharfe Munition gefunden wurde, kam in Untersuchungshaft. Ihm wird die versuchte Gründung einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen. Das Kammergericht Berlin hat inzwischen die Anklage gegen den Tunesier angenommen, der Prozess beginnt am 4. Mai 2004. Ihsan G. war Anfang des Jahres 2003 mit einem falschen portugiesischen Pass eingereist und hatte Kontakt zu der als Sammelbecken arabischer Islamisten bekannten Al-Nur-Moschee aufgenommen. Aktiver Förderer der Al-Nur-Moschee war auch ein saudischer Diplomat, der bereits seit September 2002 im Fadenkreuz des Verfassungsschutzes stand. Um einer drohenden Ausweisung zuvorzukommen, verließ der Diplomat jedoch Deutschland.

Antiamerikanismus sind essentielle Elemente des Islamismus, haben im Kern aber nichts mit dem Kolonialismus, Israel oder mit der US-amerikanischen Dominanz in der Welt nach 1945 zu tun, wenngleich Islamisten daraus ihr propagandistisches Kapital zu schlagen vermögen.

Das konstituierende Element des Islamismus:

Die Aufklärung – ein „jüdisch-freimaurerisches Komplott“

Vertreter muslimischer Verbände in Deutschland, aber auch Wissenschaftler und Politiker werden nicht müde zu erklären, dass „Araber keine Antisemiten sein können, denn sie seien selbst Semiten“. Diese Argumentation erstickt jede inhaltliche Auseinandersetzung im Keim und ist eine bewusste Verfälschung des historisch bis in die Anfänge des Christentums zurückreichenden Antisemitismus. Der Begriff „Antisemitismus“ geht auf die Hetzschrift „Der Sieg des Judentums über das Germanentum“ zurück, die 1879 von Wilhelm Marr verfasst wurde. Mit dieser „Semitenfeindschaft“ ist ausschließlich die Feindschaft gegen Juden gemeint.

Der Islamismus als Gesellschaftsideologie wird von seinen Anhängern als Gegenentwurf zu den beiden großen Weltideologien Kapitalismus/ westliche Demokratie einerseits und Sozialismus/ Kommunismus andererseits verstanden.¹²⁶ Letzteren gemeinsam ist ihre materialistische, also nicht auf einer Religion basierende Konstitution. Darin liegt der Kern des von Vertretern islamistischer Gesellschaftskonzepte unterstellten unlösbaren Widerspruchs, der Antagonie der Systeme. In diesem Kontext sind die Aufklärung und die Französische Revolution von 1789 die neuralgischen Punkte aller islamistischen Bewegungen. So schreibt z. B. eine „Gruppe von Muslimen“ am 10. Juni 2002 in einem deutschsprachigen „Appell an alle Muslime und wahrheitssuchenden Menschen“: „Der Islam ist unvereinbar mit der Demokratie und auch mit allen anderen Ideologien und Religionen. Demokratien sind ein großes Hindernis für den Menschen, der seine Menschlichkeit zu finden versucht.“ Als Folge der Aufklärung habe die Demokratie nach ihrer Auffassung dazu geführt, dass „sich der Mensch in seinem intellektuell beschränkten und beeinflussbaren Wesen als befähigt und berechtigt betrachtet, der normative Maßstab zu sein, und somit selbst darüber zu entscheiden, was richtig oder falsch, gut oder schlecht, belohnens- oder bestrafenswert ist“. Diese Betrachtungsweise sei mit der Aussage des Koran unvereinbar, lautet ihr Fazit.¹²⁷

Die Trennung von Staat und Religion, die Säkularisierung, die staatliche Verfasstheit auf der Grundlage materialistischer, also nicht geistlicher, Weltanschauungen – nach islamistischer Lesart liegt darin die Ursache für Dekadenz, Ausbeutung und Ungerechtigkeit und schließlich für den Niedergang des „Westens“ und auch des Christentums. „Die Juden als geheime Macht“, die hinter der Aufklärung und der Französischen Revolution stehen mit dem Ziel, „die Weltherrschaft zu erlangen“, werden vor diesem Hintergrund als Feindbild konstruiert. Dazu übernehmen islamistische Bewegungen das europäische antisemitische Stereotyp der „Freimaurer-Verschwörung“. „Gegenüber den Idealen der Aufklärung aufgeschlossen, wurden die Freimaurer von klerikalen Kreisen in Frankreich für den Ausbruch der Französischen Revolution verantwortlich gemacht. Da die Freimaurer auch Befürworter der Judenemanzipation waren, wurde daraus ein *jüdisch-freimaurerisches Komplott* konstruiert, welches noch heute zum Inventar eines jeden Antisemiten gehört. [] Erzbischof Léon Meurin: *Alles in der Freimaurerei ist von Grund auf jüdisch, ausschließlich jüdisch, leidenschaftlich jüdisch, von Anfang bis Ende.*“¹²⁸

Diese europäischen antisemitischen Stereotypen drangen im Nachgang des Ägyptenfeldzuges Napoleons, vermehrt in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, ein in die islamische Welt. „Die ersten antisemitischen Pamphlete in arabischer und osmanischer Sprache“, schreibt der Historiker Bernhard Lewis, „erschieden gegen Ende des 19. Jahrhunderts. Sie wurden aus den französischen Originalen übersetzt“.¹²⁹ Später folgten

¹²⁶ Nach dem Niedergang des real existierenden Sozialismus ist nun der globale Kapitalismus unter Führung der USA die einzig verbliebene Herausforderung der Islamisten im Kampf der Systeme.

¹²⁷ Zu finden u.a. im Forum <http://forum.topwebmaster.net/extern/de/Ensar/thread/5543-134840> und im Forum von www.muslim-markt.de: <http://f25.parsimony.net/forum63498/messages/6206.htm> abgelesen am 5.10.2003

¹²⁸ <http://www.idgr.de/lexikon/stich/f/freimaurer/freimaurer.html> abgelesen am 10. Juni 2003

¹²⁹ Lewis, Bernard (1986): *Semites and Antisemites*, New York und London.

Übersetzungen nationalsozialistischer Propagandaschriften, wie Hitlers nach wie vor in der gesamten islamischen Welt populäres Buch „Mein Kampf“, oder das ebenfalls weit verbreitete antisemitische Verschwörungs-Pamphlet „Die Protokolle der Weisen von Zion“. In unzähligen Zeitungsartikeln und Büchern zeichnen islamistische Autoren an Hand der Geschichte der Freimaurerlogen und ihrer Mitglieder das Bild dieser „jüdischen Weltverschwörung“, die darauf gerichtet sei, nach dem Christentum und der westlichen Welt nun auch den Islam und die islamische Welt zu vernichten. Die Gründung des Staates Israel als „Gipfel dieser Verschwörung“ und Stachel des westlichen „Säkularismus“, des Unglaubens, in der islamischen Welt sei erst möglich gewesen, nachdem das letzte islamische Großreich, das Osmanische Reich, zerstört und infolge dessen das islamische Kalifat 1924 durch das angebliche Mitglied einer Freimaurerloge, Mustafa Kemal Atatürk, abgeschafft wurde. So lässt sich eine weit verbreitete derartige „Geschichtsdarstellung“ zusammenfassen.

In einem deutschsprachigen Aufsatz der panislamistischen Kalifatsbewegung Hizb ut-Tahrir (Partei der Befreiung) zum Thema „Freimaurer“ wird als „Beleg“ für dieses „jüdische“ hinter den Freimaurern auf den Templer-Orden, einen christlichen Orden, rekuriert: „Auf dem Höhepunkt ihrer Macht hatten die Templer den größten Anteil an dem in Westeuropa verfügbaren Kapital. Aus den Summen, die sie in großem Rahmen verliehen, bezogen sie hohe Zinsen [] Zu beachten ist hier, dass [] der populärste Orden der Christenheit des Mittelalters sich in seinen Geldgeschäften höchst unchristlich, sogar jüdisch verhielt. Denn gerade für das Geldverleihen und Zinsnehmen waren die Juden höchst unbeliebt.“ Aus den Templern seien dann im 18. Jahrhundert die Geheimbünde der Freimaurerei entstanden. „Freimaurerisch-aufklärerisches Gedankengut hat letztendlich zur Französischen Revolution geführt und somit Strukturen in Europa tiefgehend verändert. [] Ein noch viel einschlägigeres Ereignis, an dem die Freimaurerei aktiv teilhatte, war die Gründung der USA. [] Alles weist darauf hin, dass der amerikanische Unabhängigkeitskrieg von den Freimaurern heraufbeschworen wurde, um eigene Pläne und Ziele zu verwirklichen.“ Zu diesen Plänen gehöre, „Einfluss auf den Islam zu nehmen und das Kalifat abzuschaffen“. Nicht nur von der Hizb ut-Tahrir wird als Beweis für diese Verschwörungstheorie Mustafa Kemal Atatürk angeführt, der den letzten Kalifen absetzte und die türkische Republik ausrief. „Bis zu seinem Tode“, heißt es in dem Artikel, „war er Mitglied der Loge *Macedonia Resorta et Veritas*. Sein freimaurerisches Handeln gab dem Kalifat und somit dem letzten Rest politischen Wirkens des Islam den Todesstoß, eine Wunde, an der die Umma [Anm.: Gemeinschaft aller Muslime] bis in die Gegenwart leidet und blutet. [] Nur durch die Wiedereinführung der islamischen Lebensordnung, seiner Kultur und Weltanschauung kann die Menschheit von der Hegemonie der Freimaurerei und ihren dunklen Machenschaften befreit werden.“¹³⁰

Die Juden haben zwei Staaten gegründet – Israel und die Türkei

In keinem islamisch geprägten Land wurde der Einfluss der Religion auf Staat und Gesellschaft so radikal zurückgedrängt wie in der Türkei nach der Republikgründung 1923. Orientiert am französischen Vorbild machte Mustafa Kemal Atatürk den Laizismus zur bis heute gültigen Staatsdoktrin. Zwar ist es unter den bürgerlichen und konservativen Nachfolgeregierungen zu einer Re-Islamisierung gekommen, worunter die Wiedereinführung islamischer Vorstellungen und Regeln in das gesellschaftliche und zum Teil sogar staatliche Leben zu verstehen ist, das laizistische Staatskonzept aber steht nicht zur Disposition – außer für islamistische Bewegungen. In ihrem Ringen um die Rückkehr zu einer Staatsordnung auf religiöser Grundlage denunzieren sie den Zerfall des Osmanischen Reiches, die Abschaffung des Kalifats und die Einführung des Laizismus als „anti-islamische jüdische Verschwörung“. Einer der Propagandisten dieser antisemitischen Verschwörungstheorie heißt Mehmet Sevkett Eygi. Er gehört zu den Chefideologen des politischen Islam in der Türkei und schreibt täglich eine Kolumne in der Zeitung „Milli Gazete“, dem Sprachrohr der weltweiten Milli Görüş-Bewegung des türkischen Islamistenführers Necmettin Erbakan. „In unserem Land gibt es zwei Sorten Menschen. Auf der sichtbaren Seite sehen sie aus wie Muslime und Türken. Auf der Rückseite der Medaille

¹³⁰ Ehemals zu finden unter: <http://www.explicit-islam.de/seiten/Archiv/825/freimaurer.html>

sind es Juden. Sie bringen ihre eigenen inkompetenten Personen in die wichtigsten Ämter und Stellen und vergreifen sich an den Einkünften der Türkei - verdammt seien sie“, schreibt Eygi z. B. am 24. Mai 2002 in der „Milli Gazete“.¹³¹

Seit drei Jahren greift Eygi immer wieder das Thema der „Sabetaycilar“ (Sabetaisten) auf – ein von dem jüdischen Mystiker Sabbetai Zewi gegründeter Orden, der im 17. Jahrhundert im Osmanischen Reich zwangsweise zum Islam konvertierte, oft auch als „Krypto-Juden“ oder „Dönme“ (die Gedrehten) bezeichnet. Eygi behauptet nun, dass dieser Übertritt nur pro forma erfolgt sei, um den Islam zu unterwandern und langfristig von innen heraus zu zerstören und schreibt am 29. November 2000 in seiner Kolumne, dass „die Juden in diesem Jahrhundert zwei Staaten gegründet haben – die Türkei und Israel“.¹³² Eygis antisemitisches Verschwörungsbuch „Yahudi Türkler yahut Sabetaycilar“ (Jüdische Türken oder Sabetaisten) gehörte Ende April 2003 zur reichen Palette ähnlich gelagerter Pamphlete auf der islamischen Buchmesse, die im Hof eines Milli Görüs- Moschee- und Kulturhauses in Berlin Kreuzberg stattfand.

Dort waren auch die Bücher eines weiteren türkisch-islamistischen Autors erhältlich, der hier nicht unerwähnt bleiben darf: Harun Yahya (bürgerlicher Name angeblich: Adnan Oktar). Über unzählige mehrsprachige Internetseiten, Videofilme, Tonkassetten, Bücher- und CD-Rom-Versande werden in Europa muslimische Gemeinschaften, Medien und Privatpersonen regelrecht mit den Produkten des „Harun Yahya“ überschwemmt. Unterstützung und Förderung erhält Yahya durch eine sogenannte „Stiftung für wissenschaftliche Forschung“ (Bilim Arastirma Vakfi) mit Sitz in Istanbul.

In der deutschsprachigen Öffentlichkeit wurde Yahya erstmals wahrgenommen, als die Journalisten Ahmet Senyurt und Stefan Meining im ARD-Magazin „Report“ am 21. Mai 2001 über ein Buch dieses Autors berichteten, das sich mit dem Völkermord der Nationalsozialisten an den Juden im „Dritten Reich“ befasst: „SOYKIRIM YALANI – Die Holocaust-Lüge“. In diesem Buch behauptet Yahya, der organisierte Massenmord an den Juden habe nie stattgefunden.¹³³ Nachdem „SOYKIRIM YALANI“ auch in der Türkei für Aufsehen sorgte und offiziell aus der fast 200 Bücher umfassenden Publikationsliste Yahyas verschwand, verlegt er sich nun auf die Relativierung des Holocaust. So schreibt er in seinem Buch „Untergegangene Völker“ auf Seite 92: „Faschistische Organisationen haben Juden belästigt und blutige Attentate gegen sie verübt.“ In mehreren Varianten setzt sich Yahya pseudowissenschaftlich mit dem Darwinismus auseinander, so in seinem Hauptwerk „Der Evolutionsschwindel“ oder in dem Buch „Das Ende des Darwinismus“. Yahyas immer wiederkehrende These: Der Darwinismus ist die Quelle allen Übels der Welt, aller Verbrechen der Neuzeit, einschließlich der Hitlerdiktatur und des Terrorismus. In dem Buch „Der Islam verurteilt den Terrorismus“ analysiert Yahya als Reaktion auf den 11. September das „wahre Gesicht derer, die im Namen der Religion Terrorakte begehen“, entsprechend seiner These: „In Wirklichkeit sind es die materialistisch-atheistischen Philosophien und Ideologien, die im 19. Jahrhundert vorherrschten, die für diese bedauerlichen Zustände verantwortlich sind. [] Es waren anti-religiöse Bewegungen, die die Werte des Christentums leugneten, welche zum Kolonialismus führten. Die Wurzeln der größten Brutalitäten des 19. Jahrhunderts liegen in der sozial-darwinistischen Ideologie.“¹³⁴

Der Darwinismus aber, so Yahyas These weiter, sei die logische Konsequenz der Aufklärung und der Französischen Revolution und der damit vollzogenen Trennung von Staat und Religion. Die Rolle der Freimaurer in diesem Kontext ist ebenso Gegenstand der „Analysen“ des Harun Yahya wie der „historische Nachweis“ der Verbindungen zwischen dem Freimaurertum und dem Judentum.¹³⁵ Am 27. August 2003 annonciert die „Milli Gazete“,

¹³¹ Siehe: <http://www.milligazete.com.tr/arsiv/24052002/yz14.htm> und Verfassungsschutzbericht 2002 unter: www.bmi.bund.de/Annex/de_24336/Verfassungsschutzbericht_2002.pdf Seite 191

¹³² Milli Gazete vom 29.11.2000, unter: <http://www.milligazete.com.tr/arsiv/29112000/yz14.htm>

¹³³ „Tricksen, Täuschen, Agitieren“, ARD, Report München vom 21.05.2001.

¹³⁴ Harun Yahya: „Der Islam Verurteilt Den Terrorismus“, unter: <http://www.harunyahya.com/de/teror3.php> abgelesen am 28. Juni 2003

¹³⁵ Vgl. „Yahudilik ve Masonluk“ („Judentum und Freimaurertum“) unter: <http://www.harunyahya.org/kitap/YahudilikveMasonluk/YVM.HTML> sowie „Kabala ve Masonluk“ („Die jüdische Zahlenmystik und das Freimaurertum“) unter: <http://www.harunyahya.org/kitap/kabalavemasonluk/kvm01.html>

dass Yahya ab sofort in diesem Blatt schreiben werde. Thema: „Die Organisatoren des Bösen auf der Erde: Die Templer und die Freimaurer (Yeryüzünde Kötülügü Örgütleyenler: TAPINAKCILAR ve MASONLAR)“.¹³⁶

Die gerechte Ordnung der Milli Görüs

Die antisemitischen Verschwörungstheorien türkisch-islamistischer Autoren sind auch in Deutschland virulent. Längst hat sich eine von der Öffentlichkeit, ob mit oder ohne Migrationshintergrund, weitgehend ignorierte mediale antisemitische und islamistische Parallelwelt entwickelt – in Form von Büchern, audiovisuellen Medien, Internet und durch die Tageszeitungen „Vakit“ und „Milli Gazete“.

Zwar hat sich die größte Organisation des politischen Islam in Deutschland, die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG), im Dezember 2001 per Presseerklärung von der türkischen Tageszeitung „Milli Gazete“ distanziert, die Zeitung kann aber durchaus als inoffizielles Sprachrohr der Milli Görüs-Bewegung auch in Europa angesehen werden. So waren z. B. bis April 2001 leitende Personen der Europaausgabe dieser Zeitung identisch mit führenden Milli Görüs-Funktionären in Deutschland. Während sich die Führungsriege in Deutschland mit antisemitischen Äußerungen zurückhält, wird in Kolumnen der „Milli Gazete“ selbst vor dem antisemitischen Machwerk „Die Protokolle der Weisen von Zion“ nicht halt gemacht.

Ob auf der islamischen Buchmesse in Berlin-Kreuzberg oder in der Milli Görüs-Zentrale in Kerpen bei Köln, wo die Zeitung „Milli Gazete“ „auf praktisch allen Schreibtischen liegt“¹³⁷, wer die Funktionäre auf die antisemitische Propaganda anspricht, erhält eine signifikante Antwort. So erklärte der ehemalige Milli Görüs-Funktionär Hasan Özdoğan im Mai 2000 in Berlin, dass Milli Görüs Fehler gemacht habe, tatsächlich seien in „Milli Gazete“ antisemitische Artikel veröffentlicht worden. Özdoğan distanzierte sich jedoch nicht von diesen Artikeln, sondern erklärte lediglich, warum man heute darauf verzichte. Man habe gemerkt, dass antisemitische Äußerungen, die in der Türkei üblich seien, in Deutschland verboten sind. „Ich bin nicht verantwortlich für Milli Gazete“, erklärte im Frühjahr 2003 der jetzige Generalsekretär der IGMG, Oguz Ücuncü, gegenüber der „Süddeutschen Zeitung“ und entgegnete, „dass in der Türkei oft so geschrieben werde, dass es in Deutschland missverstanden werde“.¹³⁸

Dass die deutsche Milli Görüs-Führung versucht, sich durch diese Verharmlosung aus der Affäre zu ziehen, hat seinen Grund. Würde sie eingestehen, dass es sich um islamistische und antisemitische Äußerungen handelt, müsste sie sich auch von ihrem geistigen Mentor, dem Führer der weltweiten Milli Görüs-Bewegung Necmettin Erbakan, distanzieren. Denn wie ein roter Faden zieht sich das antisemitische Stereotyp der „jüdischen Weltverschwörung“ durch Erbakans Politik. So zitiert ihn die Milli Görüs-nahe Nachrichtenagentur Habervakti am 24. August 2003 folgendermaßen: „Die arbeiten daran, Groß-Israel zu gründen und die Welt zu beherrschen, den Salomon Tempel wieder zu erbauen und sich ihr gelobtes Land zwischen Nil und Euphrat zu verwirklichen. Zur Realisierung dieses Aberglaubens plant Israel die gewaltsame Unterdrückung.“¹³⁹

Am 5. Oktober 2003 berichtet „Milli Gazete“ über eine Versammlung der Saadet-Partei (Glückseeligkeitspartei) und zitiert aus der Rede des damaligen Vorsitzenden Necmettin Erbakan: „Die Differenzen zwischen Rechts und Links gehören der Vergangenheit an. Jetzt dient man Milli Görüs oder den äußeren Mächten. Das Fundament der Milli Görüs basiert auf Liebe und Warmherzigkeit. Wir wünschen allen sechs Milliarden Menschen auf der Erde Glückseeligkeit (Saadet). Demgegenüber sind die äußeren Mächte bestrebt, Groß-Israel zu gründen, um das gelobte Land zu verwirklichen. Aus diesem Grund arbeiten sie daran, die

¹³⁶ „Ahl al-Kitab“ (Menschen der Schrift) bezeichnet die drei verwandten monotheistischen Buchreligionen Islam, Judentum und Christentum. Vor diesem Hintergrund genießen Juden und Christen im Islam eine besondere Stellung (z. B. als Schutzbefohlene) im Unterschied zu Angehörigen anderer Religionen oder Nichtgläubige/Atheisten. Islamistische Autoren und Organisationen verweisen gern auf dieses religiöse Verständnis der besonderen Beziehung zum Judentum, um Antisemitismusvorwürfe abzuwehren. So auch Harun Yahya, zu dessen Online-Netzwerk auch die Seite www.islamverurteiltantisemitismus.com gehört.

¹³⁷ Matthias Drobinski: „Fundis auf Samtpfoten“, Süddeutsche Zeitung, 22.4.2003

¹³⁸ Ebenda.

¹³⁹ Diyet ödüyorlar, 8/24/2003 unter: www.habervakti.com/hbdetay.asp?id=7932 abgelesen am 4.10.2003.

Länder in Israels Umgebung zu schwächen, zu spalten, um daraus weiche Happen zu machen.“¹⁴⁰

Diese „äußeren Mächte“ hat Necmettin Erbakan bereits 1991 in seinem politischen Programm „Die gerechte Ordnung“ bzw. „Die gerechte Wirtschaftsordnung“ benannt. Dort heißt es: „Der Zionismus ist ein Glaube und eine Ideologie, dessen Zentrum sich bei den Banken der New Yorker Wallstreet befindet. Die Zionisten glauben, dass sie die tatsächlichen und auserwählten Diener Gottes sind. Ferner sind sie davon überzeugt, dass die anderen Menschen als ihre Sklaven geschaffen wurden. Sie gehen davon aus, dass es ihre Aufgabe ist, die Welt zu beherrschen. Sie verstehen die Ausbeutung der anderen Menschen als Teil ihrer Glaubenswelt.“¹⁴¹

Sayyid Qutb, Muslimbrüder, Hamas und Hizbollah

Die 1928 von Hassan al-Banna in Ägypten gegründete Muslimbruderschaft propagiert den Islam als allumfassendes System und die Errichtung eines Staates auf der Grundlage islamischer Werte und Prinzipien. 1954 wurde diese islamistische Bewegung unter dem ägyptischen Präsidenten Gamal Abd en-Nasser verboten. Es kam zu zahllosen Verhaftungen und Hinrichtungen und in der Reaktion zu einer vermehrten Radikalisierung der Anhänger im Untergrund, die sich vor allem auf den Ägypter Sayyid Qutb (1906-1966) beziehen. Mittlerweile gibt es Abspaltungen und Zweige der Muslimbruderschaft in über 70 Ländern der Welt, teilweise radikalerer Art und unter anderem Namen, wie die palästinensische Hamas. Die Schriften des politischen Vordenkers Sayyid Qutb gehören zum Repertoire unterschiedlichster Moscheegemeinden auch in Deutschland. In seinem Standardpamphlet, das heute unter dem Namen „Unser Kampf gegen die Juden“ überall in der islamischen Welt kursiert, formuliert Qutb den Kern des islamistischen Antisemitismus, wie er hier bereits an einigen Beispielen dargestellt wurde. „Hinter jeder spaltenden Tat in Bezug auf das letzte islamische Kalifat und hinter dessen Auflösung sowie hinter der Abschaffung der Scharia durch Atatürk stand stets ein Jude. Alles, was seitdem gegen das islamische Erwachen im Rahmen eines erklärten Krieges gegen den Islam auf dieser Erde geschieht, ist als das Werk der Juden zu sehen“, schreibt Qutb.

Diese Haltung finden wir auch bei der Hamas, einer der führenden radikalen Kräfte der zweiten palästinensischen Intifada. Hamas stellt sich als „der schlagende Arm der Bewegung der Muslimbrüder in Palästina“ vor, bekennt sich zum Erbe von Sayyid Qutb und zum Dschihad als islamischem Weg zur Befreiung Palästinas. Die territorialen Ansprüche der Hamas werden dabei in der sogenannten „Charta der Hamas“ von 1988 deutlich formuliert: „Palästina ist gesegnetes islamisches Territorium und erstreckt sich vom Mittelmeer bis zum Jordan. Es bildet eine unteilbare Einheit.“ In Artikel 22 der Charta ist zu lesen, dass „die Juden“ hinter der Französischen Revolution standen und geheime Organisationen wie die Freimaurer gegründet haben.¹⁴² „Zionistische Machenschaften setzen sich endlos fort und werden sich nach Palästina gierig vom Nil bis zum Euphrat ausdehnen. Erst dann, wenn sie komplett die Gegend verdaut haben, auf die sie ihre Finger gelegt haben, werden sie zu noch mehr Expansion voranschreiten“, heißt es in Artikel 32 der Charta mit Anspielung auf die „Protokolle der Weisen von Zion“.¹⁴³

Eine analoge Ideologie kennzeichnet die libanesische Schiitenmiliz Hizbollah, die durch ihren Kampf gegen die israelische Invasion Libanons 1982 an Bedeutung gewann. In ihrer Ablehnung des Existenzrechts des Staates Israel und der Sicht auf das Judentum als ältester und erbittertster Feind des Islam lehnen sie sich an die „antizionistischen“ Predigten des 1988 verstorbenen Ayatollah Khomeini an. Ihr islamistisches Gesellschaftskonzept zeigt sich in der Ablehnung von Nationalismus, Imperialismus und „westlicher Arroganz“ und der Betonung der Befreiung Palästinas und Jerusalems als strategisches Ziel. Wie andere

¹⁴⁰ „Dis mihraklara hizmet etmeyin“ in: Milli Gazete, 5.10.2003 unter:

<http://www.milligazete.com.tr/arsiv/05102003.htm>

¹⁴¹ Innenministerium NRW: „Islamismus - Instrumentalisierung der Religion für politische Zwecke“ – Broschüre des Verfassungsschutzes Nordrhein-Westfalen, 3. überarbeitete Auflage, 2002, Seite 28, unter: www.im.nrw.de/inn/doks/vs/islam.pdf abgelesen am 20.03.2004.

¹⁴² Siehe: <http://www.palestinecenter.org/cpap/documents/charter.html> abgelesen am 6.10.2003

¹⁴³ Vgl. Matthias Küntzel: „Djihad und Judenhass“, in: www.taz.de/pt/2003/04/12/a0228.nf/text

islamistische Organisationen sieht Hizbollah Israel als verlängerten Arm des westlichen Imperialismus im Nahen Osten. Israel wird entsprechend als Quelle allen Übels und aller Gewalt in dieser Region und als Haupthindernis einer islamischen Einheit ausgemacht.¹⁴⁴ Sowohl die gemäßigteren Zweige der Muslimbruderschaft als auch Hamas und Hizbollah verfügen in Deutschland über ein Netzwerk von Mitgliedern und SympathisantInnen.¹⁴⁵

Neben Geldspenden betreiben diese AnhängerInnen eine umfangreiche politische Lobbyarbeit, z. B. durch die Teilnahme oder eigene Ausrichtung von Demonstrationen. So versammeln sich jedes Jahr am letzten Samstag des muslimischen Fastenmonats Ramadan SympathisantInnen von Hizbollah und der geistlichen Führung des Iran in Berlin zur so genannten „Al-Quds-Demonstration“. Anlass dieser jährlich weltweit stattfindenden Demonstration ist der „internationale Tag von Jerusalem“ [Quds ist arabisch für Jerusalem], den der iranische Ayathollah Khomeini 1979 ausgerufen hat. Khomeinis Nachfolger als oberster geistlicher Führer des Iran, Ayatollah Ali Khamenei, formulierte im Dezember 1999 das Anliegen dieses „Jerusalem-Tages“ gegenüber den TeilnehmerInnen der Al-Quds-Demonstration in Teheran. „Aus islamischen, menschlichen, wirtschaftlichen, sicherheitspolitischen und (allgemein) politischen Gesichtspunkten ist die Gegenwart Israels eine gewaltige Bedrohung gegen die Völker und Staaten der Region. Und es gibt nur eine Lösung, das Problem im mittleren Osten zu lösen, nämlich die Zerschlagung und Vernichtung des zionistischen Staates.“ Die Muslime überall in der Welt hätten die Pflicht, die Palästinenser – in welcher Form auch immer – zu unterstützen; denn „ein Teil des islamischen Gebietes steht unter der Besetzung des Feindes und wir Muslime stehen alle in der Pflicht, das Land zu verteidigen und es seinen rechtmäßigen Eigentümern zurückzugeben“.¹⁴⁶

In Deutschland werden die jährlichen Aufforderungen zur Teilnahme an der „Al-Quds-Demonstration“ und die entsprechenden Reden der Ayathollahs verbreitet vom Islamischen Zentrum Hamburg und vom Verein „Islamischer Weg e.V. Delmenhorst“ der Brüder Yavuz und Gürhan Özoguz. Aus ihrer Sympathie für die Hizbollah und die iranischen Ayathollahs Khomeini und Khamenei machen die Brüder türkischer Herkunft keinen Hehl. Außer den Internetseiten des Islamischen Weges betreiben die Özoguz-Brüder auch das größte islamistische Internetportal in Deutschland unter der Adresse muslim-markt.de. Im dortigen Forum, in der Rubrik „Palästina Spezial“ und unter dem Aufruf „Boykott gegen Israel“ veröffentlichen sie ihre Kommentare und die in Reimform gefassten Demonstrationssparolen. Mit Frauen und Kindern fahren sie „seit über einem Jahrzehnt jährlich zum Al-Quds-Tag – zur Demonstration gegen die Unterdrückung des palästinensischen Volkes – nach Berlin“.¹⁴⁷ „Liebe Christen gebt doch acht, Zionisten haben hier Macht“, „Zionisten woll'n die Welt kaufen mit geklautem Geld“, „Israel kennt keine Scham, doch wird siegen der Islam“, skandieren die Demonstranten – Männer, Frauen und Kinder – dann auf Berlins Straßen entsprechend den muslim-markt-Vorgaben.¹⁴⁸

¹⁴⁴ Vgl. Esther Webman (1994): Anti-Semitic Motifs in the Ideology of Hizballah and Hamas, Tel Aviv

¹⁴⁵ Der Verfassungsschutz beziffert die Anhängerschaft von Hamas und Hizbollah in Deutschland auf insgesamt etwa 1.100 Personen.

¹⁴⁶ Dezember 1999: „Die Vernichtung Israels ist die einzige Lösung des Mittelost-Problems“, Teheran, 31.

Dezember 1999, IRNA, unter: http://www.islam-pure.de/imam_d/imam0003.htm abgelesen am 27.6.2003

¹⁴⁷ Vgl. die Kommentare des Muslim-Markt zum Buch von Udo Ulfkotte: „Der Krieg in unseren Städten – Wie Radikale Islamisten Deutschland unterwandern“,

unter: www.muslim-markt.de/wtc/ulfkotte/ulfkotte17.htm abgelesen am 27.6.2003

¹⁴⁸ Vgl. www.muslim-markt.de/Palaestina-Spezial/demos/demo-parolen.htm Copyright ©1999-2001 Muslim-Markt, abgelesen am 5.12.2001

3. Auswahl der Methoden der Sozialwissenschaft

3.1. Verhältnis Quantitative und Qualitative Sozialforschung

In der empirischen Sozialforschung haben sich in den letzten Jahrzehnten zwei eigenständige Forschungszweige entwickelt, die zum Teil parallel zueinander laufen und zunehmend auch miteinander verbunden werden. Die „qualitative“ Sozialforschung unterscheidet sich vom „quantitativen“ Ansatz in ihrem Zugang zum Forschungsfeld, im Ansatz der Datenerhebung und ihrem spezifischen Forschungsinteresse. Dieses gilt es zu erläutern:

Quantitative Forschung

Umgangssprachlich steht die qualitative Sozialforschung für einen beschreibenden Ansatz während die quantitativen Forschungen messen. Quantitative Forschungen benötigen ein sehr gut bekanntes und klar begrenztes Forschungsfeld.¹⁴⁹ Ihr Ziel ist es, repräsentative Daten durch hohe Standardisierung der Fragen und der Auswahl der Befragten zu erreichen. Die quantitative Sozialforschung sieht sich in der Tradition der Naturwissenschaften und fragt nach eindeutigen und immer währenden Theorien, in dem aus einem gesellschaftlichen A immer ein B folgt. Der Forscher selber sei dabei im Sinne Webers¹⁵⁰ der „Wertfreiheit“ verpflichtet; das heißt, er sei frei von eigenen Wertmaßstäben und beobachte bzw. dokumentiere soziale Abläufe, ohne sie durch die eigene Subjektivität zu verfälschen. In der Praxis benötigt der Forscher sehr gute Vorabkenntnisse des Forschungsfeldes. Er stellt eine Theorie auf und versucht diese Theorie durch gezielte Fragestellungen zu verifizieren. Die Fragen haben dabei eine geschlossene Natur, das heißt es gibt Optionen zum Ankreuzen oder „Ja“ und „Nein“ Optionen, und werden einer repräsentativen Auswahl von Personen gestellt.

Zu den bekanntesten quantitativen Forschungen gehört die sogenannte „Sonntagsfrage“: wen würden sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre. Die Befragten haben dabei die Möglichkeit, ein „Kreuz“ bei einer ihr bekannten Partei zu machen. So entsteht aus einer repräsentativen Befragung ein aktuelles Stimmungsbild. Alle „Zwischentöne“ gehen dabei naturgemäß verloren: so kann nicht parallel erhoben werden, ob nicht eine große Gruppe der X-Partei-Wähler sehr am „schwanken“ war, ob sie nicht Y wählen sollten.

Diese Forschung würde dabei skurrile bis verfälschende Ergebnisse liefern, wenn das Forschungsfeld, hier die Parteienlandschaft, dem Forscher nicht vertraut wäre. Zur Verdeutlichung: Würde ein amerikanischer Soziologe sein amerikanisches Forschungskonzept ohne Wissen der deutschen Parteienlandschaft auf deutsche Verhältnisse übertragen und beispielweise bei der Sonntagsfrage nur die Optionen „Republikaner“, „Demokraten“ und „Andere“ anbieten, käme er angesichts der Stärke der hiesigen Republikaner auf ein für ihn sicherlich überraschendes Ergebnis. Das zeigt, dass der Forscher selber Vorkenntnisse benötigt. Gleiches gilt für die Befragten selber. So müssen beispielsweise alle Fragen allgemeinverständlich formuliert sein, die Antworten müssen verstanden werden und die Sinninhalte begriffen.

Qualitative Forschung

Die qualitative Forschung steht im Gegensatz zur quantitativen Variante dem Forschungsfeld offen gegenüber, richtet seine Methoden an den konkreten Gegebenheiten aus und ist im Forschungsprozess offen für Veränderungen, Variationen und Überraschungen.¹⁵¹ Sie eignet

¹⁴⁹ Eine fundierte Kritik des quantitativen Ansatzes bietet Siegfried Lamnek 1995

¹⁵⁰ Vgl. Max Weber 1991a und Max Weber 1991b

¹⁵¹ Sehr gute Übersichten bieten: Uwe Flick 1998 und Uwe Flick / Ernst von Kardoff / Ines Steinke (Hrsg.) 2000. Kurze Einführungen bieten: Harald Witt 1997; Gerhard Kleining 1982 und Ulrich von Alemann 1995

sich damit besonders für unbekannte bzw. wenig erforschte Forschungsgebiete und damit auch für offene Forschungsfragen, das heißt Fragen, für deren Beantwortung noch keine vollendete Theorie bzw. Erfahrungswissen vorliegt.

Der Forscher selber begibt sich dabei auch auf die Suche nach Theorien. Sein Bild von der gesellschaftlichen Realität entsteht jedoch erst im Forschungsprozess und ist noch nicht von Beginn an vorgegeben. Er nähert sich seinem Forschungsfeld offen an und bemüht sich, die möglicherweise sehr unterschiedlichen Perspektiven der Beteiligten auf den Forschungsgegenstand vorurteilsfrei darzustellen und über diese unterschiedlichen Perspektiven zu einer Beschreibung der gesellschaftlichen Realität zu kommen. Der Forscher begibt sich dabei selber ins Feld und wird somit Teil des gesellschaftlichen Prozesses. Somit ist er verpflichtet, seine eigenen Wahrnehmungen gekennzeichnet in die Beschreibung einfließen zu lassen und seine möglicherweise die jeweilige Realität verändernde Position im Forschungsprozess beständig zu reflektieren.

Ein weiterer wesentlicher Unterschied zur quantitativen Forschung besteht in der Erhebung der jeweiligen Stichprobe. Die quantitative Sozialforschung erhebt repräsentative Querschnitte und befragt diese. Der qualitativen Forschung gelingt dieses nicht immer. Ihre Auswahl ist vom konkreten Forschungsvorhaben und der jeweils handlungsleitenden Frage abhängig und somit unbedingt zu kennzeichnen und zu erklären, um abgeleitete Theorien begründen zu können.

Zusammenspiel Qualitative und Quantitative Sozialforschung

In der Forschungsrealität stehen sich Vertreter der jeweiligen Ansätze häufig kompromisslos gegenüber. Inhaltliche Gründe können dafür nicht ausschlaggebend sein, so macht ein Methodenzusammenspiel aus beiden gleichberechtigten Ansätzen durchaus Sinn zur Erlangung von Erkenntnis. Quantitative Daten können z. B. mit qualitativen Bildern unterlegt werden, um ihre Bedeutung verständlicher zu formulieren. Qualitative Daten können mit quantitativen Daten in neue Bedeutungszusammenhänge gestellt werden, indem Mengenangaben auch zusätzliche Relevanz- und Bedeutungsangaben sein können. In dieser Studie bemühen sich die Forscher deshalb, ihre qualitativen Daten mit vorliegenden quantitativen Beständen zu koppeln.

3.2. Unsere methodische Vorgehensweise

Um die Forschungsfragen beantworten zu können, war es notwendig, ein geeignetes methodisches Konzept zu entwerfen. Mit unseren Forschungsfragen begeben wir uns in ein neues Forschungsfeld. Es existieren bisher kaum akzeptable Theorieansätze, so dass wir uns bewusst für einen offenen und damit qualitativen Ansatz entschieden haben, den wir jedoch mit vorhandenen quantitativen Datensätzen unterfüttern möchten.

Ausgehend von bisherigen Erfahrungen in anderen sozialen Räumen haben wir uns dafür entschieden, verschiedene Erhebungsmethoden miteinander zu kombinieren.

Im Rahmen der Kommunalanalyse wurden leitfadenorientierte Interviews, protokollierte Informationsgespräche und Gruppendiskussionen mit vielfältigen AkteurInnen durchgeführt. Des Weiteren fanden zahlreiche ethnographische Gespräche statt. Hinzu kamen Sozialraumbeobachtungen (teilnehmende Beobachtungen) zur Gewinnung eigener Eindrücke bzw. zur Analyse demokratiegefährdender Interaktionen an potenziellen Problemorten. Presse-/Online- und Eigenrecherchen und Literatur-/Dokumentaueswertung rundeten das Ganze ab.

In der Theorie wird ein solcher Ansatz am ehesten unter dem Begriff der „Feldforschung“ bzw. „Ethnographie“ zusammengefasst. Bei unserem Ansatz handelt es sich um einen an der Ethnographie angelehnten Forschungsstil: Unser Forschungsstil hat starke Ähnlichkeiten

mit der Ethnographie, dennoch gibt es starke Unterschiede, die den Rahmenbedingungen in der Durchführung geschuldet sind.

Was ist Ethnographie?

Längere Teilnahme, Methodenpluralismus und Methodenflexibilität

Das Grundparadigma der Ethnographie besteht darin, dass die Forscherin oder der Forscher für einen längeren Zeitraum am sich entwickelnden Alltagsleben teilnimmt, um dieses parallel zu seinem Verlauf einzufangen und zu analysieren.

EthnographInnen beobachten, was geschieht; hören zu, was gesagt wird; stellen Fragen und sammeln alle irgendwie verfügbaren Daten, die für das Thema von Bedeutung sein könnten. Lüders beschreibt die Teilnahme in der Ethnographie, die Kopräsenz im Mitvollzug sozialer Ereignisse, auch als einen Prozess der „partiellen Enkulturation“.¹⁵² Er hebt hervor, dass alle ergiebigen Ethnographien „auf entwickelten, vertrauensvollen Beziehungen und gelebter Teilnahme [basieren], aus denen meistens vielfältige Mischungsverhältnisse, heikle Balancen zwischen Nähe und Distanz resultieren.“

Die Ethnographie kommt auch den Anforderungen einer explorativen Studie am ehesten entgegen: Die Kombination mehrerer Forschungsmethoden wird dabei nahe gelegt. Für die Ethnographie gilt, dass sie nicht nur für alle Forschungsmethoden offen ist, sondern ihr die Methodenpluralität im Prinzip immanent ist.

Eine längere Teilnahme am Alltag impliziert, dass die Ethnographin oder der Ethnograph in der Lage sein sollte, die – schwierige – Balance zwischen Erkenntnisinteressen und situativen Anforderungen zu halten, die durch die beteiligten Subjekte, ihre Lebensformen und –bedingungen bzw. die Unwägbarkeiten ihres Alltags entstehen: „Kennzeichnend für ethnographische Forschung ist deshalb der flexible Einsatz unterschiedlicher methodischer Zugänge entsprechend der jeweiligen Situation und des jeweiligen Gegenstandes – wobei nicht nur der Einsatz der Verfahren der Situation angepasst wird, sondern unter Umständen auch die Verfahren selbst.“ So werden bei dieser Form der Feldforschung z. B. teilnehmende Beobachtung, ethnographische Gespräche bzw. alle nur denkbaren und ethisch vertretbaren Optionen der Datengewinnung flexibel miteinander kombiniert und auch modifiziert. Da die verschiedenen Methoden wie Beobachtung und Befragung eher ad hoc in der Situation der längeren Teilnahme kombiniert werden, lässt sich auch von impliziter Triangulation in der Ethnographie sprechen.¹⁵³

Bei der vorliegenden Studie handelte es sich jedoch nicht um eine klassisch ethnographische Studie. Nicht alle Aspekte ethnographischer Forschung konnten von uns gesichert werden, was mit Rahmenbedingungen zu tun hat.

Vielmehr ist unser Ansatz für die Kommunalanalyse als eine modifizierte ethnographische Strategie zu verstehen. Ein solches Konzept wird der Fragestellung und der Zielstellung am ehesten gerecht.

Auf einige Adaptionseffekte wollen wir hinweisen: So konnte sich unser Vorgehen im Unterschied zu ethnographischer Forschung aufgrund der räumlichen Distanz zwischen dem Wohnsitz der ForscherInnen und dem Feld nicht auf die ForscherInnen als Hauptdatenlieferanten stützen. Das hat Auswirkungen sowohl auf die Erschließung des Feldes als auch auf die Art der zu erhebenden Daten und damit der zu wählenden Erhebungs- und Auswertungsverfahren.

Aufgrund der Besonderheiten unseres Forschungsstils werden im Folgenden die methodischen und technischen Aspekte unseres Vorgehens dargestellt.

¹⁵² Alle weiteren Zitate in diesem Abschnitt, Vgl. Lüders 1999

¹⁵³ Vgl. Flick 1998

Konkretisierung der Methoden:

Interviews, Gespräche, Gruppendiskussionen

Insgesamt wurden für die Studie 80 transkribierte halbstrukturierte Interviews, 2 Gruppendiskussionen, 2 Informationsgespräche (Dauer: 30 min bis 2 Stunden) (Gesprächsprotokolle) und zahlreiche ethnographische Gespräche (Gedächtnisprotokolle) ausgewertet.

Die leitfadenorientierten Interviews werden eingesetzt, um die verschiedenen Perspektiven auf das Problemfeld Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus, Minderheitenfeindlichkeit, Islamismus sowie Deutungen eigener und fremder Reaktionen auf diese Erscheinungen zu erfassen. Dabei geht es auch um die Rekonstruktion der Handlungsorientierungen der interviewten AkteurInnen anhand von konkreten Schlüsselsituationen. Hinzu kommt, dass Interviews ein Element der Selbstverständigung über das eigene Handeln sein können; im Interview können Fragen reflektiert werden, die möglicherweise im Alltag eher einer unsystematischen Betrachtung unterliegen.

Auswahl der GesprächspartnerInnen

In der Auswahl der GesprächspartnerInnen (bei Interviews, Informationsgesprächen, Gruppendiskussionen) orientierten wir uns an folgenden Aspekten:

an den Handlungsfeldern (fachlicher Aspekt), wobei uns die Annahme leitete, dass es möglich ist, die aus den verschiedenen Bereichen resultierenden Wahrnehmungen produktiv miteinander in Verbindung zu setzen und auf diesem Wege sukzessive ein umfassendes Bild der Situation zu bekommen

Interviewte als ExpertInnen zu bestimmten Themen, Orten, Handlungsansätzen
Perspektivenvielfalt – ausgewählt wurden AkteurInnen, von denen anzunehmen ist, dass es innerhalb ihres Bereiches eine relevante Perspektivenvielfalt auf das Spannungsfeld Demokratie – demokratiegefährdende Phänomene – Rechtsextremismus gibt.

an der regionalen Verteilung. Hier leitete uns die Annahme, dass je nach Stadtteil und Sozialraum die Situation sich unterschiedlich darstellen kann, weshalb es notwendig ist, AkteurInnen aus diesen Kontexten zu interviewen, insbesondere solche, die einen sozialräumlichen Einblick haben (z.B. Streetwork, Jugendeinrichtungen, engagierte BürgerInnen etc.)

Vereinzelte wurde das Gruppengespräch dem leitfadengestützten Interview vorgezogen. Dieses betraf besonders eine Diskussion mit Jugendlichen. Der methodische Ansatz sorgte für eine offenere Atmosphäre der Diskussion, orientierte sich am Erfahrungswert der Jugendlichen und erweiterte durch kommunikative Interaktionen der Beteiligten den Erkenntniswert.

Konkretisierung der Auswahl

Die Interviews und Gruppendiskussionen wurden mit GesprächspartnerInnen aus relevanten gesellschaftlichen Handlungsfeldern geführt. Dazu gehörten:

Bezirksamt

Bezirkspolitik – politische Parteien

Offene Jugendfreizeiteinrichtungen in kommunaler und freier

Trägerschaft/Straßensozialarbeit/ Nachbarschaftseinrichtungen/ religiöse Einrichtungen/

Quartiersmanagement

Freie Träger

Schule

Zivilgesellschaftliche AkteurInnen

Für die Beantwortung unserer Forschungsfragen war die explizite Einbindung und Betonung der Opferperspektive des Antisemitismus von besonderem Wert. Wir haben deshalb gezielt die Kommunikation mit Juden und Jüdinnen im Bezirk gesucht. Zu unseren InterviewpartnerInnen gehörten:

Vertreter jüdischer Institutionen
Jüdische Jugendliche im Bezirk
Jüdische BewohnerInnen des Bezirks

Leitfadendimensionen

Den Interviews lag ein Leitfaden zugrunde, in welchem die folgenden inhaltlichen Dimensionen festgelegt waren:

Allgemeiner Einstieg zum Arbeiten und Leben im Bezirk
Thematischer Einstieg – Probleme und Konflikte im Zusammenleben, deren Wahrnehmung und Deutung durch die GesprächspartnerIn
Beschreibungen der Phänomene Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus
Wahrnehmungen von Ausmaß und Wirkung dieser Phänomene im Kontext des Bezirks
Explizite Frage nach Wahrnehmung und Interpretation antisemitischer Phänomene in Diskurs, Einstellungen und Verhaltensformen
Eigener Begriff, subjektive Theorien über Erscheinungen, Zusammenhänge und Ursachen
Verhältnis von gesellschaftlichen Gruppen, Mehrheiten und Minderheiten
Wahrnehmungen von Rassismus und Minderheitenfeindlichkeit
Fallbeispiele, konkretes Erleben
Frage nach Erscheinungsformen, die als islamistisch gedeutet und/oder erlebt wurden, Schilderung am konkreten Fallbeispiel; Frage nach Kenntnis organisatorischer Hintergründe
Initiativen, die dem GesprächspartnerInnen bekannt sind; Aktivitäten, Maßnahmen, Projekte, Konzepte, Netzwerkstrukturen
Kriterien für Erfolg und Misserfolg, Rahmenbedingungen für diese Initiativen etc.
Kommunale Interaktionsverhältnisse
Deutungen des Problemfeldes/ verschiedene Perspektiven auf das Problemfeld
Wechselseitige Erwartungen und Kooperationen
Zukunft und Veränderungswünsche,

Transkription von Interviews / Gesprächsprotokolle

Sofern die GesprächspartnerInnen ihr Einverständnis gaben, wurden die Interviews auf Tonband aufgenommen. Die aufgenommenen Interviews wurden in (fast) vollständiger Form transkribiert. Jene, die auf Wunsch der Interviewten nicht auf Band aufgenommen werden konnten, wurden ausführlich durch schriftliche Notizen festgehalten, aus denen dann Gesprächsprotokolle erstellt wurden.

Beobachtungstouren, Teilnahme an Veranstaltungen: Teilnehmende/verdeckte Beobachtung. Gedächtnisprotokolle

Beobachtungstouren wurden in solchen Handlungsfeldern durchgeführt, die öffentlich zugänglich sind, bei denen es aber keinen Verantwortlichen gibt, dem die Bitte um Teilnahme hätte mitgeteilt werden können. Für die Beobachtungen wurden Kriterien¹⁵⁴ darüber festgelegt, was zu beobachten war sowie Techniken dafür, wann und wie die Beobachtungen protokolliert werden.

Folgende Techniken¹⁵⁵ zur Herstellung von Gedächtnisprotokollen wurden zugrundegelegt: Wenn möglich, waren während der Beobachtung Notizen anzufertigen, wenn nicht, unmittelbar nach Verlassen der Situation, spätestens aber innerhalb einer Stunde. Dabei war bezüglich prägnanter verbaler Äußerungen auf wörtliche Wiedergabe zu achten, bei anderen

¹⁵⁴ Vgl. Lamnek 1995: 295 ff.

¹⁵⁵ Ebd.: 299

Phänomenen darauf, zunächst genaue und detaillierte Beschreibungen anzufertigen. Diese handschriftlichen Notizen wurden spätestens nach Ablauf eines Tages zu einem maschinenschriftlichen systematischen Protokoll auf der Grundlage von aus den Beschreibungen gewonnenen bzw. den im Beobachtungsleitfaden genannten Dimensionen ausgearbeitet.

Einige Veranstaltungen, Diskussionsrunden und Kiezrundgänge konnten auf Video aufgezeichnet und somit als Quelle für Zitate herangezogen werden.

Weitere Materialsammlung: Internet-, Zeitungs- und Eigenrecherche; Literaturrecherche und Dokumentenanalyse

Öffentlich zugängliches und verschriftlichtes Material von amtlichen Stellen und nicht amtlichen Initiativen/Organisationen wurden gesichtet, ebenso die Lokalzeitungen und gemäss der Gesamtfragestellung inhaltsanalytisch ausgewertet. Des weiteren wurde Internetrecherche betrieben und Primärquellen von AkteurInnen bzw. Gruppierungen in die Materialsammlung einbezogen.

Aufbereitung und Auswertung des empirischen Materials

Das gesammelte bzw. erhobene Material wurde in seiner Gesamtheit in den Auswertungsprozess einbezogen. Der prozessorientierte Charakter unseres Forschungsstils erstreckte sich bis in die Materialauswertung. Für die Materialauswertung gilt grundsätzlich, dass Datenerhebung, Analyse und Theorieformulierung ineinander verschränkt sind.

Der Prozess der Analyse des Materials ähnelt dem Vorgehen der *Grounded Theory*, einer spezifischen Forschungsstrategie, bei der es um die Entwicklung einer gegenstandsnahen Theorie geht – in unserem Falle über die kommunale Ausprägung von Rechtsextremismus/demokratiegefährdenden Phänomenen und des Umgangs damit. Die im Analyseprozess sich entwickelnden theoretischen Konzepte, die ein Verständnis der Alltagsrealität im Bezirk zulassen, werden in der *Grounded Theory* in aufeinander aufbauenden Schritten herausgearbeitet und sukzessive ausdifferenziert.

Aufbauend auf unseren Forschungsfragen und basierend auf den Erkenntnissen und Ansätzen erster Quellen, die zunächst auf der Analyse von ExpertInneninterviews beruhten, entstanden unterschiedliche, aber ineinander verschränkte Themencluster, die sich bis zuletzt in unserem Inhaltsverzeichnis widerspiegeln. Eingehendes Datenmaterial wurde unter Berücksichtigung der Perspektivenfrage in das jeweilige Clusterfeld eingearbeitet. Wir achteten darauf, möglichst unterschiedliche Perspektiven zu beachten und einzufügen. So entstand im Prozess ein Material, in dem die unterschiedlichen Perspektiven auf ein Forschungsfeld sich zunehmend ergänzten und somit am Ende in einer differenzierten und dichten Beschreibung der inhaltlichen Aspekte mündeten.

Datenschutz, Sicherheitsfragen

Wir haben mit wenigen Ausnahmen (öffentliche Personen) allen InterviewpartnerInnen Anonymität zugesichert. Wir verzichten deshalb explizit auf Namen. In Fällen, in denen Personen aus der Singularität der Situation erkennbar sein könnten, haben wir uns bemüht, diese so weit möglich zu anonymisieren. Wo uns dieses nicht möglich schien, haben wir zum Schutz der Betroffenen auf einer Verarbeitung der Daten verzichtet.

Alle Tonbänder und sonstige Datenquellen werden in einem Safe sicher verwahrt und nach Ablauf üblicher Fristen unwiderruflich vernichtet.

4. Der Großbezirk Mitte

4.1. Annäherung an den Bezirk

Seit dem 1. Januar 2001 ist die alte Mitte zentraler Teil des gleichnamigen, neugebildeten Großbezirks, zu dem nun auch Wedding und Tiergarten zählen. Die 3.947ha große Fläche beherbergt 318.683 Menschen, von denen 27,32% keinen deutschen Pass haben. Es haben sich 80 Betriebe angesiedelt und insgesamt sind 14.619 Menschen beschäftigt. Auf 1.000 Einwohner kommen ca.123 Sozialhilfeempfänger.¹⁵⁶ Auch wenn der ursprüngliche Bezirk Mitte immer politischer und kultureller Brennpunkt der Stadt blieb, lohnt ein Blick in die Geschichte auch der anderen beiden Stadtteile.

Im 18. Jahrhundert war der Tiergarten durch das preußische Heer stark militärisch geprägt, bis König Friedrich II. einen Lustpark bevorzugte, an dessen Ostgrenze 1788-91 das Brandenburger Tor errichtet wurde. Anfang des 19. Jahrhunderts folgte eine weitere Umgestaltung zum Landschaftspark, wo auch der Zoologische Garten 1844 seine Pforten öffnete, der heute eine der bedeutendsten und wertvollsten Tiersammlungen der Welt bietet. Während der März-Ereignisse 1848 wurde Tiergarten zum Schauplatz der Revolution. Das sollte sich 1918 mit dem Ausruf der bürgerlichen, aber auch der freien sozialistischen Republik wiederholen. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wurden kurz danach in diesem Viertel ermordet.

An der Putzbrücke erinnert heute eine Tafel an die grausamen Verbrechen des Dritten Reiches, denn vom dortigen Bahnhof wurden etwa 12.000 Juden und Jüdinnen direkt in die Vernichtungslager von Auschwitz deportiert. Nach 1945 fanden hier die ersten allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlen statt.

Der Bezirk Tiergarten besteht fast zur Hälfte aus Grünanlagen und beherbergte 1997 ca. 89.880 Einwohner, von denen 24.750 nichtdeutscher Staatsbürgerschaft waren. Bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus 1999 fiel Tiergarten, neben Wedding und Mitte, mit 3,1% (Erststimmen) für die Republikaner auf. Mit der Zweitstimme erhielt die NPD 0,3% der Stimmen.

Den Tiergarten prägen bis heute zahlreiche Baustellen. Mit der Regierung zogen sämtliche Botschaften und Ländervertretungen nach Berlin, viele davon fanden und finden im Tiergarten, wo bereits der Deutsche Bundestag, das Kanzleramt und weitere Regierungseinrichtungen ihren Sitz haben, eine neue Heimat.

Das lebhafteste Treiben Weddings begann mit der Entdeckung einer Quelle in der Nähe der Panke. Da ihr Wasser bei verschiedensten Leiden helfen sollte, wurde 1760 eine Bade- und Heilanstalt eröffnet. Nachdem die Gebiete Wedding und Gesundbrunnen 1861 nach Berlin eingemeindet wurden, entwickelte sich der neue Stadtteil im Norden zu einem der bedeutendsten Industriebezirke der Großstadt. Mit fortschreitender Industrialisierung und ständig wachsender Arbeiterschaft entstanden kaum lösbare soziale Probleme.

Auch wenn die Weimarer Zeit von fortschrittlicher Kommunalpolitik geprägt war und die Nationalsozialisten in Wedding keinen leichten Stand hatten, waren sie auch in diesem traditionellen Arbeiterbezirk nicht aufzuhalten. Nach dem Krieg bildete Wedding zusammen mit Reinickendorf den französischen Besatzungssektor. Durch den Mauerbau 1961 wurde das Wirtschaftsgefüge des Bezirks hart getroffen. 1971 wurden mehrere Hochschulen und Akademien zur Technischen Fachhochschule vereinigt, so dass der Bezirk als Standort für Forschung und Lehre an Bedeutung gewann. Derzeit wandelt sich Wedding vom Industrie- zum Dienstleistungsbezirk. Zwei Drittel der rund 53.000 ArbeitnehmerInnen arbeiten bereits in diesem Sektor. Bei der Wahl 1999 kamen die Republikaner hier auf 5% und die NPD auf 0,7% der Zweitstimmen.

¹⁵⁶ Alle Zahlen nach Berliner Landesamt für Statistik von 2003

Die Geschichte des ehemaligen Bezirks Mitte war nie lediglich die einer Verwaltungseinheit, sondern über mehrere Jahrhunderte hinweg gleichbedeutend mit „Berlin“. Am Mühlendamm, dem einzigen Übergang über die Spree zwischen Köpenick und Spandau, entstand im 13. Jahrhundert die kleine Handels- und Kaufmannssiedlung, aus der schließlich die Residenz der brandenburgischen Kurfürsten und dann die Hauptstadt des Königreichs Preußen wurde. Damit erfuhr die Stadt einen beträchtlichen baulichen und kulturellen Aufschwung. Um 1740 hatte sich das Gebiet schließlich fast verdoppelt und umfasste nun in etwa die Fläche des heutigen Ortsteils Mitte. Berlin wurde zum geistigen Zentrum der Aufklärung, das Gelehrte aus dem In- und Ausland anzog. Die Eröffnung der Friedrich-Wilhelm-Universität (heute: Humboldt-Universität) im Jahre 1810 brachte eine neue Konzeption von Wissenschaftsfreiheit und eine enge Verbindung von Forschung und Lehre von internationalem Ansehen. Zur Zeit der nationalsozialistischen Diktatur war Mitte Bühne propagandistischer Selbstdarstellung des Regimes und gleichzeitig Zentrum der Unterdrückung und Verfolgung. Mehr als 50.000 jüdische EinwohnerInnen Berlins fielen dem organisierten Massenmord der Nazis zum Opfer, davon stammte über ein Zehntel aus Mitte. Mit dem Kriegsende waren über zwei Drittel des Wohnraums zerstört, öffentliche Gebäude und Kultureinrichtungen vernichtet oder schwer beschädigt. Der allmähliche Wiederaufbau vollzog sich in einer politisch gespaltenen Stadt, deren historisches Zentrum nun im sowjetischen Sektor lag. Mit dem Bau der Mauer 1961 wurde der Bezirk von historisch gewachsenen Verbindungen abgeschnitten und in der Folgezeit zum Mittelpunkt der Hauptstadt der DDR ausgebaut. Sorgfältige Rekonstruktion historischer Bausubstanz ging dabei mit großangelegter Umgestaltung einher, denen ganze Straßenzüge zum Opfer fielen. Die Wende und die folgende Wiedervereinigung der beiden Stadthälften haben den Bezirk erneut tiefgreifenden Veränderungen unterworfen. An keinem anderen Ort der Stadt wurde und wird soviel um- und aufgebaut. 1999 erhielten die NPD hier 0,8% und die Republikaner (REP) 2,1% der Zweitstimmen.

Bei der Berliner Wahl im Jahre 2001 erhielten die REP 1,8% und die NPD 0,7% der Zweitstimmen im neu geschaffenen Großbezirk Mitte, der sich aus 7 Wahlkreisen zusammensetzt.

4.2. Bedeutung der sozialen Lage im Bezirk

In fast allen Interviews unserer Studie wurde die soziale und ökonomische Situation des Bezirks als das alles beherrschende und dominierende Thema bezeichnet. Viele InterviewpartnerInnen nutzten Begriffe wie „sozialer Verfall“, „Perspektivlosigkeit“, „soziale Ghattobildung“ oder „Armutsbezirk“. Immer wider wurde auf die konkreten Auswirkungen der sozialen Lage, wie Arbeitslosigkeit oder Leben von Sozialhilfe, für die jeweiligen Individuen aufmerksam gemacht. Sie bestimmen viele Alltagsdiskurse und prägen das gesellschaftliche und politische Klima im Bezirk entscheidend. Bezogen auf unsere Studie ist dieser gesellschaftliche Hintergrund in jedem Schritt mitzudenken. Sie steht jedoch, wie eingangs formuliert, nicht im Mittelpunkt unseres Forschungsinteresses. Deshalb soll hier auch nur sehr kurz darauf eingegangen werden:

Am 22. Januar 2004 veröffentlichte das Institut für angewandte Demographie (Ifad) eine „Studie zur Struktur der Sozialhilfeempfänger im Bezirk Mitte“. Diese Studie kommt zu dem Ergebnis, dass sich von Tiergarten über Moabit bis Wedding Sozialhilfemilieus etabliert haben. Besonders betroffen sind MigrantInnen und Frauen. „Während der Altbezirk Mitte relativ stabil ist, grassiert in den Stadtteilen Wedding und Tiergarten die Armut“, fasst die Zeitung „taz“ die Aussagen dieser Studie zusammen. In dem Artikel werden auch Zahlen genannt: „Während im Altbezirk Mitte der Stadt nur fünf Prozent der Bevölkerung von Sozialhilfe leben, sind es im Wedding rund 14, in Tiergarten 13 Prozent. Überall ist der Anteil der Sozialhilfe beziehenden Kinder überdurchschnittlich.“¹⁵⁷ Ende 2002 lebten 16,3 Prozent aller Kinder und Jugendlichen in Berlin von Sozialhilfe. Die meisten Kinder aber, die von

¹⁵⁷ Richard Rother: „Armuts Gürtel quer durch Mitte“, taz Berlin lokal, 23.1.2004

Sozialhilfe leben, wohnen in Mitte (14 869), Friedrichshain-Kreuzberg (11 378) und Neukölln (14 264). Das ist fast jedes dritte Kind.

Besonders prekär ist die Situation der nichtdeutschen Bevölkerung. „Sie stellen im Großbezirk Mitte nur 27 Prozent der Gesamtbevölkerung, aber 44 Prozent der Sozialhilfebezieher. Sechs von zehn nichtdeutschen Kindern unter 6 Jahren leben von Sozialhilfe.“ Auch die Altersarmut besonders der MigrantInnen sei erschreckend. „Über 20 Prozent der ausländischen Rentner erhalten Stütze, weil sie nur geringere Rentenansprüche aufbauen konnten. Bei deutschen Rentnern sind es nur vier Prozent“, schreibt die „taz“. Abschließend heißt es zu der Ifad-Studie: „Ifad-Geschäftsführer Harald Michel macht zwei Sozialhilfe-Milieus aus: ein deutsches und ein ausländisches. Bei Deutschen seien häufig allein erziehende Mütter betroffen, aber auch Männer zwischen 40 und 60, die eine Trennung von der Partnerin hinter sich haben und arbeitslos sind. Bei Nichtdeutschen sei das niedrige Bildungsniveau Hauptgrund für Armut.“¹⁵⁸

Einzelne Kieze, wie der „Beusselkiez“ in Tiergarten und der „Soldiner Kiez“ in Wedding, stehen immer wieder im Zentrum der Diskussionen in Bezug auf soziale Stadtentwicklung, Armut und hoher MigrantInnenanteil. So erlangten beide Kieze auch eine gewisse überregionale „Berühmtheit“.

Im Beusselkiez haben 36 Prozent der BewohnerInnen einen ausländischen Pass, die Arbeitslosigkeit liegt bei etwa 30 Prozent. Im Soldiner Kiez beziehen 22 Prozent der EinwohnerInnen Sozialhilfe und etwa 27 Prozent Arbeitslosengeld. Somit beträgt der Anteil derjenigen, die ohne Job sind, wenn man die Überschneidungen mit berechnet, zwischen 40 bis 50 Prozent. Der Anteil der nichtdeutschen StaatsbürgerInnen in diesem Gebiet beträgt nach Aussage eines Quartiermanagers 41,3 Prozent. Hinzu kommt, dass hier „viele Eingebürgerte wohnen, die als Ausländer wahrgenommen werden, die nicht in der Statistik auftauchen aber im Alltag. Dann kommt die Altersstruktur dazu, das eben im öffentlichen Raum überwiegen junge Leute sind und da spielt dann eben die große Gruppe arabischer Jugendlicher eine Rolle und man hat das Gefühl, ich bin der einzige Deutsche hier. Der gefühlte Ausländeranteil liegt zwischen 70 und 99 Prozent bei den Leuten“, so der Quartiersmanager. In der Diskussion über Berliner „Problemkiese“ äußerte sich ein Polizeikommissar gegenüber der Zeitung „Welt“ entsprechend dieser beschriebenen Wahrnehmung eines „gefühlten Ausländeranteils“: „In Wedding um die Koloniestraße, wo etwa 70 Prozent der Bewohner Ausländer sind, ist es besonders schlimm.“¹⁵⁹

Vor dem Hintergrund dieser und weiterer Sozialstrukturen wurden ab 1999 in enger Abstimmung mit den betroffenen Bezirken 15 genau begrenzte „Gebiete mit besonderem Entwicklungsbedarf“ in Berlin festgelegt, die 2001 um zwei Stadtbereiche erweitert wurden. Im Rahmen des seit 1999 existierenden Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt“ wurde in jedem dieser Viertel die Einrichtung eines „Quartiersmanagements“ (QM) beschlossen.

Fünf dieser Berliner QM-Gebiete befinden sich im Großbezirk Mitte:

- Soldiner Kiez - Soldiner Straße/ Wollankstraße (Ortsteil Wedding)
- Reinickendorfer Straße/ Pankstraße (Ortsteil Wedding), neu seit 01.01.2002
- Sparrplatz - Luxemburger Straße - Müller Straße - Amrumer / Torfstraße - Schifffahrtskanal - Ringbahntrasse (Ortsteil Wedding)
- Moabit West/ Beusselkiez (Ortsteil Moabit/Tiergarten)
- Magdeburger Platz - Landwehrkanal - Lützowplatz (Ortsteil Tiergarten)

Ziel des Quartiersmanagements (QM) ist die Verbesserung der Lebensbedingungen der BewohnerInnen eines Kiezes. In Zusammenarbeit mit den BewohnerInnen, Initiativen, sozialen Trägern und Institutionen geht es um die Entwicklung von Handlungskonzepten. Handlungsfelder sind u.a. Wohnumfeldverbesserung, Arbeit, Ausbildung und Beschäftigung, Integration und Kommunikation, Imageverbesserung, sowie Unternehmensförderung, soziale Infrastruktur, Kultur, Freizeit und vieles mehr. Das Handlungskonzept ist wiederum Basis für

¹⁵⁸ ebenda

¹⁵⁹ „In Berlin entstehen immer mehr Ausländergettos“, Welt, 16.11.2003.

Projekte, die dann gemeinsam mit Verwaltungen, freien Trägern, HauseigentümerInnen und dem QM umgesetzt werden.

4.3. Integrationsleitlinien des Bezirks

Daten	Gesamt	Mitte	Tiergarten			Wedding	
	Bezirk Mitte	Mitte	Moabit	Hansa-viertel	Tiergarten	Wedding	Gesund-brunnen
Melderechtl. reg. EinwohnerInnen	318 683	75 332	70 227	6 032	12 882	73 967	80 243
Keine deutsche Staatsbürgerschaft	87 080	11 172	20 143	1 655	4 456	22 258	27 396
In Prozent	27,32%	14,83%	28,68%	27,34%	34,59%	30,09%	34,14%

Statistisches Landesamt. Stand: 31. 12. 2002¹⁶⁰

Die melderechtlich registrierten EinwohnerInnen ohne deutsche Staatsbürgerschaft verteilen sich auf die Herkunftsländer wie folgt:

Türkei:	30 956	35,5 %
Europäische Union	11 116	12,8 %
Arabische Länder	8.000 (ca.)	9,5 % (ca.)
Ehemaliges Jugoslawien:	4 814	5,5 %
Polen	4 473	5,1 %

AsylbewerberInnen:

Insgesamt leben 2.498 EmpfängerInnen von Asylbewerberregelungen im Bezirk Mitte, 44,5 Prozent sind weiblich, 42,1 Prozent unter 18 Jahren und 7,6 Prozent 50 Jahre und älter. 97,4 Prozent der AsylbewerberInnen sind dezentral untergebracht, 2,1 Prozent leben in Gemeinschaftsunterkünften und 0,4 Prozent in Aufnahmeeinrichtungen.

In Anlehnung an die „Bedingungen für die Integration“ von Prof. Friedrich Heckmann vom Europäischen Forum für Migrationsstudien (efms) formulierte der Beirat für MigrantInnen und Flüchtlinge - Ausländerbeirat - beim Bezirksamt Mitte von Berlin „Leitlinien für die Integration“. Diese Leitlinien wurden in den Sitzungen des Beirates beraten und am 23. Februar 2004 bei einer Gegenstimme und einer Stimmenthaltung als Empfehlung für den Bezirk Mitte beschlossen.

In den Leitlinien wird Integration formuliert als Eingliederung zugewanderter Bevölkerungsgruppen in bestehende Sozialstrukturen und die Art und Weise, wie diese Bevölkerung mit dem bestehenden System sozioökonomischer, rechtlicher und kultureller Beziehungen verknüpft wird. Integration beruhe auf Bindungen, diese können juristischer, rationaler, emotionaler Art sein, heißt es in dem Papier. Demnach sei zum Zwecke der Integration alles zu fördern, was Bindekraft entwickelt oder schon vorhandene Bindungen an die Gesellschaft in Deutschland vertieft.

Im Zentrum des Integrationsinteresses dieser „Leitlinien“ stehen dabei vier Personengruppen: Deutsche ausländischer Herkunft und Aussiedler, die noch nicht genügend integriert sind; Personen mit Daueraufenthalt; Personen, die einen solchen mit gesetzlich begründeter Aussicht auf Erfolg anstreben, und alle Kinder, unabhängig vom Aufenthaltsstatus.

Grundlage der Integration sei die Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz, womit die Leitlinien einen klaren Rahmen ziehen, ohne diesen Punkt aber näher zu konkretisieren. Der Integrationsprozess wird in vier Hauptdimensionen unterteilt: Die strukturelle Integration beinhaltet den chancengleichen Zugang zu Wirtschaft und Arbeitsmarkt, zum allgemeinen Bildungs- und Qualifikationssystem, zum Wohnungsmarkt, zur Staatsangehörigkeit und

¹⁶⁰ www.berlin-mitte.de/index_482_de.html

damit zur politischen Gemeinschaft. Unter kultureller Integration werden Prozesse kognitiver, kultureller, verhaltens- und einstellungsmäßiger Veränderungen der MigrantInnen verstanden, was aber auch notwendige kulturelle Anpassungen und Veränderungen seitens der aufnehmenden Gesellschaft beinhaltet. Es geht in diesem Punkt um eine Politik der kulturellen Annäherung - Akkulturation, nicht Assimilation. Als dritte Dimension wird die soziale Integration angesprochen, also soziale Beziehungen, einschließlich Freundschafts- und Partnerwahlstrukturen, Gruppen- und Vereinsmitgliedschaften. Zu dieser Dimension gehört auch, dass die Aufnahmegesellschaft Vorurteile und Diskriminierungen abbaut. Das Bezirksamt habe hierzu nur begrenzte Möglichkeiten, müsse aber zum Abbau von vorhandenen ethnischen Vorurteilen und Rassismus in der Verwaltung und im öffentlichen Raum beitragen.

Als sehr langfristige Dimension des Integrationsprozesses schließlich wird die identifikative Integration aufgeführt, also Zugehörigkeits- und Identifizierungsbereitschaften und -gefühle mit ethnisch-nationalen, regionalen und lokalen Strukturen. Das erfordere von Seiten der Aufnahmegesellschaft ein deutliches Identifizierungsangebot, wie z. B. ein klares und transparentes Einbürgerungsverfahren. Auch die Behandlung der Menschen auf den Ämtern wird angesprochen und gefordert: „Zuvorkommender Umgang ‚auf Augenhöhe‘ und verständnisvolle Bearbeitung der Anliegen muss dabei die Norm sein, die es durchzusetzen gilt.“

Zum Gelingen des Integrationsprozesses formuliert das Papier zum einen Anforderung an die MigrantInnen, wie den Erwerb der nicht nur sprachlich zu verstehenden Kommunikationsfähigkeit in der Aufnahmegesellschaft und die Motivation, ihre Nachkommenschaft auf die Gesellschaft des Einwanderungslandes einzustellen, mit der Möglichkeit, auch die Werte des Herkunftslandes einzubeziehen. Zum anderen werden aber auch Anforderungen an die aufnehmende Gesellschaft gestellt. Diese Anforderungen betreffen zunächst den institutionellen Rahmen, innerhalb dessen Integration sich vollziehen kann. Teil dieses institutionellen Rahmens muss die Verwaltung sein, die Integrationsmechanismen bieten soll und eine Atmosphäre, die zur Integration einlädt. Gleichzeitig wird die Verantwortlichkeit der BürgerInnen für ihr Zusammenleben angemahnt. „Die Anforderungen an die Aufnahmegesellschaft kann man allgemein zum einen als Offenheit definieren, zum anderen als Bereitschaft, materielle und nicht-materielle Ressourcen zur Verfügung zu stellen“, heißt es in den Leitlinien dazu.

Abschließend werden Krisenindikatoren aufgelistet, die Probleme mit der gesellschaftlichen Integrationskapazität anzeigen. „Für Politik und Verwaltung ist die sorgfältige Beobachtung solcher Krisenindikatoren ein relativ einfaches und praktisches Verfahren, um Integrationsprobleme und soziale Spannungen zu erkennen“, heißt es wörtlich. Ein Integrationsbericht solle deshalb „Probleme benennen, bestehende Maßnahmen aufzeigen, Erfolgsanalysen vornehmen und Empfehlungen aussprechen“.

5. Rassismus

Einige unserer GesprächspartnerInnen deutscher Herkunft reagierten auf die Frage nach ihrer Wahrnehmung von Rassismus in ihrer Umgebung aus unterschiedlichen Gründen mit Unverständnis. Manche meinten, die Diskriminierung von MigrantInnen spiele keine gewichtige Rolle, weil Angehörige der deutschen Mehrheitsgesellschaft in ihrem Kiez in der Minderheit seien. Prototypisch wurde diese Sichtweise von einem Jugendsozialarbeiter ausgedrückt:

„Die Leute, die wirklich eine Minderheit diskriminieren, können das hier nicht so stark, weil die Minderheit in dem Fall keine Minderheit mehr ist. Sagen wir mal, ‚die Ausländer‘ in Anführungsstrichen sind halt keine Minderheit mehr.“

In anderen Fällen beantworteten GesprächspartnerInnen die Frage nach Rassismus in ihrem Umfeld mit dem Verweis auf Vorfälle gegen Angehörige der deutschen Mehrheitsgesellschaft. Exemplarisch für diese Haltung steht die Antwort einer zivilgesellschaftlichen Akteurin auf die Frage, ob sie schon einmal rassistische Vorfälle mitbekommen habe:

„Ja, gegenüber Deutschen. Na, ich sage mal so: Andersherum habe ich es noch nicht erlebt.“

Des öfteren wurde zwar eingeräumt, dass es sicherlich Vorurteile und Ressentiments gegenüber MigrantInnen gebe, im Vordergrund aber stünden doch eher reale Probleme. Beispielhaft dafür ist die Antwort einer Gesprächspartnerin deutscher Herkunft, die sich beruflich in Moabit engagiert. Auf die Frage, ob es Rassismus bzw. ausländerfeindliche Ressentiments gebe, antwortete sie:

„Sicherlich, die gibt es auch. Aber, ich sage mal ... klar, wir haben auch mal einen offenen Brief gekriegt, der strotzt nur davon. Aber ich warne davor, das zu bagatellisieren. Was die Leute sehen, ist ein wirkliches Problem. Und wir haben schon einige, die sind nicht auf dieser Ebene - was weiß ich - ‚die doofen Ausländer‘ oder so. Ich sehe es schon so, dass sie sagen: ‚Verdammt, was ist auch aus mir geworden! Ich bin nicht gegen Ausländer, aber mich nerven die Zustände, die Situation hier. Und die Situation ist nicht ... Es gibt niemanden, der sie irgendwie in den Griff kriegt. Und deswegen reagiere ich so‘.“

Aus dem gesamten empirischen Material zum Bezirk Mitte lassen sich drei große Themenbereiche darstellen, in denen rassistisches Dominanzdenken bedeutsam ist: So werden sozioökonomische Problemlagen ethnisiert. Die Konkurrenz um Arbeitsplätze wird als „Kampf“ zwischen „ethnisch“ konstruierten Gruppen gesehen und es werden Vorrechte von „Deutschen“ gegenüber „Ausländern“ geltend gemacht. Die Inanspruchnahme von Sozialleistungen durch Menschen mit Migrationshintergrund wird ebenfalls durch eine „ethnische“ Brille wahrgenommen. Auch hier sehen Angehörige der deutschen Mehrheitsgesellschaft MigrantInnen als KonkurrentInnen, die die Leistungen zudem ungerechterweise erhalten bzw. sich auf ungehörige Weise „organisieren“.

Ein zweiter Themenkomplex dreht sich um Konflikte im Alltag. Hier ist die Bewertung unserer GesprächspartnerInnen durchaus kontrovers. Während die einen meinen, dass die Wahrnehmung von Problemen wie Müll, Kriminalität und Lärm unproblematisch ist, beschreiben die anderen, wie deren Thematisierung mit rassistischem Denken verknüpft sein kann und zum Teil auch verknüpft wird.

Der dritte Themenkomplex dreht sich um Facetten des kulturalistischen Rassismus. Forderungen nach „kultureller“ Assimilation sind im Bezirk durchaus virulent. Die Kehrseite solchen Denkens liegt in der Ablehnung kultureller Vielfalt. Kulturen werden als homogene Einheiten verstanden und zum Teil in ihrer Wertigkeit hierarchisiert. (Störendes) Sozialverhalten von MigrantInnen wird dann als typischer Ausdruck der angeblichen kulturellen Eigenheiten gedeutet. Teilweise gehen solche Denkweisen mit der Vorstellung einher, dass die eigentliche deutsche Mehrheitsgesellschaft eine Minderheit darstelle, wobei „Überfremdungsängste“ eine Rolle spielen. Das komplexe Sozialverhalten z. B. von

Muslimen - oder Menschen, die für Muslime gehalten werden – wird unter den Aspekt „Religion Islam“ subsumiert. Die Religion bzw. die religiös definierte Kultur sei demzufolge der Handlungsrahmen, aus dem heraus die Menschen agieren. Vor diesem Hintergrund werden Konflikte auch zum Teil als „kulturelle Invasion“ erfahren bzw. als „Kulturkampf“ gedeutet. MigrantInnen aus muslimisch geprägten Herkunftsländern haben dabei mit dem Problem zu tun, dass sie bzw. ihre Religion im Positiven wie im Negativen teilweise als homogene Einheit wahrgenommen werden. In einigen Fällen werden Islam und Islamismus auf Terrorismus verkürzt oder auch gleichgesetzt. In der Reaktion auf diese Verkürzung erfolgt zum Teil eine ebenso indifferente Apologetik des kulturell-religiösen Hintergrundes. Beiden Denkhaltungen gemeinsam ist die kulturalistische Grundeinstellung.

Rassismus im Bezirk Mitte bezieht sich aber nicht nur auf die genannten Elemente von Dominanz-Denken. Unsere GesprächspartnerInnen machten auf die zum Teil hohe emotionale Besetzung mancher der genannten Denkweisen aufmerksam. Gleichzeitig werde dieses Dominanz-Denken nicht wirklich hinterfragt und sei als Selbstverständlichkeit weit verbreitet. Darüber hinaus wurde auch von Übergängen zu rassistischem Handeln berichtet. Dabei geht es weder um gewalttätige Übergriffe gegen MigrantInnen noch um spektakuläre Wahlerfolge rechtsextremer oder -populistischer Parteien, sondern um Appelle verschiedenster Art an Politik und Verwaltung.

5.1. Wahrnehmungen rassistischer Diskriminierungen von MigrantInnen

Angehörige der deutschen Mehrheitsgesellschaft hätten prinzipiell eine sehr problematische Sicht auf MigrantInnen, erklärte ein im Gesamtbezirk Mitte politisch aktiver Interviewpartner: „Gegenüber Ausländern gibt's jede Menge Borniertheit und Vorurteile“

Eine ebenfalls im Bezirk politisch engagierte Gesprächspartnerin nimmt ebenfalls eine negative Einstellung gegenüber „Ausländern“ im Bezirk wahr: „Das ist eher insgesamt ausländerfeindlich. Und da ist es relativ egal, wo die herkommen. Also, das ist mein Eindruck, was ich so über Einwohnerversammlungen, Gesprächsrunden und Bürgerbriefe mitkriege.“

Derartige pauschale Wahrnehmungen wurden von verschiedenen GesprächspartnerInnen konkretisiert. Das soll nun im Einzelnen dargestellt werden.

5.1.1. Ethnisierung der Konkurrenz um Arbeitsplätze und Sozialleistungen

Die massiven sozioökonomischen Probleme in einigen Regionen im Bezirk Mitte werden von Teilen der deutschen Mehrheitsgesellschaft ethnisert und als Konkurrenz zwischen „Deutschen“ und „Ausländern“ formuliert. Eine in der Antirassismusbearbeitung aktive Gesprächspartnerin schilderte ihre entsprechenden Beobachtungen: „Generell existiert die Haltung: ‚Es sind zu viele. Sie nehmen uns etwas weg. Unsere sozialen Probleme sind durchaus der Masse der Ausländer geschuldet‘ - sie haben immer eine völlig falsche Vorstellung über diese Masse. ‚Unser Problem Arbeitslosigkeit wäre nicht so groß und man kann doch nichts anderes sagen, dass doch auch die Kriminalität durch die Ausländer stark befördert wird.‘ Das sind so die Grundüberlegungen, die kommen.“

Diese Sichtweise, dass es „die Ausländer“ sind, die „den Deutschen“ etwas wegnehmen, drückt gleichzeitig eine Hierarchisierung von Ansprüchen entlang „ethnischer“ Kriterien aus, denn weggenommen werden kann nur etwas, das eigentlich den einen gehört und den anderen nicht zusteht.

Zu den rassistischen Wahrnehmungen von MigrantInnen gehöre auch das Bild des so genannten „Sozialschmarotzers“, berichteten GesprächspartnerInnen. Das werde u.a. auch am Kinderreichtum migrantischer Familien festgemacht. Es werde unterstellt, dass der

Kinderreichtum dazu diene, Rechte auf Sozialleistungen zu „organisieren“. Davon berichtete ein Jugendsozialarbeiter deutsch-türkischer Herkunft, der in einem sozialen Brennpunkt in Wedding hauptsächlich mit jugendlichen MigrantInnen arbeitet:

„So wird dann seitens der Deutschen immer ein Sündenbock gesucht. Und diese Sündenböcke sind natürlich die hier lebenden Ausländer: ‚Das sind einfach zu viele. Die haben einfach alle keine Arbeit‘. [] ‚Die haben alle zehn Kinder und leben vom Kindergeld‘. Oder ‚Leben von der Sozialhilfe, machen einen dicken, fetten Urlaub jedes Jahr‘. [] ‚Alles vom Sozialamt finanziert‘, usw., all das, ja.“

Dieses Bild beschrieb auch eine in der Kiezarbeit engagierte Gesprächspartnerin aus Moabit:

„Na ja, es besteht eben vorwiegend, na ja, eigentlich nur eine ablehnende Haltung den Ausländern gegenüber: ‚Die kriegen so viel Geld hier, weil die sich so viele Kinder anschaffen‘. Das ist hier die finanzielle Seite.“

Die Tatsache, dass zunehmend Menschen auf Sozialleistungen angewiesen sind, führt zu einer Konkurrenz unter den LeistungsempfängerInnen. Diese Konkurrenz wurde von den GesprächspartnerInnen in der Regel als „Sozialneid“ beschrieben, der durch verarmte Angehörige der Mehrheitsgesellschaft auch rassistisch artikuliert werde. Davon berichtete ein Kommunalpolitiker:

„Das Hauptproblem aus meiner Sicht ist die Armut in Moabit, das ist ganz krass, das merkt man eben. Und das andere Problem ist sicher auch bei den armen Menschen der Rassismus, der rüberkommt. Gerade der Sozialneid bei armen Leuten, wenn gesagt wird: ‚Die Ausländer kriegen alles vom Sozialamt, wir kriegen nichts, die fahren mit dem Mercedes vor‘ - diese ganzen Klischees kommen dann vor, gerade bei den armen Leuten auch. Das merkt man sehr stark. [] Ich kriege mit, wie Sozialamtsmitarbeiter über Ausländer reden in einer fürchterlichen Form. Und ich kriege es mit, wie Sozialhilfeempfänger untereinander Sozialneid entwickeln, das ist natürlich auch ganz klar rassistisch dann. Im Sozialamt ... habe ich so meine Haupteinfahrung gesammelt.“

Eine Gesprächspartnerin, die beruflich die soziale Entwicklung im Bezirk analysiert, schilderte das rassistische Stereotype, dass MigrantInnen die Schuld an den sozialen Problemen zugeschrieben werde. Allein ihre Anwesenheit sei der Grund für fehlende Arbeitsplätze und leere Sozialkassen:

„Das geht auch schon sehr viel weiter, die sind an allem schuld. Ja, wie man es sich so in Eckkneipen vorstellt: ‚Und die Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg‘. Und was auch sehr häufig vorkommt, das ist Neid auf Sozialleistung. Dass z. B. auch die Behörde hier dazu aufgefordert wird, die müsste man mal überprüfen, diese großen Familien, was kriegen die an Sozialhilfe. Das ist Neid, aber der ist auch ganz schnell bei Hass. Das sind so die Themen. Und gerade dieses: Sozialleistung, große Familien, kriegen Kinder. Da würden sie gerne prüfen, haben sie diese Ansprüche überhaupt, die leben doch auf unsere Kosten.“

Mehrere Befragte beschrieben die hier aufgeführten Einstellungen als weit verbreitetes Weltbild innerhalb der deutschen Mehrheitsgesellschaft. Nicht jede/jeder aber würde sich entsprechend offen äußern, zeigt die Erfahrung einer Gesprächspartnerin, die längere Zeit in einem sozial schwachen Weddingener Kiez gelebt hat:

„Die Meinung, denke ich, war schon auch zum Teil: ‚Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg‘. Aber das hat keiner wirklich laut gesagt. Es kam immer so bisschen hinten herum, auch um zu sehen, wie man selber darauf reagiert.“

Zu wenig würden – im Alltag, am Arbeitsplatz, in Veranstaltungen – alternative Erklärungsmuster eingebracht in die Diskussionen über das Vorurteil, „Ausländer“ nähmen „Deutschen“ Arbeitsplätze und Sozialleistungen weg. Das kritisierte eine Gesprächspartnerin, die sich in einem antirassistischen Projekt engagiert:

„Da passiert für mich zu wenig Aufklärung.“

5.1.2. Ethnisierung von Nachbarschafts-Konflikten

Im städtischen Leben entstehen im Alltag Konflikte - um Lärm, um herumliegenden Müll, generell: Um Verhaltensweisen, die als unangemessen empfunden werden. Einige unserer GesprächspartnerInnen konzentrierten sich in ihren Darstellungen auf den realen Kern des Konfliktes und verdrängten, dass solche Auseinandersetzungen auch rassistisch formiert sein können. Andere wiederum berichteten von eindeutig rassistisch formierten Problemwahrnehmungen und forderten eine erhöhte Sensibilität in dieser Hinsicht.

So erklärte eine Gesprächspartnerin, die sich beruflich in Moabit engagiert, dass es bei den Konflikten nur um das jeweilige Verhalten der konkreten Person ginge und rassistische Zuordnungen keine Rolle spielen würden:

„Es geht ums Verhalten, es geht eindeutig ums Verhalten.“

Auch ein Gesprächspartner, der sich in einem Weddingener Kiez nachbarschaftlich engagiert, will im Umgang mit Alltagsproblemen keine diskriminierenden Verhaltensweisen oder rassistisches Denken gegenüber MigrantInnen feststellen:

„Es wird hier jeder so behandelt, wie er sich bewegt. Wer sich erwischen lässt, die Straße zu vermüllen, wird von uns angesprochen. Und damit ist erst mal egal, wer es ist.“

Ein anderer Gesprächspartner aus dem gleichen Kiez, der im interkulturellen Jugendbereich tätig ist, widersprach dieser Darstellung. Reale Konflikte würden von Einigen sehr wohl auch durch eine rassistische Brille wahrgenommen. So käme es beispielsweise zu einer ursächlichen Verknüpfung von „Müll“ und „Ausländern“:

„Ja, also, was weiß ich: ‚Ausländerpack! Gucken Sie mal hier: Türke, Türke, Araber, Araber, Türke, Türke, Türke. Ist ja alles nur voll vermüllt. Alles Müll hier. Alles machen die.‘ Das war ein Hausmeister, der das gesagt hat. Das ist ein ganz besonders engagierter Hausmeister, der macht eine Menge hier in der Gegend.“

Angesprochen wurde auch, dass subtilere Formen rassistischer Denkweisen im Alltag stärker beachtet werden müssten. So werde konkretes, als negativ empfundenes Verhalten einzelner Personen oder kleiner Personengruppen vor dem Hintergrund ihrer Zugehörigkeit zu einer auf ethnischer und/oder kultureller Grundlage definierten fiktiven homogenen und „nichtdeutschen“ Gemeinschaft als typische Verhaltensweise der entsprechenden „Kultur“ und/oder „Ethnie“ betrachtet und diene gleichermaßen zur Bestätigung und/oder Bildung von Vorurteilen. Das beschrieb ein Gesprächspartner sehr plastisch anhand seiner Wahrnehmung als Migrant aus der Türkei:

„Das Problem in dieser Gesellschaft ist, wenn ein Deutscher einen Fehler macht, dann ist ‚Hans ein Schwein‘. Wenn ein Ausländer einen Fehler macht, dann sind ‚die Ausländer‘ Schweine.“

Auf die fehlende Wahrnehmung der teilweise rassistischen Konnotation mancher pauschalen (Vor-)Urteilsbildung machte die Leiterin einer interkulturellen Nachbarschaftseinrichtung in Wedding aufmerksam:

„Man kann ganz offensichtlich rassistische Aussagen treffen, aber was ich viel schwieriger finde, ist dieser alltägliche, kleine Rassismus. ‚Ausländer sind zu laut‘, ‚Wie die aussehen, können die sich nicht mal anders anziehen‘ - also diese Sachen, und die kriegt man natürlich auch hier mit. [] Das ist vielleicht nicht immer böse gemeint in Anführungszeichen, aber ich denke, das ist sehr tief in den Leuten verwurzelt, diese Urteile abzugeben und das aber gar nicht unter dem Begriff Rassismus auch zu verstehen. Finde ich persönlich schwieriger, als wenn es so ganz offensichtlich ist, wo man auch gegen argumentieren kann. Ich finde diesen versteckten Rassismus im Alltag sehr viel schwieriger.“

Eine Weddingener Sozialarbeiterin beschrieb das Einstellungsmuster, nach dem nicht ein bestimmtes Problem - z. B. störendes Verhalten von Kindern - als solches, sondern in einem Raster ethnischer und/oder kultureller Zuordnung wahrgenommen wird:

„Und das ist dann die gängige Vorurteilsbildung, z. B. ein normales Kind-Verhalten, einfach nicht ordentliches Verhalten, ähnlich wie von einem deutschen Kind oder Jugendlichen wahrscheinlich. Das ist dann eine Frage der Ethnie, ethnische Probleme. Dass Kinder und Jugendliche halt manchmal Müll machen und gerne stören, weil sie Langeweile haben.“

Anhand einer Auseinandersetzung um ein Flüchtlingswohnheim erläuterte eine in der Antirassismuserbeit aktive Gesprächspartnerin andererseits, dass auf reale Probleme des Zusammenlebens, in diesem Fall die Lärmbelästigung, teilweise rassistisch reagiert werde, während sich andere Betroffene sachlich um die Lösung des Problems bemühen:

„Wir hatten mal aus einem ganz anderem Grund ein Problem, weil wir in dieser Gegend ein - mitten in der Wohngegend - ein Flüchtlingsheim hingestellt bekamen. Hier ein Wohnblock, hier eine kleine Wiese und ein Flüchtlingsheim. [] Das war natürlich genau der Punkt, wo etwas entsteht, was Hassattacken geradezu herausfordert, weil nämlich aus diesem Flüchtlingsheim bis Mitternacht ein Mordskrach kommt und in diesem Wohnblock wohnen einfach Leute, die früh um fünf aufstehen müssen, weil sie zur Arbeit müssen. [] Dann sieht man, was passieren kann und da unterscheiden sich die Geister. Die eine Gruppe, die damit sachlich umgeht und sagt: ‚Wir müssen einfach gucken, was wir machen können. Wir müssen das Zusammenleben an der Stelle erträglicher machen.‘ Und die anderen, die natürlich ihren ganzen Frust abkippen: ‚Scheiß Ausländer!‘, ‚Viel zu viele‘, ‚Die sollen doch bleiben, wo der Pfeffer wächst, sie sollen da hingehen, wo sie hergekommen sind, uns hat ja auch keiner was gegeben, als wir flüchten mussten.‘ Das kommt dann. Wie so aus dem Eimer rausgeschüttet.“

5.1.3. Kulturalistischer Assimilationsdiskurs

Die auf bundes- und landespolitischer Ebene geführten Diskussionen um „Einwanderung und Integration“ beeinflussen auch das Alltagsleben und die Diskurse im Bezirk und im Kiez. Das schilderte ein Gesprächspartner arabischer Herkunft, der in Tiergarten in der Integrationsarbeit aktiv ist:

„Die Frage stellt sich: Möchte die Aufnahmegesellschaft - bis zur intellektuellen Elite - die Zuwanderung und die MigrantInnen, ja oder nein? Das ist die Frage, die ich an die Aufnahmegesellschaft immer wieder gestellt habe. Möchte der Staat die Integration, ja oder nein? Man versucht das immer diplomatisch so zu schildern, zu sagen: ‚Ja‘. Aber man merkt, das funktioniert ja nicht. Deshalb gibt es ein Eis zwischen Zuwanderern, Migranten und der Aufnahmegesellschaft. Und dieses Eis ist das Eis, wo die Konflikte auftreten, wo Diskriminierung und Rassismus auftritt, weil diese Missverständnisse noch nicht geregelt sind. Und die fangen hier unten bei uns an.“

Ein Diskurs, der von einer kulturell und ethnisch definierten „deutschen Mehrheitsgesellschaft“ ausgeht und Menschen anderer Kultur und/oder „Ethnie“ als demzufolge fremd und nicht dazugehörig beschreibt, befördert auch alltagskulturelle Rassismen. Die Forderung nach kultureller „Assimilation“ ist Ausdruck dieser Grundeinstellung. Soziale, politische und auch kulturelle Differenzen innerhalb der Mehrheitsgesellschaft werden ausgeblendet und durch Migration entstehende Transformationen der Gesellschaft, einschließlich der Alltagskultur, abgelehnt. Element eines kulturalistischen Rassismus ist auch die Vorstellung von in ihrer Wertigkeit unterschiedlichen Kulturen und die Deutung (unerwünschten) Sozialverhaltens als Ausdruck kultureller Differenz. Andererseits darf die Anerkennung kultureller Differenz aber auch nicht zur Legitimation unterschiedlicher Standards der Menschenrechte missbraucht werden. In diesem Spannungsbogen bewegt sich auch der Diskurs im Bezirk Mitte, wobei in einigen Kiezen der hohe Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund und die vorhandene migrantische Infrastruktur als „kulturelle Invasion“ wahrgenommen wird, deren „Opfer“ die „letzten Deutschen“ sind. Ein Aspekt dieser kulturalistischen Diskussion im Bezirk Mitte konzentriert sich dabei auf Muslime bzw. Menschen, die als Muslime wahrgenommen werden.

Nach den Aussagen unserer GesprächspartnerInnen ist die Diskussion über das Zusammenleben und die Integration im Bezirk Mitte noch sehr stark geprägt durch die Forderung nach „Anpassung“ in Form von „Assimilation“. Gefragt nach den vorherrschenden Bildern über Menschen nichtdeutscher Herkunft in Wedding, antwortete eine zivilgesellschaftlich engagierte Gesprächspartnerin:

„Die Leute sollen sich anpassen, sie sollen die Sprache lernen. Wobei ich sagen muss, wenn man hier 20 Jahre lebt, hier zur Schule gegangen ist, dann sollte man das vielleicht wirklich können. So, überwiegend: ‚Sie passen sich zu wenig an. Die leben hier, also müssen sie lernen, wie hier die Gesellschaft funktioniert und entsprechend darauf reagieren. Nicht im Glauben oder so, das nicht, aber die äußeren Formen‘.“

Eine in der Antirassismusbearbeitung aktive Gesprächspartnerin bestätigte diese gängige Forderung nach „Anpassung“ in Form eines fiktiven „Deutsch werden“:

„In gewisser Weise muss man sich anpassen - was ultimativ oft gefordert wird von Berlinern oder der deutschen Mehrheitsbevölkerung. Die gucken mehr in Richtung Assimilation, und das muss bitte schön ganz schnell gehen. Mir hat neulich ein promovierter Mensch gesagt: ‚Wenn sie hierher kommen, müssen sie deutsch werden‘. Na, da fall ich fast vom Stuhl. Dann überlege ich mir, fang ich jetzt mit dem eine Diskussion an – dann habe ich den gefragt: ‚Was ist deutsch? Nun gut, es wurde eine Diskussion. Aber da ist tief etwas verankert, was ganz sicher gelegt wurde im frühen Kindheitsalter.“

Ein Gesprächspartner deutscher Herkunft, der sich in seinem Weddinger Kiez zivilgesellschaftlich engagiert, offenbarte mit seiner Aussage sein kulturalistisches Verständnis von Migration und Integration. Seine Forderung nach kultureller Dominanz basiert auf der Vorstellung „homogener Kulturen“, die durch Migration in ihrem Wesen nicht verändert werden dürfen. Angehörige anderer „Kulturen“, also Menschen mit Migrationshintergrund, haben sich wie „Gäste“ zu verhalten und anzupassen: „Wenn ich ins Ausland fahre, oder wir ins Ausland fahren, dann haben wir uns ja dort der Kultur zu unterwerfen, unterzuordnen, und wir können nicht sagen: ‚Ich bin Deutscher - juheh! - ich mache, was ich will‘. Nein, dann habe ich mich so zu verhalten, wie die dortige Kultur das von den Menschen erwartet. Und ich habe gar kein Recht, das dort zu ändern. Und genauso ist es hier.“

Mit dieser Vorstellung einher geht eine Essentialisierung und Hierarchisierung kultureller Differenz. Menschen aus „dem arabischen Raum“ und „Afrika“ - beides für sich genommen bereits Vorstellungen von politisch-kulturellen Einheiten, die nicht existieren - seien im Vergleich zu „deutschen Großstädtern“ unzivilisierter und müssten sich insofern „anpassen“. In dieser Vorstellung ist neben einer falschen Generalisierung auch eine hierarchische Anordnung von „Kulturen“ auf der Dimension „modern – vormodern“ oder eben „zivilisiert – unzivilisiert“ enthalten. Diese Denkweise kommt in den Äußerungen des zuvor zitierten Weddinger Gesprächspartners deutlich zum Ausdruck:

„Erst einmal ist es schon so, dass also gerade für Menschen, die aus dem arabischen Raum und auch aus Afrika kommen, dass man denen erst mal klar machen muss, wie in der Großstadt, in Deutschland, das Zusammenleben funktioniert. Das ist einfach so. Da gibt es andere Verhaltensweisen, woanders, und die passen hier nicht her. Da muss man sich anpassen.“

Habituelle und kulturelle Differenzen werden als nicht akzeptable Abweichung von einer Norm verstanden. Hier offenbarte der Weddinger Gesprächspartner seine Abwehrhaltung gegenüber den einer Einwanderungsgesellschaft immanenten Transformationsprozessen: „Dann gehört dazu eben ein ganz anderes Sozialverhalten. Die Menschen haben ein anderes Sozialverhalten und sind auch nicht bereit, sich in irgendeiner Form anzupassen.“

Bedenklich ist letztendlich der „Lösungsansatz“ dieses im Kiez aktiven Gesprächspartners und seiner Gruppe, der auf der Ethnisierung von Nachbarschaftskonflikten, der

Homogenisierung und Hierarchisierung kultureller Eigenheiten und dem kulturellen Dominanzanspruch basiert:

„Wir haben also eine Menge Araber hier zu wohnen. Und das ist eben in der letzten Zeit gelungen, die dahin zu kriegen, auch mal einen Besen in die Hand zu nehmen und sauber zu machen; die Verschmutzung und Vermüllung in den Häusern zu stoppen. Aber die Leute sind jetzt so weit angepasst, dass sie wegziehen.“

Vor allem von MigrantInnen wurde beklagt, dass ethnisierende und kulturalistische Denkweisen in Deutschland zu wenig kritisch hinterfragt werden. So fehle es an einer Konkretisierung dessen, was die gemeinsame Grundlage, das „Wir“, eigentlich ausmache. Ein Gesprächspartner mit dem Migrationshintergrund Türkei, der sich politisch auf verschiedenen Ebenen engagiert, formulierte diese Kritik so:

„Die Mehrheitsgesellschaft, das würde ich unbedingt unterschreiben, dass die nicht homogen ist. Ich finde, das ist ein Punkt, der in Deutschland viel zu wenig diskutiert wird, wie wenig ‚wir‘ eigentlich existiert. Wenn man wirklich von Afrodeutschen, von jüdischen Deutschen, autonomen und autoritär-rechtsextrem organisierten Deutschen ausgeht - wo da die Verbindungen, die Gemeinsamkeiten sein sollten, ist schwer herauszufinden. Aber dafür gibt es kein Bewusstsein in Deutschland, sondern ein ganz diffus empfundenes ‚Wir‘.“

Der gleiche Gesprächspartner stellte aber auch fest, dass sich die Diskussion um dieses „Wir“ als verbindendes Element und Basis von Integration immer mehr verlagert, weg von einer kulturellen Ebene hin zu einer Diskussion um „Werte“. Diese „Werte“ müssen klar ausformuliert werden, z. B. in Form von Verfassungswerten und Menschenrechten. Der Gesprächspartner hat aber nicht das Empfinden, dass die „Wertediskussion“ in diese Richtung geführt werde. Aus seiner Sicht sei das aber dringend notwendig:

„Viele Leute sagen zum Beispiel zum Thema Integration: ‚Die Leute, die hierher kommen, müssen unsere Werte akzeptieren‘. Aber ich kenne aufrichtig niemanden, der weiß, was ‚Unsere Werte‘ eigentlich meint. Sind das die Stammtische, an denen Judenwitze gemacht werden, sind das die autonomen Hausbesetzer, sind das die Ökofeministinnen, die ganz unterschiedliche Werte haben werden?“

Angst vor „Überfremdung“

Das Bild des öffentlichen Raumes im Bezirk Mitte ist - so kann man den Schilderungen unserer GesprächspartnerInnen entnehmen - faktisch „multikulturell“. Es scheint vorwiegend so zu sein, dass sich das Alltagsleben innerhalb verschiedener Gemeinschaften abspielt und es wenig Austausch zwischen diesen Gruppen gibt. Zum Teil wird dies wertungsfrei geschildert. Andere nehmen dieses Phänomen vor dem Hintergrund einer nicht weiter konkretisierten Zielvorstellung eines „Miteinander- statt Nebeneinanderlebens“ wahr und sehen die Existenz von „Parallelgesellschaften“ tendenziell als Problem auf dem Weg zu diesem Ziel. Bei einigen GesprächspartnerInnen deutscher Herkunft ließ sich aber auch eine Haltung feststellen, die sich aus den bisher thematisierten Facetten rassistisch konnotierten Dominanzdenkens zusammensetzt: Ethnisierung der Konkurrenz um Arbeitsplätze und Sozialleistungen, Assimilationsforderungen, Essentialisierung/Hierarchisierung verschiedener Kulturen. Dabei müssen nicht sämtliche Elemente zu einem kohärenten und/oder bewussten Weltbild geronnen sein, sondern können vereinzelt und/oder diffus vorhanden sein. Und doch wird verständlich, wie es zu dem Phänomen kommt, dass „Deutsche“ sich als „ethnische Minderheit“ erleben, obwohl sie nirgendwo im Bezirk in der Minderheit sind und Migration zum Teil als „Überfremdung“, ja in Einzelfällen sogar als „kulturelle Invasion“ empfinden.

Eine Interviewpartnerin, die sich in einem Weddingener Kiez engagiert, stellte auf die Frage nach dem Verhältnis zwischen deutscher Mehrheitsgesellschaft und migrantischen Communities sachlich und ernüchternd fest:

„Da gibt es gar kein Verhältnis. Die leben für sich, und die leben für sich, und die leben auch wieder für sich. [] Also, jede ethnische Gruppe hat hier ihren Treffpunkt und sitzt für sich.“

Ein Jugendsozialarbeiter deutsch-türkischer Herkunft beschrieb das Nebeneinander der Communities verschiedener Herkunftsregionen und brachte eine gewisse Unzufriedenheit mit dieser Situation zum Ausdruck, die mit dem Ideal eines nicht näher ausgeführten „Miteinanderlebens“ zusammenzuhängen scheint:

„Es gibt hier unheimlich viele verschiedene Bevölkerungsgruppen, angefangen von bosnisch, serbisch, senegalesisch, afrikanisch - ich unterteile das nicht: Kamerun oder Senegal oder sonst irgendwie, aber allgemein afrikanisch -, arabisch - müsste ich eigentlich unterteilen, unterteile ich nicht, aber da gibt es Libanesen, Palästinenser usw. usw. -, Kurden, Türken - was fällt mir noch nicht ein? -, Polen, Russen. Da sind Welten, sei es religiös, sei es traditionell, Normen, Werte usw., Welten dazwischen. [] Aber die sieht man nie miteinander, sondern immer in Gruppen. [] Offensichtlich wird das hier tatsächlich so gelebt, parallel nebeneinander, aber nicht miteinander.“

Eine Pädagogin hat die Erfahrung gemacht, dass die Gemeinschaftsbildung auf „ethnischer“ Grundlage vor dem Hintergrund eigener ethnisierender Denkmuster auf Verunsicherung und Ablehnung stößt:

„Ich kann mir vorstellen, dass viele sagen: ‚Wenn sie immer noch Moslems sind und immer noch ihr Kanakdeutsch sprechen, dann gehören sie nicht hier her‘. Das weiß ich, dass sich viele darüber aufregen, dass es türkische Viertel gibt, dass es einen türkischen Fußballklub gibt und einen türkischen Sender. Sicher.“

Ein in Wedding beruflich aktiver Gesprächspartner beschrieb die „Angst vor Überfremdung“ als „klassisches“ Argument für den Wegzug aus dem sich verändernden Stadtteil:

„Leute, die da über Jahrzehnte gewohnt haben und aus Enttäuschung ihrem Kiez den Rücken gekehrt haben nach langen Jahren. [] Also, dieses klassische Argument: ‚Ja, da war immer noch ein deutscher Bäcker, der hat sich ganz doll gehalten, und dann konnte er nicht mehr. Das war so erdrückend und kaum war der raus, ist da ein Türke eingezogen und hat seinen Kiosk aufgemacht. Der verkauft dann nicht nur Brot, sondern allen möglichen Kram.‘ Also, diese Angst vor Überfremdung, das war dann häufiger schon so ein Argument.“

Aufgrund seiner kulturalistischen Denkmuster begreift ein Gesprächspartner, der sich in seinem Weddinger Kiez nachbarschaftlich engagiert, Migration und Integration scheinbar als „kulturellen Angriff“ auf ihn als Angehörigen der „Dominanzkultur“:

„Und wenn die von mir erwarten, dass ich ihre Kultur achten soll, dann müssen sie erst mal meine achten. Denn ich bin hier zu Hause, ich kann nicht woanders hingehen. Die Leute kommen von woanders hierher. Und ich bin nicht bereit, mir eine andere Kultur hier aufzwingen zu lassen. [] Und in dem Moment, wo zwei, drei Familien aus einer Nation hier leben, glücken die zusammen, die lernen unsere Sprache nicht mehr, sie nehmen unsere Lebenshaltung einfach nicht zur Kenntnis, sondern bekämpfen sie ganz radikal.“

Wahrnehmung von Muslimen

Ein kulturalistischer Diskurs lässt sich im Bezirk Mitte teilweise auch in Bezug auf die Auseinandersetzung mit „dem Islam“ und „den Muslimen“ feststellen. So wurde berichtet, dass Muslime - in Folge des 11. September – zum Teil einem Rechtfertigungsdruck unterliegen. Dies habe unter anderem damit zu tun, dass teilweise nicht zwischen dem Islam als Religion und dem politischen Islam differenziert werde und daher Muslime unter einem Generalverdacht stehen, islamistisch zu sein.

Die Sozialpädagogin eines interkulturellen Mädchenprojektes bestätigte, dass muslimische Jugendliche nach dem 11. September stärker als zuvor mit ihrer religiösen Identität und/oder Zuordnung konfrontiert wurden:

„Der Islam, die Religion - nach dem 11. September fühlten sich die Jugendlichen auch schon aktiv oder passiv irgendwie mit ihrer Religion konfrontiert auf eine negative Weise. Da haben wir auch viel über Religion und Islam und was sind Religionen thematisiert. Wir haben eine Kollegin, die ist Islamwissenschaftlerin, was sehr gut passt. Vielleicht in der

Auseinandersetzung, dass man doch das Gefühl hat, dass man im Unterricht, wenn man Kopftuch trägt, anders behandelt wird.“

Ein Jugendsozialarbeiter deutsch-türkischer Herkunft aus Wedding beobachtete in seinem Kiez, dass der Islam als Religion zum Teil unter Generalverdacht gestellt werde:
„Viele der Menschen hier sind gläubig, gläubige Muslime. Und seitens der Deutschen, ganz besonders seit dem Elften September, gibt es dann so eine komische ... auch so eine Haltung: ‚Ja, ja, da müssen die halt alle auch irgendwie terroristisch sein. Islam kann ja nicht gut sein. Ist ja einfach grundsätzlich böse, Islam ist grundsätzlich böse‘.“

Die Terroranschläge des 11. September haben teilweise zu einem gewissen pauschalen Gefühl von Misstrauen gegenüber Muslimen geführt, bestätigte ein deutscher Gesprächspartner, der sich in seinem Weddinger Kiez nachbarschaftlich engagiert:
„Vielleicht ein bisschen misstrauischer geworden gegen Moslems, insoweit wie sie sich eben rein äußerlich als Moslems zu erkennen geben. Aber nicht so in Form von negativen Äußerungen oder so. Vielleicht eher so Aus-dem-Wege-Gehen. Aber da müsste ich jetzt jeden Einzelnen hier befragen, ob es so ist. Ich weiß es nicht. [] Es hat nicht jetzt eine Veränderung gegeben, dass man Leute beschimpft hat. Wenn, dann ist man ihnen einfach aus dem Weg gegangen.“

Dieser Gesprächspartner sieht sich in seinem Anspruch auf kulturelle Dominanz durch die Forderung bedroht, islamische Symbole und Verhaltensweisen akzeptieren zu müssen. Eine Unterscheidung zwischen Islam und Islamismus lässt sich bei ihm nicht feststellen:
„Mir wird aufgezwungen die Burka, mir wird aufgezwungen die Verschleierung, mir werden aufgezwungen die Kopftücher - immer mit einer speziellen Aussage. Die sagen ja nicht, ich trage die Burka, weil das bei mir so üblich ist, und ich gehe wieder nach Hause. Nee, ich weiß doch nicht, ob die unter der Burka nicht eine Bombe versteckt haben. Ich sage das auch sehr prononciert mal: Ich erwarte von der politischen Führung, dass sie unsere Kultur, unser Leben verteidigt und achtet. Und erst dann kommt alles Andere. Was hier zur Zeit passiert, ist genau anders rum; es ist genau anders rum. Und wir haben die Erfahrung doch hier gemacht. Was hat denn das Bezirksamt gemacht, wo das am schlimmsten war? Da wurde den Deutschen hier angeboten, dass sie evakuiert werden. Da haben wir uns doch erst gefragt: ‚Wo leben wir hier eigentlich?‘ Das ist der Punkt. Und es ist ja mittlerweile in bestimmten Straßen, nicht in der ganzen Stadt, in Straßen so, dass die deutsche Bevölkerung regelrecht vertrieben wird - und mit ihr die sozial besser gestellten Ausländer. Denen geht es ja genauso.“

5.2. Rassistisches Handeln einzelner Personen und Gruppen

Die geschilderte Ethnisierung der Konkurrenz um Sozialleistungen und die Auffassung, kinderreiche Familien mit Migrationshintergrund erhielten Leistungen zu Unrecht, führt auch dazu, dass die entsprechenden Ämter aufgefordert werden, die Auszahlung von Sozialleistungen an bestimmte migrantische Familien zu überprüfen. Exemplarisch wird diese Praxis der Denunziation von einer Gesprächspartnerin benannt, die beruflich im Sozialbereich tätig ist:
„Was auch sehr häufig vorkommt, das ist Neid auf Sozialleistung. Dass z. B. auch die Behörde [] dazu aufgefordert wird, die müsste man mal überprüfen, diese großen Familien, was kriegen die an Sozialhilfe.“

Die Gesprächspartnerin schilderte, dass aus diesem Sozialneid sehr schnell auch Hass werde:
„Das ist Neid, aber der ist auch ganz schnell bei Hass.“

Auch die dargelegten Facetten des kulturalistischen Rassismus bleiben nicht auf Denkweisen beschränkt. Eine Gesprächspartnerin aus Tiergarten schilderte ihre Erlebnisse

in der Nachbarschaft, wo die Gewohnheit, Schuhe vor der Haustür stehen zu lassen, von einer Nachbarin als Ausdruck einer „fremden“ Kultur begriffen und bekämpft wurde:

„Ich habe sehr oft Konfrontationen mit meiner deutschen Nachbarin und Türken betrachtet. [] Die Frau, die das gewesen war, war auch absolut Individualistin mit harten Positionen, und sie war gegen türkische Sitten, zum Beispiel die Schuhe auf dem Treppenhaus stehen lassen oder die Kinder, die in großen Gruppen zu laut sind, sich zu viel bewegen. Und sie hat sich immer mit den Leuten konfrontiert bis die Polizei kam.“

Ein kommunalpolitisch engagierter Gesprächspartner machte darauf aufmerksam, dass die, nach seiner Einschätzung, weit verbreitete rassistische Reaktion auf sozioökonomische Probleme einen gefährlichen Bodensatz darstelle und demokratiegefährdend sei:

„Ich denke, es ist auf jeden Fall demokratiegefährdend, auch wenn es auf niedrigem Niveau ist. Dieser softe Rassismus, der in allen Köpfen so drin ist. [] Ich sage ja, einerseits der Sozialneid bei Sozialhilfeempfängern und Arbeitslosigkeit ist immer ein Kneipengespräch.“

Einige unserer GesprächspartnerInnen wiesen auf kleine so genannte Bürgergruppen hin, die sie als fremdenfeindlich bezeichneten. Die Einschätzung wurde festgemacht anhand eigener Gespräche mit Mitgliedern dieser formellen und informellen Gruppen sowie anhand rassistisch formierter Appelle an Politik, Verwaltung und Quartiersmanagement:

„Ich sage das auch sehr prononciert mal: Ich erwarte von der politischen Führung, dass sie unsere Kultur, unser Leben verteidigt und achtet. Und erst dann kommt alles Andere.“

5.3. Wahrnehmungen zu institutionellem Rassismus und struktureller Diskriminierung

Rassistische Diskriminierungspraktiken gegenüber MigrantInnen, Schwarzen, Asylsuchenden, Sinti und Roma sowie Jüdinnen und Juden, die aus Institutionen hervorgehen, lassen sich als institutioneller Rassismus verstehen. Charakteristisch für den institutionellen Rassismus sind gesetzlich verankerte Ausschluss- und Diskriminierungsformen, von denen MigrantInnen aufgrund der bestehenden Einwanderungs- bzw. Asylpolitik betroffen sind. Vor allem Flüchtlinge sehen sich angesichts der deutschen Asylgesetzgebung und der Abhängigkeit von staatlichen Entscheidungsgewalten mit Ausgrenzung und Fremdbestimmung konfrontiert. Die existentielle Unsicherheit verstärkt sich, je ungesicherter ihr Aufenthaltsstatus ist. Als Beispiele seien nur das Arbeitsverbot, die Wohnbedingungen in den Flüchtlingsunterkünften, die Vergabe von Sach- statt Geldleistungen sowie die langwierigen Entscheidungsverfahren über den Asylbescheid zu nennen. Die vereinzelt herablassende und teilweise unmenschliche Behandlung bei Ämtern und Behörden und die Abhängigkeit von der Willkür des jeweiligen Sachbearbeiters verstärken bei den Betroffenen noch das Gefühl des „unerwünschten Ausländers“ oder Menschen „zweiter Klasse“, das ihnen schon im Alltagsleben durch Angehörige der Mehrheitsgesellschaft vermittelt wird. Ein Mitarbeiter einer antirassistischen Organisation brachte dies folgendermaßen auf den Punkt: „Das sind zum einen: Diskriminierung auf den Ämtern, wie Sozialamt, Arbeitsamt, wo die Menschen irgendwie das Gefühl hatten, dass sie anders behandelt worden sind als sonst. Bei der Wohnungssuche, auch in dem Bezirk. [] Insgesamt in den Behörden spüren wir so ein Phänomen, ob das Sozialämter sind, Jugendämter, Anlaufstellen auf kommunaler Ebene, die für dieses Klientel einfach zuständig sind, erleben wir fehlende Sensibilität von den Menschen, die eine Haltung annehmen, die die Menschen als Last betrachten, nicht als Kunden [] was sie der einheimischen Bevölkerung nicht zumuten, bei denen ist die Zumutung dann sehr groß.“

Im folgenden werden verschiedene Dimensionen von strukturellem Rassismus beschrieben, die in den Befragungen geschildert wurden. Einleitend zu der Lebenssituation von Flüchtlingen im Aufnahmeland, die aufgrund ihrer Komplexität in einem gesonderten Teil beschrieben wird, wird ein kurzes Fazit zu der aktuellen Situation von Flüchtlingen in Mitte abgegeben, das teilweise positive Entwicklungen (Auszahlung von Bargeld, Unterbringung in

Wohnungen), aber auch Kritikpunkte, wie u.a. die Verweigerung der Sozialhilfe, beinhaltet. Anschließend wird auf die erschwerten Lebensbedingungen verwiesen, die in den Gesprächen thematisiert wurden: Ungesicherter Aufenthaltsstatus und Fremdbestimmung (vor allem durch die Ausstellung von Duldungen) und ein Fall von Ausbeutung durch Schwarzarbeit, bedingt durch die instabile Rechtslage.

Aspekte der strukturellen Diskriminierung, die von den befragten GesprächspartnerInnen häufig erwähnt wurden, sind die Problematik des verwehrten Wahlrechts bei Menschen aus Nicht-EU-Ländern, Diskriminierung und Ausgrenzung von MigrantInnen auf dem Bildungs- und Arbeitsmarkt sowie alltägliche rassistische Vorgehensweisen bei Behörden und Ämtern, die sich in Ignoranz, Bevormundung oder im schlimmsten Fall Informations- bzw. Hilfeverweigerung äußern.

5.3.1. Situation von Flüchtlingen in Berlin-Mitte

Der Flüchtlingsrat hat eine verhalten positive Bilanz der Asylpolitik in Berlin gezogen. Allerdings geriet der Bezirk Mitte auch negativ in Erscheinung, da seitens des Sozialamtes der § 1a des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) eher restriktiv auslegt wurde. Danach können Sozialleistungen bis auf „das unabweisbar Gebotene“ gestrichen werden. Voraussetzung dafür ist laut Gesetzestext, dass der Betroffene (mit Duldung) mitschuldig daran ist, dass er nicht abgeschoben werden kann (z. B. wegen Passlosigkeit), oder dass er nur eingereist ist, um Sozialleistungen zu erlangen. Beides wird häufig einfach vorausgesetzt. In einem konkreten Fall hat das Bezirksamt entschieden, was „unabweisbar Gebotenes“ heißt: nicht mehr als die Fahrkarte in die Heimat und medizinische Hilfe in absoluter Notlage.

Eine weitere Verbesserung ist die Möglichkeit der Unterbringung in Wohnungen statt in Heimen. Dadurch könnten Flüchtlinge nun ein selbstständigeres Leben führen, erklärte der Flüchtlingsberater Georg Classen. In diesem Zusammenhang wurde beim Landesamt für Gesundheit und Soziales eine zentrale Wohnungsvermittlung eingerichtet, die die Umsetzung des Auflagenbeschlusses des Abgeordnetenhauses von Berlin sicherstellen soll, d.h. die Wohnungsunterbringung von Flüchtlingen anstelle der Heimunterbringung. Die zentrale Wohnungsvermittlung würde zwar gerne Einfluss auf die Verteilung steuern, allerdings bleiben dafür kaum Möglichkeiten. Die meisten Flüchtlinge suchen sich nämlich unabhängig von dieser Wohnungsvermittlung Wohnungen, so dass eine Einflussnahme nicht möglich ist. Die Sinnhaftigkeit einer solchen steuernden Einflussnahme ist aber auch umstritten, zumal, wenn sie nicht freiwillig geschieht.

Auch die Abkehr vom teuren Chipkartenprinzip und die Auszahlung von Bargeld stelle eine positive Entwicklung dar. Außerdem seien so Einsparungen im Landeshaushalt möglich geworden.

Positive Ansätze bescheinigte Classen auch der Ausländerpolitik der Innenverwaltung. Eine Bereitschaft zu Gesprächen sei klar zu erkennen, sagte er. Reformen würden jedoch durch die „Blockadehaltung“ der Ausländerbehörde am Nöldnerplatz stark behindert. So werde etwa mit der Verweigerung von Aufenthaltsmöglichkeiten für bosnische Flüchtlinge die bundesweite Absicht für ein Bleiberecht „gezielt unterlaufen“. „Problembezirke“ seien weiterhin Neukölln und Reinickendorf, die, „koste es, was es wolle“, Asylbewerber aus politischen Gründen in Gemeinschaftsunterkünfte einwiesen „und dabei aufs Geld nicht achten“, so Classen. Insbesondere in den Bezirken Mitte und Reinickendorf werde zudem Flüchtlingen häufig die Sozialhilfe verweigert. Mit dieser „extrem restriktiven Praxis“ sei Berlin bundesweit „sehr hart“, kritisierte Classen. Verbesserungen seien hingegen in der Abschiebehaft erzielt worden. So seien die Hafttatbestände auf Landesebene eingeschränkt und die Zahl der Haftplätze von 350 auf 250 reduziert worden. Positiv sei auch die Abschaffung der Trennscheiben bei Besuchen der Inhaftierten.

Handlungsbedarf sieht Classen bei der Veränderung der Zuständigkeiten für Sozialarbeit und medizinische Versorgung in der Abschiebehaft. Die Zuständigkeit der Polizei erzeuge

einen „Interessenkonflikt“, der bis hin zu „Fast-Todesfällen“ von Häftlingen führe. „Wenn Polizeisanitäter entscheiden, ob ein Arzt hinzugezogen wird, kann das nicht funktionieren.“¹⁶¹

a) Wohnsituation von Flüchtlingen

Nach Angaben des Berichts der Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz – I A 31/32 – vom 4. April 2002 erhalten derzeit in Berlin schätzungsweise 15.500 Personen Leistungen nach den §§ 3 ff. AsylbLG. Davon sollen ca. 9.300 Personen in Gemeinschaftsunterkünften wohnen. Wie bereits kurz angeschnitten, besteht mittlerweile die Möglichkeit der Unterbringung in Wohnungen statt in Heimen. So können im Sinne des § 44 AsylVfG „soweit es nach den Umständen erforderlich ist, anstelle von vorrangig zu gewährenden Sachleistungen nach Absatz 1 Satz 1 Leistungen in Form von Wertgutscheinen, von anderen vergleichbaren unbaren Abrechnungen oder von Geldleistungen im gleichen Wert gewährt werden.“ Zu diesen Leistungen gehört auch die Unterkunft und die Gewährung der notwendigen Mittel zur Deckung des Unterkunftsbedarfs. Ein Durchbrechen des Sachleistungsvorrangs ist also auch in Bezug auf die Versorgung mit Wohnraum möglich.

Für welche Form der Leistungsgewährung sich die Berliner Sozialverwaltung entscheidet, ist ihr vom Gesetz nicht zwingend vorgeschrieben. Es handelt sich dabei um eine politische, nicht um eine juristische Entscheidung. Kommt sie aus politischen und finanziellen Erwägungen zu dem Schluss, dass die private Unterbringung vorzuziehen ist, hat sie das Recht, auch hierfür Barleistungen einzuführen. Einen Rechtsanspruch der betroffenen Flüchtlinge hierauf gibt es allerdings nicht.

b) Ungesicherte Existenz

Asylsuchende, die lediglich eine Duldung ausgestellt bekommen, leben häufig jahrelang in existentieller Unsicherheit in Deutschland. Dieser Aufenthaltsstatus gilt lediglich als provisorisch und muss in kurzen Abständen - teilweise alle drei Monate - neu beantragt werden. Die Betroffenen müssen nicht nur mit der ständigen Bedrohung auf Abschiebung leben, es ist unter den gegebenen rechtlichen Bedingungen auch sehr schwer, eine gesicherte Existenz aufzubauen. Das trifft vor allem auf Familien mit Kindern zu, die bereits eine lange Zeit im Aufnahmeland leben und bei dem Bemühen um eine berufliche Perspektive auf institutionelle Barrieren stoßen. Eine Befragte einer Jugendfreizeiteinrichtungsstätte in Wedding berichtete von ihren Erfahrungen, wie Jugendliche aus Flüchtlingsfamilien durch Eigeninitiative versuchen, trotzdem eine Perspektive zu finden:

„Das fällt auch vor allem hier auf, dass die Jugendlichen aus Ex-Jugoslawien, also Serben und Kroaten, die wir hier haben, eben auch die Sinti und Roma, sich viel schneller anpassen. Die als Umgangssprache Deutsch haben und nicht ihre Heimatsprache auch untereinander, die, was die schulischen Sachen betrifft, relativ gewieft sind. Also, unsere Hilfe in Anspruch nehmen, Nachhilfe anfordern, dass wir da jemanden für engagieren, Angebote wie Internet wahrnehmen, um Referate zu schreiben, also die da relativ fitt sind. Obwohl sie eigentlich unter schwierigeren Bedingungen leben. Während türkische Jugendliche durch die Familienzusammenführung meistens schon eine Aufenthaltsberechtigung haben, haben die - also einige Familien - seit neun Jahren eine Duldung, die jeweils um drei Monate verlängert wird. Unter solchen Umständen leben die. Und trotzdem sind sie viel bereiter, sich irgendwo anzupassen oder auch wirklich eine Perspektive zu finden: ‚Ich habe hier Duldung, ich darf keine Ausbildung machen, ich möchte aber eine machen, weil, was soll ich in meiner Heimat, da ist alles kaputt, da kann man nichts werden‘.“

Neben der existentiellen Unsicherheit kommen schwierige Wohnbedingungen und fehlende Beratungs- und Informationsmöglichkeiten bezüglich arbeits- und aufenthaltsrechtlicher Fragen erschwerend hinzu:

¹⁶¹ „Zaghafte Reformen - Flüchtlingsrat sieht Verbesserungen in der Asylpolitik. Schikanen durch Ausländerbehörde und Bezirksämter“, taz Berlin lokal, 2.1.2004

„Die eine Familie hat bis vor einem halben Jahr in einer 2-Zimmer-Wohnung mit vier Personen gelebt. Die haben zum ersten Mal die Duldung in diesem Jahr um sechs Monate erhöht, ansonsten mussten sie alle drei Monate damit rechnen, wieder zurückzugehen. Wie gesagt, auch da ist die Beratungssituationen katastrophal für Jugendliche dann, wenn es um Ausbildungsplatz geht, oder wenn die Eltern sogar kommen. Das sind Eltern, die Kontakt zu uns aufnehmen. Die fragen dann: ‚Was soll ich tun?‘ Da wurden die Kinder einer Familie zurück nach Ex-Jugoslawien geschickt, und dann mussten sie ihnen Visa besorgen, um erst einmal wieder einreisen zu können und das auf eigene Kosten; ist es rechtens, ist es nicht rechtens? Oder: ‚Ich will arbeiten, ich hätte einen Arbeitsplatz, habe aber nur eine Duldung, wie kriege ich eine Arbeitserlaubnis?‘ Das sind auch Sachen, wo wir uns nicht auskennen, weil das Ausländerrecht so geschachtelt ist, und ich dann denen gar keinen Rat geben kann. Und wenn ich dann auf der Suche bin nach Beratungsmöglichkeiten, dann stehe ich vor einer Wand.“

Auch rassistische Alltagserlebnisse in anderen strukturellen Bereichen, wie zum Beispiel auf dem Wohnungsmarkt, werden thematisiert, wie ein befragter politisch engagierter Gesprächspartner beschrieb:

„Von den Wohnungsbaugesellschaften glaube ich, gibt es mittlerweile durchaus Präferenzen, bestimmte Mietergruppen eher nicht nehmen zu wollen. Zum Beispiel die Asylbewerberfamilie, die vom Sozialamt die Mieten bezahlt bekommt und vier Kinder hat. Das ist sicherlich ein Personenkreis, wo die Wohnungsbaugesellschaften sagen würden, nein.“

Die Machtlosigkeit von Flüchtlingen gegenüber MitarbeiterInnen in Behörden, die das Unwissen und die unsichere Existenzgrundlage von Flüchtlingen ausnutzen, machte folgende drastische Schilderung einer Mitarbeiterin deutlich, die in Berlin-Mitte mit Migrantinnen arbeitet:

„Ich denke an einen Vorfall, das war vor einem Jahr, das war sehr bedenklich. Es wurden damals einer Person aus Tschetschenien Zettel vorgelegt beim Sozialamt mit einer Einverständniserklärung, dass sie mit einer Ausweisung einverstanden sind. Einige wussten das nicht, was sie da so unterschreiben. Es wurde ihnen gesagt: ‚Sie kriegen keine Sozialhilfe mehr, wenn Sie das nicht unterschrieben, oder nur geringe Sozialhilfe.‘ Und die hatte relativ Glück. Die hatte - als sie dahingegangen ist - eine Frau getroffen, die russisch spricht und die hat gesagt, ich komme da mal mit. Und die hat gesagt, unterschreib das nicht. Und wir hatten dann eine ziemliche Diskussion mit der Sachbearbeiterin und dann haben wir auch gesehen, dass da schon Polizei im Flur stand, vielleicht war die auch aus anderen Gründen da, aber auf jeden Fall ist das dann noch einmal gut gegangen. Aber für die Frau, für die Tschetschenin, war das ein ganz schöner Schock natürlich. Nachher haben sie ihr dann die Sozialhilfe weggenommen, und da haben wir dann auch ganz schön Krawall geschlagen und das war dann nachher auch dem Flüchtlingsrat bekannt.“

Beispielhaft für die erzwungene Unmündigkeit, denen die Betroffenen im Rahmen der Asylpolitik ausgesetzt sind, ist die folgende Beschreibung eines Sozialarbeiters aus Mitte:

„Jeder Arztgang, es ist schwierig, eine freie Arztwahl oder den Krankenschein beim Sozialamt abzuholen und Kostenübernahme für ein Hörgerät oder eine Brille beantragen zu müssen, weil das nicht über das Asylbewerberleistungsgesetz geregelt ist. Dann ist eben bezüglich Schule, Ausbildung, dass junge Flüchtlinge im Prinzip einen Ausbildungsplatz nur über schulische Ausbildung bekommen und eine überbetriebliche Ausbildung ihnen nicht zusteht. Es vom Aufenthaltsstatus abhängt, den Jugendliche haben, ob sie eine Aufenthaltsgestattung oder mit einer Duldung im Bezirk leben, sind die Möglichkeiten ganz andere, viel, viel begrenzter, als wenn sie einen festen Aufenthalt haben. Über diese strukturelle Diskriminierung sind sie ganz oft auch zurückgeworfen in dem, was hier möglich ist. Also, Taschengeld, Chipkarte, hier im Bezirk Mitte ist das nicht mehr, was es früher einmal war, und das ganze Lebensgefühl ist durch das Asylbewerberleistungsgesetz geprägt zum Beispiel.“

c) Illegalisierte Flüchtlinge und Schwarzarbeit

Prinzipiell haben MigrantInnen, denen die erforderlichen Arbeits- und/oder Aufenthaltspapiere fehlen, keinerlei Zugang zu einer Arbeitserlaubnis. Für Menschen im Asylverfahren besteht zumindest formal eine Option auf eine Arbeitserlaubnis nach einem Jahr. Diese gilt jedoch nur nach einer Arbeitsmarktüberprüfung und nachdem ausgeschlossen wurde, dass für einen spezifischen Arbeitsplatz kein(e) deutsche(r) Staatsbürger(in), EU-AusländerIn oder sonst wie Bevorrechtigte(r) gefunden werden konnte. Dieses extrem bürokratische Verfahren schreckt viele Arbeitgeber davon ab, einen Flüchtling einzustellen. Flüchtlinge, die teilweise lediglich auf Sachleistungen angewiesen sind und um ihre Existenz zu kämpfen haben, gehen jedoch trotzdem arbeiten, was in der Regel rechtlich ungesicherte Arbeitsbedingungen zur Folge hat. Für sie ist das Risiko besonders hoch, dass ihre informelle Position ausgenutzt wird und sie Lohnbetrug zum Opfer fallen. Gerade in Fällen von Unregelmäßigkeiten von Lohnauszahlungen oder Lohnverweigerung erscheinen Möglichkeiten, sich gegen das Unrecht zur Wehr zu setzen, gering.

Beispielhaft für die Ausbeutung illegalisierter Flüchtlinge ist der Vorfall in den Berliner Rathauspassagen am Alexanderplatz: Dort ließ die Berliner Wohnungsbaugesellschaft Mitte mbH (WBM, Vermieterin tausender Mietwohnungen in Berlin-Mitte) Abbrucharbeiten durch die CPM Baugesellschaft mbH durchführen, die ihrerseits die AK-ER Hochbau GmbH in Gründung als Subunternehmen beauftragte. Die AK-ER GmbH stellte im August 2002 Arbeiter afrikanischer Herkunft ein – am Ende wurde insgesamt 19 Arbeitern der Lohn von zwei Monaten vorenthalten.

Obwohl das deutsche Arbeitsrecht Klagen gegen Lohnraub selbst dann zulässt, wenn der/die ArbeitnehmerIn offiziell gar nicht in der Bundesrepublik arbeiten dürfte, scheuen illegalisierte ArbeiterInnen in der Regel den Gang zum Gericht, weil sie damit ihren Aufenthalt im Aufnahmeland gefährden. In diesem Fall wandten sich die Betroffenen an die Flüchtlingsinitiative Brandenburg und beauftragten ein Rechtsanwaltsbüro. Die Klage scheiterte jedoch an den formalen Verfahrenshürden: Die WBM war nicht kooperationsbereit, Informationen für eine Klage der Arbeiter gegen das Subunternehmen zur Verfügung zu stellen.

Erst durch Unterstützung und Publimachung der Brandenburgischen Flüchtlingsinitiative (BFI) und der antirassistischen Elexir-A, die eine Demonstration vor der Baustelle im Juni 2003 organisierten, zeigte sich die WBM kooperativ und übte Druck auf das Subunternehmen aus, so dass die bisher verweigerte Lohnsumme von 13.500 Euro ausgezahlt wurde.

Das Ergebnis kann in zweierlei Hinsicht als Erfolg angesehen werden: Erstens übernimmt die WBM als Generalunternehmer der Baustelle die politische Verantwortung für die Arbeitsbedingungen auf dieser Baustelle. Zweitens wurde in einer Klausel festgehalten, dass sich die WBM auch in weiteren Fällen, wenn diese bekannt und dokumentiert werden können, um die Durchsetzung der Lohnansprüche bemühen wird.

Zu dem beschriebenen Problem der Schwarzarbeit erklärte ein auf Bezirksebene tätiger Gesprächspartner, der im Aufsichtsrat der WBM sitzt:

„Also, das ist sicher kein Einzelvorfall. Mir sind mehrere Fälle in dieser Richtung bekannt, wo jetzt Flüchtlinge oder Deutsche, arbeitslose Jugendliche oder wer auch immer, in Schwarzarbeit gegangen sind, und wo dann letztendlich die um ihren Lohn gekommen sind. Weil, die haben ja weder einen Arbeitsvertrag noch sonst irgendwelche rechtlichen Möglichkeiten. Und ich muss sagen, dass ich das schon katastrophal finde, dass ein relativ großer Anteil von Baufirmen, die sich ja derzeit in einem sehr großen Dumpingprozess befinden, weil alles immer billiger werden muss, sich auf diese Art und Weise anderer Leute bedienen eigentlich und die richtig ausnutzen. Und es ist ja nicht nur so, dass es auf solchen Baustellen - es ist ja immerhin eine Wohnungsbaugesellschaft -, sondern bis hin zu Bundesbaustellen so etwas gegeben hat. Und die Kontrollen, die da durchgeführt worden sind, haben ja fast immer den Erfolg gezeigt, dass Leute dabei waren, die halt keinen richtigen Arbeitsvertrag hatten. Ich habe insgesamt ein Thema mit der Art und Weise, wie wir damit umgehen. Ich hätte überhaupt keine Schwierigkeiten, wenn Leute nicht nur nicht-

deutscher Herkunft, sondern auch Leute, die aus anderen Ländern kommen, ihren ganz normalen Arbeitsvertrag bekommen. Das ist in anderen Ländern durchaus eher üblich, als es bei uns der Fall ist. Aber das wird alles in so eine böse Ecke geschoben. Und diejenigen, die das dann irgendwie schwarz versuchen, sind letztendlich die armen Würstchen, die hinten herunterfallen. Und ich denke mal, diejenigen, die das richtig gewerblich organisieren, die verdienen ein Schweinegeld damit, und die armen Würstchen, das sind die Armen, die am Ende überhaupt nichts haben. Und da wäre für mich eigentlich der Angriffspunkt. Dieses ganze Thema Greencard usw. - das ist ja alles so ein bisschen noch in den Anfängen steckengeblieben. Ich weiß, dass wir eine sehr große Arbeitslosigkeit auch unter den Deutschen haben oder unter den hier wohnenden Nicht-Deutschen, aber insgesamt eine Problematik, die wirtschaftlich auch anders organisiert werden müsste. Denn Arbeit haben wir eigentlich genug. Wenn ich einfach nur die Arbeit sehe, die wir hier leisten könnten, um den öffentlichen Raum wieder in Ordnung zu bringen. Und das wird ja eigentlich nicht in Angriff genommen.“

5.3.2. Politische und sozioökonomische Ausgrenzung

a) Wahlrecht

Bedeutend ist auch die wahlrechtliche Situation für in Deutschland lebende MigrantInnen. Einem großen Teil der nicht-deutschen Bevölkerung in der Bundesrepublik wird nach wie vor sowohl das kommunale als auch das allgemeine Wahlrecht vorenthalten. Die Staatsangehörigen anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die Unionsbürger und -bürgerinnen, genießen die volle Freizügigkeit und politische Staatsbürgerrechte auf kommunaler Ebene, wie das kommunale Wahlrecht. Menschen aus anderen Herkunftsländern unterliegen einem ordnungsrechtlich geregelten Fremdenrecht, dem Ausländerrecht. Diese Gesetzgebung wirkt sich auf die dauerhaft in Deutschland lebenden Bürger aus Nicht-EU-Staaten stark diskriminierend aus insofern, als eine aktive Mitbestimmung an politischen Entscheidungen und somit das Anrecht auf Gleichberechtigung unmöglich gemacht wird. Gleichzeitig verstärkt die Unterbindung des Wahlrechts bei Betroffenen das Gefühl von Nicht-Zugehörigkeit und Degradierung innerhalb der Mehrheitsgesellschaft. Ein Jugendsozialarbeiter mit Migrationshintergrund formulierte dies folgendermaßen:

„Leider spielt das natürlich eine große Rolle, dass viele Nicht-Deutsche in Deutschland kein Wahlrecht haben, weder kommunal noch ein allgemeines Wahlrecht. Deswegen werde ich zum Beispiel nie die deutsche Staatsbürgerschaft beantragen. Seit 25 Jahren lebe ich hier, meine Tochter ist Deutsche und so, trotzdem möchte ich nicht, weil ich es nicht richtig finde. Alle europäischen Nachbarstaaten - Holland, Belgien, alle skandinavischen Länder - sie haben wenigstens Kommunalwahlrecht für Ausländer. Aber Deutschland ist so stur, deswegen möchte ich nicht. Weil meine Sozialisation erst türkisch war, in der Türkei bin ich aufgewachsen, danach hierher gekommen. Wenn jemand hier geboren ist, das verstehe ich, das kann man schnell denken, dass deutsche Staatsbürgerschaft ganz gut ist. Aber für mich sage ich das nicht. Wenn sie mir kommunales Wahlrecht geben, bin ich bereit.“

Die Tatsache, dass die in Deutschland lebenden Nicht-Union-Bürger zwar die gleichen gesellschaftlichen Pflichten zu leisten haben, wie Steuern und Sozialabgaben zahlen, ihnen aber das Recht auf politische Beteiligung verwehrt wird, verstärkt das Empfinden der Benachteiligung. Hinzu kommt die Stigmatisierung als „Ausländer“ - auch nach jahrzehntelangem Aufenthalt in der Bundesrepublik und trotz der Möglichkeit, die deutsche Staatsbürgerschaft anzunehmen. Dies bestätigte eine im Schulwesen tätige Befragte: „Mein Mann z. B. lebt seit 20 Jahren in Deutschland und der sagt: ‚Wenn ich jetzt meinen Pass abgebe, bin ich auch kein Deutscher – ich möchte nicht meinen Pass abgeben.‘ Aber, das ist ungerecht, dass er nicht wählen darf. Er zahlt genauso seine Steuern. Obwohl gesellschaftlich, staatlicherseits, wird sich schon bemüht, so Minderheiten zu integrieren. Das ist nicht so das dringendste Problem und es ist sowieso kein Geld da. Wir haben schon viel mit Arbeitslosen und Sozialschwachen zu tun, alles so ein Zeug und immer irgendwelche Ausländer hinten dran und irgendwelche andere Minderheiten.“

b) (Aus-)Bildung und Arbeitsmarkt

Probleme, wie mangelhafte Deutschkenntnisse, fehlende Angebote an Förder- und Deutschunterricht, Schulverweigerung und mangelhafte Sensibilisierung des Lehrpersonals für Erfahrungen von Diskriminierung bzw. Rassismus an Schulen, prägen auch im Bezirk Mitte die bildungspolitische Situation. Die Leiterin einer Jugendsozialeinrichtung, in die zu 80% Jugendliche mit dem Migrationshintergrund Türkei kommen, meinte dazu: „Da muss mehr getan werden, weil sie sind meistens mit türkischen Jugendlichen in den Klassen, also, es gab sogar mal in den Grundschulen getrennte Klassen. Also, türkische Schüler durften nicht mit deutschen Schülern in einer Klasse sein, und dementsprechend haben sie nicht so gute Deutschkenntnisse gehabt und dann auch keine guten Empfehlungen. Die meisten sind auf Gesamtschulen gegangen, wo sie auch nur Hauptschulabschluss bekommen haben oder überhaupt keinen Abschluss. Schulisch muss mehr gefördert werden, weil ich sehe, hier sind ganz viele Jugendliche, die sind in der neunten oder zehnten Klasse, die gehen kaum zur Schule, es sieht so aus, dass sie überhaupt keinen Abschluss kriegen, und dann werden sie auch keine Lehre oder so machen können, und dann werden sie arbeitslos dastehen. Ohne Ausbildung kriegt man ja in Deutschland gar nichts. Es ist wichtig, dass da mehr getan werden muss von der Schule aus. Da muss einfach mehr geguckt werden und auch Förderunterricht, oder weiß ich nicht. Die Lehrer müssen da mehr wissen, was man da machen kann. Viele gehen kaum zur Schule. Die, die auf den Hauptschulen sind, die haben ja überhaupt keine Lust mehr, in die Schule zu gehen. Wenn ich dann deren Zeugnisse sehe - manchmal kommen die nur mit Fünfen und Sechsen - kann ich mir gar nicht vorstellen, die sind auch nicht dumm. Die sind zum Teil so was von intelligent, wenn man sich mit denen hinsetzt und unterhält, dann denke ich mir, wie kommt das? ‚Ich habe überhaupt keine Lust, mehr als vier Stunden in der Schule auszuhalten‘, ist dann die Antwort. Und da kann man meistens auch nicht mehr nachhelfen, wenn sie schon so weit sind, in der neunten und zehnten Klasse und haben so ein Zeugnis - der beste Nachhilfeunterricht nützt da nichts mehr. Das ist dann zu spät.“

Als weitere Form der Diskriminierung werden fehlende Anstrengungen genannt, beispielsweise die Verwaltung, trotz sozial angespannter Lage, gezielt für MigrantInnen als Ausbildungs- und Arbeitsplatz zu öffnen, damit sich in den Strukturen die Bevölkerung in ihrer tatsächlichen Vielfalt auch widerspiegelt. Das kritisierte u.a. ein in der Integrationspolitik tätiger Befragter:

„Aber dadurch, dass man ihnen keine Aussicht auf Übernahme in öffentlichen Diensten eröffnen kann, ist es schwierig und wird es nicht gemacht. Ich finde es falsch, ich finde, wir haben z. B. in Wedding so und so viele türkische Abiturienten und 60% davon schaffen es dann auch wirklich, Abitur zu machen, ein vernünftiges Abitur hinzukriegen. Und ich finde, dann sollten die sagen: entscheidet euch für einen Verwaltungsberuf, entscheidet euch, in die Verwaltung zu gehen, die Gründe, die dafür sprechen, sind die und die, dann würden wir auch unsererseits die Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen und wenn es denn noch geht, euch übernehmen. Aber die erleben ja immer und immer wieder, dass die in der Verwaltung Ausgebildeten nicht übernommen werden. Also, dass sie diesen Faktor gar nicht darstellen können, den sie eigentlich in der Verwaltung bilden könnten, nämlich die Bevölkerungsstruktur echt widerspiegeln, die die Deutschen nicht treffen.“

Die bereits zitierte Leiterin einer Jugendsozialeinrichtung berichtete von rassistisch wahrgenommenen Diskriminierungen Jugendlicher mit Migrationshintergrund auf dem Arbeitsamt:

„Und bis hin zu Benachteiligung, wo sie Rassismus vermuten, das ist zum Beispiel sehr oft, wenn sie zum Arbeitsamt kommen und sagen, ich möchte eine Stelle haben und dann war auch eine Schilderung: ‚Der Bearbeiter hat das dann eingegeben und in dem Moment, wo ich schreiben wollte, seinen Bildschirm weggedreht und hat gemeint, gut, das sind alles Stellen, aber die sind für Leute, die arbeiten wollen.‘ Und ganz egal, wie das jetzt wirklich gemeint war, ob der Bearbeiter jetzt auch schon schlechte Erfahrungen mit dem

Jugendlichen gemacht hat, sie werden das immer als Ablehnung aufgrund ihrer Herkunft empfinden.“

Eine Sozialpädagogin mit dem Migrationshintergrund Türkei berichtete, dass MigrantInnen auf dem Arbeitsamt und bei der Arbeitsplatzsuche auch rassistisch motivierte Benachteiligungen spüren:

„Das ist immer partiell, dass, wenn ein Mädchen kommt und beim Arbeitsamt war und dann völlig runtergemacht worden ist, dann ist das wie oft das Thema und dann ist es unklar, war das jetzt schlecht behandelt, weil der Entsprechende einfach nicht professionell genug arbeitet oder weil er ausländerfeindlich arbeitet, weiß man nicht. Das kommt schon so, wenn die vom Arbeitsamt kommen oder Telefonate führen oder auch Kontakt zum Sozialamt, solche Dinge sind immer verfärbt mit einer gewissen Haltung zum Ausländer.“

Die Sozialpädagogin schilderte einen konkreten Fall dieser Diskriminierung im Ausbildungsbereich:

„Wir hatten ein Mädchen, das hatte auch keinen so super Aufenthalts-Status, dann wurde sie lange hin und geschoben, bis jemand eine Entscheidung fällen wollte, dass sie eine Ausbildung machen darf. Es war ein zäher Weg. Sie hatte dann ein Praktikum an einem Krankenhaus gemacht und wurde auch sehr gut beurteilt, war beliebt auf der Station, wurde auch ihr bescheinigt, dass sie befähigt wäre für diesen Bereich. Und dann wurde sie zum Vorstellungsgespräch eingeladen und es klang durch, sie würde abgelehnt, weil sie Ausländerin ist. Ich gebe das weiter, was ich gehört habe. Diese Leitung, die das entscheidet für diese Ausbildung würde sich immer schon an ausländische Namen halten, wenn das ein ausländischer Name wäre, weg damit. Dann haben wir uns eingeschaltet. Dann gab es eine fette Diskussion zwischen den Leitungsebenen und den Leuten aus der Station, die dem Mädchen bescheinigt hatten, sie ist gut und wir wollen, dass sie diese Ausbildung macht. Sie ist Abiturientin und passt auch nicht zu dem Klischee ‚schlecht ausgebildete Ausländerin‘. Also, sie hatte alle Qualifikationen, war sogar überqualifiziert. Dann gab es intern Stress. Sie hat die Ausbildung jetzt angefangen, und das war knallhart, wenn wir gemeinsam nicht dafür gekämpft hätten, hätte sie die Ausbildungsstelle nicht bekommen. Und auch schon dieser Anspruch, dass sie eine Ausbildung machen durfte, weil sie eben einen schwierigen Aufenthaltsstatus hat, war schon so schwierig. [] Wir werden sehen, wie sich das weiterentwickelt in diesem Krankenhaus. Ein renommiertes großes Krankenhaus in Mitte.“

5.3.3. Verwaltung und Behörden

Im Hinblick auf die Definition von institutionellem Rassismus als Phänomen zwischenstaatlicher sowie innergesellschaftlicher Macht- und Gewaltverhältnisse wird deutlich, dass die strukturelle Benachteiligung „ethnischer“ Minderheiten sich nicht nur in der Ausländergesetzgebung widerspiegelt. Diese gesetzlich verankerten Machtverhältnisse werden darüber hinaus vereinzelt durch AutoritätsträgerInnen in den jeweiligen behördlichen Einrichtungen ausgenutzt. So kommt es nicht selten vor, dass die eigene Überlegenheit, die sich in ihrer Position als Entscheidungsbefugter ergibt, gegenüber dem als unterlegen angesehenen Gegenüber ausgespielt wird. Das heißt, zumeist sind es MigrantInnen oder an den gesellschaftlichen Rand gedrängte Minderheiten, wie beispielsweise so genannte Behinderte oder Obdachlose, die bei Behörden mit Arroganz, Erniedrigung oder Entmündigung konfrontiert werden.

Die meisten Beispiele für institutionellen Rassismus waren bei der Auswertung auf Erfahrungen bei den Sozialämtern im Großbezirk Mitte und auf die Ausländerbehörde zurückzuführen.

a) Sozialämter

Der Umgang mit MigrantInnen, vor allem mit Flüchtlingen, in den Sozialämtern in Mitte wurde von einigen Befragten als unmenschlich bzw. rassistisch beschrieben. So wurde Asylsuchenden der Anspruch auf ihnen zustehende Leistungen (beispielsweise Bargeld) verweigert bzw. wurden sie mit Abschreckungsmaßnahmen konfrontiert. Diese

Diskriminierungsformen bzw. direkte rassistische Äußerungen wurden gerechtfertigt mit der Unterstellung, dass es sich bei den Asylsuchenden um „Sozialschmarotzer“ bzw. „Wirtschaftsflüchtling“ handle. Ein Befragter, der sich für die Rechte von Flüchtlingen einsetzt, bestätigte die eingangs zitierte Kritik des Flüchtlingsrats am Bezirk Mitte in Bezug auf die restriktive Auslegung des Asylbewerberleistungsgesetzes durch das Sozialamt: „Der Bezirk Mitte ist berühmt und bekannt für sein Sozialamt, d.h. Sozialämter - ob Wedding, Tiergarten oder Mitte. Für Flüchtlinge, die nach dem Asylbewerberleistungsgesetz eigentlich Unterkunft und Verpflegung kriegen bzw. auch Bargeld kriegen, das einzige Bezirksamt ist Mitte, das die Weisung vom Senat verweigert. [] Mitte macht eine Anhörung mit dem Betroffenen. Die unterstellen demjenigen, wenn er sagt, ich bin eingereist, um hier einen Asylantrag zu stellen, um hier in Sicherheit zu leben und, und, und. Dann wird die Frage gestellt: ‚Und wie willst du hier leben?‘ Wenn er die Frage dann beantwortet, dass er ja hier arbeiten wird, dann wird interpretiert: ‚Aha, du bist hier wegen Arbeit und nicht, weil du Flüchtling bist bzw. weil es in deinem Land Bürgerkrieg gibt oder du nach Deutschland geflüchtet bist aus politischen Gründen. [] Und es wird ihm unterstellt, dass er nach Deutschland gekommen ist, um Sozialhilfe zu beziehen. Es gibt diese Zuzugsregelung, d.h. jeder, der Deutschland betritt bzw. wenn Tiergarten, Mitte zuständig für ihn ist, der ist da, um Sozialhilfe zu beziehen. Und da leben bestimmt mehrere hundert Leute auf der Straße, weil sie vom Bezirksamt Mitte nicht untergebracht werden.“

In Bezug auf das Sozialamt Tiergarten berichtete ein politisch engagierter Gesprächspartner auch von bewusst rassistischen Äußerungen von MitarbeiterInnen:

„Ich kriege mit, wie Sozialamtsmitarbeiter über Ausländer reden in einer fürchterlichen Form. Und ich kriege es mit, wie Sozialhilfeempfänger untereinander Sozialneid entwickeln, das ist natürlich auch ganz klar rassistisch dann. Im Sozialamt Tiergarten habe ich so meine Haupteinfahrung gemacht. [] Ich kenne bloß so die Flurgespräche oder Kantinengespräche von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Sozialamtes, wo sie dann sagen: ‚Die Schweine, denen zeigen wir es mal!‘“

MigrantInnen werden auf einzelnen Ämtern immer noch konfrontiert mit dem Bild des „Gastarbeiters“, dessen Aufenthalt in der Bundesrepublik lediglich vorübergehend ist. Die Tatsache, dass sie den Großteil ihres Lebens in Deutschland verbracht haben und hier ihre Heimat verorten, wird von SachbearbeiterInnen zum Teil in überheblicher Art und Weise ignoriert, wie ein Jugendlicher mit Migrationshintergrund erzählte:

„Die Frau meinte, ob ich nicht Lust habe, in Holland oder Dänemark zu arbeiten irgendwie. Sie sind doch schon mal umgezogen, dann können Sie doch noch mal umziehen. Hab ich sie gefragt, ob sie klarkommt und ihr gesagt, ich habe mir das auch nicht ausgesucht herzukommen, ich war noch ein Kind.“

Der Mitarbeiter eines antirassistischen Projektes schilderte ähnliche Erfahrungen: „Ich lese auswendig aus dem Bescheid: ‚Um Unzulänglichkeit in Ihrer Wohnung zu vermeiden, empfehlen wir Ihnen eine Heimatrückkehr.‘ Diesen Bescheid bekam eine alleinstehende Frau mit Kindern, also eine Familie, die zur Hälfte die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt! Nur vom Namen her war die Vermutung, dass der Geburtsort die Türkei ist.“

b) Ausländerbehörde

Die Berliner Ausländerbehörde ist keine Einrichtung des Bezirks Mitte, sondern untersteht dem Senat. Es macht aber Sinn, sie an dieser Stelle zu berücksichtigen, da sie als stadtweite Einrichtung das Bild in Berlin-Mitte nicht unwesentlich prägt. Das bestätigten auch zahlreiche GesprächspartnerInnen, die rassistische Praxen in der Ausländerbehörde thematisierten. So schilderten zwei Jugendsozialarbeiter folgende Erlebnisse:

„Das Schlimmste und Menschenentwürdigendste ist die Ausländerbehörde. [] Die Sprüche bei der Ausländerbehörde [] und dann wird dem Jugendlichen gesagt, ich war da mit ihm, [wegen dem] Militärdienst. Er wollte auf jeden Fall einen Stempel bekommen, damit er keine Angst hat, nicht wieder zurück zu dürfen oder so. Und da meinte der: ‚Zum Militär?‘ Das begrüßt er ja, seinen Entschluss. Und der Typ wollte nicht unbedingt zum Militär, aber

musste. ‚Da wird endlich mal ein vernünftiger Mensch aus dir.‘ ‚Sagen Sie mal, wissen Sie, wie es abgeht beim türkischen Militär?‘ Also, nur in die Richtung: ‚Das ist doch egal, da lernt er mal Zucht und Ordnung!‘“

„Oder mein Erlebnis mit XY. Da ging es auch um eine Verlängerung. Der hat so kleine Straftaten gehabt und das heißt ja immer, die müssen alle paar Wochen, Monate antanzen und kriegen nur drei Monate oder sechs Monate. Und die Sachbearbeiterin hat diesen Jugendlichen ganz aggressiv behandelt und mich nett. Hat auch immer gesagt: ‚Solche wie dich brauchen wir hier nicht! Du müsstest ausgewiesen werden!‘ Und natürlich reagieren solche Jugendliche. Ich ja auch, ich würde der ins Bein beißen. Also, immer solche Sachen, ihnen zeigen, ‚du gehörst hier nicht hin‘, und ‚du müsstest am besten ausgewiesen werden‘ und ‚du bist kriminell‘ und ‚so etwas wollen wir nicht‘ und ‚du bist schlecht‘. [] Und wir hatten vor kurzem ein Pärchen, die waren echt, also ich habe es so empfunden, die waren suizidgefährdet. Die waren beide fertig. Die Frau war Deutsche und der Junge war ..., und der hat trotz Heirat und ähnliches immer einen Dreimonatsstempel bekommen. Wo es einfach falsch war, die machen Sachen bewusst falsch. Dann haben wir eine Beratungsstelle, [] die haben dann sofort da angerufen und haben gesagt: ‚Was ist das hier?‘ Und konnten dann wahrscheinlich auch Paragraphen benennen und blabla. Und dann kam am anderen Ende: Es täte ihnen tierisch leid. Es war ein Fehler und so. Und ich unterstelle, das wird wissentlich so gemacht. Wissentlich, um die Leute zu vergrätzen, dass sie hier sind. Also, was da abgeht. Oder der eine, der jetzt einen Dreimonatsstempel bekommen hat, der seine Ausbildung verloren hat, und all so etwas.“

c) Polizei

Einige GesprächspartnerInnen berichteten von rassistischer Diskriminierung durch PolizeibeamtInnen. Ein Jugendsozialarbeiter, der im Stadtteil Mitte in der offenen Jugendarbeit tätig ist, erzählte:

„Die Jugendlichen haben davon berichtet, dass sie kontrolliert werden, dass sie sich während dieser Kontrollen unfair behandelt fühlen, d.h. also 3,4,5,6 mal am Tag kontrolliert werden. Aber auf der anderen Seite auch die Art und Weise, da waren Sprüche wie: ‚Wenn ich was zu sagen hätte, dann wärt Ihr sowieso nicht mehr hier, sondern schon lange zurück geschickt worden.‘ Es ging natürlich gerade dann um Jugendliche nichtdeutscher Herkunft, die dort diesen Äußerungen einfach ausgesetzt waren. Bis dahin, dass Jugendliche auch von - ich sag mal nicht brutal - man geht immer so gerne in die Extreme gleich, das möchte ich umgehen, aber schon sehr rabiast im Umgang bei Festnahmen oder wenn jemand zur Personalienfeststellung mit aufs Revier genommen wurde, also auch eine sehr handgreifliche Auseinandersetzung passiert ist. Dies war eine Entwicklung, die basierte so ein wenig auf dem Hintergrund des New Yorker Modells.“

[New Yorker Modell: „Zero Tolerance“, d.h. also keine Toleranz auch Kleinkriminalitäten gegenüber.]

Der Gesprächspartner beschrieb, dass migrantische Jugendliche oft unter ein so genanntes „Täterprofil“ fallen, was als Stigmatisierung und Diskriminierung empfunden werde:

„Es sind Jugendliche Nichtdeutscher Herkunft, d.h. auch die vom Äußeren her klar zu erkennen sind, dunkle Haare, dunkle Haut dunkle Augen. Die zum Teil auch nur schlecht deutsch sprechen. Und damit für die Polizisten als eine Tätergruppe, mögliche Tätergruppe, in Frage kommen, die kontrolliert werden. Es ist ja auch so, dass sich einige dieser Menschen nicht auf einem legalen Hintergrund hier aufhalten. D.h. es gibt dann auch welche, die haben eine Aufenthaltsgenehmigung für Brandenburg und nicht für Berlin, sind aber als 16, 17 jährige die Einzigen aus ihrem Familienkreis, die dann in Brandenburg wohnen und kommen dann nach Berlin, um hier bei ihrer Familie einfach zu sein. Und auf der anderen Seite sagt die Polizei zu dieser Tätergruppe: ‚Wir haben ein Täterprofil. Wir haben Zeugenaussagen bzw. auch Aussagen von Beschädigten, die ganz klar sagen - es war ein südländisch aussehender Mensch, der mich hier überfallen hat.‘ Und daher werden diese Täterprofile erstellt. Diese Aussage haben wir dann auch von der Polizei direkt. Und dadurch kommen diese Kontrollen in dieser Personengruppe auch verstärkt, nach Aussagen

von der Polizei. Auffällig ist dabei, dass junge deutsche Frauen, die im direkten Umfeld dabei sind, nicht kontrolliert werden, überhaupt nicht kontrolliert werden. Was natürlich bei vielen Jugendlichen, die auch nichts gemacht haben und auch nichts machen wollen, bitteres Aufstoßen und das Gefühl der Diskriminierung hinterlässt.“

Die Mitarbeiterin eines interkulturellen Mädchenzentrums berichtete von einem konkreten Fall, wo PolizistInnen einer Schülerin mit Migrationshintergrund die Hilfe verweigerten: „Sie hatten Bundesjugendspiele, und da gab es heftige Kämpfe zwischen Schülern, die sich fast halb tot geschlagen haben. Und dann sind Polizisten vorbei gegangen. Sie hat sie um Hilfe gebeten. Und die haben die Hilfe quasi verweigert. Wenn ihr euch tot schlagt, seid ihr selber schuld. So war der Satz nicht, aber sinngemäß so. Und das ist schon eine eindeutige rassistische Äußerung.“

Ein Migrant aus Tiergarten berichtete anhand eigener Erfahrungen, dass er aufgrund seines im rassistischen Sinn „nichtdeutschen“ Aussehens immer wieder unter den Verdacht falle, kriminell zu sein:

„Die Polizisten gehen ja oft davon aus, dass man halt als Ausländer eine erhöhte Kriminalitätsbereitschaft hat; gehen oft davon aus. Es ist mir passiert [] na, sagen wir im Jahr hochgerechnet werde ich zwanzigmal von der Polizei nach meinem Ausweis gefragt. Weil die vielleicht entweder die Vermutung haben, dass ich illegal in Deutschland bin, dass ich vorbestraft bin oder irgend solche Sachen. Ich habe ein reines Führungszeugnis mit keinem einzigen Eintrag.“

Auch sei die Art des Umgangs bei diesen Kontrollen entwürdigend:

„Und die Art, mit der Person zu reden, ist auch diskriminierend. Schon dass ein Polizist mich duzt, und ich ihn sieze. Ich bitte ihn, mich zu siezen, aber das macht er nicht.“

Ein Jugendsozialarbeiter aus Wedding stellt insgesamt aber auch eine positive Veränderung fest:

„Also, die Polizei, denke ich, hat sich da sehr verbessert. Mit den Kontaktbereichsbeamten, mit denen wir ja immer wieder zu tun haben, gibt ja auch immer wieder Jugendliche, die immer wieder straffällig werden.“

6. Antisemitismus in Mitte / Tiergarten / Wedding

6.1. Einführung

Antisemitische Einstellungen sind Thema der Medien wie der wissenschaftlichen Diskurse. Zahlreiche empirische Studien messen immer wieder hohe Einstellungsmuster. Ein Beispiel dafür stellt die Untersuchung von Brähler und Niedermayer¹⁶² aus dem Jahre 2002 dar. In einer repräsentativen Untersuchung in Deutschland kamen sie zu folgenden Ergebnissen:

- Insgesamt 28% der Befragten stimmten der These zu, dass der Einfluss der Juden in Deutschland heute noch zu groß sei. Mit „teils/ teils“ positionierten sich diesbezüglich 32% der Befragten. Nur 40% lehnten die These ab. Im Ost/West Vergleich stimmen 31% der Ostdeutsche und 14% der Westdeutschen dieser These zu. In Ostdeutschland bedeutet das Ergebnis gegenüber einer Untersuchung von 1998 eine Zunahme von 14% auf 31%.
- Ein weitere These in der Untersuchung lautete: „Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen.“ Mit „stimme zu“ votierten 23% der Befragten, „teils/teils“ meinten 30%, mit Ablehnung reagierten 47%.
- Die nächste These lautete: „Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns“. „Stimme zu“ meinten 20% der Befragten, 50% lehnten ab und 30% waren mit „teils/teils“ unentschlossen. Im Ost-West Vergleich zeigen sich auch hier deutliche Unterschiede. Von den Ostdeutschen stimmten 22% der These zu, von den Westdeutschen 8%.

Die Relevanz des Themas zeigen auch die Daten des Verfassungsschutzes für die Stadt Berlin.¹⁶³ Leider liegen die Ergebnisse für 2003 der Öffentlichkeit noch nicht vor. Das Jahr 2002 zeigte jedoch eindeutige Trends. So steigt die Anzahl der antisemitisch motivierten Straftaten von 106 Delikten im Jahr 2001 auf 226 Delikte im Jahr 2002. Die Zahl hat sich somit verdoppelt. Interessant ist auch der Blick auf die davor liegenden Jahre:

Anzahl der Straftaten mit antisemitischer Motivation in Berlin

Jahr	1998	1999	2000	2001	2002
Anzahl	106	59	56	106	229

Die Statistik zeigt einen kontinuierlichen Anstieg der Straftaten seit 1999.

Unter den Straftaten nehmen antisemitische Propagandadelikte eine hervorgehobene Position ein. Auch hier zeigt die Statistik einen eindeutigen Trend:

Anzahl antisemitischer Propagandadelikte in Berlin

Jahr	1998	1999	2000	2001	2002
Anzahl	12	9	7	16	63

Von 2000 bis 2002 hat sich die Anzahl der antisemitischen Propagandadelikte immerhin um den Faktor 9 multipliziert. Besondere Bedeutung habe nach Aussagen des Verfassungsschutzes dabei das Internet gespielt.

Diese und eine Vielzahl weiterer Studien belegen die Relevanz des Themas Antisemitismus. Im Rahmen dieser Studie fragen wir nach Auswirkungen, ideologischen Ausrichtungen und Tätergruppen antisemitischer Handlungen im konkreten Fall von Berlin Mitte. Diese Fragen versuchen wir, wie nachfolgend formuliert, beschreibend zu beantworten. Besondere

¹⁶² Vgl. Elmar Brähler / Oskar Niedermayer 2002

¹⁶³ alle folgenden Daten aus: Senatsverwaltung des Inneren (Hrsg.); Berliner Verfassungsschutzbericht 2002; Berlin 2003

Bedeutung spielte dabei die Beachtung der Perspektive von Juden und Jüdinnen über ihr Leben im Bezirk.

6.2. Antisemitische Vorfälle

Vor dem Hintergrund dieser Statistiken haben wir versucht, auf Grundlage unserer Experteninterviews und mittels der gezielten Abfrage von Erfahrungen der Juden und Jüdinnen im Bezirk Hintergründe zur örtlichen Situation zu erlangen. Mit dieser Methode gelingt es, Auskünfte über die Art der Vorfälle, potentielle ideologische Herleitungen des Antisemitismus, generelle Tätergruppen, die Folgen dieser Taten und die Verhaltensweise Dritter zu erlangen. Es ist jedoch nicht möglich, ein Auskunft über die Größe des Problems zubekommen. Dazu wäre eine gesonderte Studie nötig, die wiederum diese Studie als Grundlage zur Entwicklung des Forschungsdesigns benötigte.

a) Phänomologie der Vorfälle

In unserem Leitfaden haben wir im Sinne unseres Forschungsansatzes eine bewusst offene **Frage nach der Kenntnis über „Vorfälle mit antisemitischem Hintergrund“ gestellt**. Vor allem unsere jüdischen GesprächspartnerInnen konnten aus der Perspektive der direkt Betroffenen zu dieser Frage konkrete Angaben machen. Unser Datenmaterial beschränkt sich aber nicht auf diesen Personenkreis. Der Begriff „Vorfälle“ ermöglichte dabei auch die Aufzählung strafrechtlich nicht relevanter Handlungen.

Das Spektrum der genannten Vorfälle erstreckt sich von verbalen Auseinandersetzungen, über Mobbing-Vorfälle, zur gezielten psychischen Einschüchterung bis hin zur offenen Gewalttat. Hinzu kommen Propagandadelikte. Die Palette dieser Vorfälle soll mittels vorhandener Beispiele skizziert werden:

• Verbale Vorfälle

Das Spektrum der verbalen Vorfälle umfasst Handlungsformen der Verweigerung genauso wie Sprüche im Alltag bis hin zu offenen Beschimpfungen mit antisemitischem Inhalt und Hintergrund.

Viele Vorfälle im Bereich der verbalen Auseinandersetzungen wurden im Jugendbereich bekannt. In einer Schule hieß es zum Beispiel:

„Und z. B. haben wir auch damit zu tun, dass Fälle waren, dass sich Schüler weigerten, irgendetwas in Deutsch zulesen, weil das Wort ‚Juden‘ darin vorkommt.“

Der Junge mit Migrationshintergrund, der der deutschen Sprache mächtig sei, habe sich standhaft geweigert „dieses“ Wort auch nur in den Mund zu nehmen.

Andere Jugendliche nehmen hingegen den Begriff sehr wohl in den Mund. Ein jüdischer Schüler berichtete aus dem Bereich Sport:

„Die Schulmannschaft kam aus dem Wedding. Da ging das schon im Spiel los. Wir hatten sogar zwei Polizisten mit, die an unserer Seite standen; aber sich nicht wirklich dafür interessiert haben. Da ging das schon los, da haben sie uns beleidigt und angemacht und angemacht [] Vor dem Spiel habe ich mich so aufgewärmt. Die haben mich gefragt: ‚Bist Du Jude?‘ Da habe ich gesagt: ‚Ja!‘ Die haben dann gesagt: ‚Du scheiß Jude, wir werden sehen, was Dir im Spiel passiert.‘ Das war auch demütigend. Weil alle haben auch gelacht, als der so auf den Hinterkopf geschlagen hat und gesagt hat: ‚Du Jude!‘ Und alle haben angefangen zu lachen. Schon Heftig.“

Das Bild dieses Jugendlichen wurde bestätigt durch einen Erwachsenen, der die Jugendlichen zum Sport begleitete. Er nahm die Situation wie folgt wahr:

„Man hat das schon mitgekriegt. Ich kann mich noch an Situationen erinnern mit den Jugendlichen, wenn wir auf dem Fußballplatz waren. Da wurde das dann; also das war eine zeitlang; da wurde das viel: ‚Du Jude, Du Jude!‘ Das wurde dann immer als Schimpfwort benutzt.“

Von einer ähnlich offenen Form des Antisemitismus berichtete ein Mann, der in Mitte den Bus bestieg, um zu einem größeren Fußballspiel zu fahren:

„Ich bin mit einem Freund zum Fußballspielen gefahren und wir saßen oben im Bus. Da waren drei [] und die haben meinen Davidstern gesehen. Und bevor sie ausgestiegen sind, hat der eine zu dem anderen gesagt: ‚Ja, ich hätte jetzt Bock jemanden zusammenzuschlagen!‘ Und der andere erwiderte sofort: ‚Am besten einen Juden!‘ Und haben mich direkt angeguckt, sind dann rausgegangen und haben ganz laut geschrien: ‚Ja, wir werden sehen!‘ Der ganze Bus hat diese Jungs so angeschaut. Ich fand es sehr heftig und habe sofort meinen Davidstern versteckt, damit es keiner mehr sieht.“

Zu dieser sehr offenen Form des Antisemitismus gehören auch die Aussagen einzelner Personen, die beruflich mit Jugendlichen arbeiten. Ein Teil von Ihnen wusste zu berichten, dass der Ausdruck „Jude“ besonders unter Jugendlichen mit arabischem Hintergrund ein gängiges Schimpfwort sei. Andere bestritten dieses vehement bzw. erklärten, dass es ihnen nie aufgefallen sei, während ihnen andere Schimpfworte sehr vertraut seien. Vermutlich bezieht sich die Wahrnehmung auf einzelne Gruppen von Jugendlichen und kann nicht als allgemeines Phänomen begriffen werden. Gleiches dürfte auch für eine Einzelwahrnehmung gelten, in der eine Person von gängigen sogenannten „Judenwitzen“ berichtete, die gezielt antisemitisch aufgeladen seien bzw. mit NS-bezogenen Vernichtungsgedanken spielten.

Neben diesem offenen Antisemitismus wurde über eine Vielzahl subtilerer Formen berichtet. Ein Mann erzählte von Rundgängen durch das Scheunenviertel in Berlin wie folgt:

„Das passiert schon mal [], dass Leute mit so einem bestimmten Tonfall fragen – aber, das ist mehr eine Sache, die atmosphärisch ist: ‚Was denn hier den Juden gehört?‘ Also, die Leute würden nie nachfragen, ob die Hausbesitzer evangelisch oder katholisch sind. ‚Was gehört denn jetzt Juden hier?‘ Oder: ‚Wie viel war denn hier jüdischer Besitz?‘ Das kommt schon vor.“

In dieser Aussage ist die Verbindung zwischen Juden und dem Aspektbündel Geld / Besitz subtil angelegt und nicht sofort offen erkennbar. Er zeigt sich in seiner antisemitischen Ausformung tatsächlich im nicht vorhandenen Vergleich mit z. B. Protestanten oder Katholiken, die an dieser Stelle zumindest nicht mit demselben Aspekt Geld / Besitz, einem klassischen antisemitischen Stereotyp, in Verbindung gebracht werden. Dieser Aspekt wird an späterer Stelle, wenn es um Stereotype geht, noch ausführlicher dargestellt.

- **Mobbing**

Ein methodisches Problem bei der Skizzierung von Vorfällen ist die fehlende Möglichkeit der Verifizierung des ideologischen Hintergrundes, wenn der Täter unbekannt ist. Ein Beispiel dafür ist der folgende Vorfall, der von einem jungen Juden geschildert wurde:

„Mein Opa wohnt im Wedding und ist Gott sei Dank heil. Mein Opa hängt ein Mesusa an die Tür, eine längliche Schachtel, in dem ein Gebet aufgeschrieben ist – ziemlich mutig, so etwas zu machen. [] Deswegen ist es auch schon öfter passiert, dass Müll in Mülltüten vor seiner Tür lagen, die mein Opa dann runtertragen muss. Das ist traurig, wenn man den alten Menschen dann sieht.“

Ob dieser Mobbing-Fall tatsächlich antisemitisch begründet ist, lässt sich von unserer Seite nicht endgültig klären. Andere Bewohner des Hauses klagten nicht über ähnliche Probleme, somit ist recht deutlich, dass zumindest gezielt der ältere Mann ins Visier genommen wird. Ob jedoch die benannte Option des Mesusa Ursache ist oder nicht, lässt sich nicht eindeutig beweisen.

- **Propagandadelikte**

Mehreren Personen ist an Häuserwänden immer wieder dieselbe Parole „TV-Judenfunk“ als Schmiererei aufgefallen. Über die Hintergründe des Schmierers wird nur spekuliert:

„TV-Judenfunk – aber das siehst Du fast in ganz Berlin. Aber das ist, glaube ich, auch nicht von Jugendlichen. [] Das ist immer die gleiche Handschrift. Ich habe das Gefühl, da zieht irgendjemand durch Berlin.“

Neben diesem klassischen Stereotyp berichteten unsere InterviewpartnerInnen auch von religiös definierten Graffitis. Ein Beispiel:

„Es sind Graffitis, die ich manchmal beobachten kann, so über die Überlegenheit des einen Gottes [] ‚Allah ist größer als Jesus‘ oder so etwas. Aber, na gut, das sind manchmal absurde Sprüche, andererseits zeugen sie von Naivität, Frust rauslassen, indem man so was schreibt oder ‚Juden raus!‘ Oder so etwas.“

Ähnliche Aussagen wurden auch an den Toilettentüren der Humboldt-Universität entdeckt. Ein Student dazu:

„Fast alles, was man in der Stadt findet, findet man an der Uni noch mal.“

Vereinzelt finden sich auch gerade an prominenter Stelle der Stadtvergangenheit Symbole mit offensichtlich nationalsozialistischem Hintergrund:

„Da treffe ich mich in der Rosenstraße mit ... und sehe schon in zwanzig Meter Entfernung, dass also an der rechten Seite vom Denkmal, wenn man davor steht, wo die Hände von den Priestern sind, es war riesengroßes Hakenkreuz eingeritzt; richtig mit mehreren Strichen parallel nebeneinander, etwa zwölf Zentimeter hoch und gut erkennbar.“

Besonders im ursprünglichen Stadtteil Mitte mit seinen von Touristen bevölkerten Plätzen, die eine rege Aufmerksamkeit für Aktionen garantieren, kommt es immer auch zu gezielten Propagandadelikten. Eine der provokantesten antisemitischen Aktionen ereignete sich vor dem „Roten Rathaus“ in Berlin:

„Da hat jemand beim Roten Rathaus ein lebendiges Schwein ausgesetzt und diesem Schwein war auf dem Rücken ein Davidstern gemalt und in diesen Davidstern war Bubis reingeschrieben.“

Bubis war bis zu seinem Tode als ein führender Repräsentant der Juden und Jüdinnen in Deutschland immer wieder Zielpunkt von antisemitischer Hetze und Propaganda.

- **Physische Gewalt**

Offene physische Gewalttaten stehen oft am Ende einer ganzen Verkettung von Vorfällen und Interaktionen. Auch hier besteht das Problem, dass der antisemitische Hintergrund nicht immer endgültig bewiesen werden kann. Manchmal gibt es Indizien, die dafür sprechen. Seltener sind es subjektive Eindrücke. Wir dokumentieren an dieser Stelle Aussagen über physische Gewalttaten aus der Perspektive der Opfer, in diesem Fall aus Sicht von Juden

und Jüdinnen, und enthalten uns bewusst der Kommentierung, um die Aussagen für sich sprechen zu lassen. Eine endgültige Ein- bzw. Zuordnung verbietet sich in den meisten Fällen, da zu wenig Perspektiven recherchiert werden konnten. Trotzdem geben die Aussagen einen vielsagenden Eindruck zum Themenfeld an sich:

a)

Ein jüdischer Mann berichtete uns:

„Einem Freund, dem ist mal so etwas widerfahren: der wurde verprügelt, weil er Jude ist und Israel verteidigt hat, der zusammengeschlagen wurde. So viel ich weiß, wurde ihm ein Tuch über den Kopf gezogen, damit er den Täter nicht erkennt, und ganz viele Leute haben ihn zusammengeschlagen.“

Leider fehlen Aussagen über die konkrete Vorgeschichte, Täter etc.

b)

Ein Mann stellte seine Erfahrung dar:

„Ich habe so etwas letztes Jahr in der U-Bahn erlebt, dass man mich fragt: ‚Warum trägst du einen Hut, bist Du ein Scheiß-Jude?‘ Es war hier am U-Bahnhof Hansaplatz [] und ich musste fliehen. Es war Januar, dieses Jahr.“

c)

Aus dem Kontext der Schulen stammt folgendes Beispiel:

„Der Sohn von ... hat von uns allen eine Digitalkamera bekommen. Wir haben alle für ihn gesammelt. Und er hat einen jüdischen Freund besucht in Wedding vor drei, vier Monaten. Der hatte auch eine geschenkt bekommen, dann sind sie beide runter auf die Straße. Fünf Minuten. Dann waren die umzingelt von – fällt mit immer schwer, weil ich mich dann wie ein Rassist fühle, aber – ihrer Meinung nach türkischen Jungs, haben sie erst mal so angepöbelt, der ist der Freund von dem, also Jude, und haben ihm dann die Kamera weggenommen. Haben sie dann ein bisschen vermöbelt und sind dann gegangen. Mit den Kameras und hatten ihren Spaß.“

Dieses Beispiel zeigt anschaulich, wie schwer eine exakte und eindeutige Charakterisierung und Zuordnung von Vorfällen sein kann. Überwiegt der Aspekt des Neides um die Kamera oder der Aspekt des offenen Antisemitismus? Beide Punkte bedingen einander und sind eng miteinander verkoppelt.

d)

Eine Jüdin erzählte ein Beispiel aus ihrem Leben:

„In meinem speziellen Fall als Jüdin: ich habe damals die Synagoge ... regelmäßig besucht. Es gab Leute, die sind mir bis dahin nachgefolgt vom Wedding aus; die also mitbekommen haben, wo ich hingeh, wo ich mich Freitagabend und Samstagvormittag aufhalte; so dass da hat klar sein müssen, dass dort ein jüdischer Zusammenhang besteht. Was mir persönlich passiert ist: mir ist aufgelauert worden vor meiner Wohnung oder Haus, in dem ich wohnte. Ich bin tätlich angegriffen worden. Ich bin bespuckt worden.“

e)

Folgenden Fall erzählte uns ein älterer Jude aus unserem Bezirk:

„Sind sie jüdisch?‘ Hat einer gefragt. Ich sagte: ‚Ja, natürlich!‘ Dann hat einer meinen Hut genommen. Ich war mit zwei Damen gerade unterwegs, es war zehn Uhr abends. Einer hat meinen Hut genommen, ich wollte den zurückholen – das typische Spiel mit

jemand. Dann kam von irgendwo eine Faust in mein Gesicht, meine Brille gebrochen, meine ganz neue teure Brille; aber Gott sei Dank versichert. Glücklicherweise auch Plastik und nicht Glas, mein Auge war okay. Ich musste zum Krankenhaus, es musste genäht werden.“

Die Anzahl von fünf persönlich erlebten Gewalttaten ist angesichts der geringen Gesamtzahl von Interviews mit Juden und Jüdinnen eine erdrückende Größenordnung, die unbedingt weiterer Forschungen und Aufklärung bedarf.

b) Aussagen zu Tätergruppen und ideologischen Herleitungen

Bezüglich der bekannten antisemitischen Tätergruppen, die sich hinter den oben beschriebenen Vorfällen verbergen, wurden folgende soziologische Typen von den InterviewpartnerInnen charakterisiert:

- a) Personen, besonders Jugendliche mit palästinensischem oder anderem arabischen Hintergrund, vereinzelt auch mit dem Migrationshintergrund Türkei
- b) Deutsche Rechtsextremisten
- c) Deutsche Durchschnittsbevölkerung, vereinzelt mit christlichem Impetus

Sie sollen auf Grundlage unseres Datenmaterials beschrieben werden:

- a) Kategorie „Personen, besonders Jugendliche mit palästinensischem oder anderem arabischen Hintergrund“

Die überwiegende Mehrheit unserer InterviewpartnerInnen verband die genannten antisemitischen Vorfälle mit Personen mit palästinensischem oder anderem arabischen Hintergrund. Da unsere Auswahl an InterviewpartnerInnen jedoch keine repräsentativen Aussagen liefern kann, verbietet sich jegliche Einschätzung, ob antisemitische Vorfälle tatsächlich häufiger von diesem Personenkreis als von anderen Personenkreisen begangen werden. Wir können nur feststellen, dass nach der Wahrnehmung unserer InterviewpartnerInnen Personen aus dieser Bevölkerungsgruppe, das heißt kleine Teile der Gruppe, mit antisemitischen Vorfällen in Verbindung gebracht werden. Wir können mit dieser Methode keine Verifizierung von Aussagen über Zusammenhänge der Datenbestände „Antisemitismus“ und „Personen mit palästinensischem / arabischen Hintergrund“ liefern. Sehr wohl jedoch müssen wir zeigen, dass besonders aus der Sicht von Juden und Jüdinnen das Problem der antisemitischen Vorfälle schwerpunktmäßig mit dieser Gruppe verbunden wird. Immer wieder finden sich in den Beschreibungen der oben genannten Vorfälle Hinweise auf „bekannte Palästinenser“, „türkisch aussehende Menschen“, „arabische Jugendliche“ und ähnliche Zuschreibungen. In den Beispielen deuten sich sehr häufig argumentative Verweise auf den Nahostkonflikt an, der zur Begründung der antisemitischen Vorfälle angeführt wird. Diese Vorfälle können jedoch durch diesen Verweis weder gerechtfertigt noch erklärt werden. Der Nahostkonflikt kann nur als zeithistorische Folie des aktuellen Antisemitismus in Berlin gedeutet werden. Siehe dazu auch den Exkurs zum islamistischen Antisemitismus im Kapitel 2 - Definitionen.

- b) Deutscher Rechtsextremist

Eindeutiger ist die Zuschreibung der Gruppe „Deutscher Rechtsextremisten“, die jedoch im Verhältnis zur Kategorie a entschieden weniger häufig genannt wurde. Ein Beispiel möge eine solche Auseinandersetzung mit - wie der Interviewpartner sie bezeichnet - „rechtsextremen Skinheads vom Outfit her“ verdeutlichen:

„Das war in Berlin-Mitte, vor der Jüdischen Oberschule in der Großen Hamburger Straße. [] Wir stehen an diesem Stein [] und da biegt um die Ecke ein Neonazi, so in

völlig klassischem Outfit: Mit Glatze, angetrunken. [] Es war mittags um halb eins etwa und dieser Typ beschimpft mich antisemitisch, sehr lautstark: ‚Du dreckige Judensau!‘ Und: ‚Vergessen zu Vergasen!‘ Und so diese Platte kam dann. Es war so dann am Übergang, dass er tötlich werden wollte, und da kam ein anderer Neonazi um die Ecke, sieht das und nimmt den an die Hand und zieht den so leicht weg und sagt: ‚Nicht hier, hie ist es zu öffentlich. Lass sie in Ruhe.‘“

Dieser Personentyp wird mit einem NS-bezogenen Antisemitismus in Verbindung gebracht. Zum Teil zeigen sich diese Hinweise im Mantel moderner Kulturphänomene. So erlebte ein Autor diese Studie eine S-Bahnfahrt durch den Bezirk, in der offensichtliche „Hertha BSC Berlin“-Fans lautstark antisemitisches Liedgut der bekannten rechtsextremen Musikgruppe „Zillertaler Türkenjäger“ nachsangen; ein Phänomen, welches natürlich nicht bezirksspezifisch bedingt, sondern mit der mittigen Lage zusammenhängt.

c) Kategorie „Durchschnittsbevölkerung“ / Deutsche Mehrheitsgesellschaft

Am seltensten wurde ein schwer zu charakterisierender Typ des „deutschen Durchschnittsbürgers“ (Ein Interviewpartner) in Verbindung mit antisemitischen Vorfällen gebracht. Die vorliegenden Beispiele konzentrieren sich alle auf den Bereich des latenten bzw. versteckten Antisemitismus, der sich eher in verbaler, häufig spontaner Form äußert. Ein Beispiel:

„Ich selber habe auch mal erlebt, das betrifft jetzt nicht den Gedenkstein, sondern den Stein von Moses Mendelssohn, wo ich mit einer Pfarrer-Fortbildungsgruppe stand, deren Leiterin, eine Pfarrerin und Psychotherapeutin auch dabei war. Wir stehen an diesem Stein von Moses Mendelssohn und wir reden darüber. Dann mit den Steinchen und was die bedeuten, zur Erinnerung und so. Da kommt bei dieser Psychotherapeutin so ganz versonnen heraus: ‚Mein Großvater hat immer gesagt, dass sind die Steine, mit denen die Juden den Jesus ermordet haben.‘ Ich war so perplex, ich konnte gar nicht sagen: ‚Ich denke, der ist gekreuzigt worden.‘ Und von ihr kam auch keine Distanzierung und von der Gruppe von Pfarrern kam keine Distanzierung.“

Selbstredend lässt diese Beschreibung kein endgültiges Urteil über die ideologischen Vorstellungen der Pfarrerin zu; dennoch geben sie insbesondere bezogen auf den Großvater Hinweise auf Momente des Antijudaismus bzw. Antisemitismus. Zusätzlich liegt ein Hinweis vor, dass antijudaistische Positionen auch von VertreterInnen christlicher Kirchen im Bezirk bekannt seien. Eine Kommentierung dazu lautete:

„Die [] haben wirklich das ganz normale Repertoire des christlichen Antijudaismus drauf. Da scheint alles, was in den letzten dreißig Jahren in der [] Theologie gelaufen ist, noch nicht angekommen zu sein.“

Eine Verifizierung dieser Annahme war leider nicht möglich.

Eine andere Argumentationsform ist die Gleichsetzung von Juden und Jüdinnen mit dem Staat Israel von Seiten einzelner Personen der deutschen Mehrheitsgesellschaft. Dieses spiegelt sich beispielhaft in einer Aussage einer deutschen, in Berlin lebenden Jüdin wieder. Sie berichtete:

„Wenn ich mich dann mal klagend geäußert habe, meinen deutschen Mitbewohnern gegenüber, wie schwer es für mich ist dort zu wohnen. In dem Zusammenhang alleinstehende Frau sozusagen. [] Weil man als besonders schwach erlebt wird, wurde mir dann gesagt, dann soll ich doch nach Israel gehen. Da kommt man ja wieder in einen doppelten Konflikt, der einen einfach begleitet als jüdischer Mensch in diesem Land, sicherlich auch woanders, das Gefühl, man wird nicht gerne gehabt.“

Sobald man Schwierigkeiten hat, wird man auf der einen Seite darauf verwiesen, dieses Land zu verlassen. Und auf der anderen Seite wird einem die politische Situation in Israel, wohin man auswandern soll, gleichzeitig zum Vorwurf gemacht, wo man für das politische Geschehen eines Staates dort verantwortlich sei. Ich bin hier geboren und groß geworden, auch die ganze Familie ist deutsch wie nur irgendwas. Nicht um das herauszustellen, dass für mich auswandern genauso fremd vorkommt, wo ich mich natürlich an geschichtlich vergangene Zeiten erinnere, wo Menschen, die den gleichen Glauben hatten, wie ich eben auch, denen eine Rasse zugesprochen wurde, denen die Staatsangehörigkeit abgesprochen wurde. Und für mich ist diese Aufforderung, auszuwandern nach Israel, ist schon auch ein Stück abschwächen meiner deutschen Staatsbürgerschaft. Als sei die für mich weniger wert. Ich möchte dazu betonen, dass das nicht unbedingt Leute waren, die das böse meinten. Das empfinde ich schon als eine, sagen wir mal, latent antisemitische Haltung.“

Zwei Punkte sind hierbei besonders bedeutend:

Tatsächlich wird in diesem Beispiel von den MitbewohnerInnen eine Differenzierung zwischen einer Gruppe der „Juden“, deren Heimat Israel sei und einer Gruppe der „Deutschen“ durchgeführt. Juden werden darin quasi gedanklich „ausgebürgert“. So bekommt die Gruppe der „Juden“ einen gesonderten Gaststatus in Deutschland, der mit einer Abwertung der Rechte der Personen verbunden ist, die vielleicht tatsächlich nicht bewusst vollzogen wird.

Weiterhin wird auf eine Tendenz hingewiesen, Juden und Jüdinnen als VertreterInnen Israels zu sehen und sie somit für die Politik Israels verantwortlich zu machen. Dieses ist das verbindende Element in Sachen Antisemitismus, sowohl bezogen auf Teile der deutschen Mehrheitsgesellschaft, im rechten wie auch im linken Spektrum, als auch von Teilen der MigrantInnen, vornehmlich aus islamisch geprägten Ländern.

d) Querschnittsideologie

Die genannten Gruppen agieren nicht immer getrennt von einander, sondern verbinden sich über ihre Ideologie. Ein Beispiel dafür war die Erfahrung eines Interviewpartners bei der Durchführung eines Gedenkmarsches zum Jahrestag des 9. November. Er berichtete:

„Wir führen ja immer zum 9. November, zur Reichspogromnacht, unseren Gedenkmarsch durch und mittlerweile ist das ja eine Veranstaltung, die insbesondere über die Schulen getragen wird, und dass bei den Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund da schon eine gewisse Skepsis gegenüber diesem Tun vorhanden ist bis hin zur Ablehnung. Und das hat sich in den letzten drei Jahren noch verschärft. Während es vorher noch Getuschel war, wurde uns in diesem Jahr auch vom Straßenrand laut zu verstehen gegeben, wir sollen das lassen.“

Was ist genau geschehen und wo?

„In Moabit. Da gab es dann schon Zurufe: ‚Geht nach Hause‘, ‚lasst das sein‘, ‚schon wieder immer nur die Juden‘, ‚die machen das ja auch so‘ usw.“

Von Leuten mit oder ohne Migrationshintergrund?

„Sowohl als auch.“

Hier zeigt sich recht eindeutig, dass der Antisemitismus eine Ideologie ist, die sich quer durch unterschiedliche Bevölkerungsgruppen zieht.

c) Reaktionen von Dritter Seite auf Vorfälle

In den Beschreibungen der Vorfälle finden wir auch immer wieder Hinweise auf das Verhalten Dritter im Geschehen. Auch diese lassen sich zu gewissen Mustern clustern und beschreiben:

a) Muster 1: Hilfe und Bestürzung

Gerade von Seiten unserer InterviewpartnerInnen gab es vermehrt Hinweise, dass antisemitische Vorfälle nicht widerspruchsfrei von dritter Seite hingenommen wurden. Uns liegen Beschreibungen von LehrerInnen vor, die nach antisemitischen Vorfällen klärende Gespräche mit SchülerInnen und Eltern führten. Gleiches haben wir aus dem Kontext der Jugendarbeit kennengelernt. Manchmal bedurfte es der gezielten Sensibilisierung, Aufklärung und Ansprache, um ein entsprechendes Verhalten zu erzielen.

b) Muster 2: Wegsehen oder Nicht-Erkennen

Am schwierigsten zu deuten ist das Muster des Nichteingreifens. Eine Analyse verbietet sich, da diese Personen in der Regel nicht gezielt angesprochen werden können bzw. ihr Verhalten leugnen. So liegt uns entschieden zu wenig Material vor, um Aussagen über die Hintergründe treffen zu können. Eine Folgeuntersuchung böte sich an.

c) Muster 3: Erleichterung durch Deutung als „Kampf unter Minderheiten“

Ein Phänomen eines Teils der deutschen Mehrheitsgesellschaft ist die Erleichterung darüber, wenn antisemitische Vorfälle, gerade wenn sie von palästinensischer Seite aus kamen, vor dem Hintergrund des Nahostkonfliktes als Ereignis unter Minderheiten dargestellt werden können. Ein Beispiel zur Verdeutlichung aus der Sicht eines jüdischen Mannes, der auf der Straße zusammengeschlagen wurde und Anzeige bei der Polizei erstattete:

„Ich musste dann zum LKA oder BKA. Und als ich sagte: ‚Es waren Araber oder so‘. – Die Gesichter – die bodylanguage von diesen Polizisten war merkwürdig: ‚Ha, nicht von unseren, oh, Gott sei Dank!‘ Es war nur eine ethnische Gruppe gegen eine andere ethnische Gruppe – kein deutscher Skandal, keine deutschen Neonazis, keine Glatze. Es war für sie eine Erleichterung und ich hatte Mitleid mit ihnen.“

Abschließender Kommentar

Die Analyse zeigt das breite Spektrum antisemitischer Phänomene. Viele dieser Ereignisse sind nicht unbedingt im strafrechtlichen Sinne relevant; prägen jedoch maßgebend das politische demokratische Klima besonders für jene Personen, die von antisemitischen Klischees betroffen sind.

Auffallend ist weiterhin das breite Spektrum der Tätergruppen. Antisemitismus lässt sich somit nicht auf kleine Personenkreise begrenzen, sondern ist offensichtlich eine Ideologie, die sich quer durch verschiedene Bevölkerungsgruppen durchzieht. Sie kann damit als Querschnittsideologie bezeichnet werden. Im Folgenden soll deshalb untersucht werden, mit welchen Bildern bzw. Stereotypen dieser Antisemitismus arbeitet.

6.3. Antisemitismus in Mitte - Stereotype / Bilder vom Juden

In unseren Interviews wurde nach Stereotypen und Bildern von Juden gefragt, mit denen unsere GesprächspartnerInnen in ihren jeweiligen Kontexten konfrontiert werden. Auch diese Frage wurde offen, das heißt ohne Vorgaben formuliert, so dass alle Angaben ohne Hinweisreize erfolgt sind.

Den AutorInnen ist bewusst, dass eine Wiedergabe von antisemitischen Stereotypen nicht unproblematisch ist und den Antisemitismus sogar bestärken kann. Andererseits ist die Kenntnis dieser Bilder möglicherweise eine notwendige Bedingung zur offensiven Auseinandersetzung mit entsprechenden Phänomenen, so dass wir uns doch zur Dokumentation entschlossen haben.

Wir weisen jedoch ausdrücklich darauf hin, dass Stereotype von Juden nichts, aber auch gar nichts über Juden, sondern nur viel über den aussagen, der sie verwendet. In

unseren Gesprächen hatten wir größtenteils mit sensibilisierten ExpertInnen im Sinne unserer Methodik zu tun. Dies hatte zu Folge, dass der Großteil der Beispiele aus zweiter Hand ist und dementsprechend nicht im juristischen Sinne verifizierbar war. Angesichts der Interviewkontexte haben wir dennoch am Wahrheitsgehalt keine grundlegenden Zweifel. Auf uneindeutige Aussagen wurde bewusst verzichtet.

Ergebnisse

Auf die Frage nach Bildern bzw. Stereotypen von Juden wurden folgende Momente genannt. Wir konzentrieren uns auf eindeutig antisemitische Stereotype und sortieren die Antworten nach der Anzahl der Häufigkeiten:

- **Bilder vom Geld**

Das häufigste Bild vom Juden war eine Verbindung mit ökonomischen Machtpotenzen. Dieses Merkmal wurde einerseits als „generelle jüdische Eigenschaft“ gedeutet, wie folgendes Beispiel zeigt:

„Was Geld anbelangt zum Beispiel. Das kommt dann so von Geschäftsleuten. Wenn man über gewisse andere Leute spricht: Das könnte ein Jude sein oder: das ist typisch jüdisches Verhalten. Dass sie sehr geldgierig oder geizig wären, aber auch kein Geld verdienen würden, weil sie eben ein ganz anderes Verhältnis zu Geld hätten.“

Andere Beispiele konzentrierten sich gezielt auf Berliner Orte. Da heißt es zum Beispiel, „die Oranienburger Straße am Hackesche Markt, die soll ja komplett in jüdischer Hand sein; so habe ich es gehört, ich weiß es nicht. Und da fluchen schon viele Leute darüber.“ In einem anderen Beispiel ist es der „halbe Ku’damm, gehört alles den Juden.“ Oder: „Viele [] Personen sagen, dass die Juden halt viele Teile Berlins in der Hand haben und Kaufhäuser in der Hand haben und so`ne Sachen – mag auch bestimmt stimmen oder auch nicht; ich weiß es nicht.“

Das Moment des Geldes wird vereinzelt auch mit wenig positiven Charaktereigenschaften verbunden. In einem Interview wurde ein Gespräch wiedergegeben, in dem dann solche Sätze gefallen sein sollen, „wie z. B.: Wir stehen jetzt vor der Jüdischen Oberschule; diese Schule wird von jüdischen und nichtjüdischen Kindern besucht. Von irgendjemand müssen sich die Juden ja ihre Schule finanzieren lassen.“

- **Weltverschwörung**

Mehrfach wurde in unserem Datenmaterial auch auf das Bild einer „jüdischen Weltverschwörung“ hingewiesen. Dieses paarte sich vereinzelt mit Hinweisen einer „besonderen Beziehung zwischen Juden und Amerika“, ohne dass dieser Punkt tatsächlich ausgeführt wurde.

Ein Interviewpartner wies ausdrücklich darauf hin, dass das Merkmal der Weltverschwörung nur in Bezug auf Juden genannt werde. Er sagte:

„Antisemitismus – es gibt eine lange Geschichte. Antivietnamesische Gefühle gibt es wirklich nur seit zehn Jahren; aber Juden, das geht tausend Jahre zurück. [] Und der Unterschied geht zusammen mit einer Weltverschwörungstheorie und keiner denkt wirklich, dass die Serben Amerika kontrollieren oder die Vietnamesen. Es gibt wirklich einige Leute, die denken, dass Juden die ganze Welt beherrschen möchten. Das ist nicht nur ethnisch. Es ist auch noch eine politische Perspektive von Verschwörung.“

Zwei weitere Merkmale wurden nur vereinzelt genannt. Wir dokumentieren sie zur Vervollständigung:

- **Aussehen**

Vereinzelt wurden Juden mit einem bestimmten Aussehen verbunden. Ein Beispiel aus dem Jugendkontext:

„Es wurde den Juden (in der NS-Zeit, A. d. A.) gesagt: ‚Du bist gar kein richtiger Deutscher, du bist Jude.‘ Das ist auch noch in den Köpfen drin, dass man sagt: ‚Die sind zwar hier geboren, die sprechen deutsch, der ist blond und blauäugig; aber trotzdem ist er Jude und das ist kein richtiger Deutscher.‘ Ein richtiger Deutscher hat kein Jude zu sein! Heißt es dann. Das erlebe ich auch so, wenn wir mit Schülern so an Schulen gehen. Wenn ein blondes, blauäugiges Mädchen sagt: ‚Ich bin jüdisch.‘ Dann bricht für manche die Welt zusammen, weil die [Juden] haben eben dunkelhaarig und braunäugig zu sein.“

- **Prioritätenstatus**

In einem Fall ist uns ein Mix aus Antisemitismus mit Elementen der Etabliertenvorrechte, der Charakterisierung von Juden und dem zusätzlichen Moment des Bezuges zur Vergangenheit begegnet. Wir dokumentieren einen längeren Ausschnitt:

„Antisemitismus ist natürlich eine große Wunde von der deutschen Gesellschaft und deswegen muss man auch sehr vorsichtig damit umgehen und ich sehe, dass die jüdischen Menschen in der Gesellschaft einen Prioritätenstatus geschaffen haben wegen dieser Vergangenheit. Und manchmal finde ich, so eine kleine Gemeinde, sie sind überall da vom SFB Rundfunkrat bis zu allen möglichen Gremien. Diese große Masse von der anderen nicht-deutschen Bevölkerung hat diese Möglichkeit nicht wie die Juden; aber leider sehe ich von der jüdischen Seite wenig Solidarität gegenüber anderen Menschen. Hier gab es genug rassistische Angriffe und ich vermisse manchmal die Reaktionen von der jüdischen Seite. [] Ich akzeptiere alles; aber ich vermisse, wenn ein Angolaner auf der Straße von Neonazis geschlagen wird, kommt keine Reaktion von der jüdischen Seite. Sie denken: Sie haben einen Sonderstatus, den brauchen sie nur für sich. Schade. Das ist schade!“

Der Gruppe der Juden und Jüdinnen wird hier eine durch das Geschehen in der NS-Vergangenheit erklärte Sonderposition in der deutschen Gesellschaft unterstellt. Diese würden sie nicht zur Solidarisierung mit Minderheiten sondern nur zum eigenen Machtgewinn nutzen. Der Antisemitismus ist in diesem Zitat nur sehr subtil erkennbar und dennoch deutlich vorhanden; denn die konstruierte Gruppe der „Juden“ wird wiederum stereotyp mit „Macht“ und „Egoismus“ in Verbindung gebracht. In diesem Zitat schwingt jedoch noch eine weitere Sonderform mit: der erkennbare Neid von einzelnen Personen mit Migrationshintergrund gegenüber der konstruierten Formel der „jüdischen Macht.“ Ein weiteres längeres Zitat einer anderen Person mit Migrationshintergrund Türkei möge dieses verdeutlichen:

„Ja, in zwei Tagen ist Ramadan. Und da wird gefastet. Und in den letzten Jahren war das so, dass die Mädchen da zum Teil geheult haben und heulend hierher gekommen sind: Ja, guck mal, was die Lehrer uns gegeben haben! Hatten einen Zettel in der Hand: Fasten ist ungesund, stand da drauf. [] Ich empfinde das als persönlichen Angriff. Wenn ein Mensch einen Glauben hat und diesen Glauben dann auch ausüben will – in welcher Form auch immer – vollkommen egal – da sollte doch niemand da kommen und so ganz überheblich tun. [] Ein Kopftuch muss man sowieso nicht tragen. Da ist alles nur, weil Dein Vater das sagt. [] In der gleichen Form würde man nie auf die Idee kommen, in einer jüdischen Gemeinde jüdischen Kindern gegenüber zu sagen: ‚Nimm Deine Kappa hier ab!‘ Das ist doch, das ist doch überhaupt nicht. Was ist denn das? Das gibt es doch gar nicht! Warum? Aufgrund der Geschichte und natürlich; die haben auch entsprechende Lobbyarbeit geleistet mittlerweile, die jüdischen Gemeinden in Deutschland: die sind ziemlich stark. Kaum

jemand kann sich mit denen anlegen, kaum ein Lehrer mit denen. Aber die Muslime, die haben, die haben halt keine Lobby. Deshalb müssen sie das alles über sich ergehen lassen.“

Es wird deutlich, wie hier das Bild der „schwachen Muslime“ gegenüber der kleineren Gruppe der aber „mächtigen Juden“ gestellt wird. So entstehen Konstruktionen mit antisemitischen Zwischentönen. Deutlich erkennbar ist jedoch an dieser Stelle, dass der Antisemitismus zumindest in diesem Fall das Bedürfnis nach eigener Anerkennung und Aufwertung begründet, was diesen jedoch weder abschwächt noch entschuldigt.

Zwischenbemerkung

Es findet sich in unseren Daten ein Sammelsurium von Stereotypen, die auf Juden und Jüdinnen projiziert werden. Nachhaltig dominant ist dabei die Verbindung zwischen „Juden“ und „Geld“ bzw. „Macht“ Kategorien, die bereits über eine beachtliche historische Tradition verfügt.

Eine gesellschaftlich neuere Formation verbindet sich mit dem Antisemitismus aus den Kreisen gesellschaftlicher Minderheiten, die Juden eine zu große Macht in Deutschland zuschreiben und zu wenig Solidarität mit anderen Minderheiten zu erkennen glauben. Diese Formation des Antisemitismus, die einen vermeintlich jüdischen Prioritätenstatus in den Mittelpunkt stellt, ist erst mit der Shoa möglich geworden. In ihrem Kontext ist auch die Debatte um Finkelsteins Anklage einer „Holocaust-Industrie“ zu sehen, die mit ähnlichen Bildern arbeitet.¹⁶⁴

Vor diesen Analysen stellt sich die Frage, wie von jüdischer Seite auf diese Phänomene reagiert wird. Zwar ist Antisemitismus nicht an Juden gebunden und hat auch nichts mit Juden zu tun; dennoch sind Juden Opfer antisemitischer Phänomene, so dass deren Perspektive unter dem Gesichtspunkt der Demokratiegefährdung betrachtet werden soll.

6.4. No go Areas für Juden?

Der Begriff der „No go Area“ ist in der öffentlichen Diskussion sehr umstritten und gehört umfassend definiert. Zwei Verstehensweisen liegen vor:

- a) Eine Gruppe meint damit einen begrenzten sozialen Raum, der von bestimmten Gruppen nicht betreten werden kann, da sie dort mit Gewalttaten von Feinden der Gruppen konfrontiert werden.
- b) Die zweite Gruppe versteht unter „No go Area“ einen begrenzten sozialen Raum, den soziale Gruppen aus Angst vor Übergriffen oder Gewalttaten meiden. Die Übergriffe müssen nicht real sein. Es besteht meist ein nicht selten auf realen Geschehnissen basierender Ruf, dass es an dem Ort nicht sicher sei, sich als Zugehöriger zur dort von einer dominanten sozialen Gruppe nicht akzeptierten zweiten sozialen Gruppe zu verstehen zu geben.

Wir beziehen uns in dieser Studie ausdrücklich auf die zweite Definition. Eine „No go Area“ ist somit ein konkreter sozialer Raum, in dem Juden und Jüdinnen es vermeiden, sich als Juden z. B. durch Schmuckstücke oder Kleidungsstile identifizierbar zu zeigen.

Die reale Existenz von No go Areas ist nur schwer verifizierbar. Da soziale Kontexte sich von Sekunde zu Sekunde verändern und allgemein gültige Instrumente der Wissenschaft zur Messung von No go Areas noch nicht entwickelt sind, ist die jüdische Perspektive der einzige reale Indikator zur Messung und Skizzierung von potentiellen No go Areas. Wir haben deshalb in unseren Gesprächen mit Juden und Jüdinnen im Bezirk gezielt nach deren Erfahrungen in Mitte gefragt, wie sie sich aufgenommen fühlen, wenn sie sich explizit als

¹⁶⁴ Vgl. Norman Finkelstein (2001); Die Holocaust-Industrie, München. Zur Erwiderung der Thesen Vgl. Rolf Surmann (Hrsg.) (2001); Das Finkelstein-Alibi. „Holocaust-Industrie“ und Tätergesellschaft, Köln

Juden und Jüdinnen zu erkennen geben. Weiter fragten wir nach Räumen, in denen sie bewusst eine mögliche Identifizierung als Jude oder Jüdin aus Angst vor Ausgrenzung oder Gewalt vermeiden. Auf den suggestiven Begriff der „No Go Area“ haben wir selbstredend verzichtet.

No go Areas für Juden und Jüdinnen im Bezirk?

In Interviews mit Juden und Jüdinnen im Bezirk tauchen immer wieder Hinweise darauf auf, dass es soziale Räume gibt, in denen sie aus Angst vor verbalen oder körperlichen Attacken darauf verzichten, sich als Jude oder Jüdin erkennbar zu zeigen. Beispielsweise berichtete uns ein jüdischer Schüler:

„Vor allem da, wo ich den Weg zu meiner Oma laufen muss, da ist es halt so, dass da die ganzen Araber [] stehen. Da habe ich einfach Angst, dass so ´ne dummen Kommentare kommen, die mich verletzen können, weil ich jüdisch bin, dass jemand etwas sagt, gegen die Religion oder Israel und einfach auch körperliche Gewalt. Ich bin nicht so scharf darauf, verprügelt zu werden oder Kommentare zu hören. Weil ich glaube, Worte verletzen noch mehr.“

Dieser Ausschnitt macht die Ambivalenz der Situation sehr deutlich. No go Areas beruhen auf dem Faktum der Angst. Angst ist dabei immer real, wenn jemand sagt, dass er Angst hat. Angst muss aber nicht immer auf realen Geschehnissen oder Erfahrungen basieren. So ist es nicht bekannt, ob die Gruppe der hier als „Araber“ bezeichneten Menschen tatsächlich mit Sprüchen oder Gewalt drohen, so dass sich jegliche negative Kommentierung verbietet. Trotzdem ist der Bestand der Angst dieses Schülers ernst zu nehmen. Angst ist dabei die Basis für No go Areas.

Ein anderer jüdischer Schüler beruft sich in seiner Schilderung auf seine realen Erfahrungen:

„In der U-Bahn ist es mir sehr oft passiert mit meiner Schwester, dass man uns dumm angemacht hat, dass wir Juden sind.“

Er reagierte auf diese Erfahrungen:

„Meinen Davidstern hat man gesehen und seitdem verstecke ich ihn immer, wenn ich außerhalb des Hauses bin und in der (jüdischen, A.d.A.) Schule trage ich ihn manchmal, weil er ist sonst immer unter meinem Hemd.“

In der Öffentlichkeit habe er manchmal „einfach Angst“, wenn er sagt: „Ich bin Jude, ich bin stolz darauf.“

Dieser Schüler verbirgt somit in gewissen Räumen der Öffentlichkeit aus Angst seinen Davidstern, der ihn in seinen Augen als Juden erkennbar macht. Er macht sich somit scheinbar unsichtbar, um potentielle Angriffe zu verhindern. Jüdische Räume sind für ihn Orte der Sicherheit, in dem er seinen Davidstern deutlich sichtbar tragen kann. Dort zeigt sich auch, dass ihm diese Identifikation erkennbar wichtig ist, auf die er jedoch im öffentlichen Raum verzichtet, womit seine subjektiven Freiheitsrechte erkennbar eingeschränkt sind.

Dieses Phänomen wurde bestätigt durch andere Schüler im Bezirk. Ein Beleg:

„Das fängt da an, z. B. die Jugendlichen, die nicht in der jüdischen Schule sind, die ihre Jüdischkeit verstecken, um nicht anderen Angriffsmöglichkeiten zu geben. Dann müssen z. B. Jugendliche, die dunkler aussehen, damit leben, dass ihre Mitschüler glauben, sie seien Türken oder Araber, und die dann eben nicht sagen, dass sie Israelis sind. Oder Namensänderungen: z. B. jemand der Mosche heißt, nennt sich dann Mikel. [] Der Jugendliche, der das tut, hat in irgendeiner Form kein Bewusstsein

für Antisemitismus, andererseits aber in seinem Verhalten auf den Antisemitismus reagiert, den er wahrnimmt. Dazu gibt es mehrere Geschichten [] z. B. ein Russe, [] der hat gerade eine Ausbildung angefangen; ist jetzt fertig mit der Schule; der einen sehr biblischen Vornamen hat; den dann arabische Jugendliche gefragt haben: ‚Sag mal, bist Du ein Jude?‘ Und er hat dann gesagt: ‚Nein, nein, meine Eltern sind ganz fromm, lesen sehr viel in der Bibel und haben mir so einen Namen gegeben.‘ Das passiert sehr häufig, in ganz unterschiedlichen Rahmen eben; aber sehr oft in Ausbildungsstätten.“

Aus Angst vor Ablehnung oder Übergriffen verzichten diese Personen darauf, sich als Jude erkennbar zu zeigen. Sie verstecken sich z. T. sogar, wie dieses Beispiel zeigt, leugnen so wesentliche Momente der eigenen Person wie den Vornamen und versuchen, nicht als Jude aufzufallen.

Ein weiteres Beispiel zur Verdeutlichung dieses sozialen Prozesses: Eine jüdische Frau meinte, selbst wenn ihre Arbeitsstelle nicht im Bezirk läge,

„...würde ich als wacher im Wedding lebender Mensch sehen, dass es hier eine ganz deutliche Zunahme gibt an antisemitischen Verhaltensweisen im Alltag. Ich erlebe das ganz unterschiedlich. An mir, dass ich mich heute viel stärker selbst zensiere als vor 10 Jahren, inwieweit ich offen als Jüdin nach außen gehe. Früher bin ich im Wedding völlig selbstverständlich mit T-Shirts mit hebräischer Schrift [] durch die Gegend gelaufen. Diese T-Shirts verwende ich heute nur noch als Nachthemd. Damit würde ich nicht mehr in Berlin auf die Straße gehen. Von daher hat sich schon insgesamt atmosphärisch einiges verändert; das merkt man.“

Die Spannbreite der Reaktionen reicht von dem Verzicht auf bestimmte Kleidung oder Symbolik bis hin zur Verleugnung des eigenen Namens und damit auch eines bestimmten Aspektes der eigenen Persönlichkeit.

Bewertung

Einige Aspekte tauchen in unseren Interviews mit jüdischen Personen im Bezirk immer auf. Es wird von Angst gesprochen, in der Öffentlichkeit als Jude erkannt zu werden. Sie haben Angst vor Belästigungen verbaler Natur bis hin zum körperlichen Angriff. Dazu dient eine Vermeidungsstrategie, die darin besteht, auf alles irgendwie als „jüdisch“ Identifizierbare zu verzichten. Es ist ein Weg des sich bewusst Unsichtbarmachens aus Angst vor antisemitischen Phänomenen.

Für den Einzelnen bedeutet dieses im Alltag eine ungemaine Einschränkung der persönlichen Freiheitsrechte, die einen Kern einer demokratischen Kultur bilden. Antisemitismus beweist hier seinen demokratiegefährdenden Charakter bereits im Alltag. In den vorliegenden Aussagen wird das Phänomen nicht auf engere Räume wie gewisse Kieze, Plätze oder Häuser reduziert, sondern als übergeordnetes Phänomen beschrieben. Der Begriff der No go Area ist somit nicht in Gänze einsetzbar, da eine Begrenzung des sozialen Raumes als Teil der Definition fehlt. Trotzdem sind diverse Elemente, die eine No Go Area bestimmen, im Bewusstsein von Juden vorhanden. Besonders das Faktum der Angst zieht sich durch das Datenmaterial hindurch. Juden und Jüdinnen fühlen sich hier in der Öffentlichkeit ungeschützt und gezielt angreifbar. Dieses zentrale Merkmal von No Go Areras konnte und musste mehrfach bestimmt werden.

6.5. Debatte um den Nahostkonflikt

Schon frühzeitig wurde in unserer Erhebungsphase deutlich, dass in sehr unterschiedlichen Kontexten im Bezirk der Nahostkonflikt ein Diskussionsfeld ist, in dem immer wieder auch antisemitische Ideologien deutlich wurden. Wir haben entsprechend unseren

Interviewleitfaden in diesem Sinne um die offene Fragen nach möglichen Diskussionen und deren Inhalte und Wesen bezüglich des Nahostkonfliktes sowie der Ereignisse des 11. September erweitert.

Auch zu dieser Debatte sind einige Vorab-Bemerkungen nötig. Antisemitismus ist nicht vom Handeln realer Juden und Jüdinnen abhängig. Antisemitismus ist damit auch nicht durch das Handeln des jüdischen Staates bedingt oder gar begründet. Antisemitismus ist eine Ideologie, die ohne Juden und Jüdinnen auskommt. Der Nahostkonflikt ist somit nur ein Anlass, zu dem Antisemitismus sichtbar wird und keine Begründung der Ideologie.

Ereignisse im Nahen Osten werden von unserer Seite aus dem Blickwinkel einer menschenrechtlichen Perspektive betrachtet. Dieses basiert auf der Grundlage, dass das Existenzrecht des jüdischen Staates zu sichern ist; genauso wie die palästinensische Seite das Recht auf einen demokratischen Staat hat. Menschenrechte gelten für beide Seiten. Menschenrechtswidriges Verhalten ist unabhängig vom Hintergrund zu kritisieren. Dieses gilt auch dann, wenn es im Namen von Sicherheit oder Freiheit durchgeführt wird. Vor diesem Hintergrund werden Bewertungen zum Konflikt an sich vorgenommen.

Diskussionen um den Konflikt im Bezirk

Augenfällig ist bei der Auswertung des Datenmaterials, dass in sehr vielen verschiedenen gesellschaftlichen Kontexten Debatten über die Situation im Nahen Osten geführt wurden. Besonderes Gewicht und Breite findet die Diskussion dort, wo Personen mit palästinensischem Hintergrund eingebunden sind. Sehr deutlich ist dieses im Kontext von Schule und Jugendarbeit. Zahlreiche Kontaktpersonen von Jugendlichen mit palästinensischem Hintergrund artikulierten deren direkten Bezug zum Konflikt im Nahen Osten. Beispielsweise hieß es:

„Der Nahostkonflikt ist Teil der Biographien einzelner.“

Jugendliche mit palästinensischem Hintergrund haben ihren Bezugspersonen von getöteten Angehörigen berichtet. Einige kennen aus eigenem Erleben die Situation im Gazastreifen und bezeichneten sie als „unmenschlich“. Sie erzählten von kämpfenden Freunden oder Brüdern und einem für ihr Empfinden abstoßenden Verhalten israelischer Soldaten. Mehrere artikulierten ihre Angst um Freunde und Familie, die noch in der Region lebten. Es verwundert daher auch nicht, wenn z. B. ein Jugendarbeiter bemerkte, dass jeder Anschlag, jede Veränderungen im Konflikt von Seiten einiger Jugendlicher sehr aufmerksam registriert würden und damit immer wieder neue Debatten eröffneten. Andere Jugendlichen mit palästinensischem oder arabischem Hintergrund solidarisierten sich mit dieser Gruppe, auch wenn sie selber keine eigenen, persönlichen Erlebnisse dieser Art hätten.

Im Rahmen dieses Diskurses gibt es einige Linien, die für unser Thema relevant sind:

- Häufiger findet sich eine Gleichsetzung von „Juden“ und „Israel“. Aus dem jüdischen Staat werden dann Juden im Allgemeinen. Aus dem Handeln Israels werden Handlungen von Juden und Jüdinnen in Deutschland. Deutsche Juden und Jüdinnen werden so mit dem Handeln des israelischen Staates in Verbindung gebracht. Mit der israelischen Politik werden dabei vor dem Hintergrund der oben skizzierten persönlichen Erfahrungen antisemitische Klischees begründet. Gerade bei Jugendlichen sei ein umfassenderes Wissen über die historischen, religiösen, sozioökonomischen und politischen Kontexte des Konfliktes selten vorhanden. Stattdessen würde mit Vorurteilen operiert, gegen die nur schwer pädagogisch vorgegangen werden könne, da das Interesse fehle, sich mit der jeweils anderen Sicht auf die Probleme zu beschäftigen. Das Prinzip der Gleichsetzung zwischen Juden und Israel findet sich wie eingangs beschrieben bei einem breiteren Kreis von Personen, von denen viele keine persönliche Erfahrungen mit dem Nahostkonflikt

haben. Trotzdem werden Juden und Jüdinnen für die Politik Israels verantwortlich gemacht. Diese Politik dient dabei häufig als Möglichkeit, antisemitische Klischees zu verbergen bzw. sie als seriöse Kritik zu verkleiden.

- Vor dem Hintergrund der Nahostdebatten kam es nach Aussagen unserer InterviewpartnerInnen vereinzelt auch zu direkten antisemitischen Handlungen, die über verbale Äußerungen hinweggingen. Dazu gehörten:
 - Die Produktion eines antisraelischen und antisemitischen Hip-Hop-Liedes, sowie dessen Aufnahme im Tonstudio sowie die Ausarbeitung eines dazu passenden Videos.
 - Vor dem Hintergrund der Zuspitzung der Debatte nach dem 11. September 2001 wurden antisemitische Flugblätter mit „Hasstiraden“ gegen Israel im Bezirk gefunden.
 - Jugendliche solidarisierten sich offen mit palästinensischen Selbstmordattentätern und forderten Nachahmungstaten
- Eine besondere Rolle wird arabischen, türkischen und allgemein islamistischen Medien wie Zeitungen und Fernsehen zugeschrieben, in denen unreflektierte Bilder des Konfliktes sowie antisemitische Ideologieelemente transportiert würden.

7. Rechtsextremismus und Rechtsextreme Organisationen

7.1. Wahrnehmung / Nichtwahrnehmung Deutscher Rechtsextremismus

Öffentlicher Raum

Deutscher Rechtsextremismus im Großbezirk Mitte wird einerseits durch das vereinzelte Auftreten von Rechtsextremisten im Straßenbild wahrgenommen und andererseits aufgrund einer Vielzahl von Veranstaltungen rechtsextremistischer Gruppen, die repräsentative Orte in Mitte für ihre politischen Aktivitäten nutzten. Eine organisierte deutsche rechtsextremistische Szene existiert kaum.

Seit der Auflösung der rechtsextremen „Kameradschaft Beusselkiez“ in Moabit Ende der 90er Jahre wurde von den GesprächspartnerInnen keine organisierte rechtsextremistische Szene im Stadtteil wahrgenommen. Es traten aber immer wieder Personen im Straßenbild in Erscheinung, die aufgrund eindeutiger Symbole oder Dresscodes sowie einschlägiger Musik dem rechtsextremen Spektrum zugeordnet werden konnten.

Einige GesprächspartnerInnen berichteten aus dem Jugendbereich von Konflikten mit rechtsextremistischen Jugendlichen oder Erwachsenen. Eine Zuordnung dieser Personen zu einer benennbaren Struktur erwies sich allerdings in den meisten Fällen als schwierig. Inwieweit solche Personen im Stadtteil wohnen oder aus einem anderen Stadtteil kommen, blieb ebenso unklar. Eine Sozialarbeiterin aus Wedding beschrieb das so:
„Es passiert sehr oft, dass sie mit dem Auto vorbeikommen und kurz anhalten [] im Sommer und dann ‚Böse Onkelz‘ voll aufdrehen und dann mit ‚Heil‘ grüßen usw. Und wenn dann unsere Jugendlichen plötzlich aufgeregt auf das Auto zulaufen, dann fahren sie weg.“

Der Stadtteil Mitte ist durch seine repräsentative Lage sowie durch seine Regierungsbauten und Gedenkorte ein Aktionsfeld für diverse politische Gruppierungen. Aus diesem Grund finden dort des öfteren auch Aufmärsche oder Kundgebungen von organisierten Rechtsextremisten statt. In der Wahrnehmung von Rechtsextremismus in Mitte kamen Befragte immer wieder auf derartige Veranstaltungen zu sprechen. Besonders GesprächspartnerInnen mit Migrationshintergrund und Schwarze beschrieben das als Einschränkung in ihrem Alltag und als unangenehm, da sie besonders durch verbale und körperliche Gewalt von Rechtsextremisten bedroht werden:
„Vor zwei Jahren gab es hier eine Neonazi- Demo, das war ein sehr schlimmes Erlebnis für mich. Es hat dann ja auch keine Vorinformationen für die Anwohner gegeben, dass dann plötzlich praktisch vor der Haustür bei mir so eine Demo stattfindet. Mein Sohn wollte an dem Tag weggehen zu einem Job, und ich habe gesagt, der kann das nicht machen, der soll da anrufen und zu Hause bleiben. Und die haben gesagt: ‚Wieso können Sie nicht herkommen?‘ Und er hat gesagt: ‚Ja, ich bin schwarz‘.“

Einige GesprächspartnerInnen kritisierten die verbreitete Einstellung, dass Personen mit rechtsextremistischem Hintergrund erst dann als demokratiegefährdend wahrgenommen werden, wenn sie gewalttätig in Erscheinung treten.

Eine Befragte berichtete in diesem Zusammenhang über den Umgang mit rechtsextremistischen Personen in Kneipen:

„Dass da irgendein Bewusstsein da wäre, wie man mit Nazis umgeht, da kann ich mich an kein positives Erlebnis erinnern. Das hieße ja, man spricht mit einem Kneipier und da kommt von dem selber etwas. [] Wenn man jetzt sagt, Nazis waren bei dir in deinem Laden, dass da irgend jemand positiv darauf reagiert - man könnte meinen, sie könnten sich ja auch freuen, dass man sie auf das Problem hinweist - das passiert nie. [] Und da ist immer dieses abwiegeln, das ist doch kein Problem, das sind doch liebe Leute, wir leben in einer Demokratie, der macht doch nichts und ist nicht gewalttätig. Ganz selten, dass man mal jemand trifft, der irgendwie relativ klar Stellung bezieht.“

Schulen

GesprächspartnerInnen an Schulen im Bezirk Mitte nahmen deutschen Rechtsextremismus bei den SchülerInnen nur vereinzelt wahr. SchülerInnen mit rechtsextremer Einstellung wurden meist an Hand von Dresscodes und Symbolen beschrieben, aber kaum über inhaltliche Einstellungen. Darüber hinaus wurden solche SchülerInnen als eher harmlos eingestuft. Der Gesprächspartner einer Oberschule in Tiergarten erzählte: „Es gibt einen einzigen Schüler, der eben mit ganz kurzen Haaren herumläuft. Sein bester Freund ist Schüler nichtdeutscher Herkunftssprache, der verkauft mit dem Brötchen, also der macht hier nichts in irgendeiner Form.“

Die Frage nach Konflikten mit rechtsextremistischem Hintergrund an Schulen wurde von dem befragten Lehrpersonal zum größten Teil entschieden zurückgewiesen. Die meisten Lehrenden schienen der Meinung zu sein, dass bei einem höheren Anteil von SchülerInnen mit Migrationshintergrund deutscher Rechtsextremismus kaum existieren könne. Sollte ein solcher Konflikt dann doch auftreten, würden das die SchülerInnen eher untereinander regeln. In einer Oberschule im Stadtteil Mitte erklärte eine Sozialpädagogin auf die Frage, ob es an ihrer Schule Rechtsextremismus gäbe, folgendes:

„Nein, das gibt es bei uns hier gar nicht, weil die Schüler, die sich rein rechts nach außen hin bekennen, die werden hier schon sehr schnell in ihre Schranken gewiesen, dass so etwas hier nicht erwünscht ist, [] und zwar von deutschen, von türkischen, von arabischen Schülern. Also, wir hatten strafversetzte Schüler aus Marzahn, die waren aber nicht lange hier. Das gibt es ja, wenn es eine Schulstrafe ist und sozusagen werden die dann in eine andere Schule versetzt. Und die sehen hier kein Land, weil das wird von vornherein schon geklärt. Wir wollen keine Glatzen, wir wollen keine Bomberjacken und wir wollen keine Stiefel. Das hat hier nichts zu suchen.“

Materialisierter Rechtsextremismus in Form von Schmierereien oder Übergriffen wurde von den GesprächspartnerInnen an den Schulen so gut wie nicht wahrgenommen. Inwieweit Übergriffe aber überhaupt an der Schule zur Kenntnis genommen und thematisiert werden, blieb offen. Der Vertrauenslehrer einer Berufsschule in Tiergarten-Moabit berichtete:

„Es gibt keine Hakenkreuz-Schmierereien, es gibt keine ernst zu nehmenden Attacken gegen wen auch immer, aber nur weil wir das nicht sehen.“

Das Interesse in Schulen an der Thematik Rechtsextremismus scheint nur dann relevant zu werden, wenn die Thematik auch im öffentlichen Diskurs eine Rolle spielt. Diese Erfahrung machte eine Gesprächspartnerin eines antirassistischen Vereines, der mit Schulen in Mitte kooperiert:

„Im Augenblick ist alles relativ ruhig. Da sehen wir auch nicht so sehr die Veranlassung, auch die Schulleitung sieht nicht die Veranlassung, da etwas zu machen. Wenn es so wäre, dass mal wieder viele Übergriffe gewesen wären, dann würde auch die Schulleitung für sich die Verpflichtung spüren und meinen, auch an ihrer Schule müsste etwas getan werden.“

7.2. Organisierter Rechtsextremismus und sein Umfeld in Mitte

7.2.1. Kameradschaftsspektrum und Einzelpersonen

Organisierter Rechtsextremismus, wie man ihn in den 90er Jahren vor allem durch die „Kameradschaft Beusselkiez“ in Moabit kannte, existiert in dieser Form vermutlich im Großbezirk Mitte nicht mehr. Auch explizite Treffpunkte, an denen organisierte Rechtsextreme Straftaten verabreden, sind nicht bekannt. Kenner der Szene berichteten uns von ihren Erkenntnissen:

„Im nichtparlamentarischen Bereich gab es die Ansätze der ‚Kameradschaft Beusselkiez‘ in Moabit, die zwei Jahre lang versucht haben, da Fuß zu fassen. Durch intensive Öffentlichkeitsarbeit der ‚Antifaschistischen Initiative Moabit‘ [AIM] ist es gelungen, die wieder

zu vertreiben. [] Nach der ‚Kameradschaft Beusselkiez‘ ist dementsprechend aus dem Kameradschaftsspektrum nichts mehr gewesen. Abgesehen davon, dass es den normalen rechten Jugendlichen hier genauso gibt wie in Marzahn, na ja, nicht ganz so ausgeprägt wie in Marzahn, aber es gibt sie eben, die Hertha-Hooligans usw..“

Ende 1995 gründete sich die „Kameradschaft Beusselkiez“, damals im Verbund Berliner und „mitteldeutscher“ Kameradschaften und mit guten Verbindungen zur „Kameradschaft Treptow“. Seit 1997/98 gibt es die „Kameradschaft Beusselkiez“ nicht mehr: „Das war von den Nazis der Versuch, auch Kiezpolitik zu machen. Die waren ja sehr politisch, das war nicht so sehr militant, sondern die haben versucht, richtig Nazipolitik zu machen, Zeitung und ‚Radio Germania‘ und Strukturen machen und Lesungen. Die waren auf jeden Fall ziemlich groß, irgend etwas zwischen zehn und zwanzig Leute waren da damals organisiert. Und die AIM hat über Jahre hinweg gegen die Politik gemacht. Und das war letztendlich dann auch erfolgreich, denen war es dann zu anstrengend, und die sind aus dem Bezirk weggezogen. [] Damit war das Problem natürlich nicht erledigt, das war dann wieder ein bisschen in den Untergrund gegangen.“

Eine Person der „Kameradschaft Beusselkiez“, so wurde uns berichtet, sei nach ihrer Kameradschaftszeit in der NPD als Funktionär aktiv geworden. So tauchte er als stellvertretender Vorsitzender des NPD-Kreisverbandes Nord auf und auch bei Veranstaltungen der „Jungen Nationaldemokraten“, der Jugendorganisation der NPD, habe er sich hervorgetan, u.a. als Ordner. Das mache er auch heute noch, wurde uns erzählt. Von einer organisierten Struktur sei heute nichts mehr festzustellen: „Was diese organisierten Sachen angeht, Plakate, Aufkleber, da ist da eigentlich Ruhe. Da passiert seither tatsächlich nicht mehr viel, außer dass ab und zu mal die Nazis durchrockern und vielleicht mal eine Aktion machen. Aber dass da permanent jemand arbeitet, dass ist da nicht zu spüren.“

In mehreren Gesprächen tauchte das Gerücht über eine so genannte „Kameradschaft Mitte“ auf. Dazu erklärte uns ein Kenner der Szene: „Wie diese Kameradschaften aufkamen, war die Rede davon, dass es eine ‚Kameradschaft Mitte‘ gäbe. Da gab es auch Aufkleber. Das war gleichzeitig mit dem, dass es auch eine Kameradschaft in Prenzlauer Berg geben würde. Das waren dann ausgerechnet die gleichen Aufkleber, die dann wieder zu Rudolf Heß ein paar Sachen beklebt haben. Die sind allerdings darüber hinaus nie irgendwie in Erscheinung getreten. Also, es war jetzt nie so, dass es irgendwo einen Aufmarsch gegeben hätte, wo dann die Idioten erkennbar als Kameradschaft irgendwie aufgetreten wären.“

Im Internet sei diese Kameradschaft sozusagen virtuell existent: „Nur auf dem Papier. Nicht mal auf dem Papier, sondern im Internet. Auf der Internetseite vom ‚Nationalen Widerstand Berlin/ Brandenburg‘, da gibt es ja dann die Rubrik ‚regionale Gruppen‘ und da steht die ‚Kameradschaft Mitte‘ dabei. Aber keine Ahnung, die sind noch nie in Erscheinung getreten.“

Im Jahr 2003 fielen die „Autonomen Nationalisten Berlin“ (ANB) durch Sprühereien in Moabit auf. Die ANB propagieren ein gewaltsames Vorgehen gegen politische Gegner. Sie thematisierten 2003 vor allem den Kampf gegen die „Antifa“, auch in Form von örtlichen so genannten „Anti-Antifa-Gruppen“. Das erzählte uns ein Kenner der Szene: „Wir hatten es jetzt gerade mit Hakenkreuzen zu tun und die ‚Autonomen Nationalisten Berlin‘ sprühten ‚C4 For Reds‘ in der Bugenhagen Straße und ‚Reds Better Run‘. Jetzt im Sommer oder Frühjahr. Also, bei dem Hakenkreuz gab es auch dann nachher eine Reaktion, die wurden dann übersprüht.“

Auf die Frage nach organisiertem Rechtsextremismus wurde im Stadtteil Wedding immer wieder auf den dort wohnenden Rechtsextremisten Arnulf Priem verwiesen. So erzählte ein Gesprächspartner in Wedding von dem „unerwünschten“ Nachbarn Priem:

„Es gab hier richtige Konflikte in den 80ern in der Nachbarschaft mit Herrn Arnulf Priem, einer der führenden Kräfte in den 80ern bis Mitte der 90er im Berliner Rechtsextremismus. Unser immer noch unerwünschter Nachbar züchtet jetzt Hühner, deshalb darf er auch frei herumlaufen. Er hat dem Rechtsstaat versprochen, er steigt politisch aus und züchtet nur noch Hühner. Wir haben da Zweifel, ob das wirklich so ist, bei den Leuten, die manchmal bei ihm sind.“

Die Liste der rechtsextremistischen Aktivitäten des Nazi-Kaders Arnulf Priem vor seiner Haftzeit ist lang und beginnt bereits in den 70er Jahren. In den 90er Jahren unterstützte er unter anderem den Aufbau der „Nationalen Alternative“, er wurde Mitglied der inoffiziellen Führungsgruppe der „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front“, und 1992 wurde er Vorsitzender des Landesverbandes Berlin der „Deutschen Alternative“. Bei seiner Verhaftung 1994 wurde Arnulf Priem zusammen mit 26 weiteren Neonazis in seiner Wohnung festgenommen. Er wurde zu drei Jahren und sechs Monaten Gefängnis verurteilt wegen Bildung einer bewaffneten Gruppe sowie der Verunglimpfung des Staates und seiner Organe. Arnulf Priem ist zwar offiziell nicht mehr aktiv, wird aber dennoch immer wieder am Rande von rechtsextremen Veranstaltungen (zuletzt z. B. bei einer Kameradschaftsdemonstration in Wolgast) gesichtet. Weiterhin gibt es erste Hinweise, dass Priem im Begriff ist, eine neue rechtsextreme Gruppierung aufzubauen.

7.2.2. Parteien

Das relevante Parteienspektrum lässt sich in drei Gruppen einteilen:

1. Rechtsextreme Parteien
2. Rechtspopulistische Parteien
3. Sonstige Parteien

7.2.2.1. Rechtsextreme Parteien

Die Republikaner

Während Gewaltstraftaten im rechtsextremistischen Bereich laut Statistik in Berlin eher zunehmen, haben rechtsextremistische Parteien immer weniger Mitglieder. Auf einer Pressekonferenz zum „Lagebild Rechtsextremismus“ erklärte der Berliner Innensenator Ehrhart Körting Anfang Dezember 2003, dass die radikalen Parteien Mitglieder an rechtsextremistische Kameradschaften verlieren. Die Republikaner, so Körting, seien tief zerstritten, ihr Parteileben wäre fast zum Erliegen gekommen. (Berliner Zeitung vom 4. Dezember 2003) So traten im Juni 2003 der Landesvorsitzende der Republikaner Berlin, Bernd Bernhard, und der Berliner Pressesprecher der Partei von ihren Ämtern zurück. Mit bundesweit starken Stimmverlusten hatten die Republikaner bei der Bundestagswahl im September 2002 im Erststimmenergebnis in Mitte 1,1% und im Zweitstimmenergebnis 0,9% erhalten. Neben den „klassischen“ rechten Themen wie „Kriminalität und Sicherheit“, Drogenmissbrauch und „die Gefahr von Links“ haben die Republikaner, im Bezirk Mitte speziell der Kreisverband Tiergarten, auch das Thema „Islamismus“ für sich entdeckt. Durch die populistische Instrumentalisierung islamistischer Phänomene schüren die Republikaner massiv fremdenfeindliche Stimmung gegen Muslime in der Hoffnung, auf diese Weise verlorenes Terrain bei der deutschen Mehrheitsgesellschaft zurückzuerobern. Die Entwicklung der Republikaner in den 90er Jahren beschrieb uns eine Gesprächspartnerin:

„Die erste Entwicklung war Anfang der 90er Jahre, also 89/90, nach dem großen Wahlerfolg der Reps gewesen. Da waren die Reps ziemlich aktiv und ausgesprochen rechtsextrem. Bis Mitte der 90er gab es absolut keine Berührungsängste zwischen den Reps und den Hardcore-Nazis in Tiergarten. Es ist da die Allianz zusammengekommen zwischen Reps und Nazikadern, und daraus ist dann auch die ‚Kameradschaft Beusselkiez‘ entstanden.“

Derzeitig existiert im Bezirk ein Kreisverband „Tiergarten“ der Republikaner. Die Aktivitäten konzentrierten sich jedoch im Untersuchungszeitraum auf die unregelmäßige Pflege der Internetplattform www.rep-tiergarten.de. Der letzte Eintrag erfolgte (Stand 03/04) im November 2003. Bis dahin gab der Kreisverband noch regelmäßig Presseerklärungen zu bezirksrelevanten Themen (z. B. Grillverbot im Tiergarten, Tempo 30-Zonen, BND-Ansiedlung) heraus, die jedoch von Seiten der öffentlichen Medien ignoriert wurden. Auf der Homepage findet sich auch ein Kurzprogramm der Republikaner im Tiergarten. Unter acht Überschriften (Zukunft des Bezirkes, Ausländer, Sicherheit, Arbeit und Wirtschaft, Verkehrspolitik, Mehr Demokratie, Schule, Umwelt) finden sich darin sehr allgemein gehaltene Forderungen. Mehrere Aussagen zur Bezirksfusion deuten daraufhin, dass dieses Programm zuletzt im Jahr 2001 bearbeitet wurde.

Ebenfalls im Netz findet sich ein Hinweis auf einen Kreisverband im Wedding. Jenseits der Internetseite www.rep-wedding.de gab es jedoch im Datenmaterial keine Hinweise auf erweiterte Aktivitäten.

NPD

Die NPD, die u.a. im Zusammenhang mit dem Verbotsverfahren bundesweit einen Verlust von Mitgliedern zu verzeichnen hatte, erhielt im Zweitstimmenergebnis der Bundestagswahl 2002 im Bezirk Mitte 0,4% der abgegebenen Stimmen. Eine Kennerin der Szene berichtete uns von Partei-Aktivitäten des Kreisverbandes Nord der „Nationaldemokratischen Partei Deutschland“ (NPD) in Moabit nach dem Wahlkampf von 1999:

„Objekt der Begierde war immer die Markthalle hinter dem Rathaus Tiergarten gewesen, da hatten alle Parteien gerne Infostände. Da hat die NPD auch immer zugesehen, dass sie da des öfteren einen Infostand gemacht haben. Bis hin dazu, dass dann die NPD im Markthallen- Restaurant zumindest zwei Veranstaltungen gemacht hat, von denen ich weiß.“

Eine Moabiterin erzählte, dass der Pächter des Restaurants mit der Raumvermietung an die NPD keine Probleme gehabt hätte:

„Im August 2000 gab es eine Kundgebung vor dem Markthallen-Restaurant und das hat bei dem Wirt dieses Restaurants doch nachhaltigen Eindruck hinterlassen. Seitdem trifft sich die NPD da nicht mehr, zumindest kann ich es mir nicht vorstellen. [] Es trifft sich natürlich weiter das CDU-Klientel, und die Republikaner sind da wahrscheinlich auch mal hin und wieder aufgetaucht, und der Kreisverband Mitte von der Schill-Partei hat sich da regelmäßig getroffen.“

Von einer Gesprächspartnerin erfuhren wir von einer aktuellen NPD-Veranstaltung in Wedding:

„Jetzt ganz aktuell fällt mir etwas ein, es handelt sich um den Kreisverband Nord. Die haben letztens eine Veranstaltung gemacht in einer Kneipe im Wedding. [] Ja, da war eine ziemlich große Veranstaltung, da waren bestimmt so 60 Nazis gewesen. [] Da war Günther Deckert Referent gewesen, und da sind richtig viele Leute gekommen.“

7.2.2.2. Rechtspopulismus

Im Nachklang an den Hamburger Wahlerfolg versuchte die Partei Rechtsstaatliche Offensive (Schill-Partei) auch in Berlin, neue Strukturen aufzubauen. Sie ist z. Z. der einzige erkennbare Ansatz für einen rechtspopulistischen Akteur.

Schill-Partei

Die rechtspopulistische „Partei Rechtsstaatliche Offensive“ (Schill- Partei) wurde von mehreren GesprächspartnerInnen erwähnt. Bei der Bundestagswahl 2002 kam die Schill-Partei in Mitte in ihrem Erst- und Zweitstimmenergebnis auf jeweils 1,7% der abgegebenen Stimmen. Die aktuellen Entwicklungen um die Schill-Partei und ihr Versinken in die Bedeutungslosigkeit war im Zeitraum der Studie noch nicht absehbar. Unabhängig von dieser konkreten Partei bestätigte der Geschäftsführer einer interkulturellen Jugendeinrichtung in Wedding, dass in einigen Gebieten des Bezirkes Mitte ein recht großes

Potenzial für diesen Rechtspopulismus existiere, vor allem wenn dieser Populismus von einer charismatischen Führungsperson vertreten werde:

„Ich denke, wenn irgendeine starke Partei käme mit so einem Führtyp, es gibt immer so eine Anfälligkeit. In Hamburg hat man gesehen, wie Schill aufgetreten ist. Und es gibt immer noch so bestimmte Gruppen, und ich denke, die wären auch hier im Wedding, in bestimmten Gebieten sind die vorhanden, wenn da irgendeine organisierte starke Struktur vorhanden wäre, dann würden sich auch Leute beteiligen.“

7.2.2.3. Sonstige Parteien

„Bürgerrechtsbewegung Solidarität“ (BüSo)

Mehrere Befragte berichteten von regen Werbeaktivitäten, u.a. durch Informationsstände, der „Bürgerrechtsbewegung Solidarität“ (BüSo). Periodisch trete die BüSo im Stadtteil Mitte auf, auf dem Alexanderplatz oder auch in der Nähe der Humboldt-Universität, aber auch in Wedding sei sie durch Werbemaßnahmen aufgefallen. Auch bei Demonstrationen waren Mitglieder der BüSo regelmäßig präsent.

Die Wahlergebnisse der „Bürgerrechtsbewegung Solidarität“ waren bisher unbedeutend, bei der Bundestagswahl 2002 kam die Partei in Mitte auf 0,3% im Erststimmenergebnis und auf 0,1% bei den Zweitstimmen. Die Berliner Landesliste wird von Helga Zepp-LaRouche angeführt, der Vorsitzenden dieser Bewegung, deren Ehemann, der Verschwörungstheoretiker Lyndon W. LaRouche, international von den USA aus agiert. Die BüSo ist die Nachfolgeorganisation der Partei „Patrioten für Deutschland“ und gibt die Parteizeitschrift „Neue Solidarität“ heraus. Zur BüSo gehört auch das so genannte „Schiller-Institut“.

Das Lexikon der Sekten, Sondergruppen und Weltanschauungen attestiert der BüSo „phantastisch anmutende Verschwörungstheorien“. Die Ereignisse des 11. September 2001 wurden auf den Webseiten der BüSo mit diversen verschwörungstheoretischen Erklärungen kommentiert. Bereits vor dem 11. September 2001 bemühte sich die BüSo um Kontakte vor allem zu Muslimen türkischer Herkunft. Nach den Anschlägen von New York und Washington wurden diese Bemühungen intensiviert. In ihrem Programm erklärt die BüSo, dass sich Europa nicht an den „rein geo- und machtpolitisch motivierten angloamerikanischen Raubzügen zur ‚Rohstoffsicherung‘ in Afrika, Nahost, Zentralasien etc. beteiligen dürfe“, denn „Deutschland und die übrigen Länder der EU sind souveräne Staaten - keine Vasallen“, heißt es auf der Internetseite www.bueso.de. In ihrer Propaganda setzt die BüSo beim „globalen Finanzsystem“ an, dessen „systemische Krise jetzt in ihre allerletzte Phase eingetreten ist“. Um den weltweiten „Crash in Raten“ und damit einen „Krieg der Zivilisationen“ aufzuhalten, „müssen die Regierungen das globale Finanz- und Währungssystem umgehend einem geordneten Bankrottverfahren unterziehen“ und zu einem „Neuen Bretton Woods“ reorganisieren. Unter diesem „Neuen Bretton Woods“ versteht Zepp-LaRouche ein „goldgestütztes Finanzsystem mit stabilen Wechselkursen“. Deutschland müsse Europa zu einer zugkräftigen „Lokomotive der Weltwirtschaft machen, vorrangig den Ausbau der Eurasischen Landbrücke betreiben und den Aufbau von Entwicklungskorridoren nach Osteuropa, Asien, den Nahen Osten und Afrika in Gang setzen“. Als „Emanzipation Deutschlands und Europas von der US-amerikanischen Vorherrschaft und Erlangung einer führenden Rolle in einem neuen Weltsystem“ lässt sich das Programm der BüSo verstehen. In den Muslimen in Deutschland sieht Helga Zepp-LaRouche ihre Bündnispartner bei dieser „Emanzipation“. Den „Krieg gegen den Terror“ bezeichnet sie als angloamerikanisches geopolitisches Szenario, denn „bis heute gibt es keinen gerichtsverwertbaren Beweis, dass Vertreter islamischer Bewegungen oder Staaten für die Ereignisse des 11. September verantwortlich waren“, heißt es in einer Antwort der BüSo auf die Fragen zur Bundestagswahl 2002 des islamistischen Internetportals www.muslim-markt.de

Nach dem freundlichen Empfang von Lyndon LaRouche in der Türkei, wo er sich Anfang 2003 als „der Herausforderer“ des amerikanischen Präsidenten George W. Bush und „aussichtsreicher Präsidentschaftskandidat“ feiern ließ, bemühte sich die BüSo in Berlin verstärkt um Kontakte zur türkischen Community. Mittel zum Zweck sollte dazu die lokale

türkische Presse sein. Und so gelangte Helga Zepp-LaRouche zu einem längeren Fernsehauftritt im konservativen türkischen Lokalsender „TD1“. „Zur besten Sendezeit“ hätte TD1 der Vorsitzenden der BüSo, Helga Zepp-LaRouche, ein Fernsehinterview ermöglicht und damit den „absurden Medienboykott in Deutschland gegenüber LaRouche und der BüSo“ durchbrochen, schreibt Daniel Buchmann von der LaRouche-Jugendbewegung am 3. August 2003 in einem Offenen Brief unter der Überschrift „Standpauke an die deutschen Medien“.

7.2.3. Sonstige Strukturzusammenhänge

7.2.3.1. Die Rockerszene der Bandidos MC Berlin Eastgate

Nach diversen Einschätzungen habe die Rocker-Gruppe „Bandidos MC Berlin Eastgate“ Berührungspunkte zur rechtsextremistischen Szene. Dabei ist nicht offenkundig, ob es sich dabei um Einzelpersonen handelt oder um die Struktur „Bandidos MC Berlin Eastgate“ an sich. Seit längerem sind auch Propagandadelikte von Mitgliedern der Gruppe bekannt. Die Bandidos sind vor allem im Ruhrgebiet ziemlich stark vertreten und haben Kontakte zum Rotlicht-Milieu. Die Rocker-Szene organisiert sich bundes- und europaweit in Form von Motorradclubs, so genannten „MCs“. Ein Gesprächspartner aus Wedding ging bei der Frage nach rechtsextremistischen Strukturen im Kiez konkret auf die „Bandidos“ ein: „Wo ich hier echt ein rechtsextremistisches Potenzial sehe, ist in so einer Rocker-Szene. Es sind Leute, die haben Lederklamotten, haben lange Haare und generieren sich richtig als Rocker, da gibt es in der Provinzstraße den Verein ‚Bandidos‘, die auch Verbindungen ins kriminelle Milieu haben. Die sind echt total unangenehm, die haben hier auch Leute zusammengeschlagen, die deren T-Shirts an hatten. Da ist zumindest so eine Szene, wo sich das Rocker-Macho-Mäßige mit so etwas Nationalem mischt. [] Allein, wenn jetzt auf dem Motorrad die Deutschlandfahne mit weht und vielleicht jetzt noch irgendwelche anderen rot-weiß-schwarzen Embleme drauf sind, dann geht das für mich schon so in diese Richtung. Wo das hier zwar nicht in so einer militanten Form, aber in Stammtischgesprächen ähnlich abgeht, ist in der ‚Hexeninsel‘. [] Da mischt sich diese Rocker-Szene, die auch unheimlich prollig ist, die mischt sich da mit Rechtsextremismus, Ultra-Nationalismus. Wobei das, was ich mitgekriegt habe, sich da vor allem gegen Ausländer richtet. [] Auch so ‚Heil‘-Grüße, ich weiß nicht, inwieweit als scherzhafter gemeinter Abschied oder als Insider-Abschied, das habe ich dann nicht mitbekommen. Aber, das ist so eine Szene - Rocker, Lederklamotten, lange Haare, irgendwie prollig, aggressiv -, die für mich jetzt nicht vordergründig politisiert sind, es ist jetzt nicht so, dass die jetzt hier agitieren würden.“

7.2.3.2. Staatsbürgerliche Vereinigung „Deutsche Nationalversammlung“

Am 22. Mai 2003 wurden Interessierte zum Gendarmenmarkt in Berlin-Mitte geladen, um nach einer „Gedenkveranstaltung zum Tag der deutschen Verfassung“ die Gründung einer so genannten „Deutschen Nationalversammlung“ noch für das Jahr 2003 vorzubereiten. (Das soll Ende Juni 2003 in Kassel geschehen sein.) Ziel dieser „Staatsbürgerlichen Vereinigung“ sei es, „die Idee der Souveränität Deutschlands und seiner Bürger für eine Deutsche Verfassung zu erneuern“. Damit solle zugleich daran erinnert werden, dass „das Grundgesetz von 1949 keine deutsche Verfassung ist und nicht die Interessen Deutschlands und seiner Bürger sichern kann“, hieß es in der Einladung auf der Internetseite www.deutschenationalversammlung.de. Alle „Patrioten“, die sich „gegen Überfremdung und Willkürrecht zur Wehr setzen wollen“, seien aufgerufen, „mit uns für ein souveränes Deutschland in einem Europa souveräner Nationen zu kämpfen und dies durch eine Teilnahme an dieser Gedenkveranstaltung einer breiten Öffentlichkeit zu dokumentieren“. Die PolitikerInnen von Bundestag und Bundesrat wurden aufgefordert zu überlegen, ob „das Grundgesetz von 1949 noch Bestand hat, oder die vom Deutschen Kolleg propagierte Behauptung zutrifft, dass das Deutsche Reich nicht untergegangen ist, also die Verfassung des Deutschen Reiches somit fortbesteht“.

Inzwischen macht diese „Deutsche Nationalversammlung“ eher durch das „Komitee Freiheit für Horst Mahler“ mit Sitz in Berlin-Schöneberg von sich reden. Im aktuellen Strafverfahren gegen die Rechtsextremisten Reinhold Oberlercher, Uwe Meenen und Horst Mahler wegen Volksverhetzung vor dem Landgericht Berlin organisiert die „Deutsche Nationalversammlung“ in diesem Komitee „den politischen Widerstand im deutschsprachigen Raum Europas für die Zusammenarbeit von Bürgern, die ihre juristischen und journalistischen Fähigkeiten und Interessen koordinieren wollen“. (Quelle: www.deutschenationalversammlung.de/index.php)

7.3. Demonstrationen, Schmierereien, Übergriffe und Schändungen Jüdischer Mahnmale

Antisemitische Schmierereien

Der Bezirk Mitte ist durch seine repräsentativen Orte und Gedenkort e ein Aktionsfeld für unterschiedliche politische Gruppierungen. Dies ist der Hauptgrund für ein erhöhtes Aufkommen an Aufmärschen oder Kundgebungen von organisierten Rechtsextremisten und Antisemiten. Auffällig ist in diesem Bezirk außerdem eine Vielzahl von antisemitischen Schmierereien und Schändungen jüdischer Mahnmale, oftmals in Form von Hakenkreuz-Schmierereien. Inwieweit die Täter einer organisierten Struktur zugerechnet werden können und aus welchem Bezirk die Täter jeweils kommen, blieb in den Gesprächen meistens unklar. Es folgt hier eine kurze exemplarische und nicht vollständige Auflistung von Vorfällen:

Im März 2002 beschmieren unbekannte TäterInnen eine jüdische Gedenktafel am Hansa-Ufer in Mitte mit einem Hakenkreuz. PassantInnen hatten außerdem am Morgen rechtsradikale und ausländerfeindliche Schmierereien an der S- Bahn-Brücke an der Straße Neues Ufer entdeckt. (Berliner Zeitung vom 14.3.02)

Das Mahnmal für jüdische Deportierte während der NS-Zeit auf der Moabiter Putlitzbrücke wurde seit seiner Einweihung 1987 immer wieder durch antisemitische Schmierereien und Angriffe geschändet. Ende Januar 2002 wurde es mit einem 30x30 cm großen Hakenkreuz beschmiert. Anfang April 2002 beschmierten unbekannte TäterInnen das jüdische Mahnmal erneut mit einem Hakenkreuz, ebenso im Oktober 2002. Es gab keine Spur von den TäterInnen.

Im Dezember 2003, in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch, wurden aus einem vorbeifahrenden Auto Farbbeutel auf das Mahnmal geworfen. Das war die dritte Schändung seit Anfang November, als das Mahnmal ebenfalls mit Farbe beschmiert und zerkratzt wurde.

Im Mai 2002 riss ein betrunken er Mann am jüdischen Mahnmal in der Levetzowstraße in Moabit neun Abdeckplatten heraus, er wurde festgenommen. Im Juli 2003 beschädigten Unbekannte dieses Mahnmal erneut, diesmal mit Steinwürfen. (Tagesspiegel vom 10.07.2003)

Im April 2003 hatten Mitarbeiter der Jüdischen Gemeinde Berlin am Lebensmittelgeschäft „Kolbo“ in der Auguststraße vier Hakenkreuze entdeckt, die in das Holz der Eingangstür gekratzt worden waren. Auch auf der Schaufensterscheibe waren Spuren solcher Schmierereien zu sehen. In der Vergangenheit war das Lebensmittelgeschäft schon mehrfach auf diese Weise verunstaltet worden. (Berliner Morgenpost vom 16.4.03)

Unbekannte TäterInnen beschädigten im Juni 2003 das jüdische Mahnmal in der Rosenstraße. Auf der Rückseite der mittleren Skulptur wurde ein Stück des Steines auf einer Fläche von 50x50 Zentimetern herausgeschlagen.

In den letzten drei Jahren versah ein Schmierer Stromkästen, Parkbänke und Hauswände in Tiergarten und Moabit in bestimmten Abständen immer wieder mit der antisemitischen Parole „Radio TV = Judenfunk“.

Demonstrationen

Als sich am 13. April 2002 etwa 10.000 Menschen auf dem Alexanderplatz zu einer Demonstration für Palästina versammelten, waren auch einige rechtsextrem orientierte Jugendliche unter den DemonstrantInnen. Auf unzähligen Spruchbändern wurde Israel als „nationalsozialistischer Staat“ verunglimpft und mit dem „Dritten Reich“ verglichen. Nach einem missglückten Sturm auf die amerikanische und die britische Botschaft grölten die aufgeputschten Jugendlichen arabischer und türkischer Herkunft nach Abschluss der Kundgebung auf dem Potsdamer Platz „Wir wollen keine Judenschweine“ und „Sieg Heil“ mit ausgestrecktem rechten Arm. Einige trugen Abbildungen mit einem Davidstern, in dessen Mitte ein Teufelskopf zu sehen war. Deutsche Skinheads beobachteten mit erfreuter Mine diese Szenen. (Quelle: ZDK)

Am 9. Dezember 2002 besuchte der israelische Staatspräsident Moshe Katzav Berlin. Die „Freien Kameradschaften“ und die NPD Berlin meldeten eine Demonstration gegen den Staatsbesuch an. Vor dem Auswärtigen Amt skandierten sie „Hände weg von Palästina“ und forderten die Berliner Bürger auf, gegen Waffenlieferungen an Israel zu protestieren. Eine rechtsextreme Internetseite kommentierte diesen Staatsbesuch mit der Frage: „Ewig zahlen für den ‚Holocaust‘?“ (Quelle: ZDK)

Rudolf-Heß-Gedenktag

Die Polizei beendete am 18. August 2003 eine Kundgebung am Brandenburger Tor anlässlich des 16. Todestages des Hitlerstellvertreters Rudolf Heß. Eine Stunde zuvor hatten Neonazis vor der Britischen Botschaft an der Wilhelmstraße die Herausgabe der Heß-Akten gefordert.

Im selben Zeitraum tauchten in Mitte, etwa am Spittelmarkt und in der Leipziger Straße, aber auch in anderen Stadtbezirken, rot-schwarze Plakate auf, auf denen der Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß zum Friedenskämpfer und Märtyrer erklärt und sein Selbstmord als Mord hingestellt wurde. Zur Urhebererschaft des Plakates gibt sich ein eher im Internet agierendes „Nationales und Soziales Aktionsbündnis Mitteldeutschland“ zu erkennen, an anderer Stelle wird der „Nationale Widerstand Berlin-Brandenburg“ genannt. (ND vom 21.8.03)

Übergriffe und Gewalt

Eine Gruppe betrunkenen Jugendlicher in Bomberjacken, weiß geschnürten Stiefeln und Pullovern mit dem Aufdruck „Kameradschaft Potsdam“ pöbelte Mitte Februar 2002 nachts in der gut besetzten S-Bahn mit antisemitischen Sprüchen die Fahrgäste an. Als sie schließlich zwei junge Frauen bedrängten, ging ein junger Student dazwischen und wurde selbst attackiert, bis ihn eine Bierflasche am Kopf traf und ihn verletzte. (Tagesspiegel vom 15.2.02)

Ende April 2003 wurden drei homosexuelle Männer am Rosenthaler Platz in Mitte von einer Gruppe von Jugendlichen beschimpft und niedergeschlagen. Die Jugendlichen riefen unter anderem „linke Zecke“, bevor sie die Verfolgung aufnahmen. Während sie ihre Opfer zusammenschlugen, sollen sie auch „Adolf Hitler“ gerufen haben. Die Opfer wurden zwei Mal niedergeschlagen und zum Teil schwer verletzt. Passanten griffen nicht ein. Die Täter standen vor und nach dem Überfall Bier trinkend und pöbelnd am Rosenthaler Platz. (Quelle: schriftliche Aussage von Freundinnen der Opfer vom 5.5.2003)

Im August 2003 hat eine Gruppe von angetrunkenen Männern am S-Bahnhof Alexanderplatz zwei Migrantinnen zunächst mit fremdenfeindlichen Parolen beleidigt. Anschließend stieß ein Täter die eine Frau mit dem Ellenbogen gegen den Brustkorb. Als ihre Begleiterin eingreifen wollte, packte er sie am Oberarm und drängte sie in Richtung Gleise. Er ließ erst ab, als ein Fahrgast dazwischen ging. (TAZ vom 4.8.03)

Ende November wurde die Antwort des Berliner Innensenators Erhart Körting auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Özcan Mutlu (Bündnis 90/Die Grünen) zu „Übergriffen und Gewalttaten mit rechtsradikalem Hintergrund in Berlin“ veröffentlicht. Die registrierten

Gewaltdelikte für den Bezirk Mitte wurden dabei für 2003 mit zwei Delikten zum Tatbestand „Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte“, drei Delikten zum Tatbestand „Körperverletzung“ und zwei Delikten zum Tatbestand „gefährliche Körperverletzung“ angegeben. (Quelle: Abgeordnetenhaus Berlin, Drucksache 15 / 10 954)

Auf einer Pressekonferenz Ende Februar 2004 informierte das Landeskriminalamt Berlin (LKA) über die Bilanz der Bekämpfung des Rechtsextremismus im Jahr 2003. Danach würden die rechtsextremistischen Gruppierungen in Berlin zunehmend aggressiver und gewaltbereiter agieren, auch gegenüber PolizeibeamtInnen. Die Zahl der Gewaltdelikte sei von 42 im Jahr 2002 auf 70 im Jahr 2003 gestiegen. „Bei den rechtsextremistischen Straftaten insgesamt konnte der über Jahre verzeichnete Anstieg 2003 erstmals gestoppt werden, die Zahlen sind sogar leicht rückläufig (von 946 auf 944). Auch der deutliche Rückgang von Delikten mit antisemitischem Hintergrund (von 229 auf 123) wertete die Polizei als Erfolg“, berichtete die Berliner Morgenpost am 28. Februar 2004 in ihrem Artikel „Rechtsextreme immer gewaltbereiter“. Insgesamt habe die Staatsschutzabteilung des LKA die rechte Szene unter Kontrolle, wird in diesem Artikel der Vize-Chef Klaus Gäth zitiert. Hochburgen der rechten Szene seien Lichtenberg, Treptow und Marzahn-Hellersdorf, aber auch Pankow und Neukölln.

7.4. Die Grauen Wölfe

7.4.1. Die Idealisten und ihr „Leitwolf“

Die Türkische Föderation, im Türkischen auch die Ülkücüler (die Idealisten) genannt, sind in Deutschland vor allem unter dem Namen Graue Wölfe bekannt. Sie, ihre Abspaltungen sowie ihre türkische Mutterpartei, die MHP (Partei der Nationalistischen Bewegung), treten vorrangig als eine rassistische, türkisch-nationalistische Bewegung in Erscheinung. Vom Balkan über Mittelasien bis nach China erstreckt sich das Reich, das diese pantürkistische Bewegung für sich beansprucht. Zentrum der von ihr propagierten Gemeinschaft aller Turkvölker ist eine starke, unabhängige und vor allem selbstbewusste Türkei. Das kommt sowohl in Europa als auch in der Türkei vor allem bei Jugendlichen an. Das übersteigerte Nationalbewusstsein ist ein Gegengift für tatsächliche oder vermeintlich erlittene Demütigungen und Ausgrenzungen. Internationale Erfolge türkischer Fußballmannschaften werden „wie gewonnene Kriege“ gefeiert. Das Zeichen der Nationalisten, der Graue Wolf, beherrscht dann neben zahlreichen Türkeifahnen das Straßenbild in Berlin, London oder Istanbul.

Eine treue Anhängerschaft konnte die Bewegung allerdings erst um sich scharen, als sie ihr „ethnisch“ definiertes Türkentum auch sunnitisch-islamisch begründete. Ihre türkisch-islamische Synthese, die Religion als untrennbarer kultureller Aspekt des Türkentums, unterscheidet sie allerdings bis heute vom politischen Islam der Milli Görüs, die den religiösen Aspekt als verbindendes Element in den Fordergrund stellt. Ein Beispiel zur Erläuterung: AnhängerInnen der Grauen Wölfe betonen in Bezug auf muslimische AraberInnen „deren nicht-türkische-Herkunft“, während beispielsweise Milli Görüs das „Muslim-sein“ in den Vordergrund rückt, ob nun türkischer, arabischer o. a. Herkunft.

Die MHP und ihre Doktrin der Ülkücülük (Idealismus) sind untrennbar verbunden mit dem am 4. April 1997 im Alter von 80 Jahren verstorbenen ehemaligen Oberst Alparslan Türkes. Von seinen AnhängerInnen wird er in fast mystischer Weise verehrt. So warfen sie sich zu Boden, als die Nachricht von seinem Tod bekannt wurde, brachen in Tränen aus und riefen im Chor: „Führer sterben nicht!“ Alparslan Türkes trug den Titel „Basbug“, was so viel bedeutet wie Oberster Führer. Nach seinem Tod beschloss die MHP, dass niemand außer Alparslan Türkes mit dem Grad eines Basbugs ausgezeichnet werden darf.

Symbol der 1968 entstandenen und paramilitärisch ausgebildeten Jugendorganisation der MHP wurde der „Bozkurt“, der Graue Wolf. Er erinnert an das Tier, das entsprechend der Legende die letzten türkischen Stämme aus den Altay-Gebirgen in Zentralasien führte und

damit rettete. Als oberster Führer war Alparslan Türkeş deshalb auch der „Oberwolf“ oder „Leitwolf“. In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre verübten die Grauen Wölfe zahlreiche Anschläge vor allem auf linke StudentInnen an den türkischen Hochschulen. So wurde die Bezeichnung „Graue Wölfe“ zum Synonym für die Ülkücülük-Bewegung, für türkischen Nationalismus, Rassismus und Rechtsextremismus. Der Graue Wolf, mit den Fingern symbolisiert (Spreizen des kleinen Fingers und des Zeigefingers für die Ohren und Aufeinanderlegen des Mittel- und Ringfingers auf den Daumen für die Schnauze), Halsketten und Fahnen mit dem Wolfs-Emblem sowie die Fahne der Bewegung mit den drei nach unten geöffneten Halbmonden (osmanische Kriegsflagge) sind auch in Westeuropa unter türkischen Jugendlichen zu beliebten Symbolen geworden.

Mit dem Erstarken der linken, z.T. sozialistischen und/oder maoistischen Bewegung in der Türkei in den siebziger Jahren und dem aufkommenden kurdischen Nationalismus, der ab 1984 von der PKK auch militärisch artikuliert wurde, erlangte Türkeş mit seiner MHP und den paramilitärischen Grauen Wölfen immer mehr systemerhaltende Bedeutung. Militär, Polizei und sogenannte „Sicherheitskräfte“ wurden von seiner Bewegung dominiert und führten einen blutigen Krieg gegen alles, was sich als links und nichttürkisch definierte. Dabei gerieten auch die Aleviten¹⁶⁵ aus zwei Gründen ins Fadenkreuz der Türkeş-Anhänger: Zum einen als „Verräter am Islam“ (Häretiker), zum anderen wegen ihrer Nähe zur türkischen und kurdischen Linken. Die Auslandsorganisation der MHP, die Türkische Föderation, setzte diese Auseinandersetzungen zeitgleich auch in Deutschland gewalttätig um. Darüber hinaus machten die Grauen Wölfe internationale Schlagzeilen, als am 13. Mai 1981 eines ihrer Mitglieder, Mehmet Ali Ağca, ein Attentat auf Papst Johannes Paul II. verübte.

Nachfolger von Alparslan Türkeş wurde 1997 Devlet Bahçeli als Führer eines gemäßigeren Reformflügels. In der Auseinandersetzung über die Erfüllung der Kriterien für die Aufnahme der Türkei in die Europäische Union, darunter auch kulturelle Rechte für Minderheiten wie z. B. die Kurden, entwickelte sich Bahçeli aber zunehmend zum Falken und Wortführer einer national-chauvinistischen Abgrenzung. Bei den vorgezogenen Neuwahlen am 3. November 2002 scheiterte die MHP nach über zwei Jahren als Regierungspartei am Wiedereinzug in das türkische Parlament. Auf der Kandidatenliste der MHP für diese Wahlen standen rund zwanzig vorbestrafte militante Nationalisten, wie z. B. Yılmaz Durak und Yasar Yildirim. Yılmaz Durak war 1980 verurteilt worden wegen Beteiligung am Mord des damaligen Vorsitzenden der linken Gewerkschaftsföderation, Kemal Türkler. Yasar Yildirim hatte in den siebziger Jahren die Mordanschläge der Grauen Wölfe koordiniert.¹⁶⁶

Die von Türkeş geschaffene Bewegung teilt sich heute auf verschiedene Parteien auf. Sammelbecken des Flügels, der die islamische Komponente stärker betont wissen wollte, wurde 1992 die Große Einheitspartei (BBP), deren Vorsitzender, Muhsin Yazıcıoğlu, ehemals der 1. Vorsitzende der Grauen Wölfe war. Die heute nur noch marginale BBP vereint den radikalen-islamischen Flügel der MHP und vertritt innerhalb des nationalistischen Spektrums eine ausgeprägt islamische Position.¹⁶⁷ Auch die beiden konservativen-bürgerlichen Parteien, die Vaterlandspartei (ANAP) und die Partei des rechten Weges (DYP), nahmen einen Teil der MHP-Mitglieder auf. Vor allem in den neunziger Jahren, mit der Übernahme der Führung der DYP durch Frau Tansu Çiller, kam es zu einer verstärkten Annäherung zwischen MHP und DYP.

Der „Susurluk-Skandal“ (benannt nach einem Autounfall am 3. November 1996 nahe der westtürkischen Stadt Susurluk) brachte die enge Verbindung zwischen Staat, Mafia, Polizei und als Terroristen gesuchten Grauen Wölfen an den Tag. Das Festhalten am ethnisch

¹⁶⁵ Aleviten/Bektaschiten: eigenständige religiös-philosophische Weltanschauungsgemeinde in Anatolien, basierend auf Elementen des schiitischen Islam mit alttürkischen und vorchristlichen Einflüssen, etwa 15% bis 20% der türkischen Bevölkerung sind Aleviten. In Berlin wird ihre Anzahl auf 40.000 geschätzt. Ihr größter Verein, das Kulturzentrum Anatolischer Aleviten – AAKM, hat seinen Sitz im Cem-Haus (Gemeinde-Haus) in der Kreuzberger Waldemarstraße

¹⁶⁶ Jungle World: „Entfernung der Kandidaten“, 2. Oktober 2002

¹⁶⁷ Thomas Lemmen: „Islamische Organisationen in Deutschland“, Bonn, 2000, Friedrich-Ebert-Stiftung in: www.fes.de/fulltext/asfo/00803008.htm Abgelesen im Januar 2003

definierten Nationalverständnis der Türkei und damit verbunden der Kampf gegen die kurdisch-nationalistische PKK hatten zu einem völligen Niedergang rechtsstaatlicher Strukturen geführt. Führende türkische JournalistInnen meinten damals, dass die türkische Regierung eine Organisation ist, die bis zum Hals in Mord, Drogenhandel und Erpressung steckt.¹⁶⁸

Rassistisch begründet und islamisch geschönt

Das Weltbild der Grauen Wölfe hat seinen Ursprung in der Ideologie der jungtürkischen Bewegung Mitte des 19. Jahrhunderts, als das Osmanische Reich als Vielvölkerstaat zerbrach. Als Rettung vor dem völligen Zerfall forderten die Jungtürken einen Nationalstaat, ein „Großtürkisches Reich“, in dem all jene leben sollten, die sich zum Türkentum bekennen. Der Wertekanon der heutigen Ülkücülük-Bewegung verpflichtet jeden Einzelnen, sich durch sein alltägliches Verhalten zum idealen Menschen zu entwickeln, denn nur so könne die ideale Gesellschaft entstehen. Ziel der Bewegung ist es, das türkische Volk zur „besten und stärksten Rasse“ und die Türkei zur international führenden, von allen äußeren Einflüssen und Systemen unabhängigen Nation zu machen. Da die Welt nur an einer schwachen türkischen Nation interessiert sei, müsse das Land von innen gestärkt werden. „Alles für die türkische Nation, für Türken ausgerichtet und für Türken gedacht“, lautet das Motto. Ein Türke ist für die Idealisten jeder, der im türkischen Territorium lebt, sich als ein Türke fühlt und sich als Türke bezeichnet. Auf dieser Basis entwickelte Alparslan Türkeş die Doktrin der Ülkücülük, die Dokuz-Isik-Doktrin (Neun-Lichter-Doktrin). Neben Idealismus und Nationalismus betont Türkeş vor allem die Gemeinschaft und Moral auf der Basis „der türkischen Sitten und Gebräuche“. In der politischen Umsetzung bleibt von der Ülkücülük-Theorie jedoch hauptsächlich der rassistische Nationalismus übrig, der durch den Zerfall der Sowjetunion und die daraufhin erfolgte Unabhängigkeit der mittelasiatischen „Turk-Republiken“ auch wieder pantürkistische Züge bekam.¹⁶⁹

In der Anfangsphase bemühten sich die Ülkücüler um vorislamische, schamanistische Glaubensinhalte der türkischen Nomaden. Um die breiten Massen mit ihrer stark verhafteten muslimischen Volksgläubigkeit zu mobilisieren, machte Türkeş aber den Islam seit Anfang der siebziger Jahre zum Bestandteil der Ülkücülük-Ideologie. Obwohl der Schwerpunkt auch weiterhin auf dem Nationalismus lag, verlegte die MHP nach dem Militärputsch 1980 ihre Agitation in die Moscheen und islamischen Vereine.

Die Grauen Wölfe in Deutschland

Die Ülkücülük-Bewegung organisierte sich auch in Europa. Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre wurden zunächst „Türkische Gemeinschaften“ (Türk Ocagi) und lokale „Idealistenvereine“ (Ülkü Ocagi) gegründet und ab 1975 auch örtliche Gruppierungen der Jugendorganisation Graue Wölfe (Ülkücü Gençlik).

Bereits 1970 ergab sich eine Kooperation zwischen den beiden rechtsextremistischen Parteien MHP (türkisch) und NPD (deutsch). Das belegt ein reger Briefwechsel zwischen den beiden „Parteiführern“, Alparslan Türkeş und Adolf von Thadden. Von Thadden ließ es sich nicht nehmen, eine persönliche Einladung für Türkeş auszusprechen, um so „über die Probleme unserer Länder zu sprechen und nach Wegen gegenseitiger Unterstützung zu suchen“. 1977 bedankte sich Türkeş wortreich für die großzügige finanzielle Unterstützung des Wahlkampfes der MHP durch die NPD.¹⁷⁰ In einem offenen Brief an den Parteivorstand schrieb Türkeş: „Werte Gesinnungsfreunde, ich möchte den Parteiorganisationen im Ausland und den Hilfsvereinen für ihre Hilfe während des Wahlkampfes danken, insbesondere für die finanzielle Unterstützung aus Deutschland.“¹⁷¹ 1995 verkauften die „türkischen Idealisten“,

¹⁶⁸ Oktay Eksi, in: Hürriyet, 5. November 1996

¹⁶⁹ Burhan Kesici: „Die Ülkücülük-Bewegung – Der türkische Nationalismus“, Hausarbeit, FU Berlin, Sommersemester 1994

¹⁷⁰ siehe: www.antifakomitee.de/website/duisburg/mhp_kongress/mhp_hintergrund.htm

¹⁷¹ Hakki Keskin: „Morgens Deutschland, Abends Türkei“, Berlin-West 1981, S. 140

die Ülkücüler, bei der Einweihung der großen Moschee von Mannheim u.a. die türkische Übersetzung von Hitlers „Mein Kampf“.¹⁷²

1974, nach der militärischen Intervention der Türkei auf Zypern, nahmen in der Bundesrepublik Mitgliederwerbung und Propaganda an Schärfe zu. In einer fremden Umwelt seien die Grauen Wölfe Festungen gegen Kommunismus, Zionismus, Christentum, Unzucht und Alkohol, warben sie.¹⁷³ Türkes und seine Propagandisten nutzten die Angst der MigrantInnen vor einer Entfremdung von der Heimat geschickt aus. Dabei wurde der Islam stärker in die Propaganda einbezogen als in der Türkei selbst. Zudem unterhielten die Türkische Föderation beziehungsweise die „Ülkü Ocagi“ stets dem Verein angegliederte Moscheen oder waren selbst Moscheevereine.

Nach dem Verbot durch das türkische Verfassungsgericht 1976, in Europa offiziell als MHP aufzutreten, bildeten sich Tarnorganisationen unter den Namen „Kultur-, Idealisten-, Beistandsverein, Nationalistischer Ideenverein, Islamischer Verein und Türkische Gemeinschaft. Gleichzeitig wurden auch MHP-Anhänger in den Islamischen Kulturzentren der Süleymaniye-Bewegung¹⁷⁴ politisch aktiv.¹⁷⁵

In Frankfurt am Main, bis heute die Zentrale der Ülkücüler-Bewegung, erfolgte 1978 der Zusammenschluss der westeuropäischen Idealistenvereine zur Dachorganisation „Föderation der demokratisch-idealistischen Türkenvereine in Europa“ (ADÜTDF), kurz Türkische Föderation. Bis 1993 übten die Grauen Wölfe auch in Deutschland Gewalt bis hin zu Mordanschlägen aus. Nach Spaltungskämpfen zählte die ADÜTDF 1997 aber nur noch 6.900 Mitglieder und trat kaum noch durch Aktivitäten in Erscheinung, weshalb sie seit 1993 auch nicht mehr im Verfassungsschutzbericht erwähnt wird.¹⁷⁶

Die rechtsextremen Brandanschläge von Mölln und Solingen, Ausländerfeindlichkeit, die Darstellung des „Kriegs der Türkei gegen die Kurden“ in Politik und Medien sowie Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit haben die Zahl der AnhängerInnen der Türkischen Föderation vor allem unter Jugendlichen, männliche und weibliche, in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre wieder ansteigen lassen. Eigenen Angaben zufolge verfügt die Organisation heute über 180 Vereine, während der Verfassungsschutz die Mitgliederzahl bundesweit auf knapp 8.000 schätzt. Besonders die Regierungsbeteiligung der Mutterpartei MHP in der Türkei von 1999 bis zum November 2002 hat dazu geführt, dass der von ihr vertretene rechtsextreme türkische Nationalismus auch innerhalb der sogenannten Mitte der türkischen Community in Deutschland sein negatives Stigma verlor und salonfähig wurde.

Wenig Berührungsängste scheinen auch manche deutsche Politiker im Umgang mit den Ülkücüler zu haben. So traf sich Bayerns Innenminister Günter Beckstein Ende November 2003 in Nürnberg mit Funktionären der örtlichen „Türkischen Gemeinschaft“, die zur „Türkischen Föderation“ gehört. Mit Extremisten zu speisen und stehend vor dem Bild des „Oberwölfs Alparslan“ den Opfern der Terroranschläge in Istanbul zu gedenken, schien dem Minister der „Deutschen Leitkultur“ nicht bedenklich.¹⁷⁷

Abspaltungen und Neugründungen

Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre kam es innerhalb der Türkischen Föderation zu heftigen Flügelkämpfen. Dabei ging es hauptsächlich um den Stellenwert des Islam innerhalb der Bewegung. Als Sammelbecken des islamischen Flügels (Celebi-Fraktion) entstand im Oktober 1987 die „Union der türkisch-islamischen Kulturvereine in Europa e.V.“ (ATIB), die nach eigenen Angaben 122 Vereine mit insgesamt 11.000 Mitgliedern umfassen soll.¹⁷⁸ ATIB ist der mitgliederstärkste Verband der Dachorganisation „Zentralrat der Muslime“ (ZMD). Vor dem Hintergrund der Gründung der „Großen Einheitspartei (BBP)“ des Muhsin Yazicioglu in der Türkei, vollzog sich in Europa neben ATIB eine weitere religiös

¹⁷² Kurdistan-Rundbrief, 25. März 1997

¹⁷³ Ertekin Özcan: „Türkische Immigrantorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland“, Berlin-West 1989.

¹⁷⁴ siehe Kapitel: VIKZ – Verband der Islamischen Kulturzentren

¹⁷⁵ a.a. O. Ertekin Özcan, S. 181 und S. 183

¹⁷⁶ Deutscher Bundestag Heft 11/ 17.Juni 1997

¹⁷⁷ Der Spiegel: „Minister vor Ort“, 15.12.2003

¹⁷⁸ Selbstdarstellung in www.atib.org im Juni 2000

motivierter Abspaltung von der Türkisch-Bewegung. Im Dezember 1993 kam es dabei in Berlin in der Obentrautstraße zu einer Schießerei zwischen Anhängern der MHP und der BBP.¹⁷⁹

Die sich abspaltenden Vereine wurden 1996 zusammengefasst in der „Europäischen Föderation der Weltordnung“ (Avrupa Nizam-i Alem Federasyonu - ANF).¹⁸⁰

Die durch diese Abspaltungen geschwächte Türkische Föderation reorganisierte sich auf ihrem 19. Bundeskongress am 5. Oktober 1996 in Essen. Dort wurde die ADÜTDF e.V. in „Almanya Türk Federasyonu - Deutsche Türk-Föderation“ (ATF) umbenannt. Gleichzeitig konstituierte sich die ATF als Teil des neu gegründeten europäischen Dachverbands „Konföderation der idealistischen Türken in Europa“ (AÜTDK). Die deutsche Zentrale liegt nach wie vor in Frankfurt am Main. Der Bundeskongress im Jahr 1996 stand unter dem Vorsitz von Alparslan Türkeş, der in seiner Rede vor rund 10.000 Personen die Europa-TürkenInnen darauf hinwies, dass das kulturelle und parteipolitische Engagement wichtig sei, um Einfluss in Parteien und Gewerkschaften zu erlangen.¹⁸¹

Die Berliner Zentrale der „Ülkücüler“ befand sich bis zur Spaltung der Bewegung in den 90er Jahren in der Weddingener Neuen Hochstraße. Heute unterhält die „Türkische Föderation“ ihr Berliner Zentrum in der Kreuzberger Obentrautstraße 35. In Wedding verfügt die Bewegung über Anlaufstellen in der Brunnenstraße 182, „Avrupa Demokratik Ülkücü Türk Dernekleri Federasyonu - Föderation der demokratisch idealistischen Türkenvereine in Europa“ und „Berlin Türk Idealist Aydinlar Birliği - Berliner Verband der türkischen intellektuellen Idealisten“, und in der Drontheimer Straße 37, „Berlin Türk Ülkücüler Birliği - Berliner Verband der türkischen Idealisten“. Die religiös motivierte Abspaltung, der Verband „Nizam-i Alem (ANF)“, hat seine Berliner Zentrale in Wedding, in der Lindower Straße.

Heute haben sich die Mutterbewegung und ihre Abspaltungen miteinander arrangiert. Das zeigte sich u. a. auch auf der im Mai 2003 zum 2. Mal durchgeführten Deutschlandparade „Türk Günü“ (Türkischer Tag). Neben der Türkischen Gemeinde zu Berlin (TGB) und DITIB beteiligten sich vor allem die Türkische Föderation und die Nizam-i Alem (ANF) an dem Umzug zwischen Alexanderplatz und Brandenburger Tor. „Die Straße Unter den Linden versinkt in einem Meer türkischer Fahnen“, beschrieb die Tageszeitung „taz“ das Bild des türkischen Marsches. Zwar sollte der Umzug die Verbundenheit mit Deutschland und der EU demonstrieren, aber die vom Veranstalter „versprochenen deutschen und EU-Fahnen sind wohl nicht mehr rechtzeitig eingetroffen“. „Ab und zu“, so die taz, „schreien junge Männer und Frauen: ‚Türkei, wir sterben für dich!‘“. Das Organisationskomitee hatte zuvor das Tragen aller politischen Symbole verboten. „Ein junges Mädchen hat das Verbot missachtet. Auf ihrem Stirnband steht: ‚Idealistische Jugend‘ - die Jugendorganisation der Ultrationalisten.“¹⁸²

In der Berliner Diskussion um den islamischen Religionsunterricht an öffentlichen Schulen beziehen die Ülkücüler eine nationalistische Position - der Islam als untrennbarer Teil des Türkentums. Dieser Unterricht solle in türkischer Sprache vorrangig für TürkenInnen eingeführt werden, forderten sie lange Zeit gemeinsam mit anderen türkischen Vereinen, wie z. B. der DITIB und unterstützt von diplomatischen Vertretern Ankaras in Deutschland. In jüngster Zeit setzte sich bei letzteren aber die Erkenntnis durch, dass man sich mit dieser kompromisslosen Haltung, vor allem was die Unterrichtssprache betrifft, selbst aus dem deutschen Diskurs katapultiert.

Mitglieder der Türkischen Föderation und ihrer religiösen Abspaltungen lesen vorrangig die Tageszeitung „Türkiye“¹⁸³ und konsumieren den Fernsehsender TGRT der İhlas-Gruppe. Die Terroranschläge vom 11. September 2001 wurden in der Zeitung „Türkiye“ als „jüdische

¹⁷⁹ die Tageszeitung, 10. Dezember 1993

¹⁸⁰ siehe Kapitel: Der „Türkische Kulturverein“ Nizam-i Alem.

¹⁸¹ www.mi.niedersachsen.de/functions/downloadObject/0,,c873971_s20,00.pdf Abgelesen am 1. März 2003

¹⁸² Cem Sey: „Ich liebe dich, du mich auch?“, in taz Berlin lokal, 19.5.2003

¹⁸³ Gedruckte Auflage in Deutschland etwa 40.000, die verkaufte Auflage in Berlin soll bei etwa 500 (Schätzung) liegen, wenn überhaupt. Die Europa-Ausgaben der türkischen Tageszeitungen unterscheiden sich von der Türkei-Ausgabe durch einige speziell für Europa produzierte Seiten. Der gesamte Mantel (Innen- und Außenpolitik, Wirtschaft und Kommentare) wird aus der Türkei übernommen.

Verschwörung“ kommentiert, schrieb die „Süddeutsche Zeitung“. „Das Endziel der multinationalen Gesellschaften sei die jüdische Weltherrschaft unter Benutzung von USA und EU. Als die Globalisierung zurückschlug, führten CIA und Mossad den Angriff vom 11. September durch. Und man begann unter der Maske des Kampfes gegen den islamischen Terror das Projekt, die islamische Welt zu besetzen.“¹⁸⁴

7.4.2. Die Grauen Wölfe in Mitte

Öffentlicher Raum

In der Vergangenheit galt der Ortsteil Wedding im Bezirk Mitte als die Berliner Hochburg der Grauen Wölfe, denn sie hatten damals ihren Hauptsitz in der Neuen Hochstraße. Heute treten nur noch vereinzelt Vereine und Initiativen in Erscheinung. Erkenntnisse über die organisatorische Struktur gibt es wenige. Bekannte Anlaufstellen sind die „Föderation der demokratisch idealistischen Türkenvereine in Europa“ (ADÜTDF) und der „Verband der türkischen intellektuellen Idealisten“ (TIAB) in der Brunnenstrasse, sowie der „Berliner Verband türkischer Idealisten“ in der Drontheimer Strasse. Auch die „Osmanische Militärkapelle der Janitscharen“, der Berliner Mehter-Verein (Berlin Mehter Takimi), hat seinen Sitz in Wedding und wird dem Sympathisanten-Spektrum der „Ülkücüler“ zugeordnet. Viele unserer GesprächspartnerInnen berichteten, dass die Grauen Wölfe im Bezirk kaum noch öffentlich auftreten und selten wahrgenommen werden. Ein Gesprächspartner betonte aber, dass diese fehlende Auffälligkeit nicht als Beleg für Inaktivität oder Bedeutungslosigkeit gewertet werden könne:

„Die waren ja im Wedding sehr stark, mit ihrem Hauptsitz, den es mal in Wedding gab. [] Aktuelle Aktivitäten sind mir jetzt nicht bekannt. Aber da gibt es sicherlich eine ganze Menge hier, die im Umfeld entsprechend agieren.“

Nach wie vor habe Wedding das Image, Hochburg der Grauen Wölfe zu sein. In der Vergangenheit, vor allem in den 80er Jahren, sorgten sie durch ihr gewalttätiges Auftreten für Schlagzeilen. Heute agieren sie unauffälliger. Die Ideologie dieser Organisation und ihrer religiösen Abspaltungen - eine antidemokratische, nationalistische und rassistische Grundhaltung - hat sich jedoch nicht verändert. Die Faktoren der Schwächung, u.a. durch die Spaltung der Organisation, beschrieb ein Experte aus dem Soldiner Kiez:

„Ich glaube auch, dass die große Zeit der Grauen Wölfe, nicht nur in der Türkei, sondern auch hier vorbei ist. Einmal durch die Spaltung von MHP und BBP, die ja auch hier mit vollzogen wurde, das war eine Schwächung, dann ist Türke gestorben, auch noch einmal eine Schwächung, dann hatten sie diesen etwas unglücklichen Bahceli, als so etwas wie einen Salon-Nationalisten, der ja für seine Anhänger viel Kreditabilität verbaut hat. Die Bewegung ist ja nicht mehr so attraktiv, auch nicht als Protestbewegung. Das kommt ja auch hier [in Deutschland] rüber. Wir bekommen hier von den Grauen Wölfen/Ülkücüler gar nichts mit, weder Flugblätter, das würde ich, glaube ich, mitbekommen, wenn es das gäbe, noch, dass sie hier irgendwie besonders stark agitieren.“

Der Einfluss der türkischen Nationalisten in Wedding scheint also nachgelassen zu haben. Der Ortsteil sei zwar keine Hochburg mehr, aber die Grauen Wölfe wären nach wie vor eine starke Kraft, die mit ihrer Ideologie weiterhin Anhänger um sich sammeln. Davon berichtete der Mitarbeiter einer Weddinger Einrichtung. Aus seiner Aussage geht hervor, dass der Grad der Mobilisierung sehr stark von den Entwicklungen speziell der Mutterbewegung in der Türkei abhängig ist:

„Wie stark sie insgesamt sind, weiß ich nicht. Aber ich weiß, dass sie hier im Wedding stark sind. Das ist nichts neues. Die Islamisten haben ja ihre Vereine hier, ihre Moscheen hier. Die Grauen Wölfe, um sich zu verstecken, machen dann auch nicht direkt Graue-Wölfe-Vereine oder MHP, sondern auch Moscheen. Die arbeiten sozusagen versteckt. [] Ob die jetzt als Verein auftauchen oder als Sportverein. [] Als vor einigen Jahren die MHP in der Türkei in

¹⁸⁴ Volker Gustedt: „Die Umarmungsstrategie“, in Süddeutsche Zeitung, 30.8.2002.

der Regierung war, da waren viele hier, die die MHP unterstützt haben. Aber nachdem die MHP die Wahlen in der Türkei verloren hat, ist diese Unterstützung wieder einigermaßen zurückgegangen. Aber ich weiß, dass hier eine ganze Menge MHP-Anhänger sind.“

Schulen und Jugendeinrichtungen

Immer wieder erhielten wir Aussagen über eine türkisch-nationalistische Alltagskultur im Bezirk, vorrangig in Jugendeinrichtungen und Schulen. In den Schulen trafen wir aber selten auf Wissen um Hintergründe und Zusammenhänge. Nur sehr wenige PädagogInnen deutscher Herkunft haben sich mit den Symbolen und der Ideologie der Grauen Wölfe auseinandergesetzt. Auf unsere konkrete Frage zum Einfluss der Grauen Wölfe erhielten wir nicht selten Aussagen zur Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs. In anderen Fällen wurden wir an PädagogInnen mit türkischem Migrationshintergrund verwiesen. Eine Weddinger Pädagogin deutscher Herkunft sei an dieser Stelle exemplarisch zitiert. Auf die Frage, was sie über die Grauen Wölfe wisse, antwortete sie:

„Sehr wenig, eigentlich nur, dass das existiert. Sozialarbeiter in Jugendeinrichtungen, gerade türkische Sozialarbeiter in Jugendeinrichtungen, versuchen, aufklärerisch mit den Jugendlichen darüber zu reden, was da überhaupt läuft, weil den Jugendlichen das oft gar nicht bewusst ist, was dahinter steht.“

Die militante und rassistische „Erziehung“ der Kinder und Jugendlichen in den Einrichtungen dieser Organisation bestehe nach wie vor, erfolge aber „versteckter“, wurde uns berichtet. SympathisantInnen der Grauen Wölfe treten in den Schulen nur vereinzelt in Erscheinung. Hier und da würden die Jugendlichen durch Zeichnungen und Zeichen auf ihre Gesinnung aufmerksam machen. Ein Sozialarbeiter einer Schule unweit vom Gesundbrunnen erzählte: „Die outen sich irgendwann und machen das Zeichen, was man kennt [Geste mit den Fingern], oder sie schreiben das irgendwohin: Bozkurt oder so etwas.“

In den Jugendeinrichtungen werden türkisch-nationalistische Aktivitäten unterschiedlich interpretiert und wahrgenommen. Tendenziell aber würden die Aktivitäten der Grauen Wölfe im Bezirk abnehmen. Das beschrieb ein Sozialpädagoge einer Jugendeinrichtung anhand eigener Beobachtung in seiner Einrichtung:

„Das hatten wir früher mal. Also, auf den Werktschrauben, da wurden halt Sachen angefertigt, irgendwelche Symbole oder so, keine Ahnung. Das war mal eine Zeitlang das Thema, aber jetzt nicht mehr. Ich habe davon nichts mehr gehört.“

In einer Jugendeinrichtung in Wedding, die vorrangig von Jugendlichen mit dem Migrationshintergrund Türkei besucht wird, berichtete uns ein Sozialarbeiter, der ebenfalls diesen Migrationshintergrund hat, von folgender Entwicklung:

„Vor allem ich beschäftige mich mit dem Thema. Auch meine Kollegen zwischendurch mal, wenn so etwas auftaucht, versuchen wir, mit denen zu reden. Ich kann Ihnen das gleich auch zeigen, hier steht überall MHP oder das Zeichen der Grauen Wölfe. Die Jugendlichen hatten auch früher mal diese Anhänger immer bei sich getragen, entweder Schlüsselanhänger oder Kettenanhänger, wo ein Grauer Wolf drauf ist. Aber das ist fast nicht mehr so. [] Geduldet wird das eigentlich nicht, aber du kannst ja nicht sagen, mach das weg, sondern wir versuchen, ihnen beizubringen, warum er es nicht tragen soll, was es bedeutet. Zum Beispiel wissen viele Kinder und Jugendliche überhaupt nicht, was es bedeutet, aber sie haben es entweder vom Vater gesehen oder beim großen Bruder gesehen, oder was weiß ich oder in irgendwelchen Räumen. Aber wenn man mit ihnen redet, man muss die ja überreden, dann machen die es in der Regel. Nicht alle, also manche bestehen darauf, also ‚ich vertrete diese Meinung‘.“

Perspektivlosigkeit und fehlende Ausbildungsplätze, die Suche nach Anerkennung und Gemeinschaft, das alles sei Nährboden für eine steigende nationalistische Orientierung, nicht nur bei Jugendlichen türkischer Herkunft. Eine Pädagogin einer Jugendeinrichtung zwischen Perleberger- und Stromstraße antwortete auf die Frage, ob sie entsprechende Aussagen von Jugendlichen wahrnehme:

„Ja. Ich weiß nicht, aus welchem Grund, aber mir kommt das immer so vor als würde das sehr provozierend verwendet. Ob dann da manchmal die Halbmonde gemalt werden, oder ob ein jugoslawischer Jugendlicher dann UCK an die Wand schreibt - das sind die Rebellenkämpfer, die verehrt werden in der jeweiligen Kultur, wo man dann so etwas Heroisches daraus macht.“

Die türkischen Nationalisten versuchen, Jugendliche durch attraktive Freizeitangebote, wie Sport oder Musik, an sich zu binden. Jugendliche mit einer fundierten Ausbildung und mit Zukunftsperspektiven würden diese Angebote aber weniger wahrnehmen, erklärte ein Kenner der Szene:

„Aber in der jugendlichen Szene versuchen sie, Fuß zu fassen. Aber wenn die Jugendlichen eine gesicherte Schulausbildung haben oder zur Schule gehen, dann ist das nicht so leicht, sie zu gewinnen.“

Die Freizeitangebote der türkischen Nationalisten sind natürlich nicht frei von der Ideologie und Weltanschauung ihrer Träger. Ein Gesprächspartner türkischer Herkunft schilderte seine Erfahrungen:

„Die Grauen Wölfe leben ja auch von der Diskriminierung, d.h. alles ist türkenfeindlich, was kein Türke ist. Deswegen bieten sie sehr viele Möglichkeiten. [] Sie sind sehr primitiv, haben sehr primitive Parolen. Damit gewinnen sie die Jugendlichen. Ab einem gewissen Alter, sagen wir mal so 16, 17 bis 18 Jahren.“

GesprächspartnerInnen berichteten auch vom „Konkurrenzkampf“ um die türkischen Jugendlichen zwischen den Grauen Wölfen und der islamistischen Milli Görüs. Dabei spiele Geld eine wichtige Rolle, denn damit könne den Jugendlichen etwas geboten werden. Das komme bei den Jugendlichen sehr gut an. Erfolgreicher sei Milli Görüs im Vergleich zu den Grauen Wölfen bei der langfristigen Anbindung der Jugendlichen. Das beschrieb ein Gesprächspartner türkischer Herkunft, der beide Organisationen seit vielen Jahren sehr gut kennt:

„Die Jugendlichen, die keine Möglichkeiten haben, eine Ausbildung zu machen, weil sie schlechte Noten haben, die bleiben bei den Grauen Wölfen. D.h. die ‚Primitiven‘ bleiben bei den Grauen Wölfen, aber die Gebildeten, bis zu einem gewissen Alter gehen sie, aber dann kommen sie nicht mehr zu dieser Organisation. [] Bei Milli Görüs ist das ein bisschen anders geworden, also sie haben auch sehr viel Geld. Woher sie das bekommen kann ich nicht sagen. Aber sie können auch mit finanziellen Hilfen diesen Jugendlichen etwas anbieten. Das kommt bei den Jugendlichen sehr gut an. Und sie bleiben bei der Organisation und arbeiten darin.“

Natürlich ist nicht jeder Jugendliche ohne Ausbildungsplatz und berufliche Perspektive ein potenzieller Anhänger der Grauen Wölfe. Wie viele Jugendliche tatsächlich über einen kürzeren oder längeren Zeitraum in einer dieser Einrichtungen Halt finden und deren Gedankengut auch tatsächlich verinnerlichen, muss weiter untersucht werden. Insgesamt lässt sich feststellen, dass rechteextreme, türkisch-völkische und nationalistische Einstellungen weniger auffällig bzw. wahrnehmbar in Erscheinung treten als in der Vergangenheit und im Vergleich zu islamistischen Phänomenen. Die Identifizierung und das plakative Zur-Schau-Stellen der Symbole der Grauen Wölfe oder der MHP durch Jugendliche sollte aber nicht als „verständliche“ Reaktion auf Ausgrenzung und „natürliche“ Sehnsucht nach Überlegenheit und Selbstwertgefühl verharmlost werden. Es sind erste Anzeichen dafür, dass sich diese Jugendlichen in ihrer Suche nach Anerkennung und „Identität“ in die Hände einer Organisation begeben, die ihnen eine nationalistische und rassistische Ideologie als Antwort auf alle ihre Fragen bietet. Von einer Entwarnung kann nach den ersten Einblicken dieser Studie deshalb keine Rede sein. Es ist erforderlich, stärker in einzelnen Einrichtungen das Gespräch mit den Jugendlichen zu suchen und nicht den Nationalisten das Feld zu überlassen.

8. Islam und Islamismus im Bezirk Mitte

8.1. Vereinsniederlassungen und überregional vernetzte Gruppen

8.1.1. DITIB und die Diyanet, das Amt für religiöse Angelegenheiten der Türkei

Die staatliche Kontrolle und Gestaltung des religiösen Lebens der Türkei liegt seit dem 3. März 1924 in den Händen des Amtes für religiöse Angelegenheiten (Diyanet), eine dem Ministerpräsidenten unterstellte Institution. Alle bis dahin existierenden religiösen Einrichtungen wurden verboten oder diesem Amt unterstellt. Auch die aktuelle türkische Verfassung von 1982 hält an dieser Institution fest. Die Begründung lautet: Die Religion stelle einen wesentlichen Faktor der nationalen Identität dar und das Amt sei notwendig, um das religiöse Leben nicht völlig aus der staatlichen Kontrolle auszublenden.¹⁸⁵

In Deutschland hatten vor allem Milli Görüs und die Süleymaniye (VIKZ) Anfang der siebziger Jahre begonnen, Anhänger um sich zu scharen. Sie hatten leichtes Spiel, da die religiösen Bedürfnisse der EinwanderInnen weder die Aufnahmeländer noch den türkischen Staat interessierten. Ihr Erfolg war ein Dorn im Auge des türkischen Staates, da er ihn nicht kontrollieren konnte, und er reagierte. 1982 gründete das Amt für religiöse Angelegenheiten (Diyanet) ihre Auslandsorganisation Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB e.V.) zunächst als regionalen Dachverband mit 15 registrierten Moscheen in West-Berlin und dann 1984/85 in Köln. Seit 1987 fungiert Köln als Zentrale des Verbandes für ganz Deutschland. DITIB betrachtet sich selbst als eigenständige Dachorganisation türkisch-islamischer Vereine im Bundesgebiet, unabhängig und als Konkurrenz zu Islamrat und Zentralrat der Muslime. Über die organisatorische „Eigenständigkeit“ wacht der Präsident der Diyanet, der als Vorsitzender des Vereinsbeirats der DITIB¹⁸⁶ den faktischen Vorsitz dieser Organisation innehat. Der türkische Botschaftsrat für religiöse Angelegenheiten in Deutschland vertritt ihn dabei vor Ort und wird seinerseits wiederum auf lokaler Ebene von den Religionsattachés der Konsulate vertreten. Alle anderen Vorstandsmitglieder der nach deutschem Vereinsrecht gegründeten DITIB werden in regelmäßigen Wahlen bestimmt. Die DITIB redet jedoch ihre Abhängigkeiten zur Diyanet klein. Die genannten organisatorischen Verbindungen lassen sich aktuell an der Person Ridvan Cakir verdeutlichen. So war Cakir mehrere Jahre stellvertretender Präsident der Diyanet in Ankara. Ende Oktober 2003 kam er nach Deutschland und trat hier seinen Dienst als Botschaftsrat für religiöse Angelegenheiten der Türkei in Berlin an. Gleichzeitig übernahm er das Amt des Vorsitzenden der DITIB mit Sitz in Köln.¹⁸⁷

Damit DITIB seine Hauptaufgaben erfüllen kann, religiöse Dienstleistungen und islamische Erziehung u.a. in von Moscheen getragenen so genannten Koranschulen, stellt und bezahlt die Diyanet die Hocas (Religionsgelehrte) und Imame (Vorbeter). Diese kommen meist für drei bis fünf Jahre aus der Türkei nach Deutschland, ohne das Land und die Sprache zu kennen. Die finanzielle Unterstützung durch die Diyanet ermöglichte es DITIB in fast allen deutschen Großstädten Grundstücke und Gebäude zu kaufen, um islamische Zentren zu gründen.¹⁸⁸ Auf Grund dieser Schützenhilfe wurde DITIB schnell zum größten türkisch-sunnitischen

¹⁸⁵ Rudolf Wedekind (Hrsg.): „Die Verfassung der Türkischen Republik vom 7. November 1982 in deutscher Sprache mit Kommentar“, Hannover 1984.

¹⁸⁶ Ertekin Özcan: „Türkische Immigrantorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland“, Berlin-West 1989, S. 208.

¹⁸⁷ Dass Ridvan Cakir sowohl Botschaftsrat der Türkei als auch DITIB Vorsitzender ist, lässt sich nur mühsam anhand von verschiedenen Presseartikeln wie ein Mosaik zusammensetzen. Siehe: „Akgun of SDP: Islam is a religion of tolerance“ unter: www.turkishdailynews.com/old_editions/10_29_03/dom.htm#d4 „Ein sensationeller Besuch“ unter: www.ikz-online.de/ikz/ikz.archiv.frameset.php 24.10.2003 „Türkisch-islamische Union: Anschläge richten sich gegen Staat“, epd 28.11.03 und „Islamischer Religionsunterricht in deutscher Sprache wird von der Türkischen Religionsbehörde befürwortet“: www.interkultureller-rat.de/Presse/Presse_2002/Presse_10_14.shtml

¹⁸⁸ Zafer Senocak/ C. Galemert, Götterdämmerung in Deutschland – Über das Verhältnis von Staat, Kirchen und Islam, in: die tageszeitung, 16. März 1992.

Dachverband in Deutschland. Die Mitgliedszahl soll bei zirka 110.000 liegen, zum Dachverband sollen 870 Vereine und 550 Imame gehören. In Berlin verfügt DITIB auf dem islamischen Friedhof („Sehitlik“), der durch einen Vertrag aus dem Jahr 1866 türkisches Hoheitsgebiet ist, über eine gleichnamige Moschee, deren 1999 begonnener Um- bzw. Neubau zur größten Berliner Moschee mit Platz für 1.500 Gläubige kurz vor der Fertigstellung im September 2003 heftige Debatten auslöste. Das Bezirksamt Neukölln hatte mehrere Bauverstöße festgestellt. So waren die Minarette 8,50 Meter und die Kuppel rund 4 Meter zu hoch gebaut worden. Zudem waren die Moschee-Türen mit Elfenbein und Schildpatt verziert worden, was verboten ist. Die fast fertige Moschee musste jedoch nicht zurückgebaut werden. Der Bezirk genehmigte nachträglich den Bau, verlangte jedoch vom Bauherrn (DITIB Sehitlik Türkisch-Islamische Gemeinde zu Neukölln) ein Bußgeld in Höhe von 80.000 Euro.

Die offizielle Zentrale des Berliner DITIB-Verbandes befindet sich in der Kreuzberger Wiener Straße am Ort der Merkez-Camii (Zentrum Moschee). Entsprechend der bereits geschilderten Struktur ist für DITIB Berlin der Religionsattaché des türkischen Generalkonsulats zuständig. Insgesamt soll DITIB in Berlin neben der Sehitlik und der Merkez Moschee über weitere 12 Moscheegemeinden verfügen. Im Stadtbezirk Mitte werden drei Moscheegemeinden in Wedding als DITIB Mitgliedsvereine aufgeführt: die Mescidi Aksa Moschee in der Soldiner Straße, die Yunus Emre Moschee in der Utrechter Straße und die Aksemsettin Moschee in der Bellermannstraße. Darüber hinaus zählen auch Vereine im Bereich soziale Dienstleistungen, Sport, Kultur und Erziehung zum DITIB Netzwerk. Aktuell soll sich DITIB im Bezirk Mitte darum bemühen, ein Grundstück für den Bau einer großen Moschee zu bekommen. Die Frage, ob das als Reaktion auf die Moscheebauten der Islamischen Föderation im Bezirk zu werten sei, bejaht ein Interviewpartner und erklärte: „Ja, um dann zu zeigen, dass sie eben doch stärker sind.“

Nach wie vor ist DITIB bestrebt, irgendwann einmal als Religionsgemeinschaft anerkannt zu werden und den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts zu erlangen. Die von DITIB gelehrt religiösen Inhalte sind von der Diyanet vorgegeben. Das Amt für religiöse Angelegenheiten Diyanet und entsprechend auch DITIB haben in ihrem Selbstverständnis jedoch nur Platz für Sunniten. Die anderen „Konfessionen“ des türkischen Islam, wie die Schiiten und die Aleviten, bleiben außen vor. Die Behörde Diyanet selbst ist längst zum Staat im Staate geworden, zwar dem Ministerpräsidenten unterstellt, von ihm bzw. dem jeweiligen Staatsminister für religiöse und damit Diyanet-Angelegenheiten aber auch nur bedingt lenkbar. Die Ausrichtung des Verbands DITIB hängt zwar von den Leitlinien der jeweiligen türkischen Regierungspolitik ab, in den Ortsvereinen jedoch spielen auch die lokalen Machtverhältnisse eine Rolle. Daher kann es vorkommen, dass einzelne Vereine stärker am offiziellen Verständnis des türkischen Islam orientiert sind, während andere eine Hinwendung zum nationalistisch oder politisch ausgerichteten Islam vollzogen haben. Somit können die Verhältnisse vor Ort in den Vereinen sehr unterschiedlich sein.¹⁸⁹

Nach der Anerkennung der Islamischen Föderation als Religionsgemeinschaft in Berlin und der Erlaubnis, an der öffentlichen Berliner Schule islamischen Religionsunterricht durchzuführen, versuchte das Türkische Generalkonsulat, eine Front gegen die Islamische Föderation aufzubauen. Es setzte dabei besonders auf die konservative Türkische Gemeinde zu Berlin, die Ultranationalisten der Türk-Föderation und die DITIB, die fürchtete, ihre Privilegien zu verlieren. Seit Mitte der 80er Jahre war DITIB der bevorzugte Ansprechpartner deutscher Behörden, wenn es um Fragen der religiösen Erziehung türkischer Kinder an den öffentlichen Schulen ging. Immer stärker setzte sich bei deutschen Politikern aber die Erkenntnis durch, dass eine religiöse und ideologische Erziehung durch eine von Ankara gelenkte Behörde nicht mehr opportun ist. In Berlin wird im Rahmen des Konsulatsunterrichtes für türkische Sprache und Kultur bereits seit 1983 von DITIB die islamisch-religionskundliche Unterweisung erteilt. Zuständig für diesen Konsulatsunterricht, der zwar an den Schulen aber außerhalb der Verantwortung der

¹⁸⁹ Thomas Lemmen: „Islamische Organisationen in Deutschland“, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Arbeit und Sozialpolitik, 2000. unter: <http://library.fes.de/fulltext/asfo/00803008.htm#E10E7>

Senatsschulverwaltung und außerhalb der offiziellen Unterrichtszeit erteilt wird, ist der türkische Erziehungsattaché. Dass Religion als Teil der türkischen Kultur verstanden wird, lässt sich auf der Internetseite des Erziehungsattachés nachlesen. Der Unterricht „Türkisch und Türkische Kultur“ umfasst neben den Fragen „Wie ist die türkische Republik entstanden?“ oder dem „Lebenswerk von Mustafa Kemal Atatürk“ demzufolge auch religionskundliche Themen wie „Die Lebensgeschichte von Mohammed“, „Was ist Ramadan? Warum fasten wir? Wo und wie beten wir?“ oder die „Religionen: Islam, Christentum, Judentum“.¹⁹⁰

In der Diskussion um den islamischen Religionsunterricht an der staatlichen Schule vertrat DITIB jahrelang die Forderung, diesen Unterricht für Türken und in türkischer Sprache erteilen zu wollen, wobei neben Religion auch Kultur, Sitten und Gebräuche der Heimat vermittelt werden. Aus Angst vor Assimilation lehnten sie einen deutschsprachigen Unterricht für alle Muslime ab, denn dabei entstünde ein vom Türkentum losgelöster deutscher und somit verfälschter Islam. Inzwischen ist die Erkenntnis gereift, dass sich die Organisation mit dieser Position selbst aus der Diskussion katapultiert. Im Oktober 2002 berichtete der Interkulturelle Rat in Deutschland vom Einlenken der Behörde in der Türkei. Der damalige stellvertretende Präsident der Diyanet in Ankara, Ridvan Cakir, jetziger DITIB Vorsitzender, habe bei Gesprächen in der Türkei „die Einführung von islamischem Religionsunterricht in deutscher Sprache“ befürwortet. Gleichzeitig solle „der muttersprachliche Türkischunterricht beibehalten und ausgebaut werden“¹⁹¹, also eine vernünftige Trennung von Religions- und Sprachunterricht. Diese Einstellung scheint sich nun auch mehr oder weniger in den DITIB Gemeinden durchzusetzen.

Bei den verschiedenen Gesprächen zwischen deutschen Abordnungen und der Diyanet wurde auch ein weiteres dringendes Problem angesprochen: die Entsendung der Imame aus der Türkei nach Deutschland ohne Kenntnisse der deutschen Sprache und der hiesigen Gegebenheiten. Sie sollen nun „vor ihrer Entsendung 300 Stunden Deutschunterricht an Goethe-Instituten erhalten“, meldet u.a. der Interkulturelle Rat.

Dieses Entgegenkommen seitens der Diyanet dürfte auch der Erkenntnis geschuldet sein, dass mit Türkisch allein die deutschsprachigen MigrantInnen aus der Türkei nicht mehr alle zu betreuen sind.

Seit dem Wahlsieg der islamisch-konservativen AKP am 3. November 2002, die seitdem mit absoluter Mehrheit regiert, befürchten Kritiker ein Aufkommen islamistischer Tendenzen in der Diyanet. Diese Befürchtungen basieren auf der Tatsache, dass der türkische Ministerpräsident und gleichzeitig Vorsitzende der AKP, Recep Tayyip Erdogan, ähnlich wie ein Großteil der Mitglieder der Regierungspartei in der Vergangenheit Anhänger der Milli Görüs -Bewegung Necmettin Erbakans waren und die Diyanet dem Ministerpräsidenten untersteht. Jegliche inhaltliche Veränderung innerhalb der Diyanet würde sich auch auf die DITIB auswirken. Aufgrund der Animositäten und Konkurrenz zwischen Erdogan und Erbakan ist es eher unwahrscheinlich, dass DITIB und die eher an Erbakan ausgerichtete IGMG auf einen Kurs gebracht werden. Eine inhaltliche Annäherung beider Organisationen ist aber nicht auszuschließen, in welche Richtung auch immer. Das wird sich nicht zuletzt auch regional unterschiedlich gestalten, entsprechend den Einstellungen und Abhängigkeiten der örtlichen Akteure der DITIB und Milli Görüs Vereine.

Einfluss auf die inhaltliche Ausrichtung der DITIB hat mit Sicherheit der Wechsel an der Spitze der Diyanet. Ende Mai 2003 übernahm Prof. Dr. Ali Bardakoglu (51) das Amt des Diyanet Präsidenten. Bei seiner feierlichen Amtsübernahme wird Bardakoglu mit den Worten zitiert, dass er sich nicht nur um die Gleichberechtigung verschiedener islamischer Glaubensrichtungen, sondern auch um gute Beziehungen zu den Vertretern nichtmuslimischer Gemeinden bemühen werde. Er betrachte den Vorsitz der Religionsbehörde nicht als einen politischen Posten und wolle sich dafür einsetzen, die Bande zwischen der Religion und dem modernen Leben zu stärken.¹⁹²

¹⁹⁰ Türkçe Dersleri unter: www.tcberlinea.de/

¹⁹¹ A.a.O. www.interkultureller-rat.de/Presse/Presse_2002/Presse_10_14.shtml

¹⁹² Milliyet online vom 6. Juni 2003 und www.muslimnews.co.uk zitiert nach: Ausländerextremismus/Türken - 09.2003 - Veränderung des laizistischen türkischen Staates?

Gleich zu Beginn seiner Amtszeit meldet die türkische Tageszeitung „Aksam“, dass die Diyanet ein religiöses Gutachten zur Gleichberechtigung von Frauen herausgegeben habe. Darin heißt es, dass im Islam Frauen die gleichen Grundrechte wie Männer genießen und sowohl im wirtschaftlichen als auch politischen Leben die gleichen Funktionen ausüben können.¹⁹³

8.1.2. Der „Türkische Kulturverein“ Nizam-i Alem

Die ANF (Avrupa Nizam-i Alem Federasyonu bzw. Europäische Föderation der Weltordnung) formierte sich in den 90er Jahren als religiöse Abspaltung der nationalistischen Ülkücülük-Bewegung (Idealismus-Bewegung) des Alparslan Türkeş und dessen Partei MHP (siehe „Graue Wölfe“). Die von Türkeş geschaffene Bewegung teilt sich heute auf verschiedene Parteien in der Türkei auf. Sammelbecken des Flügels, der die islamische Komponente stärker betont wissen wollte, wurde 1992 die Große Einheitspartei (BBP), deren Vorsitzender Muhsin Yazıcıoğlu, ehemals der 1. Vorsitzende der Grauen Wölfe (Jugendorganisation der MHP) war. Die heute nur noch marginale BBP vereinigt den radikalen-islamischen Flügel der MHP und vertritt innerhalb des nationalistischen Spektrums eine ausgeprägt islamische Position.¹⁹⁴

In Deutschland und Europa sammeln sich die Türkeş-Anhänger in der Türkischen Föderation. Hier kam es in den 80er Jahren zu heftigen Flügelkämpfen über die Nachfolge des Ende 1982 wegen des Verdachts der Zusammenarbeit mit dem Papst-Attentäter nach Italien ausgelieferten damaligen Vorsitzenden der Türkischen Föderation, Musa Serdar Celebi. Dabei ging es hauptsächlich um den Stellenwert des Islam innerhalb der Bewegung. Celebi, dem man in Italien nichts nachweisen konnte, kehrte nach Deutschland zurück und gründete als Sammelbecken des islamischen Flügels (Celebi-Fraktion) im Oktober 1987 die „Union der türkisch-islamischen Kulturvereine in Europa e.V.“ (ATIB), die er von Köln aus bis 1999 als Vorsitzender leitete. Celebi, bis heute Ehrenvorsitzender der ATIB, kehrte in die Türkei zurück und ist Mitglied und inzwischen Vizevorsitzender der nationalistisch-islamistischen Splitterpartei BBP unter Muhsin Yazıcıoğlu.

Vor dem Hintergrund der Gründung dieser BBP 1992, vollzog sich mit der ANF eine weitere religiös motivierte Abspaltung von der Türkeş-Bewegung. Im Dezember 1993 kam es dabei in Berlin in der Obentrautstraße zu einer Schießerei zwischen Anhängern der MHP und der BBP.¹⁹⁵ Die sich abspaltenden Vereine wurden 1996 zusammengefasst in der „Europäischen Föderation der Weltordnung“ (Avrupa Nizam-i Alem Federasyonu - ANF). Neben der ATIB fungiert nun auch die ANF (Nizam-i Alem) als religiös-nationalistisches Sammelbecken.¹⁹⁶

Inzwischen haben sich die Türkische Föderation und ihre religiösen Abspaltungen miteinander arrangiert, die Rivalitäten gehören der Vergangenheit an. Ebenso wie die Mutterbewegung BBP vertritt die ANF eine extrem nationalistische Ausrichtung. Dahinter verbirgt sich im weitesten Sinne die Ansicht eines Überlegenheitsanspruchs des türkischen Volkes, welche häufig rassistische Züge annimmt. Dieser Überlegenheitsanspruch speist sich im Verständnis der ANF aber auch gleichermaßen aus der Religion Islam, die als untrennbar verbunden an das ethnisch definierte Türkentum verstanden wird. Gemeinsam mit der Türkischen Föderation und DITIB forderte die ANF in der Diskussion um den Religionsunterricht an öffentlichen Schulen in Berlin entsprechend diesem Verständnis dann auch einen türkischsprachigen Unterricht für die türkischen Muslime.

Unter: <http://www.verfassungsschutz-bw.de/fset.php?uid=84>

¹⁹³ Aksam, 26.05.03

¹⁹⁴ Thomas Lemmen: „Islamische Organisationen in Deutschland“, Bonn, 2000, Friedrich-Ebert-Stiftung in: <http://www.fes.de/fulltext/asfo/00803008.htm> Abgelesen im Januar 2003

¹⁹⁵ die tageszeitung, 10. Dezember 1993

¹⁹⁶ Die ANF verfügt über Zentren in Deutschland, Österreich, den Niederlanden, Frankreich, Großbritannien, Schweiz, Dänemark und auch im saudi-arabischen Medina.

Siehe: www.xs4all.nl/~afa/comite/artikel/nizam.doc abgelesen am 23.01.2004.

Die Zentrale der ANF, die sich in Berlin „Türkischer Kulturverein e.V.“ nennt, befindet sich in der Weddinger Lindower Straße 24 und verfügt dort über die Eyüp Sultan Camii. „Die Moschee ist mit dem Verein und der kleinen Koranschule so etwas wie unser geistliches Zentrum“, erklärte der Moscheevorsteher Tuncer Salih in einem Zeitungsinterview.¹⁹⁷ Das Hauptaugenmerk des Vereins liegt in der kulturellen und religiösen Erziehung von Kindern und Jugendlichen. Darüber hinaus gibt es Sportangebote, Hausaufgabenbetreuung, Nachhilfe- und Koranunterricht sowie türkischer und deutscher Sprachunterricht. Zum wöchentlichen Freitagsgebet sollen sich nach Aussage von Tuncer Salih „etwa 300 Männer und Jungen“ jede Woche einfinden. Wenn der Vorsitzende der Mutterbewegung BBP, Muhsin Yazicioglu, in der Stadt ist, dann finden hier auch politische Veranstaltungen statt und die türkische Presse wird geladen.

In einem unserer Gespräche über die tatsächliche Bedeutung und den Einfluss dieser und auch anderer Vereine wurde aber davor gewarnt, das an der Größe der jeweils zur Verfügung stehenden Einrichtung festzumachen:

„Auch alle Vereine, die sich große Gebäude ans Bein gebunden haben, wie dieser Nizam-i Alem in der Lindower Straße, die haben ja jetzt auch nicht den großen Zulauf dadurch, dass sie jetzt 900 Quadratmeter zu bespielen haben. Das ist eine Milchmädchenrechnung von denen zu glauben, wenn ich nur viel Raum habe, dann kommen auch alle Leute zu mir.“

An dem bereits zitierten Interview der Berliner Morgenpost mit Tuncer Salih lässt sich eine wichtige Erkenntnis auch unserer Gespräche im allgemeinen verdeutlichen – die fehlende Kenntnis von Hintergründen und Zusammenhängen und damit Thematisierung auch zu kritisierender Aspekte. So wurde die türkisch-nationalistische Ausrichtung des Vereins in unseren Gesprächen mit (den wenigen) ExpertInnen bestätigt und kritisch angemerkt. Im Zuge solcher Einschätzungen lässt sich die folgende Aussage von Tuncer Salih aus dem Zeitungsartikel dann auch anders lesen: „Er schätzt die Nähe zu türkischen Familien und Freunden. Es seien vor allem kulturelle und religiöse Gründe, so Salih, die Türken näher zusammenrücken lassen, als es bei Deutschen üblich ist.“

8.1.3. VIKZ - Der Verband der Islamischen Kulturzentren

8.1.3.1. Die Gemeinde des Süleyman Efendi

Neben der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG) und der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (DITIB) ist der Verband der Islamischen Kulturzentren (VIKZ) die drittgrößte türkisch-sunnitische Vereinigung in Deutschland. Der Verband mit Sitz in Köln soll in Deutschland nach Angaben seines ehemaligen Generalsekretärs Ibrahim Cavdar aus dem Jahr 1998 rund 21.000 Vereinsmitglieder haben, die einen monatlichen Mitgliedsbeitrag bezahlen und bei den Mitgliedsversammlungen stimmberechtigt sind, und 80.000 Gemeindemitglieder, die die sozialen und religiösen Angebote des VIKZ nutzen und die Arbeit durch Spenden finanzieren. Von den etwa 460 europäischen VIKZ -Gemeinden befinden sich 315 in Deutschland.

Der VIKZ pflegte in der Vergangenheit ein distanziertes Verhältnis zur bundesrepublikanischen Gesellschaft, was ihm den Ruf einer konspirativen Gemeinschaft einbrachte. Von 1993 bis zum Sommer 2000 vollzog sich eine scheinbare Öffnung und Dialogbereitschaft, vorrangig auf christlich-islamischer Dialog-Ebene. Anfang der 80er Jahre hatte der Deutsche Gewerkschaftsbund ausführlich nationalistische, antichristliche und antisemitische Hetzartikeln des Verbandes dokumentiert¹⁹⁸, woraufhin der damalige Vorsitzende des VIKZ ausgetauscht wurde. Heute gibt es so gut wie keine Aussagen zur politischen Zielsetzung des Verbandes, oder Stellungnahmen zu aktuell politischen Ereignissen. Der Verband hat auch keine Vereinszeitschrift, weder zur internen

¹⁹⁷ „Moscheevorsteher Tuncer Salih macht sich für das Miteinander der Kulturen stark“, Berliner Morgenpost, 24.10.03

¹⁹⁸ DGB-Bundesvorstand, Abt. Ausländische Arbeitnehmer: „Hintergründe türkischer extremistischer islamischer Aktivitäten in der Bundesrepublik Deutschland“, Düsseldorf, Februar 1980

Kommunikation noch zur Selbstdarstellung nach außen. Die eigene Homepage (www.vikz.de) wird kaum aktualisiert und enthält, neben einigen wenigen Texten über die eigenen religiösen Positionen und den Verband, vor allem Reaktionen und „Richtigstellungen“ auf verschiedene Veröffentlichungen und Studien. In einer Publikation der Konrad-Adenauer-Stiftung vom August 2002 wird die politische Ausrichtung des VIKZ als „im Gegensatz zur laizistischen Türkei“ stehend beschrieben. Somit befinde sich der Verband „in der Tradition religiöser Bewegungen, die den ‚Säkularismus‘ in der Türkei aufheben wollen.“¹⁹⁹

Diese Einschätzung steht nicht zuletzt in Zusammenhang mit der strikten Ausrichtung des VIKZ an den Lehren des Süleyman Hilmi Tunahan (1988-1959), einem entschiedenen Gegner des türkischen Laizismus. So liegt der Schwerpunkt der Arbeit des VIKZ in der religiösen Bildung der muslimischen Kinder und Jugendlichen nach den Lehren des Süleyman Efendi. Über ein System von Koranschulen erfolgt die Herausbildung einer muslimischen Elite, die die Positionen im Staat besetzen und so islamisch prägen.²⁰⁰

Der Verband wird von der Türkei aus hierarchisch geleitet. Aktueller Führer ist seit Juni 2000 Ahmet Arif Denizolgun, ein Enkel von Süleyman Hilmi Tunahan. Auf seine Anweisung hin wurde der Dialog in Europa abgebrochen, fast die gesamte Vereinsführung bis in die Regionalverbände wurde ausgetauscht und am 28. Juli 2000 trat der VIKZ aus dem Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) aus. Die als Vereine eingetragenen Landesverbände, wie z. B. in Berlin²⁰¹, seien eine Dezentralisierung und könnten zu Aufspaltung und Querdenkerei führen. Die Selbständigkeit an der Basis zu fördern, sei gegen die religiöse Idee gewesen, berichtet die Religionsforscherin Gerdien Jonker über diese Entwicklungen des VIKZ.²⁰² Deshalb, so habe ihr der Berliner Distriktvorsteher erzählt, seien die eingetragenen Vereine bereits rückgängig gemacht und die interne Struktur wiederhergestellt worden.²⁰³ Nicht die Dialogarbeit mit der deutschen Gesellschaft, sondern „die Einrichtung von Korankursen sei das alleinige Ziel der ganzen Süleyman-Gemeinde und solle es auch bleiben“, beschreibt Gerdien Jonker die Direktiven des neuen Oberhauptes Denizolgun während dessen Deutschlandbesuch im September 2000.²⁰⁴ Die neue Berliner VIKZ Leitung beteiligt sich inzwischen wieder in sehr beschränktem Umfang am öffentlichen Dialog, nachdem sie in der Türkei die Erlaubnis dazu eingeholt haben soll.

Islamische Internate

Seit diesem Wechsel an der Spitze konzentriert der Verband seine Aktivitäten wieder hauptsächlich nach innen, vor allem auf die religiöse Bildung der Kinder in Türkisch, Arabisch und Persisch in den eigenen Einrichtungen und unter absoluter Kontrolle. Das erfolgt besonders über ein System von islamischen Internaten, an die Moscheen angegliederte Schülerwohnheime. Wurden diese Wohnheime in der Vergangenheit eher in kleinem Rahmen und nicht selten ohne Wissen oder Genehmigung der zuständigen Jugendämter betrieben²⁰⁵, so bemüht sich der VIKZ seit einiger Zeit offensiv um die

¹⁹⁹ Sevket Kücükhüseyin: „Türkische politische Organisationen in Deutschland“, in: Zukunftsforum Politik, Broschürenreihe herausgegeben von der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin, August 2002, S. 22

²⁰⁰ Unter Türken werden die Anhänger des VIKZ Süleymancilar genannt. Das bedeutet auf Deutsch „diejenigen, die der Lehre des Süleyman Hilmi Tunahan folgen“, d.h. der Mystik des Süleymanismus (Süleymaniye). Die VIKZ Anhänger lehnen den Begriff „Süleymancilar“ aufgrund seines pejorativen Charakters, übertragen in etwa „Anhänger der Süleyman – Sekte“, ab.

²⁰¹ Die straff zentralistische Organisationsform (ein eingetragener Verein in Köln, der die lokalen Moscheegemeinden unterhält) wurde ab 1998 durch die Schaffung von Landesverbänden als eingetragene Vereine aufgelockert. In Berlin wurde am 25. April 1999 mit der Errichtung einer Satzung ein solcher Verein als VIKZ-Landesverband gegründet und eingetragen.

²⁰² Gerdien Jonker: „Eine Wellenlänge zu Gott. Der Verband der Islamischen Kulturzentren in Europa“, Transcript Verlag Bielefeld, 2002, S. 138

²⁰³ Eine Anfrage beim Amtsgericht Charlottenburg, Abteilung Vereinsregister für Berlin am 23.01.2004 ergab, dass der Verein „VIKZ-Landesverband Berlin“ nach wie vor besteht und nicht gelöscht bzw. seine Gründung nicht rückgängig gemacht wurde.

²⁰⁴ a.a.O. Gerdien Jonker, S. 137

²⁰⁵ Die Gründung islamischer Ferien- und Wochenend-Heime ist zwar anzeigepflichtig, doch eine Betriebserlaubnis ist nicht erforderlich. Anders verhält es sich mit Schülerheimen, in denen muslimische Kinder, die tagsüber die staatliche Schule besuchen, dauerhaft untergebracht sind und betreut werden.

behördlich genehmigte Einrichtung eines ganzen Netzwerkes derartiger „Bildungseinrichtungen“. Im Frühsommer 2003 erteilte das Landesjugendamt in Nordrhein-Westfalen dem VIKZ eine Betriebserlaubnis für ein Schülerwohnheim im Duisburger Stadtteil Hochfeld.²⁰⁶ Ab dem kommenden Schuljahr (also Herbst 2003) dürfe der Verband in seinem Wohnheim 20 Kinder und Jugendliche am „Nachmittag“ und „über Nacht betreuen“ und dabei religiöse und schulische Schwerpunkte setzen. Das Wohnheim werde nach islamischen Prinzipien geführt. In NRW plant der VIKZ noch sechs weitere Schülerwohnheime. In München und Raststatt sind bereits drei in Betrieb²⁰⁷, wobei es sich schwerpunktmäßig um Heime für Jungen handelt. Mädchen und Frauen werden gesondert ebenfalls ausgebildet, vorrangig bei der Zentrale in Köln.

Während zahlreiche Beobachter befürchten, dass diese islamischen Internate, in denen treue Gefolgsleute im Süleymaniye-Verständnis herangebildet werden, ein weiterer Schritt auf dem Weg in islamische „Parallelgesellschaften“ sein könnten, will der Sekretär der Kölner VIKZ Zentrale, Erol Pürlü, darin einen Beitrag zum Abbau „der Parallelgesellschaft“ sehen. „Wenn wir die muslimischen Kinder in solchen Schülerwohnheimen fördern, dann bekommen sie Sprachkompetenz. Sie bekommen schulische Kompetenz und dadurch wird die Parallelgesellschaft abgebaut und nicht gefestigt“, sagte Pürlü.²⁰⁸

Weder deutsche Sprachkompetenz noch Bildungsbereitschaft sind aber das „Problem“ in Bezug auf den VIKZ, im Gegenteil. Immerhin legt der Verband schon seit längerer Zeit großen Wert darauf, dass seine religiösen Gelehrten die gesellschaftliche Realität in Deutschland kennen: „Mittlerweile sind in den Gemeinden des VIKZ größtenteils hauptamtliche islamische Gelehrte angestellt, die überwiegend aus der zweiten Generation stammen und in Deutschland eine religiöse Ausbildung absolviert haben. Diese sind in Deutschland aufgewachsen, haben deutsche Schulen besucht, sie beherrschen die deutsche Sprache und können sich besser auf die Bedürfnisse und die neuen Herausforderungen einer Gemeinde einstellen.“²⁰⁹

In der Ausbildungsstätte in Köln erfolgt die Schulung der Religionsgelehrten und Gemeindevorsteher im Sinne der Bewegung, um dann in den VIKZ Zweigstellen tätig zu werden. Dieser Weg zur Religionsgelehrten (Lehrerin oder Theologin) steht auch Frauen offen. Frauen aber dürfen nie „vor Männern sprechen“, schreibt Gerdien Jonker, denn vor Männern zu sprechen „führe lediglich zu ihrer Entwürdigung“, so das neue Süleymaniye-Oberhaupt Denizolgun.²¹⁰ „Das Verbot umfasst sowohl ihre physische Erscheinung als auch ihre Autorität: Frauen steht es weder zu, vor Männern aufzutreten, noch ihre Autorität über diese geltend zu machen. Umgekehrt ist aber beides möglich“, beschreibt Jonker die männliche Vorherrschaft im Verständnis des VIKZ.²¹¹

8.1.3.2. Der VIKZ in Berlin und im Stadtbezirk Mitte

Die Zentrale des Berliner Landesverbandes des VIKZ befindet sich mit der Beyazid Moschee in der Weddinger Lindower Straße. Insgesamt gehören in Berlin neun Moscheegemeinden zum VIKZ, wobei neben der Weddinger Zentrale die Spandauer Gemeinde und die Gemeinde unweit vom Neuköllner Herrmannplatz/Sonnenallee von größerer Bedeutung sind. Im Bezirk Mitte befindet sich im Stadtteil Tiergarten mit der seit 1990 bestehenden Mabet Camii (Tempel-Moschee) in Alt Moabit die neben Wedding einzige weitere VIKZ Gemeinde

²⁰⁶ Etwa zur gleichen Zeit eröffnete im Duisburger Stadtteil Bruckhausen der VIKZ Verein Fatih-Moschee seinen Neubau. Deutsche Gäste aber wurden zur Feier nicht eingeladen, wie die *Neue Ruhr Zeitung* in ihrem Artikel „Einweihung lieber ohne Deutsche“ am 23. Mai 2003 berichtete. Verbittert darüber äußerte sich in diesem Artikel ein Mitglied des Bezirksamtes, das zwar schon seit Wochen überall helfen durfte, aber ansonsten ignoriert wurde. Ähnlich erging es anderen deutschen Stellen, die sich zwar bei der Vorbereitung mit Genehmigungen und Material abrackern durften, „aber als Gäste eher ungeliebt sind“. Daraufhin habe dann kurz vor der Feier eine kleine Auswahl spezieller Adressaten doch eine Einladung erhalten mit dem Hinweis, „auch für Frauen sind Plätze reserviert“.

²⁰⁷ Ahmet Senyurt: „VIKZ - Schülerwohnheim in Duisburg“, WDR5, Jenseits von Eden, 13.07.2003

²⁰⁸ ebenda

²⁰⁹ Broschüre zur Vorstellung des Verbands der Islamischen Kulturzentren.

²¹⁰ a.a.O. Gerdien Jonker, S. 139

²¹¹ a.a.O. Gerdien Jonker, S. 175

dieses Bezirks. Der Bezirksbürgermeister von Mitte, Joachim Zeller, besuchte bei seinem „Moscheenrundgang“ im Juni 2003 gemeinsam mit JournalistInnen auch die Mabet Moschee, eine Wohnungsetage in einem Mietshaus. Die Frage (auf Türkisch) eines Journalisten, ob in dieser Wohnung/Moschee auch Jugendliche übernachten würden, bejahte der Vertreter der Moscheegemeinde, jedoch „nur an Wochenenden oder in den Ferien“.

Am 8. November 2003 berichtete die Berliner Morgenpost²¹², dass der VIKZ nun auch in Berlin „eines seiner umstrittenen Schülerwohnheime einrichten“ wolle. „Man suche zurzeit geeignete Räumlichkeiten, sagte ein Vertreter des Vereins. Ein Objekt in der Nähe der Gemeinderäume Lindower Straße in Wedding sei bereits angefragt worden.“ Entsprechend der geschilderten zentralistischen und hierarchischen Struktur des VIKZ läuft auch dieses Vorhaben unter der Leitung der Kölner Zentrale. So erklärte Erol Pürlü, Sekretär der Zentrale, gegenüber der Morgenpost: „Das Ganze ist ein mittelfristiges Projekt, aber Bedarf besteht in Berlin.“

Auch ihren schon vor längerer Zeit gestellten und seit etwa drei Jahren nicht weiterverfolgten Antrag auf Islamunterricht an der öffentlichen Berliner Schule scheint der Verband nun wiederzubeleben. So berichtete die Berliner Morgenpost in ihrem Artikel, dass der VIKZ Berlin „vorerst an drei Schulen in Mitte und Reinickendorf starten möchte, darunter an der Kurt-Tucholsky-Grundschule in Moabit. Ein Lehrplan liegt der Senatsverwaltung bereits vor.“ Dazu werde aber, zitierte die Berliner Morgenpost den Vorsitzenden und Bildungsbeauftragten des VIKZ Landesverband Berlin, Ibrahim Karamic, der Landesverband die Satzung ändern, um damit den „Status als Religionsgemeinschaft“ zu festigen. Nach den geschilderten Strukturen des Gesamtverbandes und den Abhängigkeiten, kann diese Satzung des Landesverbandes aber nicht alleiniges Kriterium einer Bewertung bzw. Entscheidung sein.

Ergebnis der Befragungen in Mitte

Bei unseren Gesprächen im Bezirk Mitte äußerten sich lediglich zwei Personen, beide aus der Türkei kommend, zum VIKZ. Beide Gesprächspartner sind seit vielen Jahre in der Migrationsarbeit tätig. In beiden Fällen fiel die Darstellung sehr kritisch aus.

Der Gesprächspartner in Tiergarten beschrieb den VIKZ mit diesen Worten:

„Es gibt einen Führer, der sitzt in Köln, dann die Ortsverbände, die werden von dort aus dirigiert. Der Kölner bekommt dann seine Befehle aus der Türkei. Wie gesagt, die arbeiten ja sektenähnlich und deshalb verfolgen sie alle Befehle, ohne darüber zu diskutieren. Die sind im Grunde genommen gefährlicher als Milli Görüs, aber da sie sich zur Türkei bekennen und als Türken bezeichnen, tun sie nichts dagegen. Aber religiöse Gefahr, Seriat als Staatsgründung, das ist ja auch hier. [Gemeint ist Schari'a - ein Staat auf der Grundlage der islamischen Gesetzgebung] Die benutzen zwar eine andere Methode, aber als Endziel wollen die auch einen Seriat-Staat in der Türkei. Und in diesem Ziel unterscheiden sie sich nicht von Milli Görüs oder den Kaplancilar. Manche wollen sofort den bewaffneten Kampf [gemeint sind die Kaplancilar], manche wollen diplomatisch sich verhalten und dann einen Staat gründen, der Seriat begehrt. Ich denke, die sind schlauer als die Milli Görüs Leute und klüger, intelligenter. Die Gefahr von diesen Leuten ist genau so groß, wie Milli Görüs. Nur sie treten sehr diplomatisch auf.“

Der Gesprächspartner beschreibt auch das Auftreten und den „sektenähnlichen“ Charakter des VIKZ:

„Der Imam, der Hoca, in dieser Organisation sagt [den Kindern und Jugendlichen], also kein Wort dürfen sie ihren Lehrern erzählen. Dann ist das ein Befehl und das wird sofort akzeptiert. Deshalb ist es eine geschlossene Gesellschaft, ja eine geschlossene Gesellschaft, so dass man nicht viel darüber hört. Wenn man sich so unterhält, dann merkt

²¹² Christa Beckmann: „Islamverband plant Internat, Experten warnen davor, den ‚Sekten‘ die Schultore zu öffnen“, Berliner Morgenpost, 8. November 2003

man nichts. Also, die tragen alle Krawatte, fallen nicht auf, aber im Hinterkopf haben sie den Seriat-Staat als oberstes Ziel.“

Der Gesprächspartner beschreibt die Abgeschlossenheit des Verbandes nach außen und die damit zusammenhängende fehlende Transparenz innerer Vorgänge:

„Also, die kommen nicht auf irgendeine Veranstaltung. Der Hoca sagt, das sind Kafir, also das sind Ungläubige. Ihr braucht nicht hinzugehen. Oder ihr dürft nicht hingehen. Es ist nicht möglich festzustellen, wie die Jugendlichen dort behandelt werden. Ob sie Schläge bekommen, dass ist sehr schwer.“

Vor diesem Hintergrund sei eine Einschätzung des realen Einflusses und der tatsächlichen Größe des VIKZ ebenfalls schwer zu treffen. In seinen Angaben stützte sich der Gesprächspartner deshalb auf die wirtschaftlichen Aktivitäten des Verbandes als Hinweis auf eine gewisse Aktivität und Stärke:

„Das ist schwer zu schätzen. Aber die haben auch zugenommen. Weil die wirtschaftlich auch sehr stark sind. Also, sie haben ja in Neuköln ein Haus gekauft, direkt am Hermannplatz, da haben sie auch eine Moschee, direkt bei der Hermann Moschee. Dann haben sie hier bei uns, nicht ihr Eigentum, aber sie sind Mieter hier. Und in Friedenau gibt es auch ein Haus, das sie gekauft haben. Ein großes Grundstück, das ihnen gehört, mit allen möglichen Einrichtung haben sie gebaut. Und den Hauptsitz haben sie hier in der Lindower Straße, es ist nicht ihr Eigentum. Und deswegen kann man sagen, dass sie in den letzten Jahren sehr stark geworden sind.“

Der zweite Gesprächspartner in Wedding, der im Jugendsozialbereich und in der Migrationsarbeit im Gesamtbezirk aktiv ist, beschrieb den VIKZ ebenfalls als streng hierarchische und antisäkulare Gemeinschaft:

„Es gibt in der Lindower Straße einen islamischen Kulturverein, das sind die sogenannte Süleymanisten. Süleyman ist ein Sektenführer aus der Türkei. Eine ganz große Moschee, etwa 2000 Quadratmeter, eine Fabriketage. Sie sind auch für einen theokratischen Staat, dafür kämpfen sie. Aber sie sind ganz interessant. Zu solchen öffentlichen Veranstaltungen kommen sie immer mit Krawatte und Anzug. Man denkt, sie sind sehr liberal, aber das ist eine ganz hierarchische Gemeinschaft und sehr religiös.“

Der Gesprächspartner beschrieb auch die für den VIKZ typische Internatsbetreuung von Kindern und Jugendlichen, angegliedert an die Moschee:

„Zum Beispiel gibt es - ich weiß nicht, ob das von der deutschen Seite bekannt ist - von diesen Süleymanisten eine Internatsschule in der Moschee. Ob das deutsche Behörden schon wissen? In der Woche montags bis freitags bleiben die Kinder den ganzen Tag dort, das sind alles Jugendliche. Was machen sie denn? Meiner Meinung nach indoktrinieren sie die Kinder und am Wochenende sind sie frei.“

8.1.4. Kalif und Gegenkalif

Der türkisch-sunnitische „Verband der islamischen Vereine und Gemeinden (ICCB)“ wurde 1983 in Köln von Cemaleddin Kaplan gegründet. 1992 benannte Kaplan den ICCB um in „Islamischer Bundesstaat Anatolien (AFID)“, 1994 in „Kalifatsstaat (Hilafet Devleti)“. Ende 1991 forderte Kaplan seine Anhänger zum Glaubenskrieg gegen die Türkei auf und rief 1992 die Exilregierung aus. 1994 ließ er sich zum Kalifen ernennen.²¹³

In der Öffentlichkeit werden die Anhänger der Kaplan-Bewegung als Kaplancilar (diejenigen, die Kaplan folgen) bezeichnet. Auf Grund seiner Sympathie für die islamische Revolution im Iran erhielt Kaplan von der Presse die Beinamen „Kalif von Köln“ und „Khomeini von Köln“ verliehen. Die Anhänger des 1995 verstorbenen Cemaleddin Kaplan propagieren die gewaltsame Lösung, die islamische Revolution. Sie werden auf den Islam eingeschworen,

²¹³ Werner Schiffauer: „Die Gottesmänner“, Frankfurt/Main 2000, S. 204.

alles nichtislamische wird als Sünde angeprangert. Beispielhaft schilderte uns das ein Jugendsozialarbeiter türkischer Herkunft am Beispiel der (ehemaligen) Weddinger Kaplan-Moschee:

„Die Kaplan-Moschee hat ein komisches Schild geschrieben auf deutsch und türkisch ‚islamische anatolische Republik‘ in ihrem Verein, und die Zehn Gebote und am Fenster steht, ‚der 31. Dezember ist kein neues Jahr, unser neues Jahr ist Mohammeds Geburtstag‘. Wenn man Silvester feiert, ist man sündig. [] Viele Türken wissen nichts über die Christen zum Beispiel und sie hören von dieser Kaplan-Moschee, sie sind sündig.“

Die Kaplancilar fallen durch ihre exotische Kleidung auf. Die Männer tragen Turban, weite Mäntel und Pluderhosen, die Frauen und Mädchen oft einen schwarzen Ganzkörperschleier. Zur Anhängerschaft der Mutterbewegung und ihrer späteren Abspaltungen gehören relativ viele jüngere Männer, die in Deutschland eine Hochschulbildung absolvierten. In der Bundesrepublik hatte die Bewegung zu Lebzeiten Cemaleddin Kaplans rund 7.000 AnhängerInnen. Die derzeitige Anhängerschaft wird von Verfassungsschutzexperten auf etwa 800 geschätzt.

Auf dem Sterbebett soll Cemaleddin Kaplan das Amt des Kalifen an seinen Sohn Metin Kaplan weitergegeben haben. 1996 spaltete sich die Bewegung im Streit um diese Nachfolge. Der unter Cemaleddin Kaplan zum Richter im Kalifatsstaat ernannte Berliner Arzt Halil Ibrahim Sofu hatte sich mit seinem 1996 erschienenen Buch „Demokratie – ein System des Betruges (Deccalin Sistemi: Demokrasi)“ einen Namen gemacht. In diesem Buch wird der Islam als eine eigene, der Demokratie gegenüberstehende Weltanschauung dargestellt, ebenso wie das Christentum und das Judentum. Letztere seien jedoch im Verlauf der Geschichte zu sehr degeneriert. Der Islam sei deshalb die beste Religion, die beste Weltanschauung, während die Demokratie ein bereits kaputtes System sei. Als Muslim gehört man dem islamischen System an und muss nach diesem leben, nicht nach dem System Demokratie.

Auf Grund dieses Buches und des damit verbundenen Ansehens für Sofu, der von seinen Anhängern Yusuf Hoca genannt wurde, kam es zum Streit. Metin Kaplan sprach in der Vereinszeitung „Ümmet-i Mohammad“ eine Todes-Fatwa gegen Yusuf Hoca aus. Sofu reagierte mit einer Gegen-Fatwa auf Metin Kaplan. Er sprach ihm das Recht ab, etwas mit dem Kalifat zu tun zu haben. Die Berliner Gemeinde der Mehmet-Akif-Moschee in der Weddinger Schwedenstraße spaltete sich von Metin Kaplan ab und wählte 1996 Sofu zum „Emir der Gläubigen und Kalif der Muslime“. Diesen Titel beanspruchte auch Metin Kaplan für sich. Am 8. Mai 1997 stürmte ein dreiköpfiges verummtes Killerkommando die Weddinger Wohnung des Yusuf Hoca und tötete den 29jährigen vor den Augen seiner Familie.

Die vom Verein Mehmet-Akif-Moschee 1997 neu erworbene Fabriketage in der Kreuzberger Köpenicker Straße wurde mit der Beerdigungszeremonie für den „Märtyrer“ Yusuf Hoca am 9. Mai 1997 eingeweiht und in Yusuf Hoca Moschee umbenannt. Seinem Nachfolger, Salih Hoca, ist es jedoch nicht gelungen, die Moschee finanziell zu halten, trotz massiven Drucks auf die in diesem Fabrikgebäude ansässigen Kleinfirmer. Diese sollten ihre gewinnbringenden Unternehmen der Gemeinde verkaufen. Als sie ablehnten, wurden sie über Monate schikaniert. Im Frühjahr 1999 musste die Gemeinde das Gebäude aber aufgeben. Der seit 1979 bestehende Trägerverein Mehmet-Akif-Moschee wurde am 9. April 1999 durch Beschluss des Weisenrats als Verein aufgelöst.²¹⁴

Obwohl es den Verein und auch die Objekte in Kreuzberg und Wedding nicht mehr gibt, tauchen immer noch vereinzelt an Schulen vordruckte Formulare zur Abmeldung der Mädchen vom Schwimmunterricht mit dem Briefkopf dieses Vereins auf.

Metin Kaplan selbst wurde am 25. März 1999 in Untersuchungshaft genommen und am 15. November 2000 vom Oberlandesgericht Düsseldorf wegen öffentlicher Aufforderung zu

²¹⁴ Amtsgericht Berlin-Charlottenburg, Vereinsregister.

Straftaten zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren verurteilt. Nach der Streichung des Religionsprivilegs aus dem deutschen Vereinsgesetz hat das Bundesinnenministerium am 8. Dezember 2001 den Kaplan-Verein „Kalifatsstaat“ und 17 seiner Teilorganisationen verboten.²¹⁵ Die Verfassungsbeschwerde des Kalifatsstaates gegen das Vereinsverbot wurde vom Bundesverfassungsgericht nicht zur Entscheidung angenommen, damit ist das Verbot seit dem 17. Oktober 2003 endgültig rechtskräftig.²¹⁶

Metin Kaplan wurde nach Verbüßung seiner Freiheitsstrafe aufgrund eines Auslieferungersuchens der Türkei in Auslieferungshaft genommen, musste aber mit dem Beschluss des Oberlandesgerichts Düsseldorf vom 27. Mai 2003 freigelassen werden. Am 27. August hat das Verwaltungsgericht Köln zwar den Asylstatus des Islamisten Kaplan aufgehoben, aber eine Abschiebung untersagt. Der diplomatische und juristische Streit um die Auslieferung Metin Kaplans an die Türkei ist noch nicht beendet.²¹⁷

Der Verein „Kalifatsstaat“ selbst agiert nun im Untergrund und vermehrt auch aus den Niederlanden, wohin ein Teil des Vereinsvermögens transferiert wurde und wo sie die Nachfolgepublikation der früheren Vereinszeitung „Ümmet-i Muhammad“, die türkischsprachige Zeitung „Beklenen Asr-I Saadet (Das erwartete Zeitalter der Glückseligkeit)“ und die deutschsprachige Illustrierte „Die Islamische Alternative“ drucken und auch nach Deutschland verschicken, die Illustrierte auch unaufgefordert an AStA-Büros verschiedener Universitäten.

Am 11. Dezember 2003 startete das Bundeskriminalamt eine bundesweite Polizeirazzia gegen die Anhänger des verbotenen „Kalifatsstaates“. Mehr als 5.500 Polizeibeamte durchsuchten zeitgleich rund 1.100 Wohnungen und Geschäftsräume, basierend auf den Abonnenten-Daten der Verbandszeitung „Beklenen Asr-I Saadet“. Dabei gerieten auch türkische Migranten ins Visier der Ermittler, die diese Zeitung zur politischen Auseinandersetzung und Recherche bezogen.

In Berlin durchsuchten 400 Polizisten 73 Wohnungen und ein kleines Geschäft.²¹⁸ Schwerpunkt der Aktion waren Wedding, Neukölln und Kreuzberg. In einer Wohnung in der Jülicher Straße am Gesundbrunnen im Stadtteil Wedding beschlagnahmten die Fahnder zwei geladene Handfeuerwaffen, mehrere Messer sowie Munition. Ein 22-jähriger Mann wurde festgenommen. Ebenfalls in einer Weddinger Wohnung fanden die Ermittler mehr als 100 Exemplare der Verbandszeitung des „Kalifatsstaates“.

Nach Erkenntnissen des Berliner Verfassungsschutzes beläuft sich die Zahl der Mitglieder des „Kalifatsstaats“ in der Hauptstadt auf etwa 50 Personen. Unklar ist vor allem in Wedding die Frage, wie viele ehemalige Anhänger des ermordeten Halil Ibrahim Sofu (Yusuf Hoca) wieder mit dem „Kalifatsstaat“ bzw. anderen radikalen islamistischen Gruppierungen sympathisieren, oder sich ins Private zurückgezogen haben und sich nur noch am Freitag gemeinsam mit anderen in dem kleinen Gebetsraum in der Weddinger Jasmunder Straße zum Freitagsgebet treffen.

In unseren Gesprächen im Bezirk beschrieben mehrere GesprächspartnerInnen, ohne genaue Angaben über die Personen machen zu können, das vermehrte Auftauchen bzw. dann plötzliche Verschwinden islamistischer Personen nach dem 11. September. Den GesprächspartnerInnen aufgefallen waren diese Personen vor allem durch ihre „altorientalische“ Kleidung, wie sie auch typisch ist für die Kaplan- bzw. Sofu-Anhänger. So erzählte uns ein Jugendsozialarbeiter im Wedding vom Agieren dieser Personen: „Dass die Jugendlichen einfangbar sind, das will ich nicht bestreiten, also natürlich, wenn da so Leute unterwegs wären, das hatten wir auch nach dem 11. September hier, dass die hier wirklich wie Taliban rumgelaufen sind, und ins Café [Café Amsterdamer Sportclub], also man konnte das richtig beobachten, dass sie versucht haben, hier Kontakte zu knüpfen irgendwie. Da dachte ich, Oh Gott, was läuft hier jetzt ab? Also, ich habe die mehrmals gesehen, in der

²¹⁵ Im September 2002 wurden weitere 16 Teilorganisationen des „Kalifatsstaats“ verboten

²¹⁶ In Berlin betraf das Verbot nur die Metin Kaplan treue Gemeinde in der Kreuzberger Skalitzer Straße

²¹⁷ Etwa 30 Kaplan-Anhänger sollen im Oktober 1998 zum 75. Jahrestag der Gründung der Republik Türkei im Auftrag ihres Anführers einen Terroranschlag geplant haben

²¹⁸ Rüdiger Finke: „Geladene Pistolen im Schrank“, Berliner Morgenpost, 12. Dezember 2003

Drontheimer, in der Koloniestraße und überall und dachte: Oh Gott! Da ist aber Sprengstoff irgend wie, aber das hat sich ja alles scheinbar irgendwie in Luft aufgelöst. [] Ich weiß nicht, mit wem die gesprochen haben. Die sind in die türkischen Läden halt da reingegangen. Keine Ahnung, was da ablief. Aber zumindest hat man sich irgendwie was bei gedacht. Also, die sind ja nicht umsonst da.“

Eine Anwohnerin aus dem Gebiet um die Lehrter Straße schilderte das Verschwinden dieser Kreise, worüber nicht zuletzt die türkischen Muslime erfreut waren:

„In der Moschee [keine Angabe dazu, welche Moschee gemeint ist] wurde gesagt, dass manche aggressiven Leute verschwunden sind. Wahrscheinlich war etwas in der Moschee und die Orthodoxen mit besonderen Kostümen und den Kultus-Hüten kamen zur Moschee. Ich hatte die Moschee immer vor Augen, und ich habe die Leute gesehen, die regelmäßig mindestens einmal pro Woche dort waren. Nach dem 11. September sind sie verschwunden. [] Das habe ich auch von Türken gehört mit Freude, die sind gegen diese Aggressivität. Die Leute, die hier lange wohnen und arbeiten, zum Beispiel ein ..., der gegenüber gearbeitet hatte, der hat mir gesagt, die Polizisten gehen hier ab und zu durch (die Moschee) und die sind verschwunden. [] Die, die die leitenden Rollen gespielt haben, haben sich einfach sofort versteckt. Die sind aus unseren Moscheen verschwunden.“

8.1.5. Die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG)

Die Mutterbewegung in der Türkei

Die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG) ist die größte Organisation des politischen Islam in Deutschland. Sie ist der europäische Ableger der Bewegung des türkischen Islamisten-Führers und ehemaligen Ministerpräsidenten (1996/97), Necmettin Erbakan (77). Der Name Milli Görüs (Religiöse Nationale Weltsicht) geht auf das 1973 von Erbakan in Istanbul veröffentlichte gleichnamige Buch zurück, in dem er seine Perspektive und Strategie zur Errichtung einer islamischen Republik in der Türkei darlegte.

Der Begriff Milli Görüs entwickelte sich vor allem in den 80er Jahren zum Synonym für Erbakans inzwischen verbotene „Wohlfahrts/Refah-Partei“, wobei „mit Milli Görüs eine geistige Haltung gemeint ist, die nicht nur die Refah-Partei einschließt, sondern alle, die eine religiös-nationale Sicht vertreten“.²¹⁹ Als Gegenpart dazu werden alle anderen Parteien als von äußeren (ausländischen) Kräften gelenkte „Nachahmer des Westens“ bezeichnet. Diese politische Zweiteilung der Gesellschaft mit Hilfe des Begriffes „Milli Görüs“ versucht die Tochterbewegung in Europa seit Mitte der 90er Jahre durch eine eigene deutschsprachige Interpretation religiös zu deuten. Mit Bezug auf Abraham als den Urvater aller Monotheisten (Juden, Christen und Muslime), wird „Milli Görüs“ bei ihr zum Synonym für die monotheistische Ökumene.

Bis heute trägt Necmettin Erbakan den Titel „Milli-Görüs-Lideri“ – Milli-Görüs-Führer, er ist die Leitfigur der weltweiten Milli-Görüs-Bewegung. Nach dem Verbot seiner Refah-Partei 1998 und deren Nachfolgepartei „Fazilet/Tugend“ im Juni 2001, spaltete sich in der Türkei die von ihm geschaffene Milli-Görüs-Bewegung. Die Traditionalisten und Anhänger Erbakans gründeten Ende Juli 2001 die Saadet-Partei (Glückseligkeits-Partei), deren Vorsitz Erbakan nach Ablauf seines Politikverbots im Februar 2003 am 11./12. Mai 2003 übernahm. Im Herbst 2003 wurde Erbakan wegen Urkundenfälschung während seiner Zeit als Vorsitzender der Refah-Partei zu 2 Jahren und 4 Monaten Haft verurteilt, dieses Urteil ist inzwischen rechtskräftig. Da Erbakan jedoch aus gesundheitlichen Gründen als nicht haftfähig erklärt wurde, muss er nicht ins Gefängnis. Aufgrund dieses Urteils war er jedoch verpflichtet, seine politischen Ämter niederzulegen. Am 30. Januar 2004 trat Erbakan deshalb nicht nur als Vorsitzender der Saadet-Partei zurück, sondern trat auch aus seiner Partei aus.

²¹⁹ „Islamisten und Moderne am Beispiel der Refah Partei in der Türkei“, Diplomarbeit an der Freien Universität Berlin von Burhan Kesici im August 1998, S.22f

Die sogenannten „Erneuerer, Reformer“ unter Abdullah Gül und dem damals ebenfalls mit einem Politikverbot belegten Recep Tayyip Erdogan gründeten gemeinsam mit neoliberalen Kreisen des türkischen Bürgertums Mitte August 2001 die Adalet ve Kalkinma Partisi (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung), kurz AK-Partei (Weiße Partei). Sie ging aus den türkischen Parlamentswahlen vom 3. November 2002 mit etwa 35% der Stimmen als klare Siegerin hervor und regiert seitdem mit absoluter Mehrheit, während Erbakans Saadet-Partei nicht mehr im Parlament vertreten ist. Mit ihrer Parlamentsmehrheit sorgten die Abgeordneten der AKP für Verfassungsänderungen, die es ihrem Parteichef Erdogan ermöglichten, bei den Nachwahlen am 9. März 2003 zu kandidieren. Daraufhin übernahm Erdogan das Amt des türkischen Ministerpräsidenten.

8.1.5.1. Entwicklung der Organisation in Europa und Deutschland

Eine organisatorische Spaltung der Milli-Görüs-Bewegung in Europa, ausgelöst durch die Entwicklung in der Türkei, ist bisher nicht feststellbar. Im Mai 2003 hieß es, dass IGMG Führungskräfte und die Spitzen der IGMG-Landesverbände, darunter auch der Berliner Landeschef Mehmet Mahmut Gül, in die Türkei zu Erbakan gereist seien.²²⁰ Dieser Reise vorangegangen war eine Anweisung des AKP Außenministers, Abdullah Gül, an alle diplomatischen Vertretungen der Türkei, die Aktivitäten der IGMG zu begleiten, an ihren Veranstaltungen teilzunehmen und ihre Vertreter zu den Empfängen der Botschaften zu laden. Das hatte für einigen Wirbel besonders in Deutschland gesorgt, hatte doch Bundesinnenminister Otto Schily der Organisation wenige Monate zuvor sogar noch mit einem Verbot gedroht. Auslöser dieser Anweisung war eine innenpolitische Auseinandersetzung über ein bilaterales Abkommen zur Terrorbekämpfung, das Bundesinnenminister Schily am 3. März 2003 in Ankara unterzeichnet hatte. Von der IGMG war dabei keine Rede und doch tauchte sie auf der Liste der Terrororganisationen in der türkischen Begründung dieses Abkommens auf. Die Urheber sollen „laizistische“ Mitarbeiter des Außenministeriums gewesen sein, so dass Gül ins Kreuzfeuer geriet. Er strich die IGMG von der Liste und schickte sein besagtes Rundschreiben auf den Weg.²²¹

Als der türkische Ministerpräsident Erdogan Anfang September 2003 Berlin besuchte, gehörten der IGMG Vorsitzende Yavuz Celik Karahan, der Generalsekretär Oguz Ücuncü und der Berliner Landeschef Mehmet Mahmut Gül zu den zahlreich geladenen Vertretern türkischer Organisationen in Deutschland. Mehmet Mahmut Gül hatte am Abend zuvor versucht, im Hotel direkten Kontakt zu Erdogan aufzunehmen, was die türkische Presse begierig aufgriff. Der Besuch der IGMG-Führungskräfte bei Necmettin Erbakan und die Kontaktsuche zu dessen in Regierungsverantwortung stehendem Kontrahenten Erdogan offenbaren den Spannungsbogen, in dem sich die IGMG bewegt. So kann sie sich einerseits nicht von der Vaterfigur und dem geistigen Mentor der Bewegung lösen, setzt aber andererseits auch auf die ehemaligen Weggefährten und jetzt Mächtigen. Die Sympathie besonders jüngerer Milli-Görüs-Anhänger für den charismatischen Erdogan dürfte dabei auch eine Rolle spielen.

Andererseits ist die IGMG als Mitglieds- und finanzstarke Organisation sowohl für Erbakan als auch für Erdogan eine nicht zu ignorierende Größe. Jahrzehntlang war es nicht zuletzt die finanzielle Unterstützung vor allem aus Deutschland, auf die Erbakan und seine Bewegung immer wieder zurückgreifen konnten. Erbakan war es, der vor 30 Jahren die Gründung von Milli Görüs anordnete. Von ihm kamen über Jahrzehnte hinweg die Direktiven, in welcher Form Milli Görüs in Europa zu agieren habe. Diesen Einfluss gilt es nun zu verteidigen.

Organisationsgeschichte und Aktivitäten

Die ersten Milli-Görüs-Organisationen in Deutschland entstanden Anfang der 70er Jahre unter verschiedenen Namen, wie z. B. Türkische Union bzw. Islamische Union Europa. In

²²⁰ 25. Mai 2003, großer Veranstaltungssaal in der Urania, IGMG Jugendabteilung Landesverband Berlin Veranstaltung „Genclik Söleni (Jugendfest)“

²²¹ S. Aversch und G. Seufert: „Wirbel um muslimische Organisation Milli Görüs“, Berliner Zeitung, 21.04.2003

Berlin wurde im August 1976 der Verein „Avrupa Milli Görüs Teskilati e.V. – AMGT (Verein Türkische Nationale Sicht in Europa e.V.)“ gegründet. Von hier aus agierte dieser Verein bundesweit als AMGT, begrenzte kurze Zeit darauf aber seine Aktivitäten auf Berlin. Das fand durch den Zusatz „AMGT - Berlin Subesi (AMGT - Abteilung Berlin) seinen Ausdruck. „Er wurde unter dem Namen Milli Görüs gegründet, und sogar als Milli-Görüs-Hauptzentrale“, bestätigte das damalige Vorstandsmitglied Yakup Tasci in einem Interview am 3. Oktober 2002.²²² Nach zwei Änderungen des Namens nennt sich dieser Verein heute „Mevlana Moschee e.V.“, und Yakup Tasci ist mit kurzen Unterbrechungen noch heute der Imam dieser Moscheegemeinde. Mehmet Mahmut Gül, seit 1983 Vorsitzender des Mevlana Moschee e.V., ist seit mehreren Jahren der Vorsitzende des Milli-Görüs-Landesverbandes-Berlin (Bölge Baskan).²²³

Ende der 70er Jahre hatte sich Köln als Zentrale der Bewegung endgültig durchgesetzt. Am 20. Mai 1985 wurde dort der europaweite Zusammenschluss als eingetragener Verein unter der Bezeichnung „Avrupa Milli Görüs Teskilatlari – AMGT (Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa)“ gegründet. Daraus entstanden 1995 die „Europäische Moscheebau und -unterstützungsgemeinschaft e.V.“ (EMUG), die die Immobilien verwaltet und formaljuristisch der Rechtsnachfolger der AMGT ist und die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V. (IGMG), die sich um die religiösen, sozialen, kulturellen, und vor allem politischen Belange kümmert. Seit Sommer 2001 ist Kerpen (bei Köln) der Sitz der Organisation.

Heute verfügt die IGMG nach eigenen Angaben europaweit über 30 Regional- bzw. Landesverbände, davon 16 in Deutschland. An der erweiterten Funktionärsversammlung der IGMG am 22. Juni 2003 in Köln nahmen 2.113 Funktionäre teil, sowie als Gäste der ehemalige Justizminister der Erbakan/Refah-Regierung, Sevkett Kazan, und der ehemalige AMGT/IGMG Vorsitzende und jetzige Saadet-Partei-Vorsitzende der Stadt Istanbul, Osman Yumakogullari.

In seinem Rechenschaftsbericht nannte IGMG-Generalsekretär Oguz Ücuncü die aktuellsten Zahlen der Organisation.²²⁴ Demnach gehören zur IGMG in Europa über 2.000 Abteilungen, davon 513 Moscheegemeinden, 1.104 Vereine und Organisationen, 310 Initiativen bzw. Unternehmungen sowie 79 Vertretungen. Nach diesen Angaben hat die IGMG insgesamt 87.380 aktive Mitglieder, davon 18.039 Funktionäre, sowie 300.000 Besucher des Freitagsgebets ihrer Moscheen. Absoluter Schwerpunkt ist nach wie vor die Bundesrepublik Deutschland.

Für Jugend, Studenten und Frauen gibt es eigene Abteilungen innerhalb des Gesamtverbandes. Die Jugendabteilung ist wiederum in 489 Gruppen untergliedert mit insgesamt 17.397 aktiven Mitgliedern, davon 3.857 Mädchen, und 4.587 Funktionäre. Innerhalb dieser Jugendabteilung gibt es eine Sektion für Studenten und Studentinnen. Diese Abteilung hat 840 Mitglieder, davon 426 Frauen. Zu den Aktivitäten der Jugendabteilung gehören Hausaufgabenhilfe, Hausbesuche, Wochenendkurse, Sportaktivitäten, Ausflüge, Jugendtage und -feste, Ausbildungslager und alternative Programme für den Silvesterabend. Von insgesamt 400 derartigen Silvester-Programmen ist in dem Rechenschaftsbericht für das vergangene Jahr die Rede.²²⁵

Für die Frauen hat Milli Görüs nach eigenen Angaben 550 Abteilungen und Unternehmungen. Insgesamt beträgt die Mitgliedszahl 16.472 Frauen, davon 3.903 Funktionärinnen. Zur Frauenabteilung hinzu kommen die 2.610 Mitglieder des Kinderclubs. Zu den Aktivitäten der Frauen gehören Hausbesuche, Krankenhausbesuche, Wohltätigkeitsbasare, Familienseminare, Ausbildungslager für Frauen, Ausflüge und Sport

²²² Videoaufzeichnung des Interviews mit dem Berliner Journalisten Ali Yildirim liegt vor.

²²³ siehe u.a. Amtsgericht Charlottenburg, Vereinsregister, Akte des Vereins Mevlana Moschee e.V. - 95 VR 5328

²²⁴ „Milli Görüs & Perspektive“, Juli/August 2003, Jahrgang 9, Nr. 103-104, S. 6ff

²²⁵ In Kommentaren der Zeitung „Milli Gazete“, dem Sprachrohr der Milli-Görüs-Ideologie, wird davor gewarnt, sich an Festen zu beteiligen, die nicht islamischen Ursprunges sind. Dazu gehört auch Silvester, das „für uns Muslime keine Bedeutung hat, außer dass es der Anfang eines internationalen Kalenderjahres ist“. Die Teilnahme an derartigen Festen sei der erste Schritt, sich von der eigenen Religion zu entfernen. „Wie ihr seht, braucht man nicht erst den Islam und den heiligen Koran abzulehnen, um den Islam zu verlassen und einem anderen Volk anzugehören. Es genügt, wenn man diesem Volk ähnlich wird“, erklärte z. B. Mehmet Talü in seiner Kolumne „Yilbasi üzerine“ in Milli Gazete am 01.01.2002.

sowie Feste, Konferenzen und Symposien. Als sich am 12. Oktober 2003 die Berliner IGMG-Frauenabteilung in der Urania zu ihrer Konferenz traf, mussten die Männer allerdings draußen bleiben. An Veranstaltungen z. B. der Jugendabteilung nehmen zwar auch Frauen und Mädchen teil, die Geschlechtertrennung wird hier aber durch eine strikte Sitzordnung aufrecht erhalten, vorn der Block für die Männer, hinten für die Frauen.

Als eine der Hauptaktivitäten des IGMG-Generalsekretariats bezeichnete Ücuncü in seinem Rechenschaftsbericht die Beobachtung der Medien und die juristische Auseinandersetzung mit all denjenigen, die „es auf die IGMG abgesehen haben“, sowie mit denjenigen, „die über uns falsch berichten“.²²⁶

Mit einem umfangreichen sozialen und religiösen Angebot versucht Milli Görüs, die Mitglieder und AnhängerInnen an die Organisation zu binden. Die beträchtlichen finanziellen Mittel, über die Milli Görüs verfügt, werden geschickt auch zur Absicherung der Macht eingesetzt. So wurden getreue Funktionäre nicht selten mit der Beteiligung an den kommerziellen Unternehmungen der Organisation belohnt. Persönliche Bereicherungen einzelner Funktionäre und ein teilweise dubioser Umgang mit den Geldern der Mitglieder haben andererseits aber auch über die Jahre zu einem Vertrauensverlust an der Basis geführt. Vor allem Ende der 90er Jahre verloren auch zahlreiche Milli-Görüs-AnhängerInnen ihre Ersparnisse. Da der Koran „Wucher und Zins“ verbietet, hatten viele gläubige Muslime ihre Gelder nicht auf Banken deponiert, die nach dem Zinssystem arbeiten. Diese Gelder schöpften vermehrt türkische Mischkonzerne (Holdings) ab. Zur Deckung ihres Finanzbedarfs verkauften sie Anteilscheine an gläubige Muslime, die somit im Einklang mit ihren religiösen Vorschriften einen Anteil an der Firma erwerben und mit diesem Anteil Gewinn und Verlust dieser „Islamischen Holdings“ teilen. Derartige Verkaufsveranstaltungen fanden auch in Einrichtungen der Milli Görüs statt, und die lokale Koordination des Verkaufs dieser Anteilscheine lag zum Teil in der Hand von Milli-Görüs-Mitgliedern oder Funktionären. Bis 1999 war z. B. der heutige Europa-Leiter der Jugendabteilung der IGMG der Berliner Vertreter einer dieser Holdings. Da der Verkauf der Anteilscheine allein auf Vertrauen basierte und die „AktionärInnen“ selbst nur in Ausnahmefällen über schriftliche Rechtstitel verfügten, die einen einklagbaren Anspruch auf das angelegte Kapital ermöglichen würden, verloren viele ihr Geld mit dem Zusammenbruch dieses Finanzierungsmodells und damit der Holdings. Zwar bemühten sich die Milli-Görüs-Funktionäre bereits bei den ersten Anzeichen dieses Zusammenbruchs um Schadenbegrenzung und gingen auf Distanz zu den Holdings, doch der Vertrauensverlust wirkt bei den Mitgliedern bis heute nach. Als das Magazin „Der Spiegel“ dieses Thema in seiner Ausgabe vom 26. Januar 2004 aufgriff und von 200.000 Muslimen in Deutschland berichtete, die zum Teil ihr ganzes Vermögen durch diese Holdings verloren haben, räumte IGMG-Generalsekretär Ücuncü zwar ein, dass Holdings bei Großveranstaltungen der IGMG als Sponsoren aufgetreten seien. Weiter gehende Verbindungen „hat es aber nicht gegeben“, beteuerte er.²²⁷

Bei unseren Gesprächen im Bezirk Mitte schilderte uns das ein Betriebsratsmitglied türkischer Herkunft allerdings etwas anders:

„Das ärgert mich am meisten, sie nutzen den Islam, ihren Glauben, für viele Zwecke, z. B. einer, der bei uns sich dazu bekannt hat, zu Milli Görüs zu gehören. Und dann hat er versucht, von einer Holding Anteile zu verkaufen. Also, die Brücke ist eigentlich ganz einfach. Ich bin strenggläubig, gehöre zu Milli Görüs und fahre nach Mekka. Also, von mir dürft ihr nichts negatives erwarten. Aber, du kennst dieses Grüne Kapital, das wird in der Türkei oft angesprochen, auch tagtäglich in den Medien. Das sind die, die die Kollegen ausbeuten und das Geld nie wieder zurückzahlen. Er wollte von denen Anteil verkaufen. Er meinte zu mir, er ist Vertreter von sowieso einer Holding. Und ich habe ihm verboten, dies zu tun, dass er, wenn er das macht, mit seiner Kündigung rechnen muss. Dann hat er sich ein bisschen zurückgezogen. [] Wenn er diese Anteile verkauft, dann ist für mich auch ganz definitiv klar, dass er auch davon Provision bekommt. Das kann mit dem Glauben nicht

²²⁶ a.a.O. „Milli Görüs & Perspektive“, Juli/August 2003

²²⁷ Michael Fröhlingdorf: „Neuer Markt auf Türkisch“, Der Spiegel, 5/2004, S. 38

zusammenhängen. Das ist eine Lüge, personenbezogener Vorteil auf Schulter des Glaubens.“

Zur Absicherung der Macht setzte Milli Görüs neben der finanziellen Beteiligung auch auf die Besetzung von Führungspositionen durch Mitglieder eng verschworener Familienklans. Es sind vor allem die Mitglieder von Necmettin Erbakans Familie, die die Kontrolle über die IGMG und ihre Unterorganisationen in Europa jahrelang ausübten. So gehörte der inzwischen verstorbene Bruder von Necmettin Erbakan zu den Gründungsmitgliedern der Organisation. Sein Sohn und Neffe von Necmettin Erbakan, Mehmet Sabri Erbakan, übernahm nach zahlreichen anderen Funktionen im Milli-Görüs-Netzwerk schließlich im April 2001 den Vorsitz der IGMG. Im Oktober 2002 übergab er nach zahlreichen Gerüchten um seine Person diesen Posten „aus gesundheitlichen Gründen“ an den langjährigen Getreuen Yavuz Celik Karahan, dessen offizieller bürgerlicher Name Osman Döring lautet. Dieser hat daraufhin von Mehmet Sabri Erbakan auch das Amt des Vorsitzenden der zu Milli Görüs gehörenden EMUG (Europäische Moscheebau- und Unterstützungsgemeinschaft e.V.) übernommen, in der die wirtschaftliche und finanzielle Macht der Organisation gebündelt ist. Auch wenn sich Mehmet Sabri Erbakan zurückgezogen haben mag, so stellt sich die Frage nach der Rolle, die sein Schwager, der Multifunktionär Ibrahim el-Zayat, in diesem Netzwerk spielt. So trat el-Zayat mehrfach als Sprecher der EMUG in Erscheinung, seine SLM Liegenschaftsmanagement GmbH - el-Zayat ist der Geschäftsführer – wickelte die Kauftransaktion des Geländes in Kerpen ab²²⁸, auf dem sich jetzt die IGMG Zentrale befindet, und der IGMG Generalsekretär Oguz Ücuncü taucht im Handelsregistrauszug dieser SLM GmbH als Gesamtprokurist auf.²²⁹

8.1.5.2. Ideologische Schwerpunkte

Islamische Inseln

1991 verfasste Necmettin Erbakan die programmatische Schrift der Milli-Görüs-Bewegung unter dem Titel „Die gerechte Ordnung (Adil Düzen). Hier ist die Ideologie der Milli Görüs formuliert - ein auf islamischer Grundlage basierendes, umfassendes soziales, ökonomisches und politisches Regelungssystem, das das westliche säkulare Demokratiemodell und dessen Wertekanon ablehnt. Ziel der Milli-Görüs-Bewegung ist die Etablierung eines islamischen Gemeinwesens, das auf der islamischen Ethik und einer daraus abgeleiteten islamischen Rechtsordnung basiert.

In Deutschland ist Milli Görüs gekennzeichnet durch eine doppelte Öffentlichkeit. Nach außen propagieren die Funktionäre zum Teil sehr überzeugend Dialogbereitschaft und Integration. Zum Programm der „Gerechten Ordnung“ und seiner Bedeutung für die Organisation aber wird geschwiegen bzw. inzwischen offiziell erklärt: „Die IGMG hat sich zu keinem Zeitpunkt die programmatische Schrift ‚Gerechte Ordnung‘ zueigen gemacht bzw. diese vertreten.“²³⁰

Nach innen wird den Mitgliedern suggeriert, sie verlören ihre islamische Identität, wenn sie sich nicht von der westlichen verderbten Gesellschaft abgrenzten. Die Ängste von Eltern vor der Entfremdung ihrer Kinder aufgreifend wird die pluralistische säkulare Gesellschaft zum Feindbild aufgebaut. Ein Beispiel: In einem Artikel der Zeitschrift „Konkret“ über Milli Görüs wird aus einer Freitagspredigt in der Mevlana Moschee Anfang November 2001 zitiert: „Mit Gottes Hilfe haben wir es geschafft“, verkündet der Imam, „dass die Moscheen, in denen wir beten, uns gehören. Unsere nächste Aufgabe ist, unsere Kinder davor zu bewahren, dass sie in dieser nichtmuslimischen Gesellschaft verloren gehen, dass sie mit dem ganzen Schmutz dieser Gesellschaft in Berührung kommen. Deshalb müssen wir islamische

²²⁸ Käufer des Geländes ist die Firma AKIRA Inc. von den Britischen Virgin Islands, die in Deutschland von der SLM Liegenschaftsmanagement GmbH vertreten wird. Siehe: Kölnische Rundschau, 6.12.2000

²²⁹ Handelsregister Köln, HRB 30472, Abruf am 15.08.2002

²³⁰ „IGMG übt Kritik am NRW Verfassungsschutzbericht 2003“, Kerpen, 27.3.2004, unter: www.igmg.de/index.php?module=ContentExpress&func=print&ceid=1054

Jugendhäuser gründen.“²³¹ Ein Grundstück in Wedding sei bereits gekauft, heißt es in dem Artikel weiter, und es wurde Geld für den Bau eines „islamischen Jugendhauses“ unter den Gläubigen gesammelt. Bei diesem Objekt handelt es sich um das „Haci-Bayram-Moschee- und Kulturhaus“ in der Koloniestraße, auch wenn der Vorsitzende dieses Moscheevereins, Herr Geredeli, die Zugehörigkeit seines Vereins zu Milli Görüs bestreitet. Dem widerspricht u.a. die Darstellung der Religionsforscherin Gerdien Jonker über die Entwicklung der politischen und religiösen Diversität der türkischen Muslime in Berlin. Sie schreibt: „Ein anderer Teil [] gründete die ‚Haci-Bayrami-Moschee‘, die noch heute zu den Milli-Görüs-Moscheen zählt.“²³²

Nicht nur aufgrund der türkischsprachigen inneren Öffentlichkeit der Milli Görüs lässt sich die Frage, ob der nach außen propagierte Wandel nur taktische Rhetorik oder verinnerlichte Realität ist, nur mühsam überprüfen. Als nach jahrelangen Diskussionen die Kirchen im Sommer 2001 ihren Widerstand gegen die Abschaffung des Religionsprivilegs im deutschen Vereinsgesetz aufgaben und die bereits geplante Gesetzesänderung durch die Anschläge vom 11. September oberste Priorität erhielt, geriet die IGMG als größte Organisation des politischen Islam ins Zentrum repressiver Überlegungen, die selbst ein Verbot nicht ausschlossen.²³³

Vor diesem Hintergrund bemühen sich die Funktionäre der IGMG mehr denn je, das äußere Erscheinungsbild zu polieren. Sie bieten kurz nach dem 11. September der Bundesregierung ein „Sicherheitsbündnis“ an und säubern eine Woche später erst einmal ihre Homepage. „Und was fehlt im Vergleich zur Vergangenheit?“, fragte Eberhard Seidel in der „taz“ und stellte fest: „Die von der IGMG veröffentlichten Presseerklärungen vor dem 11. September, die Selbstdarstellung über Entstehungsgeschichte, Mitgliedszahlen, Ziele und Inhalte der europaweit agierenden Organisation. Gleichzeitig wurden sämtliche türkischsprachigen Aufsätze und Berichte über Versammlungen gelöscht, die zum Beispiel Aufschlüsse über die Verbindung der IGMG zu Necmettin Erbakan [bis heute der Milli-Görüs-Leader] geliefert hatten.“²³⁴

Nach einer ersten Phase des Rückzugs ist die IGMG inzwischen in die Offensive gegangen und beschäftigt mehrere Juristen mit dem Ziel, nicht nur der Verbotsdiskussion jegliche Grundlage zu entziehen, sondern sich auch von dem Stigma „Einstufung als extremistische Organisation durch den Verfassungsschutz“ zu befreien. Die Entscheidung darüber liegt nun zum Teil bei den Gerichten. Nach fast einjähriger Pause stellte die IGMG inzwischen auch wieder die Ausgaben ihrer monatlichen Verbandszeitschrift „Milli Görüs & Perspektive“ zur freien Verfügung auf ihre Internetseite. Der türkischsprachige Teil dieser Zeitschrift liefert zumindest partiell einen Einblick in die Aktivitäten und Standpunkte der Organisation. Nach wie vor gibt aber auch die türkische Tageszeitung „Milli Gazete“ Einblicke in die Welt der IGMG und als Sprachrohr der Milli-Görüs-Bewegung des Necmettin Erbakan ebenso in die Gedankenwelt dieser islamistischen Strömung²³⁵, auch wenn die IGMG im Dezember 2001 offiziell erklärte, dass sie mit den Äußerungen der „Milli Gazete“ nicht in Verbindung zu bringen sei.²³⁶ Noch bis April 2001 waren leitende Personen der Europaausgabe dieser Zeitung identisch mit führenden IGMG Funktionären²³⁷. Der Berliner Vertreter der Milli

²³¹ Deniz Yücel „Der Weg zum Erfolg“ in Konkret 12/2001, Seite 46

²³² Gerdien Jonker: „Eine Wellenlänge zu Gott. Der Verband der Islamischen Kulturzentren in Europa“, Transcript Verlag Bielefeld, 2002, S. 120

²³³ Die Streichung des Religionsprivilegs aus dem Vereinsgesetz tritt am 1. Dezember 2001 in Kraft. Kurz darauf verbietet Innenminister Otto Schily auf dieser Grundlage den Kölner Islamistenverein „Kalifats-Staat“ des Metin Kaplan. Nicht nur Schily will dieses Verbot auch als Signal an Milli Görüs verstanden wissen.

²³⁴ Eberhard Seidel „Islamisten säubern Internet“, taz, 25.9.2001

²³⁵ in Kolumnen und Artikeln der Milli Gazete werden antisemitische und islamistische Positionen zum Teil sehr offen und unverblümt formuliert. Siehe auch Definitionen-Exkurs: Islamistischer Antisemitismus

²³⁶ Nachdem die Milli Gazete - Europaausgabe lange Zeit nur per Abonnement zu beziehen war, ist sie nun auch an einigen Zeitungskiosken erhältlich

²³⁷ z. B. Osman Yumakogullari - er war von 1985 bis 1995 Vorsitzender der AMGT und von 1995 bis 1996 Vorsitzender der IGMG. Gleichzeitig war Yumakogullari der Inhaber des Europabüros der in Istanbul herausgegebenen Milli Gazete.

Gazete z. B. war zeitweise gleichzeitig der „Milli-Görüs-Vorsitzende“ des Tiergartener Moscheevereins Ayasofya. Am 1. Juni 1997 unterzeichnete er als „Vorsitzender des IGMG Ayasofya Vereins“ ein Schreiben an einen Funktionär seines Vereins. In einer Computerliste vom 4. Januar 1997, überschrieben mit „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs, Landesverband Berlin, Ayasofya-Gemeinde“, wird er als Vorsitzender aufgeführt.²³⁸ Offiziell gehören der Moscheeverein Ayasofya wie auch der Weddingener Verein Haci-Bayram-Moschee zur Islamischen Föderation Berlin (IFB).²³⁹

Ein Blick in die Vereinsakte des seit 1975 bestehenden Ayasofya-Moscheevereins sei an dieser Stelle erlaubt. In dieser Akte befindet sich das Schreiben eines Herrn Aziz Kaya an das Amtsgericht Charlottenburg vom 31. Dezember 1979. Kaya schreibt: „Am 9.12.1979 ging ich als Vorsitzender des Kontrollausschusses des Vereins zur Versammlung und habe festgestellt, dass nach §5 unserer Satzung die wahlberechtigten Mitglieder nicht anwesend waren. Der Vorsitzende hatte einfach viele Leute der Organisation Milli Görüs als Vereinsmitglieder eingetragen, ca. 182 Personen [] Trotz des Einspruches wurden die Führer der o.g. fanatischen Gruppe, Herr Aykut Alkan und Herr Bilal Demirbas als Versammlungsvorstand gewählt. Trotz Protest und Einspruch der Mitglieder wurde von den Herren gesagt, dass sie wie Khomeini Revolution machen wollen, dass die christlichen Länder vor ihnen Angst haben müssen und dass in der Moschee Politik gemacht werden müsse.“²⁴⁰

Der in diesem Schreiben erwähnte Aykut (Haldun) Algan war nicht nur ehemals Vorsitzender der Milli-Görüs-Berlin sondern auch von 1984 bis 1995 der Aufsichtsbeirat des Vereins Islam Vakfi. Seit Bestehen der Islamischen Föderation hat er auch in diesem Verband unterschiedliche Vorstandsfunktionen ausgeübt. Heute ist Algan im vierköpfigen Vorstand des Vereins Islam Vakfi und Mitglied des Verwaltungsrates der Islamischen Föderation. In ihrer Ausgabe vom 13. August 2003 berichtete die Zeitung „Milli Gazete“ auf der Titelseite vom Besuch einer Abordnung des Berliner Landesverbandes der Milli Görüs²⁴¹ beim (damals noch) Vorsitzenden der Saadet-Partei in der Türkei, Necmettin Erbakan. Zu dieser Delegation gehörte, neben zahlreichen Jugendlichen, auch Aykut Haldun Algan.²⁴² Vor dem Hintergrund, dass der Verein Islam Vakfi sowohl Bauherr als auch Eigentümer der Grundstücke in Tiergarten (Stromstraße) und Wedding (Koloniestraße) ist²⁴³, und die Gemeinden Ayasofya und Haci Bayram lediglich als „Nutzer“ bezeichnet werden, erscheint ein kurzer Blick auch auf diesen Verein angebracht. In der Satzung des Islam Vakfi e.V. heißt es: „Rechtsgeschäfte mit Geschäftswert von über 6.000 DM sind für den Verein nur verbindlich, wenn die schriftliche Zustimmung des Aufsichtsbeirates erteilt ist.“ Da jedes einzelne der Grundstücks- und Baugeschäfte deutlich über 6.000 DM liegt, läuft also nichts ohne Billigung dieses Aufsichtsbeirates. 1995 rückte der ehemalige Milli-Görüs-Vorsitzende von Berlin, Aykut Haldun Algan, in den Vorstand des Vereins Islam Vakfi und machte den Posten des Aufsichtsbeirates frei für Mehmet Mahmut Gül, bis heute Landesvorsitzender der Milli-Görüs-Berlin.²⁴⁴

²³⁸ 1999/2000 haben einige Mitglieder den Ayasofya-Verein verlassen und sich mit der Gründung des Hicret Moscheevereins sozusagen abgespalten. Seit diesen Veränderungen amtiert der auf der zitierten internen Milli Görüs Computerliste aufgeführte stellvertretende Vorsitzende als offizieller Vereinsvorsitzender des Ayasofya Moscheevereins.

²³⁹ Das türkischsprachige Schreiben und die Computerliste wurden von einem ehemaligen Mitglied und Funktionär des Ayasofya Moscheevereins zusammen mit weiteren internen Dokumenten der IGMG-Berlin im Frühjahr 1998 übergeben. Die Islamische Föderation bestreitet sowohl die Echtheit dieser Dokumente als auch die Glaubwürdigkeit der Person, die sie ausgehändigt hat.

²⁴⁰ Amtsgericht Charlottenburg, Vereinsregister, Seite 48 der Akte 95 VR 5304 NZ „Ayasofya bzw. Verein zur Förderung der Hagia Sophia Moschee“. Das vom Verein an das Amtsgericht Charlottenburg eingereichte offizielle Protokoll der Mitgliederversammlung vom 9.12.1979 – Blatt 55 der Akte – ist unterschrieben von den Versammlungsleitern Bilal Demirbas und Haldun Algan.

²⁴¹ Milli Gazete verwendet im Türkischen noch die ehemalige Vereinsbezeichnung: AMGT - „Avrupa Milli Görüs Teskilati Berlin Bölgesi“

²⁴² Text und Foto der Titelseite der Milli Gazete vom 13.08.2003

²⁴³ Analog verhält es sich auch mit weiteren Moschee- und Kulturhausbauprojekten der offiziell unter dem Dach der Islamischen Föderation zusammengefassten Moscheevereine. Siehe: www.mehmetbayram.com (abgelesen am 15. Januar 2004) sowie vorliegende Selbstdarstellungsheftchen der Bauprojekte

²⁴⁴ Amtsgericht Charlottenburg, Vereinsregister, Islam Vakfi e.V. – 95 VR 7577 NZ, eingesehen im April 2003.

Generalbevollmächtigter und Vorstandsmitglied des Vereins Islam Vakfi ist der Generalsekretär der Islamischen Föderation Berlin (IFB), Abdurrahim Vural. In seiner Eigenschaft als Justiziar der IFB verklagte Vural in den vergangenen Jahren Politiker, Medien und JournalistInnen, die dieses Organisations- und Personengeflecht von IFB, Islam Vakfi und weiteren Vereinen in Zusammenhang mit Milli Görüs brachten bzw. bringen. Am Beispiel des Weddinger Bauprojektes Haci-Bayram-Moschee- und Kulturhaus erzählte uns ein Kenner des Kiezes, mit welcher Argumentation der Öffentlichkeit das Konstrukt zwischen Eigentümer (Islam Vakfi) und Nutzer (Moscheegemeinde) begründet wird: „Stell dir mal vor, hier bei Haci Bayram würde jetzt jemand gewählt, der sich dann als ganz böse entpuppt. Dann hätte doch ein Vereinsvorsitzender die Möglichkeit, so ein Projekt gegen die Wand zu fahren. Deshalb brauchen wir die Vakfi, so eine vertrauensvolle Person wie Abdurrahim Vural, dem man vertrauen kann.“

Die Moschee- und Kulturhausprojekte des Islam Vakfi e.V. in Berlin beinhalten neben einem religiösen Trakt vor allem soziale und kulturelle Einheiten, besonders auch für Jugendliche. Entscheidend für die Bedeutung der hier aufgezeigten Abhängigkeiten und Entscheidungsbefugnisse sind deshalb die inhaltlichen Positionen der maßgeblichen Personen. Am 12. Oktober 2003 veranstaltete die Jugendabteilung des IGMG-Landesverbandes Berlin in der Urania ein Programm unter dem Titel „Asr-i Saadet“ (Das Jahrhundert der Glückseligkeit). Zu Beginn der Veranstaltung richtete der IGMG-Landesvorsitzende Mehmet Mahmut Gül einige Worte an die etwa 800 Männer, Frauen und Mädchen im Saal. „So Gott will, haben wir verstanden, dass die einzig wahre Religion, der Islam, die absolute göttliche Wahrheit ist“, betonte Gül und erläuterte, was sich Milli Görüs demzufolge zum Ziel gesetzt hat. „Wir sind eine Vereinigung, die dafür arbeitet, dass die absolute, göttliche Wahrheit an die Macht kommt und in jedem Bereich des Lebens angewendet wird. Das unterscheidet uns von den anderen. Das göttliche Recht ist das oberste Recht, darüber hinaus gibt es nichts. Und mit diesem Verständnis arbeiten wir weiter, wir müssen geduldig sein. Während wir das machen, wird es bestimmt auch Notlagen geben. Die Propheten haben darunter gelitten, warum sollen wir dann nicht darunter leiden. Wir werden natürlich darunter leiden und deshalb müssen wir geduldig sein“²⁴⁵, appellierte er an die Ausdauer der versammelten Gemeinschaft. Im Kontext und im Wissen um die programmatischen Schriften der Milli-Görüs-Bewegung, wie die „Gerechte Ordnung“, lässt sich diese Rede interpretieren als Konzept zur Schaffung sogenannter „islamisierter Räume“, also eines Milieus, in dem das gesamte Leben der Gemeinschaft den religiösen Vorschriften entsprechend gestaltet wird, einschließlich der Rechtsordnung.

Transformation des öffentlichen Raumes?

Nach offizieller Darstellung der IGMG werden die Mitglieder motiviert, am gesellschaftlichen Leben und am öffentlichen Diskurs aktiv teilzunehmen, sich also nicht abzuschotten. „Alles andere würde unserer Religion mit Sendungsbewusstsein und Verkündigungsauftrag widersprechen“, heißt es dazu unter der Rubrik „Parallelgesellschaft“ in der IGMG Selbstdarstellung.²⁴⁶ „Es gehört zu den Merkmalen unserer Gesellschaft, dass sich Menschen in bestimmten Lebensbereichen mischen (Arbeitsplatz, Reisen, Unterhaltung etc.) und in bestimmten Lebensbereichen auch wieder entmischen (Religion, Hobbys)“, so das Fazit der IGMG. Die Organisation bekenne sich zur freiheitlich demokratischen Grundordnung und „sieht in dieser die Grundlage für ein Leben in Frieden und Toleranz“, heißt es unter der Rubrik Demokratie.

Bei der Frage des Verhältnisses von Mann und Frau beharrt die IGMG auf ihrer Version der Gleichwertigkeit, statt der Gleichberechtigung. So sehe der Islam die „Familie als Keimzelle einer intakten Gesellschaft“. In der Ehe seien „unterschiedliche, aber sich ergänzende Rollen für Frau und Mann vorgesehen, die ihre physischen und psychischen Besonderheiten berücksichtigen“. Anfang Dezember 2001 hatte der damalige IGMG Vorsitzende Mehmet

²⁴⁵ Ein Video-Mitschnitt der gesamten türkischsprachigen Rede liegt vor

²⁴⁶ Über uns unter www.igmg.de

Sabri Erbakan eine offizielle Stellungnahme seiner Organisation zum Thema „Heirat einer muslimischen Frau mit einem Nicht-Muslim“ abgegeben.²⁴⁷ Während ein muslimischer Mann eine Frau anderer Religionszugehörigkeit heiraten darf, verbietet die IGMG in dieser Erklärung die umgekehrte Variante mit dem Verweis auf die islamischen Rechtsgelehrten. „Ein nichtmuslimischer Ehemann kann seine Frau bei der Religionsausübung einschränken, so dass der islamische Glaube stark gefährdet wäre“, begründete Erbakan das Verbot und erklärte damit die dominante Rolle des Mannes gegenüber der Frau zum IGMG-Grundsatz - auch wenn die Organisation in ihren Stellungnahmen patriarchalische Strukturen und Zwangsheirat ablehnt und die muslimischen Frauen ermutigt, die Bildungsangebote wahrzunehmen und sich beruflich zu entfalten. Der Frau sei jedoch geboten „sich bis auf Hände, Füße und Gesicht zu bekleiden, sowie das Haupthaar zu bedecken. Sinn dieses Gebotes ist es nicht, die Frau in irgendeiner Form zu unterdrücken, sondern sie dem Diktat des Körperlichen zu entziehen, also von den Zwängen eines Verständnisses, das Frauen allzu leicht nach ihrem Äußeren einen Wert beimisst, zu befreien“.²⁴⁸

Als am 19. Januar 2004 das Hamburger Verwaltungsgericht die Teilnahmepflicht muslimischer Schülerinnen an der sexualkundlichen Unterweisung im Biologie-Unterricht verfügte, begrüßte auch die IGMG dieses Urteil. In ihrer Presseerklärung zieht die Organisation ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes von 1977 heran und betont, dass „bei der Erteilung des Sexualkundeunterrichtes die Eltern nicht ins Abseits gedrängt werden dürfen. Die Schule muss Wert darauf legen, dass die Eltern frühzeitig über den Unterricht informiert und ihre Wünsche und Sorgen auch beachtet werden. Dies darf zwar den Unterricht selbst nicht unmöglich machen, aber ein auf religiöse Gefühle mehr Rücksicht nehmender Unterricht dürfte auf beiden Seiten eventuellen Konflikten vorbeugen“.²⁴⁹ Sollte sich hier ein „Strategiewechsel“ abzeichnen? Immerhin hat gerade Milli Görüs über Jahre hinweg über so genannte Präzedenzklagen die Befreiung von Mädchen an Unterrichtseinheiten aus religiösen Gründen betrieben. Vielleicht steht aber diese Erklärung auch gar nicht so sehr im Widerspruch zu den bisherigen Positionen, wie es auf den ersten Blick den Anschein hat. Sie lässt sich durchaus auch lesen als Aufforderung zur Transformation von Unterrichtsinhalten entsprechend den eigenen Vorstellungen, als „Islamisierung“ des öffentlichen Raumes. Ob diese Lesart gerechtfertigt ist oder nicht, wird die Zukunft zeigen.

8.1.5.3. Milli Görüs und die Islamische Föderation im Stadtbezirk Mitte

8.1.5.3.1. Einfluss des Milli-Görüs-Milieus in Wedding und Tiergarten

In Unterhaltungen mit Milli-Görüs-Anhängern und einzelnen Funktionären sowie durch teilnehmende Beobachtung verschiedener Veranstaltungen der Organisation in Berlin haben wir versucht, einen Einblick in Struktur und Relevanz dieses Milieus zu erhalten. Eine öffentliche Diskussion oder Auseinandersetzung über die konkrete Arbeit der Milli Görüs vor Ort oder die Frage, ob die lokalen Erfahrungen vielleicht sogar den Einschätzungen des Verfassungsschutzes widersprechen, findet so gut wie nicht statt. Das mag zum einen an der für Berlin typischen mangelnden Transparenz liegen, schließlich begegnet man Milli Görüs zumeist in einer organisatorisch maskierten Version. In einem ausgeklügelten Verwirrspiel tarnen Menschen und Gruppierungen aus dem Milli-Görüs-Milieu die Nähe ihrer jeweiligen Moschee oder Gruppe zur IGMG mit vielfältigen Organisationsnamen. Andererseits scheint aber auch insgesamt kein großes Interesse zu bestehen, die verschleierte Strukturen und organisatorischen Verantwortlichkeiten aufzubrechen und zu thematisieren. Ob das daraus resultiert, dass das Milieu von Islamischer Föderation und Islam Vakfi die Thematisierung

²⁴⁷ <http://f25.parsimony.net/forum63498/messages/1794.htm> abgelesen am 5.02.2003

²⁴⁸ a.a.O. www.igmg.de

²⁴⁹ Kerpen, 20.01.2004: „Hamburger Verwaltungsgericht weist Antrag auf Befreiung vom Sexualkundeunterricht ab“, unter www.igmg.de

einer Verbindung zur Milli Görüs massiv juristisch zu unterbinden versuchte, sei an dieser Stelle dahingestellt.²⁵⁰

In unseren Gesprächen vor Ort trafen wir auf einige GesprächspartnerInnen, die sich, im Unterschied zum öffentlichen Schweigen, recht unverkrampft zum Thema Milli Görüs äußerten. Dabei handelte es sich vorrangig um Personen mit Migrationshintergrund.

In Wedding unterhielten wir uns mit einem Kenner der Szene, den wir um eine Einschätzung des Einflusses von Milli Görüs im Kiez baten, auch im Vergleich zu den türkischen Nationalisten, den so genannten „Grauen Wölfen“:

„Nach meiner Beobachtung ist es eher Milli Görüs, die hier dominieren. Ich glaube auch, dass die große Zeit der Grauen Wölfe, nicht nur in der Türkei, sondern auch hier vorbei ist.“

Ein Gesprächspartner türkischer Herkunft beschrieb Milli Görüs als eine in sich geschlossene Gemeinschaft und erläuterte, wie es Milli Görüs seiner Meinung nach gelingt, das Klientel, besonders die Jugendlichen, auch längerfristig an sich zu binden: „Solidarität ist ein großer Faktor. Ein wichtiger Grund bei ihnen. Weil, wenn ein Mitglied krank wird, dann besuchen ihn alle. Oder wenn ein Mitglied Geld braucht, unterstützen sie es. Und diese Solidarität ist bei den anderen Organisationen, wie bei den Grauen Wölfen, nicht vorhanden. [] Also, das man mit Angst erzieht. Im Islam gibt es immer Angst. Und durch diese Angst wird man diszipliniert. Und man erfährt dann bei diesen Organisationen, wenn du stirbst erlebst du das und das. Und wenn du das machst, dann ist das verboten. Das ist ein Druckmittel, deshalb bleiben die Mitglieder in diesen Organisationen. Zweiter Faktor ist, dass sie sehr viel Geld haben und finanziell unterstützen. [] Die bleiben ja unter sich. Die brauchen ja nicht, wenn sie Milli Görüs geworden sind, woanders einkaufen. In die Moschee und dort einkaufen. Brauchen keine andere Zeitung zu lesen, sie haben ja Milli Gazete. Sie brauchen keine andere Fernsehanstalt oder Sender angucken. Es gibt bereits ihren eigenen Sender. Sie brauchen keine andere Schule zu besuchen. Sie haben ja hier ihre Schulen in Wedding oder Kreuzberg, wo sie auch Religionsunterricht erteilen können. Also, d.h. der Bedarf ist gedeckt. Sie kommen nie zu einem Kontakt mit anderen. Sie bleiben immer unter sich. Sie kennen ihre Mitglieder und die kommen auch, d.h. sie kommen aus anderen Bezirken. Also, die wissen, unsere Organisation ist in Wedding in der Koloniestraße und gehen hin. [] Also, Milli Görüs, sie haben sehr viel Geld. Woher sie das bekommen, kann ich nicht sagen. Aber sie können auch mit finanziellen Hilfen diesen Jugendlichen etwas anbieten. Das kommt bei den Jugendlichen sehr gut an. Und sie bleiben bei der Organisation und arbeiten darin.“

Dieses soziale Netzwerk beschrieb ein weiterer Gesprächspartner, auch mit Blick auf seine Erfahrungen in der Antidiskriminierungsarbeit. Für ihn spielt der Aspekt der Bindungskraft von Organisationen wie Milli Görüs eine wichtige Rolle für sich ausgegrenzt fühlende und nach Identität suchenden Jugendliche:

„Wenn man sich Wedding und Mitte, Tiergarten und Mitte anschaut, spielen religiöse, fundamentalistisch-religiöse Tendenzen eine Rolle, z. B. Milli Görüs, bestimmte Moscheen im Wedding, dementsprechend auch in Tiergarten. [] Aber, wo Milli Görüs seine Tätigkeiten fortsetzt - das ist auch keine verbotene Organisation - solche Organisationen werden entsprechend der politischen Auseinandersetzung über ‚Innere Sicherheit‘ mal verboten, mal unter Beobachtung gestellt, mal als ‚legal‘ anerkannt. Deren Lobbyvereine jedoch nicht, oder es ist schwierig. Die Vielfalt der Tätigkeit von ihren Lobbyinitiativen ist meist für die Insider sichtbar, wie sie funktionieren. Deren Funktion wirkt durch unterschiedliche Bindungen - Angst oder Zuversicht oder sogar Identität – was auch mit Angst vor sozialer Ausgrenzung zu vergleichen wäre. [] Auf jeden Fall ist Milli Görüs viel in der Jugendarbeit involviert. Die machen auch tolle Angebote: Computerkurse oder so – es braucht auch keine Koranschule zu sein. Und irgendwie haben sie auch ihre Anhängerschaft teilweise. So eine Anlaufstelle für benachteiligte Jugendliche, die aus den gesellschaftlichen Strukturen rausgefallen sind, nicht da reinkommen oder im Laufe ihrer Schulkarriere einfach ihre Identitätssuche haben.“

²⁵⁰ Siehe Kapitel zur Organisation „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG)“

Dass sie woanders erst mal ihre Erfahrungen mit Benachteiligungen machen. Dass ihnen auch so eine Identität gegeben wird und sie einfach in den Zusammenhängen, durch religiöse Anlässe, bestimmte Einstellungen gut aufgehoben sind.“

Ein Jugendsozialarbeiter mit dem Migrationshintergrund Türkei beschrieb andererseits aber auch die Schwierigkeit, den tatsächlichen Einfluss von Milli Görüs auf muslimische Jugendliche festzustellen. Er arbeitet in einem Milieu, in dem Milli Görüs als dominierend beschrieben wurde:

„Also, dass sie hier im Wedding Einfluss unter der Bevölkerung haben steht schon fest, das ist kein Thema eigentlich. Aber konkret, wer die sind, welche Parteien und Organisationen das sind, das weiß ich leider nicht. Man kann es ahnen sozusagen, es gibt z. B. in der Türkei zwei große islamistische Parteien, die, die jetzt in der Regierung ist, gut die haben sich viel geändert, und einmal die Partei von Erbakan. Und natürlich gibt es auch kleinere, die Einfluss innerhalb dieser großen Parteien haben.“

Dass konkret die Organisation Milli Görüs Einfluss auf die Jugendlichen habe, könne er aber so direkt nicht feststellen:

„Über oder von Milli Görüs wird überhaupt nicht gesprochen, aber die unterstützen entweder Erbakans Partei oder die neue Erdogan-Partei, die jetzt in der Regierung ist.“

Neben der Präferenzierung einer der beiden aus der Milli-Görüs-Bewegung hervorgegangenen Parteien, machte der Gesprächspartner einen islamistischen Einfluss an den Verhaltensweisen der Jugendlichen, auch ihm gegenüber, fest:

„Das ist offensichtlich, die sind ja religiös, gehen zu Moscheen. Kinder und Jugendliche z. B., wenn ich jetzt bei den alevitischen Geschäften einkaufe oder Fleisch, das essen die anderen nicht. Sie sagen, warum hast du da eingekauft. Wie gesagt, sie gehen zu Moscheen, sie lesen Koran, sie fasten im Ramadan - ich faste nicht und sie machen mich in der Zeit an, warum ich nicht faste oder dass ich ungläubig bin. Sie wissen, dass ich Schweinefleisch esse, manchmal werde ich auch so angemacht, dass ich kein Moslem mehr bin. Das ist eigentlich ganz offensichtlich. [] Ja, die [nicht praktizierenden muslimischen Jugendliche] werden genauso angemacht, wie die auch mich anmachen. Die werden angemacht, ja gut anmachen ist auch unter Druck setzen.“

Einzelne Jugendliche würden sich diesem Druck beugen und ihr Verhalten anpassen, z. B. würden Mädchen beginnen, das Kopftuch zu tragen:

„Doch auf jeden Fall. Nicht so oft, aber das kommt schon mal vor. [] Es ist ja auch so, wenn ein Jugendlicher, der mit Religion eigentlich nicht so viel zu tun hat, aber der hat Kontakt mit Jugendlichen, die zur Moschee gehen, die religiös groß geworden sind, der dann mit denen zusammen ist, der fühlt sich dann auch irgendwie unterdrückt. Wenn der dann noch mit denen zusammen sein möchte, dann macht der da dann auch mit.“

Eine Identität auf rein religiöser Ebene als „Muslim/Muslima“ entwickelt sich nur langsam, die Fragmentierung verläuft im Alltag nach wie vor auch entlang sogenannter „ethnischer“ Grenzen. Skeptisch äußerte sich der bereits eingangs zitierte Kenner der Szene darüber, ob es Milli Görüs mit seiner traditionellen Hierarchie und auch dem Konkurrenzdenken gegenüber anderen Gemeinden und Organisationen langfristig gelingen werde, Jugendliche an sich zu binden. Er bezog sich dabei auf seine Erfahrungen in Wedding:

„Ich glaube natürlich, dass das gerade in der Moschee-Szene, dass das passieren wird, ich glaube, dass langfristig Moscheen wie hier von der Islamischen Föderation [gemeint ist die Haci-Bayram-Moschee] und DITIB [Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion] an Attraktivität einbüßen werden. Das ist eine Generationenfrage. Wie können Jugendliche da überhaupt aufsteigen. Attraktiver werden z. B. Sachen, wie in der Drontheimer Straße DMK [Deutschsprachiger Muslim-Kreis], wo man auch als junger Mensch da auch in eine Führungsposition reinrücken kann. Hier [IFB, DITIB] kannst du Übersetzer werden als 30jähriger, weil die Chefs sind immer die 60jährigen. Während in der Drontheimer Straße, da kannst du auch als 30jähriger Vorstand, Kassenwart oder so werden. Natürlich auch so die

Themen. Das sehe ich so an der Mitgliederzahl, wo die sozusagen auf hohem Niveau gerade stagnieren, nach meiner Überzeugung dann auch abnehmen werden. [] Dass DMK von dem Know-how, auch wie man mit der Öffentlichkeit umgehen wird, etwas davon an Haci Bayram vermitteln kann, das klappt noch nicht ganz so, weil die Konkurrenz hier da ist. Als Beispiel die Raumfrage - DMK bräuchte die nur am Wochenende, weil die nur am Wochenende zusammenkommen, und die anderen [Haci-Bayram-Moscheeverein] brauchen die nur unter der Woche, weil sie unter der Woche da Koran-Kurse machen. Dass Haci Bayram die Räume von DMK unter der Woche mitnutzt - die hätten ja auch Miete zahlen können, beide Seiten hätten profitiert – aber es klappt nicht, weil halt die Konkurrenz zu groß ist.“

8.1.5.3.2. Einrichtungen des Milli-Görüs-Milieus in Berlin Mitte

In unseren Gesprächen im Bezirk haben wir versucht, Einblicke in das konkrete Agieren des Milli-Görüs-Milieus und ihrer Organisationen vor Ort zu erhalten. Dass es diese Struktur gibt, bestehend aus Moschee-, Jugend- und Sportvereinen, wurde bereits dargelegt und in unseren Gesprächen vor Ort bestätigt und auch ergänzt. Es ist aber zu erwarten, dass nicht nur die Islamische Föderation eine Erwähnung im Kontext mit Milli Görüs als „nicht der Wahrheit entsprechend“ zurückweisen wird.

Ein seit vielen Jahren in der Integrationsarbeit tätiger Migrant türkischer Herkunft gab uns folgenden Überblick über diese Struktur:

„Ihre Struktur ist richtig aufgebaut. Also, in Tiergarten usw. Die haben ja hier eine Moschee, bauen sie jetzt gerade [gemeint ist die Ayasofya-Moschee]. Und in Wedding haben sie in der Koloniestraße eine Moschee [gemeint ist die Haci-Bayram-Moschee]. Diese Milli Görüs profitiert von diesen Strukturen, immer noch. Und sie haben z. B. erreicht, dass sie Islam-Unterricht erteilen dürfen an den Schulen. Und einige Schulen sind ja aus unserem Bezirk. In Wedding erteilen sie diesen Unterricht. Interessant ist, dass ein Islamische Gemeinschaft Milli Görüs, Islamische Föderation in diesem Falle - Islamische Föderation ist ja eine Organisation von Milli Görüs, sie haben das schlaue gemacht, sie haben die Islamische Föderation gegründet und Milli Görüs war der wichtigste Verein, daneben wurden noch einige Vereine gegründet. Von solchen Möglichkeiten profitieren sie, sie machen sich dann dadurch salonfähig. [] Sie lassen sich ja auch nur dort nieder, wo sehr viele Landsleute leben. Unter ihnen gibt es ja nicht nur Milli-Görüs-Anhänger, sondern auch andere Fraktionen. Mit schlaunen Methoden versuchen sie, sich noch deutlicher in Berlin bzw. hier in Mitte bemerkbar zu machen. Und dann haben sie diesen Sportclub gekauft [gemeint ist BSV Mitte]. Und sie werden dadurch ihre Werbung machen. Also, diese Werbung wird dann auch bei einigen ankommen. Sie werden dann noch stärker.“

Die hier angesprochene Struktur dient im Folgenden als Grundlage der weiteren Analyse, wobei die inhaltliche Auseinandersetzung im Vordergrund stehen soll.

a) Wedding - Die Haci-Bayram-Moscheegemeinde

Ein Jugendsozialarbeiter türkischer Herkunft aus Wedding reiht die Haci-Bayram-Moschee nur aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu Milli Görüs in das Spektrum „fundamentalistischer“ Gemeinden ein:

„Und dann gibt es in der Koloniestraße außer Milli Görüs zwei [weitere] Moscheevereine [keine Namensangabe] - auch sehr fundamentalistisch...“

In weiteren Gesprächen im Kiez haben wir versucht, diese Einschätzung inhaltlich zu hinterfragen. Dabei trafen wir auf recht unterschiedliche Bewertungen. Die Haci-Bayram-Gemeinde hat in der Koloniestraße ihren Moscheekomplex sowie gegenüber eine Einrichtung für die Jugendabteilung (Haci-Bayram-Genclik I). Eine weitere Einrichtung ihrer Jugendabteilung (Haci-Bayram-Genclik II) befindet sich relativ weit entfernt in der Amsterdamer Straße. Der Verein Islam Vakfi hat das Grundstück in der Koloniestraße gekauft. Darauf soll ein großes Moschee- und Kulturhausprojekt verwirklicht werden. Nutzer dieses Objektes wird der Haci-Bayram-Moscheeverein sein. Ein Jugendsozialarbeiter

deutsch-türkischer Herkunft sieht diese Moscheegemeinde, ihre Jugendarbeit und auch das geplante Bauprojekt, nach dessen Fertigstellung die beiden bisher örtlich separaten Jugendabteilungen in den neuen Komplex integriert werden sollen, eher gelassen und positiv. Aus seinen Äußerungen ist aber auch ein gewisses Desinteresse zu erkennen, sich mit dem Thema wirklich inhaltlich auseinanderzusetzen:

„Haci-Bayram-Moschee, der Bau sollte schon längst stattfinden, hat aber nicht stattgefunden. Ich gehe davon aus, dass es da finanzielle Probleme gibt. Aber selbst wenn dieses Haus irgendwann einmal entstehen würde, würde ich das für sehr gut heißen. Weil ich denke, das ist eine Bereicherung für die Gegend. Erstens, ich halte nichts von Einschränkungen. Wenn es in Deutschland religiöse Freiheit gibt - das sagt ja das Grundgesetz - dann sollten sie auch entsprechende Gotteshäuser haben. Und nicht immer in irgendwelchen Hinterhöfen, irgendwelche Läden, die umfunktioniert worden sind usw. Genau an solchen Orten, denke ich, formieren sich dann sozusagen Extreme, also die politische Variante dieser Richtung. Wenn man aber ein vernünftiges Haus hinstellt, wo dann jeder reingehen kann, sich das angucken kann, daran teilnehmen kann, da Veranstaltungen sind usw., dann macht man das eher transparent. Und was transparent ist - ist klar -, dann weiß man mehr von den Aktivitäten. Was weiß ich jetzt von denen da, was die machen? Keine Ahnung. [] Wenn dieses Haus hier entstehen würde, ich kenne dort mittlerweile einige. Ich weiß auch, dass viele Jugendliche, die hierher kommen, auch dort hingehen, um Religion zu lernen. Wenn sie Jugendarbeit machen: bitteschön! Die Jugendarbeit, die sie machen, muss ja/kann ja nur - was weiß ich - in der Gegend die Angebotspalette bereichern. Ich würde das nicht als Konkurrenz zu meiner Arbeit sehen, denn meine Möglichkeiten werden sie niemals haben, die ich hier habe bezüglich Sportangebote usw., also noch viel mehr. Sie werden dort anderes machen: religiöse Arbeit, so wie die Kirchen halt Jugendarbeit machen. Warum sollten die das nicht machen? Die Jugendlichen hier werden niemals in die Kirche gehen. Bestimmte Dinge, Toleranz und - was weiß ich - Akzeptanz bestimmter anderer Glaubensrichtungen usw., könnten sie nur über eine fachkompetente Stelle erlernen und sich aneignen. Nicht über mich. Ich kann denen das nicht beibringen. Ich würde nicht mal darüber reden.“

Auf die Nachfrage, ob ihm die Beziehungen des Vereins zu Milli Görüs bekannt seien und wie er das einschätze, erklärte er:

„Weiß ich nicht. Ist mir wenig bekannt. Ich kann über diese Organisation nicht reden, weiß ich nicht. Ist mir - ehrlich gesagt - wenig bekannt. Von daher kann ich darüber nichts sagen. Aber grundsätzlich, wenn da eine Moschee entsteht oder ein Kulturhaus, finde ich das gut. Dann sollen sie das machen.“

Ein weiterer Gesprächspartner, der aus beruflichen Gründen regelmäßig im Kiez unterwegs ist und diesen sehr gut kennt, hat die Situation genauer beobachtet und schilderte uns den Haci-Bayram-Verein als recht dominante und einflussreiche Gemeinde im Kiez:

„Dort gibt es den südlichen Teil von der Koloniestrasse, der sehr stark geprägt ist – da gibt es die Haci-Bayram-Moschee, da gibt's diesen großen arabischen oder türkischen Gemüseladen, der wohl auch recht aktiv ist im Moscheeverein. Der setzt sich für die Belange seiner Leute, seiner Gemeinde ein und versucht es auch, nach außen zu vertreten. Also, er tritt dann als Akteur auf, wenn es darum geht, wer diesen Moscheeverein vertritt. Der ist da wahrscheinlich auch im Vorstand von dem Verein. Seit 1999 gibt es das Quartiersmanagement im Soldiner Kiez und die haben dann auch relativ schnell Kontakt zum Moscheeverein aufgenommen, weil es auch einfach die größte Moschee ist und weil es auch ein guter Multiplikator ist. Man kommt da eben auch gut an die Leute ran, die auch aktiv sind in der Jugendarbeit. Die wurden dann angesprochen. Man hat dann Straßenfeste initiiert. Die wurden ganz einfach gebeten, einen Stand mit aufzubauen und zu informieren, was sie so machen. Dem sind sie auch gern nachgekommen, weil sie auch darüber aufklären wollten, über das, was sie machen. Auch, weil gerade die Islamische Föderation in der Kritik steht. Dann hat sich das weiterentwickelt, es gab einen Elternabend in der dortigen Grundschule. Dieser Elternabend ist deshalb ein Erfolg geworden, weil die Leute, die in der Moschee wichtig, d.h. im Vorstand sind, dann den Moscheegängern, dann meistens den Männern,

also den Familienvorständen nahegelegt haben, sie sollten doch tatsächlich mal in die Schule hingehen. Weil die Einladungen, die direkt den Kindern mitgegeben wurden, denen ist meistens nicht gefolgt worden. Erst als es sozusagen von der Moschee abgesegnet wurde – siehe da, da gab es doch tatsächlich eine Gruppe von Eltern der türkischen/arabischen Kinder, die dann auch wussten, dass es dieses Plenum gab. Die sich dann auch über die gegenseitigen Berührungsängste, Probleme oder Vorbehalte, die man hat, austauschen konnten. Dann kamen auch Sachen auf den Tisch, die vorher auch scheinbar nicht lösbar waren. Es ging z. B. darum, wie jedes Jahr mit dem Ramadan in den Familien umgegangen wird. Der Schulleiterin war es aufgefallen, dass die Schüler in dieser Zeit eben unkonzentrierter sind als sonst und unausgeschlafen in die Schule kommen. Das wollte sie eben mal ansprechen. Das war ihr gelungen, weil sonst auf die direkten Einladungen eine sehr schwache Resonanz kam. Da konnte dann die Schulleiterin das erste Mal erfahren, wie das überhaupt abläuft in den Familien.“

Moscheegemeinde und Schule

Ein weiterer Kenner des Kiezes beschrieb aus eigenem Erleben diese Kontaktaufnahme von Schule und Eltern über den Moscheeverein als positiven ersten Schritt einer notwendigen „Wertediskussion auf lokaler Ebene“. Schließlich gehe es um die gleichen Kinder: „Zum Beispiel die Elternabende von Moscheevereinen und Grundschulen. Die waren nicht sehr gut besucht, das muss ich zugeben, aber in der Diskussion unheimlich toll, weil es da nämlich um die Werte geht. Also, das sind zwei Institutionen, die eigentlich nichts miteinander zu tun haben, die aber die gleichen Kinder betreuen. Und sie bringen die Kinder eigentlich in die Zwickmühle. In der deutschen Grundschule lernt man ein Werteraster – Selbstständigkeit, der emanzipatorische Gedanke ist im Vordergrund, da ist Toleranz ganz im Vordergrund – und nachmittags lernt man dann vielleicht in einer Koranschule hier in der Gegend ein anderes Wertemuster, wo mit Moral argumentiert wird, was in der Schule nie getan wird, wo mit religiösen Grenzen gearbeitet wird – also Muslim sein heißt das und das nicht zu sein – und das ist ein reales Problem hier, dass die Kinder zwischen diesen beiden Wertemustern zerrieben werden. Das wurde versucht, mit solchen Elternabenden zu thematisieren, auf beiden Seiten, also sowohl bei den Moscheevereinen, als auch bei den Eltern als auch bei der Lehrerschaft ein wenig Verständnis für die andere Position zu erzeugen. [] Die Leute ändern sich nicht über Nacht. Es ist ja auch wichtig, dass die sich mal persönlich überhaupt kennengelernt haben und über die Position des anderen nachgedacht haben, das ist auch schon ein Gewinn. Man stellt auch fest, wenn wir jetzt mal beim Thema Religion bleiben, dass den Leuten jetzt andere Dinge wichtig sind. Den Lehrerinnen ist jetzt wichtig, dass im Ramadan der Rahmenplan noch durchgezogen werden kann in dieser Gegend. Das ist für die Eltern in deren Wahrnehmung überhaupt kein Problem. Ich halte es auch für ein Problem, aber die Eltern sagen, wenn die Kinder fasten wollen, dann sollen sie fasten, wenn nicht, dann nicht. Die Eltern haben vor dem Elternabend das Problem noch gar nicht wahrgenommen. Jetzt haben sie nun mal so eine Anregung gehabt, vielleicht führt das zu einer Zeitenänderung. Auf der anderen Seite haben die Eltern den Lehrern vermittelt, dass mit dem Thema Kopftuch für viele doch ein Problem verbunden ist, weil die Lehrerinnen letztlich von ihrer Position aus sagen, nein, wir diskriminieren keine Schülerin, die ein Kopftuch trägt. Aber das war die Elternwahrnehmung, dass das auf subtile Weise doch geschieht. Das war auch gut, dass die Eltern das den Lehrern selbst vermitteln konnten. Jeder hatte über das Anliegen der anderen Seite nachdenken können. Aber ich bin auch Realist, dass ich sage, dass so ein Elternabend die Sicht nicht von heute auf morgen verändert. Das war ein Anfang einer Wertediskussion auf lokaler Ebene.“

In der angesprochenen Grundschule selbst schilderte uns eine Gesprächsperson die Probleme aus ihrer Sicht und ihren Erfahrungen, auch in Bezug auf das Verhalten und den Dominanzanspruch des Moscheevereins, der bis in die Schule hinein erhoben werde: „Die Religion spielt in diesem Kiez eine ganz große Rolle. Es ist einfach so. Es hat sich hier oben im Soldiner-Kiez in den Moscheen auch eine sehr – sagen wir mal – eigene Auslegung oder eigene Richtung so entwickelt. Sehr strenggläubig, um es mal freundlich auszudrücken, und zum Teil sehr uneinsichtig, was auch Bildung und was Zusammenarbeit mit Schule

betrifft. Also, das muss man auch sagen. Viele Kinder unserer Schule gehen nachmittags, nach vielen Veranstaltungen hier, noch in die Moschee. Müssen sie gehen und wir waren als Lehrerkollegium auch hier in der Haci-Bayram-Moschee, die von den Kindern hier am meisten besucht wird. Wir versuchen da auch einen Verbund herzustellen und haben dann auch mal nachgefragt, was machen die Kinder? Was wird ihnen denn da beigebracht? Also, klar: Trennung von Mädchen und Jungen, ist sowieso klar.“

Ob ein Zusammenhang zwischen Haci-Bayram-Moschee und Milli Görüs bestehe, konnte die Gesprächsperson nicht beantworten, und es schien für ihre inhaltliche Einschätzung auch eher irrelevant zu sein:

„Das durchschaue ich nicht, also die Haci-Bayram-Moschee, da ist die Islamische Föderation der Träger, ganz deutlich - heißt es immer wieder - steckt Milli Görüs hinter. Ich kann das nicht nachweisen, ich lese das ja nur immer. Ich habe den Eindruck, nach meinem Kenntnisstand und all dem, was ich an Korrespondenz führe und an Gesprächen führe mit den Leuten, ich finde da schon in den Gesprächen auch eine rechtsextreme Geisteshaltung dahinter. Das sehe ich so.“

Auf unsere Frage, woran das festgemacht werde, antwortete die Gesprächsperson:

„Ja, ich sage mal an sehr intoleranten Äußerungen, auch was Schule anbelangt, ja. Oder was den Ramadan anbelangt. Vor zwei Jahren hatte ich mir erlaubt, einen Brief zu schreiben an die Eltern. Einen durchaus – fand ich – moderaten Brief, in dem ich nur auf die Verantwortung der Schule für die Kinder hingewiesen habe. Ich beobachte zunehmend Schwierigkeiten in der Konzentration, und da sie ja sowieso große Probleme haben mit der Sprache usw. und bildungsmäßig ja eh zurück sind, würde ich empfehlen, mit den Kindern zu Hause zu sprechen, vor allen mit den kleineren, dass man vielleicht doch das Fasten in gemäßigter Form vielleicht vornimmt, z. B. am Wochenende. Man kann ja Wege finden, dass es nicht in der Schulzeit ist. Da kamen kaum Rückmeldungen. Nur ein Vater war da, der hat sich empört, dass ich mich da einmische, aber sonst eigentlich weiter nichts. Dann letztes Jahr, als wir diese Veranstaltung hatten, haben Vertreter der Haci-Bayram-Moschee und Vertreter anderer Organisationen mich wegen dieses Briefes derartig – also ich muss wirklich sagen – an den Pranger gestellt und zwar Richtung: Ich hätte [] überhaupt nicht das Recht, in ihre Religion einzugreifen. Ich hätte sowieso keine Ahnung davon und dürfe das gar nicht. Ich dürfe mich überhaupt nicht äußern, was Religion anbelangt, die nicht meine Religion ist. Und da - mit Verlaub - hatte ich dann doch Schwierigkeiten, das zu akzeptieren. Ja, da war dann ein großer Streit entbrannt, weil ich natürlich auf dem Standpunkt stand: Entschuldigung, ich trage Verantwortung für diese Kinder, und ich lehne ja deswegen die Religion nicht ab. Darum ging es überhaupt nicht, sondern es ging einfach um eine Überlegung, wie kann man sozusagen eine Schulpflicht hier mit den kulturell-religiösen Vorstellungen in Einklang bringt. Das fand ich schon ziemlich heftig. Und dann sind sie ja, sie sind auch in der Sprache und dem, wie sie dann auftreten, rigide und dogmatisch. So kann man das schon sagen.“

Die Gesprächsperson schilderte ebenfalls Versuche der Moscheegemeinde, ihre religiösen Ansichten auch im Bereich der öffentlichen Schule als normativ durchzusetzen. Andernfalls würden sie befürworten, wenn Eltern ihre Kinder von bestimmten Unterrichtseinheiten fernhalten:

„Dann war Schwimmunterricht angesagt. Schwimmen und Sportunterricht. Hatten wir genau das selbe Thema auch. Da stehen sie auf dem Standpunkt, das ist richtig, wenn die Eltern ihre Kinder nicht schicken wollen, das ist in Ordnung, das wäre im Koran so geschrieben, dass die Frauen sich bekleiden müssten und dann Männerblicke und Jungenblicke dürften das nicht sehen. [] Es gab auch schon Jungen, die nicht in den Schwimmunterricht gehen durften. Da hatte ich auch schon Gespräche. Ja, ich sage es Ihnen. So, und dann kamen die her als Vertreter der Moschee auch zu mir und haben mit mir darüber Gespräche geführt, dass sie das nicht in Ordnung finden und im übrigen sollte ich mich dafür einsetzen, dass es endlich eine Schwimmhalle gibt, die nur für Mädchen wäre und eine nur für Jungen und dann könnte man ja überlegen. Ich habe gelacht. Also, das kann man nicht ernst nehmen. Ich

weiß es nicht, ob man das unter so ein Schlagwort ‚rechts‘ oder ‚links‘ oder was weiß ich, das kann man ja gar nicht so fassen. Ich finde das sind einfach Tendenzen, sage ich mal, die für mich nicht mehr akzeptabel sind. Ich habe nicht Jahrzehnte lang hier gekämpft für bestimmte Rechte von Kindern, Frauen, Menschen – sage ich mal – um mich jetzt innerhalb von 3 bis 4 Jahren wieder in Richtung Mittelalter zu bewegen. Das mache ich nicht mit! Also, da bin ich knallhart und da finde ich auch, muss ein Tabu gebrochen werden. Das hören viele Politiker nicht gern, weil das ein ganz heikles Thema ist. Aber dann sollen sie bitte mal vor Ort kommen und sich das hier mal angucken, was sich hier abspielt. Ich kann diesen Kindern nur helfen, wir können sie nur integrieren, wenn wir auch das benennen, was hier los ist. Ja, es läuft sonst nicht. Wir werden es nicht schaffen, wenn wir uns nicht trauen, zu benennen, wo die Probleme sind. Und die Probleme liegen genau dort. Genau dort. Auch in diesem religiösen Fanatismus – sage ich auch noch mal ganz deutlich. Und wenn wir das nicht benennen und auch nicht was dagegen halten als Öffentlichkeit, als Schule, dann kriegen wir immer mehr Probleme in Richtung Segregation.“

Der hier als „Schritt in Richtung Segregation“ geschilderte Versuch, muslimische Kinder und Jugendliche auch im öffentlichen Raum der eigenen, religiös begründeten und im Widerspruch zu geltenden Rechtsnormen stehenden Vorschrift zu unterwerfen, ist kein Einzelfall. An vielen Schulen tauchen in diesem Zusammenhang immer wieder Bescheinigungen auf, ausgestellt von der Islamischen Föderation aber auch von anderen muslimischen Vereinen oder Verbänden. Zum Teil handelt es sich auch um Blankokopien nicht identifizierbarer Herkunft, auf denen lediglich der Name der betreffenden Schülerin/des betreffenden Schülers eingesetzt werden muss. Auf diesen Bescheinigungen wird darauf hingewiesen, dass das genannte Mädchen/der genannte Junge aus religiösen Gründen z. B. nicht am koedukativen Schwimm- oder Sportunterricht teilnehmen darf. Darüber hinaus werden z. B. von der Islamischen Föderation für Schülerinnen an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen Bescheinigungen ausgestellt, in denen darauf hingewiesen wird, dass nach islamischem Recht es für die Frau religiöse Pflicht sei, ihren Körper und ihre Haare zu bedecken. Als Antwort auf eine kleine Anfrage des PDS Abgeordneten Giyasettin Sayan erklärte der Berliner Senator für Bildung, Jugend und Sport, Klaus Böger, am 12. Dezember 2003, dass „die von der Islamischen Föderation Berlin oder von anderen Verbänden ausgegebenen Bescheinigungen keine rechtliche Wirkung im Sinne eines Antrags (auf Beurlaubung bzw. Freistellung vom Unterricht oder von einzelnen schulischen Veranstaltungen) entfalten. Sie sind daher für die Schule unbeachtlich“. Der Islamischen Föderation und anderen muslimischen Vereinen und Verbänden bleibe es unbenommen, derlei Bescheinigungen auszustellen. „Diese Bescheinigungen sind für die öffentlichen Schulen ohne Relevanz“, stellte Böger aber unmissverständlich klar.²⁵¹

Das Moschee- und Kulturhausprojekt in Wedding und die „Gesamtinteressen“ der Organisation

Im Unterschied zu Kreuzberg und Neukölln sind aus Wedding und Tiergarten keine Konflikte in Zusammenhang mit den geplanten Moscheebauten laut geworden. Als wir am Tag der Offenen Moschee in der Haci-Bayram-Moschee nach dem Verhältnis zur Nachbarschaft fragten, wurde es uns als „problemlos“ geschildert. Auch gegen das Bauprojekt hätte es keinen Widerstand gegeben.

Ein Bezirkspolitiker sieht den Grund dafür vor allem in der „Verwurzelung“ der islamischen Gemeinde im Kiez und der Beteiligung an lokalen Aktivitäten und damit der öffentlichen Präsentation vor Ort. Das träfe auch für den Tiergartener Ayasofya Moscheeverein zu. Er sagte:

„Weil beide sich in Vierteln etabliert haben, wo sich natürlich viele Menschen mit Migrationshintergrund befinden. Das heißt, die sind dort richtig im Stadtteil verwurzelt. Und bei der Praktizierung ihrer Bauanträge haben sie sich strikt an das deutsche Baurecht gehalten. Also, es gibt keinen Gesichtspunkt, dies abzulehnen. Von daher gab es von Seiten des Bezirksamtes keinen Konflikt. Insbesondere die Vorstände der Bayram Moschee suchen

²⁵¹ Abgeordnetenhaus Berlin, Drucksache 15 /11 124, Kleine Anfrage: „Befreiungsbescheinigungen der Islamischen Föderation Berlin“, eingegangen beim Abgeordnetenhaus am 16. Dezember 2003

auch den Kontakt mit staatlichen Stellen. Sie beteiligen sich an Straßenfesten, an Stadteilfesten, an Aktionen des Quartiersmanagements, da sind sie sehr offen. Und letztendlich haben sie auch noch andere Strukturen ausgebildet, wie z. B. was wir wissen, dass Sportvereine unter ihrem Einfluss liegen. Und die Chefs sind ja durchaus in Berlin etablierte Unternehmer und können sich in unserer Gesellschaft frei [selbstbewusst] bewegen.“

Diese Darstellung bestätigte uns auch eine Gesprächsperson, die sich aus beruflichen Gründen sehr gut im Gebiet des Soldiner Kiezes auskennt. Für sie ist dabei die Haltung des Bezirksbürgermeisters mit ausschlaggebend. Andererseits beschrieb die Gesprächsperson aber auch sehr treffend die unterschiedliche Struktur einer potentiellen „Gegenöffentlichkeit“ im Vergleich zu Kreuzberg:

„Wir sind in der glücklichen Lage, dass Bürgermeister Zeller einer Schiene des QM Soldiner Kiez gefolgt ist. Er hätte ja auch ganz klar sagen können, nein, zu dem Verein [Haci-Bayram] komme ich nicht. Da hätte ich auch volles Verständnis für. Aber, er hat es trotzdem gemacht. Das ist schon mal ein Zeichen, dass das hier etwas entspannter läuft. Dann ist natürlich auch die deutsche Bevölkerung hier eine andere. Es sind ja nicht alle hier sozial benachteiligt, aber die Stimmungsmacher sind ja auch die deutschen sozial Benachteiligten, die sich als Verlierer dieser Stadt empfinden hier und die so ein Unwohlsein aufgrund von Überfremdung hier in der Soldiner empfinden. Die formulieren das ja nicht vor so einem Hintergrund einer gesamtgesellschaftlichen Änderung: ‚Wie viel Einfluss soll Religion hier haben‘. Denen geht es um ihre kleine Straße, die haben ja auch überhaupt keinen Zugang zu den entsprechenden Medien. Die interessiert das nicht und die sind auch nicht an Medien gebunden. Die diskutieren das unter sich. In Kreuzberg läuft das anders, da hast du Aktivist*innen, Sozialpädagog*innen, Mädchen- und Frauenrechtler*innen, Lehrer*innen, die dort wohnt und arbeitet. Das hast du hier nicht, die Sozialpädagog*in arbeitet hier, aber wohnt nicht hier. Hier ist alles unterschwellig, Ressentiments sind da. Sie werden nicht so öffentlich. Die einzige kritische Sache in Sachen Haci Bayram und deutsche Nachbarn war nur, als die einen Baum gefällt haben. Da haben dann die Leute, die auf den Baum gucken, angefragt, ob die das denn überhaupt dürfen. Da hat das QM Soldiner Kiez dann auch vermittelt, auch in der Zeitung hier von dem Bauprojekt geschrieben, dass es eine Genehmigung gibt und der Baum gefällt werden muss. Das war die einzige kritische Anmerkung.“

Dass das Bauprojekt trotz Genehmigung nicht vorangeht, wurde auch vom Vorsitzenden des Haci-Bayram-Moscheevereins mit fehlenden finanziellen Mitteln begründet. Die eben zitierte Gesprächsperson führte aber aus, dass die finanziellen Engpässe des Eigentümervereins Islam Vakfi bzw. als Dachverein der Islamischen Föderation nur ein Aspekt seien. Es gehe auch um Prestigefragen der Organisationen, sich in Kreuzberg und Neukölln durchzusetzen. Er sagte:

„Aber die, z. B. Inssan, um mal auf den Kiez zurückzukommen, haben ja überhaupt kein Interesse am Wedding, die Schlachtfelder sind Neukölln, Kreuzberg. Klar, Inssan schmückt sich auch mit ihrer Zusammenarbeit mit dem QM Pankstraße, da ist ja eigentlich nicht viel gelaufen. Wenn die Interesse an sozialer Arbeit hier im Gebiet gehabt hätten, dann wären sie hier. Aber es geht ihnen auch ein wenig um die Show, genau so aber auch der Islamischen Föderation. Wenn die wirklich etwas schönes bauen wollten, dann würden sie hier mal ihre Baugenehmigung umsetzen. Machen sie aber nicht. Statt dessen sammeln sie neue Baugenehmigungen, weil sie eh kein Geld haben. [] Ich sehe in absehbarer Zeit nicht, wie die [Haci Bayram] das bezahlen sollen. Die Islamische Föderation bzw. Islam Vakfi als Grundstückseigentümer werden hier nichts mehr reinstecken. Die werden alle Energie, alles Geld in diese Showkämpfe um Kreuzberg stecken. Wenn man die jetzt offen darauf anspricht, das ist furchtbar. Wenn man jetzt sagt, wer ist denn der Hausherr, seid ihr das, woran liegt das, dass hier nicht weitergebaut wird – dann bringt man die natürlich auch in die Zwickmühle. Dass sie sich vom Dachverband unabhängig machen, allein gestärkt werden, das wird nicht gelingen, da die Loyalitäten da viel stärker sind. Die werden nie ihr Grundstück über die Gesamtinteressen stellen.“

Abnabelung oder nur Neustrukturierung?

Besonders die männlichen Jugendlichen lassen sich mit der traditionellen religiösen Jugendarbeit nur bedingt an die Moscheegemeinden binden. Das ist keine neue Erkenntnis. Neu ist eher, dass sich z. B. in Berlin Mitte eine jüngere Generation ansammelt, nur lose mit den Moscheegemeinden verbundene Strukturen einer eher sozial orientierten Jugendarbeit zu schaffen. Dabei spielt der Sport eine wichtige Rolle. Der Gesamtorganisation bleiben auch diese neuen Strukturen bisher verbunden. Die Frage, ob und wie z. B. Milli Görüs in diese Strukturen inhaltlich hineinwirkt, lässt sich durch unsere Gespräche und Beobachtungen vor Ort nicht beantworten. Nach unseren Erkenntnissen gestaltet sich dieser Prozess eher als Neustrukturierung. Ob es auch ein Abnabelungsprozess ist, wird die Zukunft zeigen.

Gegenüber der Moschee in der Koloniestraße befindet sich derzeit, wie erwähnt, eine der beiden Einrichtungen des Haci-Bayram-Vereins für die Jugendlichen (Genclik). Ein Kenner des Kiezes beobachtet, dass sich besonders jüngere Männer in ihrem Freizeitverhalten mehr und mehr eigene Strukturen schaffen, ohne sich aber vollständig vom Moscheeverein abzunabeln:

„Genclik [Jugend] ist ja ein weiter Begriff, wenn man mal so schaut, wer da Meinungsführer ist, die sind so alt wie ich [über 40]. Die haben jetzt den Sportverein, der auch in der Freizeitliga spielt. Ich beobachte da auch schon so ein wenig Ablösungstendenzen. Die bewerben sich jetzt für einen Gewerberaum auf der anderen Seite der Koloniestraße, weil da sind sie ja Untermieter von dem Betreiber des Supermarktes, der gleichzeitig auch der Sponsor ist der Haci Bayram, das ist so eine Dreiecksverquickung. Dieser Sportverein, 30 bis 40jährige, die werden weiterhin zum Freitagsgebet in die Haci-Bayram-Moschee gehen, aber ihr Freizeitding werden sie eigenständig machen.“

Dieser Abnabelungsprozess scheint sich wesentlich stärker zu vollziehen in der räumlich relativ weit entfernt von der Moschee liegenden zweiten Jugendeinrichtung des Vereins (Haci-Bayram-Genclik II, Amsterdamer Straße). In dieser Straße sprachen wir mit einem Erzieher einer kommunalen Einrichtung. Er schilderte uns, dass durch den Wegfall einer kommunalen Jugendeinrichtung viele Jugendliche nun „auf der Straße herumhängen“:

„Hier ist noch so eine Koranschule, die bieten auch Billard oder so etwas an. Ja und die versuchen die [Jugendlichen] so ein bisschen einzufangen. Aber, wenn man so mit den Leuten spricht, so mit den Jugendlichen, die sehen das alles differenziert, die sagen: okay, dann gehen sie mal zum Billard-Spielen hin oder so und hören sich da auch mal Gebete an oder sonst wie was. Aber die haben da schon einen großen Abstand, also dass da wirklich mal jemand tieferreligiös wird, also das ist eher die Ausnahme. Also, das habe ich noch überhaupt nicht erlebt, wenn ich darüber nachdenke.“

Die Hoffnung eines Teils der Haci-Bayram-Moscheegemeinde, diese Jugendlichen aus der Amsterdamer Straße in ihr geplantes Zentrum in die Koloniestraße holen und integrieren zu können, sollte es denn jemals fertig gebaut werden, bezeichnete ein Kiezkenner als aussichtslos:

„Diese Aktivität und dieser Wunsch kommt zu spät. Das klappt schon deshalb nicht, weil die Leute pragmatisch sind, die wollen kurze Wege haben. Das ist von denen eine Milchmädchenrechnung zu glauben, wenn ich nur viel Raum habe, kommen auch alle Leute zu mir. Den Zahn kann man ihnen aber auch nicht ziehen, die Erfahrung müssen sie selbst machen. [] Gesetzt den Fall, die [Haci Bayram] gewinnen im Lotto und bauen ihr Ding, dann wird sich der Verein in der Amsterdamer Straße abspalten. Das sind ja Leute, die da auch in dem Kiez wohnen. Die werden nicht jeden Tag hierher kommen, um ihren Tee zu trinken. Was ich so mitbekomme, sind die in der Amsterdamer Straße jetzt schon sehr, sehr unabhängig. Das ist eher so eine Formalie, dass da Haci Bayram noch drauf steht.“

Diese Einschätzung wird durch einen Blick ins Vereinsregister beim Amtsgericht Charlottenburg bestätigt, was die Unabhängigkeit vom Moscheeverein betrifft. Am 10. März 2002 trafen sich 12 Vereinsgründer, um die Satzung für einen neuen Verein zu errichten und

durch ihre Unterschrift zu beglaubigen. Der Name dieses Vereins sollte lauten: „Haci Bayram Genclik ve Kültür e.V.“ (Haci Bayram Jugend- und Kulturverein). Der Verein wollte laut Satzung „die Bildung- bzw. Wissenserweiterung der Jugendlichen fördern, Nachhilfe für Schüler anbieten und Sprachkurse für Erwachsene“. Dem Amtsgericht erschienen diese Aktivitäten zu sehr in den „wirtschaftlichen“ Bereich zu gehen, und es lehnte die Eintragung des Vereins mit dieser Begründung ab. In einer darauf erfolgten Satzungsänderung wurde der Zweck des Vereines erweitert auf „die Förderung des freiwilligen, unbezahlten Breiten- und Freizeitsports, die Veranstaltung von Wettkämpfen in den Bereichen Fußball, Volleyball, Tischtennis und Billard“. Doch auch dieser Antrag wurde vom Amtsgericht im September 2002 zurückgewiesen, der Verein nicht eingetragen.²⁵² Als wir im Herbst 2003 an der Einrichtung in der Amsterdamer Straße vorbeigingen, ragte aus dem Briefkasten des Haci-Bayram-Jugendladens die türkische Tageszeitung „Milli Gazete“. Sie trug ein Etikett mit dem Namen des Abonnenten, in dessen Briefkasten sie steckte. Dieser Name lautete: „Verein für Bildung und Freizeit e.V.“.

Als das Amtsgericht dem Haci-Bayram-Jugendverein aufgrund der Nichteintragung Geld zurückzahlen wollte und um eine Adresse bat, erhielt das Gericht ein Schreiben vom Sportverein BSV Mitte unter der Adresse in der Amsterdamer Straße. Es handelt sich um jenen Sportverein, der in unseren Gesprächen als „von Milli Görüs gekauft“ bezeichnet wurde. Am 30. Januar 2004 berichtete die Zeitung „Milli Gazete“ in ihrer Europaausgabe vom erfolgreichen Abschneiden der B Jugend des BSV Mitte. Bereits die vorangegangene Saison hatte der BSV Mitte erfolgreich beendet, was mit einem Grill- und Gartenfest am Pfingstsonntag, dem 8. Juni 2003, im Tiergartener Poststadion gefeiert wurde. Neben zahlreichen bekannten Gesichtern des Berliner Studentenverbandes (BSV) zählten auch der Berliner Leiter der Milli Görüs Jugendabteilung und sein „Vorgesetzter“, der Jugendleiter der IGMG Zentrale, zu den Ehrengästen.

Im November 2003 fusionierte der Landesligist BSV Mitte mit dem Oberligist Berliner AK, der dadurch einer drohenden Insolvenz entgehen wollte. „Der BSV-Vorsitzende Mehmet Ali Han hat die kommissarische Leitung des Berliner AK übernommen“, meldete die Berliner Zeitung.²⁵³

Ein Bezirkspolitiker, dem diese Zusammenhänge bekannt sind, hält sich aber lieber an konkrete Taten des Sportvereins:

„Greifbar ist nichts. Wir halten uns an ihre Taten. Zunächst einmal ist die Frage, das mag man beklagen oder nicht, sie sind als stabilisierender Faktor in Quartieren, die sich ansonsten in Auflösung befinden. [] Während sich andere Sportvereine auf den Sport konzentrieren und andere Sachen für sie keine Rolle spielen, kommen dann eben andere Vereine, wie BSV Mitte, die diesen Anspruch nicht haben, oder noch nicht haben, in die höheren Regionen zu wollen, die das wollen, das ist uns deutlich gemacht worden, deswegen wollen sie auch sportlichen Erfolg haben, aber die machen jetzt die Vorfeldarbeit.“

Ein Kiezkenner aus Wedding formuliert das konkreter:

„Sowohl BSV Mitte als auch ... haben durch ihre Vorstandspersonen auch wieder eine enge Anbindung an Moscheen. Da sind dann die Fußballvereine so ähnlich wie eine Jugendorganisation der Moschee.“

Neben den Jugendlichen kümmert sich dieser Personenkreis aber auch um die Kinder. So ist die Person, die im Namen des BSV Mitte und des Haci-Bayram-Jugendvereins an das Amtsgericht schrieb, gleichzeitig Vorstandsmitglied im Verein Regenbogen. Dieser Verein wurde im August 2001 gegründet mit dem Zweck, eine Elterninitiativ-KiTa zu betreiben. Das wurde inzwischen realisiert, die KiTa in der Utrechter Straße ist in Betrieb. Laut Protokoll der Mitgliedsversammlung dieses Vereins vom Mai 2003 soll aber die staatliche KiTa-Aufsicht unzufrieden mit der Betriebsführung des Vereins gewesen sein und das Wohl der Kinder

²⁵² Amtsgericht Charlottenburg, Vereinsregister. Da der Verein nicht eingetragen wurde, gibt es auch keine Registernummer. Die vorhandene Akte wurde eingesehen am 09.01.2004.

²⁵³ „Berliner AK plant Fusion mit BSV Mitte“, Berliner Zeitung, 03.11.2003

gefährdet sehen. Dem entgegnete ein Vertreter des Vereins mit dem Vorwurf, die KiTa-Aufsicht wolle einfach keinen „islamischen Kindergarten“. ²⁵⁴

b) Tiergarten - Die Ayasofya-Moscheegemeinde

Am Pfingstsonntag, dem 8. Juni 2003, wurde in der Stromstraße das neue Objekt des Ayasofya-Moscheevereins mit einer religiösen Zeremonie offiziell eingeweiht. Das Grundstück war im Jahr 2000 ebenfalls durch den Verein Islam Vakfi gekauft worden, der hier eines seiner sechs Berliner Moschee- und Kulturhausprojekte realisieren will. Die Gemeinde ist, wie bereits am Beispiel der Haci-Bayram-Moschee geschildert, lediglich Nutzer des Objektes. Nach Abschluss der Einweihungszeremonie, an der auch der Jugendleiter der IGMG-Zentrale teilnahm, feierte man gemeinsam weiter beim Grill- und Gartenfest des Sportvereins BSV Mitte.

Die organisatorischen Beziehungen zu Milli Görüs wurden bereits ausführlich im Eingangskapitel zur IGMG dargelegt. Allein die Art der Übernahme dieses Vereins durch Milli Görüs ist in diesem Fall sogar in der Vereinsakte nachlesbar. ²⁵⁵

Bei unseren Gesprächen in Tiergarten erhielten wir, außer der Bestätigung dieser organisatorischen Verbindung, nur von einer Person nähere Aussagen inhaltlicher Art. Diese Gesprächsperson sucht aus beruflichen Gründen nicht nur den Kontakt zu dieser muslimischen Gemeinde. Sie machte uns gegenüber ihre Ambivalenz zwischen der Frage, was eigentlich im Hintergrund läuft, und dem Wunsch, ohne ständiges Misstrauen ins Gespräch zu kommen, deutlich:

„Nämlich, diese Moscheen, davon ist eine die Moschee der Islamischen Föderation. Eine hat sich von denen abgespalten, denke ich. Was ich damit sagen will ist: Es ist für uns verdammt schwierig, die einzuschätzen. Natürlich müssen wir einen Kontakt haben, und ich sage mal, der persönliche Kontakt ist auch gut. Aber es ist immer dieses: Was läuft eigentlich da im Hintergrund? Verstehen Sie? Und das ist eine ziemlich schwierige Arbeit im Alltag, wenn man immer von diesem Misstrauen geprägt ist. Wir sind nicht der Verfassungsschutz, wir wissen es nicht. Wir wissen aber auf jeden Fall - alle Informationen deuten ja darauf hin -, dass da auf jeden Fall demokratiefeindliche Einstellungen sind. Wir haben aber im Alltag mit denen zu tun und das finde ich, ist eine ziemlich schwierige Arbeitssituation. [] Die sollen zumindest da mit dieser Islamischen Föderation ja eng zu tun haben, was ich gehört habe immer. Ich meine, ich weiß nicht, ich bin nicht der Verfassungsschutz, ich kann es nicht nachweisen. Aber Milli Görüs ... Das sind diese Sachen, die wir nicht einschätzen können. Wissen Sie? Und das ist das, was es immer so schwierig macht, wo man immer nicht weiß: Mit wem habe ich es eigentlich zu tun?“

Als an einem Freitag im Dezember 1997 ein Funktionär und Mitglied der Ayasofya-Gemeinde zusammengeschlagen wird, heißt es in dem ärztlichen Attest zur Vorlage bei der Polizei: „Am 19.12.1997 wurde Erol S. von einem Mann mit der Faust ins Gesicht geschlagen und erlitt eine 10minütige Ohnmacht und ein Monokelhämatom linksseitig. Nachfolgend längere Zeit Kopfschmerzen und depressive Zustände mit Schlaflosigkeit, wobei dieses Geschehen ihn sehr schockierte, noch dazu, wo es in der Moschee geschah und niemand ihm zur Seite gestanden hat“. ²⁵⁶ Nach Aussage dieses Erol S. waren diesem Vorfall mehrere Monate vorangegangen, in denen er aufgrund einer an den damaligen Vorsitzenden der IGMG gerichteten Beschwerde von der Berliner Gemeinde zur „Persona non grata“ erklärt worden war. Da er auf einer Klärung seiner Beschwerde bestand, wurde er sozial isoliert und durch Drohungen und Versprechen bearbeitet, seine Kritik zurückzunehmen. Statt sich durch die Schläge einschüchtern zu lassen, ging er in die Offensive und berichtete der türkischen Presse von dem Vorfall. In den Artikeln machte er den Berliner Milli-Görüs-Vorstand und dessen Vorsitzenden Mehmet Mahmud Gül (er ist bis heute in diesem Amt) für den Angriff auf ihn verantwortlich. ²⁵⁷ Die Öffentlichkeit, die er

²⁵⁴ Amtsgericht Charlottenburg, Vereinsregister, 95 VR 20972

²⁵⁵ siehe Brief des Aziz Kaya an das Amtsgericht Charlottenburg vom 31. Dezember 1979, Seite 48 der Akte 95 VR 5304 NZ

²⁵⁶ Originaldokument vorhanden

²⁵⁷ 22.12.1997 in Hürriyet und Sabah

dadurch erreicht hatte, zwang Milli Görüs zum Handeln. Und so erschien am 24. Dezember 1997 ein fingiertes Interview mit Erol S. in der Zeitung „Milli Gazete“. Der Autor dieses „Interviews“ ist bis heute der Berliner Vertreter der Zeitung „Milli Gazete“ und war, entsprechend vorliegender Dokumente, zum damaligen Zeitpunkt der „Milli-Görüs-Vorsitzende“ des Ayasofya-Vereins. Er legte Erol S. folgende Antworten in den Mund: „Was die Kartell-Medien²⁵⁸ geschrieben haben, habe ich nicht behauptet. Unser Landesvorsitzender [gemeint ist Mahmud Gül] ist wie ein besorgter Vater und sehr fleißig. Wie könnte ich denn über solch einen wertvollen Vorsitzenden und großen Bruder so etwas verleumderisches sagen. Das ist eine sehr große Lüge.“²⁵⁹ Der Überfall auf Erol S., der bei der Polizei aktenkundig ist, wurde in diesem „Interview“ als eine rein private Auseinandersetzung dargestellt und alles, was in der Presse darüber stand, als glatte Lüge bezeichnet. Das juristische Verfahren später verlief entsprechend. Im Nachgang dieser Ereignisse übergab Erol S. einem Journalisten türkischer Herkunft zahlreiche interne Dokumente²⁶⁰ über Organisationsstrukturen der Milli-Görüs-Berlin, deren Echtheit von den aufgeführten Personen bis heute bestritten wird. Aus diesen Listen und Organisationstabellen wird die hierarchische Untergliederung der Organisation sichtbar. Ob für Jugend, Frauen, Männer, alles ist streng wie eine Bienenwabe gegliedert, für jedes Segment gibt es eine eigene Abteilung mit entsprechender Hierarchie, und alles läuft auf eine Spitze zusammen, den Landesvorstand der Milli-Görüs-Berlin.

Zwar steht dem Ayasofya-Verein auch heute die Person vor, die in diesen internen Milli-Görüs-Organisationslisten von damals bereits in leitender Verantwortung aufgeführt ist, die Außendarstellung scheint aber einer neuen, jüngeren Generation übertragen worden zu sein. Die bereits zitierte Gesprächsperson aus Tiergarten schildert diese Studenten als aufgeschlossen und weltoffen, bestätigte aber gleichzeitig die hier angesprochene Organisationsstruktur:

„Wir wissen, dass die Islamische Föderation schon demokratiefeindliche Absichten hat letztendlich.“²⁶¹ Aber das werden die uns ja nicht sagen. Die Leute, die wir da treffen, sind ganz anders. Von Ayasofya die beiden Jungen, die sind ja ganz aufgeschlossen und weltoffen, die beiden jungen Männer. Die mag ich auch, die sind mir auch persönlich wirklich sympathisch; wie die sich verkaufen und darstellen ist Klasse. Sie wissen, was die Vorwürfe sind, versuchen die natürlich zu widerlegen. Dann sagen sie, jede Gruppe - die Jugendlichen, die Frauen, die Männer - hat eine demokratische Vertretung; so wie die organisiert sind im Haus. Nicht einer, der bestimmt, was wer machen wird, sondern jede Gruppe hat einen Sprecher [Verantwortlichen, Zuständigen]. Die stellen sich Klasse dar - natürlich. Aber Du [sie wendet sich an einen Kollegen] sagst ja immer, bei den Übersetzungen, diese Typen, nicht die Jungen, sondern die dahinter stehen, die Älteren, da hast Du ja gesagt, der Junge hat nicht immer alles übersetzt. Da ist schon einiges dahinter, was die Jungen, sage ich mal, das sind Studenten, mit denen wir es zu tun haben, was die nicht rauslassen.“

c) Hicret Moschee, Islamisches Bildungszentrum Berlin e.V.

Die Erwähnung des Hicret-Moscheevereins in der Perleberger Straße an dieser Stelle erfolgt nicht aufgrund einer Zuordnung der Gemeinde zur Milli Görüs oder zur Islamischen Föderation. Die Erwähnung in diesem Kapitel hier ist lediglich dem Umstand geschuldet, dass der Verein im März 2000 von Muslimen mit dem Migrationshintergrund Türkei gegründet wurde, die zuvor mehrheitlich in der Ayasofya Gemeinde aktiv waren. So gehört zum aktuellen Vorstand der Hicret-Gemeinde u.a. der ehemalige Vorsitzende der

²⁵⁸ Kartell-Medien: Milli Görüs Bezeichnung für die laizistische bürgerliche Presse der Türkei - ein Kartell, dass sich gegen den Islam verschworen hat

²⁵⁹ Milli Gazete, Europaausgabe vom 24.12.1997

²⁶⁰ U.a. eine Computer-Liste mit den Namen, Funktionen und Zuständigkeiten der Vorstandsmitglieder des Landesverbandes Berlin der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG) vom 2. Oktober 1995 sowie eine Computer-Liste über die Abteilungen des Landesverbandes Berlin der IGMG mit den Namen und Adressen der Abteilungsleiter vom 3. Oktober 1995.

²⁶¹ Worauf die Gesprächsperson dieses „Wissen“ gründet, erläuterte sie nicht.

Jugendabteilung des Ayasofya Vereins.²⁶² Der Hicret-Moscheeverein gehört keinem eingetragenen Dachverband an, ist aber Mitglied bei der „Initiative Berliner Muslime (IBMus)“. (siehe Kapitel 8.1.8.: Deutschsprachiger Muslim-Kreis und Islami Tahrik)

Als im Juni 2002 die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Marieluise Beck, den Hicret-Moscheeverein besuchte, ergab sich im Anschluss daran ein Gespräch mit einem Vorstandsmitglied des Hicret-Vereins. „Wir werden in Deutschland nie zu Menschen erster Klasse, wenn wir nicht bereit sind, uns total zu assimilieren“, erklärte er. „Wir brauchen für die Muslime in Deutschland ein System wie für die Christen und Juden im Osmanischen Reich. Es muss in Deutschland für die Muslime eine eigene Jurisprudenz (Rechtsordnung) geben“, so sein Lösungsansatz. Er spielte damit an auf das „Millet-System“ im Osmanischen Reich, nach dem die Christen und Juden als Nichtmuslime aber „Ahl al-Kitab“²⁶³ eine Extrasteuer, die so genannte „Kopfsteuer“, zahlen mussten und als „Schutzbefohlene“ den Muslimen nicht gleichgestellt waren. Innerhalb ihres „Millet-Systems“, ihren religiösen Gemeinschaften, waren sie aber selbstverantwortlich auf der Grundlage ihrer eigenen, auf ihrer Religion basierenden Rechtsprechung.²⁶⁴ Der Name seiner Moscheegemeinde Hicret (Auszug/Flucht des Propheten Mohammad von Mekka nach Medina, Beginn der islamischen Zeitrechnung) könnte sich nach diesen Aussagen auch deuten lassen als „Auszug/Flucht aus der Mehrheitsgesellschaft und Rückzug in die eigene Insel. Die Demokratie²⁶⁵ hat nach seiner Auffassung in diesen Inseln keinen Platz. Zu dekadent erscheint dem Vorstandsmitglied des Hicret-Vereins diese Souveränität, die vom Volk längst abgegeben wurde in die Hände von Politikern und Finanzmagnaten. „Warum sollen wir ein schlechteres Modell übernehmen“, fragte er, „wenn der Islam das bessere System ist? Die Souveränität liegt allein bei Allah und er hat sie auf alle Muslime verteilt.“

Über ein Jahr später in einem unserer Gespräche im Stadtteil Tiergarten schilderte uns eine Gesprächsperson ihr Befremden über die abwertende Darstellung der Außenwelt durch einen anderen Vertreter des Hicret-Moscheevereins. Diese Außenwelt sei für die Jugendlichen gefährlich, da dekadent. Damit würde auch ein Feindbild geschaffen. Äußerungen in dieser Richtung erlebten wir auch, als wir im Juni 2003 den Bezirksbürgermeister Zeller auf seinem Moscheerundgang begleiteten. Unsere Gesprächsperson schilderte uns folgendes:

„Die Gruppen, diese Moscheen und ... Ich weiß auch nicht, mir fallen irgendwie so viele Feindbilder von den Migrantengruppen ein. Ein Feindbild gegen die Deutschen ist ... Wie soll ich sagen? Die Frauen sind alle Prostituierte, an jeder Ecke gibt es Alkohol zu kaufen. Einer von Hicret hat mal gesagt: ‚Der Weg, also für die Jugendlichen zu ihrer Moschee, ist sehr weit. Und da dazwischen liegen tausend Gefahrenquellen.‘ Und Gefahrenquellen ist für sie jede Kneipe, wo Alkohol ausgeschenkt wird - weiß ich nicht -, weil so Frauen irgendwie nicht bekleidet sind, sage ich mal - solche Geschichten.“

8.1.5.3.3. Der Religionsunterricht der Islamischen Föderation

Nachdem die Islamische Föderation Berlin (IFB) im November 1998 vom Oberverwaltungsgericht Berlin als Religionsgemeinschaft nach § 23 des Berliner Schulgesetzes anerkannt wurde, begann sie im September 2001 mit ihrem islamischen Religionsunterricht zunächst an zwei Berliner Grundschulen, eine davon in Wedding. Im Schuljahr 2001/2002 erweiterte die IFB ihr Angebot auf insgesamt 15 Schulen. Im Bezirk Mitte kamen zwei Schulen in Wedding hinzu. Zum Ende jenes Schuljahres nahmen nach

²⁶² Siehe Computerliste „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs, Landesverband Berlin, Ayasofya Gemeinde, Mitglieder des Vorstandes“, gekennzeichnet mit: Sekretariat Ayasofya, 04.01.97yürütme.doc (yürütme heißt Vorstand).

²⁶³ Ahl al-Kitab bezeichnet die Angehörigen des Buches – Ausdruck für die drei monotheistischen Religionen Judentum, Christentum und Islam.

²⁶⁴ Wenig bekannt ist, dass im osmanischen Millet System zwar die Religion frei ausgeübt werden durfte, aber nicht nach außen hin sichtbar. Auch die eigene Rechtsprechung war insbesondere - wenn auch nicht ganz ausschließlich - auf das Familienrecht beschränkt.

²⁶⁵ Die Souveränität des Volkes.

Darstellung der IFB insgesamt 1.750 Kinder an diesem Unterricht teil. Für das Schuljahr 2003/2004 kündigte die IFB im Sommer an, diesen Unterricht nun auf 30 Schulen ausweiten zu wollen. 490 zusätzliche Anmeldungen lägen bereits vor, weitere 1.000 würden erwartet.²⁶⁶ Nach Darstellung der IFB (Stand Oktober 2003) nehmen inzwischen 3.153 Mädchen und Jungen an diesem Religionsunterricht teil (laut Senatsschulverwaltung sind es im Februar 2004 offiziell gemeldet 2.900), wobei zwei Drittel (74 Prozent) dieser Kinder aus Familien mit türkischem Migrationshintergrund kommen und 21 Prozent arabischer Herkunft sind. Die Zahl der Grundschulen, an denen dieser Unterricht angeboten wird, erhöhte sich auf insgesamt 28, vorrangig in Kreuzberg, Neukölln und Wedding. Allein im Stadtteil Wedding stieg die Zahl von bisher drei auf nunmehr acht Grundschulen, während für Tiergarten keine Schule angegeben wird.²⁶⁷

Kritisch begleitet wurde das Unterrichtsangebot der IFB durch die lokale Presse. So berichtete die Berliner Morgenpost am 15. Dezember 2002 von „negativen Auswirkungen“. Seit dieser Unterricht erteilt werde, gäbe es „deutlich mehr Schülerinnen, die Kopftuch tragen oder bei Schwimmunterricht und Geräteturnen nicht mitmachten.“ Auch von einem „subtilen Druck der Kinder untereinander, am Religionsunterricht teilzunehmen“, ist die Rede in diesem Artikel. Eltern würden von Vertretern der Islamischen Föderation auch zu Hause besucht. Nach einem Moscheebesuch seien Kinder vom Religionslehrer angesprochen worden: Wer in die Moschee gehe, müsse auch am Religionsunterricht teilnehmen.“ Im Jahr 2002/2003 machte in diesem Zusammenhang besonders die Rixdorfer Grundschule in Neukölln von sich reden. So warf die Schulleiterin der IFB vor, mit unlauteren Methoden für den Unterricht geworben zu haben. Auch würde der Unterricht missionarisch geführt. Außerdem habe die Islamische Föderation Drittklässler zum Fasten während des Ramadan aufgefordert. Das aber sei laut Koran erst für Kinder ab zwölf Jahren vorgesehen. Etlichen Kindern sei wegen des Mangels an Flüssigkeit schlecht geworden und sie hätten den Unterricht verlassen müssen. Diese Vorwürfe wies die IFB zurück und beklagte sich ihrerseits über Schulleitung und Kollegium.²⁶⁸

Als im September 2003 die Zeitung „Die Welt“ in einem Artikel erneut den Unterricht der Islamischen Föderation thematisierte, zeigte sich nun aber ein sehr unterschiedliches Bild. „Ob es gut läuft oder nicht, hängt vor allem mit dem jeweiligen Lehrer zusammen“, wird die Leiterin der Fichtelgebirge-Grundschule Kreuzberg zitiert, an der seit zwei Schuljahren Islamischer Unterricht stattfindet.²⁶⁹

Vor diesem Hintergrund haben wir zwei der drei Weddinger Grundschulen besucht, in denen bereits längere Zeit Erfahrungen mit dem islamischen Religionsunterricht der IFB gesammelt werden konnten. Nach diesen Befragungen und weiteren Beobachtungen kristallisiert sich ein Hauptproblem dieses Unterrichtes heraus, dass auch von der „Welt“ angesprochen wurde. Die Zeitung zitiert den Schulleiter der Neuköllner Elbe-Grundschule, der zunehmende Sorgen mit dem Unterricht der Islamischen Föderation habe: „Der Lehrer [der IFB] sei unzureichend methodisch-didaktisch ausgebildet, die Schüler deshalb unterfordert und sehr undiszipliniert. ‚Es hat bereits grobe Zerstörungen des Schulmaterials gegeben‘, berichtet der Schulleiter.“²⁷⁰

Von LehrerInnen, nicht nur aus Wedding, erfuhren wir, dass es teilweise recht laut im Islamunterricht zugehe, wodurch die anderen Klassen gestört würden. In den Schilderungen wurde das auf die mangelnde Fähigkeit des jeweiligen Lehrers zurückgeführt, sich gegenüber den SchülerInnen durchzusetzen. Das schilderte uns auch einer der beiden befragten Schulleiter in Wedding, jedoch ohne jegliche Dramatik und mit viel Verständnis. Etwa 50 Prozent der Kinder, die an seiner Schule in Frage kommen könnten, nehmen an diesem Religionsunterricht teil:

„Der Unterrichtsaufbau, von dem, was so rüber kommt für die Schüler, die Spannung ist nicht so groß, weil eine Form gewählt wird, hauptsächlich eben vortragend, schreibend [] frontale

²⁶⁶ „Über 40 Grundschulen mit Islamunterricht“ in Tagesspiegel, 26.06.2003

²⁶⁷ Siehe: www.islamische-foederation.de/iru.htm Abgelesen am 10.01.2004.

²⁶⁸ www.kiez-im-netz.de/neukoelln/news/more.php?news_id=192

²⁶⁹ Regina Köhler: „Islamunterricht - Eltern melden Schüler ab“, in: Die Welt, 17.09.2003

²⁷⁰ ebenda

Anordnung und so, so dass man dann sagen kann, neuere Vorstellungen vom Unterricht sind da nicht berücksichtigt. Aber gut! [] Der Religionslehrer hatte bisher Erwachsene unterrichtet und hat dadurch sicherlich eine didaktische Form gewählt, die eher in Richtung Oberstufe, Richtung Gymnasium oder Erwachsenenbildung denn Grundschule geht. Insofern sind da Defizite, die sollen nach und nach abgebaut werden, weil die Islamische Föderation ja wohl auch vor hat, ich weiß nicht, ob sie es schon verwirklicht haben, mit der evangelischen Kirche gemeinsam in der Religionslehrausbildung dann die Didaktik zu besprechen. Aber ich denke, das ist sicherlich ein Punkt, wo Fragen sind, aber die Kinder kommen mit ihm gut zurecht. Und da, wo Schwierigkeiten sind, da helfen wir uns dann gegenseitig. Wenn Kinder einfach vom Verhalten her einfach Schwierigkeiten zeigen, dass dann eben sowohl der Klassenlehrer mit den Eltern dann auch mal spricht als auch der Religionslehrer. Und dass dann der Klassenlehrer sich dafür einsetzt, dass diese massiven Störungen dann nicht vorkommen.“

An dieser Schule sei aber weder eine Zunahme kopftuchtragender Mädchen zu verzeichnen noch ein Anstieg der Abmeldungen vom Schwimmunterricht. Auch hätten die Konflikte zwischen Kindern türkischer und arabischer Herkunft seit Einführung des islamischen Religionsunterrichtes abgenommen, erzählte uns der Schulleiter:

„Auch den Islamlehrer hatten wir vorgestellt in den neuen ersten Klassen. Nur in den neuen ersten Klassen. Und da meinte die Senatsverwaltung, dies wäre nicht zulässig. Das ist jetzt auch abgestellt. Die Hälfte der Schüler kamen wohl über die Bindungen zu irgendwelchen Moscheen über diese Anmeldekanäle und die andern kamen dann durch Mund-zu-Mund-Propaganda, dass einige Schüler gesagt haben: Hier ist Islamunterricht usw. Für die Eltern war dies alles kein so großes Thema, nicht so ein Streitpunkt wie bei der Fichtelgebirge-Grundschule [in Kreuzberg]. Einige Lehrer hatten hier Bedenken, diese Bedenken sind in der ersten Dienstbesprechung relativ zügig ausgeräumt worden. Da war also der Herr Kesici [Burhan Kesici, Vorstandsmitglied der IFB] und der Justitiar der IFB, Herr Vural, da, die dann auf unsere Fragen geantwortet haben, relativ offen geantwortet haben und dann war es nachher so, dass der Religionslehrer auch einen sehr liberalen Ansatz hat und insofern nicht den großen Streitpunkt da produziert. Also, es sind weder mehr Mädchen mit Kopftüchern dadurch geworden noch mehr, die am Schwimmunterricht nicht teilnehmen. Und er wollte auch dabei helfen, wenn es da zu Problemen kommt, mit den Eltern dann sprechen und ihnen deutlich machen, dass sie ihr Kind ausgrenzen, wenn sie es nicht am Schwimmunterricht teilnehmen lassen. [] Und die Islamische Föderation – so macht es uns den Anschein – ist eher darum bemüht, da keinen Anlass zu geben, dass es da zu irgend welchen Dingen kommt, wo man Zweifel haben könnte.“

An der zweiten von uns besuchten Weddinger Grundschule wurde uns die Situation von der Schulleitung zwar ähnlich, aber distanzierter und mit größerer Skepsis in Bezug auf den Träger des Unterrichtes – die Islamische Föderation – geschildert. Auch hier wurde besonders die fehlende Didaktik kritisch angemerkt:

„Wir sprechen ja auch mit den Kindern darüber, ist sehr unterschiedlich, die Resonanz. Einige sagen, die meisten sagen, sie gehen hin, weil ihre Eltern das von ihnen verlangen. Also, es ist nicht unbedingt nicht so die große Freude. Der Unterricht an sich ist nach pädagogisch-didaktischen Prinzipien unserer Vorstellung auch nicht der Hit - sage ich mal jetzt ganz locker - sehr frontal und sehr eng geführt. Es ist nicht das, was ich mir vorstelle und was auch die Kinder gewohnt sind inzwischen, also von Selbständigkeit und selbständigem Arbeiten in diesem Unterricht ist überhaupt keine Frage. Ja, ich sehe das ein bisschen mit... ich weiß auch nicht, wie sich das weiter entwickelt, ich habe keine Ahnung.“

Diese Grundschule liegt in einem sogenannten sozialen Brennpunkt und hat einen Anteil von 90 Prozent Kindern nichtdeutscher Herkunftssprache. Vor diesem Hintergrund fühlte sich die Schulleitung von der Situation überrollt, als die IFB erklärte, dass sie ihren Unterricht hier anbieten wird:

„Ja, erst mal war das äußerst komisch. Da hat die Islamische Föderation – ich wusste das ja gar nicht – im Laufe der Sommerferien war klar, die haben also das Recht, an den Schulen

zu unterrichten und es sind bestimmte Schulen ausgewählt worden, also u. a. auch unsere. Und dann hat die Islamische Föderation – die sind ja in die Moscheen gegangen und haben Kontakt aufgenommen und haben über die Moscheen Kontakt zu den Eltern aufgenommen. Sie haben herausgefunden, welche Schüler sind an welcher Schule und sind an die Familien herantreten und haben sich daraus die Schüler rekrutiert. Die Vertreter der Islamischen Föderation kamen im ersten Vorgespräch schon mit einem Päckchen von Anmeldungen an hier bei mir. [] Wir haben das nicht angeboten. Ja, ja also wenn es nach mir gegangen wäre, wäre das nicht so, aber das wissen Sie ja, da ist ja viel Wasser die Spree runter gelaufen und es ist eben nichts passiert, auch von politischer Seite finde ich zu wenig. Man hat sich da viel zu spät mit auseinandergesetzt, so dass wir das jetzt hier an den Schulen haben. Ich bin ja in der glücklichen Lage, dass ich nur die Islamische Föderation an der Schule habe und dann habe ich noch evangelischen Religionsunterricht. Es gibt ja Schulen, die haben mehrere Religionsgemeinschaften, was ein Riesenproblem für die Organisation der Schule gibt. Das ist das eine und das andere ist: Ich habe in der Tat Vorbehalte auch, das will ich auch gar nicht verhehlen, gegenüber der Islamischen Föderation. Und wir haben hier überhaupt keinen Einfluss darauf, was da in dem Unterricht gelehrt wird, was die eigentlich machen. Wissen wir nicht. Wir können mal reingehen und gucken, aber wir dürfen ja als staatliche Schule und Schulleiter ja gar nichts, uns sind ja die Hände gebunden. Die können im Grunde machen, was sie wollen.“

Die Schulleitung räumte aber auch ein, dass der Islamunterricht bisher kaum Auswirkung auf die Schumatmosphäre habe:

„Also, ich muss es wirklich mal sagen, der Lehrer, der hier ist, ist eher ein ruhiger und tritt hier nicht in einer Form auf, wo man sagen könnte, dass man sich andauernd mit ihm streiten muss. Überhaupt nicht. Also, ein sehr ruhiger junger Mann, der ganz schwer einzuschätzen ist, kann ich nicht einschätzen, der sich anpasst, hier an die Situation der Schule, der auch den Stundenplan akzeptiert hat, so wie wir ihn ihm gegeben haben, die vielen Randstunden. Ich kann jetzt nicht darüber klagen, also das wäre jetzt wirklich sehr ungerecht, also das stimmt nicht, aber atmosphärisch hat es keine Auswirkungen.“

Die Anzahl der Mädchen, die z. B. Kopftuch tragen, habe sich nicht erhöht:

„Nein, nicht mehr als vorher. Das ist es ja. Bei uns ist ja sowieso, bei uns gehen ja eh schon viele Kinder in die Moschee. Und ich weiß, ich habe ja geguckt, welche Kinder das sind, die da zur Islamischen Föderation gehen, das sind auch die Kinder, die nachmittags noch mal in die Moschee gehen, also das ist eine doppelt und dreifache Beschulung durch Religionsunterricht und das finde ich – mit Verlaub – ein bisschen übertrieben.“

Der Unterricht der Islamischen Föderation lässt sich demzufolge nicht, wie vielfach behauptet, als Alternative zu den sogenannten Koranschulen der Moscheegemeinden darstellen, sondern eher als Ergänzung. Das bestätigte auch das für diesen Unterricht zuständige Vorstandsmitglied der IFB, Burhan Kesici, auf einer Sitzung der Ausländerbeirats Spandau. Ein Teil der muslimischen Kinder gehe nach wie vor nur in die Koranschulen, ein anderer Teil würde, wie hier im Wedding geschildert, beide Angebote ergänzend wahrnehmen. Andererseits erreicht die IFB mit ihrem Schulangebot aber auch Kinder, zu denen sie sonst keinen Zugang hätte. Den Grund dafür nannte der bereits zitierte Weddinger Schulleiter:

„Die 241 Anmeldungen werden sicherlich nicht alle hinter vielen Aussagen der Islamischen Föderation stehen, sondern auch andere Vorstellungen im Islam haben. Aber weil es eben keinen anderen Religionsunterricht gibt für die islamischen Kinder wollen sie, dass ihre Kinder im islamischen Glauben erzogen werden.“

8.1.6. Die Schiiten der Imam Cafer Sadik Camii

Der 1978 gegründete Moscheeverein „Imam Cafer Sadik Camii“ war lange Zeit der einzige schiitische Verein in Berlin und hat dementsprechend eine wechselvolle Geschichte hinter

sich. Während der Verein über einen großen Zeitraum hinweg von Besuchern mit iranischem und libanesischen Migrationshintergrund besucht wurde, ist er heute wieder, wie zu seiner Gründung, weitgehend dominiert von Besuchern mit türkischsprachigem Hintergrund. Ein Kenner der Szene berichtete:

„Die haben ja ihre iranischen und libanesischen Glaubensbrüder da heraus komplimentiert aus den eigentlichen Moscheeaktivitäten. Jetzt sind da Leute aus der Osttürkei mit ein paar versprengten Aserbaidschanern und einigen obskuren Bulgaren zusammen und sind peinlichst bemüht, jetzt in der Moschee auf politische Äußerungen zu verzichten, haben ihre Khomeini Bilder abgemacht und haben jetzt für mich eher so den Touch eines Heimatvereins, reden untereinander so Aseri, wie eben in der Osttürkei geredet wird und kommen aus ganz Berlin da zusammen.“

Der Verein mit Sitz in der Koloniestraße im Soldiner Kiez besitzt gegenwärtig eine ganz geringe Kiezeinbindung. Zum einen, da die Besucher in der ganzen Stadt verteilt wohnen bzw. nicht aus der unmittelbaren Nachbarschaft stammen, zum anderen da die Gemeinde sich nach außen hin abschottet und bisher trotz mehrfacher Einladungen die Teilnahme an Aktivitäten des Bezirks bzw. Kiezes verweigert hat. Auch am sogenannten „Tag der Offenen Moschee“ beteiligt sich der Verein nicht, wird uns berichtet. Ein Experte erzählte:

„Das liegt ganz klar an der Position ihres Imam, der zwar für sie eine Autorität ist, aber null Brücke zur Mehrheitsgesellschaft hat. Auch im Vereinsvorstand haben die keine Leute, die diese Funktion wahrnehmen können. Es gibt da zwar ganz fitte Studenten, aber deren Kapazität reicht gerade dazu, den Alltag des Gebäudes zu managen.“

Neben den üblichen Angeboten eines Moscheevereins beteiligt sich die Gemeinde an der seit 1995 jährlich in Berlin stattfindenden islamistisch-antisemitischen „Al-Quds-Demonstration“. Der Ursprung dieser politischen Veranstaltung geht auf das Jahr 1979 zurück. Damals, nach der islamischen Revolution im Iran, erklärte Ayatollah Khomeini den letzten Freitag des Fastenmonats Ramadan zum internationalen Al-Quds (Jerusalem)-Tag und rief weltweit alle Muslime auf, an diesem Tag gegen Israel zu demonstrieren.

„Aus islamischen, menschlichen, wirtschaftlichen, sicherheitspolitischen und (allgemein) politischen Gesichtspunkten ist die Gegenwart Israels eine gewaltige Bedrohung gegen die Völker und Staaten der Region. Und es gibt nur eine Lösung, das Problem im Mittleren Osten zu lösen, nämlich die Zerschlagung und Vernichtung des zionistischen Staates“, erklärte Khomeinis Nachfolger, Ayatollah Ali Khamenei, 1999 das Anliegen der „Al-Quds-Demonstration“.

Die weltweit stattfindenden Demonstrationen werden vom Iran aus koordiniert und von verbündeten islamistischen Zentren und Organisationen vor Ort organisiert. In Deutschland spielt dabei das Islamische Zentrum Hamburg (IZH) eine zentrale Rolle. Auch in Berlin werden bei dieser Demonstration antisemitische Parolen gerufen und Fahnen und Embleme der libanesischen Hizbollah getragen.

Gemeinsam mit weiteren vier schiitischen Einrichtungen in Berlin ist die Imam Cafer Sadik Moschee Mitglied der im Iran ansässigen „Ahl-ul-Bait Weltversammlung“. ²⁷¹ Sitz des deutschen Ablegers „Islamischer Rat der Ahl-ul-Bait Gemeinschaften in Deutschland (IRAB)“ ist das Islamische Zentrum Hamburg. Sein Vorstand wird vom Iran aus besetzt, bis 1980 leitete der (spätere) iranische Präsident Khatami die Einrichtung. Der Hamburger Verfassungsschutz nennt das IZH eine „hochrangige Verbindungsstelle der islamischen Republik Iran“ und berichtet über Verbindungen zur Hizbollah.

Laut Selbstdarstellung des im IZH ansässigen IRAB verfolgt die Organisation folgende Ziele: Informationsaustausch religiöser, sozialer und kultureller Erfahrungen der verschiedenen Vereine sowie die Förderung der gegenseitigen Kooperation. Darüber hinaus die Vertretung muslimischer Interessen und die Verbreitung bzw. Erklärung islamischer Inhalte in der

²⁷¹ www.ahl-ul-bait.org/english/ABOUT-US/index.htm

Öffentlichkeit zum Zweck des besseren Verständnisses sowie die Ausbildung von Personen für die Öffentlichkeitsarbeit.²⁷²

Nach Experten- und Verfassungsschutzmeinung handelt es sich bei dieser Organisation aber eher um ein religiöses Netzwerk zur Verbreitung der kohmeinistischen islamistischen Ideologie.

8.1.7. Das Pakistanische Kulturzentrum der Minhaj ul-Quran

Das „Pakistanische Kulturzentrum e.V. - Idara Minhaj ul-Quran“ in der Tiergartener Perleberger/Ecke Stromstraße ist das Berliner Zentrum des weltweiten Netzwerkes der „Minhaj ul-Quran“ (Methode des Koran). Hauptsitz der zu dieser Organisation gehörenden Gemeinden in Deutschland ist Frankfurt am Main, die Weltzentrale befindet sich im pakistanischen Lahore. Dort wurde 1981 die in mittlerweile über 80 Ländern vertretende Organisation von dem charismatischen Juristen Dr. Tahir ul-Quadri gegründet, der der Organisation auch heute noch vorsteht.²⁷³

Minhaj ul-Quran unterhält weltweit zahlreiche religiöse, soziale und kulturelle Institutionen sowie diverse Bildungseinrichtungen. 1989 gründete ul-Quadri in Pakistan die politische Partei „Pakistan Awami Tehreek (PAT)“, deren Vorsitzender er ist.²⁷⁴ Die Partei ist nicht im pakistanischen Parlament vertreten. Im Frühsommer 2003 besuchte ul-Quadri auf seiner Europareise auch das Berliner Zentrum in Tiergarten.

Ziel des Netzwerkes Minhaj ul-Quran und PAT ist es, die Ummah (Weltgemeinschaft aller Muslime) zu vereinigen und den „wahren“ Islam zu verkünden bzw. zu stärken.²⁷⁵ Das Berliner Zentrum wird von 50 Mitgliedern und bis zu 150 regelmäßigen Besuchern getragen. Zu den Angeboten des Vereins gehören der Sprachunterricht in Urdu, die religiöse Unterweisung sowie die Kinder- und Jugendbetreuung.²⁷⁶

Negativ in Erscheinung getreten ist die Minhaj ul-Quran durch die Diskriminierung und Verunglimpfung der islamischen Ahmadiyya-Gemeinschaft (Qadiyani-Gruppe), deren Weltzentrum sich seit der Teilung Indiens in Pakistan befindet.²⁷⁷ Der Hintergrund dieser Auseinandersetzung liegt im unterschiedlichen Islamverständnis begründet. Während ul-Quadri sich als Vertreter der sunnitischen Traditionen des Islam versteht, handelt es sich bei der Ahmadiyya-Gemeinschaft um eine gegen Ende des 19. Jahrhunderts entstandene islamische Reformbewegung.

Begründer der Ahmadiyya-Glaubenslehre ist der aus dem nordindischen Punjab stammende sunnitische Gelehrte Mirza Ghulam Ahmad (1835 bis 1908). Das prägnanteste Merkmal seiner „islamischen Erneuerung“ ist der 1890 von Ahmad verkündete Anspruch, der Messias, der heilsgeschichtlich erwartete Erlöser in Gestalt der Reinkarnation Jesu Christi zu sein. Die Verehrung Ahmads als Propheten wird den Anhängern der Ahmadiyya-Bewegung (Ahmadis) von sunnitischer Seite zum Vorwurf gemacht, da der Prophet Mohammed als letzter Gesandter Gottes gilt und damit als „Siegel der Propheten“. Orthodoxe Muslime werfen der Reformbewegung sogar Häresie (Ketzerie, Gotteslästerung) vor, die mit dem Tod bestraft werden müsse. In Pakistan und verschiedenen anderen Ländern des Nahen und Mittleren Ostens werden die Ahmadis ihrer Glaubensfreiheit beraubt und zum Teil massiv verfolgt und mit dem Tode bedroht. 1974 erließ das pakistanische Parlament ein Gesetz, das die Ahmadis offiziell zu „Nichtmuslimen“ erklärte. Viele flohen vor der systematischen Verfolgung.

Die meisten der in Deutschland lebenden pakistanischen Ahmadis kamen in den 70er und 80er Jahren und wurden hier aufgrund der politischen Verfolgung als Asylberechtigte anerkannt. Als der Bezirksbürgermeister von Mitte, Joachim Zeller, im Rahmen seines

²⁷² www.irab.de/diverse/ziele_der_irab.htm

²⁷³ www.minhaj.org/pre/tmq/globnetw.html

²⁷⁴ www.pat.com.pk

²⁷⁵ www.minhaj.net/home/central.minhaj

²⁷⁶ vgl. „Pakistanisches Kulturzentrum e.V. / Idara Minhaj ul-Quran Berlin“ in: Nils Grübel und Stefan Rademacher (Hrsg): Religion in Berlin, Berlin: Weissensee Verlag 2003, S. 337 ff

²⁷⁷ www.thepersecution.org/nr/2002/dec2002.html

Moscheerundganges im Juni 2003 auch das „Pakistanische Kulturzentrum e.V. - Idara Minhaj ul-Quran“ besuchte, wurde von begleitenden JournalistInnen auch nach dem Verhältnis des Vereins zu der in Reinickendorf ansässigen Berliner „Ahmadiyya Muslim Cemaat“ gefragt. Vertreter des Pakistanischen Kulturzentrums stellten die Ahmadiyya daraufhin als „Produkt der Engländer“ aus der Kolonialzeit dar. Auch von politischer Verfolgung wolle man nicht sprechen. Es seien Wirtschaftsflüchtlinge, die behaupten, politisch verfolgt zu sein, um hier als Asylberechtigte anerkannt zu werden. „Es gibt Leute, die auch politische Probleme haben, aber diese Ahmadiyya Cemaat, die hat wirklich keine Probleme, das sind wirtschafts-politische Probleme. Man versucht hier Fuß zu fassen und wenn man solche Sachen [wirtschaftliche Probleme] angibt, dann wird man nicht anerkannt“, erklärten sie dem Bürgermeister und den anderen Gästen.

8.1.8. Die Gemeinden „Deutschsprachiger Muslim-Kreis“ und „Islami Tahrik“, und die Netzwerke „Muslimat Berlin“ und „Initiative Berliner Muslime“

8.1.8.1. Deutschsprachiger Muslim-Kreis

Der Deutschsprachige Muslim-Kreis Berlin e.V. (DMK) wurde am 3. Juli 1999 in der Kreuzberger Obentrautstraße gegründet und am 5. Juni 2000 beim Amtsgericht Charlottenburg als Verein eingetragen. Zu diesem Zeitpunkt firmierte der DMK bereits in der Weddinger Drontheimer Straße 16, am Ort der vom Verein Islami Tahrik getragenen Bilal-Moschee.

Laut Satzung ist der DMK der Ethik und Moral des Islam verpflichtet und will die islamische Lehre im Rahmen und im Einklang mit den Gesetzen der Bundesrepublik und der Berliner Verfassung erfüllen. Ziel und Zweck des Vereins ist der Abbau von Vorurteilen und die Verbesserung der Beziehungen zwischen Muslimen und Nichtmuslimen. Das Bildungsniveau der Mitglieder des DMK ist hoch, viele sind AkademikerInnen. Zur Aufgabe gestellt hat sich der DMK u.a. die Trägerschaft von Kindertagesstätten, Jugendeinrichtungen sowie Aus- und Weiterbildungsstätten. Auf seiner Internetseite, www.dmk-berlin.de bezeichnet sich der DMK als multinationale islamische Religionsgemeinschaft, in der sich „Muslime aus bisher weit über fünfzehn Ländern treffen zu gemeinsamen Gebeten, Reisen, Vorträgen und vielen weiteren Aktivitäten“.

Nicht nur aufgrund dieser internationalen Zusammensetzung finden „so weit wie möglich alle Aktivitäten und Veranstaltungen in deutscher Sprache“ statt. Nicht wenige der Mitglieder des DMK sind zum Islam konvertierte Frauen und Männer deutscher Herkunft. In einem Artikel über die „Islam-Konvertiten“ gibt die Journalistin Ursula Trüper den Anteil der Mitglieder deutscher Herkunft mit 70 Prozent an²⁷⁸. Sie stellten im ersten Vorstand des DMK auch vier der sieben Vorstandsmitglieder, darunter die auch über Berlin hinaus bekannten Jörg Hanusch und (Joachim Karl) Yussuf Kuhn. Letzterer betreibt mit dem Internetservice Amana-Online²⁷⁹ und der gleichnamigen E-Mailgruppe seit März 2000 einen Informationsaustausch durch die Verbreitung von Nachrichten, Informationen, Analysen sowie Medienbeobachtung rund um das Thema Islam. Kuhn hat u.a. das Buch „Muslim sein in Europa“ von Tariq Ramadan aus dem Französischen ins Deutsche übersetzt.

Eine wichtige Rolle spielen im DMK auch die Frauen, die einen der beiden Stellvertreterposten des Vorstandsvorsitzenden bekleiden. Entsprechend der letzten Eintragung im Vereinsregister hat im November 2002 die Lehrerin Sigrid Klaus-Salama diese Funktion übernommen.²⁸⁰ Insgesamt sollen mehr Frauen als Männer im DMK organisiert

²⁷⁸ Ursula Trüper: „Islam-Konvertiten - Nicht so belastet von der Tradition“, 27.11.2003, unter: www.gantara.de/webcom/show_article.php/c-469/nr-70/p-1/i.html

²⁷⁹ Das Verb „amana“ bedeutet: wissen, glauben und über den geringsten Schatten eines Zweifels hinaus überzeugt sein.

²⁸⁰ Amtsgericht Charlottenburg, Vereinsregister, Deutschsprachiger Muslim-Kreis - 95 VR 19935, eingesehen am 7. Januar 2004. Die ehemaligen Vorstandsvorsitzenden und Stellvertreter Abdurrahman Abuhe Mohammad, Jörg Hanusch, Mohammad Jimoh und Muadh Preuß sind inzwischen alle von ihren Funktionen zurückgetreten,

sein. „Ein Drittel der Frauen kam von alleine, zwei Drittel sind mit muslimischen Männern verheiratet“, zitiert Trüper eine Konvertitin des Vereins. Aufgrund der deutschen Herkunft seien gerade die zum Islam übergetretenen Frauen nicht so belastet von der Tradition und hätten deshalb eine differenziertere Sicht zur Stellung der Frau im Islam. „Wir suchen uns auch die entsprechenden Männer aus. Das ist eine große Chance, auch für die Männer“, heißt es in dem Artikel über den DMK.²⁸¹ Davon ist aber bei den Freitagsabend-Vorträgen in der Bilal-Moschee, in denen die Gemeinde religiöse und gesellschaftspolitische Themen diskutiert, nicht viel zu erkennen. Zur Aufrechterhaltung des traditionellen Geschlechterverhältnisses wird der Moscheeraum mit einer Holzwand in zwei Hälften geteilt, hinter der sich die Mädchen und Frauen zu versammeln haben. Außer dem Vortragenden sehen sie keinen der vor der Holzwand Platz nehmenden Jungen und Männer.

8.1.8.2. Muslimat-Berlin

Initiiert von den Frauen des DMK, der so genannten Frauen-Schura, gründete sich das Netzwerk muslimischer Frauen Berlins unter dem Namen „Muslimat Berlin“. Zu diesem Frauennetzwerk gehören neben dem DMK und der Muslimischen Jugend in Deutschland (MJD) auch die Frauengruppen der beiden Neuköllner Vereine „Islamisches Kultur- und Erziehungszentrum (IKEZ)“ und „Al-Nur-Moschee“. Die Frauengruppe der Al-Nur-Moschee geriet nach einer Polizei-Razzia am 20. März 2003²⁸² kurzzeitig ins Zentrum öffentlichen Interesses. Sie hatte auf ihrer Internetseite einen als antisemitisch zu verstehenden Dialog mit dem religiösen Oberhaupt ihrer Gemeinde, Scheich Salem, veröffentlicht. Es ging um die Frage, ob es im Koran „eine Stelle gebe, an der steht, dass die Juden bis zum Jüngsten Tag verflucht sind?“ Die Antwort des Scheichs darauf: „An mehreren Stellen im Koran steht, dass die Juden verflucht sind.“ „Und warum?“, fragten die Frauen nach und der Scheich antwortete: „Weil sie auf der Erde Unheil stiften.“ Nachdem die Presse diese und eine weitere Passage dieser Internetseite aufgriff, in der mit Bezug auf den Propheten Mohammad die „Affen und Schweine als die Umwandlungsform der Juden“ bezeichnet wurden, löschte die Frauengruppe der Al-Nur-Moschee ihre Homepage.

Die Muslimische Jugend

Sieben Monate später geriet ein weiterer Verein dieses Netzwerkes in die Schlagzeilen – die Muslimische Jugend in Deutschland (MJD). Anfang November 2003 wurde bekannt, dass die Jugendorganisation MJD vom Bundesfamilienministerium „im Rahmen eines Bundesprogramms gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“²⁸³ mehrere Jahre gefördert worden war. „Aufgrund neuer Erkenntnisse des Verfassungsschutzes, die erst jetzt bekannt wurden“, sei aber der Antrag der MJD auf weitere Förderung abgelehnt worden. Hintergrund dieser Ablehnung seien „organisatorische und personelle Berührungspunkte“ zwischen MJD und den Muslimbrüdern²⁸⁴ sowie dem von

so dass im Mai 2003 Herr Djaudat Sabbagh der Gemeinde als „neuer Vorsitzender und damit Amir des DMK“ bekannt gegeben wurde. Djaudat Sabbagh ist Gründungsmitglied des DMK. Den Posten des Stellvertreters hat Herr Ghassan el-Bathich übernommen. Am 20. Dezember 2003 sollte dazu eine ordentliche Mitgliederversammlung erfolgen. Trotz mehrfacher schriftlicher und persönlicher Anfragen mit der Bitte um einen Gesprächstermin im Rahmen der Kommunalanalyse kam der DMK-Vorstand dieser Bitte mit der Begründung fehlender Zeit nicht nach.

²⁸¹ a.a.O. Ursula Trüper

²⁸² Am Abend des 20. März 2003 ließ Generalbundesanwalt Kay Nehm die Räume der Al-Nur-Moschee und fünf weitere Objekte in Berlin durchsuchen. Im Zuge dieser Razzia wurden der Vorbeter der Moschee, der 42jährige Libanese Dr. Salem El-Rafei (Scheich Salem), sowie weitere vier Personen kurzzeitig festgenommen. Eine sechste Person, ein 32 Jahre alter Tunesier, in dessen Berliner Wohnung eine geladene Pistole und scharfe Munition gefunden wurde, kam in Untersuchungshaft. Ihm wird die versuchte Gründung einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen. Der Tunesier hatte Kontakt zu der als Sammelbecken arabischer Islamisten bekannten Al-Nur-Moschee aufgenommen. Aktiver Förderer der Al-Nur-Moschee war auch ein saudischer Diplomat, der bereits seit September 2002 im Fadenkreuz des Verfassungsschutzes stand. Um einer drohenden Ausweisung zuvorzukommen, verließ der Diplomat jedoch Deutschland.

²⁸³ Susanne Vieth-Entus: „Antisemitismus inbegriffen“, Tagesspiegel, 7.11.2003

²⁸⁴ siehe Anhang dieses Kapitels: Muslimbruderschaft

Bundesinnenminister Otto Schily verboten den Al-Aksa-Verein. Mit amtlichem Briefkopf des Familienministeriums hatte die MJD Projekte an Schulen in Berlin angeboten. In diesem Kontext wurden nun auch die elektronischen Freitagspredigten der MJD zur Kenntnis genommen, die auf der Internetseite der Organisation nachzulesen sind. Eine dieser Freitagsbotschaften (genannt Nashia - Ratschlag) hatte sich eine Woche nach dem Ende der offiziellen Kriegshandlungen der USA im Irak dieses Themas angenommen. Bevor jedoch die Frage beantwortet wurde, „was mit den Muslimen, unseren Geschwistern dort [im Irak] geschieht“, wurden die Jugendlichen der MJD mit einem Koranvers entsprechend eingestimmt: „Und die Juden sagen: ‚Die Hand Allahs ist gefesselt‘. Ihre Hände sollen gefesselt sein, und sie sollen verflucht sein um dessentwillen, was sie da sprechen. [] Sooft sie ein Feuer für den Krieg anzündeten, löschte Allah es aus, und sie trachteten nur nach Unheil auf Erden; und Allah liebt nicht die Unheilstifter.“²⁸⁵

Die MJD wurde als erste „unabhängige, überregionale und deutschsprachige Organisation für muslimische Jugendliche in der Bundesrepublik Deutschland“, im Sommer 1994 während eines Zeltlagers, organisiert vom Lützelbacher Verein „Haus des Islam (HDI)“, gegründet. In ihrer aktuellen Selbstdarstellung schreibt die Muslimische Jugend: „Die MJD hat derzeit etwa 250 Mitglieder in ganz Deutschland im Alter zwischen 13 und 30 Jahren. Multikulturell ist die Zusammensetzung, sie stammen beispielsweise aus Ländern wie Deutschland, Sri Lanka, England, Tansania, Ecuador, den arabischen Ländern und der Türkei.“ Die MJD ist bundesweit in 20 sogenannten Lokalkreisen organisiert. Am 23. April 2000 gab sich die MJD eine Satzung und wurde am 6. Juni 2001 als Verein in Berlin beim Amtsgericht Charlottenburg eingetragen. Auskunft über die Aktivitäten und die FunktionärInnen der MJD von der Gründung 1994 bis zu dieser Eintragung als Verein im Jahr 2001 erhält man demzufolge nicht aus der Vereinsakte, wohl aber zum Teil aus dem Publikationsorgan der MJD, dem Newsletter. Dort findet sich als erste Kontaktadresse der MJD die Heimatadresse von Fereshta Ludin in Schwäbisch-Gmünd. Bis 1999 war Fereshta Ludin in der MJD aktiv, auch im Vorstand (genannt Schura). Es verwundert daher nicht, dass Fereshta Ludin für ihre Klage, als verbeamtete Lehrerin mit Kopftuch in den staatlichen Schuldienst eingestellt zu werden, besonders aus den Kreisen der MJD und dem mit dem MJD kooperierenden Netzwerk islamischer Organisationen besonders große Unterstützung erhält. Zu diesem Netzwerk kann auch das DMK gezählt werden, gehörte doch der damalige Vorsitzende der MJD, Imran Sagir, zu den Gründern des DMK. Zur Bekanntmachung mit dem Islam durch Infostände in Einkaufsstrassen hat der DMK eine so genannte Dawa-Gruppe²⁸⁶ gebildet, zu der Mitglieder des DMK, der Al-Nur-Moschee, der Risale-i-Nur und der MJD gehören.

Seit dem Jahr 2002 sitzt Riem Hawi aus Braunschweig im Vorstand der MJD.²⁸⁷ In ihrer Selbstdarstellung schreibt die 25jährige: „Als jemand, der von den Anfängen an dabei war, konnte ich die eine oder andere Entwicklung innerhalb der MJ beobachten und miterleben. [] Mit Allahs Hilfe und unseren vereinten Kräften arbeiten wir daran, die positiven Dinge weiterzubringen. Von unserem Endziel sind wir noch weit entfernt – wir bitten Allah daher darum, unsere Absichten reinzuhalten, sowie uns das Recht erkennen und befolgen zu lassen.“²⁸⁸ Als Vertreterin der MJD unterstrich Riem Hawi auf der Jahresveranstaltung der „Islamischen Gemeinschaft in Deutschland (IGD)“ am 21. September 2003 im Berliner Tempodrom die Bedeutung der Jugend, denn „es sind immer die Jugendlichen, die etwas ändern“²⁸⁹. Aber nur eine Jugend, die sich einer Gesellschaft zugehörig fühlt, könne Veränderungen herbeiführen. Riem Hawi verweist auf die Gefährten des Propheten Mohammad, denn nur weil sie Teil ihrer Gesellschaften waren, hätten sie diese verändern können, und zwar „zum Besseren“. „Und auch das wollen wir“, erklärt Hawi, denn

²⁸⁵ Freitags-Nasiha Nr. #76/2003 vom 18.04.2003, ehemals unter: www.mjd-net.de/export/mj/wissen/nasiha/nasiha_nr_76_18.04.2003

²⁸⁶ Dawa bedeutet: Einladung zum Islam und kann als Missionierung in Form von positiver Darstellung und Bekanntmachung mit dem Islam verstanden werden.

²⁸⁷ MJD Newsletter Nummer 18

²⁸⁸ www.mj-net.de/export/mj/ueberUns/profil/schura.html abgelesen im November 2003, inzwischen gelöscht

²⁸⁹ Video-Mitschnitt der Rede liegt vor

„Integration heißt ja: Heile machen. Das kommt aus dem Lateinischen und heißt: heile, sauber. Integration heißt heile machen und das wollen wir und nichts anderes“.

Riem Hawi bezieht sich in ihrer Rede auf den geistigen Mentor der Veranstaltung, den deutschen Konvertiten Ahmad von Denffer. In einem Grundsatzreferat zum Thema der IGD-Jahrestagung „Integration statt Ghetto?!!“ hatte Ahmad von Denffer erklärt: „Die Muslime sollten Integration nicht als ‚Teil werden‘ oder ‚Teil sein‘ der Gesellschaft verstehen, sondern als ‚sich beteiligen‘ an der Gesellschaft, also von einer passiven zu einer aktiven Rolle finden. Wenn die Muslime ihre eigentliche Aufgabe wahrnehmen, nämlich ihren Mitmenschen hierzulande das Wort Allahs nahe zu bringen und den Menschen zu nützen, dann wird all das, worum man sich ansonsten so sehr bemüht, sich eigentlich von selbst erledigen.“²⁹⁰ Die Tatsache, dass man in einer säkularen Demokratie lebe, schreibt Ahmad von Denffer, Herausgeber der deutschsprachigen muslimischen Zeitschrift der IGD, „al-Islam“, müsse für die Muslime nur ein Ansporn sein, „sich nach besten Kräften dafür einzusetzen, die Gesellschaft in eine islamgemäße umzuwandeln.“ Dazu sei es von größter Wichtigkeit, so von Denffer, dass sich die Muslime „um die deutsche Sprache bemühen“, denn „nur über sie kann den Nichtmuslimen das Wort Allahs vermittelt werden“.

Organisiert wurde das IGD-Jahrestreffen vom Berliner Veranstalter Agentur-AMANA, dessen Vertreter Chaban Salih erklärte, dass die IGD mit dieser öffentlichen Mitgliederveranstaltung „eine Diskussion über die Integration von Muslimen in dieser Gesellschaft in Gang setzen möchte“.²⁹¹ Unter Leitung von Chaban Salih betrieb die MJD in Berlin bis Anfang November 2003 ein interkulturelles Schulprojekt.²⁹² Dem bereits erwähnten Förderstopp der MJD durch das Bundesfamilienministerium waren interne Warnungen der Berliner Schulverwaltung vor möglichen Missionierungsversuchen der Muslimischen Jugend vorausgegangen.²⁹³

Im Frühjahr 2003 schrieb die MJD ein Stipendium aus für ein „vierjähriges Scharia-Studium am Institute Europeen des Sciences Humaines (IESH) in Chateau Chineau [gemeint ist: Chinon] in Frankreich“. Ziel dieses Studiums sei es, „junge Muslime in Deutschland mit Fachwissen im Bereich der islamischen Wissenschaften auszustatten und sie zu kompetenten Multiplikatoren heranzubilden“.²⁹⁴ Dieses „Europäische Institut der Geisteswissenschaften (IESH), zu dem die islamische Universität in Chateau-Chinon gehört, wurde 1990 maßgeblich von Führungskräften der „Union der Islamischen Organisationen von Europa (U.O.I.E.)“ und deren französischem Arm, der „Union der islamischen Organisationen von Frankreich (U.O.I.F.)“, geschaffen. Die U.O.I.F. gilt als der „französische Ableger des internationalen Netzwerks der Muslimbrüder“.²⁹⁵

Die MJD ist Gründungsmitglied des 1995/1996 gegründeten „Forum europäischer muslimischer Jugend- und Studentenorganisationen – FEMYSO“. Vorsitzender dieses europäischen Jugendverbandes war bis zum Jahr 2002 der Multifunktionär deutsch-ägyptischer Herkunft, Ibrahim el-Zayat. El-Zayat ist u.a. angeheirateter Neffe des „Milli-Görüs-Weltführers“ Necmettin Erbakan und seit Ende 2001 Vorsitzender der „Islamischen Gemeinschaft in Deutschland (IGD)“. Der Verfassungsschutz bezeichnete die IGD als „unter dem bestimmenden Einfluss des ägyptischen Zweiges der Muslimbruderschaft stehend“.²⁹⁶ Den

²⁹⁰ www.i-g-d.com/html/jahrestreff2.htm Abgelesen am 20.2.2004

²⁹¹ Islamische Zeitung: „Muslimische Gemeinschaft erwartet viele Besucher, IGD lädt am 21. September zu Abschlussveranstaltung ins Tempodrom“, Berlin, 19.9.2003, unter: www.islam.de/?site=articles&archive=newsnational&article_number=1759

²⁹² a.a.O. Susanne Vieth-Entus, Tagesspiegel, 7.11.2003

²⁹³ Frankfurter Rundschau: „Bund stoppt Zuschüsse, Muslimische Jugend in Kritik“, 08.11.2003

²⁹⁴ www.mj-net.de „Stipendium der Muslimischen Jugend in Deutschland – Ausschreibung“, sekretariat@mjd-net.de, Einsendeschluss ist der 20. Juli 2003.

²⁹⁵ www.iesh.org/Html/C_present.htm abgelesen am 27.02.2004, und „Kopftuchdebatte à la française“ unter: www.qantara.de/webcom/show_article.php?c=469/nr=68/i.html

²⁹⁶ siehe: www.verfassungsschutz.de/publikationen/gesamt/islambr.html, abgelesen am 24.2.2004. In einer Gegendarstellung, veröffentlicht am 24. Februar 2004 in der Berliner Morgenpost, erklärt Ibrahim el-Zayat: „In der Berliner Morgenpost wird die Behauptung wiedergegeben, ich sei der Vorsitzende der Muslimbruderschaft Deutschland. Hierzu stelle ich fest: Die aufgestellte Behauptung ist unwahr. Köln, 30.01.04, Ibrahim el-Zayat.“ Unter: <http://morgenpost.berlin1.de/inhalt/berlin/story661583.html> Aktueller VS-Bericht, S. 187: „Die in Deutschland mitgliederstärkste Organisation von MB-Anhängern, die ‚Islamische Gemeinschaft in Deutschland e. V.‘ (IGD)“, siehe: http://www.bmi.bund.de/Annex/de_25540/Verfassungsschutzbericht_2003_Download.pdf

Posten des FEMYSO-Vorsitzenden hat Ibrahim el-Zayat inzwischen weitergereicht an den Vorsitzenden der MJD, Khallad Swaid aus Aachen. Daraufhin wurde nun Ibrahim el-Zayats Bruder Bilal neuer Vorsitzender der MJD.

Die FEMYSO wiederum ist eine der „Central Organisations“ der „Federation of Islamic Organisations in Europe (FIOE)²⁹⁷, mit Sitz in Großbritannien. Mitglied der FIOE (frz. Abk.: U.O.I.E.)“, die im Internet unter dem Namen „EU-Islam“ auftritt, ist die IGD. Zu den „Central Organisations“ der FIOE gehören ebenfalls das „European Council for Fatwa and Research“ und der „European Trust“. Präsident des 1997 in Großbritannien gegründeten „European Council for Fatwa and Research“ ist der in Qatar lebende ägyptische Islamgelehrte Scheich Yussuf al-Qaradawi²⁹⁸. Al-Qaradawi ist „der bekannteste islamistische Gelehrte überhaupt und verfügt über Einfluss in so verschiedene Milieus wie unter arabischen Islamisten in der westlichen Welt einerseits und bei der palästinensischen Hamas andererseits“, schreibt Guido Steinberg, wobei er sich auf ein Buch von Gilles Kepel zur Muslimbruderschaft bezieht.²⁹⁹

Inssan

Vorsitzender der FIOE wiederum ist Ahmad al-Rawy. In dieser Funktion gehörte er zu den Referenten der Jahrestagung der IGD im September 2003 im Berliner Tempodrom. Am 22. Januar 2004 berichtete der Berliner Radiosender „InfoRadio“ über neue Erkenntnisse im Zusammenhang mit dem Projekt des Berliner Vereins „Inssan - für kulturelle Interaktion“, in Nordneukölln ein großes muslimisches Kulturzentrum zu bauen. So lägen dem Sender Dokumente vor, wonach der Kaufvertrag über die Hälfte des Grundstücks bereits im März 2002 geschlossen wurde. Als Käufer sei der Chef der IGD, Ibrahim el-Zayat, aufgetreten. „Tatsächlich beglichen wurde der Kaufpreis von 357.900 Euro laut RBB jedoch von einem ‚European Trust‘ aus England. Dahinter stehe der Chef der Föderation Islamischer Organisationen in Europa (FIOE), Ahmad al-Rawy, der in Sicherheitskreisen als europäischer Vertreter der Muslimbrüder gilt“.³⁰⁰ In einer Presseerklärung weist der Verein Inssan die Berichte und Beziehungen zur Muslimbruderschaft „entschieden zurück“. „Die Kontakte zu Ibrahim el-Zayat beschränken sich auf eine rein technische Ebene. Die Consulting Firma SLM, deren Geschäftsführer Herr el-Zayat ist³⁰¹, wurde als Fachfirma beauftragt, ein Gutachten über die Rentabilität des Grundstücks zu erstellen und eine Vorvereinbarung mit dem Eigentümer über einen möglichen späteren Kauf zu treffen. Der Kaufvertrag selber wurde von Herrn al-Rawy als Vertreter von European Trust Mitte 2003 unterzeichnet.“³⁰² Die „Anerkennung der Unabhängigkeit von Inssan“ sei Bedingung gewesen, heißt es in der Presseerklärung weiter. Wurden diese Bedingungen nicht erfüllt, hätte Inssan auch „jegliche Hilfe und Unterstützung zurückgewiesen.“ Vor dem Hintergrund des hier nur kurz angerissenen personellen und organisatorischen Netzwerkes von IGD und FIOE (European Trust) klingt diese Hoffnung auf Beibehaltung der Unabhängigkeit etwas naiv.

Aus einem ganz anderen Grund kritisierte ein Gesprächspartner, der sich in Wedding rund um die Koloniestraße um soziale Verbesserungen im Kiez kümmert, u.a. auch den Verein „Inssan“:

²⁹⁷ www.eu-islam.net/cent_org.html

²⁹⁸ Danach gefragt, was es mit der Beteiligung von muslimischen Frauen am Kampf in Palästina auf sich habe, die sogenannte „Märtyrer-Operationen“ durchführen und sich dabei über manche für Frauen verbindliche Regeln hinwegsetzen, vertrat Scheich al-Qaradawi die Ansicht: „Die Teilnahme von Frauen an Märtyrer-Operationen, die in Palästina erfolgen, das ein besetztes Land ist, zusätzlich zu zahlreichen Sakrilegien der Juden gegen die Heiligtümer, ist eine der höchst lobenswerten Formen des Gottesdienstes. Diese Handlung ist auch eine Art des Glaubenszeugnisses für Allahs Sache und lässt sie inschallah den selben Lohn beanspruchen wie die Männer, die ebenso für Allahs Sache sterben.“ [] Auch dürfe die Frau in diesem Fall ohne männliche Begleitung (mahram) reisen und ihre Bedeckung (hidschab) ablegen, „weil sie auf Allahs Weg stirbt und nicht um ihre Schönheit oder ihr Haar zur Schau zu stellen“. Unter: www.i-g-d.com/html/al%20-islam/Worte%20des%20Propheten.htm

²⁹⁹ Guido Steinberg: „Der Islamismus im Niedergang?“, in: Bundesministerium des Inneren (Hg.): Texte zur Inneren Sicherheit „Islamismus“, Berlin, Dezember 2003, S. 21

³⁰⁰ RBB, InfoRadio, 22.1.2004.

³⁰¹ siehe auch Kapitel: Islamische Gemeinschaft Milli Görüs

³⁰² Presseerklärung: „Inssan e.V. weist Anschuldigungen entschieden zurück“, Berlin, 23.1.2004

„Um mal auf den Kiez zurückzukommen, z. B. Inssan, die haben ja überhaupt kein Interesse am Wedding, die Schlachtfelder sind Neukölln, Kreuzberg. Klar, Inssan schmückt sich auch mit ihrer Zusammenarbeit mit dem Quartiersmanagement Pankstraße, da ist ja eigentlich nicht viel gelaufen. Wenn die Interesse an sozialer Arbeit hier im Gebiet gehabt hätten, dann wären sie hier. Aber es geht ihnen auch ein wenig um die Show, genau so aber auch der Islamischen Föderation. Wenn die wirklich etwas schönes bauen wollten, dann würden sie hier mal ihre Baugenehmigung umsetzen [Haci-Bayram-Moschee]. Machen sie aber nicht. Statt dessen sammeln sie neue Baugenehmigungen, weil sie eh kein Geld haben.“

8.1.8.3. Die Initiativer Berliner Muslime

Der Verein Inssan bildet gemeinsam mit der Muslimischen Jugend, dem DMK, dem Verein Islami Tahrik, dem IKEZ und dem Hicret e.V. das Netzwerk „Initiative Berliner Muslime (IBMus)“. Assoziierte Mitglieder dieses Netzwerkes sind der Neuköllner Al-Nur-Moscheeverein, die Al-Falah-Moschee in Tiergarten und der Kreuzberger Vahdet Verein. Die Idee einer engeren Kooperation sei während der vom DMK gemeinsam mit anderen islamischen Vereinen im Mai 2001 veranstalteten Islamwoche an der Technischen Universität Berlin besprochen worden.³⁰³ Nach dem 11. September wurde ein solches Netzwerk als dringend notwendig erachtet und im November stand die Satzung. Zu den ersten Mitgliedern der Initiative zählte neben der MJD, dem DMK und Islami Tahrik auch die „Muslimische Studentenvereinigung (MSV)“ des Ibrahim el-Zayat. Ziel des Netzwerkes sei nicht die Schaffung einer weiteren Dachorganisation, sondern „die vorhandenen Bestrebungen zu verknüpfen und mit vereinten Kräften Aktionen für die Belange der Muslime und für die Ziele des Islam vorzubereiten und durchzuführen“, erklärte der damalige Vorsitzende der IBMus, Ismet Misirlioglu, in einem Gespräch mit dem Chefredakteur der DMK-Publikation „Grüne Hefte“, Mikail Alman (Mikail Troppenz³⁰⁴) im April 2002. Die Initiative Berliner Muslime möchte „mehr geschwisterliches Verhalten erreichen, damit wir uns gegenseitig unterstützen und außerdem in die Mehrheitsgesellschaft hineinwirken können“, wird Misirlioglu zitiert. Die gleichfalls in dieser Ausgabe der „Grünen Hefte“ abgedruckte Satzung der IBMus entspricht in Präambel sowie Ziel und Aufgabe weitgehend der Satzung des DMK.³⁰⁵

Zu den Aktivitäten, die das Netzwerk IBMus organisiert, gehört auch der Sportwettkampf „Muslim Cup“, der am 1. Mai 2003 zum dritten Mal stattfand. Zu diesem Cup muslimischer SportlerInnen gehören ein Fußball- und ein Volleyballturnier sowie Schwimmwettbewerbe für Frauen und für Männer. Die für das Sportturnier geltenden Verhaltensregeln, die „HarakaBaraka-Vereinbarungen“, beinhalten neben dem Gebot der Fairness auch die Aufforderung an alle TeilnehmerInnen: „Achte auf die islamische Kleidervorschrift“.³⁰⁶

Für den 17. Januar 2004 rief IBMus zu einer „Großdemonstration für Religionsfreiheit und gegen jede staatlich reglementierte Kleiderordnung“ auf. Die Anregung, den 17. Januar als internationalen Protesttag zu begehen gegen den französischen Präsidenten Jacques Chirac und die französische Gesetzesinitiative, Schülerinnen das Tragen religiöser Symbole zu verbieten, ging von Scheich Yussuf al-Qaradawi aus. Etwa 1.200 Frauen und Männer nahmen an der Berliner Demonstration teil, mit Ausnahme einer Delegation aus Duisburg

³⁰³ www.dmk-berlin.de Aktuell: „Grüne Hefte - Das neue Nachrichten-Magazin für Muslime“, Leseprobe als ZIP-Datei downloaden, 23.4.2002

³⁰⁴ Mikail Troppenz (Mikail Alman) ist inzwischen Pressesprecher der IBMus. Auf seiner Internetseite www.islam-offensiv.de.vu ist der 63-Seiten lange Aufsatz von Mikail Alman mit dem Titel „Es wird Morgen im Abendland“ nachzulesen. Alman ruft darin im übertragenen Sinne zur „Islamisierung“ Deutschlands auf. Dies wäre Pflicht eines jeden Muslim, weil die deutsche Gesellschaft verrotten sei. Der Westen wolle „die Vernichtung des einzigen Gegenmodells zum westlichen Kapitalismus: den Islam“. „Die eigentliche Charta der Menschenrechte und Menschenpflichten ist der Koran. Wer sich davon weg bewegt – ob Muslim oder nicht -, der bewegt sich weg von Gottes Willen.“ Auf Seite 61 beschreibt Alman den Islam als „die Freiheitsbewegung gegen die wirkliche ‚Achse des Bösen‘“. Es werde aber keinen unterwandernden „Marsch durch die Institutionen“ geben, denn „wir haben einen geraden Weg durch die Herzen und Hirne angetreten“. (Unterstreichungen durch den Autor)

³⁰⁵ a.a.O. „Grüne Hefte“, 23.4.2002

³⁰⁶ www.mj-net.de und www.dmk-berlin.de

und Vertretern einer schiitischen Gemeinde Berlins fast ausschließlich Mitglieder der IBMus-Vereine³⁰⁷. In einem Gespräch mit dem Berliner „Tagesspiegel“ zu dieser Demonstration erklärte der aktuelle IBMus-Vorsitzende, Mohammad Abdul Razzaque, „ihm sei es egal, wenn islamistische Gruppen teilnehmen“.³⁰⁸

8.1.8.4. Islami Tahrik und Maulana Maududi

Mohammad Abdul Razzaque ist nicht nur Vorsitzender der IBMus, sondern auch des am 6. Juni 1993 gegründeten und am 13. Mai 1994 im Amtsgericht Charlottenburg eingetragenen Vereins „Islami Tahrik“. Der Verein von Muslimen pakistanischer Herkunft betreibt in der Drontheimer Straße 16 die Bilal Moschee und arbeitet eng mit dem DMK zusammen. So gestalten sie u.a. gemeinsam jeden Freitagabend eine Vortrags- und Diskussionsveranstaltung in der Moschee zu religiösen und gesellschaftspolitischen Themen.

Vor sechs Jahren, so erzählte uns ein Jugendsozialarbeiter türkischer Herkunft, habe der Verein noch in der Weddinger Exerzierstraße durch die „geschickte“ Abwerbung von Kindern und Jugendlichen pakistanischer Herkunft Aufmerksamkeit erregt:

„Vor einiger Zeit hatten wir einen pakistanischen Verein auch hier erlebt, in der Exerzierstraße. Wir hatten auch pakistanische Schüler hier, und sie [der Verein] haben zu ihnen [den Schülern] gesagt, ihr könnt jeden Tag nachmittags Computer spielen, am Wochenende könnt ihr den ganzen Tag Computer spielen. Dann habe ich gesagt, bestimmt könnt ihr nicht nur spielen. ‚Nein, nein, wir müssen erst beten und dann können wir spielen.‘ Da sind sie natürlich sehr geschickt an die Kinder rangekommen. Dann habe ich einmal vom Fenster gesehen, dass vier, fünf hochwertige Computer drin waren, und am Wochenende war der Verein voll von pakistanischstämmigen Jugendlichen dort. Kostenlos, klar. Das war vor sechs Jahren. Zu der Zeit hatten wir keinen Computer hier zum Beispiel. Und jetzt ist dieser Verein in der Drontheimer Straße. Und sie sagen natürlich von der deutschen Seite, sie sind nur ein islamischer Verein, nur auf der religiösen Ebene. Aber natürlich sind sie politisch aktive Menschen.“

Auskunft über den Hintergrund des Vereins Islami Tahrik erhielten wir in einem Gespräch mit einem Islamwissenschaftler und Kenner der islamischen Strukturen in Wedding. Er erzählte uns von einer Veranstaltung in der Bilal-Moschee im Oktober 2003:

„Ich war jetzt am Wochenende beim DMK, da war auch der pakistanische Mitbetreiber [Islami Tahrik] der Moschee dabei. Da war zu Gast ein Abgeordneter des Pakistanischen Parlaments von der ehemaligen Jamaat-i-Islami [islamische Vereinigung], also der Maududi Richtung. Der war übrigens auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung hier in Berlin. Mein Urdu ist ziemlich verblasst, aber was ich da so mitbekommen habe, der hat eher so einen Schlenker gedreht, Islam und Demokratie ist vereinbar. Und als Gegenbeispiel, was nicht vereinbar ist, hat er das Dritte Reich genannt. Das ist unheimlich mutig in dem Zusammenhang, weil sonst ja in diesen Kreisen das jetzt gar nicht benannt wird, oder so im Kontext mit dem Kolonialismus durch England relativiert wird. Der hat gesagt, dass eben die Volkssouveränität im Dritten Reich auf den Kopf gestellt worden sei, weil das eine Volk über die ganze Welt gestellt worden sei. Das dürfe nicht sein. Das war jetzt ein Schlenker, der mich so überrascht hat.“

Sayyid Abul A'la Maududi (1903-1979), genannt Maulana Maududi, war der Gründer und langjährige Vorsitzende der Jamaat-i-Islami, einer besonders in Pakistan einflussreichen islamistischen Partei. Als einer der meistgelesenen muslimischen Autoren seiner Zeit trug Maududi maßgeblich zur Verbreitung des Bildes eines autoritären, normfixierten und statischen Islam bei. Fundament seines politischen Kampfes war die Überzeugung, dass der Islam eine umfassende Weltanschauung sei. Der Islamwissenschaftler Martin Riexinger erläuterte in der tageszeitung „taz“ Leben und Werk des im Süden Indiens geborenen

³⁰⁷ siehe auch Kapitel: „Die Debatte um das Kopftuch“

³⁰⁸ „Protest gegen Kopftuch-Verbot“, Tagesspiegel, 17.1.2004

Sunniten Maududi, der als einer der bedeutendsten Vordenker des modernen Islamismus gilt.³⁰⁹ „Maududi bestand darauf“, schreibt Riexinger, „dass der Islam nicht als eine Sammlung von Ge- und Verboten verstanden werden dürfe. Stattdessen handle es sich um ein geschlossenes System, dessen Elemente aufeinander aufbauen. Für die Wahrheit dieses Systems bürge sein Ursprung in der göttlichen Offenbarung. Unvermeidlich stehe es daher im Gegensatz zu menschengemachten Gesetzen. Für einen wahren Muslim gebe es daher keine andere Option, als für die Durchsetzung der Gebote Gottes zu streiten.“ Die „Gemeinschaft der wahren Muslime“ beschrieb Maududi als „revolutionäre Elite und orientierte sich dabei „an Lenins Konzept der Kaderpartei. Den gewaltsamen Umsturz lehnte er aber ab. Als Maududi 1941 seine eigene Partei, die Jamaat-i-Islami³¹⁰, gründete, so Riexinger, organisierte er sie folgerichtig nach dem Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ als Kaderorganisation. Obwohl Maududi in der Gemeinschaft der wahren Gläubigen die einzige legitime Gemeinschaft sieht und Rassismus als unislamisch verdammt, zollte er dem Faschismus Respekt. „Hitler und Mussolini bewundert er als große Denker vom Range eines Marx oder Lenin“, schreibt Riexinger, denn „ihre gegen die Staatswirtschaft wie gegen das Finanzkapital gerichteten wirtschaftspolitischen Vorstellungen komme Maududis Ideal einer ‚islamischen Ökonomie‘ nahe“. Nach Maududis Vorstellungen sollte die neue Gesellschaft zuerst auf staatlicher Ebene errichtet werden. Als oberstes Prinzip dieses Staates und der Gesellschaft beschrieb er die Souveränität Gottes. Sie verbinde Religion und staatliche Ordnung zu einer untrennbaren Einheit, denn Gottes Souveränität erstreckte sich auf alle Bereiche menschlichen Lebens. Wie diese „Theodemokratie“ (wie er es selbst nannte) konkret funktionieren könnte, hat Maududi aber kaum ausgeführt, schreibt der Politologe und Südostasien spezialist Torsten Otto in seinem Artikel über Maududi und die Ideologie der Jamaat-i-Islami.³¹¹

In seinem antifeministischen Traktat „Parda“, so Riexinger, habe Maududi erklärt, dass die Forderung nach Gleichberechtigung gegen die göttliche Ordnung verstoße. „Die moderne Wissenschaft habe bewiesen, dass die zyklischen Schwankungen die Fähigkeit der Frau beeinträchtigen, rational zu handeln. Zur Teilnahme an politischen Entscheidungen sei sie daher genauso wenig berechtigt wie Nichtmuslime.“³¹² Maududis Partei Jamaat-i-Islami fand in Pakistan nur in einigen größeren Städten Anhänger. Die Politik beeinflussten seine Ideen erst unter dem pakistanischen Militärdiktator Zia ul-Haq. Doch ihre Bedeutung resultiert ohnehin nicht aus ihrem Einfluss auf die pakistanische Tagespolitik, sondern aus der Faszination für islamische Fundamentalisten weltweit. Bereits Ende der Vierzigerjahre wurden Maududis Schriften ins Arabische übersetzt. Seine Polemik gegen Herrscher, die sich das göttliche Vorrecht der Gesetzgebung anmaßen, fiel bei Muslimbrüdern wie Sayyid Qutb (1906-1966) auf fruchtbaren Boden, schreibt Riexinger. Sowohl die Werke von Sayyid Qutb als auch von Maududi finden sich in deutscher oder auch türkischer Übersetzung in den Buchbeständen unterschiedlichster Berliner Moscheegemeinden und werden z. B. auch vom Buchverlag der Muslimischen Jugend, Green Palace, angeboten³¹³.

8.1.8.5. DMK und Islami Tahrik (Bilal-Moschee) im Söldiner Kiez

Ein engagierter Kenner des Weddingener Kiezes, in dem sich auch die Bilal-Moschee und der DMK befinden, ist vertraut mit dem Agieren der beiden Vereine vor Ort. In einem Gespräch beschrieb er uns seine Eindrücke und Erfahrungen:

„Ganz klar ist, dass die Mitglieder aus ganz Berlin hier zusammenströmen, von daher ist ihre Kiezanbindung natürlich eine künstliche. Ich setze sehr große Hoffnung in die, weil ich glaube, dass sie die Religion in dieser Gesellschaft praktizieren. Klar, die sind unheimlich konservativ oder orthodox in ihrer Auslegung der Religion, bzw. die Mehrheit da, aber die

³⁰⁹ Martin Riexinger: „Allahs Kader“, taz Magazin Nr. 7266, 24.1.2004, Seite IV.

³¹⁰ siehe: www.jamaat.org

³¹¹ Torsten Otto: „Maulana Maududi und die Ideologie der Jamaat-i-Islami“, Juni 2001, unter: www.suedasien.net/themen/islam/maududi.htm

³¹² a.a.O. Martin Riexinger

³¹³ Green Palace ist nicht nur der Verlag der Muslimischen Jugend, sondern gleichzeitig auch ein Buchversand und eine Buchhandlung in der Gitschiner Straße in Kreuzberg. siehe: www.greenpalace.de und www.mj-net.de

haben bei sich so etwas an Diskussionskultur, bei diesen Freitag-Abend-Vorträgen, es ist eine Freude zu sehen, wie da diskutiert wird, auch über nichtreligiöse Themen, die hatten z. B. die Erziehungsberatungsstelle da. Das sind also nicht nur religiöse Themen, sondern diese Gesellschaft vor ihrem religiösen Hintergrund. Sie könnten von dem Know-How, auch wie man mit der Öffentlichkeit umgeht, etwas an Haci-Bayram vermitteln. Das klappt noch nicht ganz so, weil halt die Konkurrenz zu groß ist.“

Eine Identität als Muslim und Muslima, die die traditionellen „ethnischen“ Spaltungen überdecke bzw. aufhebe, habe sich aber noch nicht wirklich herausgebildet. Gemeinden, wie dem DMK, gehöre, so der Gesprächspartner, jedoch die Zukunft:

„Ich glaube natürlich, dass das gerade in der Moschee-Szene, dass das passieren wird. Ich glaube, dass langfristig Moscheen, wie hier von der Islamischen Föderation [Haci-Bayram] und DITIB, an Attraktivität einbüßen werden. Das ist eine Generationenfrage. Wie können Jugendliche da überhaupt aufsteigen. Attraktiver werden z. B. Sachen, wie in der Drontheimer Straße der DMK, wo man auch als junger Mensch in eine Führungsposition reinrücken kann. Hier [Islamische Föderation, DITIB] kannst du Übersetzer werden als 30jähriger, weil die Chefs sind immer die 60jährigen. Während in der Drontheimer Straße [DMK], da kannst du auch als 30jähriger Vorstand, Kassenwart oder so werden. Natürlich auch so die Themen. Das sehe ich so an der Mitgliederzahl, wo die [IFB und DITIB] sozusagen auf hohem Niveau gerade stagnieren, nach meiner Überzeugung dann auch abnehmen werden.“

Die „konservative und orthodoxe Auslegung der Religion“ u.a. durch DMK und Islami Tahrik wirkt sich aber auch im Kiez aus, z. B. im Bereich Schule. So berichtete der Gesprächspartner von Elternversammlungen zwischen Schule und Moscheegemeinden, initiiert vom Quartiersmanagement Soldiner Kiez. Diese ersten Begegnungen beschrieb der Gesprächspartner als Beginn einer Wertediskussion:

„Die Wertediskussion findet hier auch statt, z. B. in Elternabenden von Moscheevereinen [DMK und Haci-Bayram-Moschee] und Grundschulen. Die waren nicht sehr gut besucht, das muss ich zugeben, sind aber in der Diskussion unheimlich toll, weil es da nämlich um die Werte geht. Also, das sind zwei Institutionen [Schule und Moscheegemeinde], die eigentlich nichts miteinander zu tun haben, die aber die gleichen Kinder betreuen. Und sie bringen die Kinder eigentlich in die Zwickmühle. In der deutschen Grundschule lernt man ein Werteraster – Selbstständigkeit, der emanzipatorische Gedanke ist im Vordergrund, da ist Toleranz ganz im Vordergrund – und nachmittags lernt man dann vielleicht in einer Koranschule hier in der Gegend ein anderes Wertemuster, wo mit Moral argumentiert wird, was in der Schule nie getan wird, wo mit religiösen Grenzen gearbeitet wird – also Muslim sein heißt das und das nicht zu sein – und das ist ein reales Problem hier, dass die Kinder zwischen diesen beiden Wertemustern zerrieben werden. Mit solchen Elternabenden wird auf beiden Seiten, also sowohl bei den Moscheevereinen, als auch bei den Eltern, als auch bei der Lehrerschaft ein wenig Verständnis erzeugt für die andere Position.“

Der gegenseitige Austausch der Positionen ist natürlich nur der Beginn eines langfristigen Prozesses, betonte der Gesprächspartner. Dieser erste Schritt sei aber enorm wichtig:

„Es ist ja auch realistisch, die Leute ändern sich nicht über Nacht. Es ist ja auch wichtig, dass die sich mal persönlich überhaupt kennen gelernt haben und über die Position des anderen nachgedacht haben, das ist auch schon ein Gewinn. Man stellt auch fest, wenn wir jetzt mal beim Thema Religion bleiben, dass den Leuten jetzt andere Dinge wichtig sind. Den Lehrerinnen ist jetzt wichtig, dass im Ramadan der Rahmenplan noch durchgezogen werden kann in dieser Gegend. Das ist für die Eltern in deren Wahrnehmung überhaupt kein Problem, ich halte es auch für ein Problem, aber die Eltern sagen, wenn die Kinder fasten wollen, dann sollen sie fasten, wenn nicht, dann nicht. Die Eltern haben vor dem Elternabend das Problem noch gar nicht wahrgenommen. Jetzt haben sie nun mal so eine Anregung gehabt, vielleicht führt das zu einer Zeitenänderung. Auf der anderen Seite haben die Eltern den Lehrern vermittelt, dass mit dem Thema Kopftuch für viele doch ein Problem verbunden ist, weil die Lehrerinnen letztlich von ihrer Position aus sagen, nein, wir diskriminieren keine

Schülerin, die ein Kopftuch trägt. Aber das war die Elternwahrnehmung, dass das auf subtile Weise doch geschieht. Das war auch gut, dass die Eltern das den Lehrern selbst vermitteln konnten. Jeder hatte über das Anliegen der anderen Seite nachdenken können. Das war für mich der Gewinn von so einer Veranstaltung. Aber ich bin auch Realist, dass ich sage, dass so ein Elternabend die Sicht nicht von heute auf morgen verändert. Das war ein Anfang einer Wertediskussion auf lokaler Ebene. Man muss diese Diskussion hier unterbrechen auf die lokale Ebene.“

DMK und Islami Tahrik (Bilal-Moschee) beteiligen sich an den vielfältigen Aktivitäten des Quartiersmanagements Soldiner Kiez, wie z. B. den Straßenfesten oder der Kiezkonferenz. Im Herbst 2003 problematisierten Vertreter dieser beiden Gemeinden auf der Kiezkonferenz u.a. auch das Thema Sexualkundeunterricht. Die Eltern hätten bereits mit dem Begriff Probleme. Und so wurde auf der Konferenz beschlossen, den Begriff „Sexualkunde“ durch „Biologie“ zu ersetzen. Ob diese Reaktion der Lösung des dahinter stehenden Konflikts wirklich gut tut, darf ernsthaft bezweifelt werden.

8.1.8.6. Anhang: Muslimbruderschaft

Die Muslimbruderschaft wurde 1928 von Hassan al-Banna (1906-1949) in Ägypten gegründet. Nach den Vorstellungen al-Bannas und der Muslimbruderschaft ist die islamische Gemeinde der Gegenentwurf zum Westen mit all seinen als negativ gebrandmarkten Eigenschaften und Errungenschaften, wie Säkularisierung, „Verfall“ sittlicher Werte und ungebremstes Kapitalstreben. Technische und naturwissenschaftliche Erkenntnisse der westlichen Welt können dagegen bedenkenlos übernommen werden, solange sie nicht gegen islamische Grundprinzipien verstoßen.

1954 wurde die Muslimbruderschaft in Ägypten unter Nasser verboten, es kam zu zahllosen Verhaftungen und Hinrichtungen und im Nachgang zu einer vermehrten Radikalisierung der Anhänger im Untergrund, die sich vor allem auf Sayyid Qutb (1906-1966) beziehen. Zu Qutbs bekanntesten Werken zählen „Meilensteine“, „Soziale Gerechtigkeit im Islam“ und sein Korankommentar „Im Schatten des Koran“. Nach Qutb muss sich der Widerstand der Muslime sowohl gegen die westlichen Kolonialisten beziehungsweise Imperialisten richten, als auch gegen die „falschen“ und „heuchlerischen“ Regime der islamischen Welt. Ziel des Kampfes ist die Errichtung einer göttlich legitimierten Herrschaft. Die Muslime, die sich nicht dieser Weltsicht anschließen wollen, einschließlich der Herrscher in der islamischen Welt, werden zu Ungläubigen erklärt, die bekämpft werden müssen. Qutbs 1964 erschienenes Pamphlet „Meilensteine“, schreibt Robert Misik in der „taz“, dürfte für den islamischen Fundamentalismus in etwa das darstellen, was das Manifest von Karl Marx einst für den Kommunismus bedeutete. „Unser Ziel ist es“, wird Qutb zitiert, „erst uns zu ändern und dann die Gesellschaft.“ Zu diesem Zweck muss zunächst eine Avantgarde entstehen: eine „aktive, harmonische, kooperative Gruppe“, die in ihren Gesellschaften für den Islam kämpft. Und die versucht, den Islam – „die einzig zivilisierte Gesellschaft“ – über den Erdball zu verbreiten, erläutert Misik den von Qutb propagierten Ansatz.

Mittlerweile gibt es Abspaltungen der Muslimbruderschaft in über 70 Ländern der Welt, teilweise radikalerer Art und unter anderem Namen, darunter auch die palästinensische Hamas. In Deutschland betrachtet der Verfassungsschutz die 1958/1960 gegründete „Islamische Gemeinschaft in Deutschland (IGD)“ (unter diesem Namen seit 1982) als „mitgliederstärkste Organisation von Muslimbruderschafts-Anhängern“. Das ursprüngliche Ziel des Vereins, die Errichtung einer Moschee, wurde mit dem Bau des „Islamischen Zentrums München“ (IZM), das in den Jahren 1967 bis 1973 entstand, verwirklicht. Zum IZM gehört auch Ahmad von Denffer.

Bis 1968 war Said Ramadan der erste Präsident der IGD (die IGD firmierte damals noch unter den Namen „Islamische Gemeinschaft Süddeutschland“). Ramadan, der 1995 verstarb, war der Schwiegersohn des Gründers der Muslimbruderschaft Hassan al-Banna. Said Ramadan schrieb mehrere Werke über die Anwendung des islamischen Strafgesetzes und rückte in den 1950er Jahren zum politischen Ratgeber des saudischen Königshauses auf. 1961 baute er im Genfer Exil mit saudischem Geld das erste europäische „Islamische

Zentrum“ auf, das nach seinem Tode von seinem Sohn Hani Ramadan weitergeführt wurde. Hani Ramadan wurde Ende 2002 als Lehrer von einer Genfer Schule entlassen, weil er in der Pariser Zeitung „Le Monde“ die Steinigung der Frau bei Ehebruch verteidigte. Sein Bruder Tariq Ramadan, wie Hani ein Enkel von Hassan al-Banna, unterrichtete an der Universität von Fribourg (Schweiz) Islamwissenschaften und gilt seit über zehn Jahren als einer der Fürsprecher eines sogenannten „Europäischen Islam“. Der Lausanner Anthropologieprofessor Ahmed Benani widerspricht dieser Einschätzung. Er glaubt eher an eine „Arbeitsteilung im Ramadan-Clan: Beide erstreben eine islamische Erneuerung, Tariq mit einer bürgerlichen Version, Hani mit einem buchstabengetreuen Neo-Fundamentalismus“. Entsprechend soll sich auch Hani Ramadan 1998 in einem Interview mit der Westschweizer Zeitschrift „L'Hebdo“ geäußert haben: „Tariq und ich ergänzen uns gegenseitig. Wir sind zwei Seiten derselben Medaille“. Inzwischen steht fest, dass Tariq Ramadan die Schweiz verlässt, um in Indiana in den USA an der katholischen Universität Notre Dame eine Professur anzutreten. Auf Deutsch werden die Bücher von Tariq Ramadan u.a. vom Buchverlag der Muslimischen Jugend, Green Palace, verlegt. Am 14. Januar 2004 wurde der 75jährige Ägypter Mohammad Mahdi Akef zum neuen Oberhaupt der Muslimbruderschaft gewählt. Akef war 1954 wegen Beihilfe zu einem Mordanschlag auf den ägyptischen Präsidenten Gamal Abdel Nasser zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Nach seiner Entlassung 1974 schickte ihn die Bewegung zur WAMY (World Assembly of Muslim Youth) nach Saudi-Arabien und dann 1980 nach München an die Spitze des Islamischen Zentrums (IZM). 1986 kehrte Akef nach Ägypten zurück. Als neues Oberhaupt der Muslimbruderschaft rief Akef am 22. Januar 2004 zum Kampf gegen die Vereinigten Staaten auf. „Nach der Besetzung Afghanistans und Iraks und nachdem sich Libyen gebeugt habe, drohten die USA nun Syrien und Iran mit einem Militärschlag“, zitierte ihn die Nachrichtenagentur AFP.

[Quellen: www.stura.uni-leipzig.de/~faraogruppen/muslimb.htm; www.im.nrw.de/sch/584.htm; www.im.nrw.de/sch/586.htm Robert Misik: „Die Freiheit, die in der Unterwerfung liegt“, taz, 27.1.2004; www.i-g-d.com Sabine Haupt: „Wenn die Herkunft ihre Schatten wirft“, Neue Zürcher Zeitung, 5.12.2003; Denise Ammoun: „Le grand Frère musulman“, le point, 22.1.2004; afp vom 22.1.2004; Eugen Sorg: „Prinz der Doppelzüngigkeit - Einer der gefährlichsten europäischen Islamisten ist ein Genfer: Tariq Ramadan“, Weltwoche Nr. 12/2004 (Schweiz), 21. März 2004]

8.1.9. Die „Islamische Zeitung“

Seit zwei Jahren hat sich die deutschsprachige „Islamische Zeitung“ (IZ) als monatliche Abonnentenzeitung etabliert. Sie wird an gut sortierten Großstadtkiosken zum Preis von zwei Euro verkauft und findet Beachtung nicht nur bei Muslimen: nach eigenen Angaben ist fast jeder dritte Abonnent ein Nichtmuslim. Das entspricht der Zielsetzung, denn die IZ versteht sich als „Brücke zwischen Muslimen und Nichtmuslimen und als Ort des Austausches mit dem Phänomen Islam“. Und sie möchte auch „aus der Sicht europäischer Muslime intellektuell zur geistigen und aktuellen Auseinandersetzung mit dem Islam“ beitragen.³¹⁴ Begonnen hat alles 1995 in Weimar, dann zog das Blatt nach Potsdam und inzwischen firmiert die „IZ Medien GmbH“ am Ende der Friedrichstraße in Berlin-Mitte.

Das Blatt präsentiert sich weltoffen, die Kommentare sind in moderatem Stil verfasst, die von Agenturen übernommenen Meldungen bleiben meist unkommentiert. Der Herausgeber, der 37-jährige Andreas Abu Bakr Rieger, und sein Chefredakteur Sulaiman Wilms wissen, welche Meldung sie in ihr Blatt lassen und welche nicht. Gezielt werden prominente Persönlichkeiten aus Politik, Kultur und Gesellschaft in ausführlichen Interviews präsentiert.³¹⁵ Das poliert das Image der Zeitung – wollen die Blattmacher doch damit zeigen, wie kritisch und aufgeschlossen sie sind.

³¹⁴ „Aktion: Viele neue Abonnenten?“, Islamische Zeitung 12.6.2003.

³¹⁵ u.a. das CSU-Mitglied Spaenle 28.2.2003; die Vizepräsidentin der Antiglobalisierungsbewegung Attac-Frankreich, Susan George 7.1.2003; der Berliner Integrationsbeauftragte Günter Piening 15.9.2003; der ev. Kirchenmann Jürgen Micksch 19.12.2003.

Das war nicht immer so. Auch wenn sich Rieger und seine Gefährten inzwischen von einer plakativen „aggressiven Sprache und kaum verhohlenen Fundamentalismus“³¹⁶ verabschiedet haben, so prägt ihre inhaltliche Zielsetzung nach wie vor das Blatt. Das mag auf den ersten Blick nicht leicht zu erkennen sein. Erst wenn man sich mit der Gruppe um den Herausgeber dieser Zeitung näher befasst, wird deutlich, dass das smarte Image täuscht.

Rückblick

Vor einigen Jahren war noch klar erkennbar, welche Ziele die 1995 in Weimar gegründete „Islamische Gemeinschaft in Deutschland (IGID) / Weimar Institut e.V.“, der 1996 entstandene Zusammenschluss muslimischer Rechtsanwälte „Muslim Lawyers e.V.“ und die „Islamische Zeitung“ verfolgen. Der einflussreichste Vertreter dieser Einrichtungen, der deutsche Rechtsanwalt Andreas Abu Bakr Rieger, äußerte damals seine Ansichten und Ziele noch unverschlüsselt. 1996, als IGID/Weimar Institut und IZ ihren Sitz noch in Weimar hatten, sprach Rieger in einem Interview der „Milli Görüs und Perspektive“³¹⁷ (Hauszeitung der islamistischen Organisation „Milli Görüs“) begeistert von einem „Siedlungsprojekt für eine Medina in Ostdeutschland, das mit einem Wirtschaftsprojekt verknüpft“ sei. Rieger wörtlich: Das Projekt „möchte durch eine zukunftsweisende Symbiose von Arbeiten und Wohnen eine neue islamische Lebenskultur stiften. Ein freier islamischer Markt soll Lebensader für Muslime und Nichtmuslime in Ostdeutschland werden“. In einem Aufsatz zu neuen Perspektiven des „Islam in Deutschland“ schwärmte Rieger in seiner eigenen Zeitung von dem „parallel zu denkenden Projekt freier Märkte“, das „als Chance begriffen werden“ müsse: „Warum sollte die Idee einer islamischen, selbst versorgten Medina nicht [] faszinieren?“³¹⁸ Islamische Wirtschaft? Eine Siedlung, in der Muslime nach islamischem Recht leben? Ein Staat im Staate also? – Trotz fertiger Baupläne in der Schublade blieb der geplante Standort in Thüringen von diesem „Schari’a gerechten“ Dorf verschont

Die Wiedererweckung des Osmanischen Kalifats

Immer wieder kommt der Wagner-Verehrer Rieger auf den zentralen Aspekt seiner Weltsicht zu sprechen, das „korrupte kapitalistische Finanzsystem“³¹⁹. Der „große Europäer“ Wagner, erklärt Rieger 1996, habe schon früh erkannt, dass die Geschichte vom Ring der Nibelungen, „von der Macht geprägt wird.“ Und dass diese „magische Macht“ der Finanz-Institute im Wandel sei. „Die Leute sind wie in einem Kult an die Bank gebunden“, sagt Rieger und er prophezeit: „Wagners Suche nach dem Gral im Parsifal: das ist der schwarze Stein an der Kaaba. Das heißt, die letzte Ankunft des europäischen Menschen wird in Mekka sein, im Haus von Allah. Geistig wie physisch.“ Mit Hilfe des türkischen Islamistenführers „Necmettin Erbakan Hodscha“ wolle er bald in Weimar ein „wissenschaftliches Seminar“ organisieren. Denn „das Konzept der Kuffar (= Nichtgläubige, Nichtmuslime) von einer ‚multikulturellen Gesellschaft‘“ sei „eine zu schwache Vision.“ „Die eigentliche Vision ist“, so sinnierte Rieger weiter, „dass man die Rasse überwindet und zusammen kommt“. Nach dem Untergang ihrer „großen Kulturnationen“ sei türkischen und deutschen Muslimen nur eines noch geblieben: der Islam. „Die einen haben ihn, die anderen finden zu ihm“, ist Rieger überzeugt. Jenseits von Türkisch und Deutsch würde der Islam eine neue Kultur stiften. Und wenn „zwei große Völker zusammen kommen“ (gemeint sind Türken und Deutsche), dann wird das „nicht mehr eine Zukunft sein, die sich durch Nationalstaaten beschreiben lässt, sondern Kalifate“ (übernationaler islamischer Staat). Und Rieger weiß auch schon, wo ein Kalifat gegründet wird: „Wir glauben, dass eines der Zentren die geopolitische Hauptstadt Istanbul sein wird und ein wieder erwecktes türkisches Kalifat.“³²⁰

³¹⁶ so der katholische Sektenbeauftragte von Sachsen, Gerald Kluge, im Jahr 1991.

³¹⁷ „Milli Görüs & Perspektive, Hauszeitung der IGMG, Ausgabe Februar 1996.

³¹⁸ IZ 1995: Abu Bakr Rieger - „Islam in Deutschland – auf der Suche nach neuen Perspektiven und Chancen“

³¹⁹ Milli Görüs & Perspektive, a.a.O.

³²⁰ Ebenda.

Die große Hoffnung „Erbakan“

1996 hatte Necmettin Erbakan noch „große Hoffnungen“ bei Islamisten geweckt, auch bei der Gruppe des Andreas Abu Bakr Rieger. Und Rieger nannte auch den Grund für seine Hoffnung: „Erbakan [] hat erkannt, dass die eigentliche Macht, sozusagen der ‚Ring der Nibelungen‘, bei den Banken liegt. Und er hat verstanden, dass der Islam die einzige Zukunft ist.“ Dass die „große Hoffnung Erbakan“ Ende Dezember 2003 letztinstanzlich wegen Urkundenfälschung zu 2 Jahren und 4 Monaten Gefängnis verurteilt werden würde, ahnte Rechtsanwalt Rieger damals nicht. So nimmt es nicht Wunder, dass er sich am 1.6.2001 in den Vorstand des von Erbakans „Milli Görüs“ dominierten „Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland“ wählen ließ, dem er bis zum 26.1.2002 als deren Rechtsberater zur Verfügung stand.

Die „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs“ (IGMG) fühlte sich dem Weimar-Institut/IGID eng verbunden, was durch regen Referentenaustausch zwischen 1995 und 2000 deutlich wurde. Auch Necmettin Erbakan und andere Refah/Fazilet-Politiker waren mehrfach im Weimar-Institut zu Gast; in der „Islamischen Zeitung“ gab es viel Werbung; umgekehrt wurde in „Milli Gazete“ für „IGID“-Veranstaltungen geworben.

„Integration“ der europäischen Muslime

Die Ideologie, der Abu Bakr Rieger nahe zu stehen scheint, entspricht den Zielen der European Muslim Summit Declaration³²¹. Darin heißt es, einziges Ziel sei die Errichtung eines islamischen Kalifats bzw. „die Errichtung eines souveränen Staates für alle Muslime in Europa“. Für „dieses hohe Ziel“ sollen die Muslime dieses Kontinents „integriert“ werden – durch islamischen Handel und „alle anderen Aspekte des sozialen und akademischen Lebens“ sowie durch die Einführung islamischen Geldes – eine Form der „Integration“, der auch Rieger zuarbeitet. Als er Ende Juni 2001 zur 4. Konferenz seiner Rechtsanwaltsvereinigung „Muslim Lawyers“ nach Potsdam einlud, ging daraus die „Potsdamer Erklärung muslimischer Gelehrter“ hervor. Es sei nun eine „neue Phase in der Gründung unseres Din [Religion] in Europa angebrochen. Nun ist es an der Zeit, zusammen mit der an Zahl immer größer werdenden lokalen muslimischen Bevölkerung mehr Gewicht auf ökonomische und soziale Themen zu legen und nach der Umsetzung der anderen Aspekte der Schari'a zu streben“³²².

Zu diesen Aspekten zählt die Erklärung „das Waqf-Recht [islamisches Stiftungsrecht], insbesondere mit Bezug auf das Stiftungsrecht in Europa, und die Errichtung von Awqaf [Stiftungen] in Berlin, die Aufklärung über Riba [Zins bzw. Wucher] und Banken und ihre zerstörerische Wirkung auf die Menschen und der Aufbau islamischer Einrichtungen an ihrer Stelle sowie die Errichtung eines Marktes in Berlin, der gemäß den Regeln der Schari'a betrieben wird“.³²³ Dieser Erklärung entsprechend heißt es auf der Homepage des Rieger Rechtsanwalts-Vereins: „Muslim Lawyers plant 2004 die Etablierung einer Stiftung in Berlin.“³²⁴

Die deutschen „Murabitun“

Deutliche Hinweise auf die Ideologie-Geber der Aktivisten um Rieger erhielt man durch die Internet-Homepage der „Murabitun Worldwide Movement“. Bis August 2002 gelangte man über die „Murabitun Centers“ unter „Germany“ direkt zur „Islamischen Zeitung“.³²⁵

Gegründet wurde die islamistische Sufi-Bewegung „Murabitun“³²⁶ von dem mittlerweile 67-jährigen Schotten Ian Dallas. Nachdem er Ende der 60er Jahre der Hippie-Bewegung ade

³²¹ Erklärung der Europäischen Gipfelkonferenz der Muslime vom 21.12.1997. (entnommen der Homepage von Umar Vadillo, am 11.01.1998, e-mail: murabitun@netmatters.co.uk)

³²² Islamische Zeitung, 20.8.2001.

³²³ Ebenda.

³²⁴ <http://www.muslim-lawyers.de/german/ueberuns.php3> Abgelesen 11. Dezember 2003)

³²⁵ www.geocities.com/Athens/Delphi/6588/mundial.html Abgelesen 3.8.2002.

³²⁶ Die Bezeichnung Murabitun (Bewohner von Wehrklöstern mit offensivem Missionseifer – Rittermönche oder Turmwächter) weist auf die maurische Dynastie der Almoraviden (1061 – 1147) hin, deren Reich das westliche Nordafrika und das arabische Spanien umfasste, mit Marrakesch als Zentrum. Diese Dynastie kämpfte besonders aggressiv gegen Christen und Juden in Spanien. Ihre islamische Währung, Dinar und Dirham, waren zu jener Zeit die Handelsmünzen im Mittelmeerraum.

gesagt hatte, schloss er sich einem mystischen Orden in Marokko an und nannte sich hinfort Scheich Abdalqadir al-Murabit as-Sufi. Deutscher Ableger ist die genannte, „Islamische Gemeinschaft in Deutschland (IGID)/Weimar Institut“, 1995 mit Sitz in Weimar, seit 2000 mit Hauptsitz in Potsdam. Rieger selbst bestreitet die Verbindungen zur Murabitun.

Die Keimzelle der deutschen Murabitun liegt in Freiburg, wo Andreas Rieger studierte und 1990 – motiviert von Scheich Abdalqadir – zum Islam übertrat – wie auch der Islam-Konvertit Ahmad Gross, lange Zeit Geschäftsführer des Weimar Instituts und der IZ. Zum Kreis um Rieger und Groß gehören auch die Konvertiten Sulaiman Wilms, Chefredakteur der IZ und Thilo Mujahid Hirsch, der „technische Leiter“ der IZ, auf dessen Internetfirma das gesamte Online-Netzwerk der Gemeinschaft angemeldet ist bzw. war.³²⁷

Die antisemitische „Weltverschwörung des Kapitals“

Die „moderne Kalifatsbewegung“ Murabitun predigt gegen die „Weltverschwörung des Kapitals“. Darüber berichtete in Deutschland bereits im April 1992 der Journalist Anton Maegerle. Inzwischen hat die Polit-Sekte weltweit Niederlassungen und „bietet ein einzigartiges Konglomerat an alt- und neuem Gedankengut“, gepaart mit Islam³²⁸. „Demokratische Systeme werden unverblümt verunglimpft. In der UNO sehen die religiösen Polit-Jünger, die in Freiburg ein eigenes Haus – mit Geschlechtertrennung – und eine „Freiheits-Bücherei“ unterhielten, „das Polizei-Instrument der Welt-Finanz, um die Entfaltungen regionaler Freiheit zu unterbinden und den Status Israels als über dem sogenannten Internationalen Recht stehend zu garantieren.“ Die Welt ist in der Hand der „Priesterschaft der Banken- und Finanz-Oligarchie, an deren Spitze die Juden stehen“, die „die Kontrolle über den Westen“ haben „und die restliche Welt verfolgen“³²⁹. Finanziert werde dieses Vorhaben indirekt durch die Deutschen, die von den Juden seit 1945 wegen der „grob übertriebenen“ Verfolgung, die sie „während des zweiten Weltkrieges“ erleiden mussten, „ausgepresst“ wurden.³³⁰

Unter den Bewohnern Freiburgs war einiges über die Murabitun bekannt geworden. Schon im Juli 1991 kam es dort deshalb zu Protesten gegen einen geplanten Vortrag von Scheich Abdalqadir im historischen Kaufhaus³³¹. Die Stadt Freiburg zog darauf hin die Zusage zurück, was die „Gemeinschaft der Freiburger Muslime“ zu einem Flugblatt veranlasste, in dem es hieß: „Diese städtischen Machenschaften geschehen im Namen derjenigen, die ihre Verbrechen am palästinensischen Volk mit dem Verbrechen, das ihnen in der Geschichte widerfahren ist, rechtfertigen – den Israelis“.³³²

Nach dem Freiburger Misserfolg zog es die Gruppe nach Ostdeutschland, zunächst nach Dresden. Dort fiel sie 1991 dem Sektenbeauftragten der katholischen Kirche in Sachsen, Gerald Kluge, auf „durch ihre aggressive Sprache und kaum verhohlenen Fundamentalismus“. „Allah und sein Gesandter haben dem Bankensystem den Krieg erklärt! Der Islam beseitigt: Staat; Steuern; Gefängnisse; Polizei; Banken; Demokratie (manipulierte Mehrheit); Vermietung von Geld. [] Der Islam errichtet: Führerschaft mit Gerechtigkeit“, hieß es auf den Veranstaltungsplakaten.³³³

Ein Auftritt des Scheichs an der Dresdner Universität wurde ihr daher verwehrt. Das scheint allerdings längst vergessen, vor allem seitdem sich Andreas Abu Bakr Rieger als „moderner islamischer Europäer“ präsentiert. Vor zehn Jahren klang das noch ganz anders: 1993 ließ Rieger es sich nicht nehmen, auf der Jahresversammlung der radikal-islamistischen Kaplan-Bewegung (ICCB/Kalifatsstaat), die gegen „Ungläubige“ und Juden

³²⁷ Anfragen nach den Domaininhabern ergaben, dass die Adressen www.weimarinstitut.net, www.murabitun.org, www.muslim-lawyers.net und www.islamische-zeitung.de über die Internetfirma www.unternehmen.com bzw. www.unternehmen.org des Thilo Hirsch laufen bzw. gelaufen sind.

³²⁸ Anton Maegerle: „Murabitun – Muslimische Polit-Sekte auf dem Vormarsch“, in „Der Rechte Rand“ Nr. 16 vom März / April 1992, S. 17, unter: www.nadir.org/nadir/periodika/drr/archiv/NR16/nr16-maegerle2.htm

³²⁹ Ebenda.

³³⁰ Ebenda.

³³¹ Stefan Meining: „Rechte Esoterik in Deutschland. Ideenkonstrukte, Schnittstellen und Gefahrenpotentiale“. Referat auf dem Symposium 2002; Verfassungsschutz Thüringen.

³³² Zitiert nach Stefan Meining; Flugblatt der „Gemeinschaft der Freiburger Muslime.“

³³³ Vgl. Gerald Kluge, Beauftragter für Sekten- und Weltanschauungsfragen im Bistum Dresden-Meißen: Notizen über Aktivitäten der Murabitun in Sachsen, per e-mail an Claudia Dantschke am 8. Dezember 2001

agitiert, ein Grußwort zu sprechen. Den damaligen Führer der Bewegung, Cemaleddin Kaplan, bezeichnete er als „ehrbaren Hodscha“, der „in Deutschland verleumdet wird, jeden Tag in der Zeitung“. Und dann entschuldigte sich Rieger, denn – so wörtlich – „wie die Türken, so haben auch wir Deutsche oft schon in der Geschichte für eine gute Sache gekämpft, obwohl ich zugeben muss, dass meine Großväter bei unserem gemeinsamen Hauptfeind nicht ganz gründlich waren“.³³⁴

Im Einklang mit dem Scheich

Mit dieser Rede steht Abu Bakr Rieger im Einklang mit dem geistigen Mentor der „deutschen Murabitun“. Denn Scheich Abdalqadir ist gegen Verfassungen und sieht selbst jene „Muslimbrüder“ auf Abwegen, die über eine „islamische Verfassung“ nachdenken.³³⁵ Denn, so erklärte er, der „Konstitutionalismus [] ist nicht islamisch, er ist freimaurerisch und demzufolge jüdisch“. Juden aber seien wegen ihrer schwerwiegenden Irrtümer verflucht, und eine Befreiung für einen „authentischen Islam“ gebe es erst dann, wenn man sich von dem westlichen Kreditsystem, samt der damit verbundenen „destruktiven jüdischen Kontrollsysteme und der technisch-versklavenden Politik“ befreie.³³⁶ „Die Frage erscheint deshalb berechtigt, wem denn diese deutschen Bürger islamischen Bekenntnisses in die Hände arbeiten“, so der Islamexperte Herbert Müller.

Wie in den 70er Jahren in Großbritannien und Anfang der 90er in Deutschland „bekehrte“ Scheich Abdalqadir al-Murabit in den 80er Jahren auch in Spanien reihenweise Katholiken und Protestanten zum Islam³³⁷; darunter auch Abdalhasib Castiñeira, heutiger Direktor der „Mezquita-Stiftung Granada“. Der Murabitun-Islam geriet allerdings auch in Granada ins Zwielficht, nachdem Mitte der 90er Jahre der Journalist Tomas Navarro in seinem Buch „Die Mezquita von Babel“, veröffentlicht hatte, dass Ian Dallas, der schottische Scheich Abdalqadir, Adolf Hitler bewundere und einen totalitären Kalifatsstaat errichten wolle³³⁸.

Dieses Kalifat wollen die Jünger des Scheichs nicht mit der Waffe erobern, sondern über ein islamisches Finanz- und Wirtschaftsmodell etablieren als Ausweg für das „soziale und ökonomische Überleben der Menschen im nächsten Jahrhundert“. Das ist ihr Ansatz zur Erlangung der „globalen Weltherrschaft“, denn der Schlüssel dazu ist „das politische, exklusive Recht, eine bestimmte Papiergeldwährung endlos zu drucken. Über dieses militärisch abgesicherte Recht verfügt heute die USA.“³³⁹ Und so reist der Präsident („weltlicher“ Leiter) der Murabitun, ein spanischer Baske mit dem islamischen Namen Umar Ibrahim Vadillo, durch die Welt, um seine auf Gold und Silber basierende islamische Währung Dinar und Dirham zu etablieren, auch in Form des so genannten E-Dinar – ein Online-Zahlungssystem auf Goldbasis..

„Djihad gegen die Marktwirtschaft“

Auch Abu Bakr Rieger warb dafür auf der Homepage seiner Anwaltskanzlei und der Islamischen Zeitung.³⁴⁰ „Soll die islamische Währung die Marktwirtschaft erschüttern?“³⁴¹ Das jedenfalls fragte „Die Welt“ im Oktober 2003 und berief sich auf eben jene „muslimische Gruppierung im Südwesten Deutschlands“, die in den 90er Jahren durch starke Sprüche auffiel – wie „Djihad gegen die Marktwirtschaft“, „Islam für Europa“, mit denen auf großen Plakaten Vorträge über die Abschaffung von Demokratie und Marktwirtschaft und die Errichtung einer islamischen Gesellschaft nach den Regeln der Schari’a angekündigt wurden. Der „Golddinar“, eine 24-Karat-Goldmünze, ist seit Herbst 2001 bereits geprägt – und wird von Währungsgründer Umar Ibrahim Vadillo mit glühendem Eifer propagiert.

³³⁴ Video-Mitschnitt der Rede von Andreas Abu Bakr Rieger. Liegt bei Claudia Dantschke vor.

³³⁵ Herbert L. Müller: „Islamistische Organisationen in Deutschland – eine Herausforderung der Demokratie?“ in EZW-Materialdienst 10+11/2001; EKD „Im Blickpunkt“.

³³⁶ Ebenda.

³³⁷ „Der Standard“; 3.1.2004.

³³⁸ Ebenda.

³³⁹ „Faszination Islam“, Interview mit Abu Bakr Rieger, in: Islamische Zeitung, Sonderausgabe Juni 1999

³⁴⁰ www.e-dinar.com lief bis mindestens Dezember 2001 über die Internetfirma von Thilo Hirsch:

www.unternehmen.com

³⁴¹ Die Welt, 12.10.2003.

„Papiergeld ist der reine Betrug“ verkündete der Golddinar-Apostel, Riegers Murabitun-Bruder Vadillo, im Mai 2002 in Potsdam. Und in einem Aufsatz („Beyond Economic Man“) schrieb Vadillo, wer aus dem Papiergeld aussteige, helfe mit, die westlichen Volkswirtschaften zusammenbrechen zu lassen.³⁴²

Rieger im Murabitun-Zentrum Granada

Am 12. Juli 2003 trat Andreas Abu Bakr Rieger gemeinsam mit Umar Ibrahim Vadillo in Granada auf, wo er – angekündigt als „Amir von Deutschland“ – bei der Eröffnung der großen Moschee der „Mezquita-Stiftung“ über „Muslime in Europa“ sprach und die „Rettung der Menschheit durch den Islam“ voraus sagte.³⁴³

Die 14.000 Mitglieder umfassende islamische Gemeinde von Granada wird inzwischen aufmerksam beobachtet: Voriges Jahr war ein Al-Jazeera-Reporter, der Al-Qaida-Kämpfer angeworben und versteckt haben soll, in Granada vorübergehend verhaftet worden. Jetzt befürchtet man, die Gemeinde könne als neuer Unterschlupf für Terroristen dienen. Der Murabitun-Anhänger und Direktor der Mezquita-Stiftung Granada, Abdalhasib Castineira, weist das von sich. Beruhigend klingt es freilich kaum, wenn er meint: „Der Islam ist mehr als eine Religion. Er ist eine antimaterialistische Lebensauffassung. Sein Siegeszug ist deshalb unaufhaltsam.“³⁴⁴

Derartiger Meldungen enthält sich die „Islamische Zeitung“ wohlweislich. Über die Feierlichkeiten in Granada hat sie ausführlich berichtet. Die Zusammenhänge zwischen der neuen Moschee, der islamischen Gemeinde von Granada und der Murabitun-Bewegung wurden allerdings nicht erwähnt – auch nicht der Auftritt von Umar Ibrahim Vadillo und Abu Bakr Rieger mit seinem Vortrag. Man wird die „Islamische Zeitung“ wohl aufmerksam beobachten müssen – auch darauf hin, was nicht darin steht.

8.2. Die Debatte um das Kopftuch

(Stand 20. Februar 2004)

Vorbemerkungen

Am 24. September 2003 fällte das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) das so genannte „Kopftuchurteil“. Als Reaktion auf die Klage der muslimischen Lehrerin Fereshta Ludin, welcher das Tragen eines Kopftuchs an einer staatlichen Schule in Baden-Württemberg untersagt wurde, kam das BVerfG zu dem Urteil, dass ein entsprechendes Verbot ohne landesgesetzliche Grundlage nicht zulässig ist. Damit wurde die Entscheidungsgewalt an die Bundesländer zurückgegeben eine Regelung zu finden, die einen Ausgleich zwischen der positiven Religionsfreiheit der LehrerInnen, der Neutralitätspflicht des Staates und der negativen Religionsfreiheit der SchülerInnen bzw. ihrer Eltern herstellt.

Das Urteil führte dazu, dass mit Ausnahme von Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und mehr oder weniger auch Hamburg sowie der vier ostdeutschen Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern alle anderen Bundesländer eine eigene, auf die länderspezifischen Möglichkeiten abgestimmte Regelung anstreben, um ein Kopftuchverbot für Beamtinnen in der staatlichen Schule bzw. im öffentlichen Dienst generell (z. B. Hessen) zu ermöglichen.

Nach Baden-Württemberg³⁴⁵ und Niedersachsen, in deren Landtage ein entsprechender Gesetzentwurf zum Verbot des Kopftuchs für Lehrerinnen im Klassenraum bereits von den

³⁴² Ebenda.

³⁴³ „Der Standard“ 4.1.2004: „Die Rückkehr Allahs nach Granada“, S. 5.

³⁴⁴ Ebenda.

³⁴⁵ Nachtrag: Am 25. März 2004 meldete KNA: „Der Ständige Ausschuss des Landtags von Baden-Württemberg hat den von der Landesregierung vorgelegten Gesetzentwurf zu einem Kopftuchverbot für Lehrerinnen an Schulen geändert. Danach soll eine im bisherigen Entwurf als unbedenklich erwähnte ‚Darstellung christlicher und abendländischer Bildungs- und Kulturwerte‘ entfallen, wie der Landtag in Stuttgart mitteilte. Eine Bevorzugung christlicher Symbole wurde kürzlich von Experten als nicht verfassungsgemäß betrachtet. Die Fraktionen von CDU, SPD und FDP stimmten der Änderung im Ausschuss mehrheitlich zu. Das Gesetz soll nach zweiter Lesung am kommenden Donnerstag (1.4.2004) verabschiedet werden.“

Mehrheitsfraktionen eingebracht wurde, will die Landtagsfraktion der CDU in Hessen einen Entwurf einbringen, nach dem das Kopftuch aus dem gesamten öffentlichen Dienst verbannt werden soll.

In Bayern wird ein Referentenentwurf diskutiert, der nach Beratungen dann in den Landtag eingebracht werden soll. Der bayerische Entwurf nimmt christliche und jüdische Symbole und Kleidungsstücke ausdrücklich von einem geplanten Verbot aus. Referendarinnen mit Kopftuch können im Ausnahmefall eine Befreiung von dem Verbot beantragen.

Ein Kopftuchverbot „unter Vorbehalt“ plant die SPD in Nordrhein-Westfalen auf der Grundlage eines Gutachtens des Berliner Juristen Ulrich Battis. Battis erklärt, dass das Kopftuch nicht nur religiösen, sondern eben auch vielschichtigen politischen Deutungen unterliege und daher nicht mit christlichen Symbolen verglichen werden könne. Es könne „auch als Symbol für die Ungleichheit von Mann und Frau verstanden werden“, und das stehe weder im Einklang mit der Verfassung noch mit dem Erziehungsauftrag des Staates. Zu berücksichtigen sei die Vorbildfunktion der Lehrerin. Aber auch, dass Schüler ohne Ausweichmöglichkeit dem Einfluss eines religiösen Symbols ausgesetzt wären.³⁴⁶ Allerdings: Im Einzelfall solle das Kopftuch erlaubt sein, wenn Schulkonferenz und Aufsichtsbehörde darin keine Störung des Schulfriedens erkennen.

Berlin hingegen diskutiert eine gesetzliche Lösung, die gleichermaßen alle deutlich sichtbaren religiösen und weltanschaulichen Symbole betrifft. Die SPD will also nicht nur das Kopftuch aus dem öffentlichen Dienst verbannen, stößt aber beim Koalitionär PDS auf Ablehnung.

Unabhängig davon dreht sich aber auch in Berlin die öffentliche Diskussion um das Kopftuch und bleibt nicht unbeeinflusst von den Gesetzesinitiativen anderer Bundesländer und deren Bemühungen, christliche und jüdische Kleidungsstücke von einem Verbot auszunehmen. Hierfür werden Gesetzestexte u.a. um eine Klausel ergänzt bzw. gestärkt, die eine Verankerung „christlich-abendländlicher Bildungs- und Kulturwerte“ im Bildungsauftrag vorsieht.³⁴⁷

Die Unterstützer solch einer Regelung, wie z. B. Bundestagspräsident Wolfgang Thierse, schließen sich dieser Argumentation an, auch wenn fast alle davon ausgehen, dass die Gesetze wieder vor dem BVerfG angefochten werden. Der häufigste Einwand gegen ihre Argumentation bezieht sich auf den Verstoß gegen den gleichberechtigten Umgang mit den verschiedenen Religionen.

Diese Diskussion über die Frage, ob eine verbeamtete Lehrerin in der staatlichen Pflichtschule mit Kopftuch unterrichten darf oder nicht, prägte besonders nach dem Urteil des BVerfG und der dadurch ausgelösten Diskussion über gesetzliche Vorschriften auch den Untersuchungszeitraum dieser Studie. Deshalb sollen im folgenden die Positionen und Argumente im Berliner Kontext kurz dargestellt werden.

8.2.1. Die Parteien

SPD und PDS

Die Berliner SPD in Gestalt des Innensenators Ehrhart Körting war eine der ersten Regierungsparteien auf Landesebene, die unmittelbar auf das Urteil aus Karlsruhe reagierten. So sprach sich Körting für ein Verbot deutlich sichtbarer religiöser Symbole, wie das Kopftuch oder die Mönchskutte, im gesamten Öffentlichen Dienst aus. Gleichmaßen äußerte sich auch Schulsenator Klaus Böger (SPD).

Obwohl es sich bei Körtings Vorstoß nicht um eine so genannte „Lex Kopftuch“ handelt, dreht sich auch in Berlin die Diskussion vorrangig um dieses religiöse Symbol. Die SPD-Fraktion vertritt hierbei den Standpunkt, dass das Kopftuch zum großen Teil als Ausdruck einer islamistisch-fundamentalistischen und „aggressiven Grundhaltung“ zu sehen sei. Das Tragen anderer unauffälliger, religiöser Symbole, wie das Kreuz oder der Davidstern, sollen

³⁴⁶ Hildegard Becker: „Kopftücher aktuell“, für NDR „Blickpunkt Diesseits“, 15.2.2004.

³⁴⁷ Frankfurter Allgemeine Zeitung: „Kopftuchverbot beschlossen“, 13.01.2004

dagegen erlaubt sein, denn Körting konzentriert sich in seiner Argumentation auf das Mäßigungsgebot für BeamtInnen.³⁴⁸

Das Vorpreschen Körtings führte aber zu starkem Widerstand beim Koalitionspartner. Die PDS bestand darauf, zunächst die innerparteilichen Meinungsunterschiede zu klären. Beide Parteien einigten sich deshalb auf eine Vertagung bis Ende März 2004. Nach den Osterferien im April will Innensenator Körting nun einen Gesetzentwurf vorlegen, der religiöse Symbole aus dem staatlichen Schuldienst verbannt. Einigen konnte man sich in der rot-roten Koalition bisher bereits auf ein Verbot des Kopftuchs in den Bereichen Justiz und Polizei, aufgrund der bestehenden Kleiderordnungsregelung.

Auch wenn der Meinungsbildungsprozess der PDS noch nicht abgeschlossen ist, so ist aufgrund der Aussagen einzelner PolitikerInnen eine Argumentationsrichtung zu erkennen: Gleichgültig ob die Forderung Einzelner für oder gegen ein Kopftuchverbot im Öffentlichen Dienst im Vordergrund steht, liegt die Betonung mehrheitlich auf der Gleichbehandlung der verschiedenen religiösen Symbole. Damit solle eine Hierarchisierung oder Bevorzugung unterschiedlicher Religionen verhindert werden.

Das war auch bei der am 5. Dezember 2003 vorgestellten Erklärung der drei Parlamentarierinnen des Abgeordnetenhauses Evrim Baba (PDS), Dilek Kolat und Ülker Radziwill (beide SPD) zu erkennen. Die drei Frauen mit dem Migrationshintergrund Türkei sprachen sich für ein generelles Verbot religiöser Symbole im Staatsdienst aus. Evrim Baba wandte sich mit dieser Haltung gegen ihre eigene Fraktion, die mehrheitlich gegen ein Kopftuchverbot ist. Die drei Parlamentarierinnen argumentieren in ihrem Aufruf, dass islamistische Organisationen das Kopftuch als politisches Symbol missbrauchen und Kopftuchbefürworter die Unterordnung der Frau unter den Mann verlangen. Nach eigenen Beobachtungen würden junge Mädchen von ihren Angehörigen zunehmend unter Druck gesetzt, ein Kopftuch zu tragen. Für sie geht es deshalb um die Frage, ob man mit diesem „Symbol der Unterdrückung von Frauen“ die „zehn Prozent der politischen Frauen im Islam unterstützen wolle oder diejenigen, die das Kopftuch zwangsweise tragen“. ³⁴⁹

Bündnis90/Die Grünen

Die Berliner Bündnis90/Die Grünen konzentrieren sich in ihrer Argumentation auf den Schulbereich. Zwar wird auch hier großer Wert gelegt auf das religiös-weltanschauliche Gleichheitsgebot, doch laut Fraktionsbeschluss vom November 2003 spricht sich die Partei gegen ein generelles Verbot entsprechender Symbole im gesamten öffentlichen Dienst aus. Vielmehr gelte es zu unterscheiden zwischen Angestellten bzw. SachbearbeiterInnen in Behörden auf der einen und LehrerInnen auf der anderen Seite. Im letztgenannten Fall „überwiegt die negative Religionsfreiheit der Schülerinnen und Schüler, und diese ist uneingeschränkt einzuhalten.“

Darüber hinaus sei es neben dem pädagogischen Bereich als weitere Ausnahme notwendig, dass RichterInnen, StaatsanwältInnen und PolizistInnen den BürgerInnen gegenüber neutral auftreten. Das Ziel ist es hierbei „die grundgesetzlich verbürgten Prinzipien der Gleichberechtigung, der Religionsfreiheit, der weltanschaulichen Neutralität des Staates und der interkulturellen Integration in Übereinstimmung zu bringen.“³⁵⁰

CDU

Die Berliner Abgeordnetenhausfraktion der CDU fordert dagegen ein Kopftuchverbot im Öffentlichen Dienst. So äußerte sich der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Frank Henkel, folgendermaßen: „Das Kopftuch ist ein politisches und religiöses Symbol, das frauenfeindlich ist und im Öffentlichen Dienst nichts zu suchen hat. Egal ob bei Sekretärinnen, bei Lehrerinnen oder Polizistinnen.“ ³⁵¹ Henkel kündigte Mitte Februar 2004

³⁴⁸ Welt: „Körting will Kopftuchverbot für alle Landesbediensteten“, 26.09.03

³⁴⁹ Berliner Zeitung: „Drei Frauen gegen das Kopftuch“, 6.12.2003, Hildegard Becker: „Kopftuchstreit: Wer spricht eigentlich von den Betroffenen?“, unter: www.sicherheit-heute.de/berichte/read/516/

³⁵⁰ „Positionierung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Kopftuchfrage“, 4.11.2003

³⁵¹ Berliner Morgenpost: „CDU fordert Kopftuchverbot für öffentlichen Dienst“, 24.12.2003

an, noch vor der rot-roten Regierungskoalition einen Gesetzentwurf für ein Kopftuchverbot im Berliner Parlament vorzulegen.

Auch der Parteivorsitzende Joachim Zeller hat sich gegen das Kopftuch ausgesprochen. „Beim Kopftuch geht es nicht um ein religiöses Symbol, sondern um den gesellschaftlichen Machtanspruch islamistischer Gruppen“.³⁵²

FDP

Die Berliner FDP ist zwar ebenfalls für ein Verbot des Kopftuches, argumentiert aber eher analog der Grünen. Alexander Ritzmann, innenpolitischer Sprecher der FDP sagt: „Es geht nicht um eine Kampagne gegen das Kopftuch, sondern für das Neutralitätsgebot des Staates.“³⁵³

Diese offiziellen Positionen der Parteien spiegeln aber nur scheinbar ein geschlossenes Meinungsbild wider. Denn in allen Parteien gehen die einzelnen Positionen zum Teil weit auseinander. Mehr als in allen anderen Bundesländern wird in Berlin der Streit um das Kopftuch auch dazu genutzt, die grundsätzliche Frage nach dem Verhältnis von Staat und Religion zu diskutieren. Das Kopftuch in seiner vielschichtigen objektiven Bedeutung – lässt es sich deuten als religiöses Symbol, politisches Symbol, Symbol der Unterwerfung der Frau unter die Dominanz des Mannes, Symbol kultureller Identität und/oder Abgrenzung usw. – bietet darüber hinaus eine Vielzahl von Argumentationsansätzen. Vor diesem Hintergrund ergeben sich die unterschiedlichsten Meinungs-Koalitionen über alle Parteigrenzen hinweg. So positioniert sich die (evangelische) Politikerin Antje Vollmer (Bü90/Die Grünen) ebenso wie der (katholischen) Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) gegen den (evangelischen) Bundespräsidenten Johannes Rau (SPD), um nur ein prominentes Beispiel zu nennen.

Eine wichtige Rolle spielen in diesem Zusammenhang auch die Vertreter der großen Religionsgemeinschaften.

8.2.2. Positionen religiöser Gremien und Vertreter

Die christlichen Kirchen

Die Reaktionen auf das Kopftuchurteil des BVerfG fielen in den beiden großen christlichen Kirchen in Deutschland sehr unterschiedlich aus. Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) brachte bereits im Oktober 2003 eine Presserklärung heraus. Von der Deutschen Bischofskonferenz (DBK) lag zum Abschluss des Untersuchungszeitraums dieser Studie noch kein offizielles Gesamtpapier vor, lediglich vereinzelte Stellungnahmen, u.a. als Reaktion auf die Äußerungen des Bundespräsidenten Johannes Rau.

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) hat sich in seiner Presseerklärung vom 10. Oktober 2003 kritisch zum Kopftuch geäußert, jedoch ohne ausdrücklich ein Kopftuchverbot zu fordern.³⁵⁴ In dem Schreiben wird zunächst darauf hingewiesen, dass die Religionsfreiheit „ein hohes Gut“ der bundesdeutschen Rechtsordnung ist und gleichermaßen für alle Religionen gilt. Außerdem ist es Staatsbeamten gestattet, ihre religiöse Überzeugung nach außen hin erkennbar zu zeigen, aufgrund der Neutralitätspflicht des Staates sind dieser aber Grenzen gesetzt. Des weiteren heißt es in der Presserklärung: „Auch die öffentliche Schule ist, wie das Bundesverfassungsgericht wiederholt betont hat, kein religionsfreier Raum.“ Unter Punkt vier allerdings wird darauf verwiesen, dass Staatsbeamte „jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung und damit auch für die Gleichstellung von Mann und Frau einzutreten“ haben. Aus dieser Konsequenz heraus und trotz der Tatsache, dass sich eine muslimische Lehrerin bezüglich des Tragens eines Kopftuchs auf ihre Religionsfreiheit berufen kann, „begründet ihr Verhalten angesichts der Bedeutung des Kopftuches im Islam Zweifel an ihrer Eignung als Lehrerin an einer

³⁵² Tagesspiegel: „Nützliche Idiotin“, 1.12.2003

³⁵³ Morgenpost, 18. Januar 2004

³⁵⁴ EKD-Pressemitteilung: „Folgerungen aus der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Kopftuchstreit“, 10.10.2003

staatlichen Schule.“ Diese Haltung wurde von dem Ratsvorsitzenden des EKD und Landesvorsitzenden der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg, Bischof Wolfgang Huber, auch später in Zeitungsinterviews immer wieder bestätigt.³⁵⁵

Das höchste Gremium der Katholiken, die Deutsche Bischofskonferenz (DBK), bemüht sich um eine neutrale Haltung in der Kopftuchdebatte bzw. bei der Beurteilung der symbolischen Bedeutung des Kopftuchs. In der von der DBK im September 2003, einen Tag vor der Urteilsverkündung des BVerfG, veröffentlichten Arbeitshilfe „Christen und Muslime in Deutschland“ heißt es: „Trotz des koranischen Textbefundes, aus dem sich eine allgemeine Kopftuchpflicht für Musliminnen objektiv nicht ableiten lässt, muss jedoch im freiheitlichen Rechtsstaat die Gewissensentscheidung von Musliminnen respektiert werden, die der Überzeugung sind, dass ihnen ihre Religion eine solche Pflicht auferlege.“³⁵⁶

Dennoch kam es zu Reaktionen von Seiten verschiedener katholischer Gremien, nachdem sich Bundespräsident Johannes Rau im Neujahrsinterview des ZDF Ende Dezember 2003 zur Kopftuchdebatte äußerte.

Angesprochen auf die europäische Kopftuchdebatte, antwortete der sich selbst zum evangelischen Glauben bekennende Rau: „Ich bin aber der Meinung, wenn das Kopftuch als Glaubensbekenntnis, als missionarische Textile, gilt, dann muss das genauso gelten für die Mönchkutte, für den Kruzifixus. [] Ich selber komme aus einer reformierten Tradition. In der gibt es den Kruzifixus nicht als Symbol. Ich bin für Freiheitlichkeit, aber ich bin gleichzeitig für Gleichbehandlung aller Religionen. Die öffentliche Schule muss für jeden zumutbar sein, ob er Christ, Heide, Agnostiker, Muslim oder Jude ist. Und es darf nicht durch religiöse Symbole, die der Lehrer mit sich trägt, eine gewisser Vorrang oder Vormachtstellung gesucht werden.“³⁵⁷

Als Reaktion auf die Positionierung Raus veröffentlichte das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) am 07. Januar 2004 eine Presserklärung, in der vor allem die Sorge vor der „Etablierung einer säkularen Kultur und einer religionslosen Gesellschaft per Gesetz in Deutschland“ einen großen Raum einnimmt, da dies die christliche Tradition des Landes an den Rand drängen würde.³⁵⁸ Weiter heißt es: „Bei der Vollversammlung des ZdK am 21./22. November 2003 haben wir unterschieden zwischen dem Kopftuch als Ausdruck eines religiösen Bekenntnisses und dem Kopftuch als politisches Zeichen gegen die Gleichberechtigung der Frau und damit gegen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung sowie die Werte unserer Gesellschaft.“ Andererseits wird aber auch darauf hingewiesen, dass es das ZdK für angemessen gehalten hätte, eine Sanktionierung von Lehrerinnen im Einzelfall, ohne landesgesetzliche Regelungen, zu prüfen.

Der Vorsitzende der DBK, Kardinal Lehmann, reagierte ebenfalls auf Johannes Rau. In einem Focus-Interview bezweifelte er die Gleichstellung von christlichen und muslimischen Symbolen als „missionarische Textile“, wie Rau sich ausdrückte. Vor allem da beim Kopftuch eine politische Bedeutung in Betracht zu ziehen ist, die bei der Ordenskleidung und dem Kruzifix nicht gegeben sei.³⁵⁹

Die Äußerungen von Johannes Rau und sein Eintreten für den gleichberechtigten Umgang mit den verschiedenen Religionen und Weltanschauungen erregte viel Aufmerksamkeit und führte auf Seiten der katholischen und evangelischen Kirche dazu, die besondere Rolle des Christentums hierzulande in den Vordergrund zu stellen. Dahinter verbirgt sich nicht zuletzt auch die Angst vor der Verdrängung christlicher Inhalte und Symbole aus dem schulischen, ja vielleicht sogar aus dem gesamten öffentlichen Raum.

³⁵⁵ die tageszeitung: „Ein Kopftuch integriert nicht“, 8.11.2003

³⁵⁶ Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.): Arbeitshilfen 172: „Christen und Muslime in Deutschland“, Bonn, 23.09.2003, Absatz 465

³⁵⁷ siehe Neujahrsinterview des ZDF (Internet): <http://www.heute.t-online.de/ZDFheute/artikel/6/0.1367.POL-0-2092422.00.html> 27.12.2003 [Archiv]

³⁵⁸ <http://katholische-kirche.de/presse/meldung.asp?nr=5804> abgelesen am 10.01.2004

³⁵⁹ www.focus-online.de/F/FM/FMB/FMBA/fmba.htm?snr=3038

Am 21. Januar 2004 konkretisierte Rau seine Position und reagierte damit auch auf die Sorgen der Kirchenvertreter. Anlässlich einer Rede in Wolfenbüttel zum 275. Geburtstag von Gotthold Ephraim Lessing warnte er vor einem Kopftuchverbot, da dies der erste Schritt sei „auf dem Weg in einen laizistischen Staat, der religiöse Zeichen und Symbole aus dem öffentlichen Leben verbannt“³⁶⁰, was nicht in seinem Interesse sei. Diesbezüglich bekräftigte er seine bisherige Haltung und erinnerte an das gesetzlich festgelegte Recht aller Religionen, vom Staat einen gleichberechtigten Umgang einzufordern. Seine Ablehnung eines Kopftuchverbots begründete er aber auch damit, dass die symbolische Bedeutung des Kopftuchs nicht eindeutig bestimmbar sei, genauso wie eine Pauschalbeurteilung „des“ Islam nicht möglich sei. Nichtsdestotrotz warnte er vor jeglicher extremistischen Beeinflussung von Kindern und Jugendlichen sowie der Benachteiligung von Mädchen und Frauen aus traditionellen Gründen.

Zu der bislang einzigen gemeinsamen katholisch-evangelischen Positionierung kam es Anfang Februar 2004 in Baden-Württemberg, wo beide großen Kirchen ein Kopftuchverbot für Lehrerinnen forderten.

Eine Umfrage des Allensbacher Instituts für Demoskopie ergab, dass rund 53 Prozent der Bundesbürger anderer Meinung seien als der Bundespräsident, der im so genannten Kopftuchstreit für eine Gleichbehandlung der Religionen auch in der Schule eintritt. Lediglich 28 Prozent der mehr als 1.000 Befragten teilten die Argumentation Raus. In Ostdeutschland wird Raus Position allerdings von einer relativen Mehrheit unterstützt. Dort traten 45 Prozent der Befragten dafür ein, das Kopftuch und alle anderen religiösen Symbole an Schulen entweder zu erlauben oder zu verbieten. Nur 38 Prozent der ostdeutschen Befragten widersprachen dieser Grundhaltung.³⁶¹

Einen Tag nach Raus Äußerungen bedankte sich die Deutsche Bischofskonferenz mit einer offiziellen Presserklärung. Darin heißt es: „Wir begrüßen sein klares Bekenntnis zur Religionsfreiheit in Deutschland und zum öffentlichen Charakter von Religion. [] Seiner Mahnung, das von Musliminnen getragene Kopftuch zumindest auch als Ausdruck religiöser Überzeugungen zu verstehen und entsprechend zu würdigen, pflichten wir bei, ohne damit die Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts in den Ländern im Einzelnen zu bewerten.“³⁶²

Nach neueren Beratungen von ZdK und DBK wird eine aktive Beteiligung am gegenwärtigen Diskussionsprozess betont. Die katholische Kirche unternimmt dies jedoch vorsichtig abwägend, denn welche Folgen das Urteil für den Stellenwert von Religion in den Schulen und möglicherweise darüber hinaus im gesamten öffentlichen Leben entfalten wird, sei derzeit schwer zu beurteilen. Vor dem Hintergrund der Diskussion über die Gleichbehandlung der Religionen verweist die Kirche auf eine wenig diskutierte Passage im Urteil des BVerfG. Demnach habe das BVerfG mit seiner Entscheidung Argumente für beide Seiten bereitgestellt: Während es einerseits die Möglichkeit einer Differenzierung zwischen christlichen und anderen religiösen Symbolen ausdrücklich einräumt, fordert es andererseits die Gleichbehandlung der Religionen.³⁶³

Die Jüdische Gemeinde

Offizielle Stellungnahmen der Jüdischen Gemeinde Berlin oder des Zentralrates der Juden in Deutschland liegen bisher nicht vor. In einem Interview der Jüdischen Allgemeinen Wochenzeitung vom 8. Januar 2004 äußerte sich der Zentralratsvorsitzende Paul Spiegel allerdings kritisch zum bisherigen Verlauf der Diskussion.³⁶⁴ Die Debatte um das Kopftuch werde zu oberflächlich geführt. So sei der Streit darüber, ob das Kopftuch ein religiöses oder politisches Symbol ist, nicht abschließend diskutiert worden. Die Frage, wo die Trennung zwischen einem religiösen Bekenntnis und die einer politischen Botschaft liege, könne nur im

³⁶⁰ KNA: „Rau zum Kopftuch“, 22.01.2004

³⁶¹ epd: „Mehrheit der Bundesbürger lehnt Kopftücher an Schulen ab“, 02.02.2004

³⁶² Pressemitteilung der DBK: „Bekenntnis zum öffentlichen Charakter von Religion in Deutschland“, 22.1.04

³⁶³ BVerfG, 2 BvR 1436/02 vom 3.6.2003, verkündet am 24.09.2003, Rn. 43 und Rn. 47

³⁶⁴ www.juedische-allgemeine.de/archiv/politik/politik-10088.html

Einzelfall entschieden werden, da die Grenzen hier fließend seien. In diesem Zusammenhang warnt Paul Spiegel auch vor einem vorschnellen und massiven Eingriff in die verfassungsmäßigen Grundrechte.

Darüber hinaus kritisiert Spiegel die von einigen Akteuren verwendete Berufung auf das jüdisch-christliche Erbe, da dies suggeriere, es existiere eine „Koalition gegen den Islam“. Spiegel dazu wörtlich: „Wer von christlichen Quellen unserer Werteordnung spricht und eine Staatsreligion meint, ohne dabei die Realitäten der hier lebenden Juden, Muslime und anderer Religionsgemeinschaften anzuerkennen, der beschwört mehr Konflikte herauf, als dass er sie löst.“

Islamische Organisationen

Nach einer Umfrage des Berliner Senats sehen etwa 25 Prozent der Berliner Muslime das Tragen des Kopftuches aus religiösen Gründen für geboten an. Diese Position wird auch mehrheitlich von den großen sunnitischen und schiitischen Organisationen und Vereinen geteilt, die maximal schätzungsweise knapp 30 Prozent der Muslime in Deutschland repräsentieren (diese Angabe bezieht sich nicht nur auf die direkten Mitglieder sondern auf den gesamten Einflussbereich). Die Positionen und Argumente des „organisierten Islam“ als Lobbyisten für das Kopftuch sind ein elementarer Bestandteil der aktuellen Debatte, haben doch z. B. Islamrat und Zentralrat der Muslime (ZMD) ideell und auch finanziell die Klage der muslimischen Lehrerin Fereshta Ludin unterstützt. Die erhoffte juristische Klärung durch das BVerfG blieb aus, und die Verbände sehen sich nun konfrontiert mit einer komplexen gesellschaftlichen Diskussion, in der sie sich behaupten müssen. Auch wenn die Stellungnahmen und Aktionen der nachfolgend dargestellten Organisationen, die sich alle für das Tragen des Kopftuches von Lehrerinnen aussprechen, nur einen geringen Teil des gesamten Spektrums des innerislamischen Diskurses abdecken, dürfen sie andererseits aber auch nicht ignoriert werden.

a) Islamrat

Die von der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG) dominierte Dachorganisation Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland sieht in dem Urteil des BVerfG vor allem die Bestätigung, dass das Kopftuch „kein Symbol ist, sondern eine religiöse Pflicht“. Demzufolge sei zu Recht „das Tragen des Kopftuchs durch gläubige Muslimas als Teil ihrer verfassungsrechtlich geschützten Religionsfreiheit gewertet“ worden. Wie auch die anderen islamischen Verbände konzentriert sich der Islamrat auf die subjektive Bedeutung des Kopftuches als Teil der Religionsausübung muslimischer Frauen und fordert, dass „auch für Lehrerinnen Religionsfreiheit gelten soll – wenn sie Muslimas sind“.³⁶⁵

b) IGMG

Der Islam gebiete das Einhalten bestimmter Kleidungs Vorschriften für den Mann und für die Frau, erklärte der IGMG-Generalsekretär Oguz Ücuncü als Reaktion auf das Urteil des BVerfG. „Der Frau ist geboten, sich bis auf Hände, Füße und Gesicht zu bekleiden, sowie das Haupthaar zu bedecken.“³⁶⁶ Der Sinn dieses Gebotes sei nicht die Unterdrückung der Frau, „sondern sie dem Diktat des Körperlichen zu entziehen, also von den Zwängen eines Verständnisses, das Frauen allzu leicht nach ihrem Äußeren einen Wert beimisst, zu befreien“. Mit dieser Argumentation bestätigt Milli Görüs aber implizit die objektive Bedeutung des Kopftuches als Symbol einer Ungleichheit von Mann und Frau. In seiner weiteren Argumentation betonte Ücuncü, dass die Frauen in jedem Fall „ein Kopftuch nur aus Überzeugung und freiem Willen“ tragen sollen und wandte sich somit gegen jeden Zwang. Eine Diskriminierung aufgrund des „selbstgewählten und selbstbestimmten Tragens des Kopftuches“ sei ebenso abzulehnen, wie „die Diskriminierung wegen des Nicht-Tragens eines Kopftuches“, betont Ücuncü.

³⁶⁵ Bonn, 15.01.2004, unter: www.islamrat.de/presse/p2004/ausgrenzung.htm

³⁶⁶ Oguz Ücuncü: „IGMG ruft Politiker zur Verantwortung auf - Entscheidung keine Aufforderung zum Erlass von Verbotsgesetzen“, Kerpen, 25. September 2003

In den aktuellen Diskussionen und Gesetzesinitiativen sieht Milli Görüs eine Diskriminierung muslimischer Frauen, denn „über das Kopftuch werden muslimische Frauen in Deutschland unterdrückt. Sie werden als Fundamentalisten beschimpft, ihnen werden Berufsverbote aufgedrückt. Warum? Nur weil sie ein Kopftuch tragen, ein Gebot ihres Glaubens, ihrer Religion befolgen“. Nichtmuslimen und besonders christlichen Vertretern wird das Recht zur Bewertung einer objektiven Bedeutung des Kopftuches, z. B. als politisches Symbol, abgesprochen. „Es steht mir als Muslim nicht zu, eine Bewertung darüber abzugeben, wie religiös oder apolitisch das Kreuz ist, doch woher nehmen sich die christlichen Vertreter das Recht islamische Symbole, die schließlich auch nur von Muslimen als religiös oder nicht religiös bewertet werden können, als rein politisch einzustufen“, erklärte der Rechtsberater der IGMG, Abdulgani E. Karahan.³⁶⁷

c) Islamische Föderation in Berlin

Sehr zurückhaltend äußert sich die Islamische Föderation (IFB). Bezugnehmend auf die Äußerungen des Bundespräsidenten Johannes Rau, weist der Verwaltungsratsvorsitzende der IFB, Burhan Kesici, darauf hin, dass „das Kopftuch einer Lehrerin kaum verboten werden kann, wenn die Symbole anderer Religionen, wie die Ordenstracht oder Kippa, erlaubt bleiben“.³⁶⁸

d) Zentralrat der Muslime in Deutschland

Die umfangreichen Stellungnahmen des Zentralrates der Muslime in Deutschland (ZMD) zum Thema Kopftuch lassen sich auf der Internetseite der Organisation, www.islam.de nachlesen. Hier kann nur auf einige Aspekte der Argumentation eingegangen werden. So leugnet z. B. der Vorsitzende des ZMD, Nadeem Elyas, die Bedeutung des Kopftuches auch als Symbol politischer Unterdrückung nicht: „Es mag sein, dass das Kopftuch woanders ein politisches Unterdrückungsmittel ist, aber für die deutsche Realität ist es etwas anderes.“³⁶⁹ In einem ausführlichen Positionspapier legt die Organisation ihre Position zum Kopftuch dar, ausgehend von „der deutschen Realität“. Dabei beschränkt sich der ZMD ausschließlich auf „die Frauen und Mädchen, die das Kopftuch aus freien Stücken und aus Glaubensüberzeugung tragen“.³⁷⁰ Vor dem Hintergrund einer globalisierten Welt und der Tatsache, dass auch der Islamismus eine globale Ideologie ist, klingt folgende Argumentation aber eher hilflos: „Wenn es auch Fälle im weit entfernten Ausland gibt, wo das Kopftuch als politisches Symbol oder zu Demonstrationszwecken eingesetzt wird, so ist das kein Grund, den kopftuchtragenden Muslimas in Deutschland die gleiche Absicht zu unterstellen.“ In Deutschland, erklärt der ZMD, wäre das Tragen des Kopftuches „für die meisten muslimischen Frauen eine aus eigener Entscheidung ausgeübte religiöse Pflicht und ein Zeichen des Selbstbewusstseins und der Emanzipation“. Gleichzeitig appelliert die Organisation aber an die Muslime, dass „das Nichttragen des Kopftuches, trotz der großen Bedeutung dieser islamischen Vorschrift, nicht zu Ausgrenzung innerhalb der Familie und der Gemeinde führen soll“. Dieses Eingeständnis der realen Existenz des Problems, dass Frauen und Mädchen auch gezwungen werden, ein Kopftuch zu tragen, relativiert der ZMD aber sofort, denn „Frauen zu zwingen, das Kopftuch abzulegen, ist für uns allerdings nicht minder verwerflich“.

In der gesamten Kopftuchdiskussion sieht der ZMD letztendlich, wie es scheint, die Gefahr, die Dominanz über „den“ Islam in Deutschland, also die Dominanz der Deutungshoheit des Islam, zu verlieren. So heißt es in dem ZMD-Papier: „Dem Islam droht die Gefahr, auf Grund des politischen und staatlichen Drucks gespalten zu werden in zwei ‚Konfessionen‘: den Islam und den Reformislam“.

Warnend wendet sich die Organisation vor allem an die Kirchen, denn „es sollte bedacht werden, dass im Zusammenhang mit dem Abbau der islamischen Religiosität und dem allgemeinen Zurückweichen des Religiösen hin zu einer materialistischen Konsumgesellschaft [!] die ‚antiklerikale Bewegung‘ in der Politik neue Nahrung bekommt

³⁶⁷ www.igmg.de/index.php?module=ContentExpress&func=display&ceid=665&meid=, abgelesen am 12.01.2004

³⁶⁸ www.islamische-foederation.de Berlin, 12.01.2004

³⁶⁹ www.islam.de 11.01.2004

³⁷⁰ Das Kopftuch, Eschweiler, 20. Oktober 2003

und die Bewegungsfreiheit und die Bedeutung der Kirchen weiter zurückgedrängt wird“. Verlierer der Kopftuch-Debatte seien bei einer Neuverhandlung des Verhältnisses von Staat und Religion dann alle Religionen. Hier greift der ZMD geschickt Ängste besonders einiger christlicher Vertreter auf in der Hoffnung auf ein gemeinsames Bündnis gegen die „Säkularisten“ und/oder „Laizisten“.

Mit dem Gang vor das Bundesverfassungsgericht hatte der ZMD eine Entscheidung erhofft, nach der es Lehrerinnen an staatlichen Schule ermöglicht wird, das Kopftuch zu tragen. Das Urteil des BVerfG hat nun aber eine Diskussion in Gang gesetzt, die nicht nur weit über das Erwartete hinausgeht, sondern gegebenenfalls auch zum Bumerang werden könnte. Nach Aussage des Pressesprechers des ZMD, Aiman Mazyek, ist inzwischen der soziale Frieden in Deutschland gefährdet. „Die Anfeindungen und das Misstrauen gegen Muslime im Alltag hat eindeutig durch die absurde Kopftuchdiskussion zugenommen. Die Zuschriften und Anrufe, welche die muslimischen Verbände tagtäglich erreichen, haben beängstigende Ausmaße angenommen. Nicht selten denken selbst deutschstämmige Muslime laut daran, ob Deutschland als Muslim noch lebenswert ist“, schreibt er am 12. Februar 2004. In Umkehrung der Frauen- und Menschenrechtsdiskussion stellt Mazyek provokant die Frage, ob im Namen dieser Rechte „Diskriminierungen gegen Muslime salonfähig gemacht und der Missbrauch dieser hohen Werte dadurch in Kauf genommen“ werden.³⁷¹ In dieser Fragestellung sieht sich der ZMD nicht allein, sondern kann sich auch auf Organisationen, wie z. B. die Internationale Liga für Menschenrechte, berufen.

e) Islamische Gemeinschaft in Deutschland

Die Islamische Gemeinschaft in Deutschland (IGD) ist die ideologisch bedeutendste Mitgliedsorganisation des ZMD. Der deutsche Konvertit Ahmad von Denffer, Leiter des IGD-Referats für Medien und Öffentlichkeitsarbeit³⁷² und neben dem Vorsitzenden der IGD, Ibrahim el-Zayat, die zentrale Person dieser Organisation, räumt ein, dass die Entwicklung in der Kopftuchfrage nun ganz anders verläuft „als erwartet und darauf waren wir nicht vorbereitet“. Das wird nun nachgeholt. „Der Islamrat, der Zentralrat der Muslime und die Islamische Religionsgemeinschaft in Hessen haben sich zu einer derartigen Beratung verabredet. Es bleibt zu hoffen, dass daraus am Ende dann auch eine gemeinsam getragene Haltung hervorgeht“, berichtet von Denffer im Februar 2004 auf der Internetseite der IGD. Mit der Gesetzesinitiative der hessischen CDU sei „die nächste Runde in der Kopftuchfrage eingeläutet“. Denn in Hessen solle, schreibt von Denffer, auf christliche Eigenheiten weniger Rücksicht genommen und alle äußerlichen Bekundungen verboten werden, die im Konflikt mit dem Neutralitätsgebot des Staates stehen. „Auf diese Weise sind die Aussichten nur noch sehr gering, dass ein solches Gesetz vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe scheitern kann“. Von Denffer fürchtet, dass sich andere Bundesländer dieser Position anschließen könnten, denn „Hauptsache, das Kopftuch, das seine Gegner als Symbol des Islam ansehen, wird zurückgedrängt“. Dafür wären die Politiker sogar bereit „christliche und jüdische Positionen“ einzuschränken. Diese nächste Runde werde für viele Muslime in Deutschland und Europa zu einer sehr bitteren Erfahrung, prognostiziert von Denffer, denn das wäre noch nicht das Ende. „Man weiß ja aus der Türkei und anderen Ländern, wie es weiter geht.“ Der Traum vom ungestörten Leben als Muslime auf einer durch die Gleichberechtigung gesicherten Grundlage sei ausgeträumt. Von Denffer fordert die Muslime auf, daraus Kraft zu schöpfen, denn „Ausgrenzung, wie sie den Muslimen nun aufgezwungen wird, mag schmerzhaft sein, aber sie bedeutet zugleich doch auch Abgrenzung“. Deshalb sei die Aufgabenstellung klar: „Die Muslime werden sich mehr und mehr für ihre eigenen Anliegen einsetzen müssen. Wenn sie das tun, entsteht aus Aus- und Abgrenzung auch ein unverkennbares Profil, das heute eher noch fehlt. So wird am Ende sowohl für die Muslime selbst als auch für die Nichtmuslime viel deutlicher erkennbar, wofür die Muslime eigentlich stehen. Die spannende Frage bleibt, ob sich am Ende die muslimische Parallelgesellschaft etabliert, ob die Muslime von der nichtmuslimischen Mehrheitsgesellschaft aufgesogen

³⁷¹ Aiman Mazyek: „Menschenrechtsorganisationen fordern Ende der Verbotspolitik im Kopftuchstreit – Kommentar“, 12.02.2004,

unter: www.islam.de/?site=articles&archive=newsnational&article_number=1952

³⁷² www.i-g-d.com/html/uber%20unss2.htm abgelesen am 06.11.2003

werden oder ob es den Muslimen gelingt, trotz aller Ausgrenzung ihrerseits der Gesellschaft, in der sie leben, den Islam näher zu bringen, was ja ihre eigentliche Aufgabe wäre.“³⁷³

f) Deutschsprachiger Muslim-Kreis und Initiative Berliner Muslime

In Berlin wird die Debatte um das Kopftuch entscheidend mitgeprägt von einem Netzwerk islamischer Vereine, das sich „Initiative Berliner Muslime (IBMus)“ nennt. Zu diesem Netzwerk gehören die in Wedding ansässigen und eng miteinander kooperierenden Vereine Deutschsprachige Muslim-Kreis (DMK) und Islami Tahrik. Der Vorsitzende des Vereins Islami Tahrik ist auch gleichzeitig Vorsitzender der IBMus. Des weiteren spielen in dieser Initiative die Vereine Inssan und Muslimische Jugend in Deutschland (MJD) eine zentrale Rolle.

Ausgehend vom DMK wurde ein Netzwerk muslimischer Frauen ins Leben gerufen unter der Bezeichnung „Muslimat Berlin“. Dazu gehören die Frauengruppen der MJD, des DMK sowie der beiden Neuköllner Vereine „Al-Nur-Moschee“ und „Islamisches Kultur und Erziehungszentrum (IKEZ)“ und des bosnischen Vereins „Srebrenica“ in Kreuzberg.³⁷⁴ Insgesamt ist dieses Netzwerk geprägt durch einen relativ hohen Anteil zum Islam konvertierter Frauen sowie bildungsnaher muslimischer Mädchen und Frauen.

Aufmerksamkeit in der breiteren Öffentlichkeit erregte dieses Netzwerk (IBMus und Muslimat Berlin), als es für den 17. Januar 2004 in Berlin zu einer Demonstration unter der Losung „für eine Gleichberechtigung der Religionen, Freiheit der Selbstbestimmung, gegen eine staatlich verordnete Kleiderordnung“ aufrief. Statt der erwarteten 5.000 beteiligten sich schätzungsweise 1.200 Frauen und Männer, fast ausschließlich Muslime, an diesem Protestmarsch, der in Kreuzberg begann und über die Straße unter den Linden vor dem Roten Rathaus endete. Der 17. Januar war nicht zufällig gewählt, sondern Teil eines weltweiten muslimischen Protestaufrufes gegen den französischen Präsidenten Jacques Chirac und das bevorstehende Gesetz in Frankreich, SchülerInnen das Tragen religiöser Symbole zu verbieten. Angeregt wurde dieser weltweite Demonstrationstag durch einen Appell des in Qatar ansässigen einflussreichen Islamgelehrten und Prediger ägyptischer Herkunft, Scheich Yussuf al-Qaradawi. Über den arabischen Satellitensender al-Jazeera erreicht al-Qaradawi ein Millionenpublikum, das sich in seine Livesendungen mit Fragen und Anregungen einschalten kann. Mit seinen im Internet veröffentlichten Rechtsgutachten (Fatwas) übt al-Qaradawi, der der Muslimbruderschaft zugerechnet wird³⁷⁵, seit Jahren auch großen Einfluss auf Muslime in Deutschland aus.

Die Berliner Initiative IBMus begründete ihren Aufruf zur Demonstration damit, dass die Religionsfreiheit in Deutschland bedroht sei „durch die Diffamierung des Kopftuchs und damit seiner Trägerinnen als ‚fundamentalistisch‘ und die Tendenz, dieses im Islam zur Pflicht gemachte Kleidungsstück - im Gegensatz zu anderen religiös motivierten Textilien wie Kippa oder Kutte – aus dem öffentlichen Dienst oder sogar aus dem öffentlichen Leben zu entfernen“.³⁷⁶ Beklagt wird in dem Presstext zum Demonstrationsaufruf, dass „wir Muslime in dieser Debatte zumeist ausgeschlossen bleiben. Es wird viel über uns geredet, aber wenig mit uns“. Politiker würden sich anmaßen zu beurteilen, ob das Kopftuch eine religiöse Pflicht ist oder nicht, und welche Bedeutung es hat. Es sei aber „*niemand* außer den Muslimen selbst berechtigt, auf diese Fragen zu antworten“.³⁷⁷

In einem Flyer des Frauennetzwerkes Muslimat-Berlin betonen die muslimischen Studentinnen und Schülerinnen, dass das Tragen des Kopftuches vermeiden helfe, auf das äußere Erscheinungsbild reduziert zu werden. „Deshalb betrachten wir es gerade *nicht* als ein Zeichen der Unterordnung gegenüber dem Mann, sondern als ein Mittel, um ein respektvolles Verhältnis zwischen Mann und Frau zu fördern.“ Trotz qualifizierter

³⁷³ Ahmad von Denffer: „Kopftuchfrage – Nächste Runde“, unter: www.i-g-d.com/html/KOPFTUCHFRAGE.htm

³⁷⁴ siehe www.dmk-berlin.de und www.muslimat-berlin.de

³⁷⁵ u.a. Deutsches Orient Institut unter: www.duei.de/doi/de/content/forschung/libyen/libyen2002.html

³⁷⁶ www.islam.de/?site=articles&archive=newsnational&article_number=1903

³⁷⁷ www.muslimat-berlin.de/Aktuelles/demo/kundgebung/kundgebung.html

Abschlüsse, würde ein Verbot des Kopftuches ihnen wohl bald nur noch die „Wahl zwischen Putzfrau und Sozialamt eröffnen?“.³⁷⁸

g) DITIB

Der türkisch-sunnitische Verband DITIB (Türkisch-islamische Union der Anstalt für Religion) hält sich zu diesem Thema vorsichtig zurück. Sein Handlungsspielraum in Deutschland ist eng an die aktuelle türkische Politik gebunden. Privat oder halböffentlich gibt es hier Stimmen, die – wenn auch leise – „für“ das Kopftuch von Lehrerinnen eintreten. Offiziell hat DITIB aber den strikten türkischen Laizismus zu vertreten. So fehlen offizielle Verlautbarungen, und unter der Hand sind deutsche Politiker gebeten worden, DITIB derzeit nicht zu bedrängen, sich öffentlich zu äußern.³⁷⁹

h) „Kompromiss-Kopftuch“ einer Berliner Muslimin

Am 15. Februar 2004 berichtete die Zeitung „Der Tagesspiegel“ von der Berliner Muslimin Emel Algan. Sie leitet seit mehreren Jahren den islamischen Frauenverein Cemiyet-i Nisa und damit gleich vier Kindertageseinrichtungen in Kreuzberg/ Neukölln. Als Alternative zum Kopftuch habe die gläubige Muslimin Algan Schleier-Hut-Varianten erfunden, also Kopftücher, die nicht wie Kopftücher aussehen. „Der Sinn: Einerseits ermöglichen sie es, Haar und Hals zu bedecken, wie Tradition und Schamgefühl es verlangen. Andererseits wirkt, wer sie trägt, weniger fremd, draußen in der nicht-muslimischen Welt“, heißt es im Tagesspiegel. Ihre Versionen einer Haarbedeckung, so Emel Algan, „sehen ja nicht aus wie muslimische Schleier und können deshalb auch nicht religiös beeinflussen“.³⁸⁰

8.2.3. Zivilgesellschaftliche Initiativen

Neben den Religionsgemeinschaften und Parteien gibt es eine Reihe weiterer Institutionen, Organisationen, Interessengruppen und Einzelpersonen, die sich mit eigenen Positionen und Vorschlägen an dieser gesamtgesellschaftlichen Debatte beteiligen.

Der Berliner Integrationsbeauftragte

Gegen ein Kopftuchverbot per Gesetz sprach sich der Berliner Integrationsbeauftragte, Günter Piening, bereits im Oktober 2003 aus. Seine Argumentation entspricht in vielen Punkten dem nachfolgend dargestellten Aufruf seiner Amtsvorgängerin Barbara John „Wider eine Lex Kopftuch“, der von der Bundesbeauftragten für Integration, Marieluise Beck, mitgetragen wurde. Gleichzeitig unterscheidet sich Piening aber in seiner Forderung, den Schulen eine höhere Eigenverantwortung u.a. bei den Personalentscheidungen zu überlassen. Auf die Erziehung von Kindern und Jugendlichen, appelliert Piening, solle ein stärkeres Gewicht gelegt werden, um deren Konfliktfähigkeit in einem positiven Sinne zu fördern. Ihm gehe es darum, „die Auseinandersetzung um kulturelle und religiöse Differenz in der Schule zu stärken.“ Gleichzeitig plädiert er „für eine intensivere Auseinandersetzung mit demokratiefeindlicher (Alltags-) Entwicklung, vor allem auch in den Schulen.“³⁸¹

In einer gemeinsamen Presseerklärung mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Berliner Integrations-, Migrations- und Ausländerbeauftragten der Bezirke vom 17. Februar 2004 fordert Günter Piening erneut eine „pragmatische Lösung anstelle eines generellen gesetzlichen Verbots von Kopftüchern für muslimische Lehrerinnen und Erzieherinnen“.³⁸² Ein gesetzliches Verbot „geht integrationspolitisch in die falsche Richtung. Muslimische Frauen würden nicht integriert, sondern ausgegrenzt werden“, heißt es in der Erklärung. So würden seit Beginn der Kopftuchdebatte muslimische Erzieherinnen, die ein Kopftuch tragen, kaum noch Praktikumsplätze finden. Statt einer gesetzlichen Regelung schlagen die

³⁷⁸ www.muslimat-berlin.de/Aktuelles/flyer/flyer.html

³⁷⁹ Hildegard Becker: „Kopftuchstreit: Wer spricht eigentlich von den Betroffenen?“, unter: www.sicherheit-heute.de/berichte/read/516/

³⁸⁰ Christine-Felice Röhrs: „Schlüpfgeschichten, Elfenkäppchen“, Tagesspiegel 15.02.2004

³⁸¹ die tageszeitung: „Die Kopftuchdebatte in Berlin (Teil 6). Günter Piening: Verbot ist überflüssig“, 28.10.2003

³⁸² Pressemitteilung des Beauftragten für Integration und Migration: „Muslimische Frauen integrieren - nicht ausgrenzen: Ein Kopftuchverbot löst keine Probleme!“, 17.02.2004

Integrationsbeauftragten von Senat und Stadtbezirken ein Dreipunkteprogramm vor: 1. Ein Aktionsplan zur Verbesserung der Freiräume und der Integrationschancen für Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund, 2. Handreichungen für Schulen und Lehrkräfte zur Verbesserung der Kompetenzen der Schule und der vorschulischen Erziehung im Umgang mit den Alltagskonflikten in einer Einwanderungsgesellschaft und 3. Ein Weiterbildungsprogramm für Schulen und Lehrkräfte zur Auseinandersetzung mit der demokratiegefährdenden Entwicklung, die durch den Islamismus provoziert wird.

Die Initiative von Marieluise Beck und Barbara John

Am provokantesten beeinflusst wurde die „Kopftuchdiskussion“ durch die Initiative der ehemaligen Ausländerbeauftragten von Berlin, Babara John (CDU), sowie der Bundesbeauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration, Marieluise Beck (Bü90/Die Grünen). Gemeinsam mit etwa 70 weiteren prominenten Frauen aus Politik und Gesellschaft veröffentlichten sie am 1. Dezember 2003 ihre Erklärung „Religiöse Vielfalt statt Zwangsemanzipation! - Aufruf wider eine Lex Kopftuch“. Der Öffentlichkeit präsentierten sie ihre Erklärung demonstrativ mit einer Aktion vor dem Brandenburger Tor. Die Initiatorinnen und Unterzeichnerinnen dieses Aufrufes lösten damit einerseits Sympathiebekundungen auf Seiten islamischer Gruppierungen aber auch zahlreiche empörte Gegenreaktionen aus, auf die im Anschluss eingegangen wird.

Zum Inhalt: Der Aufruf warnt in erster Linie vor einer in Teilen der Diskussion und auch durch ein Kopftuchverbot suggerierten Gleichsetzung von Islam und islamischem Fundamentalismus mit den entsprechenden negativen Folgen für den Integrationsprozess. Der mögliche politische Gehalt religiöser Symbole wird zwar nicht bestritten, jedoch seien die existierenden Regularien, wie die individuelle Eignungsprüfung sowie das Disziplinarrecht, ausreichend, um auffälliges Verhalten zu sanktionieren. Argumentiert wird in diesem Aufruf besonders mit dem Emanzipationsgedanken und der Gleichberechtigung der Geschlechter. So hätte ein Kopftuchverbot ausschließlich diskriminierende Auswirkungen auf muslimische Frauen, wogegen männliche Kollegen weiterhin mit den bisher zur Verfügung stehenden Mitteln belangt werden. Ein weiteres Argument ist, dass ein Verbot islamistischen Kreisen in die Hände spielen würde, da ein Teil der Gläubigen sich in ihrer Opferrolle bestätigt sehen, d.h. der Stigmatisierung von Muslimen, und dies Islamisten für ihre Zwecke propagandistisch ausnutzen werden.

Mit ihrem Aufruf lösten die Gegnerinnen eines Kopftuchverbots heftige Proteste und Gegenaufrufe aus, besonders innerhalb der MigrantInnen aus islamisch geprägten Ländern.

Reaktionen und Gegenpositionen

Noch am selben Tag gab der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg (TBB) eine Presseerklärung heraus, mit dem Titel „Naivität nützt den Fundamentalisten“.³⁸³ Der TBB wendet sich gegen den Aufruf von Marieluise Beck und Babara John und setzt sich für ein generelles Verbot jeglicher religiöser und politischer Symbole im gesamten öffentlichen Dienst ein.

Für den TBB sind die Forderungen der Unterzeichnerinnen des „Aufrufes wider eine Lex Kopftuch“ Ausdruck von Naivität „in einer Zeit verstärkter fundamentalistischer Aktivitäten“. So wird in der Presseerklärung darauf hingewiesen, dass es vermehrt zu islamistischen Forderungen im Bildungssystem komme, wie z. B. der Ablehnung eines koedukativen Sportunterrichts oder der Befreiung vom Sexualkundeunterricht, welche vor den Verwaltungsgerichten durchgesetzt werden. Des weiteren heißt es: „Ist den Unterzeichnerinnen entgangen, dass der sogenannte Kopftuchstreit Teil dieser Strategie ist?“ Dem Vorwurf der „Zwangsemanzipation“ bzw. Diskriminierung der Musliminnen entgegnet der TBB, „dass bei den meisten Forderungen der Fundamentalisten auch nur Mädchen/Frauen betroffen, richtigerweise diskriminiert werden“. Gleichzeitig warnt der TBB davor, nicht „in die von den Islamisten gestellten Fallen wie ‚Kopftuchverbot/ Berufsverbot/ Frauendiskriminierung‘ zu tappen“.

³⁸³ Pressemitteilung des TBB, 1.12.03

Wenige Tage später, am 6. Dezember 2003, äußerte sich auch der Landeselternausschuss Berlin in einer Pressemitteilung und kritisierte den Aufruf von Beck und John: „Der Landeselternausschuss hält es vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Diskussion für wesentlich, darauf hinzuweisen, dass die Auswirkungen von fundamentalistischen und extremistischen Grundhaltungen in unserem Schulalltag deutlich zu spüren sind und fordert daher die Senatsverwaltung auf, diesen entgegen zu wirken.“³⁸⁴

Als Beispiele genannt werden das Schwimmverbot für muslimische Mädchen und die Nichtteilnahme von Kindern an schulischen Aktivitäten, wie z. B. Klassenreisen. Explizit auf das Kopftuch wird hierbei nicht eingegangen, dennoch wird in Bezug auf Personen, die im Schulumfeld arbeiten, gefordert, auf alle politischen Symbole zu verzichten.

Unter der Überschrift „Für Neutralität in der Schule“ starteten Migrantinnen aus muslimischen und anderen Ländern gemeinsam mit Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft eine Unterschriftenaktion in Form eines offenen Briefes an Marieluise Beck und weitere Unterzeichnerinnen des „Aufrufes wider eine Lex Kopftuch“. Am 14. Februar 2004 wurde dieser Brief in der Berliner tageszeitung „taz“ veröffentlicht.³⁸⁵

In diesem offenen Brief werfen die Frauen der Initiatorin Beck einen „paternalistischen“ Standpunkt vor und fordern sie auf, „die Position der Mehrheit der muslimischen Frauen“ stärker zu berücksichtigen. Die Frauen greifen in ihrem Brief drei wesentliche Punkte auf. So werfen sie Beck vor, die Bedeutung einer kleinen Minderheit innerhalb der Musliminnen zu überhöhen, indem Beck diese mit den muslimischen Frauen insgesamt gleichsetze. Zum Zweiten gebe Beck zwar die Existenz von „antidemokratischen, antisemitischen und frauenfeindlichen Strömungen im Islam“ zu, sie vernachlässige aber, dass es sich dabei um Strömungen handelt, hinter denen große politische und finanzielle Macht steht. Damit würde Beck suggerieren, es ginge um eine ideelle Position, die allein argumentativ bewältigt werden kann. Als dritten Punkt kritisieren die Frauen, dass Marieluise Beck aus einer paternalistischen Position heraus spreche, als sei sie die Beschützerin aller Musliminnen gegen bestimmte Denkmuster innerhalb der Mehrheitsgesellschaft. Beck bedenke aber nicht, dass sie gerade durch diese Haltung den großen Teil der Musliminnen ignoriere und so entmündige. Mit Verweis auf die Einschränkung der negativen Religionsfreiheit der SchülerInnen in staatlichen Schulen durch eine Kopftuch tragende Lehrerin, erklären die Frauen in ihrem Brief: „Die islamistischen Kräfte würden allein durch die Präsenz von kopftuchtragenden Lehrerinnen im Staatsdienst eine unvergleichlich größere Möglichkeit bekommen, die Mädchen und ihre Eltern unter Druck zu setzen. Diese Möglichkeit des Machtzuwachses darf ihnen nicht zugesprochen werden.“

8.2.4. Feminismus und Frauenrechte

Auf Bundesebene hat sich die Islambeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion, Lale Akün, profiliert als engagierte Gegnerin des Kopftuches und Befürworterin einer gesetzlichen Regelung zum Verbot religiöser Symbole bei LehrerInnen in der Schule. In der Diskussion betont sie dabei das Mäßigungsgebot für BeamtInnen und die negative Religionsfreiheit der SchülerInnen. Die muslimische Politikerin türkischer Herkunft lebt seit über 40 Jahren in Deutschland und arbeitete 16 Jahre als Psychotherapeutin. Sie ist mit einem an einer staatlichen Schule in NRW unterrichtenden Lehrer für islamische Unterweisung verheiratet. Am 29. September 2003 erklärte sie in einem Interview der Zeitschrift Emma, warum sie das Kopftuch ablehnt: „Erstens, weil es den Islam auf ein Stück Tuch reduziert. Zweitens, weil es ein äußeres Zeichen der Ungleichheit von Mann und Frau ist.“³⁸⁶ Auf den häufig geäußerten Einwand, viele Frauen würden das Kopftuch freiwillig tragen, entgegnet sie, dass es sich hier um die Verinnerlichung von Vorstellungen aus der Männerwelt handelt. Dahinter stecke der Wunsch, den männlichen Familienangehörigen gerecht zu werden. Andererseits könne es sich aber auch um den Versuch handeln, Konflikten aus dem Weg zu gehen. Letztendlich

³⁸⁴ vgl. Pressemitteilung des Landeselternausschuss Berlin bei der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport, 6.12.03

³⁸⁵ die tageszeitung: „Für Neutralität in der Schule“, 14.2.2004, Dokumentation

³⁸⁶ www.emma.de

käme auch das Bedürfnis in Betracht, sich gegenüber anderen Frauen aufzuwerten. Dem hält sie allerdings entgegen: „Statistisch gesehen haben wir unter den Kopftuch-Trägerinnen dieselbe Moral wie unter den Nicht-Kopftuch-Trägerinnen. Sie gehen genauso selten unschuldig in die Ehe und erlauben sich dieselben sexuellen Freiheiten.“ Das Kopftuch könne deshalb auch Ausdruck eines Übergangsobjektes zwischen zwei Gesellschaften sein, d.h. man hat eine verlassen ohne in der anderen Fuß gefasst zu haben. Diesbezüglich verweist sie auf die Schwierigkeit, die Grenzen der wahren Motive zu bestimmen: „Wer kann schon unterscheiden zwischen dem Kopftuch aus innerer persönlicher Religiosität, dem von der männlichen Autorität aufgezwungenen und dem, hinter dem eine gezielte politische Absicht steckt?“

Akün verweist auf die politische Bedeutung des Kopftuchs. So habe das Tragen des Kopftuches inklusive der Kleiderordnung erst mit der Islamisierung der muslimischen Länder seit Beginn der 80er Jahre langsam an Bedeutung gewonnen. In den 60er Jahren sei in der Türkei eine entsprechende Bekleidung nicht üblich gewesen. Diese Entwicklung sei auch in Deutschland erkennbar. Erst zu einem späten Zeitpunkt „kamen die überhöhenden kulturellen und religiösen Erklärungen: Das Kopftuch als Ausdruck der muslimischen Identität, der eigenen Kultur etc.“³⁸⁷

Eine wichtige Akteurin im Berliner Diskurs ist die feministisch engagierte Rechtsanwältin und Autorin Seyran Ates. In einem Zeitungskommentar vom 24. Oktober 2003 stellte sie sich an die Seite des Berliner Innensenators Körting, der deutlich sichtbare religiöse Symbole im gesamten Öffentlichen Dienst der Stadt verbieten möchte.³⁸⁸ Seyran Ates beruft sich hierbei auf Art. 3 Abs. 2 des Grundgesetzes und auf die allgemeinen Menschenrechte. In diesem Zusammenhang weist sie darauf hin, dass das Kopftuch in islamischen Gesellschaften das „ultimative Mittel“ sei, die Ungleichheit von Mann und Frau zu demonstrieren. Des weiteren spricht sie eine Diskrepanz an, die die Lebenssituation vieler kopftuchtragenden Frauen betreffe, „denn keine einzige Weddinger oder Kreuzberger Frau, die zum Tragen des Kopftuchs gezwungen wird, darf dies in der Öffentlichkeit erklären.“ Ates schreibt: „In den Medien begegnen uns nur jene Kopftuch-Frauen, die eloquent und selbstbewusst aus ihrer Überzeugung eine politische Waffe gemacht haben. Diese Fronten aufzubrechen ist die Aufgabe der Berliner Politik und Gesellschaft.“ Darüber hinaus berichtet sie, wie türkische Akademiker aus Istanbul während eines Berlinbesuchs immer wieder ihre Verwunderung „über das konservativ-islamische Erscheinungsbild der türkischen Migranten hier“ zum Ausdruck bringen.

Die feministischen Positionen sind ein zentraler Aspekt der Kopftuchdebatte. Während die Einen gerade aus dieser Position heraus das Kopftuch strikt ablehnen, befürworten es die Anderen ebenso strikt aus der gleichen feministischen Grundüberzeugung heraus. Die beiden Extrempositionen sollen hier am Beispiel der Kopftuchgegnerin Alice Schwarzer und der Kopftuchbefürworterin Elisa Klapheck kurz angerissen werden.

Alice Schwarzer beruft sich in ihrer Stellungnahme zum Urteil des BVerfG auf das Minderheitsvotum des Senats, in dem u.a. die Verhüllung der Frau als Gewährleistung für die Unterordnung unter den Mann thematisiert wird. Des weiteren kritisiert sie die „Aufweichung der Trennung von Staat und Religion“ als doppelt unverständlich, „in einer Zeit, in der die weltweite Offensive der Gottesstaatler nicht nur Länder mit muslimischen Mehrheiten unter ihre unmenschlichen ‚Gottesgesetze‘ (inkl. Schleier) zwingt, sondern auch weltliche Demokratien bedroht.“³⁸⁹ Deshalb, so das Fazit von Schwarzer, werden die sich derzeit noch in der Mehrheit befindenden unverschleierte muslimischen Mädchen und Frauen die ersten von der Gerichtsentscheidung betroffenen Personen sein. Denn auf sie würde nun verstärkt Druck ausgeübt werden können.

³⁸⁷ ebenda

³⁸⁸ die tageszeitung: „Die Kopftuchdebatte in Berlin (Teil 4). Seyran Ates ärgert sich über Tabus“, 24.10.2003

³⁸⁹ www.emma.de

Entgegengesetzt zu Schwarzers Position äußert sich die jüdische Feministin Elisa Klapheck. In ihrem Beitrag zur Kopftuchdebatte in der Berliner tageszeitung „taz“ vom 25. Oktober 2003 stellt sie die Frage nach dem weltoffenen und toleranten Selbstverständnis der Stadt.³⁹⁰ Falls dies weiterhin gegeben sein soll, so „muss ihre heterogene Realität auf allen Ebenen sichtbar sein – natürlich in den Grenzen der Demokratie und des Grundgesetzes“. Das Selbstbild einer toleranten Stadt verlange, dass bei der Erziehung von Kindern und Jugendlichen vermittelt wird, „dass es noch andere Lebenswelten gibt, als die, in der man aufwächst.“ Gleichzeitig kritisiert und warnt sie davor, dass mit einem Kopftuchverbot die öffentlichen Institutionen „nur die Chimäre einer ethnisch homogenen Gesellschaft unter ausschließlich christlicher Werte- und Kulturdominanz repräsentieren.“ Sie sieht in der Kopftuchdebatte teilweise Parallelen zum 19. und 20. Jahrhundert, in der Juden zur Assimilation aufgefordert wurden, indem sie die äußeren Zeichen ihres Judentums ablegen. Aufgrund ihrer Erfahrungen im Berliner dialogischen Projekt „Sarah-Hagar. Religion, Politik, Gender“ weist sie auf die verschiedenen Implikationen und Bedeutungen hin, die das Kopftuch repräsentieren kann. Ohne die Gefahren des politischen Islam zu ignorieren, dem klare Grenzen gesetzt werden müsse, warnt sie aber vor der Stigmatisierung und Ausgrenzung von Musliminnen in der Gesellschaft. Klapheck erklärt: „Die muslimischen Mädchen, die sich - wohl bemerkt freiwillig - für das Kopftuch entscheiden und ihren Weg in diese Gesellschaft suchen - emanzipierte Bürgerinnen zu werden, ohne ihre Herkunft zu verleugnen - haben meine volle Solidarität.“

Für einiges Aufsehen sorgte in der feministischen Debatte auch der offene Brief „Stichwort: Backlash“.³⁹¹ Der Begriff „Backlash“ umschreibt ein Wortspiel aus dem englischen Begriff *backlash* (Rückwirkung, heftige Reaktion) und dem Namen der Initiatorin des Aufrufs „Wider eine Lex-Kopftuch“, Marieluise Beck.

Im Zentrum des am 17. Dezember 2003 veröffentlichten Positionspapiers steht die überspitzte Forderung: „Alle Frauen und Männer, die aus Ländern kommen, in denen Männer gegenüber den Frauen rechtlich privilegiert sind und die ein Aufenthaltsrecht in Deutschland beantragen, unterschreiben ab sofort, dass sie Art.3 Abs.2 GG (die Gleichberechtigung von Mann und Frau) anerkennen. Damit anerkennen sie gleichzeitig, dass sie bei Verstößen ihr Aufenthaltsrecht verwirken.“

Begründet wird dieser Appell mit der Ansicht, dass viele Frauen in Deutschland in einem „rechtsfreien Raum“ leben, wo das Grundgesetz nicht gelte. Als Beispiele werden Frauen angeführt, die nicht aus eigenem Willen das Haus verlassen dürfen, „sei es, weil es ihnen als Ehefrauen von ihren Männern verboten wird, oder weil sie von Menschenhändlern nach Deutschland verschleppt, zur Prostitution gezwungen und ansonsten versteckt, weil illegal gehalten werden.“ Des weiteren wird die Zwangsverheiratung und Entführung von Mädchen und jungen Frauen angeführt sowie die Passivität des Staates bei der Durchsetzung des Beschneidungsverbotes. Gleichzeitig heißt es: „Mädchen dürfen – veranlasst durch deren Eltern und Verwandte - sich auf der Straße nicht frei bewegen, in den Schulen nicht am Sportunterricht teilnehmen, nicht am Sexualkundeunterricht, nicht an Klassenfahrten. Sie dürfen keine Freizeitangebote wahrnehmen oder als Erwachsene nicht die zur Verfügung gestellten Integrationsangebote annehmen, z. B. Sprachkurse belegen.“

8.2.5. Zusammenfassung

Diese Übersicht zeigt die Vielfältigkeit der Herangehensweisen und Diskussionsebenen in dieser so genannten Kopftuchdebatte. Das liegt zum Teil an der Vielschichtigkeit des Kopftuches selbst. So ist es nicht verwunderlich, dass die muslimischen Kreise, die sich für das Kopftuch stark machen, genau diese Vielschichtigkeit auf eine eindeutige und alleinige Bedeutung, die religiöse Glaubensüberzeugung, zu reduzieren versuchen.

³⁹⁰ die tageszeitung: „Die Kopftuchdebatte in Berlin (Teil 5). Elisa Klapheck fordert tolerante Stadt“, 25.10.2003

³⁹¹ ehemals unter: www.members.partisan.net/sds/sds06203.html

Ausgelöst durch das Urteil des BVerfG stellt sich aber gleichzeitig eine staatsrechtliche und damit grundlegende Frage: Es geht auch um das Verhältnis von Staat und Religion und im Kontext einer sich auch religiös pluralisierenden Einwanderungsgesellschaft um die Gleichbehandlung der Religionen und Weltanschauungen, also der daraus resultierenden Neutralitätspflicht des Staates. In diesem Bereich spielt die Forderung nach der negativen Religionsfreiheit der SchülerInnen und dem neutralen Auftreten hoheitlicher Staatsbeamten eine zentrale und wichtige Rolle.

Andererseits ist die Bundesrepublik Deutschland kein laizistischer, sondern ein säkularer Staat. Ein Zurückdrängen der Religionsgemeinschaften aus dem öffentlichen Raum, z. B. die Abschaffung konfessionellen Religionsunterrichtes an öffentlichen Schulen oder eine konfessionsneutrale Kleidung von SchülerInnen, steht nicht ernsthaft zur Debatte. Insofern entbehrt die Äußerung des Bundespräsidenten Johannes Rau in Wolfenbüttel, ein Verbot religiöser Symbole bei Beamten sei ein Schritt hin zum Laizismus, jeder Grundlage. Und doch verbergen sich hinter Raus Äußerungen Ängste, die die Debatte maßgeblich mit bestimmen. Das Gebot der Neutralität des säkularen Staates meint nichts anderes als die gleiche Distanz des Staates zu allen Religionen. Konsequenz umgesetzt würde das zum Verlust der in der Praxis privilegierten Stellung der beiden Großkirchen und damit auch deren Machtverlust führen. Vor diesem Hintergrund wird die „Kopftuchdebatte“ mit der Frage nach der Rolle „jüdisch-christlicher“ oder „christlich-abendländischer“ Kultur- und Bildungswerte verbunden. In der Betonung letzterer liegt nicht zuletzt die Hoffnung, damit den Status Quo erhalten zu können. In der Annahme, die Entprivilegierung der Stellung der Kirchen sei aufgrund der geschichtlichen Tradition und der Mehrheitsmeinung der Bevölkerung aussichtslos, wird als Reaktion andererseits die Gleichbehandlung in Form der Aufwertung bisher benachteiligter Religionsgemeinschaften, vorrangig des Islam, gefordert. Beide Diskursstränge entzündeten sich an den aktuellen Gesetzesinitiativen zum Kopftuch und den religiösen Symbolen im öffentlichen Dienst. Da der Islam mehrheitlich eine „zugewanderte“ Religion ist, spielt die Frage nach der gleichberechtigten Integration von MigrantInnen, sowie die Frage von Rassismus und Diskriminierung mit in diese Diskussion hinein. Allen gemeinsam ist die Erwartung einer endgültigen Klärung des Gleichheitsgrundsatzes durch das Verfassungsgericht.

Eine weitere Ebene der Diskussion behandelt die Frage nach der symbolischen Bedeutung des Kopftuches, verbunden mit der Gefahr der islamistischen Beeinflussung. Während sich die Einen auf das Kopftuch konzentrieren als Ausdruck eines individuellen religiösen Glaubensbekenntnisses - und zwar gleichgültig, ob dies theologisch beweisbar ist oder nicht -, betonen die Anderen den politischen Symbolgehalt dieses Kleidungsstückes. Sie beschäftigt vorrangig die zunehmende Verbreitung und Einflussnahme des politischen Islam bzw. islamistischer Strömungen in Deutschland seit Anfang der 80er Jahre.

Da die dominante Stellung des Mannes gegenüber der Frau ein Kennzeichen islamistischer Ideologie ist, kommt hier auch der feministische Aspekt zum Tragen, die Selbstbestimmung bzw. Diskriminierung von Frauen und Mädchen. In diesem Kontext wird auf die gegenwärtige Entwicklung in den Schulen hingewiesen, in denen Eltern beantragen, ihre Töchter vom Sport- bzw. Schwimmunterricht und von Klassenfahrten auszuschließen. Gleichmaßen wird der Druck in bestimmten sozialen Milieus thematisiert, sich einer islamischen Ethik und Moral, zu der das Kopftuch gehört, unterordnen zu müssen.

Dem entgegen gehalten wird der Emanzipationswille muslimischer Frauen. Es wird die Frage gestellt, ob ihr Beispiel als berufstätige, intellektuelle Frau mit Kopftuch nicht im Gegenteil auch als positives Symbol gerade in diesem angesprochenen sozialen Milieu wirken kann. Außerdem wird diese sich ausschließlich auf Frauen konzentrierende Verbotsdiskussion als scheinbare Ungleichbehandlung der Frau abgelehnt. Auch dieser Diskussionsstrang schließt wieder an die staatsrechtliche Ebene an, da hier Bezug genommen wird auf Art.3 Abs.2 des Grundgesetzes, die Gleichberechtigung von Männern und Frauen.

8.3. Islam und Islamismus in Mitte

8.3.1. Schwierige Annäherung an das Thema

Die Analyse der Erscheinungsformen und der Relevanz des Islamismus als demokratiegefährdendes Phänomen im kommunalen Bereich erfordert eine genaue Unterscheidung zwischen der Ideologisierung (-ismus) einer Religion (Islam) und der Religion selbst. Eine pauschale Gleichsetzung wäre nichts anderes als eine Diskriminierung jeder einzelnen Muslima und jedes einzelnen Muslims. In der Begriffsbestimmung „Islamismus“ haben wir Kriterien für diese Differenzierung benannt.

Vor dem Hintergrund, dass es sich beim Islamismus nicht um eine lokale, sondern um eine weltweite Bewegung handelt, lässt sich dieses Thema nicht losgelöst vom internationalen Kontext diskutieren. Außerdem muss beachtet werden, dass es bei den Muslimen in Deutschland um eine Minderheit geht, die sich mehrheitlich aus Menschen mit Migrationshintergrund zusammensetzt. Ein undifferenziertes Vorgehen könnte unversehens zu einer rassistischen Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsgruppen führen. Dies wiederum würde islamistische Phänomene und Strukturen fördern, anstatt diese zu marginalisieren. Zu dem gleichen Ergebnis führt es, wenn man den Islamismus als real existierendes politisches Phänomen mit konkreten Strukturen ignoriert und seinen Einfluss auf Teile der Gesellschaft unterschätzt. Diese Haltung - nicht selten gepaart mit einer unkritischen Hofierung islamistischer Vereine und Organisationen als „Vertreter des Islam“ - geht in erster Linie zu Lasten der Muslime; denn sie werden damit dem Einfluss dieser Gruppierungen unterworfen.

In diesem Spannungsbogen bewegt sich auch der Diskurs im Bezirk Mitte. Besonders nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 wurden die Diskussionen der Mehrheitsgesellschaft über Islam und Islamismus von einigen unserer Gesprächspersonen sehr kritisch verfolgt und ambivalent wahrgenommen.

Ein junger Mann mit dem Migrationshintergrund Türkei, der aufgrund seiner sexuellen Orientierung auch Diskriminierungen seitens islamistischer Kreise erfährt, kritisierte als vorrangiges Problem das Fehlen eines gemeinsamen Werte-Diskurses zwischen (deutscher, „christlicher“) Mehrheits- und (nichtdeutscher, „muslimischer“) Minderheitsgesellschaft: „Ich glaube nicht eigentlich, dass die Debatten um den Islam undifferenziert sind. Ich glaube, ganz viele Leute, die sich an solchen Debatten beteiligen, die sind ernsthaft interessiert am Islam und wollen nachforschen und Fragen stellen und Antworten bekommen. Das ist nicht das Problem, meiner Meinung nach. Es gibt zwei Probleme: Die globale Diskussion über den Islam ist auch immer eine Diskussion über muslimische Menschen in Deutschland oder in Europa oder in den USA. Sie sind nämlich mit den Auswirkungen dieser Diskussionen konfrontiert, in der Regel als Minderheit. Das ist das eine Problem, dass man über faktisch vorhandene Menschen diskutiert und in der Regel ohne sie. Damit verbunden ist das andere Problem, dass man immer über etwas anderes, also den Gegenbegriff zum Eigenen diskutiert. Ich finde, eine produktivere Herangehensweise wäre zu überlegen, wie selbstverständlich bestimmte Sachen eigentlich tatsächlich sind, die für selbstverständlich gehalten werden. Viele Leute sagen beim Thema Integration z. B.: ‚die Leute, die hierher kommen, müssen unsere Werte akzeptieren‘. Aber ich kenne aufrichtig niemanden, der weiß, was ‚unsere Werte‘ eigentlich meint. Sind das die Stammtische, an denen Judenwitze gemacht werden, sind das die autonomen Hausbesetzer, sind das die Ökofeministinnen, die ganz unterschiedliche Werte haben werden. Und in dem Bereich Religion - Religion ist vielleicht das falsche Wort - aber die Verbindung Religion und Politik oder Religion und Staat müsste man eigentlich ganz anders diskutieren. Man müsste nämlich überlegen, wie ist das eigentlich hier tatsächlich, wie sind die Verbindungen zwischen religiösen und staatlichen Institutionen. Und da gibt es besonders in Deutschland traditionell ganz enge Verbindungen zwischen Staat und religiösen Institutionen, den Kirchen. Und ich glaube, erst dann kann man wirklich einen Dialog mit anderen Leuten, die andere Vorstellungen haben, führen. In dem Moment, wo man ganz blauäugig über die eigene Situation an andere herantritt und sagt, ihr müsst Euch rechtfertigen dafür, wie ihr das jetzt macht, und warum ihr das macht,

und wo Euer Geld herkommt, in dem Moment stellt man die Leute in die Ecke und verweigert eigentlich den Dialog, der notwendig wäre. Es ist ja ein Fakt, dass muslimische Menschen hier leben und das auch können müssen. Und zu fordern, die müssen sich integrieren, und man weiß gar nicht worin und woraus sie sich integrieren sollen, das ist ein Problem, dem man sich stellen muss. Und der einzige Weg, meiner Meinung nach, zu einer funktionierenden Integration ist, über das Eigene erst einmal nachzudenken, sowohl als Mehrheitsgesellschaft als auch als Minderheitengesellschaft. Und dann in einen fairen Dialog zu treten und zu sagen, wer seid ihr, wer sind wir, was wollt ihr, was wollen wir, wo sind Eure Grenzen und wo sind unsere Grenzen. Im Moment testet die Mehrheitsgesellschaft ihre Grenzen, indem sie die Minderheitengesellschaften bedrängt, egal ob das ethnische oder religiöse Minderheiten sind, und es geht darum, wie Otto Schily ganz offen sagt, über Assimilation und Hilfestellung - nicht die anderen Menschen erst einmal so zu nehmen wie sie sind, sondern die sollen akzeptiert werden in dem Moment, wo sie so sind, wie die Mehrheitsdeutschen. Dafür gibt es keine Akzeptanz. Und das ist eine Strategie, die vermutlich nicht aufgehen wird, weil sie noch niemals aufgegangen ist."

Auch wenn der Gesprächspartner ein Interesse der Menschen an einer differenzierten Auseinandersetzung mit dem Islam feststellte, so kritisierte er insgesamt eine starke Tendenz zur Homogenisierung:

„Also, das ist auch so eine Tendenz, den Islam als monolithischen Block zu sehen, und die Leute, die bekennend muslimisch sind, als Einheit wahrzunehmen. Viel weniger als im Christentum ist das eigentlich möglich im Islam. Es gibt keine Kirchenorganisation wie die katholische Kirche oder die evangelischen Landeskirchen, die von oben herab die Meinung vorgeben. Sondern es gibt Gemeinden, in denen muslimisches Leben stattfindet. Das ist eine relativ kollektive und eine relativ basisorientierte Religion, deshalb kann man nicht sagen, die Leute die aus Indonesien sind, sind alle fundamentalistisch oder sind total liberal, sondern es gibt in Indien, China, Marokko, Türkei, Irak überall liberale und orthodoxere Gemeinden, und innerhalb dieser Gemeinden gibt es wieder solche und solche. Das ist eine ganz diffuse Masse von Menschen, mit denen man umgehen muss. Man muss erst einmal akzeptieren, dass viele Leute in eine Gemeinde gehen, die in ihrer räumlichen Nähe liegt, einfach weil sie in den Gottesdienst wollen, und nicht weil sie mit einer Lehrmeinung übereinstimmen. Wenn ich mir zum Beispiel das Thema Homosexualität vor Augen halte, dann könnte ich niemals sagen, ‚der‘ Islam lehnt Homosexualität ab. Es gibt religiöse Schulen, die aus den Prophetenüberlieferungen oder aus koranischen Passagen ableiten, dass Homosexualität ein falsches Verhalten ist. Aber wiederum gibt es andere die sagen, der Koran sagt nichts dazu und die Prophetenüberlieferungen, aus denen sich das ableiten ließe, da ist es sehr fragwürdig, ob es tatsächlich vom Propheten stammt oder nicht. Deswegen gibt es eine Meinung, die akzeptieren homosexuelle Mitglieder und es gibt Meinungen, die akzeptieren homosexuelle Mitglieder nicht, die das offen leben. Und das ist in vielen anderen Fragen genauso: das Frauenthema, wie das Frauenleben in der Gemeinde ist, über viele konkrete politische Themen, auch über das Verhältnis von Staat und religiösen Institutionen wird es ganz unterschiedliche Vorstellungen geben."

Ein Migrant aus dem Libanon, der neben seinem parteipolitischen Engagement auch als Projektkoordinator im Stadtteil Tiergarten arbeitet, sieht den Staat gefordert, sich mit „dem Islam“ nicht nur am Rande auseinander zu setzen:

„Ich denke, der Islam an sich, allgemein, ist ein wichtiges Thema, das immer noch als Randthema bezeichnet wird. Es wird nicht ernst genommen in der politischen Auseinandersetzung. Parteien lehnen es teilweise ab, darüber zu diskutieren, klassische große Parteien. Und das ist eben nicht einfach so am Rande zu diskutieren – so mit ein paar Akteuren und ein paar Moscheen. Eigentlich lehnt der Staat das Ganze ab. Das ist völliger Humbug, das kann man nicht machen. Sofern man das immer am Rande diskutiert und nicht so ernst nimmt, dann wird das natürlich immer schlimmer werden, denn die meisten Türken, die meisten Araber und Kurden sind Muslime. Und da kann man nicht so tun: ‚Nein, machen sie, was sie wollen. Es gibt nur den Extremismus, und sonst gibt es keine Ausländer‘. Die Diskussion ist eine ziemlich schwierige, aber sie muss staatlich diskutiert werden. Wenn eine

Aufnahmegesellschaft eine Gesellschaft ablehnt, auch aufgrund der Religion - der Zulauf betrifft ja nicht den Extremismus, sondern es ist einfach eine Rückkehr zur Besinnung - dann kommen vielleicht Reaktionen, wo einige dann sagen: ‚Das ist ein Extremismus.‘ Aber das ist ein Missverständnis, das muss man hier klarstellen. Denn, ich glaube nicht, dass junge Leute mit zehn, zwölf Jahren dazu neigen, Extremist zu sein. Ich kann doch nicht meine jungen Leute im Bezirk Mitte alle als islamische Extremisten bezeichnen, weil sie alle zu der Moschee gehen oder weil sie sich jetzt gesagt haben: ‚Ich besinne mich und hole mir jetzt eben ein Mädchen aus der Türkei, weil ich hier mein Leben nicht gestalten konnte.‘ [] Der islamische Extremismus existiert, den kann man nicht leugnen, das wissen wir auch. Aber wir müssen uns auseinandersetzen mit der Materie - und auch in Mitte auseinandersetzen. Ich denke, der Bezirksbürgermeister hat es verstanden. Er hatte auch diese Moscheen besucht. Und er wird sich auch damit auseinandersetzen.”

Die Unsicherheit, zwischen Islamisten und Muslimen zu differenzieren, schilderten mehrere Gesprächspersonen. Aufgrund dieser Unsicherheit käme es auch zu pauschalen Ängsten und Vorurteilen, wobei sich die Einschätzung an Äußerlichkeiten festmache. Das beschrieb eine Gesprächspartnerin im Stadtteil Tiergarten, die lange Zeit gegenüber einer Moschee wohnte:

„In der Moschee wurde gesagt, dass manche aggressiven Leute verschwunden sind. Ich hatte die Moschee immer vor Augen, und ich habe die Leute gesehen, die regelmäßig mindestens einmal pro Woche dort waren. Nach dem 11. September sind sie verschwunden. Das habe ich auch von Türken gehört mit Freude, die sind gegen diese Aggressivität. [] Aggressivität geht nicht vom Volk von innen aus, Aggressivität geht von Leuten aus, die das konkret antreiben und dann leiten. Und ich kann die Gemeinde nicht so bewerten, dass die Gemeinde insgesamt aggressiv ist. [] Die Leute sind im Prinzip einfach. Etwas ist passiert [gemeint ist der 11. September], dann sind sie vorsichtig gegenüber denen, die Symbole tragen, so Klischee-Tragende. Es gibt Klischee-Meinungen: Islamisten, wer ist Islamist? Eine arme Frau, die Kopftuch trägt? Die ist Islamistin. Und wer noch? Osama Bin Laden kann in einem zivilen Kostüm gehen, und gegen ihn gibt es keinen Verdacht. Aber gegen die Frau, die ein Kopftuch trägt, gibt es sofort einen Verdacht. Sie gilt als die größere Islamistin, aber sie hat keinen Einfluss. Das sind die Männer, die in den Moscheen die Hauptrollen einnehmen. Die, die die leitenden Rollen gespielt haben, haben sich einfach sofort versteckt. Die sind aus unseren Moscheen verschwunden.”

Ein Jugendsozialarbeiter deutsch-türkischer Herkunft schilderte diese pauschalen Ängste anhand seiner Erfahrungen in einem Weddingener Kiez:

„Seitens der Deutschen wiederum gibt es eine Abwehrhaltung. Man sieht allein in diesem ganz, ganz engen Einzugsgebiet - eins, zwei, drei, vier Moscheen im Radius von hundert Metern, nicht weiter, also hundert Meter vier Moscheegemeinden, vier verschiedene Moscheegemeinden: pakistanisch, schiitisch, türkische Staatsorganisation und in Deutschland Lebende, also Türken. Das heißt also, viele der Menschen hier sind gläubige Muslime. Und seitens der Deutschen, ganz besonders seit dem 11. September, gibt es dann so eine komische, ja auch so eine Haltung: ‚Ja, ja, da müssen die halt alle auch irgendwie terroristisch sein. Islam kann ja nicht gut sein. Ist ja einfach grundsätzlich böse, Islam ist grundsätzlich böse.‘ Das ist dann auch so eine Art Diskriminierung.“

Ein weiterer Gesprächspartner aus Tiergarten, Leiter einer lokalen islamischen Einrichtung, beschrieb den schwierigen Prozess, diese Ängste gegenseitig abzubauen:

„Wenn jemand eine Gruppe oder einen Verein oder eine Moschee nicht kennt, und wird eingeladen: ‚Kommen sie zu uns‘, oder eine türkische Moschee lädt ein, dann findet man nicht viel Interesse, also beinahe nicht. Man kann das nur verstehen, dass die vorsichtig sind. Man ahnt, das ist nur eine Moschee und man hört hier und da, und das wirkt sich negativ auf die Zusammenarbeit aus. Die Moscheen oder die Gemeinden, wie auch die Menschen leben hier, und es ist für sie auch ihr Land, ihre Heimat. Diese Haltung, anstatt Offenheit und Miteinander, verzögert diesen Prozess des Zusammenlebens. In diese Richtung vielleicht gibt es Vorsicht bei manchen Menschen. [] Es gibt auch Menschen, die

sich immer überlegen, ist die Gruppe politisch orientiert, ist sie offen, kann ich ohne wenn und aber hingehen, mitbeten oder... Das gibt es auch unter Muslimen.“

Der Bezirksbürgermeister von Mitte hat gemeinsam mit Mitgliedern des Bezirksamtes und Mitarbeitern des Quartiersmanagements inzwischen alle Moscheegemeinden des Bezirks besucht. Diese Gespräche vor Ort und verschiedene Kiez-Diskussionen haben zumindest in Teilen von Verwaltung und Politik zu einem differenzierteren Blick und zu einigen Erkenntnissen geführt. Das fasste einer der Teilnehmer dieser Rundgänge folgendermaßen zusammen:

„Eine Erkenntnis ist, dass diese Vereine doch eine recht dominante Stellung in den Bevölkerungsgruppen mit islamischem Hintergrund besitzen, weil sie oftmals auch der einzige Bezugspunkt für diese Menschen sind. Weil die Angebote, die wir insbesondere im Sozialbereich für Ältere haben, werden von Menschen mit Migrationshintergrund irgendwie nicht aufgesucht, aus welchen Gründen auch immer. Hier haben wir immer noch ein striktes Nebeneinander und kein Miteinander. Die zweite Erkenntnis war, dass die Art und Weise der Öffnung dieser Vereine uns gegenüber recht unterschiedlich ausgeprägt war. Manche kamen uns sehr offen und kooperationswillig, andere betonten, dass sie ihre eigene Glaubensrichtung leben wollten und damit wäre für sie ihrem Dasein Genüge getan. [] Wir haben Moscheevereine, die sich unter dem Dach von Diyanet/DITIB befinden. Wir haben hier stark vertreten Vereine, die sich der Islamischen Föderation zugehörig fühlen, zugehörig sind, und wir haben hier auch Vereine, wo man nicht genau einschätzen kann, wie sich der politische Hintergrund gestaltet, wo wir allerdings auch Erkenntnisse von anderer Seite haben und wissen, dass oftmals die politischen Überzeugungen doch eher radikal sind. Wir haben aber auch Vereine, die recht liberal das Ganze handhaben. Die sind aber für mein Dafürhalten, anders als in Kreuzberg, hier deutlich in der Minderheit.“

Nicht eine dominante Organisation, sondern eine „bunte Vielfalt“ religiöser Vereine präge den Stadtbezirk Mitte. Diese Vielfalt sei alles andere als eine homogene Einheit, wusste dieser Gesprächspartner zu berichten:

„Ob sie sich gegenseitig neutralisieren, weiß ich nicht. Sie kämpfen auf alle Fälle erst einmal um Einfluss auf bestimmte Bevölkerungsgruppen. Da, denke ich, sind sie im Konkurrenzkampf, wer die besseren Angebote hat, wahrscheinlich auch den besseren Zugang zu den Menschen hier mit Migrationshintergrund. Man sieht das auch daran, dass diese Moscheevereine sich nicht nur damit beschäftigen, eine Betstube einzurichten, Imame zu stellen, sondern dass sie oftmals auch als soziale Begegnungsstätte, als eine Hilfestellung für Sozialangelegenheiten fungieren bis dahin, dass die größeren auch Sportvereine gebildet haben, um insbesondere die Jugendlichen an sich zu binden. Das scheint für alle ein Problem zu sein, insbesondere die dritte Generation der Migranten, die jungen Menschen, weiterhin an sich zu binden.“

Besonders die männlichen Jugendlichen der dritten Generation lassen sich nur bedingt an die Gemeinden binden. Unabhängig davon spielt für sie die Religion, auch als politischer Bezugspunkt, aber eine wichtige Rolle. Das bestätigte auch ein Jugendsozialarbeiter:

„Der Islam ist gerade natürlich für die jungen Männer mit Migrationshintergrund ein starkes Thema. Es ist die Sozialisation, ja, teilweise die aktive Ausübung der Religion. Und dementsprechend ist sie in irgendeiner Art und Weise immer präsent. Und es schwingt natürlich, je nach Herkunft, je nach Glaubensrichtung innerhalb des Islam in einer Diskussion mit. Und gerade wenn es dann natürlich zu politischen Diskussionen kommt, ist auch relativ schnell wieder das „wir“ festzustellen. Je nachdem, wo die eigene Familie steht, wird sich dann positioniert. Bis dahin, dass es natürlich dann auch zu lautstarken Diskussionen kommt. Und da wird dann der eigene Glaube herausgeholt, wo man sich ganz klar positioniert. Dort, wo Freundschaften sind, geht plötzlich so ein Spalt mit rein. Das war auch mit dem 11. September so, dass es plötzlich Auseinandersetzungen, Diskussionen gab, die man vorher so nicht wahrgenommen hat, und die die Jugendlichen vorher auch nicht so geführt haben. Wo dann plötzlich das Thema weitergeführt wurde, die dann auch zu

verschiedenen anderen Demonstrationen gegangen sind und dann mit ihrem islamischen Hintergrund Auseinandersetzung geführt haben.“

Die intensive religiöse Schulung als Grundlage einer politischen Orientierung schilderte uns die Leitung einer Jugendfreizeiteinrichtung in Wedding:

„Also, es gibt zwei Phänomene, die dann zusammenkommen. Das ist einmal religiöser Fanatismus, mit dem wir hier ja viel zu tun haben. Wir haben sehr viele Moscheen hier im unmittelbaren Umfeld, auch nicht angemeldete Moscheen, sehr viele. Es gibt eine sehr intensive religiöse Schulung, gerade bei Migranten mit türkischer Herkunft. All das, was an Stereotypen bekannt ist, findet sich da wieder. Speziell was jetzt die politische Ansprechbarkeit der Jugendlichen betrifft, das ist desolat. Gerade im Hinblick auf den Nahostkonflikt sind sie mehr als schlecht informiert. Eine Ansprechbarkeit dazu ist bei uns im Freizeitbereich nicht denkbar. Sobald man ein bisschen konkreter wird auch in den Nachfragen, es ist überhaupt keine Information da.“

Hier setzt auch die Kritik einer nicht nur im Bezirk bekannten und engagierten Menschenrechtsaktivistin mit dem Migrationshintergrund Türkei an. Ihr Vorwurf: Anstatt die vorhandene „Vereinsszene“ allgemein kritisch zu hinterfragen, welche Einstellungen und Werte sie verbreitet und den Jugendlichen vermittelt, würden die Vereine von der Politik zum Teil hofiert:

„130 türkische Vereinigungen, glaube ich, ich will da nicht lügen, aber eine sehr hohe Zahl an türkischen Vereinen. Gut 80 Prozent von denen sind konservativ. Sowieso rechtsgerichtet und konservativ. Sie werden hofiert und protegiert aus gewissen politischen Parteien, u.a. hat Frau John ja lange Zeit sehr viele unterstützt, ohne genau hinzugucken. Und deshalb sind wir auch heute keinen Schritt weiter mit der Integration, weil sie dem konservativen Islam und konservativen türkischen Gruppierungen den Boden gesät hat, und die anderen hat sie nicht unterstützt, da hatte sie kein Interesse daran. Und das sind jetzt die Folgen, die wir jetzt zur Zeit tragen. [] Die ganzen Fußballvereine zum Beispiel sind auch Nährboden dafür. Das ist nicht so, dass die da nur Fußball gucken. Auf keinen Fall. Das ist auch so ein Ort, wo sie sich halt gerne treffen in den politischen Kreisen.“

Die Gesprächspartnerin kritisierte vor allem den Diskurs in Politik und Verwaltung als scheinheilig und widersprüchlich:

„Ich finde sie sehr scheinheilig. Die Diskussionen sind sehr scheinheilig und vorgeschoben. Es werden viele Argumente vorgeschoben: Auf der einen Seite die Toleranz, die aufgebracht wird, um Fehler zu verdecken, und dann will man auf der anderen Seite Moscheebau etc. verhindern, also das sind so sehr widersprüchliche, scheinheilige Handlungen und Aktionen. Auf der einen Seite erlaubt man, dass Mädchen aus dem Schwimmunterricht und aus dem Sportunterricht genommen werden, da übt man Religionsfreiheit. Da sagt man: ‚Okay, es ist eure Religion und ihr seid so frei‘. Und auf der anderen Seite will man die Moschee nicht bauen lassen, da gibt es keine Religionsfreiheit, das ist doch widersprüchlich. Man sollte schon eine klare Linie verfolgen. Und zwar im Hinblick auf Verfassung, Menschenrechte und Grundrechte.“

8.3.2. Was ist Islamismus?

Im weiteren Verlauf der Analyse soll es darum gehen, welche Verhaltensweisen und Denkmuster von unseren Gesprächspersonen im Bezirk wahrgenommen und als „islamistisch“ charakterisiert wurden. Die Frage, woran sich der Übergang von der Religion zur politischen Doktrin erkennen lässt, welche Kriterien zur Beurteilung hier maßgeblich sind, beantwortete ein Islamwissenschaftler und Migrationsforscher arabischer Herkunft:

„Was ist ein Islamist? Das ist jemand, der eine Gesellschaft nach der Schari’a regieren will. Unter Islamismus gibt es verschiedene Stufen. Es beginnt schon mit diesen kleinen Schritten, wenn sich jemand entscheidet, in seinem Leben der Schari’a zu folgen, also wenn man bestimmte Vorschriften beachten will: Kopftuch tragen, kein Schweinefleisch essen, kein Alkohol trinken usw., also die Sachen, die mit der Reinheit zu tun haben. Wenn es

dieses Niveau überschreitet und die Beziehungen zu den anderen Menschen tangiert, z. B. das Kopftuch, das ein Symbol für die Position der Frau ist - es ist kein Stück Tuch, sondern es zeigt, welche Position die Frau in der Gesellschaft hat - dann ist man schon tiefer in der Schari'a. Das ist eine islamische Religiosität, die eine Trennung zwischen Privatem und Öffentlichem gar nicht kennt. Und da geht man von der privaten Sphäre, um die öffentliche Sphäre zu erobern. Das nennt man Islamisierung der sozialen Verhältnisse. Weil zum Kopftuch und dem Bild, das dazu gehört, gehört auch, dass sie seit eh und je versuchen, die Geschlechtertrennung [durchzusetzen] - kein Sport, keine Klassenfahrten, kein Sexualkundeunterricht, usw. Man bildet so langsam eine andere Gesellschaft, nämlich eine islamische Gesellschaft. Diejenigen, die das wollen, sind Islamisten, also jeder, der nicht auf dem Boden der Demokratie und der Menschenrechte steht, der das Religiöse in den Vordergrund stellt, ist ein Fundamentalist. Entweder als islamischer Fundamentalist, also Islamist, oder z. B. die Evangelikalen und verschiedene Fundamentalisten - Christen, die die Bibel wortwörtlich nehmen und keine Trennung von Diesseits und Jenseits machen, die sind genau so schlimm wie die Islamisten oder vielleicht sogar noch gefährlicher, weil sie ‚zivilisiert‘ aussehen. Was sich aber in ihren Köpfen abspielt ist z. T. gefährlicher und besorgniserregender als bei den Islamisten. Jetzt stellt sich die Frage, wie man solche Fundamentalisten erkennen kann. Na ja, ganz einfach. Das sind diejenigen, ob Muslime oder Christen, die unsere Verfassung anders verstehen - sie geben Artikel 4 [Grundgesetz] den Vorrang, d.h. sie sagen, die Grundlage für den säkularen Staat ist die Religionsfreiheit. Die Islamisten, alle Vereine, vom Islamrat bis Zentralrat [der Muslime] sagen, der säkulare Staat ist phantastisch, wir können unseren Islam vollständig leben, weil wir Religionsfreiheit hier haben. Im laizistischen Staat würden sie verboten, verdrängt. Ja, das ist eine andere Sicht der Dinge, ein anderes Verständnis. Und leider gibt es die Gefahr. Das Problem ist, es gibt viele Deutsche, die genau so denken.“

Ein weiterer Gesprächspartner, ebenfalls arabischer Herkunft, betreut Jugendliche vorrangig palästinensischer Herkunft. Während er bei einem Teil der Jugendlichen lediglich eine stark ausgeprägte Religiosität feststellte, beobachtete er, dass deren Eltern den Islam zunehmend als alternatives Gesellschaftskonzept begreifen:

„Es gibt viele [Eltern], die in letzter Zeit der Meinung sind, die Religion sei die Lösung für die Gesellschaft. Der Kommunismus hat nichts gebracht, der Kapitalismus, da gibt es Unrecht und keine Gerechtigkeit, deshalb sehen sie den Islam als den einzigen Weg. Der Islam ist eine Religion, spricht von Sauberkeit, Gerechtigkeit, anderen Menschen helfen.“

Nicht nur durch die Eltern sondern auch in bestimmten Einrichtungen, Moscheen oder so genannten Koranschulen, werde den Jugendlichen diese politische Sichtweise vermittelt, berichtete ein Gesprächspartner aus Wedding mit dem Migrationshintergrund Türkei:

„Es gibt bestimmte Moscheen – ich kann leider nicht sagen, in welchen Moscheen sie [Islamisten] sich aufhalten, weil ich mit Moscheen nicht viel am Hut habe. Von der Ideologie sind sie alle gefährlich. Die Eltern, die ihre Kinder da zum Koranunterricht schicken, wissen, dass es dort diese fundamentalistische Ideologie gibt. Die lernen da nicht nur Koran, die Jugendlichen werden dort einfach ideologisch geschult.“

Auf die Frage, ob er die islamistischen Tendenzen als demokratiegefährdend bezeichnen würde, antwortete der Gesprächspartner:

„Ich sehe das nicht so schwarz. So leicht kann man die Demokratie nicht gefährden, aber ich sehe schon eine Gefahr. Ich meine, es ist gut, dass Religion und Staat hier in Deutschland getrennt sind. Jeder soll seine Meinung oder seinen Glauben selber auswählen. Aber, wie ich schon gesagt habe, sie [Islamisten] machen das nicht nach dem Glauben, sondern im ideologischen Sinne. Aber im Moment glaube ich nicht, dass die Demokratie dadurch gefährdet wird, nicht so einfach. Aber der Staat muss dafür sorgen, dass gerade Jugendliche im Schulalter sich diese Leute nicht als Vorbild nehmen durch ihr Aussehen bzw. durch ihr Unterweisen. Die arbeiten sehr, sehr gut. Die fangen in der Schule und zu Hause an, gezielt in der Nachbarschaft sprechen sie sie an, ganze Familie sprechen sie an. Die kommen überall ran, die haben keine Hemmungen. Früher hat man immer gesagt, die sind

Analphabeten. Das stimmt nicht. Es gibt dort auch sehr intellektuelle Leute. Die machen ihre politische Arbeit, ihre Arbeit sehr gut. Die können besser mit dem Internet umgehen als die linken Leute. Die Linken, seit Jahren zerfleischen wir uns gegenseitig. Das machen die nicht, zumindest nach außen nicht. Innerhalb von denen gibt es auch Ärger, aber die machen wirklich sehr gute Arbeit. Das ist zu unserem Nachteil.“

Zwei Gesprächspartner charakterisierten den Islamismus als vergleichbar mit Rechtsextremismus bzw. Nationalsozialismus. Ein in der Antidiskriminierungsarbeit aktiver Migrant erzählte:

„Das sind einmal diese Koranschulen, auf ehrenamtlicher Ebene oder aus unbekannten finanziellen Quellen, Imame, die dann ihre eigene Interpretation vom Koran vorstellen. Und die Neigung der Eltern bzw. der Großeltern vielleicht, dass die Leute eine Identität finden und irgendwie Religion und Tradition pflegen, weil für die ältere Generation ist die Verbindung zwischen Religion und Tradition sehr fließend. Und für die jüngere Generation – dass sie da in Berührung mit denen kommen. Auf der anderen Ebene führt die extremistische Einstellung dazu, die Andersartigkeit zu bekämpfen. Genau so wie bei Rechtsextremismus, dass diese Andersartigkeit eher bekämpft wird, als die Bemühung, irgendeinen Umgang damit zu finden.“

Der zweite Gesprächspartner formulierte diesen Vergleich so:

„Eine totalitäre Welt oder eine stark theokratische Welt ist eine starke Versimpelung. Einen Menschen in Schellen zu halten, ist simpler, als einen Menschen frei laufen zu lassen. Die Menschen, die mit der Komplexität dieser Welt nicht zurechtkommen, suchen nach einer Versimpelung. Und vergessen Sie bitte nicht, die kommunistische Idee ist eine der Versimpelungsstrategien. Nationalsozialismus ist eine andere Versimpelungsstrategie. Im 20. Jahrhundert wurde die Welt durch diese zwei Versimpelungsstrategien gekennzeichnet, die letztlich auch gegeneinander gekämpft haben. Diese Versimpelungsstrategien haben dann, ich glaube, mindestens eine halbe Milliarde Menschen umgebracht, wenn man alles zusammenzählt. Und eine islamistische, bitte nicht islamische, sondern die islamistische Vision kommt der neonazistischen so nah, dass ich in manchen sogar eine Zwillingbruderschaft sehe. Bloß, dass die Islamisten den großen Namen Allahs dabei zitieren und die Neonazis an dieser Stelle irgendwelche höchsten Werte der Deutschen oder so. Also, es gibt sehr wenige Stellen, wo sie sich unterscheiden.“

8.3.3. Abgrenzung und Aufwertung durch Feindbilder

In der islamistischen Ideologie wird die Trennung von Staat und Religion, die Säkularisierung der Gesellschaft, gleichgesetzt mit „Gottlosigkeit“. In dieser „Gottlosigkeit“ läge die Ursache für Dekadenz, Prostitution, Kriminalität, Drogenkonsum, Ungerechtigkeit und Ausbeutung. Nur wer sich streng an die „Gebote des Islam“ halte, sei vor diesen Gefahren geschützt. Diese Freund-Feind-Polarität zwischen „westlicher, gottloser Zivilisation“ und „islamischer Zivilisation“ geht einher mit einer moralischen Aufwertung der „eigenen Werte“ - bei gleichzeitiger Abwertung alles „Nichtislamischen“. In dieser verkürzten und sehr platten Darstellung lässt sich die islamistische Propaganda gegenüber dem eigenen Klientel zusammenfassen. Verständliche Ängste muslimischer Eltern um ihre Kinder - z. B. die Angst vor Entfremdung, vor Drogensucht und Kriminalität - werden auf diese Weise geschürt und instrumentalisiert, um die Gemeinde fest an sich zu binden.

Wir wollten von unseren GesprächspartnerInnen wissen, ob und wie sich diese Abwertungsmuster im Alltag und im öffentlichen Raum bemerkbar machen. Ein Bezirkspolitiker stellte zunächst nur fest, dass die beschriebenen Ängste um die eigenen Jugendlichen nahezu von allen Moscheegemeinden geäußert wurden:

„Und dann äußerten alle ihre Sorgen um die Jugend, verständlicherweise so, dass die Jugend den Einflüssen der westlichen Zivilisations-Gesellschaft ausgesetzt sind und sie befürchten, dass sie damit also bindungslos werden. Sie möchten Jugendarbeit betreiben.“

Eine Gesprächspartnerin aus Tiergarten, die in einem intensiven Diskurs auch mit Vertretern von Moscheegemeinden steht, beobachtete hingegen, dass diese Ängste auch zu Feindbildern werden:

„Die Gruppen, diese Moscheen und ... Ich weiß auch nicht, mir fallen irgendwie so viele Feindbilder von den Migrantengruppen ein. Ein Feindbild gegen die Deutschen ist ... Wie soll ich sagen? Die Frauen sind alle Prostituierte, an jeder Ecke gibt es Alkohol zu kaufen. Einer von Hicret hat mal gesagt: ‚Der Weg, also für die Jugendlichen zu ihrer Moschee, ist sehr weit. Und da dazwischen liegen tausend Gefahrenquellen.‘ Und Gefahrenquellen ist für sie jede Kneipe, wo Alkohol ausgeschenkt wird - weiß ich nicht -, weil so Frauen irgendwie nicht bekleidet sind, sage ich mal - solche Geschichten. [] Mit den Ungläubigen? Das sind so Sachen, die manchmal so am Rande kommen. Sie sagen so: ‚Wir akzeptieren Christentum und Judentum, und wir haben ja eine gemeinsame Geschichte, mit den Propheten und so. Ja, damit können wir leben.‘ Und dann kommt irgendwie noch so ein Hauch, wo du denkst: ‚Okay! Alles, was da nicht dazugehört, hat ein großes Problem, wird nicht akzeptiert, hat keine Bedeutung.‘ In unseren Treffen wird von den Muslimen behauptet, es würde eine Überlieferung geben, dass Jesus wiedergeboren wird, Jesus kommt wieder auf die Erde und bekennt sich aber zum Islam. Und Jesus soll dann die einigende Figur sein. Ihre Vorstellung ist ja, der Islam ist die Religion für alle, der Islam wird die Menschen zusammenbringen. Das hat der auch gesagt bei Ayasofya. Und das sagen die auch. Das ist ihre Vorstellung. Dann sagen die Pfarrer der evangelischen Kirchen: ‚Das glauben wir nicht, dann sind wir da Konkurrenten.‘ Aber nichtsdestotrotz ist das ein Weltbild, was sie haben - wo man dann eben da sitzt und denkt: ‚Okay, wenn ihr das nur glaubt und das nicht militaristisch oder zwangsmäßig umsetzen wollt, dann okay, dann kann ich damit leben.‘ Kann ja so sein, die Überzeugung. Aber, ich meine, das wissen wir alles nicht, mit welcher Macht sie versuchen, das auch reinzubringen, das durchzusetzen.“

Neben eindeutig antisemitischen Sprüchen [siehe Kapitel: Antisemitismus] werde auch die „Überlegenheit des Islam“ durch Graffiti zum Ausdruck gebracht, wie uns ein Migrant berichtete:

„Gut, es sind Graffiti die ich manchmal beobachten kann, so über die Überlegenheit des einen Gottes. Also, dort Tiergarten an der S-Bahn habe ich das mal beobachtet: ‚Allah ist größer als Jesus‘ oder so etwas. Aber na gut, das sind manchmal absurde Sprüche, andererseits zeugen sie von Naivität, Frust rauslassen, indem man so etwas schreibt, oder ‚Juden raus‘ oder so etwas.“

Ebenfalls in Tiergarten erzählte uns ein jüdisches Ehepaar nicht nur von antisemitischen Anfeindungen [siehe Kapitel: Antisemitismus], sondern auch vom abwertenden Umgang besonders gegenüber nichtmuslimischen bzw. nichtverschleierten Frauen:

„Es ist ähnlich wie mit dem Shop der Islamisten Ende der Emdener Straße. Es ist eine Art ‚arabisches Ghetto‘, es ist ein normaler Gemüsehandel, aber die leben hauptsächlich vom Dealen. Und dort versammeln sie auch die Jugendlichen in Uniformen. Das ist eine Hochburg von den Palästinensern in der Stadt. [] Meine Frau hat da auch eingekauft, sie bedienen christliche und nichtverschleierte Frauen immer als letzte und versuchen, sie zu betrügen. Das ist eine schwer antifeministische Art. Und auch wenn ich da eingekauft und schon ziemlich lange gewartet habe, ist ein Muslim gekommen, war er vor mir drangekommen, was ich nicht korrekt gefunden habe.“

Ein Jugendsozialarbeiter im Ortsteil Mitte beobachtete bei seinen Jugendlichen, wenn überhaupt, dann höchstens vereinzelt eine „stigmatisierende Abwertung der Nicht-Muslime“:

„Das weiß ich nicht. Das ist eine kräftige Formulierung. Höchstens vereinzelt. Also, ganz, ganz vereinzelt. Natürlich auch ganz klare Aussagen, dazu zähle ich das auch: ‚Klar suche ich mir hier eine Freundin, aber heiraten will ich natürlich eine Frau von uns‘. Also, das fällt sogar häufiger, so eine Formulierung. Was ich denke, was ja genau diesen Hintergrund mit sich bringt. Eine verallgemeinernde Geschichte findet sich nur ganz vereinzelt bei jungen Männern. Dass sie wirklich ganz klar sagen, das sind Deutsche, mit denen wollen wir

eigentlich nichts zu tun haben und eigentlich haben wir einen anderen Hintergrund und sind die besseren Menschen.“

In der Weddinger Koloniestraße schilderte uns ein Anwohner die Situation jedoch sehr drastisch:

„Das geht eben einfach mit Kleinigkeiten, dass man beschimpft wird. Hier gibt es ganz schlimme Beschimpfungen teilweise, gerade deutscher Frauen als ‚Nutten‘ und was weiß ich. Hier gibt es ganz starke Tendenzen, dass Kinder, deutsche Kinder, vom Spielen und von Spielplätzen ausgeschlossen werden, weil sie nicht muslimisch sind. Hier gibt es ganz bewusst Zerstörung von Dingen, die eben aus der christlichen Vergangenheit kommen oder aus dem christlichen Glauben kommen. Das ist schon ganz massiv. Ob jetzt hier Weihnachtsschmuck zerstört wird, ganz bewusst, oder Osterschmuck - eben alles, was die Lebensäußerungen sind, wie sie bei uns normal und üblich sind, wird bewusst und absichtlich zerstört. [] Das geht in der Schule soweit, dass eben die Kinder, kleine Kinder schon Kopftücher tragen, nicht mehr am Turnunterricht teilnehmen, von den entsprechenden Eltern dann verboten wird am Spielplatz, dass deutsche Kinder da spielen. Da gibt es knallhart die Frage: ‚Bist Du Moslem? Wenn Du kein Moslem bist, verschwinde hier!‘ Das ist definitiv eine Tatsache, wir hören es ja immer wieder.“

Dass die eingangs geschilderte islamistische Sichtweise von einigen so genannten „religiösen“ Autoritäten auch im Bezirk Mitte propagiert wird, wusste ein in der Integrationsarbeit aktiver Gesprächspartner zu berichten:

„Ich weiß von Besuchern, die hierher kommen und erzählen, dass es Imame gibt, die ihre Gläubigen auffordern, sich nicht zu integrieren – weil diese Welt kufr [nichtislamisch, ungläubig] ist, nicht kompatibel mit Islam – wirtschaftliche Vorteile sollen genutzt werden, aber es soll sich keinesfalls hier an die Gegebenheiten angepasst werden, an die Denke und Gefühlswelt. Einer, er war arabischer Herkunft, erzählte sogar, dass sein Scheich ihm sagte, er solle lieber Sozialhilfe beantragen und eine Arbeitsstelle, die er in Aussicht hatte, nicht annehmen, um dieses Gemeinwesen hier kaputt zu machen.“

8.3.4. Gruppendruck und soziale Kontrolle

Entsprechend dem islamischen Verständnis der „Einheit Gottes“ (Tauhid-Glauben, türkisch: Tevhid)³⁹² „bekundet der Moslem, dass er die von Allah auferlegten individuellen und gesellschaftlichen Verpflichtung akzeptiert und sie zum Lebensmittelpunkt macht“.³⁹³ Dieses rein religiöse Verständnis instrumentalisieren islamistische Agitatoren zur Begründung ihrer Gesellschaftsideologie. In ihrer rigiden „Islam-Interpretation“ suggerieren sie den Gläubigen, jedes Abweichen von den religiösen Vorschriften sei der Beginn des Abfalls vom Glauben. Ein Gesprächspartner aus Wedding mit dem Migrationshintergrund Türkei schilderte diese Propagierung folgendermaßen:

„Der Koran hat das vorgeschrieben, das steht im Koran drin, Allah hat uns Anweisungen gegeben, wenn du das und das nicht machst, wenn du nicht nach dem Koran lebst, dann wirst du in der Hölle brennen.“

Die islamistische Agitation konzentriert sich in diesem Zusammenhang besonders auf die Einhaltung der formalen religiösen Praktiken (wie das regelmäßige Beten oder der Besuch der Moschee) und das Einhalten des islamischen Moralverständnisses (wie die Kleidungs- und Essensvorschriften oder das Verhältnis der Geschlechter). Die Agitatoren nutzen dabei ihren Einfluss und ihre Möglichkeiten, diese Normen als allgemeingültig für die Gemeinschaft zu definieren. Ob Kind, Jugendlicher, Frau oder Mann, jede und jeder hat sich entsprechend dieser Normen zu verhalten, mag er nicht außerhalb dieser fiktiven, nach innen homogenisierten Gemeinschaft stehen. Über ein Netz von sozialer Kontrolle wird dabei auch

³⁹² Tauhid bedeutet in seinem Kern das Dogma von Gott als dem Unteilbar-und-absolut-Einen

³⁹³ Burhan Kesici: „Die Beziehung zwischen Staat und Religion im Islam“; Hausarbeit an der Freien Universität Berlin am Fachbereich Politische Wissenschaft, Sommersemester 1996; zu finden unter: www.enfal.de/staat.htm
Abgelesen am 25. Februar 2003

subtil Druck auf diejenigen ausgeübt, die sich diesen vorgegebenen Normen nicht unterwerfen und trotzdem für sich in Anspruch nehmen, gläubige Muslima oder gläubiger Muslim zu sein.

Besonders im Verlauf der Diskussion über das Kopftuch haben zahlreiche Vertreter islamistischer Organisationen in jüngster Zeit immer wieder ihre Achtung des individuellen Selbstbestimmungsrechtes der Gläubigen betont und sich dabei auf den Koran bezogen, in dem es heißt: „Es gibt keinen Zwang im Glauben“. Wir wollten deshalb von unseren Gesprächspersonen wissen, wie es in der täglichen Praxis darum bestellt ist. Dabei wurden uns auch einzelne Fälle geschildert, wo versucht wurde, diese Moralvorschriften als „Leitkultur“ durchzusetzen, der sich nicht nur Muslime, sondern alle zu unterwerfen hätten.

a) Schule

In einer Weddinger Gesamtschule unweit vom Soldiner Kiez erzählte uns ein Sozialarbeiter von diesem Gruppendruck auch auf nichtmuslimische SchülerInnen:

„Wir haben jetzt z. B. die Fastenzeit. Ist schwierig, weil ja, ich habe schon erlebt, dass dann deutsche Schüler (Jungen) mitfasten, weil der Gruppendruck zu groß ist. Also, aus Solidarität, aus Annäherung an die andere Gruppe, die es aber auch verlangt, dass sie das machen. Oder sie machen es, um damit einen Bonus zu kriegen bei denen. Ein anderes Beispiel: Wir haben ein italienisches Mädchen gehabt, Halbtalienerin, die kam in die Schule, so wie Mädchen kommen mit einem kurzen Rock irgendwie. Es war Sommer und zwei Tage, aber nicht länger, weil da wurde sie umringt von der ‚moslemischen Bruderschaft‘ hier und da hieß es: ‚So läuft man hier nicht rum, du Schlampe! Wie siehst du aus! Zieh dich mal anständig an‘. Ja, das ist ein Druck, ein Sozialdruck. Nicht die Jungen, sondern die Mädchen haben es ihr gesagt. Die wurde von Mädchen umringt. Ja, sie soll sich richtig kleiden. Also, hier im Sommer gibt es kein Mädchen mit einem Rock, das ist einfach so. Da kann es warm sein wie es will, hier haben alle immer Hosen an. Kleider, Röcke, das ist tabu. Das Mädchen wollte die Schule wechseln und die ist dann auch gegangen, die war nicht mehr lange da. Also, ein Jahr oder zwei Jahre, dann ist sie gegangen. [] Und der Rückzug, der Rückhalt so in die eigene Kultur, der ist ganz stark. [] Es gibt auch Probleme, wenn Schüler z. B. ein Kreuz umhängen haben oder so, dann kann es auch sein, dass es heißt: ‚Mach das Kreuz weg!‘ Das sagen islamische Schüler. Also, da sind Konflikte dahinter, die werden ja nicht so offen und dauernd thematisiert, die stehen dahinter, z. B. das Frauen- und Mädchenbild, eine eindeutige Zuordnungen, wie die sich zu benehmen haben, wer ´ne Schlampe ist, wer nicht, wer anständig ist.“

Der Sozialarbeiter sah durchaus einen Zusammenhang zwischen dem Verhalten dieser Jugendlichen und ihrer Anbindung an bestimmte Moscheevereine. Konkrete Aussagen dazu könne er aber nicht machen, da ihm ein Einblick „in diese Welt“ verwehrt werde:

„Viele gehen ja in die Moschee, die einzelnen Moscheevereine sind ja nicht immer bekannt, in die sie gehen. Und inwiefern da noch so Orientierung oder Anbindung stattfindet, kann ich nicht sagen, und das ist das, was ich meinte, das wird auch nicht so, da muss man schon sehr nachfragen und sehr investigatorisch da vorgehen, um etwas rauszukriegen, weil das wird abgedeckelt. Das ist sozusagen auch die verschlossene Welt auch für uns. Das muss man nachfragen, das sagen die nicht von selbst. [] Das kommt dann nur durch Zufall raus oder bei irgend einem Anlass möglicherweise oder wenn man sich irgendwo sieht oder getroffen hat oder gehört hat oder sonst was.“

Die Moralvorstellungen, die den Jugendlichen außerhalb der Schule vermittelt werden, wirken in den Schulbereich hinein und führen zu Abgrenzungen, bestätigte der Sozialarbeiter:

„Ja, indem sie ihre eigenen Moralvorstellungen befolgen. Die stehen über allem. Also, was wir an Gesetz, Schulgesetz oder so haben, das passiert eben dann nicht. Es gibt andere Dinge, die wichtiger sind. Und die sind immer noch bedeutender als eben der Rest. Von daher denke ich, dass es existiert bei SchülerInnen und den Eltern. Ich habe Fälle, wo richtig Abschottung ist, aber im großen und ganzen Abgrenzung, deutliche Abgrenzung.“

Aus einer Weddinger Grundschule wurde berichtet, dass nicht nur Jugendliche, sondern auch Kinder Druck auf andere ausüben, damit diese sich den religiösen Vorschriften unterwerfen:

„Jetzt ist Ramadan, auch ein Riesenproblem für uns. Die Kinder schon im jüngsten Alter praktizieren Ramadan. Seit Montag ist Ramadan und es ist wieder, wie immer, noch schwieriger zu unterrichten als vorher. Ja, sie sind müde, es hat auch wirklich große Auswirkungen und bei uns sind es ja nicht 2-3 Kinder, bei uns ist es schon fast die Mehrheit der Kinder, auch schon ganz kleine, auch in den ersten und zweiten Klassen machen schon Ramadan. Nichtfastende Kinder werden von fastenden Kindern angemacht, das kommt noch dazu: ‚Du bist ja gar kein richtig gläubiger Moslem! Wieso fastest du nicht?‘ Also, da ist auch ein Druck unter den Kindern. Also, was das Fasten anbelangt, das ist in den letzten Jahren deutlich verschärfter geworden. Deutlich. Deutlich! Und wenn man die Eltern daraufhin anspricht, dann sagen die Eltern: ‚Wir sagen das unserem Kind nicht. Wir sagen, du kannst machen, was du willst.‘

b) Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen

Die Leiterin einer Freizeiteinrichtung schilderte anhand eines Beispiels die Kompromisslosigkeit und den dominanten Einfluss so genannter „Religionsvertreter“ auf muslimische Kinder:

„Auf der anderen Seite - das habe ich mitgekriegt, bevor ich hier gearbeitet habe, das habe ich bei einem türkischen Theaterprojekt für Kinder mitgekriegt, da mussten die jüngeren Kinder früher von den Proben um bestimmte Uhrzeiten gehen, um eben zum moslemischen Unterricht zu gehen. Das war auch irgendwie seltsam, denn die wollten alle nicht hin. Und trotzdem erschien auch mal, wenn wir beispielsweise mal irgendeinen Auftritt hatten und die Kinder gebeten hatten, noch dazubleiben, wenn wir Generalprobe hatten, der Lehrer dieses Unterrichts und hat die Kinder dann abgeholt. Der musste also nur die Tür aufmachen mit einem strengen Blick, und dann gingen sie mit.“

In einer kommunalen Jugendeinrichtung unweit des Weddinger Leopoldplatzes erzählte ein Erzieher, dass auch auf Eltern Druck ausgeübt würde, die Prioritäten zugunsten der Moschee zu setzen. Seinen Angaben zufolge finanzieren die Eltern bereitwillig die zahlreichen Angebote der Moschee, während sie das in Bezug auf die Jugendeinrichtung verweigern.

In einem Jugendclub in Wedding hätten selbsternannte „Religionswächter“ Jugendliche in der Einrichtung gezielt aufgesucht und unter Druck gesetzt, wie ein Mitarbeiter berichtete: „Wir haben hier vor sechs Wochen folgendes Erlebnis gehabt, dass traditionell gekleidete und als gläubig erkennbare Männer - Pluderhosen, Käppi, langer Bart - wiederholt hergekommen sind, um nach bestimmten Jugendlichen zu fragen. Der eine spricht die Jugendlichen – und das ist interessant – sowohl auf Arabisch als auch auf Türkisch an. Der andere wendet sich den Aufsichtspersonen bzw. dem pädagogischen Personal zu, verwickelt sie in ein Gespräch, hat aber vorher schon an einem Tisch gefragt, wie heißt denn der oder die und spricht dann den Kollegen oder die Kollegin mit dem Vornamen an. Es sind ältere junge Männer, 24, 25 Jahre, dass es durchaus sein könnte, dass sie mal hier waren. Inzwischen spricht der andere die Jugendlichen an, die Karten spielen am Tisch, ob sie denn nichts Sinnvolleres zu tun hätten und ob sie denn gläubig wären. Und sie könnten ihr Leben und ihre Freizeit gottgefälliger verbringen als Kartenspielen in dieser Einrichtung. Sie könnten doch ihre Moschee aufsuchen zum Beispiel. Ihrer Aussage nach ist das eine Moschee in Moabit. Vom Personal wird dann auf das Neutralitätsgebot hingewiesen, das auch durchgesetzt wird. Damit ist der Kontakt erst einmal abgebrochen. Die Männer haben sich dann auch sofort aus der Einrichtung hinausbegeben, machten diesen Versuch eine Woche später dann aber wieder.“

Folgende Schilderung aus einem Projekt für Mädchen aus islamisch geprägten Herkunftsländern macht andererseits aber deutlich, dass nicht die bloße Existenz eines

islamischen Milieus, selbst wenn es dominant ist, automatisch zu Intoleranz und Abschottung führen muss, im Gegenteil:

„Hier ist mit Sicherheit die islamische Gesellschaft die dominante Gesellschaft. [] Von der Bedeutung sind die Deutschen hier, aber das ist mehr so eine gefühlsmäßige Wahrnehmung, in der Minderheit. Es kann auch sein, dass es gleich viele sind. Aber, die Gesellschaft, die hier etwas zu sagen hat, ist eher die islamische. [] Die einen haben diese Richtung der Religion, die anderen nicht. Aber, ich sehe doch in dem Bereich schon eine Art Toleranz. Jetzt, wenn die Mehrheit islamisch ist, die finden dann die Christen nicht ganz so toll. Aber, es ist jetzt nicht so, dass sie heftig gegen Christen etwas sagen. Und ich finde es schon gut, dass die Unterschiede innerhalb des Islam wahrgenommen werden. Oder auch Gespräche mit den Betreuern, die sind jetzt evangelisch. Also, die reden auch mit denen darüber. Und ich finde jetzt nicht, dass darüber eine Trennung kommt.“

c) Arbeitsleben

Ein Betriebsratsmitglied mit dem Migrationshintergrund Türkei beobachtete über einen längeren Zeitraum, wie islamistische Kreise in seinem Betrieb über Druck und Einschüchterung Kollegen an sich zu binden versuchen:

„Die Anhängerschaft des politischen Islam hat sich in den letzten Jahren vermehrt, so die große Mehrheit haben die nicht - unter 2-3 %, wenn man die türkischen oder die muslimischen Kollegen nimmt. Ich kenne alle Kollegen namentlich. Ich kenne ein paar, die so einer Gruppierung angehören. Die sind zwischen 40 und 50. Also, die suchen sich ihre Opfer meistens aus. Die labilen Kollegen werden von ihnen verarbeitet, wenn sie feststellen, der ist gläubig, aber nicht so streng, wie ich. Aus dem könnte ich etwas machen. Das ist deren Zielgruppe. Die sprechen sie mit unheimlich Angst machenden Sprüchen an und ziehen sie auf ihre Seite. Das ist nicht neu. Wenn sie dann irgendwelche Sachen erzählen von Paradies und Hölle, und ich weiß nicht was. Es wird vor allem keinem leicht fallen zu sagen: ‚Mein Glauben interessiert nur mich, was geht dich das an‘, oder ‚ich glaube halt so, wie ich denke‘. Das fällt nur sehr wenigen leicht zu sagen. Sie haben immer Angst - was denkt der über mich, was erzählt er über mich draußen. Statt dessen halten die sich mit ihren Argumenten zurück, bzw. glauben dem auch noch, wenn er mit Angst machenden Sprüchen kommt. Deswegen werden sie dann mit in die Moscheen genommen. In den Moscheen werden sie mit Spenden und so etwas so sehr unter Druck gesetzt, wie ich weiß nicht, wie es vor sich geht. Die werden richtig mit Spenden ausgebeutet. Ja, weil die bauen da eine Moschee. Die, die da Vorsteher sind oder was weiß ich in der Gruppe, spenden ziemlich großzügig. Ich weiß nicht, ob sie es nachher wieder raus nehmen. Da müssen die anderen halt mitziehen. Wenn sie nicht mitziehen, dann heißt es, der glaubt so und so nicht. Also, um diesen negativen Stempel nicht zu bekommen, gehen sie mit. Viele sind Mitläufer. Und auf Grund dessen haben die natürlich Angst.“

d) Öffentlicher Raum

In bestimmten Gebieten in Wedding und Tiergarten dominieren so genannte „orthodoxe“ Moralvorstellungen auch den öffentlichen Raum. Die BewohnerInnen haben sich diesen Regeln zu unterwerfen. Deshalb ziehen Muslime, die eine andere Lebenseinstellung haben, weg oder meiden diese Gebiete, wie uns ein Gesprächspartner aus Tiergarten und eine Gesprächspartnerin aus Wedding bestätigten:

„Ich weiß von meiner türkischen Klientel, die wohnungssuchend ist, dass da mittlerweile sehr viele nicht mehr in den Bereich nördlich der Lehrter Strasse ziehen wollen, weil dort ein ziemlich starker Druck auf Bewohner ausgeübt wird, nach ganz bestimmten Regeln zu leben. Also, dass die Leute da nicht hinziehen wollen in die Lehrter Strasse, das weiß ich. Das ist immer noch so. Und das wird häufig als ein Grund genannt, da gibt es zu viel Türken. Und wenn ich dann sage, na ja sie haben doch selber diesen türkischen Hintergrund. Dann sind das Leute, die sich erst einmal zum Teil emanzipieren wollen. Nicht Leute, die sich super assimilieren wollen, super Deutsche werden wollen. Aber die sich schon so ein bisschen abgrenzen wollen von dieser orthodox-religiösen Schiene, und das scheint dann in der Lehrter Strasse doch ziemlich dominant zu sein.“

„Eine Familie im Wedding hat gesagt, sie ziehen da weg, der Druck und die Kontrolle ist ihnen da einfach zu groß in ihrer Gemeinde. Das ist ja etwas, wo wir gar keinen Einblick haben.“

Andere versuchen, diesem Druck demonstrativ zu widerstehen. Das macht sich an symbolischen Kleinigkeiten fest, wie ein Gesprächspartner aus Wedding berichtete: „Da fällt mir dann auch auf, wie demonstrativ bei ... [ein alevitischer Verein] Becks Bier getrunken wird. Die gleiche Demonstration bei den anderen [strenggläubige Sunniten], das gleiche demonstrative Zur-Schau-Stellen der eigenen Haltung.“

Subtil durch Blicke werde signalisiert, wie man sich im öffentlichen Raum, ob nun Muslim oder nicht, zu bewegen habe. Dadurch entstehe ein Gefühl des Unbehagens, erläuterte ein Gesprächspartner anhand eigener Erfahrungen:

„Ich habe das auch einmal erlebt in 4 ½ Jahren. An einem Freitagabend war ich in der Kolonie Wedding. Ich kam von einem Ausflug und kam mit meinen Kindern in die Koloniestraße in kurzen Hosen. Ich habe an den Blicken der Leute gemerkt, dass das nicht gut kommt. Da habe ich mich nicht an die Kleiderordnung gehalten und mir wurde mit Blicken signalisiert, das ist aber merkwürdig, wie du jetzt hier herumläufst mit deiner kurzen Hose. Daraus habe ich für mich den Schluss gezogen, nicht mehr in kurzen Hosen hierher zu kommen. Gut, ich arbeite ja nur hier, ich kann auch bei heißem Wetter in langen Hosen zur Arbeit kommen und habe den Konflikt dann nicht, dem gehe ich aus dem Weg. Wer hier natürlich wohnt, also da, wo ich wohne, da würde ich mir das aber dann auch nicht vorschreiben lassen, ob ich in kurzen oder langen Hosen komme. Da habe ich das selber am eigenen Leib gespürt.“

Der Gesprächspartner bestätigte, dass diejenigen, die aufgrund ihrer Herkunft pauschal dem „Islam“ zugeordnet werden, einem wesentlich stärkeren Druck und einer größeren Kontrolle ausgesetzt sind:

„Ich bekomme subtilen Druck auf Männer mit. Um beim Ramadan zu bleiben, wir hatten beim Ramadan einen türkischen Praktikanten, der, wir haben ja Rauchverbot hier, der dann draußen geraucht hat, und der dann besorgt um sein Seelenheil befragt wurde – das hat eine ganz andere Qualität, als wenn die mit mir scherzen, warum ich nicht fasten will. Ob man im Ramadan auf der Straße rauchen kann oder nicht, ich könnte das, aber ein türkischer Kollege wird garantiert angesprochen. Ich glaube schon, dass Leute türkischer Herkunft, die hier wohnen und sich aus welchen Gründen auch immer gegen das Fasten entscheiden, dass die dann einem subtilen Druck ausgesetzt sind. Und genau so kann ich mir vorstellen, dass der Druck auf Frauen besteht, Kopftuch zu tragen.“

8.3.5. Das Kopftuch

Vor dem Hintergrund zahlreicher Positionen für und wider das Kopftuch [siehe Kapitel: Die Debatte um das Kopftuch] spielte dieses Thema auch eine Rolle in unseren Gesprächen im Bezirk. Natürlich tragen Frauen und Mädchen das Kopftuch auch freiwillig und aus rein religiöser Überzeugung, das soll hier gar nicht in Abrede gestellt werden. Wir erfuhren in unseren Gesprächen aber auch vom Druck, das Kopftuch zu tragen. Ebenfalls bestätigte sich in unseren Gesprächen, dass die Frage von Ehrbarkeit und damit das Thema ‚Schutz vor sexueller Belästigung‘ durchaus an das Tragen des Kopftuches geknüpft wird. Ein Islamwissenschaftler und Migrationsforscher arabischer Herkunft beschrieb aus seinen Erfahrungen, welche Inhalte mit dem Kopftuch auch transportiert werden:

„Die Hapterscheinung des Sexismus ist das Kopftuch. Das ist seit Anfang der 90er Jahre die Mode. Das ist etwas Entwürdigendes, weil die Frau auf ihre Sexualität reduziert wird. Also, mehr als das, eine radikalere sexistische Haltung, gibt es ja nicht. Das ist die traditionelle Haltung des Islam, vor dem 20. Jahrhundert. Im 20. Jahrhundert, also ich bin im Libanon aufgewachsen, ich kenne diese Erscheinung nicht, ist das mit dem Islamismus und vor allem mit der iranischen Revolution eine Mode geworden. Und das ist eine Form, die man zu bekämpfen hat. Das muss man ernst nehmen. Das ist ein Verstoß gegen Artikel

eins, das ist eine Entwürdigung der Frau, wenn man sie auf ihre Sexualität reduziert. Und das ist die herrschende Form. Jetzt aber in deren Milieu, da gibt es einen sozialen Druck. Der Sexismus läuft im Namen der Religion. Nach dem Motto: ‚Was ist mit Dir? Warum läufst Du so? Denk mal an Dein Ende und so! Willst Du ins Feuer gehen?‘ Das ist der soziale Druck, der wird immer massiver. Und da die Eltern sowieso hier keine Integration geleistet, sich nicht akklimatisiert haben, dann übernehmen sie das ganz einfach, dann haben sie ein besseres Argument. Und das schafft unheimlich viele Probleme unter den Mädchen. Ich kenne von den Sozialarbeiterprojekten, welche Krisen sie erleben. Gut, nehmen wir die Araber. Man hat den Mädchen gesagt, sie sollen dies und jenes nicht machen, das sei ein Verstoß gegen die arabischen Sitten. Jetzt sagen sie, wenn sie kein Kopftuch trägt, das ist eine Sünde. Der Eingriff ist massiver als vorher. Viele können den Druck als Heranwachsende nicht ertragen, viele haben Nervenzusammenbrüche usw. Das ist extremer geworden als früher. Die Dimension der Sünde. Eine Sitte dagegen ändert sich. Früher hat man gesagt, wir sind aber nicht mehr in Arabien, wir sind jetzt hier. Aber wenn man jetzt sagt, das ist ein Verstoß gegen die Religion, das ist eine Sünde und man bezahlt den Preis im Jenseits - also der religiöse Sexismus ist unheimlich groß und gefährlich geworden und ist überall sichtbar. Das ist die neue Dimension. Und ausgehend davon, weil dieser Sexismus ein Bild von der Frau prägt, ist die Haltung der Kinder in der Schule gegenüber der Lehrerin, ihre Verachtung und ihre Beschimpfung, jetzt noch größer und legitimierter.“

Es gebe zwar Initiativen muslimischer Frauen, die diesem Druck entgegenwirken, erklärte der Gesprächspartner, aber sie hätten in den geschlossenen Milieus kaum eine Chance, sich durchzusetzen:

„Die werden von niemandem unterstützt. Ich kenne kleine Initiativen und Bemühungen, aber die kommen zu kurz. Also, das hat sich so durchgesetzt. Die haben keine Chance, und das ist beunruhigend. Im geschlossenen Milieu haben sie keine Chance. Diejenigen, die sich emanzipieren wollen, setzen sich ab. Die verlassen Wedding usw.“

a) Schule

Der Leiter einer Weddinger Grundschule bestätigte, wenn auch indirekt, dass das Kopftuch mehr als ein Ausdruck von Religiosität ist, zumal es - seiner Kenntnis nach - eigentlich erst mit Beginn der Pubertät für die Mädchen, wenn überhaupt, ein Thema sein sollte:

„Für einige ist die Bedeutung der Moscheen sehr hoch, weil sie auch im Nachmittagsunterricht dort Koranunterricht haben bzw. wir auch gehört haben, dass manche Schüler – es wird ganz wenig darüber gesprochen – auch nachts dort übernachten und dort dann zu gewissen Zeiten geweckt werden, um Gebete zu sprechen und dann natürlich auch eventuelle Schwierigkeiten im Unterricht haben. [] Ich denke, dass diejenigen, die so stark im islamischen Glauben sind, hier bei weitem nicht die Mehrheit haben, also hier wirklich auch vereinzelt sind. Wir sehen es ja auch, wenn jemand nicht zum Schwimmen mitkommt. Das sind immer Einzelfälle. Das sind nur ganz wenige. Kopftücher tragen mehr. Ist aber so. Weil das sicherlich für manche nicht nur ein religiöses Zeichen ist.“

Ein ähnliches Bild zeichnete auch die Leiterin einer weiteren Weddinger Grundschule:

„Bei uns laufen viele Kinder mit Kopftüchern herum und nicht nur mit Kopftüchern, sondern mit wirklich sehr, bis unten hin zugebundenen Kleidungsstücken. Das ist das Äußerliche, und es ist ein großer Anteil, der sehr streng Gläubigen, sehr viele, die die Moscheen besuchen. Das ist einfach so. Und es hat auch Auswirkungen hier in der Schule an Äußerungen der Kinder. Jetzt ist Ramadan, auch ein Riesenproblem für uns. Die Kinder schon im jüngsten Alter praktizieren den Ramadan. Da ist auch ein Druck unter den Kindern: ‚Du bist ja gar kein richtig gläubiger Moslem! Wieso fastest du nicht?‘.“

In einer Oberschule unweit vom Weddinger Leopoldplatz berichtete uns eine Lehrerin, wie die Einbindung traditioneller Familien in so genannte Clanstrukturen den Druck erhöht, Normen und Werte einzuhalten:

„Ein Teil will sowieso nicht, dass die Kinder hier zur Schule gehen. Sie sollen lieber zu Hause putzen, einkaufen oder auf die kleinen Kinder aufpassen, den Haushalt führen. Wenn sie

dann zur Schule kommen, im Sport, da ist ja Vorschrift, eigentlich Sicherheitsvorschrift, dass sie die Kopftücher abnehmen. Es ist ja auch schon etwas passiert, also nicht bei uns. Deswegen auch die Vorschrift. Das machen die nicht, verweigern sie. In der 7. Klasse, da war ein türkisches Mädchen, die hat sich strikt geweigert, das Kopftuch abzumachen. Und da hat der Vater gesagt: ‚Von mir aus kannst du‘. Aber da sind Cousins und Onkels gekommen und haben gesagt: ‚Lieber eine 6‘ [als das Kopftuch abnehmen]. Bei einem arabischen Mädchen war das genau so, aber nicht alle arabischen Mädchen sind so. Nicht, dass sich das nachher so anhört.“

In einer Moabiter Oberschule beobachtete der Leiter folgende Entwicklung:

„Es gibt unter den türkischen, türkischsprachigen Mitbürgern, eine zunehmende Tendenz, die nicht überwältigend ist, aber sie nimmt zu, in Richtung traditionellem Islam oder konservativen Islam, oder wie immer man das schreiben will. Das nimmt stark zu von Jahr zu Jahr. Das sieht man äußerlich - es gab ewige Zeiten, da hat man gar kein Mädchen mit Kopftuch gesehen bzw. die Mädchen, die ein Kopftuch tragen sollten, sind in die Schule gekommen, haben das Kopftuch abgelegt, sich geschminkt, und wenn sie nach Hause gehen sollten, haben sie das Kopftuch wieder umgebunden.“

Manche muslimische Eltern wollen nicht, dass ihre Kinder mit auf Klassenfahrt fahren, sie melden sie vom Biologie- und Sportunterricht ab, mit standardisierten Begründungen. In einem Formular, das eine Berliner Moschee für deutsche Schulen verfasst hat, heißt es: „Die weiblichen Angehörigen des Islam dürfen sich ohne islamische Bekleidung auch untereinander nicht sehen lassen.“ Und deshalb dürften die muslimischen Mädchen eben den Sportunterricht nicht mitmachen.³⁹⁴ Am 12. Dezember 2003 stellte der Berliner Senator für Bildung, Jugend und Sport, Klaus Böger, unmissverständlich klar, dass „diese Bescheinigungen für die öffentlichen Schulen ohne Relevanz sind“.³⁹⁵

Wesentlicher Bestandteil dieser „islamischen Kleidung“ ist das Kopftuch. Dahinter verbirgt sich mehrheitlich ein traditionelles Rollenverständnis, dem sich Mädchen und Frauen zu unterwerfen haben. Diesen Zusammenhang schilderte uns auch ein Vertrauenslehrer aus Moabit:

„Das Fasten ist nicht das Problem, sondern eher beim Sportunterricht das Tragen von Kopftüchern. Da sind Schülerinnen ausländischer Herkunft, die nehmen nicht teil am gemeinsamen Sportunterricht mit den Schülern. Es gibt da aber so ne und solche. Es kam auch vor bei Klassenfahrten, dass eventuell Eltern sagen: ‚Nein, meine 17jährige Tochter darf nicht mit‘. Die meisten waren Mädchen mit Kopftuch.“

Die Sozialpädagogin einer Oberschule am Rande zu Kreuzberg berichtete aber, dass sich die Ängste traditioneller Eltern durch direkte Gespräche und den Aufbau von Vertrauen im Interesse der Mädchen auffangen lassen. An dieser Schule gab es auch keine Probleme in Bezug auf die Teilnahme am Schwimm- oder Sportunterricht. Es lässt sich also kein pauschales Bild zeichnen. Die Anzahl kopftuchtragender Mädchen ist an dieser Oberschule eher eine Minderheit:

„Eher in den niedrigen Klassen. Mir fällt in der Klassenstufe 10 nur ein Mädchen, zwei Mädchen ein, die noch Kopftuch tragen. Bei uns ist es so, dass das viele in der Klassenstufe 8 haben. Also, wir haben ja sogar diese Mädchen dazu bewegen können, zum Teil mit auf Klassenfahrten zu fahren und sozusagen den Eltern vorher die Angst zu nehmen, dass wir alles als Lehrkräfte dafür tun werden, dass ihre Religion respektiert wird, dass damit umgegangen wird, wenn das Kopftuch ab ist, dass die Jungen nicht mehr ins Zimmer dürfen. Und das war gut so, und die Mädchen durften alle mit auf Klassenfahrt, denn das ist so der Grund, warum Eltern ihre Kinder nicht mit auf Klassenfahrt lassen.“

Gleichzeitig schilderte uns die Sozialpädagogin aber auch einen gegenläufigen Fall:

³⁹⁴ Anja Dehne: „Streit um Kopftuch und Kruzifix - wie viel Religion verträgt das Klassenzimmer?“, ARD Magazin Kontraste, 15.01.2004.

³⁹⁵ Abgeordnetenhaus Berlin, Drucksache 15 /11 124, Kleine Anfrage: „Befreiungsbescheinigungen der Islamischen Föderation Berlin“, eingegangen beim Abgeordnetenhaus am 16. Dezember 2003

„Wir haben eine Schülerin, da müssen wir den Eltern wirklich anraten, darüber nachzudenken, ob sie das Fasten nicht abbrechen soll, weil wir das Schlimmste befürchten, die bricht uns hier irgendwann zusammen. Die schafft es körperlich nicht. Die ist in der 10. und muss sich sehr anstrengen für den Abschluss. Wir müssen da noch mal mit den Eltern reden, inwieweit sie von ihrer Religion her Kompromisse eingehen können. Dieses Mädchen hat bis zum letzten Schuljahr kein Kopftuch getragen. Jetzt trägt sie eins. Sie fing im Alter von 16 an. Und da mussten dann sozusagen alle Bilder von ihr entfernt werden. Wir fotografieren sehr viel hier und wir mussten alle Bilder von ihr entfernen, wo sie ohne Kopftuch drauf ist. Jetzt weiß ich gar nicht, also sie hat auch nie über den Hintergrund gesprochen. Das ist also schon aufgefallen, wo viele das Kopftuch abnehmen in dem fortgeschrittenen Alter sozusagen. Warum sie das Kopftuch trägt, das wollte sie nicht sagen. Darüber möchte sie nicht reden. Vielleicht kommt sie noch irgendwann. Aber so Druck kann natürlich da sein.“

Dass männliche Jugendliche die Frage von Ehrbarkeit einer Frau und damit auch ihr Recht auf Unversehrtheit offenbar an das Tragen des Kopftuches knüpfen, geht aus der Schilderung eines Sozialarbeiters einer Gesamtschule im östlichen Wedding hervor: „Ich weiß jetzt nicht, wie viele kopftuchtragende Mädchen es gibt. Ist aber nicht die Mehrheit. Es ist eine wachsende Anzahl. Eine Minderheit, aber die gibt es. Also, seit ich an der Schule bin, wächst das eigentlich permanent an. Wird immer ein bisschen mehr, und es sind eher jüngere, auch schon in den 7. Klassen. Ja und die Rolle von Mädchen, von Frauen ist schon die, sagen wir mal die Videocliprolle. Also, das ist so sortiert. Die Jungs sind dann die Gangster mit den Ketten um. Die hören alle Hip-Hop, Kiss FM, MTV und hier und da. Es ist ja ein bestimmtes Bild, die Frauen sind ‚bitch‘ oder so. Wir haben z. B. einen, der rennt über den Schulhof oder draußen, der ist jetzt in der 10. Klasse, dann fängt er einfach unvermittelt an zu schreien: ‚Ihr Huren!‘. Das schreit er einfach so in die Welt. Und dann gibt es auch andere, das sind die heiligen moslemischen Mädchen sozusagen in gewissem Sinne, die dürfen also keinen Jungen anschauen, nicht berührt werden. Nach dem Motto: ‚Wenn ich heirate, dann muss meine Frau selbstverständlich auch Jungfrau sein.‘ Also, die, die ‚ey bitch‘ und sonst irgend so etwas sagen und so, die haben trotzdem dieses Denken. Das ist auch ein Phänomen. Ansonsten jetzt anfassen, das ist auch passiert, z. B. Belästigung, sexuelle Belästigung, dass Mädchen angefasst werden, angegrapscht werden, von den Jungen, also von türkischen Jungen, arabischen Jungen. Auch muslimische Mädchen, aber keine Kopftuchmädchen, die sind tabu. Ja, sie [die Mädchen ohne Kopftuch] gelten eben nicht als besonders, vielleicht gelten sie als Freiwild, das weiß ich nicht, was die sich denken. Ob sie das als Aufforderung empfinden, was weiß ich, kann ich nicht beurteilen.“

b) Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen

In einem interkulturellen Mädchen- und Frauentreff in Moabit geben die Mitarbeiterinnen den muslimischen Mädchen Raum, über Tradition, Religiosität und Kopftuch selbstbestimmt zu diskutieren:

„Eine Kollegin ist Islamwissenschaftlerin, sie kann den Koran in ihren Suren, in ihren Freiheiten sehr gut wiedergeben. Da stellen wir oft fest, dass es sehr traditionelle Unterschiede gibt. Der Koran ist nicht der Koran. Der Libanese lebt das anders, als der Palästinenser, als der Kurde oder der Türke den Koran für sich wahrnimmt. Da sind dann sehr traditionelle Verfärbungen dabei, das stellen auch die Mädchen fest. Und es wurde thematisiert, ist das im Koran verbindlich, das Kopftuch oder die Bedeckung als Signal, es soll ja ein Signal sein, dass man eine ehrwürdige Person ist und nicht belästigt werden soll, das soll der Ursprung gewesen sein. Und dann wird eben thematisiert, ist es Pflicht oder nicht Pflicht. Es wurde von niemandem geklärt, ob jetzt Kopftuch sein muss oder nicht, aber die Tendenz ist, dass sich doch bedeckt werden soll und damit auch aufgeworfen, wie ist es, wenn ich mich schminke und ein Kopftuch auf habe, oder wenn ich ein sexy enges Teil an habe und ein Kopftuch, was ist daran religiös und was ist nicht religiös. Was macht mich echt religiös und ist es das Kopftuch alleine, oder sind es andere moralische Werte, sind es andere Charaktereigenschaften, die mich zu einem guten Gläubigen machen oder nicht

machen. Das diskutieren wir im Moment. Aber jedes der Mädchen lebt ihre Religion für sich aus.“

Wie sehr diese Mädchen dabei den traditionellen Vorstellungen ihrer Eltern bzw. ihres Milieus unterworfen sind, machen die folgenden Darstellungen deutlich. Die Leiterin einer Weddinger Jugendfreizeiteinrichtung erzählte.

„Wir haben keine kopftuchtragenden Mädchen, das ist dann mehr auf der anderen Seite von der Müllerstraße. Das ist auch immer so ein bisschen unterschiedlich. Die Community in diesem Kiez ist eigentlich nicht so traditionell orientiert.“

Am oberen Ende der Müllerstraße schilderte uns ein Erzieher seine Erfahrungen:

„Der Anteil von Mädchen und Jungen bei den Grundschulkindern ist ausgewogen. Das war früher bei den Jugendlichen schon anders. Also, da waren es dann 90 Prozent Jungen und 3 bis 4 deutsche Mädchen, die sich dann mit eingefügt haben. Die ausländischen Mädchen sind irgendwann raus gegangen. Also, ab einem bestimmten Alter werden die dann auch von zu Hause aus irgendwie einbehalten und dann wird halt gesagt: ‚Ne, geh da mal nicht mehr hin‘. Und da haben wir dann auch so Sachen erlebt, inwieweit die Kinder da Mitbestimmung haben. Also, schon sehr fragwürdig. Es ist teilweise so: Gestern noch ein Mädchen, 8, 9 Jahre alt, das man irgendwie noch auf dem Schoß hatte, und morgen läuft sie mit so einem Vollschleier rum, nicht nur mit so einem normalen Kopftuch. Und wenn man dann fragt: ‚Hast du das selber entschieden?‘ Die Frage kann man sich eigentlich sparen, aber dann man merkt man schon, dass das aufoktroiert ist, und das macht dann traurig. Und man sieht, wie die Kinder dann vorbeilaufen und schon mal gucken, aber überhaupt nicht mehr herkommen. Das sind so Sachen, die man immer so beobachtet. Das war mit den Mädchen immer sehr kompliziert.“

Ebenfalls in Wedding, im Bereich der Müllerstraße, berichtete die Leiterin einer multikulturellen Einrichtung, dass die Mädchen zum Teil recht früh von den Eltern verpflichtet werden, das Kopftuch zu tragen:

„Bei den Mädchen ist es natürlich so, dass Mädchen, die aus streng muslimischen Familien kommen, die kriegen Probleme einfach, weil sie ja dann sehr früh oft sehr strenge Auflagen von zu Hause kriegen, die eben auch sehr signifikant sind, sprich: das Kopftuch tragen z. B. Und dann werden die, wenn diese Übergangsphase eintritt, werden die manchmal gehänselt von anderen Kindern, was sehr schwierig ist für das Mädchen dann. Wenn das dann älter ist, und das Kopftuch normal ist für die Kinder, wenn die eine Zeitlang jeden Tag mit dem Kopftuch kommt, sieht das wieder keiner mehr, dann hat wieder der Gewohnheitsprozess eingesetzt. Aber diese Übergangsphase von Mädchen ist ja sehr unterschiedlich, wann die Familien das Alter festlegen, wo das Kopftuch getragen wird - die ist oft sehr schwierig. [] Es ist Gott sei Dank - ich sage: Gott sei Dank, weil ich finde das nicht gut, dass das bei den Kindern so früh gemacht wird, relativ selten, dass die das so früh tragen müssen. In der Regel ist das sowieso bei den Familien, die wir hier betreut haben im Laufe der Jahre, von den Mädchen hier sind es, denke ich mal, höchstens zwanzig Prozent der muslimischen Mädchen, die dann irgendwann Kopftuch tragen. Und die so früh Kopftuch tragen - früh meine ich im Alter zehn, elf, zwölf Jahre - das ist auch ein verschwindend geringer Anteil von den muslimischen Mädchen. Das sind dann vielleicht höchstens fünf, sieben Prozent. Aber um so schlimmer ist das für diese einzelnen Mädchen natürlich, weil sie dann noch mehr zum Außenseiter werden, weil viele andere muslimische Mädchen das dann noch nicht tragen müssen - oder auch gar nicht tragen, auch nicht, wenn sie siebzehn sind, achtzehn sind. Aber diese strengen muslimischen Familien sind hier weniger vertreten. Hier ist schon eine größere Offenheit unter den muslimischen Familien. Was dann da in den Hintergründen passiert, in den Familien, das können wir nicht so genau beurteilen.“

c) Öffentlicher Raum

Beobachtungen unserer Gesprächspartner im Bezirk bestätigen das Bild, das sich bereits in den Bereichen Schule und Freizeiteinrichtungen abzeichnete. Auch sie bemerkten den Druck auf Mädchen, das Kopftuch zu tragen. Sie erlebten, wie das Symbol Kopftuch vor

sexistischer Anmache schützt und im Umkehrschluss nichtkopftuchtragenden Frauen dieses individuelle Menschenrecht abgesprochen wird. Es geht hier nicht darum, das komplexe Thema Kopftuch auf diese beiden Tendenzen zu reduzieren, diese Beobachtungen gehören aber mit in das Gesamtbild.

Ein Gesprächspartner in Wedding, der dort in einer Jugendeinrichtung arbeitet, schilderte uns z. B. folgendes:

„Die Kopftuchfrage, die ja dann bis ins Letzte diskutiert werden muss, spielt immer wieder eine Rolle, inwiefern Frauen, die das nicht tragen, dann eben mit der Familie Probleme kriegen. Vorgestern habe ich erst wieder zwei Jugendliche in der U-Bahn gesehen, die die Kopftücher schnell aufgesetzt haben, als sie rausgingen. Da ist dann offensichtlich ein ganz schöner Druck da.“

Ein anderer Gesprächspartner, der ebenfalls in Wedding mit Jugendlichen arbeitet, schilderte seine Beobachtungen:

„Es findet ein Zurückziehen hinter plakative fundamentalistische Auslegungen des Koran oder des Islam statt. Die jungen Frauen ab 16 Jahren tragen zunehmend Kopftücher und sind nur noch zu bestimmten Dienstleistungsrichtungen unterwegs.“

Dem entspricht auch die folgende Darstellung einer Gesprächspartnerin, die von Kreuzberg nach Wedding gezogen war:

„Ich bin dann in den Wedding gezogen. Das war für mich ein ganz neuer Bezirk. Ich war dann doch erschüttert, wie offen eigentlich dort agiert werden konnte. Also, was mir aufgefallen ist, sehr schnell, durch diese Gettoisierung, diese Überzahl von muslimischer, eigentlich muss man sagen türkischer Bevölkerung, wie sich dort auch ein entsprechendes Klima Frauen gegenüber breit machte. Das ging so weit, das kann ich wirklich sagen, dass Frauen sich dort teilweise nicht mehr frei bewegen konnten, also abgepasst wurden, wenn sie von der Arbeit kamen. Von Kreuzberg her kommend hat man dafür einen Blick, weil das in Kreuzberg mit den Koranschulen sehr stark gewesen ist. Bis in die 70er Jahre hinein hat in Berlin kaum eine Frau ein Kopftuch getragen, und dann ging das plötzlich los. In Wedding war es dann schon weit darüber hinaus, mit dem breiten Turban, schwarz verschleierte Frauen. Das hatte ich in Kreuzberg bis dahin nie gesehen, das gab es dort nicht. [] Im Krankenhaus lag ich mit einer türkischen Frau zusammen, der man die Scheibe eingeworfen hatte, weil sie kein Kopftuch trug. Und ihre ganze Familie überlegte sich, wieder in die Türkei zurück zu gehen. Diese Leute sind aus dem Wedding weggezogen, türkische Leute [] Leute, die in Ruhe leben wollen wie alle, die hier in Berlin leben. Und insbesondere Frauen, die alleine leben, versuchen da rauszukommen, um nicht unter diesen starken Druck zu geraten.“

Zwei in Wedding aufgewachsene junge Männer, die als jüdische Migranten aus Baku nach Berlin gekommen waren, fanden sich durch einen Selbsttest in ihrer Erkenntnis bestätigt:

Wenn eine Frau kein Kopftuch trägt, ist sie Freiwild:

„Wir haben einen Test gemacht, weißt du. Ich habe halt eine Freundin, die ist ziemlich hübsch. Blond, weißt du. Und es ist immer so, wenn ich mit ihr durch die Gegend laufe, dass sie angemacht wird, hauptsächlich von Ausländern. Und meistens kommt dann dieser Spruch so: ‚Ey, deine Freundin ist geil‘ und so. Wenn die Leute mich kennen und wissen, dass ich kein Türke oder Araber bin, kommen immer solche Sprüche. Sie ist blond, ziemlich hübsch. Und dann haben wir halt einen Test gemacht. Wir haben ihr ein Kopftuch angezogen. Wir sind die selbe Strecke wie immer auch lang gelaufen und da ist kein einziges Wort gefallen. Die Leute haben sie nicht einmal angekuckt teilweise. Weißt du. Das ist einfach nur Kopftuch abhängig. Als blondes Mädchen hast du es im Wedding schwer. Du wirst angemacht, auch nicht nur blond. Hauptsache, du siehst gut aus, du wirst immer angemacht. Selbst du wirst angemacht werden, obwohl man denkt, du bist Türkin. Weißt du. Wenn man kein Kopftuch trägt, bist du Freiwild.“

Ein Muslim arabischer Herkunft, Vorsteher einer Moschegemeinde in Tiergarten, erklärte, dass es in seiner Gemeinde keine Konflikte damit gebe, wie sich eine Frau öffentlich zu präsentieren hat:

„Hier in unserer Gemeinde nicht, also wir haben uns damit schon lange, sagen wir, richtig befunden. Auch die meisten Menschen leben hier oder sind hier geboren und wissen, dass die Gesellschaft anders oder offen ist. Die Frau hat hier andere Freiheiten, aber das ist auch für uns kein Maßstab, ob die Frau bedeckt oder nicht bedeckt ist. Hauptsache ihre Eltern haben Charakter, sie hat ihre Persönlichkeit, ihre vernünftigen, sagen wir Ziele und Anstand und mehr diesen Respekt von ihnen empfangen und redet man mit ihr gern. Aber manche gehen mit Frauen..., das sind frauenfeindliche Menschen.“

d) Die „Kopftuchdiskussion“

Wir haben vier ganz unterschiedliche GesprächspartnerInnen auch kurz befragt, wie sie die aktuelle Diskussion über ein Gesetz zum Verbot religiöser Symbole bei verbeamteten LehrerInnen in der staatlichen Schule bewerten und ob bereits Auswirkungen feststellbar sind.

Eine Menschenrechtsaktivistin mit dem Migrationshintergrund Türkei, die sich in dieser Diskussion sehr engagiert, betonte:

„Insbesondere die Deutschen müssen sich da zusammensetzen und müssen sich die Frage stellen, was ist Toleranz, was ist das, was ich tolerieren kann, was sind Menschenrechte. Toleranz hört da auf, wo Menschen verletzt werden. Und der politische Islam lebt von Menschenrechtsverletzungen. Und das muss von deutscher Seite gesehen werden. Das ist das wichtigste Thema überhaupt im deutsch-türkischen Zusammenleben. Dass Deutsche realisieren, dass es einen politischen Islam gibt, einen fundamentalistischen, gefährlichen Islam gibt, und dass sie den unterstützen, wenn sie meinen, tolerant zu sein, Mädchen nicht in den Sportunterricht zu lassen, nicht in den Schwimmunterricht, Kopftücher zulassen wollen. Damit unterstützen sie den politischen, extremen, fundamentalistischen Islam. Schade. Sehr frauenfeindlich vor allem, extrem frauen- und kinderfeindlich.“

Eine Betriebswirtin deutscher Herkunft, die in engem Austausch auch mit türkischen Nachbarn in Wedding steht, brachte vor allem deren Haltung zum Ausdruck:

„Ich kann ihnen bloß sagen, dass da jeder den Kopf schüttelt, und gerade Türken schütteln den Kopf, weil in der Türkei ist das ja verboten. Da gibt es so etwas nicht, dass eine Lehrerin in der Schule ein Kopftuch um hat. Da ist Staat und Kirche getrennt. Und die fragen sich ganz entsetzt, wie die Deutschen so doof sein können und sich das gefallen lassen. Sie müssen nur mal Türken fragen, die sich hier dem Leben angepasst haben, die ganz normal arbeiten gehen, die sich um ihre Kinder kümmern, also ganz normale Leute.“

Ein Islamexperte, der sich aus beruflichen Gründen besonders in Wedding sehr gut auskennt, spürte keine Auswirkungen dieser Diskussion direkt im Kiez:

„Nein, diese aktuelle Diskussion hat keinen Einfluss gehabt, so wie ich das hier wahrnehme. Es wird rezipiert und bestärkt jeden eigentlich nur in seiner eigenen Position. Aber das hat nicht so einen großen Wandel dadurch gegeben. Hier gibt es 15.000 Einwohner und jeden Freitag, das habe ich mal so ausgerechnet, jeden Freitag etwa 450 Freitagsgebetsbesucher in den Moscheen hier. Jeden Sonntag gibt es etwa 120 Kirchgänger. Also, hier in der Gegend spielt der Islam scheinbar eine größere Rolle als das Christentum. An dieser Gegend macht sich dann auch die Absurdität des Diskurses fest – okay, wir sind säkular, aber wir haben ja unsere christlichen Wurzeln, wir behandeln alle gleich, aber wir haben ja unser abendländisches Erbe – das klappt hier nicht. Hier ist entweder Gleichbehandlung oder zu sagen, das ist so. Hier ist es zwar nicht, wie sonst in Deutschland, eine kleine Minderheit, sondern vielleicht nicht die Mehrheit der Bevölkerung aber die Mehrheit im Straßenbild, die muslimischen Hintergrund haben.“

Ein CDU-Politiker kritisierte, dass in der Diskussion nicht zwischen religiösem und politischem Anspruch unterschieden werde:

„Ja, das müssen wir mal trennen. Es geht darum, ob das Kopftuch von Mitarbeiterinnen des öffentlichen Dienstes getragen werden darf oder nicht. Und da bin ich dezidiert der Ansicht, es geht nicht, dass es getragen wird, so wie mir auch von den Islamkundigen gesagt wird, dass es ja kein religiöses Symbol ist, sondern eines, das einen bestimmten gesellschaftlichen Anspruch der Hierarchisierung und der Männergesellschaft und der Unterdrückung der Frau ausweist. Es hat also einen politischen Anspruch und keinen religiösen, und das sollten wir mal strikt unterscheiden. Das wird leider immer in einen Topf geworfen. Das ist mittlerweile auch zu einem Machtkampf geworden. In laizistischen Staaten, wo die Mehrheit islamischen Glaubens ist, z. B. in der Türkei, ist es ja aus gutem Grund in der öffentlichen Verwaltung auch verboten. Und nun wird versucht, über den Umweg Rechtstitel zu erreichen in Drittstaaten und natürlich auch Politik gemacht gegenüber den Herkunftsländern. So sehe ich das. Nicht nur in dem Fall, sondern die Durchsetzung z. B. des islamischen Religionsunterrichtes, was ja oftmals nur Koranunterricht ist, an staatlichen Schulen, was ebenfalls von bestimmten Gruppen hier durchgesetzt wurde, wo wir keinen Einfluss haben, was denn nun wirklich den Kindern dort vermittelt wird.“

Der CDU-Politiker schilderte aber auch, dass die Diskussion über das explizite Verbot des Kopftuches für Lehrerinnen bei nichtkopftuchtragenden Migrantinnen im Kontext eigener Diskriminierungserfahrungen zu einer Solidarisierung führen kann:

„Wir merken es ja gerade in der 3. Generation, dass die Frage, wo gehöre ich hin, woher finde ich meine Identifikation, völlig ungeklärt ist. Bei dem letzten Rundgang im Ortsteil Tiergarten kamen wir auch in Kontakt mit Familien, die seit über zwanzig Jahren hier sind. Sie sind als Migranten hergekommen, die Kinder sind alle hier geboren, man könnte auch sagen, sie haben den Zugang zu unserer Gesellschaft gefunden. Der eine Junge sagte sogar, er möchte zur Bundeswehr gehen. In Berlin geboren, das Herkunftsland nie gesehen, aber auf die Frage, als was er sich nun empfindet, da sagte er: ‚Palästinenser, Syrer oder Libanese‘. Ja, wie sie denn darauf kommen? ‚Ja, allein durch mein Äußeres werde ich hier nicht akzeptiert‘. Das eine Mädchen sagte, wenn sie in die Kaufhalle geht, dann spürt sie, ob eingebildet oder nicht, das ist hier nicht die Frage, die Blicke, die auf sie gerichtet sind, so ungefähr: ‚Na, was macht die jetzt, klaut sie?‘ Auf Konflikte im Klassenverband angesprochen sagte sie, hätte sie keine Probleme, aber wenn sie sich so in der Öffentlichkeit bewegt, wird ihr nonverbal zu verstehen gegeben, dass sie irgendwie fremd sei. Und deswegen könnte sie nicht das Gefühl haben, Deutsche zu sein oder sich als so eine Art Zugehörige zur Mehrheitsgesellschaft empfinden. Sie beruft sich auf ihr Herkunftsland, wo sie wahrscheinlich dieselben Probleme hätte, wenn sie dort wäre. Aber diese Erfahrung hat sie eben nicht. Und es war also ganz seltsam, wir hatten in der Begleitung auch eine junge Dame, die hier natürlich voll etabliert ist, eine Migrantin, und wir hatten dann den Kopftuchstreit, wo die junge Dame sagte, also das Ding ist abzulegen aus politischen Gründen und nicht zu vereinbaren mit modernen Werten, wie der Gleichberechtigung. Und diese junge Gymnasiastin fühlte sich nun herausgefordert, die nie ein Kopftuch aufsetzen würde, dieses zu verteidigen als Identifikationssymbol einer anderen Kultur.“

8.3.6. Der 11. September

Die Terroranschläge des 11. September führten auch innerhalb muslimischer Kreise in Mitte zu sehr unterschiedlichen Reaktionen. Ein Migrant türkischer Herkunft, der sich im Stadtteil Tiergarten in der Integrationsarbeit engagiert, fasste diese Reaktionen folgendermaßen zusammen:

„Der 11. September wird von der muslimischen Bevölkerung nicht als eine positive Aktion für ihre Religion gesehen. Ich habe noch von keinem türkischen Muslim gehört, dass er gesagt hat, der 11. September war richtig. Alle sagen, mit terroristischen Mitteln kann man nichts erreichen. Unschuldige Menschen sind dort gestorben, sagen alle. Also, mehr oder weniger. Ich habe von einigen gehört, dass die CIA es gewesen war, damit sie ihre Aktionen in Afghanistan und Irak rechtfertigen können. Das haben einige gesagt, aber, ich glaube, die meisten nicht. Also, bei der türkischen Bevölkerung spielt der 11. September keine so große Rolle, im Vergleich zu den Arabern würde ich sagen. Das heißt man weiß, dass sehr viele

Menschen gestorben sind usw., aber bei den Palästinensern wird das teilweise anders beurteilt: ‚Na ja, wir müssen uns ja auch verteidigen, als Muslime, als Gläubige, das war richtig‘. Einige sagen, also Terror ist, nein damit kann man nicht leben, kann man nichts erreichen. Eine dritte Gruppe sagt, neulich in einem vertraulichen Gespräch, nur die, die Terror machen, haben etwas erreicht. Deswegen müssen wir weiter Terror machen, damit wir etwas erreichen können. Das ist wahrscheinlich der wahre Grund - sie sehen eine Organisation, die durch Terror eine Akzeptanz geschafft hat und sie gehen dann diesen Weg. Und diese Gruppe unterstützt dann natürlich alle die, die terroristisch sind.“

Ein Gesprächspartner arabischer Herkunft beschrieb, dass die Anschläge als US-amerikanische Verschwörung gegen „die Muslime“ gesehen wurden und sich daraus eine kollektive Opferidentität entwickelt habe:

„Die meisten meinen nach dieser amerikanischen Reaktion und diesem Anschlag, dass die islamische Gemeinde oder die moslemische Gemeinde in Amerika, dass sie die Opfer sind. Auch hier in Europa. Und die Moslems haben mit diesen Anschlägen nichts zu tun. Und Amerika sucht irgendwie einen Feind, nachdem der kalte Krieg zu Ende gegangen ist. Die amerikanische Regierung sucht irgendwie einen Feind, nicht mehr die Kommunisten, nicht mehr die Kriege im arabischen Golf. Sie suchen einfach einen Feind, und da haben sie diese Geschichte entdeckt oder so.“

Direkt nach dem 11. September gab es aber kurzzeitig auch eine gegenläufige Reaktion, wie der Erzieher eines Weddinger Schülerladens berichtete. Einige Jugendliche hätten demonstrativ ihre Sympathie mit Osama bin Laden bekundet, um ihrem Gefühl von Stärke und Überlegenheit Ausdruck zu verleihen:

„Es war halt immer so, dass immer Osama Bin Laden an der Tafel stand. Hier wurde überall rumgekritzelt. Na ja, was soll man da machen. Entweder wischt man es weg, oder man sagt: ‚Denkt doch mal darüber nach, was ihr da gemacht habt. Da waren bestimmt auch arabische Leute darunter‘. Da versucht man schon zu argumentieren, aber so groß kommt man da nicht weiter, man kriegt die auch nicht so zusammen. Mit dem einzelnen kann man halt schon reden, das geht schon. Wenn die mal früher kommen oder allein sind, das klappt dann schon. Und dann sagen sie aber auch sofort: ‚Ja, ja.‘ Das ist ja auch für die nicht ernsthaft. Also, da ist nicht ein wirklich ernster Hintergrund. Also, ich sage, wenn die so Krieg spielen: ‚Du wirst der erste sein, der sich in die Hose macht, wenn da neben dir die Granaten einschlagen.‘ Das wissen die auch selbst. Ich meine, da ist schon eine Verrohung in der Sprache da, aber vieles gibt sich aber auch. Also, ich habe schon gesehen, dass sich bei denen schon viel geändert hat. Na, ja, mit den Jugendlichen, das war schon eine anstrengende Zeit. Ich fand es auch tierisch nervig, also, das mit dem ‚Osama Bin Laden, ist ja toll, und super‘. Ständig wurde das auf dem Computer geschrieben und überall, war schon sehr ärgerlich. Das ging wirklich ein halbes Jahr oder so. Man kann es ihnen auch nicht so erklären, man kann halt nur immer wieder sagen: ‚Denk doch mal nach, Mensch, man muss das doch irgendwie anders lösen können‘ und so. Das diskutieren sie auch in der Schule und da sind die auch nicht bereit und offen für, für so ´ne Sachen. Das hat sich auch wieder gelegt irgendwann, damit ist das für die auch gegessen.“

Ereignisse wie den 11. September oder den Irak-Krieg nutzen extremistische Kreise offenbar, um Muslime zu radikalisieren. Ein Bezirkspolitiker berichtete in diesem Zusammenhang von Plakaten im Umkreis von Moscheen:

„Was mir bei meinen Moscheebesuchen aufgefallen ist, dass oftmals im Umfeld dieser Moscheen nach dem 11.9., aber auch im vergangenen Jahr und zu Beginn dieses Jahres während des Irak-Krieges, dass dort Plakate aufgetaucht sind auf Türkisch und Arabisch mit Aufrufen zum Djihaad, die natürlich für jemanden, der türkisch oder arabisch nicht mächtig ist, so nicht erkennbar sind. Das war schon signifikant. Ich habe diese Plakate gesehen und habe einen dieser Sprache Kundigen gebeten, der diese Übersetzungen macht. Ich habe die Moscheevorstände daraufhin angesprochen, dass sie das nicht einfach hinnehmen, auch wenn das nicht von ihnen ausgeht.“

8.3.7. Eine verschlossene Welt?

Die Ereignisse des 11. September haben im Bezirk Mitte zu einer intensiveren Auseinandersetzung mit islamistischen Phänomenen und Strukturen geführt, auch wenn in Teilen der Verwaltung das Thema nach wie vor ignoriert wird. Fehlendes Erkenntnisinteresse in Bezug auf Hintergründe und Zusammenhänge sowie pauschale Beurteilungen aufgrund von Äußerlichkeiten erschweren jedoch eine differenzierte Auseinandersetzung. Dass dieser Diskurs erst am Anfang steht und es nach wie vor an konkretem Wissen mangelt, bestätigte uns auch ein Bezirkspolitiker:

„Ich denke schon, dass hier das konkrete Wissen um diese Dinge in der Form nicht vorhanden ist. Es wurde ja auch bislang in der Form, bis noch vor wenigen Monaten, nicht kommuniziert. Die Problemerkennung findet ja eigentlich erst nach dem 11.9. statt. Dass sich das hier auch in Deutschland oder speziell in Berlin bei bestimmten Migrantengruppen entwickelt hat, das war vorher nicht im bürgerlichen Zentrum.“

Vorhandene Kompetenzen scheinen aber nur bedingt berücksichtigt zu werden, wie ein Jugendsozialarbeiter türkischer Herkunft aus Wedding kritisiert:

„Hier in der Umgebung gibt es so viele Moscheen. Ich komme aus der Türkei, deswegen kann ich differenzieren, welche Moschee, welcher Flügel, welcher ist liberal, welcher ist fundamentalistisch. Aber die Behörden sehen das, glaube ich, leider nicht so.“

Ein Migrant libanesischer Herkunft, der in Tiergarten als Projektkoordinator arbeitet und sich einige Kompetenz im Erkennen islamistischen Verhaltens zuschreibt, räumte aber ein: „Die organisierten Strukturen, da kommen wir einfach nicht heran.“

Dass sich hinter dem religiösen oder sozialen Engagement einiger Funktionäre eventuell auch ein politisches Interesse verbirgt, bestätigte die Leiterin eines Weddinger Nachbarschaftshauses. Möglichkeiten, das einzuschätzen, habe sie aber auch nicht: „Natürlich, das gibt es immer. Und das ist aber viel schwerer zu erkennen, weil das wird auch nicht immer auf die Fahne geschrieben. Das ist auch total schwierig, da noch mal ranzukommen.“

Mit diesen Schwierigkeiten sieht sich auch der Bezirkspolitiker konfrontiert:

„Wenn wir in die Moscheevereine gehen, sind wir angemeldet und da finden wir meistens das Terrain schon bereitet. Und das Ganze wird dann abgehandelt wie ein Staatsbesuch, so dass man schon genau hinter die Kulissen schauen muss bzw. Informationen von anderer Seite beschaffen muss, insbesondere aus den Schulen, den KiTa's aber auch von Streetworkern, die beispielsweise mit den Jugendgangs arbeiten, da bekommen wir dann natürlich Auskünfte.“

Die eigene mediale Öffentlichkeit könnte Einblicke geben in interne Diskurse und propagierte Positionen. Dieser Erkenntnisgewinn werde aber nicht genutzt, wie ein Bezirksamtsmitarbeiter bedauernd feststellte:

„Es gibt keinerlei Auswertung migrantischer Presse, in ganz Berlin nicht. Es gibt z. B. eine interne, türkische mediale Öffentlichkeit, die an Verwaltung und Politik völlig vorbei geht, einschließlich deutschsprachiger Parallelmedien.“

Fehlende Transparenz ist ein Nährboden für Verdächtigungen, Gerüchte und Verschwörungen. Moscheegemeinden und islamische Verbände stehen in der Pflicht, durch Transparenz ihren Beitrag zu einer differenzierten Diskussion zu leisten. Dazu gehört auch, das eigene Klientel einschließlich der Kinder zu dieser Offenheit zu ermutigen. Bisher scheint eher das Gegenteil der Fall zu sein, wie der Sozialarbeiter einer Weddinger Gesamtschule erzählte:

„Viele gehen ja in die Moschee, die einzelnen Moscheevereine sind ja nicht immer bekannt, in die sie gehen und inwiefern da noch so Orientierung oder Anbindung stattfindet, kann ich nicht sagen. Und da muss man schon sehr nachfragen und sehr investigatorisch da

vorgehen, um etwas herauszukriegen, weil das abgedeckelt wird. Das ist sozusagen auch die verschlossene Welt für uns. Das muss man nachfragen, das sagen die nicht von selbst. Das mache ich eigentlich nicht immer so gerne. Das teilen sie wenig mit. Das ist das, was nach der Schule stattfindet, was sie mir mitteilen ist das, was alles direkt in der Schule und damit zu tun hat. Also, Probleme die sich hier auswirken, darüber können wir reden, die werden auch thematisiert. Aber das, was hier im Moment keine Bedeutung hat, was also außerhalb der Schule stattfindet, das bleibt auch da. Das soll also hier nicht so thematisiert werden. Das kommt dann nur durch Zufall raus oder bei irgend einem Anlass möglicherweise oder wenn man sich irgendwo sieht oder getroffen hat oder gehört hat oder sonst was. Aber ansonsten denke ich, dass das nicht öffentlich ist.“

9. Sexismus

9.1. Das konservative Frauenbild junger Migranten

Die Frage nach Sexismus beantworteten unsere GesprächspartnerInnen zumeist mit dem Verweis auf sexuelle Belästigungen oder Übergriffe. Das deutet darauf hin, dass sich subtile Formen sexistischer Diskriminierung der Wahrnehmung entziehen bzw. von den offensiv in Erscheinung tretenden Formen, wie Gewalt gegen Frauen oder Beleidigungen überlagert werden.

So ist es verständlich, dass die meisten GesprächspartnerInnen zunächst auf diese offensiven Erscheinungsformen zu sprechen kamen und sich dementsprechend einige Bereiche im Untersuchungsraum ausmachen lassen, in denen diese Arten von Sexismus deutlich wahrgenommen werden.

Deutlich zeigte sich die Wahrnehmung sexistischer Verhaltensweisen und Einstellungen bei Jugendlichen. Diese manifestieren sich keines Falls nur, wenn männliche Jugendliche in Cliquen zusammen sind und sich voreinander profilieren wollen. Sexistisches Verhalten wird auch in Jugendeinrichtungen und in der Schule als Problem wahrgenommen, wobei viele GesprächspartnerInnen das besonders in Bezug auf männliche Jugendliche mit Migrationshintergrund feststellten. Exemplarisch äußerte sich dazu die Leitung einer Weddinger Jugendeinrichtung:

„Der Männlichkeitswahn der türkischen Jugendlichen, das zum Teil sehr diskriminierende Verhalten gegenüber Frauen ist da ein Zweites.“

Solche und ähnliche Beobachtungen wurden häufig geäußert, dennoch ist eine Pauschalisierung unbedingt zu vermeiden. Auch wenn mehrere GesprächspartnerInnen diese Probleme vorrangig wahrgenommen und zum Ausdruck gebracht haben, lässt sich daraus nicht der Schluss ziehen, Jungs und Männer mit Migrationshintergrund seien sexistischer als andere. Aufschlussreich sind in diesem Zusammenhang die Aussagen einiger Gesprächspersonen über bestimmte Erziehungsbilder und damit einhergehende Einstellungsmuster dieser Jugendlichen. So wurde mehrfach gesagt, dass viele Jugendliche und junge Migranten von einer hierarchischen Ordnung der Geschlechter überzeugt seien. Sie würden Frauen als den Männern untergeordnet, als „zweite Klasse“ wahrnehmen. In ihren Augen seien Frauen weniger wert als Männer. Nur die Ehe, in der die Frau sich dem Mann unterzuordnen hat, verschaffe ihr ein gewisses Maß an Ansehen. Eine alleinstehende Frau habe in den Augen dieser Jugendlichen und jungen Männern offenbar wenig Wert. Das beschreibt ein Sozialarbeiter mit dem Migrationshintergrund Türkei, der in einer Weddinger Jugendeinrichtung arbeitet:

„Das ist ein Thema für sich. Das gibt es. Bei uns im Verein gibt es das auch. Das kann man nicht verhindern. Wenn ich da manchmal Sprüche höre, über Frauen lästern – am Anfang habe ich gesagt, wir brauchen die Frauen, die Frauen brauchen uns, wir brauchen die Frauen mehr. Was eigene Ehefrauen betrifft, die sind sehr heilig, aber was Frauen auf der Straße betrifft, die sind nicht heilig, so in der Art. Da gibt es immer diese Sprüche und von daher werden von den Männern Frauen als Sexsymbol angesehen. Das ist auch nicht viel anders als Rassismus, aber halt eine andere Art. Da haben wir noch viel vor uns.“

Ein Erzieher, der in der gleichen Gegend in einer interkulturellen Jugendeinrichtung tätig ist, bestätigte diese Darstellung:

„Frauen werden immer beleidigt, werden auch als zweite Klasse gesehen. Wenn eine Frau verheiratet ist, dann gehen sie halt mit der anders um. Aber wenn jemand nicht verheiratet ist, dann heißt es ‚Hure‘, als solche wird sie bezeichnet.“

Mehrfach wurde von massiven Beschimpfungen besonders alleinstehender Frauen berichtet. Eine Gesprächspartnerin, die von Kreuzberg nach Wedding gezogen ist, schilderte die Situation dort anhand eigenen Erlebens:

„Ich bin dann in den Wedding gezogen, war für mich ein ganz neuer Bezirk und war dann doch erschüttert, wie offen eigentlich dort agiert werden konnte. Also, was mir aufgefallen ist, sehr schnell, durch diese Gettoisierung, diese Überzahl von muslimischer, eigentlich muss man sagen türkischer Bevölkerung, wie sich dort auch ein entsprechendes Klima Frauen gegenüber breit machte. Das ging so weit, das kann ich wirklich sagen, dass Frauen sich dort teilweise nicht mehr frei bewegen konnten, also abgepasst wurden, wenn sie aus der Arbeit kamen. [] In dem Zusammenhang als alleinstehende Frau, das muss ich betonen, da ist alles noch mal schlimmer, als wenn man zu zweit oder in der Familie wohnt.“

Der Leiter einer Jugendeinrichtung in Wedding, in die vorwiegend Jugendliche arabischer oder türkischer Herkunft kommen, beschrieb die besonders abwertende Einstellung der Jugendlichen gegenüber Frauen ohne Migrationshintergrund:

„Die werden aber in der Regel mit einem Rollenverhalten groß, gerade auch, was die Rolle der Frau betrifft. Das finden wir dann häufig bei dem, was sie aus den Familien lernen, im Verhalten gegenüber deutschen Frauen nicht wieder, weil sich das dann unterscheidet, und sie die Unterscheidung gerne wahrnehmen. Die deutschen Frauen sind für sie so eine Art Freiwild, mit denen man ganz anders umgehen kann, und das machen sie auch, als mit Frauen ihrer ethnischen Herkunft.“

Das es in einigen Fällen nicht bei Beleidigungen bleibt, schilderte ein Sozialarbeiter, der im Stadtteil Mitte in der offenen Jugendarbeit tätig ist:

„Und im Hintergrund passieren natürlich, von den Jugendlichen auch so benannt, immer wieder Übergriffe von Männern auf Frauen, d.h. auch tätliche Übergriffe. Was natürlich auch diesen geschlechtlichen Hintergrund und auch ganz viel mit Weltbildern zu tun hat. Wo ist die Stellung der Frau. Was hat eine Frau auch auszuhalten, wenn sie mit einem Mann zusammen wohnt oder zusammen ist. Ich glaube nicht, dass es eine Gleichberechtigung hier in meinem Bereich gibt. Es findet eine immer stärker werdende Auseinandersetzung darüber statt. Und es ist eine Menge dabei im Fluss, aber da sehe ich schon auch zum Teil Herabsetzungen von Frauen durch junge Männer.“

Die Leiterin einer Weddinger Grundschule erklärte, dass dieses Frauenbild der Jugendlichen durch Erziehung und so genannte kulturelle Prägung zustande kommt:

„Na ja, Sie wissen ja, wie die Strukturen in den Familien sind in den, sage ich mal - ja wie soll ich es beschreiben - in den arabischen und türkischen Familien, das hört sich immer so kurz gefasst an. Ich denke, es sind diese Strukturen in den Familien, die sehr patriarchalisch geführt sind, wo bestimmte Emanzipationsvorgänge noch nicht passiert sind. Ja, und wie die Familie geführt wird, das spiegelt sich hier wieder, ist doch klar.“

Bereits bei Kindern im Grundschulalter machen sich frauenverachtende Einstellungen bemerkbar. Die Weddinger Grundschulleiterin berichtete, dass einige Jungs dieses ablehnende Verhalten auch gegenüber den Lehrerinnen offen zum Ausdruck bringen:

„Also, die Mädchen an unserer Schule sind deutlich - wie soll ich das beschreiben - andersherum. Die Jungen sind deutlich machohafter, treten anders auf, als die Mädchen. [] Ja, auch gegenüber Lehrerinnen verachtend. Das lassen sich die Kolleginnen - die sind ja schon ziemlich lange im Geschäft - nicht gefallen, nicht bieten. Aber es gibt immer wieder Konflikte, weil das dann aus den Jungen ausbricht, dieses respektlose Verhalten gegenüber Frauen. Also: ‚Sie haben mir nichts zu sagen‘, oder: ‚Fassen Sie mich nicht an!‘, oder dieses. Auch diese Handbewegungen auch.“

Dieses Frauenbild der Jugendlichen ist gekoppelt an ein bestimmtes Bild der eigenen Männlichkeit. So sind sie stark von der Vorstellung geprägt, die weiblichen Familienangehörigen schützen zu müssen. Sie meinen, ihre Männlichkeit unter Beweis zu stellen, wenn sie die Ehre der Schwester oder der Mutter beschützen. Bereits die Beleidigung der Mutter oder Schwester, auch in deren Abwesenheit, genügt, um eine heftige emotionale Reaktion und Aggression bei ihnen hervorzurufen. Davon berichtete die Leitung einer Weddinger Jugendeinrichtung:

„Das macht sich nach wie vor deutlich bemerkbar im Umgang mit der Mutterrolle, bei dem Schutz und Beschützen der Schwestern, dass die um Gottes Willen in kein so ein Fahrwasser geraten, was sie von deutschen Frauen kennen. Ich sage heute mit ziemlich sicherer Überzeugung, das ist genauso funktionalisiert. Wir haben hier unendlich viele Auseinandersetzungen mit türkischen Jugendlichen miterlebt, die ihren Ursprung darin hatten, dass der eine die Mutter des anderen beleidigt hat. Standardspruch ist: ‚Ich fickte deine Mutter‘. Spätestens wenn der Spruch drei mal gesagt wird, ist entweder die Faust geballt oder das Messer in der Hand. Das passiert ständig. Genauso radikal reagieren sie, wenn sich solche Äußerungen auf die Schwestern beziehen.“

Die Vorstellung, die Schwestern beschützen zu müssen, geht so weit, dass den Mädchen zum Teil das Recht auf eigene Entscheidungen, auf Bewegungsfreiheit und Selbstbestimmung abgesprochen wird. In unseren Gesprächen wurde immer wieder berichtet, dass Väter, aber oft auch ältere Brüder, den Mädchen ab einem gewissen Alter verschiedenste Aktivitäten strikt verbieten. In einem Alter, in dem die Mädchen eigentlich beginnen selbständig zu werden, werden sie geradezu entmündigt und aus dem gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen. Allein den Männern steht das Privileg zu, sich frei zu bewegen und selbstbestimmt zu agieren. Die Leiterin einer Weddinger Jugendeinrichtung unweit der Müllerstrasse schilderte ihre Beobachtungen:

„Ja, dass Mädchen nicht mehr hierher kommen, weil irgendwann die großen Brüder mitkriegen, dass sie hierher kommen; Mädchen haben sich nicht in Jugendeinrichtungen aufzuhalten, wo Jungen verkehren.“

Die Mädchen wachsen in einer von Männern dominierten Welt auf, ihre Möglichkeiten, sich selbstbestimmt zu entwickeln, sind stark eingeschränkt. Sie lernen schon sehr früh, dass Frauen weniger Rechte haben. Wenn sie in ein Alter kommen, in dem sie beginnen, selbständig zu werden und langsam die vorgegebene Hierarchie infrage stellen könnten, werden sie von äußeren Einflüssen abgeschottet. Es wird ihnen die Möglichkeit genommen, eigene Erfahrungen zu machen und zu erfahren, dass sie sehr wohl das Recht haben, über sich Selbst zu bestimmen. Diese Abschottung nach außen, von der mehrere GesprächspartnerInnen berichteten, erschwerte es den Mädchen und jungen Frauen zusätzlich, sich an Anlaufstellen zu wenden oder um Unterstützung von außen zu suchen. Sie erleben ihre eigene Hilflosigkeit und Abhängigkeit, aber vielen bleibt nichts anderes übrig, als sich dem Willen der männlichen Familienangehörigen zu fügen und auf ihr Recht auf Selbstbestimmtheit weitgehend zu verzichten. Der Leiter eines Jugendclubs im Bereich Gesundbrunnen nahm folgendes wahr:

„Dass zunehmend die jungen Frauen ab 16 Jahren Kopftücher tragen und nur noch zu bestimmten Dienstleistungsrichtungen unterwegs sind. Da spielt auch das ICE Gesundbrunnencenter eine gewichtige Rolle, weil da kann man sich auch mal treffen, wenn man einkauft.“

9.2. Schutz durch das Kopftuch

Im Untersuchungsraum wurde von mehreren Gesprächspersonen wahrgenommen, dass Jungen und Männer mit Migrationshintergrund sehr deutlich zwischen Mädchen und Frauen unterscheiden, die ein Kopftuch tragen und solchen, die es nicht tragen. Eine Sozialpädagogin, die im Bereich Gesundbrunnen in der interkulturellen Mädchenarbeit aktiv ist, berichtete, dass die Jugendlichen recht früh beginnen, eine solche Unterscheidung vorzunehmen:

„Die deutschen Mädchen und vor allem deutsche, polnische und katholische Mädchen oder christliche Mädchen gelten als die, die man nutzen und ausnutzen kann, aber man heiratet die Türkinnen, am besten mit Kopftuch, oder die aus der eigenen Nation, aus der eigenen Religion, dass ist bekannt. Gestern haben wir auch gerade darüber diskutiert. Und sogar die Jungs unterscheiden jetzt zwischen den Mädchen, die Kopftuch tragen und denen, die es nicht tragen.“

Auf dieses Thema wird ausführlich eingegangen im Kapitel „Islam und Islamismus in Mitte“. Hier sollen nur einige kurze Beispiele einen Einblick geben. So berichteten zwei in Wedding aufgewachsene junge Männer mit Migrationshintergrund über einen von ihnen durchgeführten Test. Allein die Tatsache, dass zwei junge Männer auf eine solche Idee kommen, weist auf das in diesem Sozialraum herrschende Klima hin:

„Wir haben einen Test gemacht, weißt du. Ich habe halt eine Freundin, die ist ziemlich hübsch. Blond, weißt du. Und es ist immer so, wenn ich mit ihr durch die Gegend laufe, dass sie angemacht wird, hauptsächlich von Ausländern. Und meistens kommt dann dieser Spruch so: ‚Ey, deine Freundin ist geil‘ und so. Wenn die Leute mich kennen und wissen, dass ich kein Türke oder Araber bin, kommen immer solche Sprüche. Sie ist blond, ziemlich hübsch. Und dann haben wir halt einen Test gemacht. Wir haben ihr ein Kopftuch angezogen. Wir sind die selbe Strecke wie immer auch lang gelaufen und da ist kein einziges Wort gefallen. Die Leute haben sie nicht einmal angekuckt teilweise. Weißt du. Das ist einfach nur Kopftuch abhängig. Als blondes Mädchen hast du es im Wedding schwer. Du wirst angemacht, auch nicht nur blond. Hauptsache du siehst gut aus, du wirst immer angemacht. Selbst du wirst angemacht werden, obwohl man denkt, du bist Türkin. Weißt du. Wenn man kein Kopftuch trägt, bist du Freiwild.“

Das folgende Beispiel, dass der Sozialarbeiter einer Weddinger Gesamtschule berichtete, macht aber auch deutlich, dass sexistische Einstellungen und Verhaltensweisen keineswegs ein männliches Privileg sind. Auch Mädchen und Frauen, die in entsprechenden Strukturen leben und aufwachsen, können solche Einstellungen übernehmen und sich dementsprechend verhalten:

„Wir haben ein italienisches Mädchen gehabt, Halbtalienerin, die kam in die Schule, so wie Mädchen kommen mit einem kurzen Rock irgendwie. Es war Sommer und zwei Tage, aber nicht länger, weil da wurde sie umringt von der ‚moslemischen Bruderschaft‘ hier und da hieß es: ‚So läuft man hier nicht rum, du Schlampe! Wie siehst du aus! Zieh dich mal anständig an‘. Ja, das ist ein Druck, ein Sozialdruck. Nicht die Jungen, sondern die Mädchen haben es ihr gesagt. Die wurde von Mädchen umringt. Ja, sie soll sich richtig kleiden. Also, hier im Sommer gibt es kein Mädchen mit einem Rock, das ist einfach so. Da kann es warm sein wie es will, hier haben alle immer Hosen an. Kleider, Röcke, das ist tabu.“

9.3. Sexismus und pubertierende Jugendliche

Längst nicht alle Mädchen beugen sich einer von Männern dominierten Umwelt. Und sexistisches Verhalten stellt auch kein männliches Monopol dar. Davon berichtete die Leiterin eines Jugendclubs in Wedding, unweit der Müllerstrasse. Sie hat türkische Mädchen erlebt, die sich Jungs gegenüber offensiv sexistisch verhalten und sich „mit Händen und Füßen“ gegen Bevormundung zur Wehr setzen:

„Auf der anderen Seite haben wir auch türkische Mädchen hier, die dann wieder alles andere als traditionell sind, die sehr powermäßig drauf sind, was aber dann schon so in Richtung Mädchengang eben auch geht, die sich dann auch mit Händen und Füßen wehren. Dann denke ich, wenn Sie dann so die Reaktionen mancher Jungs auf diese Mädchen sehen, die eben auch sexistische Sprüche drauf haben gegen die Jungs, dann haben die Jungs keine Chance.“

Ebenso wenig lässt sich sexistisches Verhalten als Monopol der Jugendlichen mit Migrationshintergrund darstellen. Sexistische Einstellungen und Verhaltensweisen sind nach wie vor auch unter Jugendlichen und jungen Männern deutscher Herkunft stark verbreitet. Eine Jugendsozialarbeiterin aus Tiergarten beschreibt, dass sich männliche Jugendliche unterschiedlichster Herkunft in diesem Bereich eher ergänzen, als dass sie sich unterscheiden:

„Ja, unsere deutschen Jugendlichen, Jungs, die auch halt mit ihren türkischen, arabischen Jugendlichen groß geworden sind, verhalten sich genau so wie die Araber. Sobald die eine

Freundin haben, haben die dann auch schön artig zu Hause zu sein. Solche Nummern laufen da auch ab.“

Auch scheinen die gängigen Klischees nach wie vor bei allen Jugendlichen aktuell zu sein, wie ein weiterer Sozialarbeiter aus Tiergarten berichtete:

„Da ist ein bisschen Wettbewerb: ‚Ich hatte schon mit so vielen Mädchen‘. Also, die Jungs rühmen sich dann mit ‚so vielen Mädchen‘ und die Mädchen, wenn sie denn meinetwegen nur den Anschein, dass sie häufiger den Freund wechseln, dann sind sie gleich negativ besetzt, Huren und Schlampen. Also, die Jungs nehmen sich da natürlich - natürlich hört sich jetzt blöd an, aber dass ist ja seit sonst wann schon so - da größere Freiheiten raus. Da ist ja auch scheißegal welche Nationalität.“

Die „größeren Freiheiten“, die sich die Jungs nehmen, beschneiden oft auch gleichzeitig die Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht der Mädchen. Ein Jugendsozialarbeiter mit Migrationshintergrund schilderte, dass einige Jugendliche nicht in der Lage sind, die Grenzen der anderen zu respektieren:

„Bei den Fahrten fällt das dann immer extrem auf, dieses machohafte Verhalten oder auch, dass sie die Grenzen gar nicht wissen, gar nicht einschätzen können, was es heißt: ‚Nein‘. [] Und dann werden die jungen Frauen sehr schnell auch als Schlampen und Nutten abgestempelt.“

9.4. „Problemfeld“ Schule

Sexismus im Schulbereich kann erheblich den Schulfrieden stören und darf nicht als Bagatelle abgetan werden. Davon berichtete die Sozialpädagogin einer Oberschule im Stadtteil Mitte: „Sexismus, das hatten wir, klar. Das hatten wir auch so, dass wir uns Hilfe von außen geholt haben. Es ging um Betatschen von Mädchen durch Jungen aus unserer Klasse. Das war also ein Klassenproblem, dass die Mädchen dann irgendwann gekommen sind und gesagt haben: ‚Das wollen wir nicht mehr. Wir sind 10. Klasse! Es ist Schluss!‘ Und der Sportunterricht ist sowieso schon getrennt. Aber manchmal geht es eben nicht anders, dass sie gaffen. Aber es ist auch so, dass sie betatscht werden. Na ja, dann haben wir mit den Schülern gesprochen, zum Teil mit den Eltern gesprochen, die das überhaupt so nicht gesehen haben, das so als Kavaliersdelikt abgestempelt haben. [] Das war z. B. etwas, was ausschließlich zwischen Deutschen ablief, sowohl Jungen als auch Mädchen. In der Klasse war ein ganz geringer Anteil Schüler nichtdeutscher Herkunft.“

Die Sozialpädagogin schilderte, wie an dieser Oberschule mit dem Thema Sexismus, beginnend mit diesen Vorfällen des Betatschens von Mädchen, umgegangen wurde, auch durch Unterstützung der Polizei:

„Und dann haben wir eine ganz große Runde einberufen, sozusagen mit allen Lehrern, allen Eltern, allen Schülern und haben uns den Herrn Z... von der Polizei geholt um aufzuzeigen, dass das durchaus ein Straftatbestand ist und also nicht als Bagatelle hinzunehmen ist. Er hat erst mal den Jungen da durchaus klar gemacht, dass es da so eine Schwelle ist, wenn ein Mädchen sagt: ‚Ich möchte das nicht!‘ Das heißt, er hat das zu akzeptieren, ob er das nun lustig findet oder nicht, aber er hat die Schwelle nicht zu überschreiten, sobald er dieses Signal erhält. ‚Bis hierher und nicht weiter!‘ Die sind alle 16 bis 17 und da wurde gesagt, das ist kein Kinderstreich aus der Grundschule mehr, sondern dass das wirklich schon gravierend ist. [] Da gab es eine wilde Diskussion auch der Eltern untereinander. Die betroffenen Jungen waren völlig aufgebracht. [] Dann wurde gesagt, passiert das noch einmal, dann gibt es einen Verweis, und passiert das dann noch einmal, dann eine Schulstrafe. Es beruhigte sich dann schnell, denn die Jungen fühlten sich natürlich beobachtet. Es waren ja alle Lehrer anwesend. Es wusste jeder von dem Gespräch. Und da ist natürlich die Kontrolle da. Und das hat sich dann gelegt.“

Dieser Umgang mit der Problematik macht deutlich, wie wichtig Aufklärung ist. Andererseits zeigt das Beispiel aber auch, dass etwaige Verhaltensänderungen der Jugendlichen scheinbar eher auf die Angst vor Strafe und das Gefühl, beobachtet zu werden, zurückzuführen sind, als auf Einsicht. Dabei spielt auch das bagatellisierende Verhalten der Eltern dieser Jungen eine Rolle.

Das so genannte „Begrapschen“ oder „Anfassen“ von Mädchen im Bereich Schule scheint keine Ausnahme zu sein. Eine in einer interkulturellen Mädcheneinrichtung im östlichen Wedding aktive Sozialpädagogin sieht den Umgang mit dem Thema an Schulen eher skeptisch: „Und da sind Sprüche, da sind Worte und da sind Berührungen. Und (es) zeigt sich, die anderen Mädchen und Jungs der Klasse machen mit. Sie finden das vielleicht nicht so toll. Aber sie machen nichts dagegen. Und die Lehrer sind teilweise, denke ich mir, ratlos, weil sie wissen von dieser Situation. Und bis auf: ‚Kleiner, mach das nicht mehr!‘ unternehmen sie nichts. Und die Situation dauert weiter an.“

LehrerInnen sind aber nicht nur damit konfrontiert, dass Jugendlichen sexistische Einstellungen und Stereotype zum Teil durch die Elternhäuser vermittelt werden. Nach Aussage einiger GesprächspartnerInnen tragen auch Medien ihren Teil dazu bei. Davon berichtete der Sozialarbeiter einer Schule in Wedding:

„Sexismus wird meiner Meinung nach hier vor allem transportiert, die hören alle Hip-Hop - Kiss FM, MTV und hier und da. Es ist ja ein bestimmtes Bild, also, Frauen sind bitch oder so. Wir haben z. B. einen, der rennt über den Schulhof oder draußen, der ist jetzt in der 10. Klasse, dann fängt er einfach unvermittelt an zu schreien: ‚Ihr Huren!‘ [] Das schreit er einfach so in die Welt. Denn die Rolle von Mädchen, von Frauen ist schon die, sagen wir mal die Videocliprolle. [] Und sie (die Jungs) sind dann die Gangsta mit den Ketten um, im Prinzip ja.“

Die Schule als eine der wichtigsten Sozialisationsinstanzen muss sich offensiv auch mit dieser Problematik auseinandersetzen. Schließlich beinhaltet der Lehrauftrag auch die Vermittlung von Werten, wie Demokratiebewusstsein, Humanismus und Gleichberechtigung. An keinem anderen Ort treffen darüber hinaus Jungen und Mädchen unterschiedlichster sozialer, kultureller und nationaler Herkunft unter formal gleichen Bedingungen und ohne hierarchische Ordnung aufeinander.

9.5. Jugendeinrichtungen

Eine wichtige Sozialisationsinstanz für Jugendliche sind auch die Jugendclubs. Auch hier wird Sexismus deutlich wahrgenommen. Einige Clubs bemühen sich, ein gleichberechtigtes Agieren von Jungen und Mädchen in den Einrichtungen zu ermöglichen. Der Jugendsozialarbeiter einer Weddinger Einrichtung schilderte die Umsetzung in seinem Haus:

„Für alle Aktivitäten bedeutet, die Mädchen sind gleichberechtigt. Wenn wir kochen, helfen die Jungs uns auch. Kochen ist nicht nur für Mädchen.“

Eine Pädagogin eines Jugendprojektes in Wedding, unweit der Müllerstrasse, berichtete ebenfalls davon, dass in ihrer in Richtung gezielt gegen bestimmte Rollenbilder angegangen wird:

„Wir versuchen, dagegen zu arbeiten, setzen andere Vorbilder, setzen z. B. bewusst türkische Männer in Bereichen ein, wie Kochgruppe, oder Frauen im Bereich Holzwerkstatt.“

Mit diesen positiven Ansätzen wird zunächst verhindert, dass männliche Jugendliche und junge Männer sexistische Einstellungen bestätigt finden. Das sollte dann aber auch als Ausgangsbasis für eine bewusste Auseinandersetzung mit dem vorherrschenden Frauenbild genutzt werden.

Eine Jugendsozialarbeiterin in Moabit berichtete, dass männliche Jugendliche das frauenverachtende Klima andererseits auch bewusst wahrnehmen und in bestimmten

Situationen als unangenehm empfinden. Der Auseinandersetzung gehen sie aber lieber aus dem Weg:

„Es gibt Jungs, die feste Freundinnen haben, die sie außerhalb von Moabit treffen. Und wenn wir fragen: ‚Warum bringst du die nicht hierher?‘, dann sagen sie: ‚Ja, ich muss die ja schützen vor diesen schlechten Sprüchen der Freunde‘. Und klar sagen wir dann auch: ‚Ist das nicht übel, dass deine Kumpels deine Freundin anmachen?‘ Aber die haben das einfach im Kopf, egal ob die anderen etwas sagen oder nicht, und das sind auch ständig Diskussionen.“

Die Jugendsozialarbeiterin macht den inneren Konflikt der Jugendlichen deutlich. Einerseits haben sie das Gefühl, eine Rolle erfüllen zu müssen, um in der Clique anerkannt zu werden, andererseits wünschen sie sich eine feste Beziehung zu einem Mädchen. Daraus resultiert eine starke Verunsicherung der Jugendlichen:

„Ja, aber die bemühen sich schon mal so ein bisschen anders. Weil im Grunde genommen sind die ja alle ‚spitz wie Nachbars Lumpi‘, die wollen eine Freundin haben, die haben ja nicht gelernt und das lernen die ja nirgends, wie mache ich Kontakt, wie mache ich eine Beziehung, wie halte ich die. Dann müssen sie sich abgrenzen, dann müssen sie sich stark fühlen vor ihren Kumpels auch.“

Vor allem das Selbstbewusstsein von Mädchen und jungen Frauen wirkt sich positiv auf die Jungen aus und habe bei ihnen teilweise auch zu Einstellungsänderungen geführt, erzählte uns die Jugendsozialarbeiterin:

„Ich finde, das hat sich auch ein bisschen verändert. Früher war, also vor ein paar Jahren, jedes türkische, arabische Mädchen, was sich nachmittags auch auf der Strasse aufhielt, das war halt die Nutte, die Schlampe und die deutschen Mädels ja sowieso. Ja, aber die bemühen sich schon mal so ein bisschen anders. Es sind ja immer mehr junge Frauen auf der Strasse. Früher hast du die ja nicht so sehr gesehen. Und es gab ja in den Jugendeinrichtungen diese Räume für Mädchen, junge Frauen - auch eine sinnvolle Sache, die gibt es ja heute auch noch. Dennoch wollten die sich auch auf der Strasse zeigen und bewegen, auch mit den Jungs zusammenstehen. Und ich finde, da hat sich viel verändert. Die Mädchen setzen sich zur Wehr, lassen sich nicht mehr alles gefallen. Es gibt immer mehr Jungs, die mit ihnen nachmittags auf dem Platz stehen und da, was weiß ich, mit ihnen Basketball spielen, Fußball spielen. [] Das hat sich wirklich vom Straßenbild her verändert.“

Ähnliche Beobachtungen positiver Veränderungen in Richtung eines selbstbewussteren Auftretens von Mädchen und jungen Frauen, berichteten auch andere

GesprächspartnerInnen. Ein im Stadtteil Mitte tätiger Jugendsozialarbeiter erzählte:

„Es sind 30 bis 60 junge Menschen, die sich in diesem Bereich treffen. Ich würde mal sagen 70% junge Männer nichtdeutscher Herkunft und die restlichen sind fast alle junge Frauen aus Berlin. Wir nehmen wahr, dass diese jungen Frauen sich früher selber nicht so bewusst waren, d.h. also sie waren Anhängsel, sie waren die Freundin von und ‚ich komme hin und habe eine Daseinsberechtigung auf diesem Platz, an diesem Treffpunkt, wenn ich mich mit irgend jemandem einlasse‘. Und ‚ich werde innerhalb einer Gruppe natürlich aufgewertet, weil ich bin ja die Freundin von‘. Was wir jetzt wahrnehmen ist, dass diese jungen Frauen sich viel mehr als eine Persönlichkeit sehen, viel stärker auch die Auseinandersetzung suchen: ‚Hey, pass auf, ich mach hier auch mein eigenes Ding‘.“

Ein positiver Effekt der veränderten Selbstwahrnehmung der Mädchen und jungen Frauen besteht darin, dass sie die Auseinandersetzung suchen und die männlichen Jugendlichen mit ihren frauenverachtenden Ansichten direkt konfrontieren, wie dieser Gesprächspartner erklärte:

„Auf dem Hintergrund, dass sie ein anderes Selbstbewusstsein erhalten haben, diese jungen Frauen, findet natürlich auch eine viel größere Auseinandersetzung mit den größtenteils kurdischen Jugendlichen und jungen Männern statt. Was natürlich dann auch zu Diskussionen führt, Weltbilder ‚wie siehst du mich eigentlich als Frau, bin ich eigentlich nur

die blöde Nutte, die Deutsche, mit der man das ja machen kann, und nachher bin ich dann wieder weg?´ Also, da passiert eine ganze Menge.“

9.6. Frauendiskriminierung in Familien mit Migrationshintergrund

Mehrere GesprächspartnerInnen machten auf die Diskriminierung von Frauen in Familien mit Migrationshintergrund aufmerksam. So berichteten sie von der gängigen Praxis der so genannten „arrangierten Ehen“ bei Familien aus der Türkei oder den arabischen Ländern. Der Heiratspartner werde im jeweiligen Herkunftsland gesucht und nach Deutschland geholt. Eine in Tiergarten tätige Jugendsozialarbeiterin bestätigte diese Praxis:

„Ja, die holen die sich dann aus ihrem Herkunftsland. Ich stelle aber allgemein fest bei türkischen Jugendlichen, dass die nicht mehr so früh heiraten. Die haben dann erst den Traum, auch Arbeit und eine Existenz zu haben und dann vielleicht an die Hochzeit zu denken. Und bei den arabischen Jugendlichen ist das noch so geblieben, und sie holen wirklich alle ihre Cousinen so und so vielen Grades aus dem Libanon. Und das ist dann klar, die sitzen dann zu Hause und können dann die deutsche Sprache nicht und kriegen dann Kinder und, und, und.“

Mädchen werden auch als Mittel zum Zweck verheiratet, damit männliche Verwandte oder Bekannte nach Deutschland einreisen können. Davon berichtete eine in der interkulturellen Mädchenarbeit in Wedding aktive Sozialpädagogin:

„Aber noch mal zum Thema Sexismus. Also, viele Mädchen reden auch über Ehen und Heiratskandidaten aus der Türkei. Und empfinden das, sie würden selber nicht sexistisch sagen, aber sie haben dann die Rolle von dem „Einreisvisum“. Sie fühlen sich dann nicht als Person oder Mensch wahrgenommen sondern als Mittel zum Zweck. Und da fühlen sie sich ausgenutzt. Also, in dem Sinne eine Art von Sexismus.“

Mehrfach sprachen unsere GesprächspartnerInnen auch von Zwangsheirat. Als Reaktion auf eine Kleine Anfrage der Grünen-Abgeordneten Sybill Klotz ermittelte die Berliner Senatsverwaltung für Frauen 220 Fälle von Zwangsverheiratung im Jahr 2002 allein in Berlin. Die Dunkelziffer dürfte weitaus höher liegen, denn das „Aufrechterhalten der Fassade“, wie mehrfach berichtet, verhindere auch, dass die Betroffenen um Hilfe nachsuchen. Die Sozialpädagogin aus Wedding erzählte:

„Thema Zwangsheirat, Sexismus oder Gewalt, ja Gewalt innerhalb der Familie, auch Fassaden aufrecht erhalten. Ja, die finden dann auch ihre Wege, wie sie sich retten, das dauert nur etwas länger. [] Jetzt als Beratung kam eine junge Frau wegen Zwangsverheiratung. Es ist selten.“

Der Leiter eines Jugendclubs, nahe Gesundbrunnen, berichtete ähnliches, auch in Bezug auf junge Männer:

„Zu Geschlechterverhältnissen wäre anzumerken, dass wir zumindest hier in dieser Einrichtung feststellen, dass türkische Familien nach außen immer noch als Großfamilie und intakter Familienverbund auftreten. In den Wohnungen passieren schreckliche Dinge und Konflikte. Zerrissenheiten, Zwangsverheiratungen, auch gerade von jungen erwachsenen Männern, häufig auch innerhalb der Großfamilie, dass Cousin und Cousine heiraten. [] Wir haben hier Karrierebrüche erlebt. Ein türkischstämmiger junger Mann, in der dritten Generation hier lebend, hat sich in eine deutsche junge Frau verliebt, die geträumt haben von Heirat, Verlobung und er wurde zwangsverheiratet. Seitdem ist der junge Mann gebrochen, er funktioniert nicht mehr, hat seine Lehre abgebrochen, er bekifft sich täglich. Es sind zwei Kinder da. Nach außen marschiert die Familie und nach innen ist der junge Mann verzweifelt und sicherlich auch seine Frau.“

Eine Pädagogin, die in einer Weddinger Kinder- und Jugendeinrichtung tätig ist, berichtete von Gewalt und Übergriffen, wenn die Familie mit einer Beziehung nicht einverstanden sei:

„Wenn Mädchen oder junge Frauen sich einlassen mit anderen Kulturen, streng islamistische Familien, gibt es Übergriffe zurück auf den jeweiligen jungen Mann, der dann aus einer anderen Nation kommt. [] In der Regel werden die - das hört sich jetzt so an, als wenn es oft dazu kommt, das ist natürlich auch sehr selten - aber wenn es dazu kommt, werden die oft damit begründet, dass das nicht zugelassen war von der Familie, von der muslimischen Familie, dass dieser junge Mann, gleichgültig aus welcher Kultur er nun mal kommt, diese Beziehung eingegangen ist. Das war dann meistens auch eine heimliche Beziehung. Oder aber umgekehrt: Wenn es eine offizielle Beziehung war, wird es in dem Moment ganz schwierig, wenn der Liebhaber sich dieser Beziehung wieder entzieht, was ja bei jungen Erwachsenen oder Jugendlichen nicht untypisch ist, diese Form von ‚mal ausprobieren Beziehung‘, das wird dann natürlich absolut nicht akzeptiert. [] Das erzählen die Kinder dann. Und manchmal sind das auch Familien, die wir kannten oder kennen. Da wird dann auch offen drüber diskutiert im Kiez, das wissen dann auch alle.“

Die Gesprächspartnerin berichtete, dass dieses Verhalten nicht nur bei sehr traditionalistischen Familien vorkomme:

„Das ist manchmal erstaunlich, das sind manchmal Familien, die eigentlich nach außen relativ aufgeklärt erscheinen, aber dann an dem Punkt doch sehr radikal reagieren. Manchmal sind das gar nicht die Väter, oder die Erwachsenen, oder die älteste Generation der Familien. Sondern das sind auch oft manchmal die älteren Brüder, die ohne Absprache mit dem Vater reagieren und meinen, sie müssten jetzt ihre Schwester beschützen oder auf den richtigen Weg bringen. Und die Schwester, die wird nicht gefragt.“

Eine weitere Gesprächspartnerin, die sich intensiv mit der Problematik auseinander setzt, kritisierte vor allem Interessenorganisationen türkischer MigrantInnen die sich zwar für Integration einsetzen würden, aber die Probleme der Mädchen und jungen Frauen in der eigenen Community nicht thematisieren:

„Sie interessieren sich nicht für zwangsverheiratete Mädchen, sie machen das nicht zum Thema, sie interessieren sich nicht für sexuellen Missbrauch und machen das in der Gemeinde nicht zum Thema, weil sie wissen, dass das ein tabuisiertes Thema ist. An die eigentlichen Themen gehen sie auch nicht ran. Zum Kopftuch äußern sie sich auch nur so lala. Sie spielen Rumpelstilzchen: ‚Ich weiß von nichts‘. Die wollen nichts wissen, damit sie nicht ihre Positionen verlieren. Das tun die meisten türkischen Verbände so.“

Diese Mädchen und junge Frauen leben häufig mehr oder weniger von der Außenwelt abgeschottet. Dadurch sind ihre Möglichkeiten sehr gering, sich den totalitären Strukturen des Elternhauses zu entziehen. Spezielle Projekte oder Anlaufstellen gibt es kaum.

Eine Gesprächspartnerin aus Moabit, die sich dort im Kiez engagiert, machte auf die Situation behinderter Frauen mit Migrationshintergrund aufmerksam, die in doppelter Hinsicht isoliert würden:

„Es gibt auch ausländische behinderte Frauen, die werden einfach weggeschlossen, das wird ihnen noch nicht begegnet sein. Haben sie schon einmal eine ausländische Frau, wenn man richtig darüber nachdenkt, im Rollstuhl gesehen auf der Strasse? Ja, dass man diesen Frauen durch einen Verein ganz konkret die Möglichkeit gibt, und das möchte ich, dass sie mindestens einmal die Woche rauskommen und sich unterhalten können. Auch die Frauen an sich, die werden rangezogen, wenn es darum geht, Essen zu machen, eine Feierlichkeit auszustatten. Die dürfen Essen zu Hause vorbereiten, die dürfen also sogar noch kochen.“

Sexismus in vielfältiger Form ist ein demokratiegefährdendes Phänomen und wurde als solches im Bezirk Mitte deutlich wahrgenommen. Anhand der geführten Gespräche zeigt sich vor allem im Jugendbereich Handlungsbedarf. Mädchen, vor allem auch junge Migrantinnen, brauchen niedrigschwellige Anlaufstellen, wo ihnen geholfen werden kann. Notwendig sind Einrichtungen, in denen sie Rückhalt erfahren und ihr Selbstwertgefühl gestärkt wird. Schulen und öffentliche Einrichtungen müssen darauf achten, dass die Jugendlichen ihre Grenzen kennen und die der

Anderen respektieren. Eine Überschreitung dieser Grenzen darf nicht bagatellisiert, sondern muss als falsch deutlich gemacht und erklärt werden.

10. Homophobie

Homophobie meint die irrationale Angst vor homosexuellen Menschen und ihren Lebensweisen. Lesben, Schwule, Bi-, Trans-, und anders- Sexuelle Menschen werden durch ihre Lebensweise mit verschiedenen Formen von sozialer Ausgrenzung, Diskriminierung, Nichtwahrnehmung und Gewalt konfrontiert. Im Gegensatz zu anderen Phobien gehen homophobe Menschen aggressiv gegen homosexuelle Menschen und deren Lebensweisen vor. Heterosexismus betont im Gegensatz zur Homophobie an Stelle des individuellen Aspekts die gesellschaftlich-ideologische Dimension, die jede nicht der heterosexuellen Norm entsprechende Lebensform ablehnt und diskriminiert. Körperliche Gewalt gegen homosexuelle Menschen ist alltäglich, die Täter sind meistens junge heterosexuelle Männer. Andere Erscheinungsformen von Homophobie sind soziale Ausgrenzung, Diskriminierung, Nichtwahrnehmung und Ignoranz.

10.1. Nicht-Wahrnehmung und Tabuisierung

Homosexualität und die Diskriminierung von Homosexuellen sind oft Tabuthemen. Homosexuelle werden in einer hetero-normativen Umgebung meist erst gar nicht wahrgenommen, und wenn sie wahrgenommen werden, geht das mit massiven Vorurteilen und Diskriminierungspraxen einher. Die Nicht-Wahrnehmung von homophoben Strukturen besonders im Jugend- und Schulbereich war in den Gesprächen im Großbezirk Mitte sehr präsent. Homophobie wurde oft gar nicht thematisiert, verharmlost oder nur von betroffenen Homosexuellen zur Sprache gebracht. Ein Jugendsozialarbeiter aus Wedding beschrieb die Tabuisierung:

„In den Leitlinien und Konzeptionen unserer Arbeit wird gleichgeschlechtliches Leben von Jugendlichen und jungen Erwachsenen kaum berücksichtigt. Ressentiments und Vorurteile bestehen, deshalb ist es auch ein Tabuthema.“

Der Leiter eines Sportvereins, der hauptsächlich Jugendliche mit Migrationshintergrund betreut, bestätigte die Ignoranz des Themas, spielte aber das Problem herunter:

„Ich weiß von zwei Jugendlichen, aber es wird nicht darüber gesprochen. Und bei uns sind sie nicht isoliert oder so. Also, sie werden manchmal von den Jugendlichen ausgelacht, aber die sagen dies und das. Aber etwas Ernstes ist nicht passiert.“

An einer Weddinger Gesamtschule bestätigte der Sozialarbeiter ebenfalls die Tabuisierung dieses Themas:

„Ist eigentlich eher ein Tabuthema. Kann ich nicht viel zu sagen. Es kommt gar nicht so offen raus. Das wird gar nicht thematisiert. Da könnte ich nur spekulieren, aber ich habe nichts irgendwie mitgekriegt.“

Oft bringen Homosexuelle das Thema selbst zur Sprache, wie der Leiter einer Weddinger Grundschule berichtete:

„Wir hatten ja hier selber auch Lehrer, die homosexuell waren und das wäre überhaupt nicht als Gesprächsthema da, wenn sie es nicht selber auch hereingebracht hätten.“

10.2. Ausgrenzung, Diskriminierung und Vorurteile

Erscheinungsformen von Homophobie sind soziale Ausgrenzung, Vorurteile und Diskriminierung. Die Ablehnung von Lesben und Schwulen erfolgt auf verschiedensten Ebenen quer durch die Gesellschaft. Ob auf der Straße, in Institutionen oder auf der Arbeitsstelle – sobald Homosexuelle erkennbar sind, werden sie durch Ignoranz, Blicke, Beschimpfungen, Witze, etc. ausgegrenzt. Eine Betroffene berichtete von ihren alltäglichen Erfahrungen:

„Auf der Straße, wenn du Hand in Hand mit deiner Freundin läufst, die Blicke, die sich darauf richten, und wenn du deine Freundin küsst, die Blicke, die da sind. Diese Art von Aggression, die man als Lesbe auf der Straße erlebt, in der U- Bahn oder weiß ich nicht wo.“

Ein Betriebsratsmitglied erzählte:

„Wir haben bekannte homosexuelle Kollegen bei uns im Betrieb. Alle wissen, dass sie homosexuell sind. Über die werden natürlich Witze gerissen. Das kriegt man ab und zu zu hören.“

Die Vorurteile gegenüber Homosexuellen sind vielfältig und basieren meist auf Unkenntnis und Ignoranz sowie der Überzeugung einer sexuellen Normierung. Homophobe Personen oder Jugendliche argumentieren oft auf der Grundlage einer vermeintlich religiösen Ethik - Homosexualität sei „nicht Gott gewollt“ und biologistisch argumentiert „widernatürlich“. Im Vorurteils-Repertoire von Jugendlichen kommen meistens schwule Männer vor, kaum lesbische Frauen. Das bestätigte der Leiter einer Weddinger Jugendeinrichtung: „Homosexualität unter den Jugendlichen [] man kennt keinen. Ansonsten besteht da vor allem Ekel, das gibt es nicht, so etwas ist nicht Gott gewollt, das wird häufig ins Spiel gebracht. Es hat keinen Sinn, weil es finden keine Geburten statt, von daher ist es widernatürlich. Es gibt wohl Schwule, ein Teil ist schwul, na und, das kommt immer wieder. Lesbische Frauen gibt es gar nicht.“

Auch Kinder äußern bereits homophobe Einstellungen. Das sei unabhängig ihrer religiösen und/oder nationalen Herkunft, beobachtete eine Weddinger Sozialpädagogin: „Das negative Vorurteil gegen Schwule geht durch alle Nationen, auch bei Kindern hier, das ist ganz deutlich auch bei den Kindern da. [] Das ist auf jeden Fall die Form von Diskriminierung, die am deutlichsten ist hier unter den Kindern. Und dann natürlich bei den Pubertierenden stärker, weil einfach Sexualität da mehr ein Thema ist als bei den Kleinen. Aber die Kleinen, wenn die das mitkriegen, die sind auch sofort dabei. [] Es gibt da eine ganz witzige Kinderzeitung, die wir letztes Jahr gemacht haben zum Thema Abschied. Und die Kinder haben über die verschiedensten Formen von Abschied gesprochen. [] Und einen Artikel fand ich so bemerkenswert, weil, da hat ein Junge seine Phantasiegeschichte geschrieben, und er hat mehrere Abschiedsformen in dieser Phantasiegeschichte festgehalten. Und ein Abschied war: sein Bruder wurde schwul und hat Abschied genommen von den ‚Normalen‘. Und es kommt dann der Satz: ‚Was hätte aus ihm werden können, wenn er nicht schwul geworden wäre?‘ Das sagt so alles, was die dazu denken. Jemand, der schwul ist, der hat dann so völlig vergeigt.“

Auf Grund solcher Vorurteile und Diskriminierungspraxen haben Homosexuelle Bedenken, sich zu „outen“, dass heißt sich als Homosexuelle zu erkennen zu geben. Ob in der Familie, im Freundeskreis oder auf der Arbeitsstelle – die Angst vor Ablehnung und Diskriminierung ist sehr präsent. Die GesprächspartnerInnen haben besonders von der Schwierigkeit des „Outings“ in einer hetero-normativen Umgebung, wie zum Beispiel der Schule, berichtet. Die Sozialpädagogin einer Schule im Stadtteil Mitte erzählte:

„Meine Erfahrungen sind, dass sich Homosexuelle oft nicht outen, solange sie an der Schule sind. [] Meine Erfahrungen sind, dass die halt das machen, wenn sie die Schule verlassen haben. Also, ich habe noch mit mehreren ehemaligen Schülern Kontakt, die aus der homosexuellen Szene sind, und die alle gesagt haben, sie haben sich frühestens mit 18 Jahren geoutet, also zumindest als die Schulzeit vorbei war. Wir hatten vor zwei Jahren Schüler, die haben sich sozusagen während ihrer Schulzeit dazu bekannt. Die wurden aber nicht unter Druck gesetzt.“

Die Leiterin einer Lesben-Beratungsstelle hat aufgrund ihrer Arbeit einen Überblick auch über den Schulbereich, den sie folgendermaßen beschrieb:

„Wenn du jetzt zum Beispiel in den Schulen guckst, wie die Schüler oder die Schülerinnen mit homosexuellen Mitschülerinnen, Mitschülern umgehen, oder auch Lehrerinnen und Lehrer, Schulpersonal. Ich kenne Lehrerinnen, die sich noch nicht geoutet haben, dass sie

lesbisch sind. Und nicht, weil da ein Fascho an der Schule ist. Da ist einfach diese Atmosphäre, Ablehnung von Homosexualität und Reduzierung auf Sex im Bett mit einer Frau oder so und der Vorstellung, oh, was passiert, wie macht sie das und insgesamt die Atmosphäre von Ablehnung.“

10.3. Verbale Anfeindungen und „schwul“ als Schimpfwort

Die verbale Ausgrenzung und Diskriminierung von Lesben und Schwulen ist massiv. Immer wieder tauchte in den Berichten im Jugendbereich die Verwendung von „schwul“ als Schimpfwort auf. Auch wenn Homosexuelle nicht anwesend sind oder nicht wahrgenommen werden, steht das Schimpfwort „schwul“ als negative Konnotation für anders, fremd, „abartig“, „widernatürlich“, etc. Mit ähnlicher Bedeutung werde auch das Schimpfwort „lesbisch“ gebraucht. Das bestätigte eine Sozialpädagogin aus Wedding: „Ja klar, die gibt es, auf jeden Fall, die gibt es. Die sind durchgängig durch alle Nationen, ganz tief verwurzelt, stärker bei den Jungen vorhanden als bei den Mädchen in der verbalen Äußerung. Aber ich denke in der Grundhaltung sind sie gleich stark, nur die Jungen reden offen darüber. Und das ist eindeutig nach wie vor negativ besetzt, das wird auch als Schimpfwort ab und zu genommen: ‚Schwuchtel‘ oder - was weiß ich - solche Geschichten. Natürlich auch ‚Lesbe‘, aber weniger, Frauen sind weniger ein Thema. In der Regel wird Homosexualität männlich hier - wenn - angesprochen oder behandelt - und eigentlich immer wieder negativ besetzt.“

Auch der Geschäftsführer einer interkulturellen Jugendeinrichtung im Weddinger Norden hört die Schimpfworte häufig in seiner Einrichtung:

„Also, ‚du schwuler Idiot‘, oder ‚du schwuler Arsch‘, ‚du bist ja schwul‘, das hört man immer wieder bei männlichen Jugendlichen.“

In einem Weddinger Projekt für Mädchen mit Migrationshintergrund wurde uns folgendes berichtet:

„Ich nehme schon an, dass bezogen auf Homosexualität Vorbehalte da sind. Das ist nicht ‚normal‘ in der Regel. Es fungiert auch als Schimpfwort. Wenn Mädchen sich mögen, heißt es auch gleich ‚die zwei Lesben‘. Oder ‚ich bin doch nicht lesbisch‘ usw.“

Jugendliche GesprächspartnerInnen wollten diesen homophoben Sprachgebrauch aber eher als eine Form der „Alltagssprache“ verstanden wissen:

„Also, wenn sich unsere Jungs gegenseitig anmachen und anpöbeln – dann: ‚lih, bist Du schwul oder was?‘ Aber, ich weiß nicht, ob das wirklich ernst gemeint ist. Das ist genauso, wenn jemand sagt: ‚Fotze‘ oder so, das ist dann auch Alltagssprache. Es ist dann niemand damit böse gemeint.“

10.3. Homosexuelle MigrantInnen und „migrantische Homophobie“

Homosexuelle mit Migrationshintergrund erfahren neben der Diskriminierung als MigrantInnen eine mehrdimensionale Diskriminierung und homophobe Gewalt aufgrund ihrer Lebensweise. Lesbische Migrantinnen werden darüber hinaus zusätzlich als Frau diskriminiert. MigrantInnen erleben Homosexualität oft in der Familie und in Freundschaften als tabuisiertes und nicht akzeptiertes Phänomen. Davon berichtete eine lesbische Migrantin:

„Homophobie ist in der Gesamtgesellschaft, in der deutschen Gesellschaft wie auch in der MigrantInnen-Gesellschaft, einfach eine alltägliche Erfahrung. [] Wir haben einmal hier eine Veranstaltung gehabt, da waren mehrere lesbische Migrantinnen und schwarze Lesben, und wir haben sie nach ihren rassistischen Erfahrungen, aber auch homophoben Erfahrungen gefragt. Alle waren auf der Seite, wo sie gesagt haben, wir haben in diesem Bereich Diskriminierung oder auch Ablehnung erlebt. Auf der Straße, in der Gesellschaft, in der Familie war ein wichtiger Teil auf der Seite, dass man in der Familie abgelehnt worden ist.“

Dass kennen wir auch bei deutschen Frauen und Familien, deutschen Lesben. Und bei den Migrantinnen hat die Familie auch eine große Bedeutung. Das heißt, dass diese Erfahrung und Ablehnung das ist, was wir und sie hier jeden Tag natürlich erleben.“

In ihrer Herkunftsfamilie werden MigrantInnen oft zwangsverheiratet oder psychiatrisiert. Gewalt und Diskriminierung kann für Homosexuelle in manchen Herkunftsländern lebensbedrohlich sein, auch deshalb entscheiden sich Lesben und Schwule für die Migration. Ein Flüchtlingsberater beschrieb die besondere Diskriminierung homosexueller Flüchtlinge: „In meiner langen Beratungstätigkeit habe ich beobachten können, dass auch viele Flüchtlinge selber auch ein homosexuelles Schicksal haben, und dass sie dann, wenn es ernst wird, Hilfe in Anspruch nehmen. Für sie ist es dann eine mehrfache Diskriminierung, weil sie ja nicht nur als Flüchtlinge, sondern auch im Rahmen ihrer eigenen Gruppe dann ausgestoßen sind. Das ist ein schweres Los, dann fällt es ihnen ja doppelt schwer, sich zu outen.“

Die Ablehnung und die Tabuisierung von Homosexualität sind innerhalb muslimischer Communities stark verbreitet. Für Aufsehen sorgte ein Interview, dass der Islamwissenschaftler Ralph Ghadban zum Thema Homosexualität und Islam der tageszeitung „taz“ im September 2003 gab. Ghadban beschrieb darin die Radikalisierung der Haltung gegenüber homosexuellen Lebensweisen weniger als Phänomen des Islam als vielmehr des Islamismus. Hinrichtungen Homosexueller geschehe „in Ländern, in denen die Islamisten regieren. In Saudi-Arabien und im Iran wurden in den letzten Jahrzehnten so viele Homosexuelle hingerichtet wie zuvor in der gesamten islamischen Geschichte nicht. Die Islamisten versuchen, eine Art von Islam zu etablieren, der eigentlich in dieser Rigidität so nie existiert hat“. Diese Strömungen versuchen, die Moral gänzlich auf die Scharia, das islamische Recht, zu reduzieren, sie einfach wortwörtlich zu nehmen. „Die Scharia fordert den Tod der Homosexuellen, aber das wurde in der muslimischen Welt zuvor gar nicht angewandt“, erklärte Ghadban. Wo die Islamisten das Sagen haben, herrsche eine totale Ablehnung und Verurteilung der Homosexualität. So komme es auch in Europa zu Hetzpredigten gegen Schwule in den Moscheen.³⁹⁶

In den oft traditionell geprägten Familien, besonders wenn diese unter dem beschriebenen islamistischen Einfluss stehen, erleben homosexuelle MigrantInnen oft eine Ablehnung ihrer Lebensweise. Viele führen deshalb ein Doppelleben und verbergen ihre sexuelle Orientierung. Das sogenannte „Coming-Out“ kann den Bruch mit der Familie, aber auch mit der Herkunftskultur bedeuten. Ein homosexueller Migrant aus der Türkei erzählte: „Es gibt sehr viele Leute, die ihren Eltern sagen, dass sie lesbisch sind, oder schwul, oder bisexuell oder transsexuell, oder dass sie zwar im Männerkörper bleiben wollen, aber gerne Frauenkleider tragen oder im besten Sinne queere Leute, die ihren Familien sagen, ich bin so. Und die Familien reagieren total bestürzt. Das ist nicht so, wie in meinem Beispiel, wo meine Familie total locker reagiert hat, das ist nicht repräsentativ. Aber so, wie es bei christlichen Familien ist, ist auch bei muslimischen Familien das Argument, ach übrigens, die Religion ist auch dagegen, das würde an sechster, siebter, zehnter Stelle kommen. Niemand sagt, was Du machst ist Sünde bzw. sie sagen es sehr spät. Zunächst erst einmal sagen sie, was sollen die Nachbarn denken, was soll dein Vater denken, was soll deine Mutter denken, was werden deine Großeltern dazu sagen. Das sind die Probleme, die Menschen, und das sind auch tatsächlich die Probleme, die homosexuelle Menschen haben. Sich selber erst einmal einzugestehen, ich bin so, dann sich der Familie mitzuteilen, dann sich dem sozialen Netzwerk, was bei den migrantischen Leuten sehr wichtig ist, weil sie quasi in ihrem Dorf weiterleben, das aus Anatolien hergezogen ist, das sind die Probleme.“

Eine lesbische Migrantin beschreibt diesen Druck am Beispiel der „arabischen“ Community:

³⁹⁶ Adrienne Woltersdorf: „Es gibt keine Ethik im Islam - Interview mit dem Islamwissenschaftler Ralph Ghadban“, taz Berlin lokal, 2.9.2003.

„Wir haben in Berlin, als Beispiel nur, eine arabische Lesbe gefunden, die überhaupt als Lesbe bekannt ist. Wir kennen niemand anderen. Und das heißt für uns überhaupt nicht, dass nur eine arabische Lesbe in Berlin wohnt. Aber der Druck ist so hoch, sich zu outen, dass viele das nicht machen. Das ist so tabuisiert in der arabischen Community, dass viele Lesben und Frauen sich nicht outen.“

In der letzten Zeit gab es in lesbisch-schwulen Zusammenhängen in Berlin eine Auseinandersetzung über die Auffassung, dass junge Migranten aus der Türkei oder arabischen Ländern besonders homophob seien und vermehrt Homosexuelle beschimpfen und angreifen würden. Gegen eine „Ethnisierung“ homophober Diskriminierung und Gewalt wehrten sich vor allem migrantische GesprächspartnerInnen, die selbst lesbisch oder homosexuell sind. So erklärte ein homosexueller Migrant:

„Ich glaube, wenn man als Ansatz für eine Problemlösung davon ausgeht, dass Probleme auf Grund ethnischer Zugehörigkeit entstehen, dann führt das in die falsche Richtung. Weil es dann wieder so ist, dass Leute in die Ecke gestellt werden.“

Eine lesbische Migrantin kritisierte die undifferenzierte und dadurch rassistische Argumentation deutscher Homosexueller in der Diskussion über homophobe Gewalt:

„Sie bringen undifferenziert das Thema nach außen, dass die Türken die Angreifer sind. Die schwulen Deutschen sind die Opfer, und man muss da etwas verändern. Sie bringen ein Bild nach außen, was rassistisch und nicht differenziert ist. Die Ursache davon, dass einige türkische Jugendliche sie angreifen oder auch uns angreifen oder uns beschimpfen, wird auf einfache patriarchale Strukturen und Männerdominanz usw. reduziert oder eingeschränkt. Die Forderung z. B., dass der Staat mehr Gelder in diesen Bereich für Aufklärungsarbeit, für Sensibilisierungsarbeit steckt und Migrantinnen-Organisationen unterstützt, dass sich in dieser Richtung etwas ändert, das ist aber kein Thema. Immer nur, wir sind Opfer, wir brauchen Geld, um uns zu unterstützen, und wir können diesen Jugendlichen beibringen, den jungen türkischen Schwulen beibringen, wie sie sich mit der Community auseinandersetzen. Wir bringen ihnen bei, wie sie das machen, und sie sind eingeschüchtert in dieser Community usw. Einfach Bilder, die nach außen hin gar nicht stimmen oder teilweise stimmen, und ständig bestätigen sie die rassistischen Bilder, die die Deutschen haben. Die deutschen Opfer, die türkischen Täter.“

Den fehlenden Ansatz, gemeinsam eine Lösung zur Thematisierung homophober Gewalt und Diskriminierung zu suchen, kritisierte auch der homosexuelle Gesprächspartner mit dem Migrationshintergrund Türkei:

„Diese Menschen, über die wir reden, sind Migranten. Ob sie in dieser Eigenschaft homophob sind, finde ich, steht echt zur Debatte. [] Das ist nicht der Weg, indem man über die Ethno-Schiene versucht, Gegensätze herzustellen, die faktisch nicht notwendig sind. Man kann das machen, aber dann ist der Aussagegehalt: Ich möchte bestimmte Konflikte ethnisieren und mich interessiert gar nicht die Lösung und die Gemeinsamkeiten, die der Weg zur Lösung wären, sondern mich interessiert erst einmal, die Probleme abzutrennen und auf die Minderheiten abzuschieben und damit meine eigene Identität zu legitimieren und ein starkes Wir-Gefühl zu haben. Weil die deutschen schwulen Männer, die sagen, diese Gesellschaft ist Scheiße, weil sie heterosexistisch ist und Reproduktionszwang hat, aber die gibt's nicht mehr. Und das ist sehr schade, finde ich, weil das wäre der richtige Weg.“

Auch in den Medien wurde von einem Anstieg homophober Gewalt durch junge Migranten aus der Türkei oder arabischen Ländern berichtet. Anfang November 2003 zitierte die tageszeitung „taz“ eine Statistik von „Maneo – das schwule Überfalltelefon und Opferhilfe“. Danach wurden von den für 2003 von Maneo bereits registrierten anti-schwulen Gewalttaten 39% von „jungen Männern verübt, die im weitesten Sinne dem muslimischen Kulturkreis zuzurechnen sind“.³⁹⁷ Der Artikel weist aber auch darauf hin, dass viele Opfer gar nicht in der Lage sind, genau zu bestimmen, ob ein „Täter aus dem arabischen, türkischen oder bosnischen Raum kommt“. Da viele Täter nicht gefasst werden, ist ihr tatsächlicher

³⁹⁷ die tageszeitung: „Was guckst du? Bist du schwul?“, 8.11.2003

Hintergrund nicht eindeutig feststellbar, so dass es sich bei der Täterbeschreibung meist um die subjektive Wahrnehmung der Opfer handelt.

Dennoch berichteten auch einige GesprächspartnerInnen, dass sich Jugendliche mit türkischem oder arabischem Migrationshintergrund Homosexuellen gegenüber besonders ablehnend verhalten. Ein Jugendsozialarbeiter aus Tiergarten äußerte seine Verwunderung darüber, dass sich diese Jugendlichen überhaupt mit Schwulen abgeben und als Opfergruppe anvisieren:

„Also, mich hat’s überhaupt gewundert, weil eigentlich vom Klischee, ich glaube es sind überwiegend Araber. Da würde man ja denken, Moment mal, mit Schwulen wollen die überhaupt nichts zu tun haben. Weil, du musst dich zumindest in ein Schwulenlokal begeben, du musst erst mal einen Kontakt herstellen, dass du meinetwegen auch in die Wohnung reinkommst, die dann bedrohen kannst und die Sachen rausnehmen kannst.“

Seine Kollegin bestätigte die Aussage und macht zugleich die Motivation der Jugendlichen deutlich:

„Die haben eine tiefe Ablehnung gegenüber Schwulen und Lesben, aber das war wirklich eine Quelle, um Geld zu machen. Und sie haben auch tolle Sachen versprochen gekriegt. Das war natürlich auch ein Reiz.“

Auch ein Erzieher, der im Bereich Soldiner Kiez in der interkulturellen Jugendarbeit tätig ist, beschrieb eine starke homophobe Einstellung bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund Türkei oder arabische Länder:

„Die [Schwulen] werden hier im Kiez keine Chance haben. Die werden überhaupt nicht akzeptiert, es ist leider so. [] Es sind eigentlich keine Gründe da. Sie werden nicht akzeptiert. [] Das ist auch in der Türkei so, in arabischen Ländern genauso. Da werden sie nicht akzeptiert, auch hier nicht, denke ich. Ich weiß nicht, ob ihnen das in Moscheen erklärt wird, aber die werden nicht akzeptiert.“

Er ist der Meinung, dass ein homosexuelles Paar zwar nicht direkt angegriffen würde, doch beschreibt er die Jugendeinrichtung, in der er tätig ist, und den Wedding Kiez als regelrechte No-go-Area³⁹⁸ für Homosexuelle:

„Hier im Kiez auf der Straße glaube ich, da kann nicht viel passieren. Die werden bestimmt irgendwie angemacht, denke ich, auch hier in der Einrichtung würde denen nichts passieren, handgreiflich würde nichts passieren, aber die würden bestimmt angemacht. Die werden bestimmt von denen fertig gemacht, dass sie dann nicht mehr hierher kommen.“

Ein Gesprächspartner, der beruflich mit der Thematik insgesamt vertraut ist, weiß, dass Übergriffe auch von Jugendlichen mit Migrationshintergrund ausgehen:

„Im Wedding haben wir vor allem immer wieder Übergriffe auf der Straße von Jugendlichen, die dort auch wohnen, mit nichtdeutscher Herkunft. In dem Moment, wo Schwule erkennbar sind als schwule Männer, laufen sie Gefahr, da auch angegriffen zu werden.“

Gleichzeitig gibt er zu bedenken, dass hier auch andere Faktoren zu berücksichtigen sind. Um überhaupt brauchbare Aussagen über Tätergruppen treffen zu können, müssten auch Gelegenheitsstrukturen, wie der Tatort und die dortige Bevölkerungsstruktur, mit berücksichtigt werden:

„Es ist etwa Hälfte – Hälfte: Täter deutscher Herkunft und Täter mit Migrationshintergrund. Das heißt relativ gesehen auffallend viele mit Migrationshintergrund. Aber dabei ist sicher auch dann immer die Bevölkerungsstruktur zu berücksichtigen. Wenn man davon ausgeht, dass die Täter auch wirklich vor Ort wohnen, ob sie auch daher kommen. Dann ist das auch nicht verwunderlich, weil Wedding einen sehr hohen Ausländeranteil hat, oder Tiergarten. Und dann erscheinen 50% junge Männer verteilt auf die Population nicht mehr sehr viel. Dann entspricht das in etwa dem Bevölkerungsdurchschnitt dort. Das müssen wir im Auge

³⁹⁸ Gebiete, die Menschen meiden bzw. in denen sie, wenn möglich, sich in Verhalten und Outfit der Mehrheit anpassen aus Angst vor Übergriffen

behalten. Also, es wäre gefährlich, dass auf ganz Berlin zu übertragen und zu meinen, das ist überall so.“

Es besteht auf diesem Gebiet also noch erheblicher Forschungsbedarf. Ebenfalls darf nicht unterschlagen werden, dass auch die Zahl der Opfer mit Migrationshintergrund ansteigt, wie ein Experte berichtete:

„Jetzt muss ich da so einen Durchschnitt bilden, dann würde ich sagen, dass wir einen wachsenden Anteil von Betroffenen haben, die nichtdeutscher Herkunft sind. Und der liegt bei etwa jetzt 20%, die sich an Opferstellen für Homosexuelle wenden. Da findet ja auch eine Veränderung statt, dass immer mehr Personen kommen, die nichtdeutscher Herkunft sind.“

10.4. Überfälle und Gewalt

In unseren Gesprächen wurde auch von homophoben Übergriffen im Untersuchungsraum berichtet. Überall dort, wo Lesben und Schwule sich offen zu ihrer Lebensweise bekennen, laufen sie Gefahr, Opfer von Anfeindungen oder Übergriffen zu werden. Häufig handelt es sich dabei um Raubdelikte, bei denen homosexuelle Männer gezielt als Opfer gesucht werden, da sie als „leichte Beute“ gelten. Ein Gesprächspartner, der aus beruflichen Gründen Einblick in die Thematik hat, berichtete von Gewaltverbrechen und Raubüberfällen im sogenannten ‚Cruising-Gebiet‘ Tiergarten:

„Wir haben regelmäßig Überfälle auf schwule Männer im Tiergarten, durch das ganze Jahr regelmäßig, ab und zu im Sommer kommt es dann auch zu massiven Häufungen schwerer Gewaltverbrechen. Das hängt damit zusammen, dass dieses Cruising-Gebiet an der Siegessäule, Löwenbrücke, Holzbrücke, sehr leicht über den Zoo erreichbar ist und sich dort noch einmal eine ganz andere Szene trifft. Am Zoo trifft sich Strich, aber auch Drogen, Drogenhandel. Von dort aus kommen oft Täter ins Cruising-Areal eingesickert und suchen dann Schwule als leichte Beute, überfallen sie, um an Geld ranzukommen. [] Wir haben in diesem Jahr auch ein Tötungsverbrechen im Tiergarten zu verzeichnen, das liegt dann aber eher so Richtung Schleusenbrücke, da ist ja so die Grenze zum Zoo. Da ist ein Mann im Gebüsch, ein schwuler Mann, erschlagen worden. Die Täter sind noch nicht ermittelt. Jetzt, vor wenigen Tagen, hatten wir auch erst wieder ein fürchterliches Gewaltverbrechen. Da ist ein schwuler Mann mit einer Drahtschlinge gewürgt und ausgeraubt worden.“

Auch Kleiner Tiergarten, Alexanderplatz und Wedding werden explizit benannt als Bereiche, in denen es immer wieder zu Übergriffen auf Homosexuelle kommt. Oft verschaffen sich die Täter zunächst das Vertrauen der Männer und überfallen sie dann in der Wohnung oder auf dem Weg dorthin. Manchmal werden sogar Betäubungsmittel eingesetzt, um die Opfer wehrlos zu machen, wie der bereits zitierte Gesprächspartner berichtete:

„Es gab, das ist aber schon wieder längere Zeit her, hin und wieder auch Überfälle im Kleinen Tiergarten. [] Wenn ich nach Mitte gucke, da haben wir den Alexanderplatz, der auch ein beliebter Treffpunkt ist [] Gerade am Alexanderplatz war ein Lokal, was Ausgangspunkt für zahlreiche Gewaltverbrechen an schwulen Männern war, die dann Opfer von K.O.-Tropfen-Straftaten geworden sind. Man hat ihnen etwas ins Getränk getan, dann waren sie nicht mehr bei Sinnen, sind nach Hause gegangen, haben die Täter mitgenommen, sind dann dort ausgeraubt worden in der Wohnung oder auch schon vorher, sind sie zur Bank gegangen, haben das aber auch selber nicht mehr mitgekriegt, haben Geld abgehoben mit ihrer Bankkarte, die Täter haben über die Schulter geschaut und haben die Geheimnummer mitgekriegt. Dann haben sie denen die Scheckkarte geklaut, dann sind sie ein paar Minuten später noch einmal zu einer anderen Bank und haben sich noch einmal 1.000 Euro abgeholt oder größere Summen. Es gibt auch einen weiteren Szene-Ort in Mitte, ein Lokal. Da waren in der Vergangenheit auch öfters Jugendliche aufgezogen und haben da ein bisschen Randalie gemacht, haben aber auch Leute überfallen, haben Leute angegriffen. Es gab jetzt einen schweren Überfall am Rosenthaler Platz, das ist ja auch Mitte. Drei junge Männer sind da überfallen worden auf der Straße. Solche Fälle gibt es immer wieder, wenn Schwule das Lokal verlassen, weil sie entweder entsprechend angezogen sind, dann stehen da in der

Nähe Täter, denen das nicht gefällt, und es halten sich auch manchmal Täter auf, die warten, dass jemand rauskommt und gucken, ist der betrunken, und überfallen ihn dann. [] In Wedding gab es auch immer wieder Vorfälle zu verzeichnen, die bisher an Öffentlichen Toiletten stattgefunden haben. Osloer Straße war ein bekannter Treffpunkt. Ich habe jetzt lange Zeit nichts mehr davon gehört, aber da waren auch immer wieder viele Überfälle, da gab es auch Sexshops, wo schwule Männer sich getroffen haben, und wo es immer wieder zu Übergriffen gekommen ist, auch auf der Straße zu Belästigungen gekommen war, auf der öffentlichen Straße. Die da mit ihrem Freund lang gelaufen sind, wurden verbal angegriffen oder körperlich traktiert.“

Eine Jugendsozialarbeiterin aus Tierarten berichtete ebenfalls, dass schwule Männer gezielt als Opfer ausgewählt werden:

„Was wir auch hatten, waren Jugendliche, die gezielt in die Schwulenszene gingen, um Schwule irgendwie abzuziehen. Es gab einfach einen Tipp: ‚Schwule abziehen, die wehren sich nicht‘. [] Da gab es schon ziemlich böse Übergriffe.“

Die meist jugendlichen Täter sehen in den Raubüberfällen eine sichere Quelle, um Geld zu machen. Ihre homophoben Einstellungen sind aber der Ausgangspunkt. Das bestätigte die Jugendsozialarbeiterin aus Tiergarten:

„Die haben eine tiefe Ablehnung gegenüber Schwulen und Lesben, aber das war wirklich eine Quelle, um Geld zu machen.“

Ein Gesprächspartner, der nicht die Perspektive der Täter wohl aber die der Opfer sehr gut kennt, bezeichnete die homophoben Einstellungsmuster der Jugendlichen eindeutig als Ursache dieser Gewalt:

„Wenn sie hinter Geld her sind, dann können sie das tatsächlich ja auch woanders machen. Warum suchen sie sich dann gerade diese Orte aus und warum ausgerechnet diesen Personenkreis. Die Täter wissen das auch, wen sie da überfallen, sie wissen auch, ob das schwule Männer sind, sie wissen auch, wenn man sich in einer bestimmten Weise ihnen gegenüber verhält, ihnen begegnet, dass man an sie sehr leicht rankommt. Sie sind auch auf diesem Gebiet spezialisiert. Da stellt sich dann eher auch die Frage, warum betrachten sie schwule Männer als leichte Beute, was steckt da für eine Motivation dahinter. Da wollen wir sehr wohl auch viele, viele Fragezeichen setzen und gucken, ob das nicht auch eine schwulenfeindliche Motivation begründet, diese Gewaltverbrechen.“

Viele Opfer scheinen den Kontakt zur Polizei zu meiden. 2002 waren 1/3 der betroffenen Männer, die sich an „Maneo – das schwule Überfalltelefon und Opferhilfe“ gewandt hatten, entweder unsicher, ob sie Kontakt zur Polizei aufnehmen sollten, oder sie lehnten den Kontakt ganz ab.³⁹⁹ So erklärt sich auch die Differenz in den verschiedenen Statistiken. Maneo registrierte für 2002 immerhin 163 antischwule Gewaltdelikte, bei der Polizei waren es 82 Fälle.⁴⁰⁰ Obwohl für 2003 noch keine konkreten Zahlen vorliegen, ist im Vergleich zum Vorjahr von einem Anstieg antischwuler Gewaltdelikte auszugehen. Die 163 Gewaltverbrechen, die Maneo für 2002 verzeichnete, waren 2003 bereits vor Jahresende überschritten.⁴⁰¹ Die Dunkelziffer wird noch um ein Vielfaches höher geschätzt.

Ein Gesprächspartner, der sich im Bezirk engagiert, schilderte das Problem bei der Erfassung und Einordnung homophober Straftaten:

„Oftmals wird von der Polizei eine Raubstraf Tat als eine Raubstraf Tat gesehen, die jedem anderen auch hätte passieren können, da wird nicht unterschieden.“

An diesen Beispielen wird die Notwendigkeit und Bedeutung niedrigschwelliger Anlaufstellen für Opfer, wie z. B. Maneo, sehr deutlich. Darüber hinaus sind derartige Opferberatungsstellen in der Lage, Straftaten als homophob motiviert zu erkennen und

³⁹⁹ Bastian Finke: „SÜB-Bericht 2003 – Auszüge“, Berlin 2003

⁴⁰⁰ die tageszeitung: „Fakten und Vermutungen“, 28.10.03

⁴⁰¹ die tageszeitung: „Was guckst du? Bist du schwul?“, 8.11.2003

einzuordnen. Dadurch ist es ihnen möglich, das tatsächliche Ausmaß festzustellen und den Handlungsbedarf im Interesse der Opfer zu formulieren.

Neben den beschriebenen Raubdelikten, bei denen die Täter die vermeintliche Wehrlosigkeit schwuler Männer ausnutzen, wurde auch von Hass-Angriffen auf Homosexuelle berichtet. Ein Gesprächspartner kannte Vorfälle, bei denen Täter auch aus anderen Stadtbezirken kamen, um „Schwule zu klatschen“:

„Und hin und wieder tauchen dort auch Gestalten auf, die - wir würden sagen - ‚ihr Müdchen kühlen wollen‘. Das sind dann durchaus auch Personen, die von weiter her angefahren kommen, um Schwule zu klatschen. Das passiert dort auch mit aller Regelmäßigkeit. [] Es gab - das ist schon einige Jahre her - im Tiergarten einen sehr brutalen Angriff, da hat ein Täter einfach zugestochen. Der war mit einer Clique unterwegs, da war überhaupt kein Raubinteresse. Das meine ich mit ‚Müdchen kühlen‘, einfach mehrmals zugestochen. Wir haben auch rechte Täter im Tiergarten gehabt. Das war aber auch nur eine Aktion, ganz kurios. Die sind dann plötzlich mit Baseballschlägern aufgetaucht. Das ist auch einige Jahre jetzt her, nicht mehr in den letzten ein bis zwei Jahren. Die sich dort aufgehalten haben, haben sich in Sicherheit gebracht. [] Das zeigt uns, dass so eine Aktion wieder mal passieren kann.“

Nicht immer kommen die Täter aus entfernteren Gegenden zum so genannten „Schwulen klatschen“. Das Wissen darum, dass jemand schwul ist, reicht manchem scheinbar als Grund aus um zuzuschlagen:

„Im Tiergarten haben wir Überfälle gehabt auch von Tätern, die in der Gegend gewohnt haben. Die kamen da so aus dem Bereich S-Bahnhof Tiergarten, aus diesem Areal, das sich an der S-Bahn entlang streckt hin zur Bachstraße. Da gab es vereinzelte Vorfälle in der Nachbarschaft, wo Täter auch schwule Männer belästigt haben, und die Täter kamen aus der Nachbarschaft.“

Der Vertrauenslehrer einer Berufsschule in Moabit berichtete von einem jungen Migranten, dem die Nase zertrümmert wurde, weil er sich als homosexuell outete:

„Wir hatten einen Schüler, der sich zu seiner Homosexualität bekannte. Die Klasse selber hat natürlich darüber Witze gemacht, so Standardsprüche halt. Wir haben das in der Klasse auch thematisiert, zumal es zu dieser Anzeige gekommen ist. Ich muss dazu sagen, der junge Mann ist Türke. Ein paar Türken kamen mit Stolz und Nationalismus und so: ‚Du bist eine Schande für die Türkei!‘ Dann wurde ihm die Nase zertrümmert.“

Auch eine Lehrerin, die in Wedding wohnt, hat die Erfahrung gemacht, dass Witze über Homosexualität oft nur die Vorstufe aggressiver Einstellungen von Jugendlichen sind:

„Ich persönlich kenne keinen Schwulen, der im Wedding wohnt. Gibt es wahrscheinlich. Es ist aber auch logisch, wenn man Mitglied einer solchen - wie auch immer man sie bezeichnet - Randgruppe ist, da versucht man schon, Konflikten aus dem Wege zu gehen. Ich habe die Erfahrung auch gemacht, wenn das Thema Schwule irgendwo war im Wedding – entweder haben sie sich halb totgelacht darüber, oder sie haben gesagt: ‚Die müssten erhängt werden, das ist unnormal‘.“

Ein Gesprächspartner, der beruflich mit dem Thema vertraut ist, verdeutlichte das sich bereits abzeichnende Bild einer sehr heterogenen Tätergruppe:

„Wir haben keine Personengruppe, die gezielt in diesen Bezirken Schwule klatscht, die gezielt hinter Schwulen her ist, keine Gangs, keine organisierten Gruppen. Ich denke, das wüssten wir. Ich will nie etwas ausschließen, aber das wäre uns schon bekannt geworden.“

Bei den Tätern handelt es sich häufig um männliche Jugendliche und Heranwachsende. Das ist der kleinste gemeinsame Nenner, den die Täter aufweisen. Homophobie zieht sich aber durch die gesamte Bevölkerung, auch wenn sie gerade unter Jugendlichen stark verbreitet ist. Wann und wo sich homophobe Haltungen in Form von aggressiven Übergriffen manifestieren, ist oft nur eine Frage der Zeit und der Gelegenheit:

„Es gibt, und das sind oft Ausgangspunkte, Treffpunkte von jungen Menschen, Jugendzentren, Nachbarschaftsheime oder einfach nur lose Zusammenhänge auf der Straße, die sich da regelmäßig treffen, wo wir über Sozialarbeiter oder Personen, die sich mit diesen jungen Menschen beschäftigen, mitkriegen, dass, auch wenn keine gezielten operativen Aktionen gegen Schwule vorgehen, dass eine sehr starke Schwulenfeindlichkeit in diesen Cliquen vorhanden ist. Eine massive Ablehnung, eine sehr hohe Aggressivität, wo immer die Frage ist, wo schlägt sie in Gewalt um, wann schlägt sie in Gewalt um, das ist nicht vorherzusagen.“

So kommt es auch immer wieder zu Übergriffen an belebten Orten oder in öffentlichen Verkehrsmitteln. Wie ein Gesprächspartner berichtete, sind die Übergriffe oft spontan aus der Situation heraus motiviert. Lesben und Schwule laufen überall dort Gefahr Opfer zu werden, wo sie sich als homosexuell zu erkennen geben:

„Wir haben aber auch schon Angriffe auf dem Ku'damm gehabt, das ist also keine Gewähr, [] oder im Bus angegriffen, im öffentlichen Verkehrsmittel. Von daher ist keine einheitliche Personengruppe auszumachen, die gezielt gegen Schwule vorgeht, sondern das sind oftmals spontane Angriffe aus der Situation heraus, weil in dem Moment zwei Schwule da gerade auftreten, werden sie angegriffen.“

Die Aussagen der Gesprächspartner machen deutlich, dass Homosexuelle im Bezirk Mitte durchaus Einschränkungen in ihrer Lebensqualität und Bewegungsfreiheit ausgesetzt sind. Auch existieren Bereiche, die man als No-go-Areas beschreiben kann. Das Gefühl, jederzeit Opfer von Anfeindungen, Überfällen und Übergriffen werden zu können, die Ungewissheit, von wem die Bedrohung ausgeht und die daraus resultierende Angst davor, dass jemand die sexuelle Orientierung erraten könnte, kann dazu führen, dass Betroffene sich dem diskriminierenden Druck unterwerfen und ihre sexuelle Orientierung geheim halten. Dass das zu Verhaltensänderungen bei Homosexuellen führt, hat ein Gesprächspartner beobachtet: „Deswegen hat sich interessanter Weise das Verhalten auch so verändert, dass schwule Männer mittlerweile genau wissen, wo Gefahr ausgeht und sich dort eben nicht mehr öffentlich zeigen. Und Wedding ist ein heißes Pflaster, also wird man sich da sehr vorsehen, sich zu zeigen. Ich kenne viele, die dort wohnen, viele schwule Männer in der Gegend, und ich weiß, dass sie sich sehr vorsichtig verhalten.“

Auch eine lesbische Gesprächspartnerin erzählte, dass sie ihr Verhalten an die ablehnende Stimmung in einigen Gegenden anpasst:

„Ich bin mit einer Frau zusammen, und wenn ich mit ihr durch Wedding gehe, was ab und zu passiert, dann würde ich nicht anfangen rumzuknutschen, das ist schon so. Wenn wir umsteigen am Gesundbrunnen, um zur O-Straße zu fahren, dann stellt er [der Sohn] sich oft zwischen uns und nimmt unsere Hände. Er fühlt sich da nicht wohl, aus unterschiedlichen Gründen. Normalerweise findet er es klasse, zwei Mütter zu haben, da aber auch nicht.“

10.5. Akzeptanz

Einige unserer GesprächspartnerInnen haben die Situation Homosexueller im Bezirk im Gegensatz zu den vorher genannten Stimmen auch sehr positiv wahrgenommen. Eine Gesprächspartnerin, die sich in Moabit im Kiez engagiert, hat folgende Erfahrung gemacht: „Mir ist ein lesbisches Paar bekannt, die bekennen sich auch ganz offen hier auf dem Kiez dazu, das sind zwei deutsche Frauen. Es gibt hier einen Transsexuellen, der hier verkehrt, der für die Erheiterung aller sorgt, aber der hier von keinem angemacht wird. Welche Erfahrungen er diesbezüglich mit Ausländern gemacht hat, das kann ich nicht sagen. Aber die beiden Frauen verkehren hier ganz normal auf dem Kiez.“

Sie nimmt eine stärkere Thematisierung und Akzeptanz von Homosexualität wahr. Ein Tabuthema sei Homosexualität nur noch für die älteren Generation:

„In meinem Bekanntenkreis gibt es ein schwules Paar, und die sind allerdings in Potsdam, die haben allerdings andere Probleme, da kommt wieder diese Haltung der Deutschen gegen Schwule durch. Also, diese beiden sind mir hier bekannt. Sicherlich gibt es mehr, und hier gehen auch mal welche vorbei, wie es halt mal ist. Es ist ja auch lange ein Tabuthema gewesen, man öffnet sich. [] Wenn man die ältere Generation hier betrachtet: ‚So etwas kann es nicht geben‘, so ein pss, pss, pss. Ja, so ist das nun einmal. Und die werden ja auch hier akzeptiert, also vorwiegend hier von den Leuten, die dort verkehren sind also 99% Deutsche. Da spricht auch jeder offen drüber und das weiß auch jede. Ich meine so groß ist der Kiez ja nicht, dass sie sich verlieren, man trifft sie ja immer wieder.“

Auch der Leiter einer Moscheegemeinde in Tiergarten sieht im Umgang mit dem Thema Homosexualität bei seinen Mitgliedern kein Problem:

„Nein, also für uns sind solche Themen, gesellschaftliche Themen ganz Selbstverständlichkeiten und die Menschen gehen damit auch ganz locker um. Jeder lebt, wie er will, und das ist kein Problemthema für unsere Leute.“

Ein homosexueller Gesprächspartner mit dem Migrationshintergrund Türkei kritisierte die undifferenzierte Thematisierung des Islam als Ursache für Homophobie. Ebenso wie der bereits zitierte Islamwissenschaftler Ralph Ghadban, betonte auch dieser Gesprächspartner, dass das Problem weniger bei der Religion als bei der Interpretation der islamischen Quellen durch einige Kreise liege:

„Wenn ich mir zum Beispiel das Thema Homosexualität vor Augen halte, dann könnte ich niemals sagen, der Islam lehnt Homosexualität ab. Das steht im Koran nicht, Homosexualität ist Sünde - im Gegensatz zur Bibel, wo es drinsteht, im neuen und alten Testament. Und es gibt religiöse Schulen, die aus den Prophetenüberlieferungen oder aus koranischen Passagen ableiten, dass Homosexualität ein falsches Verhalten ist. Aber wiederum gibt es andere die sagen, der Koran sagt nichts dazu und die Prophetenüberlieferungen, aus denen sich das ableiten ließe, da ist es sehr fragwürdig, ob es tatsächlich vom Propheten stammt oder nicht. Deswegen gibt es eine Meinung, die akzeptieren homosexuelle Mitglieder und es gibt Meinungen, die akzeptieren homosexuelle Mitglieder nicht, die das offen leben.“

11. Antiziganismus im Großbezirk Mitte

11.1. Öffentlicher Raum

Antiziganismus wird im Bezirk Mitte unterschiedlich wahrgenommen und reflektiert. Der Begriff „Zigeuner“ als Beleidigung und zur Diskriminierung ist aber nach wie vor weit verbreitet. Immer wieder tauchen in Gesprächen klassische antiziganistische Stereotype auf. Bekannt ist das Bild des „ziehenden Gauners“, das auch durch den Begriff des „Zigeuners“ suggeriert wird. Die Selbstbezeichnung als Sinti und Roma setzt sich zwar langsam im offiziellen Sprachgebrauch durch, führt aber nicht zwangsläufig zu einer kritischen Reflektion dieser antiziganistischen Stereotype. Dazu ein Beispiel aus dem Gespräch über Sinti und Roma mit einer Befragten aus dem Beusselkiez in Tiergarten:

„Es ist ja eben als fahrendes Volk und pass auf die klauen, ganz krass gesagt. Also, so ist es, wenn man einen sieht, halt dein Portmonee fest. Wenn mir so ein Kind entgegen kommt, halte ich das Portmonee fest, das ist die Einstellung dazu. Es gibt ja auch nachweislich viele Fälle davon, dass die Kinder eben gerade angesetzt werden auch, das tut mir persönlich leid, oder zum Betteln geschickt werden. Haben wir ja alles gehabt, dass hier eine vor der Tür steht mit einem Kind auf dem Arm und ihren Zettel hinhält. Ich sag mir immer, wenn die Leute ordnungsgemäß angemeldet sind, können sie sich integrieren, sie kriegen ihre Unterstützung. Bloß wenn sie das nicht machen, und viele leben ja schwarz hier und das nicht auf die Reihe kriegen, es muss Keiner Betteln gehen, es muss keiner mit seinem Kind auf der Strasse sitzen. Das sind aber Mentalitäten.“

Gern wird die Stigmatisierung ganzer Menschengruppen zurückgeführt auf „Erfahrungen“ in Vergangenheit und Gegenwart. Sinti und Roma, wie auch Angehörigen anderer Minderheiten, wird ein „kollektives Verhalten“ unterstellt aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer vorgeblich homogenen „ethnischen“ und/oder „kulturellen“ Gemeinschaft. So setzen sich jahrhundertealte Rassismen bis heute fort. Das zeigte sich exemplarisch in einem Gespräch mit einem Rentner deutscher Herkunft im Weddinger Soldiner Kiez:

„Sage ich mal, wo ich ein kleiner Junge war. Ich bin auf einem Dorf groß geworden. Was passierte, wenn Zigeunerwagen in der Nähe auftauchten? Dann hieß es: ‚Die Wäsche von der Leine, Kinder ins Haus, die Zigeuner kommen!‘ Aber das ist doch erst mal noch keine Aussage, keine Diskriminierung, sondern nur eine Aussage darüber, wie sich bestimmte Gruppen oder eine bestimmte Gruppe verhält. Das ist eine Erfahrung, die Leute gemacht haben. Nämlich, wenn die durchs Dorf gezogen sind, da ist Wäsche verschwunden. [] Es gibt Zigeuner, gibt es hier in der Gegend, klar, die gekommen sind durch den Jugoslawienkrieg. Es sind ja sehr viele - gerade auch Zigeuner - vor den Kriegswirren geflüchtet. Gibt es hier, aber nicht mehr direkt bei uns. Wir hatten hier welche zu wohnen, ja. Solange die hier gewohnt haben, war das schon schlimm. Da nahmen die Diebstähle zu, die Wohnungseinbrüche nahmen zu, aber das kann man alles aus der Polizeistatistik ablesen. Seitdem die weg sind, ist Ruhe. [] Aber im ersten Moment - nein, da weigere ich mich, dass so eine Verallgemeinerung irgendwie erst mal was Negatives ist. Es ist erst mal eine Aussage zu Verhaltensweisen.“

Der Begriff „Zigeuner“ wird nicht nur in der deutschen Mehrheitsgesellschaft sondern auch in Migranten-Communities als diskriminierende Bezeichnung verwendet. Neben der Ausgrenzung und Diskriminierung von Sinti und Roma, spielt dieser Begriff bei MigrantInnen auch eine Rolle zur Aufwertung des eigenen sozialen Status bzw. als abfällige Bezeichnung gegenüber sozial Schwächeren. Eine Gesprächspartnerin, die sich sehr gut in Wedding auskennt, kennt die Einigkeit zwischen BewohnerInnen deutscher und türkischer Herkunft in der Stigmatisierung der Roma und Sinti:

„Klar, das sind dann die einzigen Diebe in der Gegend, so ist die Einstellung der Bevölkerung da. Für die deutsche Population sind die völlig untragbar, und da ist man sich mit der etwas mehr eingegliederten türkischen Population wieder einig.“

Gewerbetreibende in Tiergarten, die sich in ihren Geschäften durch Roma gestört fühlten, machten im Kiez durch ihre rassistische Argumentation von sich reden, wie ein Gesprächspartner erzählte:

„Dass die Gewerbetreibenden sich ja beschwert haben bzw. sich massiv beschwert haben, bis dahin klar rassistisch. Dass die Roma das Geschäftsleben hier in Tiergarten stören, und wenn es nach denen gegangen ist, dann sollen die Roma woanders untergebracht bzw. den Kiez verlassen und weg.“

Sinti und Roma stehen auf der Skala „akzeptierter“ Minderheiten an unterster Stelle, bestätigte eine Gesprächspartnerin aus Tiergarten:

„Und da trennt sich die Spreu vom Weizen, weil Sinti und Roma sind eigentlich eine Gruppe, die am allerwenigsten akzeptiert wird. Also, an arabische und türkische Nationalitäten hat man sich gewöhnt, aber Sinti und Roma stehen außen vor.“

11.2. Verwaltung

Viele im Bezirk lebende Roma kommen aus dem ehemaligen Jugoslawien und unterliegen der Asylgesetzgebung. In welcher Form hier von institutionalisierter Diskriminierung gesprochen werden kann, erläuterte ein Experte:

„Die sind alle als Kriegsflüchtlinge hier geduldet. Aber sie sind kaum oder nicht im Asylverfahren, sondern als geduldete Kriegsflüchtlinge hier, und sie können so lange bleiben, wie sie hier geduldet sind. Und es gibt eine Initiative, um ein Bleiberecht für diese Gruppe zu erwirken bei den Politikern. Das hat die neue Berliner Koalition, als sie sich hier eingebettet hat, vollmundig versprochen, dass es die moralische Pflicht Deutschlands ist, gerade für diese Gruppe Roma eine kulante Regelung zu finden. Aber so weit ist es nie gekommen. Die meisten dieser Flüchtlinge sind in psychotherapeutischer Betreuung, unter ihnen sind ja viele, die traumatisiert sind. [] Aber, weil sie traumatisiert sind, können sie nicht arbeiten, weil sie nicht arbeiten, beziehen sie weiterhin Sozialhilfe, weil sie Sozialhilfe beziehen, leben sie von der öffentlichen Hand und das ist so eine Kettenreaktion. De facto ist es so, dass sie dahin vegetieren und kaum eine vernünftige Perspektive haben.“

11.3. Schulen

Die GesprächspartnerInnen in den Schulen berichteten von Diskriminierungen, Rassismen und Vorurteilen gegen Sinti und Roma. Die Beschimpfungen gehen sowohl von deutschen als auch von SchülerInnen mit Migrationshintergrund aus. Eine befragte Lehrerin berichtete von ihren Erfahrungen aus dem Unterricht an einer Oberschule:

„Auch, wenn man über Hitler spricht und sagt: ‚Sinti und Roma haben sie auch nach Auschwitz geschickt‘ – ‚Na ja, Zigeuner‘. Wie gesagt, unsere Schüler haben genau solche Vorurteile, wie alle anderen Menschen.“

Unter den SchülerInnen ist „Zigeuner“ ein allgemein „beliebtes“ Schimpfwort. Sozial benachteiligte SchülerInnen als „Zigeuner“ zu beschimpfen, sei geradezu „in“. Nicht immer aber seien sich die SchülerInnen der Tatsache bewusst, dass sie mit diesen rassistischen Stereotypen andere Personen massiv in ihrer Persönlichkeit verletzen. Der Sozialarbeiter einer Weddinger Gesamtschule erklärte dazu:

„Die Schüler benutzen es, in dem sie sagen: ‚Du Zigeuner!‘ So. Das fällt öfter - Zigeuner. Das ist auch eine absolute Herabwürdigung einfach. Aber das sind so Randerscheinungen. Darüber wissen tun sie sowieso nichts. Das ist einfach so wieder ein Schimpfwort.“

Nicht nur bei den SchülerInnen treten antiziganistische Stereotype auf. Auffallend sind die teilweise unreflektierten Aussagen einiger LehrerInnen. Bei einem großen Teil der Befragten an Schulen gibt es kaum eine Wahrnehmung der bereits angesprochenen institutionellen Diskriminierung der Roma. So beschwerten sich Befragte über die vielen „Schulschwänzer

bei denen“. Auch funktioniere die Zusammenarbeit mit den Eltern nicht, auf Grund von Sprachdefiziten und Desinteresse. Nur in Einzelfällen wurde dabei strukturelle Ausgrenzung, wie Aufenthaltstatus oder Abschiebung, als Ursache reflektiert. Eine Grundschulleiterin aus Wedding äußerte sich dazu:

„Wir haben Kinder, die Sinti sind, aber offen eine Diskriminierung, die gibt es nicht. Das kann ich nicht sagen. [] Also, dass sie jetzt sagen würden, die Kinder untereinander: ‚Ih, du Zigeuner!‘, oder so etwas. So etwas habe ich noch nie gehört. Noch nie. Ich weiß gar nicht, ob die das überhaupt wissen, wer da Sinti oder Roma ist. [] Wir haben aber Probleme mit diesen Leuten, die kommen nämlich nicht zur Schule. [] Dann folgt das übliche Procedere: Schulversäumnis anzeigen und wenn man sie dann irgendwann mal bekommt - ich habe zwei letztes Jahr geschafft, in Schulschwänzerprojekte rein zu bekommen hier in Mitte - aber das hält nicht lange vor. Dann sind sie auch da wieder weg. Die Eltern haben auch eine ganz andere Haltung. Das ist etwas schwierig. Sehr schwierig. Ein großes Problem, aber wir haben nicht ein Problem mit Diskriminierung hier, das muss ich sagen, das haben wir nicht.“

11.4. Jugendeinrichtungen

MitarbeiterInnen in Jugendeinrichtungen, die selbst Sinti oder Roma sind, oder unmittelbar mit Sinti- oder Roma-Jugendlichen arbeiten, kennen die institutionelle Diskriminierung und die damit zusammenhängenden Probleme. Die Leiterin einer Weddinger Jugendfreizeiteinrichtung fasste ihre Erfahrungen zusammen:

„Das sind dann eher so Sachen, die sich dann durch den sozialen Status ergeben, dass sie sich abgelehnt fühlen. Die eine Familie hat bis vor einem halben Jahr in einer 2-Zimmer-Wohnung mit vier Personen gelebt. Die haben zum ersten Mal die Duldung in diesem Jahr um sechs Monate erhöht, ansonsten mussten sie alle drei Monate damit rechnen, wieder zurückzugehen. Das sind Eltern, die Kontakt zu uns aufnehmen. Die fragen dann: ‚Was soll ich tun?‘ Da wurden die Kinder einer Familie zurück nach Ex-Jugoslawien geschickt, und dann mussten sie ihnen Visa besorgen, um erst einmal wieder einreisen zu können und das auf eigene Kosten. Ist es rechtens, ist es nicht rechtens? Oder: ‚Ich will arbeiten, ich hätte einen Arbeitsplatz, habe aber nur eine Duldung, wie kriege ich eine Arbeitserlaubnis?‘ Das sind auch Sachen, wo wir uns nicht auskennen, weil das Ausländerrecht so geschachtelt ist, und ich denen dann gar keinen Rat geben kann, und wenn ich dann auf der Suche bin nach Beratungsmöglichkeiten, dann stehe ich vor einer Wand.“

Vorurteile und Diskriminierung gegen Sinti- und Roma-Jugendliche werden in Jugendeinrichtungen häufig wahrgenommen. SozialarbeiterInnen bemühen sich aber, Beschimpfungen, wie „Du Zigeuner“, nicht unkommentiert im Raum stehen zu lassen. Das erzählte ein Gesprächspartner türkischer Herkunft, der in einer Weddinger Jugendeinrichtung arbeitet:

„Und während der bosnischen Kriegszeit gab es hier ein so genanntes bosnisches Flüchtlingsheim. Da waren so viele Kinder auf der Straße, sie konnten nicht die Schule besuchen wegen ihrem Aufenthaltsstatus, und dann nannten die türkischen Kinder diese Gruppe immer ‚Zigeuner‘. Sie waren Roma-Kinder. Dann haben wir gesagt im Kinderplenum: ‚Sie sind Roma, man kann sie nicht Zigeuner nennen, das ist ein Schimpfwort‘. Dann war leider wieder ein Polizeioberkommissar hier, der wegen unseres Kinderplenums unseren Kindern etwas erzählen wollte. Er hat angefangen: ‚Diese Zigeunerkinder‘. Gleich wollten wir ihn natürlich korrigieren, aber wenn die Kinder von einem deutschen Polizisten so etwas hören, dann denken sie: ‚O... hat mir gesagt, wir müssen diese Kinder Roma nennen, aber der Polizist nennt sie Zigeuner‘. Das ist natürlich schwer.“

In Jugendeinrichtungen äußern sich vereinzelt Jugendliche mit oder ohne Migrationshintergrund rassistisch gegenüber Sinti und Roma. Neben verbalen Beschimpfungen, kommt es auch zu körperlichen Auseinandersetzungen. Davon berichtete die Leitung einer Weddinger Einrichtung:

„Wir hatten hier die Situation, es waren zwei Roma-Jugendliche, die musste ich beschützend bis vor die Haustür geleiten, damit es nicht zu Übergriffen von arabischen und türkischen Jugendlichen zur gleichen Zeit kam. Und da musste ich meine ganze Anerkennung bei den Jugendlichen im Kiez in die Waagschale werfen, dass es keine bewaffneten Übergriffe gegeben hat von den türkischen und arabischen Jugendlichen gegen diese beiden, die hier nichts weiter machen wollten als Billard spielen. Sie haben sich verhalten wie alle anderen Jugendlichen auch. Da war nichts, was Anlass gegeben hätte, eine besondere Provokation darzustellen, aber alle Jugendlichen haben gegen diese Roma eine Front gebildet. Ich musste sie dann bitten, auch zu ihrem eigenen Schutz, darüber nachzudenken, ob das hier die richtige Stelle ist, die Freizeit zu verbringen, weil wir nicht garantieren können - hier im Hause schon, aber nicht im Umfeld - den Schutz gewährleisten können. Die kommen jetzt nicht mehr.“

11.5. Zivilgesellschaftliche Institutionen

In den Gesprächen mit zivilgesellschaftlichen AkteurInnen, die sich um eine Verbesserung des Zusammenlebens im Kiez bemühen, wurde die Stigmatisierung und institutionelle Diskriminierung auch als Problem erkannt und zum Ausdruck gebracht. Dazu ein Beispiel aus dem Tiergartener Beusselkiez:

„Sie sind ja überall nicht willkommen, sie fühlen sich auch nicht willkommen. Sie sind ja jetzt nicht hier und haben eine Chance darauf, dass sie hier bleiben können - zumindest nicht unter der momentanen Situation. Deswegen organisieren sie sich ja auch in ihrem Kreis, und es gibt keine Notwendigkeit sozusagen, darüber hinaus Beziehungen und Kontakte dauerhafter Art zu knüpfen - wo man dann gucken muss, wie das geht. Und das ist ja in anderen Ländern auch so, also ich meine, sie haben ja nirgendwo ein Zuhause, wo sie in Ruhe irgendwie leben können, wo sie dazugehören, wo sie eine Perspektive haben. Das ist ja ihr Schicksal. Wenn ich irgendwas ändern würde, würde ich zuallererst das gesamte Ausländerrecht ändern, dass es andere Perspektiven gibt für die Leute, dass sie eine Chance bekommen, dazuzugehören, dass sie sich dann aber natürlich auch... Da muss man auch die Spielregeln sozusagen, die Alltagsspielregeln, bestimmen.“

Andererseits trafen wir aber ebenso auf die Stigmatisierung der Sinti und Roma als „selbst schuld“ am Antiziganismus. Dazu ein Beispiel aus dem Weddingener Soldiner Kiez, wo sich deutsche BewohnerInnen zu einer zivilgesellschaftlichen Initiative zusammengeschlossen haben:

„Die bedienen ja eigentlich die Klischees, die man hat von denen. Ich war zwar selber im Kosovo unten, und ich kann das schon ein bisschen beurteilen. Ich weiß, wie die Zigeuner dort leben, habe mich immer darüber eigentlich aufgeregt, wie die von der anderen Bevölkerung behandelt wurden - eben wie Vieh. Aber sie bedienen das Klischee direkt. Die bedienen das einfach - und wundern sich dann, wenn von den Menschen das entsprechend rüberkommt. Das ist einfach so.“

11.6. Holocaust-Mahnmal für Sinti und Roma

Seit Jahren wird über ein „Berliner Holocaust-Mahnmal für Sinti und Roma“ diskutiert. Das Mahnmal soll nun zwar errichtet werden, aber „der Zentralrat der Sinti und Roma und die Sinti-Allianz können sich nicht auf eine Inschrift einigen“. Nun soll eine Expertenkommission bis zum Frühjahr eine Einigung für die Inschriftentafel erzielen. Der Streit dreht sich darum, ob explizit der Völkermord an den Sinti und Roma benannt werden soll, oder, wie die Sinti-Allianz Deutschland meint, auch die von den Nazis deportierten anderen großen Volksstämme wie Lalleri, Manuschi oder Kale aufgeführt werden. In dieser Diskussion äußerte sich auch der Geschäftsführende Direktor der Stiftung Topographie des Terrors und ehemalige Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Andreas Nachama. Er

befürwortet eine Grundsteinlegung des Denkmals für Sinti und Roma noch vor der Einweihung des Holocaust-Mahnmals für die ermordeten Juden Europas.⁴⁰²

Ein Gesprächspartner arabischer Herkunft, der im Flüchtlingsbereich sehr viel mit Roma in Mitte zu tun hat, sieht in diesem Mahnmal auch eine Chance für den Bezirk, den aktuellen Antiziganismus zu ächten:

„Es leben hier im Kiez eine ganze Menge Roma aus Ex-Jugoslawien, die genau wie damals `33 stigmatisiert werden. Wenn es nach der Bevölkerung geht, sollen sie einfach verschwinden. Ich wünsche mir, dass auch in Tiergarten, dass auch für Zigeuner, Roma ein Mahnmal, Denkmal [kommt], um an ihr Leid zu erinnern. Besonders auch hier im Bezirk, wo viele Roma leben, im Namen des Bezirks. Ich wünsch mir, dass etwas in dieser Richtung gedacht wird, weil sie auch mal transportiert und ins KZ rein gesteckt und umgebracht wurden.“

⁴⁰² Ayhan Bakirdögen: „Minderheiten fühlen sich als Opfer zweiter Klasse - Streit um Holocaust-Mahnmal für Sinti und Roma“, Welt, 18. Jan 2004

12. Handlungsempfehlungen

12.1. Kommunale Demokratieentwicklung

Nachdem wir uns ausführlich der Analyse von Problemlagen gewidmet haben, möchten wir nun einen Blick auf die Frage werfen: Was tun? Welche Handlungsstrategien zur Auseinandersetzung mit demokratiegefährdenden Phänomenen wären naheliegend? Hier eröffnet sich jedoch ein prinzipielles Problem: die Formulierung von Handlungsempfehlungen oder Vorschlägen ist immer mit Risiken verbunden, denn die AutorInnen der Studie sind externe Akteure im Bezirk. Die „wahren Experten“ sind jedoch immer die Personen, die in ihrem entsprechenden sozialen Raum leben und diesen damit gestalten. Sicherlich hat ein/e externer Akteur/in gewisse Vorteile: Zum einen haben wir natürlich die Studie geschrieben und sind damit aussagefähig in Bezug auf viele spezielle Fragen im Bezirk. Zum anderen müssen Veränderungsprozesse letzten Endes von Menschen und Initiativen vor Ort getragen und realisiert werden. Als Externe können wir dabei mit den uns zur Verfügung stehenden Erkenntnissen nur beraten oder begleiten.

Wir haben uns daher entschieden, in dieser Studie keine kleinteiligen Empfehlungen zu geben, sondern lediglich Anregungen zur Strategieentwicklung. Wir versprechen uns davon, dass diese Anregungen auf fruchtbaren Boden fallen und daraus dann vor Ort in den einzelnen Handlungsfeldern, Stadtteilen und vielleicht sogar Sozialräumen Aktivitäten entwickelt werden. Diese mit unserer Expertise und in Kooperation mit AkteurInnen vor Ort zu begleiten – dazu sind wir gerne bereit. Ein solcher Ansatz ist uns lieber, als von außen Empfehlungen zu geben.

Doch wie ist nun das folgende Kapitel aufgebaut?

Zunächst einmal widmen wir uns ausführlicher der Frage nach einem Leitbild für kommunale Demokratieentwicklung. Der Begriff der Demokratie wird detailliert dargestellt und die Frage nach der gesellschaftlichen Verankerung von Demokratieentwicklung. Dies bezieht sich auf die Vorstellung des Konzeptes der „Zivilgesellschaft“. Im Anschluss an diese eher demokratietheoretisch inspirierte Diskussion, gehen wir auf die lokalen Bedingungen ein, was in ein Plädoyer zur lebensweltlichen bzw. sozialräumlichen Verankerung von zivilgesellschaftlichen AkteurInnen getragener Demokratieentwicklung mündet. Nach dem dies umrissen wurde, verdeutlichen wir noch mal den Ansatz von Community Coaching als externer Akteur und unser Angebot in der Arbeit mit der Studie und gehen dann stärker auf die Handlungsfelder. Es werden einige Anregungen zur Strategie- und Praxisentwicklung gegeben, die jedoch eher den Charakter von Impulsen als von Empfehlungen haben sollen.

Zur Gestaltung konkreter Anregungen bedarf es zunächst einer eigenen Leitbildentwicklung:

Leitbilddebatte

Die Frage, was gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Diskriminierung oder die Bedrohung demokratischer Grundwerte zu tun sei, füllt wohl sortierte Bibliotheken. An dieser Stelle seien jedoch einige eigene Gedanken gestattet.

Viel Engagement ist mit einer Antihaltung verbunden. Da wird gegen Rechtsextremismus, Nationalismus, Rassismus, Minderheitenfeindlichkeit etc. argumentiert. Das ist sicherlich zu begrüßen, beantwortet aber nicht die Frage, was Alternativen zu den genannten Phänomenen sein könnten. Oder präziser und dezent provokant formuliert: Gegen das Böse zu sein, sollte eigentlich selbstverständlich sein; aber was ist das Gegenstück zum „Bösen“?

Unsere These ist, dass es nicht reicht, nur gegen etwas zu sein, sondern es muss auch ein Wofür geben. Unser Grundgesetz gibt uns dafür mit dem Bezug auf die Menschenrechte und das Prinzip der Demokratie eine Antwort, auf welcher Grundlage die Gesellschaft agieren sollte – eine Grundlage, die es zu interpretieren und zu gestalten gilt.

Die Benutzung des Begriffs der Demokratie ist jedoch mit Risiken verbunden. Eine allgemein gültige Definition besteht nicht. Vielmehr schreibt Katz zu Recht: „Es gibt nicht nur eine Demokratie, sondern viele verschiedene Demokratien“⁴⁰³ und Held ergänzt: „Es gibt nicht nur eine Demokratietheorie, sondern viele verschiedene Demokratietheorien.“⁴⁰⁴ In der Antike bestand ein anderes Demokratieverständnis als im Staatssozialismus oder in Westdeutschland.⁴⁰⁵ Es ist somit unumgänglich, einige definitorische Versuche zu starten, um den Begriff zu klären.

Die pluralistische Demokratie

Die wissenschaftlichen Auffassungen und Konzeptionen⁴⁰⁶ zum Demokratiebegriff zeichnen sich oft durch konkurrierende Festlegungen oder unterschiedliche Merkmale aus. Die von uns als relevant erachteten Demokratieauffassungen haben dabei aber einen gemeinsamen Nenner: sie schließen sich im wesentlichen dem von Ernst Fraenkel in den Mittelpunkt der Betrachtung gerückten Pluralismuskonzept an. Pluralismus ist das wesentliche Strukturelement einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, die sich dem Erhalt einer heterogenen Gesellschaft verschrieben hat und die Besonderheit jedes Menschen bewusst anerkennt.⁴⁰⁷

„Sie [die pluralistische Theorie, d. Verf.] nimmt den Umstand, dass es weite Gebiete des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens gibt, über deren Regelung Meinungsverschiedenheiten zwischen verschiedenen Gruppen existieren, nicht nur mit Gleichmut hin, sondern erachtet dies als unvermeidliche, ja geradezu als ein Indiz eines in Freiheit pulsierenden öffentlichen Lebens.“⁴⁰⁸

Eine pluralistische Gesellschaft ermöglicht jeder/m Einzelnen einen größtmöglichen Spielraum für die Verwirklichung individueller und gruppenspezifischer Verhaltensweisen. Die wesentlichen Merkmale des Pluralismus sind eng verknüpft mit der Bewahrung der Menschen- und Grundrechte, mit dem Gemeinwohl und Gerechtigkeitsinn und (auf staatlicher Ebene), mit dem positiven Recht (Rechtsstaatlichkeit) sowie den politischen Spielregeln (Parlamentarismus).

Homogene Demokratieauffassungen widersprechen dieser Auffassung und setzten sich, weil sie von einem eindeutig bestimmbar, vorgegeben Gemeinwohl ausgehen, über das konkrete Wohl der einzelnen Mitglieder hinweg. Sie schränken die Freiheitsrechte des Einzelnen ein und diskriminieren Minderheiten, die in der homogenen Gesellschaft keinen Platz haben dürfen. Eine solche Variante kommt z. B. im Parteiprogramm der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) zum Ausdruck. Darin wird die pluralistische Gesellschaft nicht als Bereicherung angesehen, sondern als kulturlos denunziert.⁴⁰⁹ Dass es der NPD um Macht und nicht um Recht geht, zeigt die Forderung nach der Neu-Organisation der Staatsgewalt:

⁴⁰³ Vgl. Katz 1997

⁴⁰⁴ Vgl. Held 1996

⁴⁰⁵ Eine wunderbare Einführung bieten z. B. Peter Massing / Gotthard Breit 2003; Vgl. auch Manfred G. Schmidt 2000

⁴⁰⁶ Einen kurzen Überblick gibt Himmelmann, Demokratie lernen, S. 34.

⁴⁰⁷ In den 1950er Jahren entwickelte Ernst Fraenkel mit dem Pluralismuskonzept das Modell der „dialektischen Demokratie“ weiter, mit dem er sich 1932 für den Erhalt der Weimarer Republik eingesetzt hatte. Vgl. Ernst Fraenkel, Deutschland und die westlichen Demokratien, Frankfurt/M. 1979, S. 297-325.

⁴⁰⁸ Vgl. Fraenkel, Deutschland und die westlichen Demokratien, S. 301.

⁴⁰⁹ Vgl. Parteiprogramm der NPD, Absatz 1.

„Politische Organisationsformen müssen so geordnet sein, dass sie handlungsfähige Organe ermöglichen, die in Übereinstimmung mit den Grundzielen des Volkes handeln. Der Staat hat dabei über den Egoismen einzelner Gruppen zu stehen und die Gesamtverantwortung wahrzunehmen.“⁴¹⁰

Die Demokratieauffassung des NPD-Parteiprogramms ist die des völkischen Staates. Darin wird eine wechselseitige Identifikation von Herrschern und Beherrschten angestrebt, wodurch die gesellschaftliche Aushandlung von politischen Entscheidungen nicht mehr gebraucht wird. Die völkische Gemeinschaft ist eine, in der Konflikte nicht mehr stattfinden. Das aus einer gemeinsamen Wurzel stammende Volk braucht kein Parlament, keine politischen Parteien, keine Interessensverbände und sonstige Zusammenschlüsse. Praktisch bedeutet dies die De-Facto-Herrschaft von Wenigen, welche die Macht haben, alles zu regeln und sich dadurch über das konkrete Wohl der einzelnen Mitglieder hinwegsetzen. Es handelt sich um ein autoritäres Demokratiekonzept.

Auch die autoritären Herrschaftssysteme der kommunistischen Länder des Ostblocks, die sich als demokratische Republiken bezeichneten, kennzeichneten eine solche Demokratieauffassung. Die homogene Gesellschaft folgt dabei der marxistisch-leninistischen Vorstellung der Einheit von Demokratie und revolutionärem Subjekt (der Klasse der Arbeiter und Bauern). Homogenität besteht hier nicht aufgrund der Abstammung, sondern durch die vorgeschriebene Identität von Partei- und Volkswillen. Diese Demokratieauffassung betraf jahrzehntelang auch die ostdeutsche Gesellschaft.

Pluralistische Demokratie und die Grundrechte

Die pluralistische Demokratie ist die Demokratie der Grundrechte. Dies zeichnet sich im Besonderen dadurch aus, dass sich jede/r Einzelne einer allgemeinen Verfügbarkeit des Gemeinwesens im Rahmen der festgeschriebenen Grundrechte entziehen kann. Mehrheitsentscheidungen, die für alle Mitglieder des Gemeinwesens Gültigkeit haben, können, wenn sie den Grundrechten widersprechen, angefochten werden.

Wesentlicher Bestandteil der Grundrechte sind die vor- bzw. überstaatlich festgeschriebenen Menschenrechte.⁴¹¹ Die Bundesrepublik Deutschland hat eine Vielzahl von völkerrechtlichen Verträgen zum Schutz der Menschenrechte ratifiziert. Diese Verpflichtungen bestehen sowohl im Rahmen der Vereinten Nationen wie auch auf der europäischen Ebene (Europarat und Europäische Union). Daraus resultiert die Pflicht des Staates, die Menschenrechte und Grundfreiheiten zu achten und zu schützen. Das bedeutet, dass er auch Beeinträchtigungen dieser Rechte durch Private zu unterbinden hat (Stichwort: Drittwirkung). Darum seien hier die wesentlichen im Grundgesetz festgeschriebenen Grundrechte noch einmal erwähnt: An erster Stelle stehen die Freiheitsrechte. Sie umfassen u.a. die Freiheit auf Entfaltung der Persönlichkeit, Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, Glaubens- Gewissens und Bekenntnisfreiheit, Meinungs- und Informationsfreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Vereins- und Koalitionsfreiheit, Berufsfreiheit, Freizügigkeit sowie die Unverletzlichkeit der Wohnung. Die Gleichheitsrechte bedeuten Gleichheit vor dem Gesetz, Gleichberechtigung von Männern und Frauen und Diskriminierungsverbote. Dazu heißt es wörtlich:

„Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse⁴¹², seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen

⁴¹⁰ Vgl. ebenda, Absatz 3.

⁴¹¹ Folgende Ausführungen beziehen sich auf Darstellungen des Völkerrechtlers Norman Weiß vom MRZ Potsdam, vgl. Ostkreuz Broschüre.

⁴¹² Im Artikel 3 des Grundgesetzes wird der Begriff der „Rasse“ verwendet. Dieser Begriff geht von der wissenschaftlich nicht haltbaren Konstruktion sogenannter „menschlicher Rassen“ aus. Der unkritische Umgang mit diesem Begriff wirkt sich ungünstig auf die Auseinandersetzung mit dem gesellschaftlichen Problem des

Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“⁴¹³

Weitere Grundrechte sind Verfahrensrechte. Sie betreffen den Rechtsschutz und Rechtswegeggarantien, Garantie des rechtlichen Gehörs und des gesetzlichen Richters sowie das Asylrecht für politisch Verfolgte. Schließlich sind auch institutionelle Garantien für Ehe und Familie, Eigentum, Erbrecht, Ausbildung, Wehr- und Dienstpflicht als Grundrechte festgeschrieben.

In der Praxis kommt es jedoch oft zu Konflikten zwischen den politischen Mehrheitsentscheidungen und den Grundrechten des Einzelnen. Diese Konflikte sind zumeist durch ein ungleiches Kräfteverhältnis geprägt: auf der einen Seite steht die Mehrheitsgesellschaft, die sich auf die Institutionen und das Rechtssystem des Staates beruft, auf der anderen Seite der Einzelne, der seine Grundrechte einfordert. In der Praxis zeigt sich, dass die Institutionen die Grundrechte des Einzelnen zumeist erst dann erkennen, wenn diese bereits missachtet worden sind. Es gibt offensichtlich keine Garantie für die dauernde und umfassende Respektierung und Realisierung der Grundrechte.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die Ratifizierungen der internationalen völkerrechtlichen Verträge zum Schutz der Menschenrechte dazu geführt haben, dass sich die internationale Gemeinschaft um ihre Einhaltung kümmern darf (Menschenrechte als eine Angelegenheit des sog. International Concern). Zu diesem Zweck gibt es eine Reihe von internationalen Überwachungsmechanismen, die damit betraut sind, die Einhaltung der Verpflichtungen und ihre innerstaatliche Umsetzung zu kontrollieren (durch Gesetze, aber auch durch die Praxis von Gerichten und Behörden). Das primäre Instrument dieser Überwachung ist eine anlassunabhängige Kontrolle durch regelmäßig zu erstattende Sonderberichte, die von internationalen Ausschüssen mit der Regierung erörtert und anschließend kommentiert werden.

Im Rahmen solcher Kommentierungen werden negative und positive Bewertungen vorgenommen und Empfehlungen ausgesprochen, wie an der Verbesserung der Situation zu arbeiten sei. In diesen Empfehlungen wird immer wieder darauf hingewiesen, welcher Stellenwert einer Menschenrechtserziehung für die Abwehr von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und den Aufbau einer zivilgesellschaftlichen Kultur zukommt. Adressaten solcher Empfehlungen zur Erziehung und Fortbildung sind über den Kreis von Jugendlichen hinaus auch alle Behörden und Verwaltungen. Als Träger hoheitlicher Gewalt sind auch sie an die internationalen Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland gebunden. Die Bundesrepublik Deutschland ist völkerrechtlich für das Verhalten jedes öffentlich Bediensteten verantwortlich.

Gemäß Art. 59 Abs.2 Grundgesetz haben die entsprechenden völkerrechtlichen Verträge den Rang von Bundesgesetzen. Sie sind nach Art. 20 Abs. 3 Grundgesetz zu beachten. Beachtung und Anwendung setzt jedoch Wissen voraus. Positive Verwirklichung der Rechtsvorschriften erfordert darüber hinaus, dass sich Rechtsanwender Inhalt und Absicht der Vorschriften zu eigen machen. Auf der Seite der BürgerInnen bedeutet Demokratiebewusstsein in erster Linie, sich dauerhaft dem Konflikt zwischen den Rechten und Pflichten aus Mehrheitsentscheidungen sowie den Institutionen des Staates auf der einen Seite und den persönlichen Grundrechten auf der anderen Seite bewusst zu sein. Die Würde des Menschen besteht dabei darin, sich von den Institutionen nicht konsumieren zu lassen, sondern diese zu respektieren und zu benutzen. Dabei steht jedoch nicht das Wohl der Institution, sondern das Wohl des konkreten einzelnen Menschen im Vordergrund.⁴¹⁴

Rassismus aus. Gerade im Grundgesetz möge der Begriff „Rasse“ alsbald durch den Begriff „ethnische Zugehörigkeit“ ersetzt werden

⁴¹³ ebenda

⁴¹⁴ Vgl. Holtmann Everhard, Politik-Lexikon, München 1991, S. 75, in: Grundrechte: Informationen zur politischen Bildung, 239 (1998), S. 4.

Pluralistische Demokratie und Gemeinwohl

Die freiheitlich-demokratisch verfasste Grundordnung wird von zwei grundlegenden Demokratieauffassungen geprägt.⁴¹⁵ Das *republikanische Modell* geht davon aus, dass in der pluralistischen Demokratie die *Freiheit* darin besteht, durch politische Partizipation und bürgerschaftliches Engagement Einfluss auf die Gestalt des Gemeinwesens zu nehmen.

Diese Vorstellung gründet auf der rationalen Bereitschaft des Einzelnen, individuelle Interessen im politischen Entscheidungsprozess denen des Gemeinwesens unterzuordnen und durch politisches Handeln und Mitbestimmen das Gemeinwesen zu fördern. Ohne diese *soziomoralische Vorraussetzung* hat das Gemeinwesen keinen dauerhaften Bestand.⁴¹⁶

Das *liberale Modell* stellt dagegen die *Freiheit des Einzelnen* in den Vordergrund. Es schützt die persönlichen Interessen und Entfaltungsmöglichkeiten vor Übergriffen anderer Gesellschaftsmitglieder, den Entscheidungen der politisch Handelnden sowie den Zudringlichkeiten von Institutionen.⁴¹⁷

Beide Modelle kommen trotz des deutlichen Spannungsfeldes, in dem sie sich gegenüber stehen, letzten Endes nicht ohne ethische Bindungen zwischen Individuum und Gemeinwesen/Gesellschaft aus. Auch in der Diskussion um eine Praxis der Demokratieentwicklung bestehen hier differenzierte Sichtweisen und Orientierungsmuster. An dieser Stelle schließen wir uns der Forderung an, dass die pluralistische Demokratie eine spezifische humanistische bzw. bürgerschaftliche Ethik braucht, die sich durch besondere soziomoralische Merkmale auszeichnet. Dieses Bekenntnis zur pluralistischen Demokratie bedeutet einerseits, dass die Menschen bzw. Bürger ihre Interessen frei und ungehindert vertreten können, andererseits aber auch das besondere Gewicht des Gemeinwohls gegenüber den Interessen des Einzelnen oder einzelner Interessensgruppen. Das Gemeinwohl ist in dieser Auffassung keine Kategorie der Macht, sondern die des Rechts und der Gerechtigkeit. Dabei ist das Gemeinwohl aber keine soziale Realität, sondern eine *regulative Idee*.⁴¹⁸ Sie ist durch die Zuversicht gekennzeichnet, das pluralistische Wesen der Gesellschaft zu erhalten und zusammenzuhalten und dabei gleichzeitig dem Einzelnen zum größtmöglichen Wohlbefinden zu verhelfen. Dieser Balanceakt ist ein wesentliches Kennzeichen demokratischer Kultur. Als wesentliche regulative Elemente seien hier genannt:

- Die *Freiheit* ist das erste Element und betrifft das Wohl des Menschen als autonomes Subjekt. Sie spiegelt die Überzeugung wieder, dass dieses Wohl in der unbefangenen Entfaltung der körperlichen, seelischen und geistigen Anlagen jedes Einzelnen besteht.
- *Gerechtigkeit, Solidarität und soziale Gegenseitigkeit* kennzeichnet die gemeinsame Verantwortung für das Gemeinwohl und sie stehen dem Wohl des Einzelnen konfliktreich gegenüber.⁴¹⁹
- *Diskussion und Abstimmung* bestimmen die Aushandlung von Konflikten, um zu gemeinsamen Entschlüssen im Sinne des Gemeinwohls zu gelangen.
- *Fair Play* signalisiert Kompromissbereitschaft, Verständnisfähigkeit, Besonnenheit und Toleranz sowie die Bereitschaft, Differenzen auszuhalten.

⁴¹⁵ Die folgenden Ausführungen folgen Herfried Münkler und Skadi Krause, Soziomoralische Grundlagen der Demokratie, in: Breit/Schiele (Hg.), Demokratie-Lernen, S. 223-240 und Fraenkel, Deutschland und die westlichen Demokratien, S. 58-61.

⁴¹⁶ Vgl. Münkler/Krause, soziomoralische Grundlage der Demokratie, S. 223.

⁴¹⁷ Vgl. ebenda.

⁴¹⁸ Vgl. Fraenkel, Deutschland und die westlichen Demokratien, S. 61.

⁴¹⁹ „Inzwischen wuchsen Generationen heran, für die der Hitler-Staat und der Krieg historische Daten, aber keine Erfahrung mehr waren. Sie entdeckten den Mangel an Gerechtigkeit, ohne jemals die Abwesenheit von Freiheit erfahren zu haben, und es scheint hoffnungslos, ihnen klarzumachen, dass Freiheit ohne Gerechtigkeit ein Übel ist, ein Leben ohne Freiheit aber, auch wenn es materiell keine Wünsche übrig ließe und sozial gerecht zuginge, das Ende menschenwürdigen Existierens bedeutet.“ Vgl. Gerhard Szczesny, Das sogenannte Gute, Hamburg 1971, S. 10.

- *Loyalität* meint (im Gegensatz zu Gesinnungs- und Parteitreue) die Achtung der gemeinsamen Regeln und die Achtung gegenüber den Interessen anderer, aber auch die Bereitschaft, für die Gemeinschaft aller Mitbürger Verantwortung zu übernehmen.
- *Offenheit* kennzeichnet zum einen die Haltung gegenüber anderen Mitgliedern der Gesellschaft (und jenen, die Zuflucht in dieser Gesellschaft suchen⁴²⁰), ist bestimmend in der Diskussion (das meint auch, sich persönlich und verantwortungsvoll an öffentlichen Diskussionen zu beteiligen) und macht getroffene Entscheidungen transparent.

Diese (und andere) soziomoralische Merkmale bestimmen in der pluralistischen Demokratie die Form des menschlichen Zusammenlebens. Sie müssen durch die Selbstbindung des Einzelnen an das Gemeinwesen und die politische Verantwortung für das Gemeinwesen entwickelt werden. Erst dadurch wird gewährleistet, dass jede/r Einzelne die Rechte, die er/sie für sich beansprucht auch jedem anderen Menschen zubilligt und sich für diese Rechte wie für die eigenen einsetzt.

Eine besondere Brisanz bekommt dieser Gedanke der wechselseitigen Anerkennung von Differenz und des wechselseitigen Respekts von Grundrechten und Grundfreiheiten, wirft man einen Blick auf das Verhältnis von Mehrheiten und Minderheiten in der Alltagsrealität. Gerade für Opfer rassistischer oder rechtsextremer Gewalt ist Demokratie nicht immer real erlebbar. Es ist somit nach der konkreten Alltagswirklichkeit und der Verankerung demokratischer Werte im realen Erleben zu fragen. Um an dieser Stelle ansetzen zu können, bedarf es konkreter AkteurInnen, die sich der Aufgabe einer täglichen Realisierung pluralistischer Demokratie stellen und diese erfahrbar machen.

12.2. Was ist eine Zivilgesellschaft?

In den politischen Wissenschaften gehört der Begriff der Zivilgesellschaft zu den schillerndsten überhaupt. Er verfügt über eine jahrhundertlange Tradition, verschwand eine Zeitlang im Diskurs und erlebte seine Renaissance mit dem Fall der kommunistischen Systeme in Osteuropa.⁴²¹ Dabei wurde er wesentlich von Bürgerrechtlern wie Havel geprägt, die aus der Zivilgesellschaft heraus Potenziale zur Neugestaltung des als verkrustet empfundenen politischen und gesellschaftlichen Systems entwickeln wollten. Obwohl das ZDK an anderer Stelle ausführlich auf den Begriff der Zivilgesellschaft eingeht⁴²², wollen wir hier doch trotzdem eine kurze Skizze wagen. Dabei lehnen wir uns an historisch herleitende Diskurse an, die den Begriff Zivilgesellschaft mit folgenden Denkern verbinden:

1. John Locke: Kerngedanke des Gründers einer liberalen Tradition war der Schutz vor staatlicher Willkür durch die Schaffung einer unabhängigen Sphäre, die dem Machtzugriff des Staates verwehrt bleibt. Die staatliche Autorität sollte diesen Raum maximal beschützen, aber auf keinen Fall beherrschen.⁴²³
2. Charles Montesquieu: Staatliche Macht sollte begrenzt werden, indem über eine Verteilung von Machtstrukturen, die es untereinander zu vernetzen galt, Gegengewalten aufgebaut wurden, die einen begrenzenden und kontrollierenden Einfluss auf den Staat ausüben sollten. Diese Gegengewalten sollten institutionell verankert werden und nicht alleine auf Werten wie Tugend oder Vertrauen basieren.⁴²⁴

⁴²⁰ „Diese Demokratie hat keinen Bestand, wenn an ihrer Tür geschrieben steht: ‚Geschlossene Gesellschaft‘“. Willy Brandt in der parlamentarischen Aussprache zur Regierungserklärung von Helmut Kohl, 15.10.1982.

⁴²¹ Vgl. einführend Anette Emtmann 1998: 12-46

⁴²² Vgl. Zentrum Demokratische Kultur 2000

⁴²³ Vgl. John Locke 1989

⁴²⁴ Vgl. Charles Montesquieu 1965

3. Alexis de Tocqueville: Unter Zivilgesellschaft verstand er das Vorhandensein einer Reihe von kleinen, nicht-staatlichen Assoziationen. Diese waren für ihn Schulen der Demokratie, in denen über die tägliche Praxis der Umgang miteinander, demokratische Grundwerte und Möglichkeiten der zivilen Konfliktaustragung geübt wurden. Die Zivilgesellschaft stellt damit der Demokratie ein Werte tragendes Potenzial zur Verfügung.⁴²⁵
4. Jürgen Habermas: Für ihn ist die Zivilgesellschaft eine freie Sphäre, in der die Interessen unterschiedlicher AkteurInnen artikuliert und sondiert werden können. Sie schafft Öffentlichkeit und Potenziale zur Artikulation von Kritik auch für jene, die zu einer Minderheit gezählt werden. Mittel der Auseinandersetzung sei der Diskurs.⁴²⁶

In der Debatte zur Demokratietheorie fließen die verschiedenen hier skizzierten Punkte zusammen. Aus einer ausführlichen Übersichtsdarstellung dieser Debatte heraus entwickelt Bernhard eine Definition der Zivilgesellschaft, die als kleinster gemeinsamer Nenner bezeichnet werden kann. Für ihn ist Zivilgesellschaft:

„ein öffentlicher Raum, der

- a) Zwischen der staatlichen und der privaten Sphäre angesiedelt ist, von einer Vielzahl
- b) autonomer und
- c) vom Staat rechtlich getrennter Organisationen ausgefüllt wird und der
- d) den Akteuren innerhalb dieses öffentlichen Raums individuelle und kollektive Freiheiten garantiert, die es ihnen ermöglichen, ihre Interessen zu verfolgen.“⁴²⁷

Konsens besteht auf unserer Seite darin, dass zum Konzept der Zivilgesellschaft auch ein normatives Band von Werten bzw. die Bindung an das Modell der pluralistischen Demokratie gehört. Dieser spezifische demokratische Grundkonsens impliziert automatisch, dass die Zivilgesellschaft keine Sphäre künstlicher Harmonie ist, sondern ein Ort zur Konfliktaustragung und Interessenartikulation. Sie greift den Grundgedanken Cosers auf, nach dem diese Form der Konfliktaustragung eine Schule der Konfliktfähigkeit schaffen kann, die dem gesellschaftlichen Zusammenhalt nicht abträglich ist, sondern gerade zu ihrer Entwicklung beiträgt.⁴²⁸

In eben dieser vorstaatlichen Sphäre agieren auch rechtsextremen Organisationskerne und -strukturen. Sie gehören, da sie das normative Band der Demokratie nicht teilen, ihren pluralistischen Charakter nicht respektieren, sondern bekämpfen, nicht zur Zivilgesellschaft. Strategisches Ziel sollte es sein, im vorstaatlichen Raum eine Hegemonie der zivilgesellschaftlichen Kräfte zu schaffen, die den Wirkungskreis der antidemokratischen Potenziale - welcher Richtung auch immer - so weit einschränkt wie möglich. Leitidee sei, dass man „die Demokratie angesichts irgendwelcher Gefährdungen nur mit weiterer Demokratisierung sichern“⁴²⁹ kann. Aus der Zivilgesellschaft heraus kann dabei die Kraft zur Weiterentwicklung und Stärkung demokratischer Werte in staatlichen Bereichen erwachsen, die den Handlungsspielraum antidemokratischer Potenziale zu begrenzen wissen.

Die Bedeutung des Sozialraum-Konzeptes für die Entwicklung von Zivilgesellschaft und demokratischer Kultur

Die pluralistische Demokratie meint vor allem eine besondere Art der demokratischen Kultur, die Konflikte einer heterogenen Gesellschaft zu lösen, ohne dabei ihre Vielfalt in Frage zu stellen. Diese Kultur manifestiert sich in erster Linie als demokratisches Engagement an der

⁴²⁵ Vgl. Alexis de Tocqueville 1976

⁴²⁶ Vgl. Jürgen Habermas 1998

⁴²⁷ Vgl. Bernhard

⁴²⁸ Vgl. Coser

⁴²⁹ Michael Th. Greven 1995: 35

Schnittstelle zwischen Staat und Privatsphäre, initiiert und getragen von zivilgesellschaftlichen AkteurlInnen.

Demokratische Kultur ist dabei primär als eine Lebensform mit konkret-lebensweltlichen und individualmoralischen Ansichten und Auswirkungen zu verstehen. Sie ist geprägt von den Merkmalen der *regulativen Idee* des Gemeinwohls. Demokratische Kultur ist öffentlich und wird durch konkrete Handlungen für jedermann erfahrbar.

Aus diesen Überlegungen folgt jedoch die Notwendigkeit weiterer Konkretisierung: Wo sind konkrete Ansatzpunkte für die Förderung von Demokratie? Was heißt „Schnittstelle zwischen Staat und Privatsphäre“, „vorstaatlicher Raum“ oder „Alltagswirklichkeit und konkrete Erlebbarkeit demokratischer Werte“? Haben Zivilgesellschaft und pluralistische Demokratie als Lebensform einen konkreten Ort? Oder handelt es sich eher um eine Utopie – einen Nicht-Ort? Letzteres ist natürlich nicht der Fall, deutlich wird aber der Bedarf nach dem Prozess der lokalen Verankerung von Demokratieentwicklung zu fragen. Thematisiert werden Überlegungen zur Lebenswelt und zum sozialen Raum/Sozialraum.

Zivilgesellschaft entwickelt sich nicht im virtuellen Raum, sondern ist das Resultat langfristiger Prozesse vor Ort, in den Lebenswelten, sozialen Räumen oder Stadtteilen. Eine lebensweltliche Orientierung kann sehr wichtig für die Konkretisierung zivilgesellschaftlicher Strategien und die Überprüfung von Wirkungsweisen sein.

In einer Synopse des „Wirksystems“ in der Kommune hat Bernd Wagner einmal eine Unterscheidung in Instanzen, Handlungsfelder und Soziale Räume vorgenommen.

Instanzen:

- Parteien
- Kommunale Vertretung
- Kommunale Verwaltung
- Ausschüsse
- Polizei
- Justiz
- Schule
- Vereine
- Kirchen/ Religionsgemeinschaften
- Unternehmen/ Unternehmerverbände
- Gewerkschaften
- Bürgerinitiativen
- Medien
- Netzwerke
- Betroffenengruppen
- Lebenskulturelle Gruppen
- Einzelbürger

Handlungsfelder:

- Schule
- Freizeit
- Nachbarschaft
- Soziale Arbeit
- Sport
- Innere Sicherheit
- Justiz
- Bewährung/ Wiedereingliederung
- Öffentliche Diskurse

- Medien
- Kultur
- Wirtschaft
- Gewerkschaften
- Kommunale Entwicklung als Sozial- und Wirtschaftsraum
- Kirche/ Religionsgemeinschaften
- Bürgerinitiativen
- Netzwerke
- Vereine
- Betroffenengruppen
- Lebenskulturelle Gruppen

Sozialräume:

- Schule
- Wohngebiete
- Wohnung
- Grundstücke
- Jugendclubs
- Gastronomische Einrichtungen
- Kultureinrichtungen
- Straße, Wege, Plätze
- Zeltplätze
- Kleingartenanlagen
- Kulturelle Veranstaltungsräume
- Firmen
- Kommunale Einrichtungen
- Bahnhöfe
- Einkaufscenter
- Kirchen/ Religionsgemeinschaften
- Vereins- und Projekträume
- Gewerkschaftliche Einrichtungen
- Sportstätten

Wagner schreibt: „Im Leben der Kommune kreuzen sich Schnittpunkte der Akteure, Arbeitsfelder, soziale Räume und rechtsextreme Erscheinungen, die einen Gegenstand der Interaktion im demokratisch-zivilgesellschaftlichen Feld darstellen. Daraus ergeben sich unterschiedliche Kombinationen der Vernetzung von Akteuren und Aktivitäten, von Ansätzen und Methoden.“

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass es verschiedene Verständnisse davon gibt, was unter Sozialraumorientierung eigentlich zu verstehen ist. Mit den Konzepten der „Sozialräumlichkeit“ geht eine „neue Unübersichtlichkeit“ einher, denn in den Bereichen der Sozial- und Jugendarbeit, in der Stadt- und Regionalentwicklung fluktuieren unterschiedliche Verständnisse: Von den einen wird der soziale Raum als reine sozialgeographische Planungseinheit verstanden, von den anderen als Lebenswelt. Manche AutorInnen sehen als wesentliches Merkmal einer Sozialraumorientierung die Verteilung finanzieller Ressourcen in Sozialraumbudgets. Als Planungsgröße verstanden ist der Sozialraum ein geographisch beschreibbares Gebiet, für dessen BewohnerInnen charakteristische und besondere sozialstrukturelle Merkmale bestimmbar sind (Wohngebiet, eingrenzbarer Sozialraum, Planungsraum etc.) (Deinet:1999, Deinet:2001). Als Lebenswelt ist der soziale Raum vielfach ein mit „Eigenidentität“ von BewohnerInnen ausgezeichneter Ort. Das Problem besteht darin, dass es keinen einheitlichen, allgemein anerkannten Sozialraumbegriff gibt. Der Sozialraum ist durch unterschiedliche Inhalte des Raumbezugs und der räumlichen Zuordnung charakterisiert. Auf der anderen Seite existieren unterschiedliche Inhalte einer sozialräumlich ausgerichteten Arbeit. Für die einen ist Sozialraumorientierung die Teilnahme

am Stadtteilarbeitskreis für die anderen vielleicht die Zielsetzung einer verstärkten Vernetzung von Institutionen und AkteurInnen. Oder ist damit eher die Überwindung der Einzelfallarbeit gemeint? Lässt sich Sozialraumorientierung auf die Devise „Vom Fall zum Feld“ reduzieren? Oder besteht die Sozialraumorientierung in der Sozialen Arbeit darin, mit anderen Institutionen wie z. B. Schulen zusammenzuarbeiten? Sozialraumorientierung wird im Blickwinkel eines Sozialarbeiters anders aussehen, als sie eine Quartiersmanagerin in der Stadtentwicklung definiert. Oftmals ist es auch nur ein Modebegriff.

Aus der Perspektive der Kommunalen Demokratieentwicklung sind drei Aspekte zentral, die den Begriff des Politischen, die Heterogenität von gesellschaftlichen Gruppen und die Prozessqualität zivilgesellschaftlicher Arbeit betreffen. So sollte das sozialräumliche Konzept vielmehr als eine inhaltliche Orientierung verstanden werden, die die subjektiven Lebenswelten von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen ins Blickfeld nimmt und damit auch in einem politischen Sinne Fragen nach Aneignungsmöglichkeiten und Teilhabe an der Gestaltung der Umwelt stellt. Der Tendenz der Entpolitisierung der Lebenswelt durch das eher sozialgeographische Konzept der „Sozialraumorientierung“ wird durch Demokratieentwicklung explizit entgegengewirkt, den sozialen Raum als Alltagswelt auch in seiner politischen Bedeutung – z.B. als symbolischer Interaktionskontext der Aushandlung von Werten und Normen oder als Ort der Teilhabe und Konfliktaustragung -- zu erfassen ist auch Sinn zivilgesellschaftlicher Arbeit. Die im sozialen Raum handelnden und aufwachsenden Subjekte werden in diesem Sinne auch als politische Individuen ernst genommen und nicht nur als Adressaten von Sozial-, Jugendhilfeplanung oder anderer Planungsstrategien eingeordnet.

Politisch wird das Konzept des sozialen Raums in seiner Anwendung beispielsweise dort, wo in der Alltagsrealität festzustellen ist, dass sich in sozialen Räumen dominante Gruppen mit ihren Interessen gegenüber Minderheiten durchsetzen und dadurch homogene Räume entstehen. Verkürzt man Sozialraumorientierung auf ein sozialgeographisches Planungsmuster, so trägt sie in diesen Räumen zur Entwicklung einer Infrastruktur bei, die sich an den Interessen der dominanten Gruppen orientiert.

Besonders deutlich wird der Bedarf einer sozialräumlichen Demokratieorientierung, in deren Mittelpunkt die Menschenrechte und der Minderheitenschutz stehen, wenn sich in sozialen Räumen Dominanzen von rechtsextremen oder/und rassistischen Milieus herausbilden oder anderweitig demokratiefeindliche Stimmungen sich verfestigen.

Fachinstitutionen der Demokratieentwicklung, die sich u.a. mit Rechtsextremismus auseinandersetzen, haben sich dieses Problems bereits angenommen. So schreibt „Ostkreuz“, die Mobile Beratung für menschenrechtsorientierte Demokratie in Berlin: Sozialräume stellen eine „sinnvolle Bezugsgröße Mobiler Beratungsarbeit gegen Rechtsextremismus dar.“ Sozialräume „bieten den Vorteil, dass nicht selten bereits funktionierende Vernetzungen bestehen (z.B. regelmäßige Sozialraum- oder Ortsteilkonferenzen), an die angeknüpft werden kann. Darüber hinaus sind Sozialräume für die Akteure relativ überschaubar und die Beratungsarbeit kann konkret an der Lebenswelt dieser, d.h. an ihren Bedürfnissen und Interessen ansetzen. [] Sozialräume sind ebenfalls wie Angstzonen gewachsen, dynamisch. Hierin liegt auch ihre Chance auf Veränderung. Diese Prozesse anzuschieben, zu begleiten und zu unterstützen ist zentrale Aufgabe Mobiler Beratung.“⁴³⁰

Bezogen auf den Bezirk Mitte zeigt sich die Bedeutung der Sozialräume schon in den zahlreichen Diskussionen um den „Soldiner Kiez“ oder den „Beussel Kiez“. Der Bezirk ist schon durch seine Größe und besonders auch durch seine vielschichtige Geschichte nicht als ein Sozialraum zu begreifen, sondern unterteilt sich in eine Vielzahl von Sozialräumen. Konkrete Strategien der Demokratieentwicklung werden somit in diesen Räumen durch die

⁴³⁰ Vgl. Ostkreuz 2000:12

dortigen AkteurInnen zu entwickeln sein. Dennoch gilt es aus den Erfahrungen der empirischen Analyse einige Punkte für den gesamten Bezirk anzuregen:

12.3. Anregungen für den Gesamtbezirk

Vorbemerkung

Viele Fragen der Demokratiegefährdung können schon aus rechtlichen Gründen nicht in und aus den Bezirken heraus gelöst werden. Dieses betrifft beispielsweise eine Vielzahl von Problemen, die aus der bestehenden Integrationspolitik, dem Staatsbürgerrecht sowie der allgemeinen sozialen und ökonomischen Entwicklung heraus resultieren. Das ZDK gibt somit keinen umfassenden Gesamtkatalog an Maßnahmen vor, sondern konzentriert sich auf bezirksrelevante und (auch finanziell) realisierbar erscheinende Initiativen.

In einer größeren Zahl von Einzelsozialräumen sind zum Teil hitzige Debatten um die Formulierung des örtlichen Gemeinwohls entbrannt. Diese Debatten werden vielleicht im einzelnen nicht immer idealbildlich geführt; stellen aber dennoch ein wesentliches, positives Element einer demokratischen Kultur dar.

Übergeordnete Debatten

Parallel dazu fehlen jedoch öffentliche Debatten zur Zukunft des Gesamtbezirks. Es wird über Probleme und nur noch sehr selten über Perspektiven diskutiert, wohin sich dieser Bezirk insgesamt entwickeln sollte. Vor dem Hintergrund der prekären ökonomischen Situation mag diese Idee vielen geradezu zynisch erscheinen. Dennoch ist eine Debatte um die Zukunft des Bezirks unerlässlich, um zumindest einige Punkte bewusst im Sinne der Demokratieentwicklung zu steuern. Der Bielefelder Wissenschaftler Heitmeyer spricht von der Notwendigkeit einer „Kultur der Anerkennung“ als wesentliches Merkmal einer demokratischen Kultur. Er meint damit, dass alle Menschen eine Form von „Anerkennung“ erfahren müssen, wenn ein Gemeinwohl human gestaltet werden soll. Arbeit ist in der Regel ein wesentliches Merkmal, wie Menschen Anerkennung erfahren. Arbeit ist jedoch nicht für alle vorhanden. Somit ist eine bezirksnahe Debatte um die Frage nach alternativen Formen der „Anerkennung“ der Menschen im Bezirk nötig. Diese Debatte ist dabei nicht Bestandteil des Einwanderungsdiskurses, sondern betrifft alle Menschen im Bezirk und ist somit von allgemeinem Interesse.

Um diese Debatte qualitativ ansprechend und überparteiisch führen zu können, empfiehlt sich die Suche nach allgemein anerkannten und bedeutenden Instanzen, die u.a. den Rahmen für entsprechende Veranstaltungen zur Verfügung stellen könnten. Beispielsweise wäre die Einbindung von Wirtschaftsbetrieben (Schering, Gasag etc.) in entsprechende Vorbereitungen denkbar und wünschenswert.

Konkrete Fragen und Unsicherheiten

In einer Vielzahl von Instanzen wurde in der Erhebungsphase auf zahlreiche grundsätzliche Unsicherheiten und auch Wissenslücken hingewiesen, die im Handlungsalltag an unterschiedlichen Handlungsorten zu Problemen und unnötigen Missverständnissen führten. Zu diesen Themen gehören:

- Demokratie und Demokratieentwicklung
- Was heißt Demokratie als Alltagskultur?
- Kultur islamischen, jüdischen, christlichen Lebens
- Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Religionen, speziell Judentum, Christentum und Islam
- Pluralismus innerhalb des Islam
- Unterscheidung zwischen Islam und Islamismus

- Islamistische Erscheinungsformen im Bezirk
- Formen und Inhalte des modernen Antisemitismus
- Rechtsextreme Erscheinungsformen im Bezirk
- Umgang mit rassistischen oder antisemitischen Parolen
- Fakten zum Nahostkonflikt
- Umgang mit der Opferperspektive palästinensischer MigrantInnen und propagierten antisemitischen Stereotypen
- Optionen einer konstruktiven Migrationspolitik – Modelle anderer Städte / Länder und deren positive / negative Erfahrungen

Wir regen an, dass der Bezirk ein instanzenorientiertes Angebotspapier an Veranstaltungen, Vorträgen und Fortbildungen formuliert, welches von den örtlichen AkteurInnen auf freiwilliger Basis abgerufen werden kann. Der Bezirk bestimmt diesbezüglich qualifizierte ReferentInnen und honoriert sie entsprechend ihrer Leistungen.

Wir versprechen uns von dieser Maßnahme eine grundsätzliche Qualifizierung der Diskurskultur und damit auch eine Stärkung der demokratischen Kultur.

„Tabuthemen“

Quer durch viele Instanzen sind wir immer wieder auf sogenannte Tabuthemen gestoßen. Unter Tabuthemen verstehen wir gesellschaftliche Phänomene, die von bestimmten Instanzen nicht öffentlich diskutiert werden, weil sie Angst vor den Folgen und möglichen Konsequenzen für sich oder andere haben. Tabuthemen müssen somit nicht für alle, sondern für einen Kreis „tabu“ sein. Für den Einzelnen können sie dabei eine enorme Belastung darstellen. In den Interviews kamen diese Themen häufig erst dann zur Sprache, wenn das Mikrophon bereits ausgestellt war oder wenn explizit danach gefragt wurde. Die Nicht-Thematisierung wurde mit unterschiedlichen Ängsten begründet. Dazu gehören:

- Angst vor Deklarierung als Rassist oder Antisemit
- Angst vor zusätzlicher Ausgrenzung von der Mehrheitsgesellschaft
- Angst vor der Meinung und dem Handeln der eigenen Familie bzw. des eigenen sozialen Umfeldes
- Angst vor fehlender Unterstützung und dem Gefühl, alleine gelassen zu werden

Zu diesen Themen gehören u.a. folgende Fragen:

- Ansätze für No go Areas für Juden und Jüdinnen im Bezirk
- Umgang und Thematisierung von Jugendkriminalität
- Zwangsverheiratungen
- Sexismus und Gewalt in Familien
- Auseinandersetzung und Akzeptanz unterschiedlichster religiöser wie nichtreligiöser Lebensformen im Alltag
- Umgang mit Vertretern islamistischer Organisationen

Wir empfehlen dem Bezirksamt, eine überparteiliche Kommission aus VertreterInnen aller demokratischen Parteien und größerer, anerkannter Instanzen des Bezirks einzurichten. Diese stellt das Dach zur Diskussion und zur Suche nach konkreten Lösungs- und Angebotsstrukturen dar. Sie diskutiert die o.g. Fragen, lädt ExpertInnen und Praktiker zu den entsprechenden Themen ein.

Zielsetzungen dieser Diskussionen sind:

- a) Formulierung des Problems
- b) Suche nach praktischen Handlungsansätzen unter besonderer Berücksichtigung einer potentiellen Opferperspektive.
- c) Öffentliche Formulierung und Verkündung der Debattenstränge aus a und b.

12.3.1. Auseinandersetzung mit Antisemitismus

Die Auseinandersetzung mit antisemitischen Ideologien ist angesichts des Umfangs und der Wahrnehmung gerade von jüdischer Seite mit Nachdruck und als ein Schwerpunkt der bezirklichen Politik zu begreifen.

Jenseits klassischer Formen der Aufklärung, Begegnung oder historischer Aufarbeitung ist die Pädagogik der Auseinandersetzung mit antisemitischen Ideologien noch stark unterentwickelt. Wir empfehlen deshalb die Einrichtung einer bezirklichen Arbeitsgruppe aller Interessierten zur Entwicklung konkreter Handlungsstrategien. Dabei sollte auf bestehende Ansätze im Bezirk, z. B. im Bereich Jugend, bzw. in der auch überregional auf dieses Thema spezialisierten Amadeu-Antonio-Stiftung zurückgegriffen werden.

12.3.2. Maßnahmen in ausgesuchten Handlungsfeldern

Im Bezirk existieren bereits eine Vielzahl unterschiedlicher Handlungsansätze und demokratischer Initiativen. Ihr Engagement gilt es zu unterstützen. Ergänzend möchten wir jedoch einige konkrete Anregungen, Erfahrungen und Ideen zur Diskussion stellen, die unterschiedliche Instanzen betreffen:

z. B. Handlungsfeld Jugend

Quer zu den üblichen Jugendclub-, Kultur- und Sportangeboten liegt die Idee des Peer Leader Education. Dieses Programm der in Mitte sitzenden „Regionalen Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule“ strebt eine ausdrückliche und nachhaltige inhaltliche wie methodische Qualifizierung von engagierten demokratischen Jugendlichen an. Sie werden über einen längeren Zeitraum hinweg von professioneller Seite begleitet, lernen auf freiwilliger Basis in zahlreichen Workshops und Seminaren Handwerkszeuge zur Umsetzung ihrer eigenen Ideen und zur Stärkung ihres eigenen Engagements. Dahinter verbirgt sich die Idee, dass Jugendliche sich häufiger an anderen Jugendlichen als an Erwachsenen orientieren. Deshalb zielt dieser Ansatz darauf, Jugendlichen Hilfen zu geben, die ihnen zur Umsetzung ihrer Ideen nützlich sind. Zusammen mit anderen Jugendlichen werden im Rahmen des Programms auch neue Ideen geboren, die sie dann in ihren sozialen Räumen wie Schule, Cliquentreffpunkt etc. umsetzen.

Erste Erfahrungen in den letzten beiden Jahren endeten mit sehr überzeugenden Ergebnissen und allgemeiner Zufriedenheit auf Seiten aller Beteiligten. Für den Bezirk wäre eine Übertragung dieses bisher berlinweiten Angebotes auf den Bezirk fruchtbar. Gezielt sollten dabei auch Jugendliche mit Migrationshintergrund angesprochen werden. Das Programm müsste entsprechend ihrer Erwartungen und Notwendigkeiten ausgerichtet werden.

z. B. Schulöffnung

Schulen können sich durch eine bewusste Entwicklung ihrer eigenen Ressourcen, Strukturen und Kompetenzen Voraussetzungen für eine nachhaltige Eindämmung demokratiegefährdender Bestrebungen und für eine demokratische Schulkultur schaffen. Das neue Schulgesetz liefert dafür hervorragende Impulse und rechtliche Rahmen. Im Folgenden sollen als Einstieg in die Handlungsvorschläge einige generelle Erfahrungen und Anregungen für die Praxis der Schulentwicklung zusammengeführt werden:

Schulöffnung: Die Schulen sollten sich nach außen öffnen, denn in der Kommune und darüber hinaus agierende Kooperationspartner bilden oft eine unerschöpfliche Quelle interessanter Ressourcen und Anlass zum Austausch von Erfahrungen und Informationen. Besonders für die gemeinsame Entwicklung von demokratischen Werten stellt sich die Öffnung der Schule in die Kommune und natürlich auch die Öffnung der Kommune gegenüber der Schule als unbedingt notwendig dar. Zwischen verschiedenen Schulen können sich z. B. als Kooperationselement (anstelle weit verbreiteter Konkurrenz) auch

Schulnetzwerke herausbilden, in denen eine gemeinsame Praxis zur Stärkung demokratischer Kultur entwickelt wird.

Leitbilder und Schulprogramme: Ein Schritt hin zur Sicherung von Menschenrechten, zur Entwicklung eines Menschenrechtsbewusstseins und entsprechender Aktivitäten kann mit dem gemeinsamen Entwurf eines schulischen Leitbildes beginnen. Ein solches Leitbild sollte aus den Diskussionen zwischen SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern hervorgehen und kann sich in Form von konkreten Aktivitäten in einem Schulprogramm manifestieren. Indem Schülerinnen und Schüler in diese Diskussionsprozesse einbezogen werden, ist ein Schritt getan, dass das demokratische Mandat der Schule für sie erlebbar wird und sich ihre Identifikationen mit dem Schulleben festigen.

Im Rahmen einer solchen Leitbilddiskussion sollten Fragen nach den eigenen Zielen als Schule im Gemeinwesen und auch Fragen, wie: „Welchen Werten und Grundsätzen fühlen wir uns verpflichtet?“ eine Rolle spielen.

Die innerschulische Wahrnehmung von Demokratie kann zum Beispiel durch ein Schulforum, ein aus allen am Schulleben beteiligten Gruppen gewähltes Team, ermöglicht werden.

Dieses sollte in seinem Einfluss auf die Gestaltung des Schullebens und der Schulorganisation gestärkt werden. Hier bestehen auch Möglichkeiten der Einbindung von Eltern und der Aktivierung ihrer Ressourcen zur Stärkung einer demokratischen Schulkultur.

Innerschulische Kommunikationsstrukturen weiterentwickeln: Da mit zunehmender Hierarchie das Wissen über die politischen Einstellungen der Schülerinnen und Schüler, sowie über rechtsextreme oder andere demokratiegefährdende Einstellungs- und Aktivitätspotenziale abnimmt und auch abhängig von der direkten Betroffenheit ist, stellt die Entwicklung von Kommunikationsstrukturen klassenstufenübergreifend und –intern, sowie zwischen SchülerInnen – LehrerInnen – DirektorInnen – bis hin zum Schulrat einen weiteren Schritt in der Schulentwicklung dar.

Flexibilisierung schulischer Strukturen: Indem die Schulen ihre Möglichkeiten nutzen, flexiblere Strukturen zu schaffen, vergrößert sich auch der Freiraum demokratischen Lernens. Dieser Freiraum kann für Projektarbeit oder Praktika genutzt werden, in denen sich die SchülerInnen mit dem Alltag außerhalb der Schule auseinandersetzen. Durch diese pädagogisch begleiteten „Realitätserfahrungen“ ergibt sich wiederum mehr Freiraum zur Entdeckung und Entwicklung individueller Fähigkeiten und Potentiale.

Berufliches Selbstverständnis und Authentizität der PädagogInnen: Lehrerinnen und Lehrer werden von SchülerInnen auch als soziale und demokratische Persönlichkeiten wahrgenommen. In Hinblick auf Prozesse der Schulentwicklung hat es sich bewährt, wenn sich anstelle der weit verbreiteten „Einzelkämpfermentalität“ unter den PädagogInnen Strukturen für pädagogische Teamarbeit entwickeln lassen, die von den SchülerInnen auch durchaus wahrgenommen werden. Außerdem muss überlegt werden, welche Möglichkeiten der praktischen Vertiefung ihres pädagogischen Mandats die Lehrenden sich schaffen können, indem sie z. B. über die Grenzen des Fachunterrichts hinweg sich auch im sozialpädagogischen Bereich mit den SchülerInnen auseinandersetzen.

Qualifizierung und Lehrerfortbildung: Die Lehrerfortbildung sollte zielgenau auf die Profilbildung der einzelnen Schule und auch auf Leitbilddiskussionen und schulprogrammatische Aktivitäten zur Stärkung demokratischer Schulkultur ausgerichtet sein; durch Regionalisierung und Dezentralisierung von Fortbildungsangeboten kann die Schule selbst Prioritäten setzen, die ihr am wichtigsten sind

„Verständnisintensives Lernen“ und Empowerment zur Selbstwirksamkeit: Im Unterricht selbst sollten Nachhaltigkeit und vernetztes Denken in den Vordergrund gerückt werden. Die Komplexität und Differenziertheit der (Lebens)Welt tritt durch dieses Paradigma gegenüber vereinfachenden Erklärungsmustern in den Vordergrund und unterstützt ebenfalls ein demokratisches Bewusstsein. Schülerinnen und Schüler sollen schrittweise die Rolle der

passiv Belehrteten zugunsten der aktiv Gestaltenden verlassen und durch das Angebot neuer Unterrichtsmethoden zu demokratischen Lernprozessen herausgefordert werden.

Vor diesem Hintergrund ist anstrengenswert, dass jede Lehrkraft sich gezielt mit Unterrichtsparadigmen vertraut macht, durch welche die individuelle und kollektive soziale Kompetenz der Lernenden unterstützt wird. Dies steht in einem engen Zusammenhang mit demokratisch-menschenrechtlichem Handeln.

Demokratie lernen und leben – Projektarbeit, Partizipation und Orte demokratischer Entfaltung

Da Jugendliche einen großen Teil ihrer Zeit in der Schule verbringen, kann ohne weiteres angenommen werden, dass Erfahrungen, die sie im schulischen Alltag machen, auch ihre Einstellungen beeinflussen. Frindte und Neumann weisen in diesem Kontext auf interessante eigene Forschungserkenntnisse hin. Sie fanden heraus, dass die Einstellung und Möglichkeit zu Partizipation an schulischen Prozessen einen „direkten Einfluss auf rechtsextreme Orientierungen“ habe:

„Je positiver Partizipation bewertet wird, umso niedriger sind die Werte auf der Rechtsextremismusskala und auch allen Unterdimensionen. [] Auf die Einstellungen zur Partizipation (Bewertung) hat die wahrgenommene Möglichkeit den größten Einfluss. D.h. je mehr Partizipationsmöglichkeiten von den SchülerInnen wahrgenommen werden, umso besser wird Partizipation bewertet, umso geringer sind rechtsextreme Orientierungen ausgeprägt.“⁴³¹

Partizipation bezieht sich dabei auf die Teilhabe der SchülerInnen an der Organisation der Schule, reale Selbst- und Mitbestimmung in der Schule, aber auch auf die Möglichkeit der Partizipation an der Entwicklung des Gemeinwesens.

Mit Blick auf die demokratischen Orientierungen von Schülern und Schülerinnen zeigt sich daher, wie notwendig es ist, langfristig angelegte Lernprozesse, bei denen Erfahrung, Handeln, Wissen und kritisches Urteilsvermögen miteinander verknüpft werden, zu ermöglichen. Ihre Qualität wiederum hängt von der Qualität der Schule als Erfahrungsraum und als „Lernort“ ab. Hier stellt sich die existenzielle Frage, wie ein solcher „Erfahrungsraum“ und „Lernort“ entwickelt werden kann - qualitativ und mit methodischen Innovationen.

Im folgenden soll daher ein Blick auf Ansätze des Demokratielernens gelenkt werden, die mehr oder weniger komplex sind. Viele davon haben als Beispiele guter Praxis bereits Verbreitung gefunden, andere befinden sich selbst noch in der Entwicklung. Verallgemeinert handelt es sich dabei um Konzepte der Projektarbeit, pädagogische Konzepte der Menschenrechts- und Demokratieerziehung und auch um „Demokratie lernen und leben“ im Rahmen veränderter schulischer Strukturen, z. B. durch Schülerclubs.

Projektarbeit im allgemeinen

Mit Blick auf das Spannungsfeld von Projektarbeit und Unterricht soll hier lediglich auf die Position von Jan Hofmann verwiesen werden, der als Direktor des PLIB Brandenburg, die Auffassung vertritt, dass „Demokratie lernen“ nicht als „Zusatzprogramm“ zum alltäglichen Unterricht gelten und der Beliebigkeit von Schulen und Lehrkräften überlassen bleiben könne. Obwohl der Unterricht sicherlich „das Kerngeschäft der Schule“ bleibe, solle das Vorhaben „Demokratie lernen und leben“ sowohl didaktisch als auch methodisch als eine Querschnittsaufgabe betrachtet und möglichst fachübergreifend verankert werden.⁴³²

Da es mittlerweile eine sehr große Anzahl von Projekten unterschiedlicher Qualität gibt, wird in Hinblick auf einzelne Projekte an dieser Stelle nicht weiter in die Tiefe gegangen. Beispiele guter Praxis im Bereich der Projektarbeit sind im Internet z. B. unter www.demokratisch-handeln.de zu finden.

⁴³¹ Frindte/Neumann 2001:15ff

⁴³² Hofmann 2001:58

Nach allgemeinen Erfahrungen aus der Projektentwicklung zeichnen sich „gute Projekte“ durch thematische Relevanz, Aktualität und Nachhaltigkeit aus. Fauser konkretisiert das folgendermaßen:

Die Projekte sollten Themen und Probleme aufgreifen, „die demokratiepolitisch und demokratiepädagogisch relevant (sind), also von grundlegender gesellschaftlicher Bedeutung sind und durch ihre Aktualität auch auf die Erfahrungswelt der Kinder und Jugendlichen Bezug nehmen. Die Themen sind: Demokratie in der Schule; Gewalt; das Zusammenleben und der Umgang mit Minderheiten; Umwelt und Umweltschutz; Auseinandersetzung mit der Geschichte, besonders der Geschichte des NS; Handeln und Mitwirkung in der kommunalen Öffentlichkeit.“⁴³³

Konkrete pädagogische Konzepte

Aufgrund der Vielzahl – und der übrigens auch nicht immer deutlichen Qualität – wird im folgenden noch kurz auf einige pädagogische Konzepte eingegangen, die sich direkt mit den Themenbereichen „Diskriminierung und Rassismus“, sowie „Wege demokratischer Konfliktregelung“ beschäftigen und sich auch in der schulischen Projektarbeit bewährt haben.

„Braunäugig – Blauäugig“ - Ein Workshop gegen Rassismus und Diskriminierung

Bei diesem eintägigen Workshop, der von einer/m ausgebildeten Workshopleiter/in und zwei AssistentInnen durchgeführt wird, werden die Teilnehmenden nach einem willkürlichen körperlichen Merkmal in zwei Gruppen aufgeteilt - in Braunäugige und Blauäugige. Die Braunäugigen werden für besser und intelligenter erklärt und mit Privilegien ausgestattet, die den Blauäugigen vorenthalten werden, indem sie als schlecht, minderwertig und dümmer abqualifiziert werden.

Viele der Blauäugigen spüren in dieser Übung erstmalig, was es heißt, aufgrund der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe diskriminiert zu werden. Die Workshop-Leitung achtet dabei darauf, dass möglichst viele der in der Gesellschaft auftretenden Diskriminierungsformen „erfahrbar“ gemacht werden. Struktureller Rassismus wird ebenso thematisiert wie institutioneller. Auch die vielfältigen, oft subtilen Formen des Alltagsrassismus werden auf die Gruppe der Blauäugigen übertragen.

Die Workshopteilnehmer können sozusagen am eigenen Leib erfahren, wie alltäglicher Rassismus und Machtstrukturen funktionieren und welche Auswirkungen diese sowohl auf die Betroffenen wie auch diejenigen haben, die diskriminieren oder Diskriminierungen zulassen. Hintergrund der Übung ist eine Theorie emotionalen Lernens, ein an der ganzen Person orientierter Ansatz. Die Teilnehmenden werden mit eigenen Vorurteilen und ihrer Verantwortlichkeit zur Bekämpfung von Rassismus konfrontiert. Der Workshop gibt Einblicke in die vielfältigen Formen von Diskriminierung und notwendige Veränderungen auf individueller sowie gesellschaftlicher Ebene.

An den Workshop schließen sich mehrere Auswertungsrunden und Diskussionen an, in denen die Notwendigkeit einer aktiven Einmischung gegen Diskriminierung und Rassismus reflektiert wird.⁴³⁴

Weitere Konzepte:

„Blauäugig-Braunäugig“ kann ebenfalls eingebunden werden in längerfristige Schulprojekte bzw. Schulprogramme (z. B. „Schule ohne Rassismus“), in denen relevante Themen in der Auseinandersetzung mit Demokratie, Menschenrechten bzw. Problemen, wie Diskriminierung, Rassismus, Gewalt aufgearbeitet werden. Dies kann z. B. mit dem Ansatz der antirassistischen Spielepädagogik geschehen, die sich als ein Weg, gesellschaftspolitische Konflikte persönlich erfahrbar zu machen, versteht: „Bei der Spielepädagogik im Rahmen antirassistischer Bildungsarbeit geht es darum, den Teilnehmenden Anregungen zu geben, sich selbst und ihre Umgebung zu reflektieren und

⁴³³ Fauser 2001:18

⁴³⁴ vgl. Detailinformationen im Internet unter www.eyetoeye.org

neue Denk- und Handlungsmöglichkeiten zu eröffnen.“ (Dorothea Schütze). Didaktische Elemente sind hier u.a. Rollenspiele, Planspiele, Bewegungs- und Sensibilisierungsspiele, die einzelne Themen des Zusammenlebens (Medien, Politik, Kriminalisierung, Arbeitsmarkt, Asyl, Gesetzgebung, unterschiedliche Lebensweisen, etc.) berühren.

Ein anderer Ansatz erfahrungsorientierten Lernens im Kontext von Demokratie und Menschenrechten sind Trainings zu „Gewaltfreiem Handeln und Zivilcourage“. Schwerpunktmäßig geht es bei solchen Trainings darum, dass die Teilnehmenden in Rollenspielen und praktischen Übungen gewaltfreie Handlungsformen erarbeiten und darüber auch ihre Kompetenz zur konstruktiven Konfliktaustragung im Alltag erweitern. Konkrete Inhalte können dabei z. B. Zivilcourage und deeskalierendes Eingreifen in Bedrohungssituationen; sowie Umgang mit Situationen von Diskriminierung, Bedrohung und Gewalt im Alltag sein.⁴³⁵

Des weiteren ist besonders für höhere Klassen, in denen ein Interesse an der argumentativen Auseinandersetzung mit diskriminierenden Äußerungen besteht, z. B. in Form von Sprüchen, Parolen und verbal geäußerten Vorurteilen, auch der Ansatz des Argumentationstrainings interessant, in dem Zivilcourage mit Schwerpunkt auf der Ebene verbaler Auseinandersetzung trainiert werden kann.⁴³⁶

Ansonsten existieren mittlerweile Ansätze im Bereich der Projektschulstage, wie das Netzwerk „Demokratie und Courage“, in dessen Rahmen junge Erwachsene als MultiplikatorInnen selbst an Schulen gehen und zu den Themen Rassismus, Rechtsextremismus, Demokratie im Alltag mit SchülerInnen arbeiten. Übergreifende Konzepte, wie „Schule ohne Rassismus“ können als Herausforderung verstanden werden, selbst unterschiedliche Projektformen zu entwickeln und dabei von externen Fachkräften Unterstützung zu bekommen.⁴³⁷

Ein weiteres Konzept der Demokratieerziehung, welches sich auch als Schulprojekt – eher für höhere Klassen – eignet, ist das in Israel entwickelte Programm „Betzavta/ Miteinander“. Im Gegensatz zu den traditionellen Methoden der politischen Bildung, wie zum Beispiel Vorträge, Pro- und Contra-Streitgespräche oder Debatten im Plenum, liegt der Schwerpunkt bei diesem Konzept auf Übungen, in denen sowohl Wissen über das Funktionieren politischer Zusammenhänge vermittelt wird, aber gleichzeitig auch die Vorteile und die Notwendigkeit demokratischer Entscheidungsprozesse erfahrbar werden. Die zentrale Botschaft des Programms lautet: „Alle Menschen haben das gleiche Recht auf Freiheit“. In diesem Kontext kommen Übungen zum Einsatz, die sich mit den Themen „Demokratische Prinzipien“, „das Verhältnis zwischen Mehrheiten und Minderheiten“, „Grundrechte – Menschenrechte“ bis hin zu „Wegen demokratischer Konfliktregelung“ beschäftigen, und bei denen es sich um eine abwechslungsreiche Mischung von eher kognitiven und eher spielerisch angelegten Übungen handelt.⁴³⁸

Neben den bisher genannten Konzepten gibt es weitere, die sich z. B. mit interkulturellen Perspektiven beschäftigen und auch für den Einsatz an Schulen entwickelt worden sind. Dazu gehört z.B. „Das sind wir“, ein „Unterrichtspaket“, welches von der Anne-Frank-Stiftung (NL) entwickelt wurde und Jugendlichen von 13 bis 16 Jahre dabei helfen soll, „die Verschiedenartigkeit, mit der sie im täglichen Leben konfrontiert werden, sei es nun hinsichtlich ethnischer oder sozialer Herkunft, sexueller Dispositionen oder der Hoffnungen und Erwartungen, mit denen sie ihrer Zukunft entgegensehen, positiv zu bewältigen. Als Leitlinie dient das Motto Selbstachtung und Achtung für andere.“ Das Material ist gemeinsam mit pädagogischen Einrichtungen aus Deutschland, Luxemburg und Österreich entwickelt

⁴³⁵ vgl. auch www.kurvewustrow.org (Homepage der Kurve Wustrow – Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion e.V.)

⁴³⁶ vgl. Klaus-Peter Hufer: Argumentationstraining gegen Stammtischparolen. Wochenschau Verlag. 2000

⁴³⁷ vgl. www.Netzwerk-Courage.de

⁴³⁸ vgl. Ulrich/Henschel/Oswald 1999

worden und lässt daher auch die Unterschiede in der Lebenswelt europäischer Jugendlicher erkennen.⁴³⁹

Im Kontext des historisch-politischen Lernens hat das Fritz-Bauer-Institut (Studien- und Dokumentationszentrum zur Geschichte und Wirkung des Holocaust) das Konzept „Konfrontationen“ entwickelt, welches ebenfalls für Schulprojektarbeit empfehlenswert ist. Dabei handelt es sich um Bausteine für die pädagogische Annäherung an Geschichte und Wirkung des Holocaust. Aus der Erfahrung heraus, dass eine pädagogische Arbeit im Themenfeld „Nationalsozialismus und Holocaust“ meist im Zusammenhang mit „Moralerziehung“ und „Unterweisung“ in demokratischen Grundüberzeugungen gedacht wird, weisen die HerausgeberInnen des Konzepts darauf hin, dass „der Holocaust aber keine Fallstudie für Moralerziehung“ sein könne: „Wird dieses historische Ereignis vielmehr in pädagogischen Prozessen angesprochen, so sind ethische und familienhistorische Fragen als Voraussetzung immer mit thematisiert. Dass es dabei um emotional ergreifende Themen geht, die immer wieder zu Vergleichen mit heutigen Situationen, Gefahren und Ängsten anregen, muss nicht erläutert werden. Emotionalität und die Verunsicherung über moralische Grundüberzeugungen richtet sich bei der Beschäftigung mit dem Holocaust in deutschen Schulen zugleich auf die Vergangenheit und auf die heutige gesellschaftliche Situation, in der das Lernen stattfindet.“

In der Arbeit mit dem Konzept wird daher bei den Alltagserfahrungen der Einzelnen in der Gegenwart begonnen, Entscheidungssituationen im historischen Alltag werden in ihrer Komplexität und Relevanz für heutiges Handeln reflektiert: „Ziel ist die Erkenntnis, dass das eigene Alltagshandeln Einfluss auf soziale Prozesse und die Wahrung der Menschenrechte hat.“⁴⁴⁰

„Konfrontationen“ wird im Gesamtzusammenhang als ein pädagogisches Konzept für die schulische und außerschulische Bildung dargestellt. Es besteht aus Fortbildungsveranstaltungen mit Werkstattcharakter, Beratung von Schulen und Bildungsträgern, einem Medienangebot und der Reihe „Bausteine für die pädagogische Annäherung an Geschichte und Wirkung des Holocaust“

12.3.3. Demokratie leben und lernen an Orten demokratischer Entfaltung

a) KITA und Grundschule: Anregungen zur Praxisentwicklung

Über die Notwendigkeit einer möglichst frühzeitigen Prävention autoritärer Einstellungen, rassistischer Vorurteile und rechtsextremer Grundhaltungen ist sicherlich wenig zu streiten. Erfahrungen in diesem Bereich, gibt es zwar, sie sind aber zum Teil noch sehr jung und wenig systematisiert. In diesem Sinne soll hier kein tradiertes Projekt vorgestellt werden, sondern das Thema der Prävention im Elementarbereich mit konzeptionellen Fragen angerissen werden, und durch das Modellprojekt der RAA Berlin „Demokratie leben im Elementarbereich“ soll zur eigenen Ideenentwicklung angeregt werden.

Während der Vorbereitung für dieses Projekt wurden Workshops durchgeführt, in denen sich die Beteiligten zwei Schlüsselfragen widmeten, die für PraktikerInnen dieses Bereichs überall relevant sind: Wie kann ein Projektkonzept aussehen, „das an der Lebenssituation von Kindern ansetzt, gleichermaßen intervenierend, wie gestaltend wirkt und auf zwei Gefährdungen von Demokratie reagiert: „social exclusion“ von Kindern, Jugendlichen und Familien und das Ethnisieren von Konflikten?“

Aus den intensiven Diskussionen der Projektvorbereitung heraus wurde folgender – in Fragen formulierter – Praxisrahmen für ein Projekt „Demokratie lernen im Elementarbereich“ entwickelt.⁴⁴¹

⁴³⁹ vgl. www.annefrank.nl

⁴⁴⁰ vgl. Kössler/Mumme 2000

⁴⁴¹ vgl. Wenzel 2001

1. Wie kann eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen Eltern, Kindern, LehrerInnen und ErzieherInnen an einem Lernort (mit der Sicht auf Beteiligungsformen und ihre Belastbarkeit in schwierigen Situationen) etabliert werden?
2. Wie kann die Position von Minderheiten und Benachteiligten (mit der Sicht auf Selbstwirksamkeit vor dem Hintergrund sozialer Ausgrenzung) gestärkt werden?
3. Wie ist interkulturelles Lernen möglich (mit der Sicht auf kulturell weitgehend homogene Lerngruppen)?
4. Wie kann eine Zusammenarbeit der Institutionen Schule, Hort, Kindertagesstätte (mit der Sicht auf Übergänge, auch die alltäglichen, und den Verlust oder das Missachten bereits erworbener sozialer Kompetenzen) aussehen?
5. Wie ist ein Erfahrungsaustausch über die Grenzen der Kita, der Schule hinaus (mit der Sicht auf Fortbildungslücken und situative Beratung) möglich?
6. Wie ist ein Stadtteilbezug (mit Sicht auf Wohnviertel mit massiven sozialen Problemlagen, und das demokratische Potential in der Kommune) möglich?

Ein Praxisrahmen dieser Art sollte grundsätzlich bei Bemühungen, demokratisches Lernen im Elementarbereich zu entwickeln, berücksichtigt werden.

Des weiteren soll an dieser Stelle noch auf einige pädagogisch relevante Fragen für Projekte des Demokratielearnens mit Kindern eingegangen werden:

- Wie werden in dem Projekt alltägliche Lebensbereiche von Kindern (beispielsweise Pausen, Begrüßungen, das Frühstück, Ausflüge etc.) gestaltet? Erfolgt dies kooperativ im Kollegium der PädagogInnen und wo werden die Kinder einbezogen? Welche Elemente der aktiven Beteiligung an Entscheidungen, des Entwickelns von Kompetenz zum Aushandeln oder/ und zum Klären von Prinzipien des Zusammenlebens enthalten die Projekte?
- Inwieweit sind Lernsituationen so beschaffen, dass Kinder sich die Zeit zur Auseinandersetzung mit Erwartungen, Rollenmustern etc. nehmen, Handlungsmotive anderer, deren Sicht der Dinge wahrnehmen, eigene Handlungsziele auch mit Blick auf Zweifel, Widersprüche begründen können?
- Ist das Projekt für Kinder in dem Sinne fordernd, dass es sie in neuen, über Bisheriges hinausgehende Lernsituationen dazu ermutigt, soziale Kompetenzen zu erweitern?
- Hält das Projekt Unsicherheiten und Unstimmigkeiten während der Aushandlungsprozesse aus?
- Erhalten die Kinder Rückmeldungen, die ihnen zeigen, wie ihre Handlungen und Begründungen eingeschätzt werden? Erfahren die Kinder die Wirksamkeit ihrer Aushandlungen?
- Spiegelt das Projekt ein gemeinsames Interesse von Kindern, ErzieherInnen, LehrerInnen, Eltern wider? Welche Aushandlungsprozesse machen das deutlich?
- Wirken Personen, die das Umfeld der Kindertagesstätten und Schulen repräsentieren an dem Projekt mit?
- Bezieht sich das Projekt auf die besondere Situation im Umfeld der Kindertagesstätten und Schulen?

Auch andere Projekte aus dem Elementarbereich beziehen diese Erfahrungen mit ein. Das Projekt „Kinderwelten“ (unter Projekträgerschaft des Institutes für den Situationsansatz der FU Berlin) bemüht sich z. B. eine pädagogische, eine ökonomische und eine psychologische Sichtweise zu integrieren.⁴⁴² Pädagogisch fließen im Situationsansatz ein erweitertes interkulturelles Verständnis, das Konzept „wechselseitiger Anerkennung“ und ein aus den Vereinigten Staaten adaptierter Ansatz der „vorurteilsbewussten Erziehung“ (anti-bias-approach) zusammen. Mit Blick auf ökonomische Aspekte wird betont, dass es auch in der Kita-Arbeit darum gehe, „sich auf die Entwicklung einer unternehmerischen Kultur einzulassen: Im Leben der Kinder geht es darum, solche Eigenschaften und Fähigkeiten zu

⁴⁴² www.ina-fu.org

fördern, die Eigenaktivität und Initiative zulassen. Es geht darum, Kinder zu unterstützen, erfinderisch und ideenreich zu sein, selbst etwas zu tun.“⁴⁴³

b) Schülerclubs: Orte demokratischen Lernens an der Schnittstelle von Jugendarbeit und Schule

Das Konzept „Demokratie lernen und leben“ in der Schule sollte sich auch in Orten widerspiegeln, die als Lernorte und Experimentierfelder den SchülerInnen in diesem Sinne zur Verfügung stehen. Ein empfehlenswerter Ansatz sind Schülerclubs, die als Schnittstelle zwischen Schule und Jugendarbeit zu betrachten sind und die sowohl eine Bereicherung der Schulkultur als auch eine Unterstützung für demokratische Jugendkultur darstellen können.

Britta Kollberg, RAA Berlin, betont, dass Schülerclubs seit Mitte der 90er Jahre ein „integraler, fester und verlässlicher Bestandteil vieler Schulen in ihrer Arbeit geworden“⁴⁴⁴ sind.

Schülerclubs sind Jugendeinrichtungen, die mit der Kommune kooperieren, von einem Träger der Jugendhilfe getragen werden und dennoch unter dem Schutz der Schule stehen. Ihre inhaltliche Arbeit entwickeln sie gemeinsam mit den dort zu erreichenden und engagierten Jugendlichen. Projektarbeit in Schülerclubs kann auf diesem Wege in die Schule hineinwirken, ein positives Schulklima unterstützen und auch in das Gemeinwesen hinauswirken. Schülerclubs können also als Ansatz der Schulöffnung im Sinne von Community Education verstanden werden.

Schülerclubs sind vor allem als Ort „demokratischer Entfaltung“ gedacht, Jugendliche in Schülerclubs sollten eine demokratisch verfasste Satzung erarbeiten, die den Schutz von Minderheiten ausdrücklich betont. Zu bedenken sind auch spezielle Regelungen für geschlechtsorientierte Gleichberechtigungen.

Clubräte sollten das Programm des Clubs gestalten, Eigeninitiative fördern und regelmäßig mit Jugendlichen anderer Clubs in Erfahrungsaustausch treten.

Sie gelten als ein Beitrag, Jugendliche zur Übernahme sozialer Verantwortung in ihrem Umfeld zu animieren.

In Interviews wurde immer wieder darauf hingewiesen, dass in vielen Orten Kommunikationszentren fehlen. Schülerclubs können auch in diesem Kontext ein Beitrag sein, wenn sich ein Kiez entscheidet, die Schule zu einem regionalen Bildungs- und Gemeindezentrum zu erweitern. Schulische Räume können – wenn sich eine Kooperation zwischen Schule und Gemeinde dahingehend entwickelt – außerhalb des Unterrichts und vielleicht auch während der Unterrichtszeit für andere Bevölkerungsgruppen geöffnet werden. In anderen Ländern ist dieses Konzept der „Community School“ schon längst Praxis (z. B. England), und in der Schule fließen auf diesem Weg verschiedene Ressourcen zusammen, die den Menschen im Kiez zugute kommen. Auch die Auseinandersetzung mit rechtsextremen oder anderen demokratiegefährdenden Bestrebungen, kann auf diesem Weg strukturell unterstützt werden.

c) Schülerinitiativen: Unterstützung demokratischer Selbstorganisation

Schulische Ansätze des Lernens und Lebens von Demokratie setzen immer wieder Impulse für Schülerinnen und Schüler, sich mit solchen Themen eigenständig weiter zu beschäftigen. Daher sollte es auch ein pädagogisches Selbstverständnis sein, Initiativen von Schülern und Schülerinnen, die ein Interesse an der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus, Menschenrechten und relevanten Themen der Demokratie zeigen zu unterstützen. Schülerinitiativen oder Projektgruppen, die sich herausbilden, können im Schulclub ihr Zuhause finden. Für ihre Unterstützung ist es meist unerlässlich, dass es LehrerInnen gibt, die ihr Engagement ernst nehmen und auch außerhalb des Unterrichts ansprechbar sind. Wenn sich z. B. eine Initiative von SchülerInnen herausbildet, die mit den

⁴⁴³ Lipp-Peetz, C.: Kindersituationen erkennen, Handlungsfähigkeit entwickeln – Unternehmensgeist in der Arbeit mit Kindern. Aus einem Vortrag auf dem KTK-Bundeskongress „Die Zukunft lernt im Kindergarten“ vom 31.5.-2.6.1999. s.a. www.caritas.de

⁴⁴⁴ RAA Berlin (Hrsg.): Alles unter einem Dach – Dienstleistungen für Demokratie (Interkulturelle Beiträge 25), Berlin 2000, S.12

Mitteln des Theaters das Thema der „Zivilcourage“ bearbeiten möchten, zeigt sich sehr deutlich, welche inhaltliche und praktische Unterstützung hier benötigt werden könnte: ein Raum zum Treffen und Planen, wertschätzende und fachliche Unterstützung ohne die Initiative zu dominieren, Ressourcen unterschiedlicher Art bis hin zu Sponsoren aus der Gemeinde. Lehrer und Lehrerinnen, die solchen Schülerinitiativen begleitend zur Seite stehen, sollten durch ihre Schule auch die Möglichkeit und Anerkennung bekommen, indem sie z. B. weniger für Vertretungsstunden eingeplant werden.

z. B. Parteien

Nach dem Grundgesetz wirken die politischen Parteien an der politischen Willensbildung mit. Unsere Verfassung schreibt ihnen somit eine sehr Diskursbezogene Rolle zu, die sie im Alltag häufig bereits verloren haben. Trotzdem sammeln Parteien politisch interessierte BürgerInnen. Ihre Veranstaltungen dienen der Meinungsbildung von zahlreichen MultiplikatorInnen. Wir empfehlen deshalb auch den Parteien, sowohl parteiinterne als auch öffentliche Veranstaltungen zu den Themenfeldern dieser Studie anzubieten. Dabei sollen folgende Punkte erreicht werden:

- Sensibilisierung für demokratiegefährdende Phänomene
- Beschreibung konkreter Problemsituation und deren Analyse
- Suche nach konkreten Lösungsmöglichkeiten, die in die politische Praxis der Parteien einfließen können

Wir legen den Parteien die Annahme von Hilfen externer ExpertInnen nahe. Dadurch könnten Parteien eventuell auch wieder grundsätzliches Vertrauen der BürgerInnen gewinnen, wenn sie offen an der Lösung von Bezirksproblemen arbeiten, ohne sich dabei auf Fragen des strategischen Machtkampfes untereinander zu konzentrieren.

12.4. Community Coaching – Vom Diskurs zur Praxis

Auch das ZDK möchte sich mit dieser Studie nicht aus dem Bezirk verabschieden. Im Gegenteil:

Der eigentliche Coaching-Prozess, der im Allgemeinen nach der Fertigstellung der Studie beginnt, beinhaltet verschiedene Phasen und Schritte. Im Folgenden eine etwas idealtypische Skizze:

Nach der Fertigstellung der Studie werden die Ergebnisse der Analyse einer möglichst breiten Öffentlichkeit vorgestellt und von ihr möglichst intensiv diskutiert. Verschiedene Partner können dabei zusammenwirken und eigene Perspektiven einbringen.

Community Coaching fördert in der Kommune eine Diskussion, die folgenden Zielen dient:

- die Sensibilisierung derjenigen, die bisher keine und / oder nur unzureichende Wahrnehmungen bezüglich der Thematik hatten
- eine möglichst breite Verständigung über die realen Problemsituationen
- eine Stärkung derjenigen, die sich auch bisher schon für Demokratie und Menschenrechte engagiert haben (Empowerment)

Ein solcher Diskurs kann aktivierend und inspirierend sein und als Katalysator für Veränderungen auf verschiedenen Ebenen wirken. Community Coaching ist es in dieser Phase ein zentrales Anliegen, dass sich eine Diskurskultur entfalten kann, in der Perspektivenwechsel möglich sind und Kontroversität. Demokratie ist streitbar und sollte es auch vor Ort sein können. Auf inhaltlicher Ebene geht es uns in dieser Phase um eine systematische Problematisierung von Herausforderungen demokratischen Handelns, um einen anhaltenden Diskurs über Schwierigkeiten, Aufgaben, der Nachhaltigkeit und Chancen der kommunalen Demokratieentwicklung.

BürgerInnen, Jugendliche und Erwachsene, kommunale AkteurInnen und Fachkräfte aus verschiedenen Bereichen bekommen die Gelegenheit, ihre bisherigen Wahrnehmungen zu erweitern und sich mit der Erfahrungswelt anderer Menschen auseinanderzusetzen, die Angehörige von Ausgrenzung betroffener Minderheiten oder Opfer rechtsextremer, antisemitischer, rassistischer oder auch sexistischer Gewalt sind. Im besten Fall erreicht dieser Diskurs nicht nur eine Stärkung derjenigen Personen, die bisher schon an der Thematik gearbeitet haben (Gewinn an Einfluss und Anerkennung), sondern führt auch zur Anerkennung der Erfahrungsrealität der betroffenen Minderheiten und zur Verbreiterung der zivilgesellschaftlichen Aktionsbasis für demokratische Kultur in der Kommune.

Um konstruktiv einen solchen Prozess voranbringen zu können, ist uns die Betonung unserer Unabhängigkeit und die Rolle als externer Partner wichtig. Dies gibt uns die Freiheit, Probleme auch dann zu benennen, wenn ihre Formulierung im Bezirk nicht immer gerne gehört wird. Und sie verwahrt uns vor dem potenziellen Vorwurf, einseitig interessegeleitet oder parteipolitisch abhängig zu sein. Parteiisch sind wir bewusst nur in zwei Punkten:

- 1.) In der strikten Ablehnung rechtsextremer, menschenverachtender oder anderer antihumanistischer geistiger Strömungen und Erscheinungsformen
- 2.) in der Befürwortung demokratischer Wertvorstellungen

Nachhaltigkeit durch demokratisch-zivilgesellschaftliche Strukturen im Gemeinwesen fördern
Community Coaching versucht, langfristige Handlungsstrategien anzuregen und auch das Nachdenken über Leitbilder und Visionen des gesellschaftlichen Zusammenlebens zu stimulieren. Ziel ist nicht das Zählen von Rechtsextremisten, Antisemiten oder Islamisten, sondern eine nachhaltige Demokratieförderung in der Kommune, die von so vielen AkteurInnen wie möglich getragen wird. Auf diesem Weg soll die Basis für die Gestaltung einer breiten und pluralistischen Zivilgesellschaft gelegt werden.

Öffentlicher Diskurs – Fachdiskussion – lokaler Bezug

Unser Angebot, die Studie im Detail zu diskutieren, richtet sich an alle Interessierten in Mitte / Tiergarten / Wedding und im Berliner Raum. Als AutorInnen sind wir bereit dazu und auch interessiert daran, im Sinne einer inhaltlichen Diskussion die Studie in vielfältigen Gremien, Einrichtungen, Arbeitskreisen, Gesprächsrunden vorzustellen. Wir können über die inhaltlichen Ergebnisse, den konzeptionellen und methodischen Ansatz und die perspektivischen Möglichkeiten der Arbeit mit der Kommunalanalyse berichten. Ausgehend davon ist es möglich, in den entsprechenden Kontexten gemeinsam in eine zukunftsbezogene Diskussion zu gehen und auch zu überlegen, welche Schlussfolgerungen aus den Analyseergebnissen gezogen werden können.

Im Folgenden geben wir einen Überblick über das Spektrum der Kontexte, in denen eine solche Diskussion möglich wäre - die Liste ist mit Sicherheit nicht vollständig:

- ⇒ Bezirkspolitik/Demokratische Parteien und ihre Jugendorganisationen
- ⇒ Mitglieder des Deutschen Bundestages und des Abgeordnetenhauses von Berlin mit Wahlkreis in den Schwerpunktbezirken
- ⇒ BVV/Ausschüsse der BVV, z.B.
 - Bildung
 - Gesundheit und Soziales
 - Integration und Migration
 - Jugendhilfeausschuss
 - Kultur
 - Sport
 - Wirtschaft und Arbeit

- ⇒ Bezirksamt – Verwaltung
 - Bezirksamtskollegium
 - Beauftragte (Migrationsbeauftragte, Gleichstellungsbeauftragte, Behindertenbeauftragte)
 - Ämter, Fachbereiche und Regionale Dienste
- ⇒ LehrerInnen, SchülerInnen und Eltern, sowie deren Gremien; Landesschulamt/ Außenstelle Landesschulamt; schulbezogene Projekte
- ⇒ Jugendsozialarbeit (Jugendfreizeiteinrichtungen und Straßensozialarbeit)
- ⇒ Projekte der Arbeit mit Kindern und Familien
- ⇒ soziale Zentren/Nachbarschaftseinrichtungen; SeniorInnenprojekte
- ⇒ Kultur- und Bildungseinrichtungen
- ⇒ Beratungsdienste; lokale Interessensgemeinschaften und Vereine
- ⇒ Sportvereine und sportbezogene Projekte
- ⇒ Kirchengemeinden und Glaubensgemeinschaften
- ⇒ Wirtschaft, Wirtschaftskreis und Wirtschaftsunternehmen
- ⇒ Wohnungsgesellschaften
- ⇒ Projekte der Ausbildungsförderung, arbeitsmarktbezogene Projekte
- ⇒ Polizei
- ⇒ Justiz (Bewährungshilfe u.a.)
- ⇒ Lokale Medien
- ⇒ Fachhochschulen (ASFH u.a.) Kommunale Netzwerke, lokale (Basis-)Initiativen und Projekte, sowie engagierte Einzelpersonen und Gruppen

Die Formen der Diskussion sind flexibel und können gemeinsam vereinbart werden. Während sich manchmal eher eine Dienstberatung anbietet, ist es mitunter sinnvoller, die Form eines Workshops oder einer Fortbildung o.ä. zu wählen. In der Regel bieten wir diese Angebote im Rahmen unserer personellen und zeitlichen Möglichkeiten so an, dass sie an finanziellen Fragen nicht scheitern.

Stadtteil und Sozialraumbezug - Angebot der Diskussion vor Ort

Ebenso relevant, wie die Diskussion der Studie in den politischen und fachlichen Gremien, in Einrichtungen und Projekten, ist eine zivilgesellschaftliche Diskussion vor Ort. Auch diese dient der Sensibilisierung und der Entwicklung von Handlungsstrategien. Thematische Vernetzung und die Stärkung von Kooperationen sind beabsichtigte und gewünschte Effekte in diesem Prozess. Seitens des Projektbereichs Community Coaching besteht daher das Angebot, in den

- Stadtteilen
- Sozialräumen
- Nachbarschaften/Quartieren

die Kommunalanalyse vorzustellen.

Dem liegt die Erkenntnis zugrunde, dass eine Verknüpfung von sozialräumlicher Orientierung und Demokratieorientierung notwendig ist. Die Studie hat verdeutlicht, dass bei übergreifend ähnlichen Problemlagen es dennoch sehr spezifische Situationen in den einzelnen Stadtteilen, Sozialräumen und im Wohnumfeld gibt. Darüber in die Diskussion zu gelangen und gemeinsam zu überlegen, was das für die Situation vor Ort bedeutet, ist dabei das Ziel. Besonders produktiv kann dieser Schritt sein, wenn diejenigen AkteurInnen sich beteiligen können, die vor Ort auch aktiv und mit den konkreten Problemen konfrontiert sind. Das schließt natürlich gesellschaftliche Minderheiten, marginalisierte Gruppen und ihre Perspektive ganz klar ein.

Nachwort zur Studie

Wir wollen an dieser Stelle nicht die Ergebnisse der Studie wiederholen. Hoffentlich spricht sie für sich und befruchtet die Demokratieentwicklung vor Ort.

Das „Zentrum Demokratische Kultur“ ist verschiedenen Personen und Organisationen zu Dank verpflichtet. Dazu gehören:

- Unserem Auftraggeber, der Senatsverwaltung für Soziales und Gesundheit, sowie dem Büro des Integrationsbeauftragten.
- der Bezirksbürgermeister Herr Zeller für seine hilfreiche und konstruktive Unterstützung
- Herr Wolf Müller, Integrationsbeauftragter des Bezirks Mitte
- Den Parteien der Bezirksverordnetenversammlung, die geschlossen das Projekt mittrugen und dem ZDK freundliche Hilfe leisteten.
- Unseren zahlreichen InterviewpartnerInnen, ohne die diese Studie nicht möglich gewesen wäre.

Literatur

- **Abendroth, Wolfgang** (1988); Einführung in die Geschichte der Arbeiterbewegung. Von den Anfängen bis 1933, 2. Auflage, Heilbronn
- **Abgeordnetenhaus Berlin**, Drucksache 15 /11 124, Kleine Anfrage: Befreiungsbescheinigungen der Islamischen Föderation Berlin, eingegangen beim Abgeordnetenhaus am 16. Dezember 2003
- **Adorno, Theodor W.** (1995); Studien zum autoritären Charakter, Frankfurt
- **Adorno, Theodor W.** (1971); Zur Bekämpfung des Antisemitismus heute, in: ders.; Kritik. Kleine Schriften zur Gesellschaft, Frankfurt, S. 105-133
- **Alemann, Ulrich von** (1995); Politikwissenschaftliche Methoden, Opladen
- **Angenendt, Steffen** (2003); Einwanderung und Rechtspopulismus. Eine Analyse im europäischen Vergleich, in: Internationale Politik, Nr. 4, S. 3-12
- **Arendt, Hannah** (1986); Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft, München / Zürich
- **Backes, Uwe** (1989); Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie, Opladen
- **Backes, Uwe / Jesse, Eckhard** (1993); Politischer Extremismus im vereinten Deutschland, Bonn
- **Bayer, Jozsef** (2002); Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Ostmitteleuropa, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Nr. 31, S. 265-280
- **Beck, Ulrich** (1986); Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt
- **Beck, Ulrich** (1997); Was ist Globalisierung?, Frankfurt
- **Beck, Ulrich / Beck-Gernsheim, Elisabeth** (1994); Individualisierung in modernen Gesellschaften, in: Beck, Ulrich / Beck-Gernsheim, Elisabeth (Hrsg.); Riskante Freiheiten, Frankfurt
- **Beck-Gernsheim, Elisabeth** (1994); Auf dem Weg in die postfamiliale Familie – Von der Notgemeinschaft zur Wahlverwandtschaft, in: Beck, Ulrich / Beck-Gernsheim, Elisabeth (Hrsg.); Riskante Freiheiten, Frankfurt
- **Beck, Ulrich / Erdmann, Ulf** (1997); eigenes Leben. Ausflüge in die unbekannte Gesellschaft, in der wir leben, München
- **Bentley, Arthur F.** (1908); The Process of Government. A Study of Social Pressures, Evanston
- **Benz, Wolfgang / Bergmann, Werner (Hrsg.)** (1997) Vorurteil und Völkermord. Entwicklungslinien des Antisemitismus, Bonn
- **Bernhardt, Michael** (1996); Civil Society after the First Transition. Dilemmas of Postcommunist Democratization in Poland and Beyond, in: Communist and Post Communist Studies, 29.3
- **Betz, Hans Georg** (2002); Rechtspopulismus in Westeuropa. Aktuelle Entwicklungen und politische Bedeutung, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Nr. 31, S. 254-264
- **Birsl, Ursula / Lösche, Peter** (2001); (Neo-)Populismus in der deutschen Parteienlandschaft. Oder: Erosion der politischen Mitte, in: Loch, Dietmar / Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.); Schattenseiten der Globalisierung, Frankfurt, S. 346-377
- **Bobbio, Norberto** (1994); Rechts und links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung, Berlin
- **Bracher, Karl Dieter** (1976); Zeitgeschichtliche Kontroversen um Faschismus, Totalitarismus, Demokratie, München
- **Brähler, Elmar / Niedermayer, Oskar** (2002); Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, Leipzig
- **Bundesministerium des Inneren (Hrsg.)** (2003); Texte zur Inneren Sicherheit - Islamismus, Berlin

- **Butler, Judith** (1991); Das Unbehagen der Geschlechter, Frankfurt
- **Butterwegge, Christoph** (1996); Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt. Erklärungsmodelle in der Diskussion, Darmstadt
- **Butterwegge, Christoph** (1997); Entwicklung, gegenwärtiger Stand und Perspektiven der Rechtsextremismusforschung, in: ders., u.a. (Hrsg.); Rechtsextremismus in Parlamenten. Forschungsstand. Fallstudien. Gegenstrategien, Opladen, S. 9-53
- **Butterwegge, Christoph u.a.** (2002); Themen der Rechten – Themen der Mitte. Zuwanderung, demographischer Wandel und Nationalbewusstsein, Opladen
- **Cammann, Alexander** (2003); Auf der Sonnenallee gen Westen. Eine kurze Geschichte der östlichen Integrationsliteratur, in: Tanja Busse / Tobias Dürr (Hrsg.); Das neue Deutschland. Die Zukunft als Chance, Berlin, S. 282-294
- **Coser, Lewis** (1979): The social Functions of Conflict, New York
- **Czempiel, Ernst-Otto** (2002); Weltpolitik im Umbruch, Bonn
- **Dahrendorf, Ralf** (2003); Die Krisen der Demokratie. Ein Gespräch, München
- **Dantschke, Claudia / Yildirim, Ali / Seidel, Eberhard** (2001): Politik im Namen Allahs. Der Islamismus – eine Herausforderung für Europa. 2. Auflage. [online], erhältlich im Internet als pdf unter www.AYPANet.net und unter MdEP Ozan Ceyhun (Hrsg.): www.ceyhun.de/download/politik_im_namen_allahs.pdf
- **Decker, Frank** (2000); Populisten auf dem Vormarsch. Die neuen Rechtspopulisten in den westlichen Demokratien, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft Nr. 4
- **Decker, Frank** (2001); Was Schill bedeutet, in: Berliner Republik, Nr. 6, S. 6-8
- **Decker, Frank** (2004); Der neue Rechtspopulismus, 2. Auflage, Opladen
- **DGB-Bundesvorstand, Abt. Ausländische Arbeitnehmer** (1980); Hintergründe türkischer extremistischer islamischer Aktivitäten in der Bundesrepublik Deutschland, Düsseldorf
- **Druwe, Ulrich / Mantino, Susanne** (1996); Rechtsextremismus. Methodologische Bemerkungen zu einem politikwissenschaftlichen Begriff, in: Falter, Jürgen W. / Jaschke, Hans Gerd / Winkler, Jürgen R. (Hrsg.); Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, Opladen, S. 66-80
- **Dubiel, Helmut** (1994); Das Gespenst des Populismus, in: derselbe; Ungewissheit und Politik, Frankfurt, S. 186-207
- **Dubiel, Helmut** (2002); Die Stunde der Verführer, in: Die ZEIT, 5. September
- **Etmann, Anette** (1998); Zivilgesellschaft zwischen Revolution und Demokratie. Die „samtene Revolution“ im Licht von Antonio Gramscis Kategorien der „società civile“, Hamburg
- **Endrikat, Kirsten** (2003); Ganz normaler Sexismus. Reizende Einschnürung in ein Rollenkorsett, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.); Deutsche Zustände. Folge 2; Frankfurt, Seite 120- 141
- **Engels, Friedrich** (1966); Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, Frankfurt
- **Finke, Bastian** (2003); SÜB-Bericht 2003, Berlin
- **Flick, Uwe** (1998); Qualitative Forschung. Theorie, Methoden, Anwendung in Psychologie und Sozialwissenschaften, Reinbek
- **Flick, Uwe / Kardoff, Ernst von / Steinke, Ines** (Hrsg.) (2000); Qualitative Forschung. Ein Handbuch, Reinbek
- **Fraenkel, Ernst** (1979); Deutschland und die westlichen Demokratien, Frankfurt
- **Fraenkel, Ernst** (1991); Möglichkeiten und Grenzen politischer Mitarbeit der Bürger in einer modernen parlamentarischen Demokratie, in: ders.; Deutschland und die westlichen Demokratien, Frankfurt
- **Frankenberg, Ruth** (1996); White Women, Race Matters: The social Construction of Whiteness, London
- **Friedrich, Carl J. / Brzezinski, Zbigniew** (1957); Totalitäre Diktatur, Stuttgart

- **Frindte, W. /Neumann, J** (2001); Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus deutscher Jugendlicher, In: Freudenberg-Stiftung: Demokratie lernen und leben – eine Initiative gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt. Band I. Weinheim
- **Fülberth, Georg** (1993); Der große Versuch. Geschichte der kommunistischen Bewegung und der sozialistischen Staaten, Köln
- **Funke, Hajo / Brumlik, Micha, Rensmann, Lars** (2000); Umkämpftes Vergessen. Walser Debatte, Holocaust Merkmal und neuere deutsche Geschichtspolitik, Berlin
- **Funke, Hajo** (2001); Rechtsextremismus 2001: Eine Zwischenbilanz. Verwahrlosung und rassistisch aufgeladene Gewalt – Zur Bedeutung von Familie, Schule und sozialer Integration. In: Freudenberg-Stiftung: Demokratie lernen und leben – eine Initiative gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt. Band I. Weinheim
- **Geissler, Birgit / Oechsle, Mechthild** (1994); Lebensplanung als Konstruktion: Biographische Dilemmata und Lebenslauf-Entwürfe junger Frauen, in: Beck, Ulrich / Beck-Gernsheim, Elisabeth (Hrsg.); Riskante Freiheiten, Frankfurt
- **Geißler, Reinhard** (1992); Die Sozialstruktur Deutschlands, Opladen
- **Giddens, Anthony** (2001); Entfesselte Welt. Wie die Globalisierung unser Leben verändert, Frankfurt
- **Grebing, Helga** (1973); Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 4. Auflage, München
- **Greven, Michael Th.** (1995); Demokraten fallen nicht vom Himmel, in: Klein, Ansgar (Hrsg.); Wertediskussion im vereinten Deutschland, Köln
- **Grübel, Niels / Rademacher, Stefan (Hrsg)** (2003); Religion in Berlin, Berlin
- **Guehenno, JeanMarie** (2000); Die neue Machtfrage. Wie die Demokratie auf die Globalisierung reagieren kann, in: Assheuer, Thomas / Perger, Werner A. (Hrsg.); Was wird aus der Demokratie?, Opladen, S. 67-75
- **Habermas, Jürgen** (1985); Die Neue Unübersichtlichkeit, Frankfurt
- **Habermas, Jürgen** (1998); Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates, Frankfurt
- **Habermas, Jürgen** (2001); Euroskepsis, Markteuropa oder Europa der (Welt-) Bürger, in: ders.; Zeit der Übergänge, Frankfurt, S. 85-103
- **Heitmeyer, Wilhelm** (1987); Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation, München / Weinheim
- **Heitmeyer, Wilhelm** (1989); Jugend und Rechtsextremismus. Von ökonomisch-sozialen Alltagserfahrungen zu rechtsextremistisch motivierten Gewalt-Eskapaden, in: Paul, Gerhard (Hrsg.); Hitlers Schatten verblaßt, Bonn
- **Heitmeyer, Wilhelm** (1993); Gesellschaftliche Desintegrationsprobleme als Ursachen von fremdenfeindlicher Gewalt und politischer Paralyse, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 2-3,
- **Heitmeyer, Wilhelm** (2002); Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und erste empirische Ergebnisse, in: ders. (Hrsg.); Deutsche Zustände. Folge 1, Frankfurt, S. 15-36
- **Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.)** (2003); Deutsche Zustände. Folge 2, Frankfurt
- **Held, David** (1996); Models of Democracy, Cambridge / Oxford
- **Helms, Janet E.** (1990); Black and White Racial Identity, New York
- **Hensel, Jana** (2002); Zonenkinder, Reinbek
- http://www.bundestag.de/mdhome/geis_noO/eheundfamilie.htm
- <http://www.velspol-bw.de/geis-sel.htm>
- **Herzinger, Richard** (2002); Hauptsache dagegen, in: Die Zeit 25. Juli
- **Heydemann, Günther / Oberreuter, Heinrich** (Hrsg.) (2003); Diktaturen in Deutschland – Vergleichsaspekte. Strukturen, Institutionen und Verhaltensweisen, Bonn

- **Himmelmann, Gerhard** (2002); Demokratie-Lernen als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform, in: Breit, Gotthard / Schiele, Siegfried (Hrsg.); Demokratie-Lernen als Aufgabe der politischen Bildung, Bonn, S. 21-39
- **Hitzler, Ronald / Honer, Anne** (1994); Bastelexistenz. Über subjektive Konsequenzen der Individualisierung, in: Beck, Ulrich / Beck-Gernsheim, Elisabeth (Hrsg.); Riskante Freiheiten, Frankfurt
- **Hobsbawm, Eric u.a.** (1998); Das Manifest heute – 150 Jahre Kapitalismuskritik, Hamburg
- **Hofmann, Jan** (2001); Lernbedingungen für Demokratie in den Neuen Bundesländern. In: Freudenberg-Stiftung: Demokratie lernen und leben – eine Initiative gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt. Band I. Weinheim
- **Holtmann, Everhard** (1991), Politik Lexikon, München
- **Hufer, Klaus Peter** (2000); Argumentationstraining gegen Stammtischparolen, Schwalbach
- **Jaschke, Hans Gerd** (1990); Die Republikaner. Profile einer Rechtsaußenpartei, Bonn
- **Jaschke, Hans Gerd** (1994); Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe, Positionen, Praxisfelder, Opladen
- **Jonker, Gerdien** (2002); Eine Wellenlänge zu Gott. Der Verband der Islamischen Kulturzentren in Europa, Bielefeld
- **Katz, , Richard S.** (1997); Democracy and Elections, New York
- **Kesici, Burhan** (1994); Die Ülkücülük-Bewegung – Der türkische Nationalismus, Hausarbeit, FU Berlin, Sommersemester
- **Kesici, Burhan** (1996); Die Beziehung zwischen Staat und Religion im Islam; Hausarbeit an der Freien Universität Berlin am Fachbereich Politische Wissenschaft
- **Keskin, Hakki** (1981); Morgens Deutschland, Abends Türkei, Berlin- West
- **Keupp, Heiner** (1994); Ambivalenzen postmoderner Identität, in: Beck, Ulrich / Beck-Gernsheim, Elisabeth (Hrsg.); Riskante Freiheiten, Frankfurt
- **Kiefer, Michael** (2002); Antisemitismus in der islamischen Welt. Der Palästina-Konflikt und der Transfer eines Feindbildes, Druck im FGK e.V., Düsseldorf
- **Klein, Markus / Ohr, Dieter** (2002); Der Richter und seine Wähler. Ronald B. Schills Wahlerfolg als Beispiel extremer Personalisierung der Politik, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 1, S. 64-79
- **Kleining, Gerhard** (1982); Umriss zu einer Methodologie qualitativer Sozialforschung, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Nr. 34, S. 224-253
- **Kößler, G./Mumme, P.**(2000); Konfrontationen – Bausteine für die pädagogische Annäherung an Geschichte und Wirkung des Holocaust. Frankfurt/Main.
- **Kücükhüseyin, Sevkett** (2002); Türkische politische Organisationen in Deutschland, in: Zukunftsforum Politik, Broschürenreihe herausgegeben von der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin
- **Kühnl, Reinhard** (1971); Formen bürgerlicher Herrschaft. Liberalismus – Faschismus, Reinbek
- **Kühnl, Reinhard** (1974); Texte zur Faschismuskritik 1, Reinbek
- **Kühnl, Reinhard** (1979); Faschismustheorien. Texte zur Faschismuskritik 2, Reinbek
- **Kühnl, Reinhard** (1985); Die Weimarer Republik, Reinbek
- **Kühnl, Reinhard** (1987); Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, 6. Auflage, Köln
- **Kühnl, Reinhard** (1990); Gefahr von rechts?, Heilbronn
- **Kühnl, Reinhard** (1995); Deutschland seit der Französischen Revolution. Untersuchungen zum deutschen Sonderweg, Heilbronn

- **Kühnl, Reinhard** (1998); Gesellschaftliche Grundlagen und geschichtliche Erfahrungen, in: ders. u.a. (Hrsg.); Die extreme Rechte in Europa. Zur neueren Entwicklung in Deutschland, Österreich, Frankreich und Italien, Heilbronn, S. 11-44
- **Kühnl, Reinhard** (1999); Liberalismus als Form bürgerlicher Herrschaft. Von der Befreiung des Menschen zur Freiheit des Marktes, Heilbronn
- **Kühnl, Reinhard** (2003); Krieg und Frieden, Heilbronn
- **Kühnl, Reinhard / Wiegel, Gerd** (1998); Die extreme Rechte in Europa. Zur neueren Entwicklung in Deutschland, Österreich, Frankreich und Italien, Heilbronn
- **Küntzel, Matthias** (2002); Jihad und Judenhass – Über den neuen antijüdischen Krieg, Freiburg
- **Lamnek, Siegfried** (1995); Qualitative Sozialforschung, Band 1, Methodologie, Weinheim
- **Leggewie, Claus** (1990); Die Republikaner. Ein Phantom nimmt Gestalt an, Berlin
- **Leggewie, Claus** (2003); Die Globalisierung und ihre Gegner, München
- **Lemmen, Thomas** (2000); Islamische Organisationen in Deutschland, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, unter: www.fes.de/fulltext/asfo/00803008.htm
- **Link, Werner** (1998); Die Neuordnung der Weltpolitik. Grundprobleme globaler Politik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, Frankfurt
- **Locke, John** (1989); Zwei Abhandlungen über die Regierung, Frankfurt
- **Löwenthal, Leo** (1990); Falsche Propheten. Studien zur faschistischen Agitation, in: ders.; Falsche Propheten. Studien zum Autoritarismus, Frankfurt, S. 11-160
- **Löwenthal, Leo** (1990a); Vorurteilsbilder. Antisemitismus unter amerikanischen Arbeitern, in: ders.; Falsche Propheten. Studien zum Autoritarismus, Frankfurt, S. 177-240
- **Markowitz, Andrei S. / Gorski, Philip S.** (1997); Grün schlägt rot. Die deutsche Linke nach 1945, Hamburg
- **Massing, Peter** (2003); Ernst Fraenkel; in: ders. / Gotthard Breit (Hrsg.); Demokratie-Theorien. Von der Antike bis zur Gegenwart, Bonn
- **Massing, Peter / Breit, Gotthard (Hrsg.)** (Von der Antike bis zur Gegenwart, Bonn
- **Meining, Stefan** (2002); Rechte Esoterik in Deutschland. Ideenkonstrukte, Schnittstellen und Gefahrenpotentiale, Referat auf dem Symposium Verfassungsschutz Thüringen
- **Meyer, Thomas** (1991); Fundamentalismus. Aufstand gegen die Moderne, Reinbek
- **Meyer, Thomas** (1994); Fundamentalismus, in: Nohlen, Dieter (Hrsg.); Wörterbuch Staat und Politik, München, S. 178-181
- **Miles, Robert** (1999); Rassismus. Einführung in die Geschichte und Theorie des Begriffs, Frankfurt
- **Minkenberg, Michael** (1998); Die neue radikale Rechte im Vergleich. USA, Frankreich, Deutschland, Opladen
- **Minkenberg, Michael** (2002); Die radikale Rechte in den Transformationsgesellschaften Mittel- und Osteuropas. Konzepte, Konturen und Kontext, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Nr. 33, S. 305-323
- **Möller, Renate / Hornisch, Thomas** (2003); Wo ist der Sexismus? Oder Das Normale entzieht sich der Wahrnehmung, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.); Deutsche Zustände. Teil 2, Frankfurt, Seite 220-229
- **Montesquieu, Charles** (1965); Vom Geist der Gesetze, Stuttgart
- **Mooser, Josef** (1983); Abschied von der „Proletarität“. Sozialstruktur und Lage der Arbeiterschaft in der Bundesrepublik in historischer Perspektive, in: Conze, Werner / Lepsius, Rainer (Hrsg.); Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zum Kontinuitätsproblem, Stuttgart
- **Münkler, Herfried / Krause, Skadi** (2002); Sozio-moralische Grundlagen der Demokratie, in: Breit, Gotthard / Schiele, Siegfried (Hrsg.); Demokratie-Lernen als Aufgabe der politischen Bildung, Bonn

- **Naumann, Michael** (Hrsg.) (2002); „Es muss doch in diesem Lande wieder möglich sein ...“. Der neue Antisemitismus-Streit, München
- **Neugebauer, Gero** (2000); Extremismus – Rechtsextremismus – Linksextremismus: Einige Anmerkungen zu Begriffen, Forschungskonzepten, Forschungsfragen und Forschungsergebnissen, in: Schubarth, Wilfried / Stöss, Richard (Hrsg.); Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn, S. 13-37
- **Nolte, Ernst** (1966); Die faschistischen Bewegungen. Die Krise des liberalen Systems und die Entwicklung des Faschismus, München
- **Nolte, Ernst** (Hrsg.) (1967); Theorien über den Faschismus, Köln
- **Özcan, Ertekin** (1989); Türkische Immigrantenorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin-West
- **Otto, Hans Uwe / Merten, Roland** (Hrsg.) (1993); Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland. Jugend im gesellschaftlichen Umbruch, Bonn
- **Pfahl-Traughber, Armin** (1993); Rechtsextremismus. Eine kritische Bestandsaufnahme nach der Wende, Bonn
- **Pfahl-Traughber, Armin** (1994); Volkes Stimme? Rechtspopulismus in Europa, Bonn
- **Pfahl-Traughber, Armin** (2002); Antisemitismus in der deutschen Geschichte, Opladen
- **Poliakov, Leon** (1988); Geschichte des Antisemitismus, 8 Bände, Frankfurt
- **RAA Berlin (Hrsg.)** (2000); Alles unter einem Dach – Dienstleistungen für Demokratie, Berlin
- **Rommelspacher, Birgit** (1995); Dominanzkultur, Berlin
- **Ross, Andreas** (2002); Vereint gegen Europa, in: Zeit Dokument, Nr. 4, S. 31-32
- **Rotbuch Taschenbuchverlag** (Hrsg.) (1993); Sie bewegt sich doch. Ein Weltbilder Lesebuch, Berlin
- **Rupp, Hans Karl** (1970); Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer, Köln
- **Rusch, Claudia** (2003); Meine freie deutsche Jugend, Frankfurt
- **Sartre, Jean Paul** (1971); Betrachtungen zur Judenfrage, in: ders. Drei Essays, Zürich, , S. 108-190
- **Schenk, Herrad** (1979); Geschlechterrollenwandel und Sexismus: zur Sozialpsychologie geschlechtsspezifischen Verhaltens, Weinheim / Basel
- **Schiffauer, Werner** (2000); Die Gottesmänner, Frankfurt/Main
- **Schmidt, Manfred G.** (2000); Demokratietheorien, 3. Auflage, Opladen
- **Schmitt, Carl** (1963); Der Begriff des Politischen, 3. Auflage, Berlin
- **Scherr, Albert** (1994); Sind Jugendliche individualisiert?, in: Gegenwartskunde, Nr. 2
- **Schmidt, Manfred G.** (2000); Demokratietheorien, 3. Auflage, Opladen
- **Schmitt, Carl** (1988); Die Diktatur. Von den Anfängen des modernen Souveränitätsgedankens bis zum proletarischen Freiheitskampf, Berlin
- **Schmitt, Carl** (1989); Verfassungslehre, Berlin
- **Schwagerl, H. Joachim** (1993); Rechtsextremes Denken. Merkmale und Methoden, Frankfurt
- **Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.)** (2003); Arbeitshilfen 172: Christen und Muslime in Deutschland, Bonn
- **Speit, Andreas** (2002); Ronald Schill - Der Rechtssprecher, Hamburg
- **Spuler-Stegemann, Ursula** (2002); Muslime in Deutschland. Nebeneinander oder Miteinander? 3. Aufl., Herder Spektrum, Freiburg
- **Stöss, Richard** (1994); Forschungs- und Erklärungsansätze – ein Überblick, in: Kowalsky, Wolfgang / Schröder, Wolfgang (Hrsg.); Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz, Opladen, S. 23-66
- **Stöss, Richard** (2000); Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, 3. Auflage, Berlin

- **Surmann, Rolf (Hrsg.)** (2001); Das Finkelstein-Alibi. „Holocaust-Industrie“ und Tätergesellschaft, Köln
- **Szczesny, Gerhard** (1971); Das sogenannte Gute, Stuttgart
- **Tocqueville, Alexis de** (1976); Über die Demokratie in Amerika, München
- **Ulrich, Susanne; Henschel, Thomas R.; Oswald, Eva** (1999); Miteinander - Erfahrungen mit Betzavta. Ein Praxishandbuch auf der Grundlage des Werks „Miteinander“ von Uki Maroshek-Klarmann, Adam Institut, Jerusalem. Gütersloh, 2. Auflage
- **Voegelin, Eric** (1993); Die politischen Religionen, München
- **Weber, Max** (1991a); Die „Objektivität“ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis, in: ders.; Schriften zur Wissenschaftslehre, Stuttgart, S. 21-101
- **Weber, Max** (1991b); Der Sinn der „Wertfreiheit“ der soziologischen und ökonomischen Wissenschaften, in: ders.; Schriften zur Wissenschaftslehre, Stuttgart, S. 176-236
- **Weizsäcker, Richard von** (1992); Im Gespräch mit Gunter Hofmann und Werner A. Perger, Frankfurt
- **Wenzel, Sascha** (2001); Abschlussbericht der Vorbereitungsphase eines Projektes „Demokratie leben im Elementarbereich“. RAA Berlin. 2001
- **Winkler, Heinrich August** (2000); Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik, Bonn
- **Winkler, Jürgen R.** (1996); Bausteine einer allgemeinen Theorie des Rechtsextremismus. Zur Stellung und Integration von Persönlichkeits- und Umweltfaktoren, in: Falter, Jürgen W. u.a. (Hrsg.); Rechtsextremismus, Opladen, S. 25-48
- **Wippermann, Wolfgang** (1989); Faschismustheorien. Zum Stand der gegenwärtigen Diskussion, Darmstadt
- **Wippermann, Wolfgang** (1997); Totalitarismustheorien. Die Entwicklung der Diskussion von den Anfängen bis heute, Darmstadt
- **Witt, Harald** (1997); Welche Forschung ist normal, oder: Wie normal ist qualitative Sozialforschung, In: Zeitschrift für Politische Psychologie, Nr. 3-4, S. 251-269
- **Zentrum Demokratische Kultur (Hrsg.)** (2000); Zivilgesellschaft und Barbarei. Positionen und Akteure im Spannungsfeld zwischen Rechtsextremismus und Demokratie, Berlin
- **Zentrum Demokratische Kultur (Hrsg.)** (2003); Demokratiegefährdende Phänomene in Friedrichshain – Kreuzberg und Möglichkeiten der Intervention, Berlin
- **Zoll, Rainer (Hrsg.)** (1999); Ostdeutsche Biographien, Frankfurt
- **Zürn, Michael** (2001); Politische Fragmentierung als Folge gesellschaftlicher Denationalisierung? In: Loch, Dietmar / Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.); Schattenseiten der Globalisierung, Frankfurt, S. 111-139